

Als Manuskript gedruckt!

August Siender
Hannover
Philipsbornstr. 35

Protokoll
der Reichskonferenz
der Sozialdemokratie Deutschlands
vom 21., 22. und 23. September 1916



Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Der Parteiverstand
Archiv

Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Tagesordnung:

1. Die Politik der Partei.
2. Die Tätigkeit des Parteivorstandes.

Geschäftsordnung für die Verhandlungen der Reichskonferenz.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen. Die Redner erhalten nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer solchen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen; sie müssen, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegierten unterstützt werden. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge erhält zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort.

Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkter Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zulässig.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zu deren Begründung eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion und zur Begründung von Abänderungsanträgen erhält jeder Redner 10 Minuten Redezeit. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung eines Antrags.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern der Konferenz erfolgt die namentliche Abstimmung.

8.

Vor Schluß der Konferenz abreisende Delegierte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Ihre Namen sind im Protokoll zu vermerken.

Reichskonferenz.

Erster Verhandlungstag.

Die Konferenz tagt in dem großen quadratischen Saal der Budgetkommission im Obergeschoß des Reichstagsgebäudes. Für die sehr zahlreichen Teilnehmer konnte nur so Platz geschaffen werden, daß die Tische aus dem Saal entfernt und eng aneinandergerückte Stuhlreihen aufgestellt wurden. Auf dem Podium hat der Parteivorstand Platz genommen.

Um 9 Uhr 20 Minuten gibt

Ebert das Glockenzeichen und führt aus: Parteigenossinnen und Genossen! Im Auftrag des Parteivorstandes begrüße ich Sie auf das freundlichste und heiße Sie alle herzlich willkommen. Unsere Tagung ist bedingt durch den Kriegszustand. Der Krieg währt jetzt mehr als zwei Jahre und noch niemand vermag sein Ende abzusehen. Diese furchtbare Völkerheimtückung, die alles insanken brachte, hat auch unsere Partei tief erschüttert. Schon lange war deshalb eine offene Aussprache über das gesamte Parteileben erforderlich. Seit drei Jahren hat kein Parteitag stattgefunden. Selbst in der Zeit des Friedens wäre dieser Zustand für die Partei verhängnisvoll geworden — noch mehr in der Zeit des entsetzlichen Krieges, der die Partei fortgesetzt vor Schwierigkeiten und Aufgaben stellt, die ohne Beispiel in der Parteigeschichte dastehen. Ein Parteitag ist zur Zeit noch nicht möglich, deshalb mußte ein Weg gesucht werden, der trotzdem eine Aussprache mit den Vertretern der gesamten Partei möglich macht. So sind wir zu der Reichskonferenz gekommen. Sie ist kein Parteitag und kann deshalb nicht für alle bindende Beschlüsse fassen, dennoch kann sie sehr wohl ihrer Aufgabe gerecht werden, wenn auf allen Seiten der gute Wille vorhanden ist. Unsere österreichische Bruderpartei hat während des Krieges schon zwei Reichskonferenzen abgehalten, die Partei Frankreichs hat wiederholt in ähnlicher Weise getagt und die Sektionen des britischen Sozialismus haben während des Krieges ähnliche Tagungen abgehalten. Warum soll das bei uns nicht möglich sein?

Unsere Absicht in dieser Konferenz, das will ich offen aussprechen, ist lediglich das Bestreben, die Einheit der Partei zu wahren und ihre Aktionsmöglichkeit zu sichern. (Bravo!) Dazu ist erforderlich, daß Rechenschaft gegeben wird über die Politik der Partei und die Arbeit der Parteileitung während des Krieges. Auch mit dem gegenwärtigen Zustand der Partei werden wir uns beschäftigen und ganz offen aussprechen müssen: was ist. Selbstverständlich dürfen wir dabei keinen Augenblick die großen Zukunftsaufgaben unserer Partei außer acht lassen; wir in der Parteileitung erkennen ihre große Bedeutung durchaus an. Sollte die Konferenz die Möglichkeit und Zeit finden, sich mit diesen Arbeiten und Aufgaben noch besonders beschäftigen zu können, so würde das niemand mehr begrüßen als wir.)

So stehen uns arbeitsreiche Tage bevor. Gelingt es uns, das Parteischiß aus den Schwierigkeiten herauszubringen, gelingt es, ihm einen festen Kurs für die Zukunft zu geben, dann haben wir für die Partei und für das Proletariat wertvolle Arbeit geleistet. (Bravo.)

Eshe wir aber an unsere Arbeiten gehen, ist es Pflicht derer zu gedenken, die draußen in schwerem, blutigem Ringen stehen (die Versammlung erhebt sich), der Hunderttausende, deren Herzen mit der Partei verbunden sind und die heute ihren Blick auf uns richten. Ihnen übermitteln wir heißen Dank und die Versicherung, unser Bestes zu tun, damit sie bei ihrer Heimkehr die Partei gerüstet und schlagkräftig wiederfinden. (Bravo!) Voll aufrichtiger Teilnahme und mit dankbarem Herzen erinnern wir uns in dieser Stunde

aber auch der vielen treuen Parteigenossen, die auf den Schlachtfeldern blutet sind und draußen in den Massengräbern ruhen. Die Partei wird ihrer stets in Ehren gedenken.

Ich stelle fest, daß die Konferenz sich zum Zeichen der Trauer erhoben hat. — Hoffen wir, Genossinnen und Genossen, daß die Arbeit unserer Konferenz den Friedenswillen stärken und das ihrige dazu beitragen wird, das Ende dieses Völkermordens zu beschleunigen.

Damit erkläre ich die Reichskonferenz der sozialdemokratischen Partei für eröffnet.

Ebert: Wir kommen zur Konstituierung: Der Parteivorstand schlägt vor, die Leitung der Konferenz dem Parteivorstand zu übertragen; es ist selbstverständlich, daß wir uns dieser Aufgabe mit strengster Objektivität unterziehen werden. Dieser Vorschlag wird ohne Erörterung genehmigt.

Die seit 25 Jahren auf unseren Parteitagungen geübte Geschäftsordnung hat sich bisher immer vortrefflich bewährt. Ich glaube, wir können sie auch für unsere Konferenz als maßgebend bezeichnen.

Lipinski-Leipzig: Ich erkenne an, daß die Geschäftsordnung für normale Parteitagungsverhandlungen die Grundlage sein kann. Hier werden wir aber wesentliche Abweichungen vornehmen müssen. Die Tagesordnung wird nicht, wie auf den Parteitagungen, absatzweise erledigt, sondern nach den Erfahrungen im Parteausschuß werden zwei Redner nacheinander sprechen und eine Fülle von Material in ihren Referaten behandeln. Ich schlage deshalb vor, einen Korreferenten zu bestellen, dafür den Genossen Haase zu bestimmen und ihm unbegrenzte Redezeit zu gewähren, damit er Gelegenheit hat, auf die von den zwei Rednern vorgebrachten Dinge einzugehen.

Vorsitzender Ebert: Die Geschäftsordnung sieht allerdings für die Referenten eine Stunde Redezeit vor. Auf den Parteitagungen ist das nach Möglichkeit eingehalten, aber auch überschritten worden. Das ist Tradition geworden; ich nehme an, daß es auch hier so bleibt. Die Frage der Redezeit eines Redners der Minderheit hätte ich ohnedies bei anderer Gelegenheit nachher noch erledigt. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Redner der Minderheit nach uns unbefristete Redezeit erhält. (Hente-Bremen: Schlußwort!)

Lipinski-Leipzig: Der Unterschied zwischen unbegrenzter Redezeit und Korreferat beruht ja darin, daß Haase dann auch die Möglichkeit haben muß, im Schlußwort noch einmal auf all das einzugehen, was die Redner gegen ihn oder gegen die Auffassung der Opposition vorgebracht haben. (Sehr richtig!) Die Geschäftsordnung sieht für die Diskussionsredner 10 Minuten Redezeit vor. Hier wird alles in einen Verhandlungsstoff zusammengedrängt. Die Redner müssen deshalb auf eine Reihe wahrscheinlich auch persönlicher Angelegenheiten eingehen, was in 10 Minuten nicht erledigt werden kann. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, daß ein Redner in dem Bewußtsein, nicht alles in 10 Minuten erledigen zu können, was er sich vorgenommen hat, einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen unterläßt und dadurch den Anschein erweckt, als wenn er auf eine Reihe Fragen nicht eingehen vermöchte. Ich schlage deshalb vor, die Redezeit auf 20 Minuten festzusetzen. Weiter beantrage ich, die Redner nicht nach der Reihenfolge der Anmeldung, sondern abwechselnd zu Worte kommen zu lassen, wobei die Stellung des Redners zur Politik der Fraktionsmehrheit als Grundlage dienen soll. Das ist ganz leicht zu machen und setzt uns nicht der Gefahr aus, eine ganze Reihe Redner von der einen Seite zu hören, während die andere nicht zu Worte kommt.

Vorsitzender Ebert: Das Nähere über die Referate kann meines Erachtens erst erledigt werden, wenn die Tagesordnung feststeht. (Sehr richtig!) Jetzt beraten wir die Geschäftsordnung, und nachdem ich erklärt habe, daß wir selbstverständlich dem Hauptredner der Minderheit unbegrenzte Redezeit gewähren, glaube ich, daß die Bestimmungen der Geschäftsordnung gebilligt werden können. Für die Reihenfolge der Redner werden wir die Wortmeldung als Grundgesetz gelten lassen müssen. Die Konferenz hat aber das Recht, bei einzelnen Punkten zu beschließen, hiervon abzuweichen und die Redner pro und contra abwechseln zu lassen. Ich hatte die Absicht, für die große De-

batte der Konferenz einen solchen Vorschlag zu machen. Wir können aber nicht die Geschäftsordnung dahin ändern, daß wir in allen Fällen und bei allen Debatten so verfahren sollen. Auch das ist eine Frage, die meines Erachtens im Laufe der Verhandlung erledigt werden muß.

Die Konferenz beschließt, Haase als Hauptredner der Minderheit unbegrenzte Redezeit zu gewähren, die Reihenfolge der Diskussionsredner gemäß dem Vorschlag Eberts zu ordnen.

Gegen den Vorschlag Lipinski's auf Verlängerung der Diskussionsredezeit auf 20 Minuten nimmt das Wort:

Thiele-Galle: Der Vorschlag Lipinski's, die Redezeit auf 20 Minuten festzusetzen, ist unannehmbar. Es handelt sich auf der Konferenz darum, daß von den Parteigenossen möglichst viele zu Worte kommen. Die Referenten haben unbegrenzte Redezeit und haben Gelegenheit und Zeit, jede Frage nach allen Richtungen zu beleuchten. Der Debatteredner aber hat nicht die Aufgabe, den ganzen Rast noch einmal umzurühren, er mag sich auf eine Spezialfrage beschränken. Heute werden wir voraussichtlich nur die Referate hören; erst morgen beginnt die Debatte. Nach dem Vorschlag Lipinski's würden in der Stunde nur drei Redner zu Worte kommen, in acht Stunden also nur 24 Redner. Das entspricht nicht dem, was die Parteigenossen im Lande von der Konferenz erwarten. Der Vorschlag Lipinski's ist also weder sachlich be- rechtigt noch praktisch.

Gottschall-Königsberg: Ebert sagte, bei Geschäftsordnungsanträgen habe nur ein Redner für und gegen das Wort. Ich weiß nicht, woher Ebert diesen Grundsatz abgeleitet hat. (Zuruf: Das ist alter Grundsatz!) Nein, wir haben noch keine Geschäftsordnung für die Konferenz und deshalb hat Ebert gar kein Recht, von sich aus diktatorisch einen Grundsatz festzustellen. Aber selbst wenn die vorgeschlagene Geschäftsordnung angenommen wäre, wäre die Auslegung Eberts nicht richtig. Punkt 4 sagt: „Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen den Antrag das Wort.“ Da diese beiden Arten von Geschäftsordnungsanträgen aus der Fülle aller sonstigen herausgehoben sind und nur für sie vorgeschlagen wird, je einem Redner für und gegen das Wort zu erteilen, ist logisch, zu folgern, daß für alle anderen Geschäftsordnungsanträge die Auslegung Eberts nicht zutrifft.

Ebert: Gottschall hat darin recht, daß wir noch keine Geschäftsordnung haben. Daher habe ich ja vorgeschlagen, so zu verfahren und die Konferenz war damit einverstanden. (Widerspruch.) Ich bin zu dem Vorschlage nicht aus diktatorischen Gründen gekommen, sondern um die Arbeiten der Konferenz zu fördern. Dabei habe ich angenommen, daß solche einfachen Fragen nicht erst lange diskutiert, sondern nach kurzem pro und contra entschieden werden. (Zustimmung.) Wenn die Konferenz es anders wünscht, habe ich natürlich nichts dagegen.

Lipinski-Leipzig: Die Einwendungen Thieles treffen deshalb nicht zu, weil nach den Erfahrungen, die wir im Parteausschuß gemacht haben, von den Rednern die ganze Materie behandelt und durcheinandergeworfen wird, und ein Redner ist nicht in der Lage, in zehn Minuten die Dinge hervor- zuziehen, die er klarzustellen möchte.

Keil-Stuttgart: Zur Erreichung des Zweckes des Genossen Lipinski reicht sein Antrag nicht aus, dazu müßte jedem Redner unbefristete Redezeit gegeben werden, was selbstverständlich unmöglich ist. Wenn wir aber den Hauptzweck erreichen wollen, die zahlreich versammelten Genossen auch mög- lichst zahlreich zu Worte kommen zu lassen, so muß angesichts der beschränkten Zeit, die uns zur Verfügung steht, auch die Zeit für den einzelnen Redner be- schränkt werden. Daher müssen wir an der vorgeschlagenen Geschäftsordnung festhalten. Selbstverständlich kann heute so wenig wie früher jeder Debatte- redner das ganze Thema erschöpfen. Es wird sich jeder auf einzelne Spezial- fragen beschränken müssen. Wenn Lipinski meinte, daß auch persönliche Dinge den Redner zwingen könnten, mehr Zeit in Anspruch zu nehmen, so weiß er doch, daß in der Geschäftsordnung persönliche Bemerkungen vor- gesehen sind.

Fleißner-Dresden: Der Vorhalt Keils gegen Lipinski trifft auch für ihn zu. Auch bei einer Redezeit von nur 10 Minuten können nicht alle Delegierten zu Wort kommen. Die Sache liegt doch so, daß die einzelnen Gruppen sich über ihre Redner verständigen. Es wird dann also bei dem Vorschlag Lipinski einer Gruppe viel mehr Gelegenheit gegeben, das zu sagen, was von ihrem Standpunkt aus zu sagen ist.

Ebert: Es ist mir nichts davon bekannt, daß die einzelnen Gruppen sich über ihre Redner bereits verständigt haben. (Fleißner: Ihr wißt ja nie von etwas!)

Der Antrag Lipinski, den Debatterednern 20 Minuten Redezeit zu gewähren, wird abgelehnt.

Fraßel-Teltow-Beeskow: Sie haben vorher dem Antrag zugestimmt, daß der Minderheit für den Genossen Gaaje unbeschränkte Redezeit zugebilligt wird. Nun wissen Sie alle genau, daß die Minderheit keine geschlossene Gruppe darstellt, sondern in zwei Gruppen zerfällt, und die Anhänger der Gruppe „Internationale“ wünschen ihren Standpunkt und die Anhänger der Gruppe der Mehrheit und der Minderheit. Deshalb beantrage ich, dem Redner der Gruppe „Internationale“ ebenfalls unbeschränkte Redezeit zu gewähren, und sollte das nicht angängig sein, so doch eine Redezeit von einer halben Stunde.

Ebert: Ich wollte dazu übergehen, die Festsetzung der Tagesordnung und die Angelegenheit der Referenten zu erledigen. Dabei kann die angeregte Frage mit erledigt werden. Damit ist Fraßel wohl einverstanden? Wir haben als Tagesordnung vorge schlagen: erstens die Politik der Partei, zweitens die Tätigkeit des Parteivorstandes. Als dritter Punkt würde Sonstiges auf die Tagesordnung gestellt werden. Als Referenten zum ersten Punkt hat der Parteivorstand den Genossen Scheidemann, zum zweiten meine Person bestimmt. Dann würde nach den beiden Referenten Gaaje als Vertreter der Minderheit mit unbeschränkter Redezeit zu Wort kommen. Weiter beantragt Fraßel, dann einem Vertreter der Gruppe „Internationale“ eine Redezeit von einer halben Stunde zu gewähren.

Schöfelin: Ich bitte, auch diesen Wunsch zu berücksichtigen.

Dittmann-Sölingen: Ist Ebert dafür, daß über die Frage des Korreferates noch besonders geredet werden soll? Ich will den Antrag Lipinski unterstützen, daß Gaaje nicht nur unbeschränkte Redezeit, sondern auch das Recht des Korreferenten hat, so daß er nach Schluß der Debatte noch in einem Schlußwort auf alle Einwände eingehen kann.

Ebert: Das wollte ich gleich nach dem Antrage Fraßel erledigen. Ich stelle fest, daß gegen den Antrag Fraßel Widerspruch nicht erfolgt; es wird also einem Vertreter der Gruppe „Internationale“ eine Redezeit von einer halben Stunde zugebilligt. Weiter ist angeregt worden, Gaaje und dem Vertreter der Gruppe „Internationale“ nach dem Ende der Debatte Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Ich würde empfehlen, dem zuzustimmen.

Die Konferenz ist damit einverstanden.

Ebert: Bei der Gelegenheit möchte ich mir eine Bemerkung gegenüber einer Behauptung in der Parteipresse erlauben. Es ist behauptet worden, der Parteivorstand habe sich das Korreferat der Minderheit erst durch den Parteiausschuß abzwängen lassen. Diese Behauptung ist falsch. Bevor sich der Parteiausschuß mit der Frage beschäftigt hat, ist im Parteivorstand darüber verhandelt worden. Sofort wurde erklärt, und zwar einstimmig, wenn die Minderheit wünscht, daß einer ihrer Vertreter nach den Referaten unbeschränkte Redezeit bekomme, werden wir dem selbstverständlich zustimmen. Diesen Beschluß habe ich auch dem Parteiausschuß mitgeteilt, als über den Antrag Keil verhandelt wurde, so daß dieser Vorwurf gegen den Parteivorstand durchaus unberechtigt war.

Es ist ein Antrag Braun eingelaufen, als dritten Punkt der Tagesordnung zu verhandeln: Die Ueberführung des Kriegszustandes und der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und die Friedenswirtschaft.

Dr. Braun-Mürnberg: Die Tagesordnung ist eine retrospektive, wir sehen lediglich zurück auf das, was gewesen ist. Damit erfüllen wir

gewiß eine bedeutungsvolle historische Aufgabe. Aber die politische Aufgabe ist doch, daß wir Richtlinien fassen für die Wirksamkeit der Partei in der nächsten Zeit. Nun wir das, machen wir wirklich praktische Politik, so engen wir doch den Streit auch ein, wir engen ihn auch zeitlich ein, indem die Konferenz in dem Wunsche, einen weiteren Punkt, der die Arbeiter auf das lebhafteste interessiert, zu verhandeln, nicht die ganze Zeit der Konferenz wird ausgenützt wissen wollen für diese zwei Punkte, die uns bisher beschäftigten sollen. Hier liegt also ein gemeinsames Interesse aller vor. Außerdem ist, was für uns besonders wichtig ist, damit auch für die Genossen, die die zwei Punkte allein auf die Tagesordnung gesetzt haben, ein bedeutungsvoller Brennpunkt für die Einigung und Wiederannäherung der feindslichen Brüder in der Partei gegeben. Aber abgesehen von diesen tatsächlichen Erwägungen sind es meiner Meinung nach auch sachliche Erwägungen bedeutungsvoller und durchschlagender Art, die uns veranlassen sollten, diesen Punkt zur Erörterung zu stellen. Wir wissen, daß die Regierung, der Bundesrat, die Einzelregierungen der Frage der künftigen Wirtschaftsordnung, der Ueberführung der Kriegswirtschaft und auch des Kriegszustandes in den Friedenszustand das lebhafteste Interesse und eingehende Vorbereitungen widmen. Wir wissen aus der Unternehmerpresse, daß die Unternehmerorganisationen dies als ihre wichtigste Aufgabe betrachten. Nun kommen wir jetzt, 400 Parteigenossen, aus ganz Deutschland zusammen und wollen nur überlegen, was gewesen ist und nicht, was wir in Zukunft tun?! Alle Parteien beschäftigen sich mit dieser Frage und nur die Sozialdemokratie, die sich immer als Partei der Zukunft gefühlt hat, soll das nicht tun? Das scheint mir ganz unmöglich. Es wird nicht so bald wieder möglich sein, daß eine Parteikonferenz oder ein Parteitag zusammentritt. Es gilt hier aber eine Frage zu erledigen, in der sofort nach Beendigung des Krieges unsere Haltung klar gestellt werden muß. Deshalb haben wir die dringlichste Aufgabe, dies Problem eingehend und klar zu erörtern. Damit wird auch das Wort der Neuorientierung Gestalt bekommen, dann wird man endlich wissen, was die Sozialdemokratie darunter versteht, dann wird die sozialdemokratische Partei in ihren Organisationen, in ihrer Presse noch einen anderen Stoff zur Erörterung haben, als das nach der bisherigen Tagesordnung möglich ist.

Einige Worte noch über das, was dabei besprochen werden soll. Ein Problem von allergrößter Bedeutung ist z. B. die Frage der Demobilisierung der neun Millionen Soldaten, die im Kriege stehen und in die Friedensarbeit zurückkommen. Da ist mit allen möglichen Schwierigkeiten zu rechnen, mit dem Mangel an Rohmaterial, mit der Frauenarbeit, mit den Arbeitsnachweisen der Unternehmer. Darüber muß geredet werden im Interesse der Demobilisierten und auch im Interesse derer, die heute die Arbeit leisten, die die Demobilisierten dann leisten wollen. Dann kommen in Betracht die großen politischen Fragen des preußischen Wahlrechts, der Selbstverwaltung, der medienburgischen Verfassung, alles Fragen, die auf das lebhafteste und heißeste Interesse der Parteigenossen rechnen können. Ferner ergibt sich die große Hoffnung, daß, wenn wir gestritten haben über das, was gewesen ist, wir uns bei diesen Beratungen zusammensinden in dem, was sein soll, daß dann die Parteigenossen wieder mit Vertrauen und Hoffnung auf die Partei gehen und im Großen zu arbeiten beginnen auf Grund dessen, was in dieser Reichskonferenz geschehen ist.

Dr. David: Die praktischen Aufgaben, die der Partei nach Ende des Krieges bevorstehen, sind allerdings so überaus wichtig, kompliziert und schwierig, daß es dringend notwendig ist, daß die Partei sich auf die Vorbereitung aller dieser Aufgaben rechtzeitig einstellt. Insofern teile ich die Auffassung des Genossen Dr. Braun durchaus, daß es gar nichts Wichtigeres für die deutsche Arbeiterschaft geben kann, als möglichst bald ihre Kräfte daranzusetzen, um die Aufgaben von ungeheurer Tragweite, die uns da bevorstehen, in Angriff zu nehmen und sie so durchzuarbeiten, daß wir mit klaren programmatischen Forderungen diesen Aufgaben gegenüber treten können, überall da, wo wir in Körperchaften Einfluß auf ihre Gestaltung haben. Darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Trotzdem glaube ich nicht,

daß es ratsam ist, dem Vorschlag des Genossen Braun Folge zu leisten. Zunächst fehlen für die Inangriffnahme dieser wichtigen Aufgabe in dieser Versammlung die Vorbereitungen. (Sehr richtig!) So etwas kann mit Erfolg nur dann gemacht werden, wenn die Parteigenossen sich vorher damit beschäftigt haben, wenn sie mit sachlich vorbereiteten, gründlichen Referaten hier auftreten. Nur dann können die Dinge einigermaßen gefördert und geklärt werden. Zweitens aber ist die Erörterung und Klärung der Streitfragen, die die Partei im Innern zerreißt, der Frage, wie wir uns zu den großen Fragen der Kriegspolitik zu stellen haben, solange der Krieg tobt, Fragen, die den Parteigenossen im ganzen Lande und uns hier auf der Seele brennen, gewissermaßen auch eine notwendige Voraussetzung, daß wir wieder gemeinsam sachlich fruchtbar arbeiten können. (Sehr richtig!) Deshalb sollten wir zunächst die Arbeiten, die wir für die Konferenz vorgesehen haben, erledigen. Bleibt dann noch Zeit, die vom Genossen Braun angeregte praktische Aufgabe auch nur wenigstens noch im Großen zu streifen und dafür Vorkehrungen zu treffen, daß diese Arbeiten in Angriff genommen werden, so ist es gut und ich schlage deshalb vor, die Beschlussfassung über die Anregung des Genossen Braun erst dann zu treffen, wenn die Konferenz die Arbeiten erledigt hat, für die sie zusammengetreten ist.

Genke-Bremen: Genosse Braun hat zweifellos recht in bezug auf die Wichtigkeit des Gegenstandes, den er erwähnt hat und auch insofern, daß wir bei Erörterung dieser sachlichen Dinge jedenfalls am ehesten dazu kommen würden, die scharfen Gegensätze innerhalb der Partei zu mildern. Aber er hat nicht recht, wenn er meint, daß es innerhalb drei Tagen möglich wäre, außer über die Gegenstände, die auf der Tagesordnung stehen, auch noch über den von ihm angeregten Gegenstand zu verhandeln. Insofern muß ich mich den Einwänden und dem Vorschlage Davids vollkommen anschließen. Wir haben ohnehin nur zwei Tage Zeit für die Debatten und man hat schon die Befürchtung ausgesprochen, daß man mit der Redezeit nicht auskommt und daß die Zahl der Redner sehr groß sein werde. Würde man noch einen dritten Gegenstand auf die Tagesordnung setzen, so würde die Folge sein, daß die beiden andern Punkte der Tagesordnung darunter zu leiden hätten. Man würde unter Berufung auf den dritten Punkt bei jeder Gelegenheit beantragen, die Debatte abzubrechen. Ich hätte daher von Braun erwartet, daß er erst den Ausgang der Debatten abgewartet hätte, die uns hierher geführt haben, und dann mit seinem Vorschlage gekommen wäre. Uebrigens ist doch die Sache vorher noch gar nicht in der Presse behandelt worden. Und nichts ist bei der Kompliziertheit der Frage notwendiger als dies. Aus all diesen Gründen sollte Braun sich vorbehalten, zum Schluß zu beantragen, daß etwa eine Kommission eingesetzt wird, die die Vorbereitungen trifft für künftige Verhandlungen über diesen Punkt oder er muß sich bescheiden, überhaupt darauf zu verzichten, daß der Gegenstand auf die Tagesordnung kommt. Ich bitte, dem Vorschlage Davids stattzugeben.

Dr. Braun-Münster: Ich sehe es als ein überaus erfreuliches Zeichen für die Verhandlungen der Reichskonferenz an, daß Genke und David bei dieser Gelegenheit einer Meinung sind (Geiterkeit), und hoffe, daß das auch am Schluß der Tagung der Fall sein wird. David sagte, die Vorbereitung fehlt. Das ist sicherlich ein großer Fehler und auch ein Vorwurf für die Redakteure, die dieser Frage viel zu wenig Interesse entgegengebracht haben und nur für die ersten beiden Punkte der Tagesordnung in den letzten zwei Jahren Sinn und Verständnis oder vielmehr Anfinn und Unverständnis gehabt haben. (Geiterkeit und Widerspruch.) Durch den Vorschlag Davids wird aber kein Einwurf noch schlimmer, es gehen uns dann noch drei Tage verloren, während deren wir uns sonst vorbereiten könnten. Nach seiner Anregung sollen wir erst am Sonnabend abend überlegen, ob wir am Sonntag die großen Fragen der Zukunft beraten sollen, nachdem wir uns drei Tage der überaus traurigen Vergangenheit gewidmet haben. Genke befürchtet so außerordentlich, daß die zwei ersten Punkte darunter leiden könnten, wenn wir irgendwie etwas Praktisches für die Zukunft beschließen wollen. Ich habe ja offen gesagt, daß es mein Wunsch ist, diese Erörterungen zeitlich einzu-

engen, schon damit die Parteigenossen nicht zu der Meinung kommen, daß das, was wir in den letzten zwei Jahren ununterbrochen zu hören bekommen haben, der einzige Geistesinhalt der sozialdemokratischen Partei ist. Ich kann mich also den Anregungen Genkes und Davids nicht fügen und muß bitten, über meinen Antrag zu beschließen.

Kaußky: Auch ich muß meinem Freunde Braun den Schmerz bereiten, daß ich mit David vollkommen übereinstimme. (Geiterkeit.) Wenn wir in der Konferenz sprechen, dann beschäftigen wir uns nicht nur mit der Vergangenheit, sondern auch mit Gegenwart und Zukunft. Die wichtigste Frage ist, wie wir zum Frieden kommen, wie wir uns zur Regierung zu stellen haben. (Sehr richtig!) Das sind keine Fragen der Vergangenheit, sondern solche der Zukunft. Von der Art, wie der Friede aussehen wird, hängt auch ab, welche Maßnahmen zu ergreifen sein werden, um zur Friedenswirtschaft überzugehen. Wenn wir heute schon darüber sprechen, dann sprechen wir wie über einen Nebel, über den wir noch gar nichts Bestimmtes wissen. Dazu kommt ein weiterer Grund. Wir sind zusammengekommen, um über Fragen zu reden, über die wir in der Öffentlichkeit nicht reden können. Darauf müssen wir unsere ganze Zeit verwenden. (Sehr richtig!) Fragen, wie sie Braun vorschlägt, können sehr gut auch vor aller Öffentlichkeit behandelt werden. (Sehr richtig!) Wenn Braun das Referat, das er wohl schon im Leibe hat (Geiterkeit), in Versammlungen hält, so ist dagegen gar nichts einzuwenden, auch nichts dagegen, daß diese Erörterungen in einer eigens dazu einberufenen Sitzung des Parteiaususses oder einer weiteren Konferenz verhandelt werden. Aber die Zeit dieser Konferenz wollen wir den Fragen widmen, für die sie einberufen ist.

Die Konferenz beschließt, die Entscheidung über den Antrag Braun hinauszuziehen.

Vorsitzender Ebert: Wir kommen dann zur Frage der Berichterstattung über unsere Verhandlungen in der Presse. Der Parteivorstand unterbreitet Ihnen folgenden Vorschlag: Wir haben das Bureau Waacke beauftragt, über unsere Verhandlungen in gleicher Weise wie über die Verhandlungen unserer Parteitage einen ungefähr wörtlichen Bericht aufzunehmen. Wir haben auch vorgesehen, daß jeder Redner seine Ausführungen nachlesen und Korrekturen an ihnen vornehmen kann. Diese Aufzeichnungen aber sollen zunächst streng vertraulich behandelt werden. Am Schluß unserer Verhandlungen sollen sie möglichst fertig vorliegen. Wenn wir dann einen Ueberblick über den Gang und Verlauf unserer Konferenz haben, dann soll die Konferenz entscheiden, inwieweit dieses Protokoll veröffentlicht und den Teilnehmern und anderen Körperchaften der Partei ausgehändigt werden kann. Außerdem soll täglich am Abend ein kurzes Resümee über den Verlauf unserer Verhandlungen an die gesamte Presse gegeben werden. Im übrigen sollen unsere Verhandlungen streng vertraulichen Charakter tragen, d. h., daß aus der Konferenz heraus während ihrer Dauer an die Presse keinerlei selbständige Berichte abgegeben werden dürfen. Inwieweit später sich die Presse mit der Konferenz beschäftigen kann, soll ebenfalls am Schluß unserer Konferenz festgelegt werden.

Lebour: Ich möchte bitten, diesen Vorschlägen nicht zuzustimmen. Wir sind hier zusammengekommen zu einer Aussprache über die wichtigsten schwebenden Parteifragen. Wir sind die Beauftragten der Parteigenossen, denen wir in weitestem Maße über unsere Stellungnahme Rechenschaft zu geben haben werden. Diese Pflicht können wir uns auch nicht vorübergehend durch detaillierte Bestimmungen einschränken lassen. Gewiß gibt es Gründe, aus denen heraus man dieses oder jenes nicht aussprechen kann. (Zurufe: Na also!) Man muß es aber dem einzelnen überlassen, inwieweit er die Verantwortung dafür übernehmen will. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es ist ganz unmöglich, eine detaillierte Einschränkung der Berichterstattung über den Verlauf unserer Konferenz zu beschließen. Das würde dem Grundcharakter unserer Partei widersprechen. (Sehr richtig!) Wenn auch für die Verhandlungen Vertraulichkeit proklamiert wird, so wissen wir doch alle, welche Erfahrungen wir in der letzten Zeit mit sogenannten vertraulichen Verhand-

lungen gemacht haben. Da sind über sogenannte vertrauliche Verhandlungen noch nach Jahren Auszüge aus angeblichen stenographischen Protokollen in die Welt gesetzt worden, z. B. von der „Fadel“, jetzt wohl auch einem der Zentralorgane der Partei. (Heiterkeit.) Solche Erfahrungen, deren Wiederholung zweifellos in Aussicht steht, rechtfertigt allein schon die Abweisung des Vorschlages des Parteivorstandes. Ich bitte, keinerlei Einschränkung der Berichterstattung und Besprechung über die Konferenz zu beschließen.

Blod-Leipzig: Ich muß im Namen der Presse dem Vorschlag des Parteivorstandes widersprechen. Sie wissen alle, wie gespannt die Parteigenossen auf den Verlauf der Konferenz sind. Sie erwarten so schnell wie möglich irgendwelche Mitteilungen von den Vorgängen, die hier vor sich gehen. Wenn der Vorschlag des Parteivorstandes irgendeinen Grund hat, so kann es nur der sein, daß aus Zensurgründen in der Presse Stille dieser freien Aussprache nicht mitgeteilt werden dürfen. Das mag an sich richtig sein, aber Sie können den hier anwesenden Vertretern der Parteipresse das Vertrauen entgegenbringen, daß sie selbst zu beurteilen imstande sind, was nach außen hin mitgeteilt werden kann und was nicht. (Widerpruch.) Die Vertreter der Presse werden in ihren Mitteilungen schon die nötige Selbstzensur zu üben wissen. (Widerpruch und Zustimmung.) Mit diesem Argument kann also der Vorschlag des Parteivorstandes sachlich gar nicht begründet werden.

Müller (Parteivorstand): Wir haben im Parteivorstand die Frage der Berichterstattung eingehend besprochen. Eines unserer Hauptargumente, während der Tagung keine uneingeschränkte Berichterstattung zugelassen, gründete sich gerade auf den Gesichtspunkt, die Minderheit zu schützen. (Fleißner: Hört! hört!) Ich nehme an, daß auch Fleißner unter dem Belagerungszustand leidet. (Fleißner: Ueberlassen Sie uns das nur!) Es handelt sich nicht nur darum, daß der einzelne selbst in der Lage ist, zu entscheiden, was in die Öffentlichkeit kommen darf und was nicht. Wenn Sie vielmehr die Berichterstattung schlangweg freigeben, dann müssen Sie damit rechnen, daß übermorgen jemand auftritt und behauptet, er sei in einem Organ der Gegenseite denunziert worden. (Sehr richtig!) Daher soll erst am Schluß der Konferenz über die Möglichkeit einer ausführlichen Berichterstattung verhandelt werden und bis dahin müssen sich die Parteigenossen mit dem täglichen kurzen Resümee begnügen. Mit dem demokratischen Grundcharakter der Partei hat das gar nichts zu tun. Wir müssen hier vertraulich tagen und das schadet uns ebensowenig etwas, wie es der Partei unter dem Sozialistengesetz etwas geschadet hat, daß sie im Auslande vertrauliche Parteitage abhalten mußte. Wenn eine absolut freie Berichterstattung stattfinden würde, dann würde die Gefahr bestehen, daß auf Grund von Ausführungen, die hier gemacht worden sind, die glatte Beendigung der Konferenz in Frage gestellt wird. (Sehr richtig!) Daher darf keine wilde Berichterstattung stattfinden. Es handelt sich ja nicht nur um die heutige Konferenz. Kein Mensch weiß, wie lange der Krieg noch dauert. Aber wir werden den Friedensverhandlungen näherkommen und wir werden dann vielleicht noch häufiger die Genossen zu solchen Konferenzen zusammenberufen. Wir haben also alle ein Interesse daran, daß auch später Konferenzen wie die heutige möglich sind. (Zustimmung.)

Gené-Bremen: Trotzdem bin ich der Meinung, daß es falsch wäre, den Vorschlägen des Parteivorstandes zu folgen. Es würde das zur Folge haben, daß ein durchaus einseitiger Bericht in die Presse kommt. Bei allem Vertrauen, das man dem Bureau Waacke entgegenbringen kann, haben wir von der Minderheit allen Anlaß, mit einem gewissen Mißtrauen dieser Berichterstattung gegenüberzustehen. (Sehr richtig!) Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß bei einer solchen Berichterstattung die Minderheit immer am schlechtesten wegkommt, ganz besonders, wenn die Berichte abgefaßt würden unter dem Gesichtspunkt, daß man sehr vorsichtig sein muß, daß man keine Schwierigkeiten machen und das Weitergehen der Konferenz nicht gefährden darf. Das Bureau Waacke würde darüber zu befinden haben, welche Vorichtsmaßnahmen ergriffen werden müssen, um jede Gefährdung der Konferenz auszuschließen. Dabei würde die Minderheit zweifellos zu kurz kom-

men und es würde ein Bericht entstehen, mit dem die Parteigenossen, mit dem aber vor allem die Parteiredakteure nicht zufrieden sein können. Weiter muß ich darauf hinweisen, daß ich, auch wenn zehnmal Vertraulichkeit der Verhandlungen beschlossen wird, an die Einhaltung dieser Vertraulichkeit einfach nicht glaube. (Zurufe: „S. R.“ — Gegenrufe: „Berner Tagewacht“!) Wir haben mehr als einmal die Erfahrung machen müssen, daß bei solchen vertraulichen Verhandlungen in der Reichstagsfraktion die Minderheitsanhänger sich an die Vertraulichkeit gehalten haben, die anderen aber nicht. (Lebhafter Widerspruch.) Ich erinnere nur an die Veröffentlichung Dr. Quards in der „Frankfurter Volksstimme“ und Keils in der „Schwäbischen Tagewacht“. (Zuruf: „Bergische Arbeiterstimme“) Sie können also diese Frage unter allen Gesichtspunkten betrachten, der Deneffekt wird immer sein, daß die Minderheit benachteiligt wird. Müller sprach von einer wilden Berichterstattung. Das Vertrauen, das das Bureau Waacke verdient, verdienen aber die Parteiredakteure auch. Müller kann von einer wilden Berichterstattung nur sprechen, weil er eine wilde Vorstellung hat von dem Verantwortungsbegriff der Redakteure der Minderheitspresse. Jedenfalls protestiere ich als Redakteur dagegen, daß ich nicht jebiel Verantwortlichkeitsgefühl haben und nicht überschauen sollte, was in die Presse hineinkommen darf und was nicht. Uebrigens steht ein großer Teil der Minderheitspresse unter Zensur. Was die Zensur Waacke paßiert, würde in den meisten Fällen der militärischen Zensur zum Opfer fallen. Ich bitte daher nochmals, die Vorschläge des Parteivorstandes abzulehnen.

Blod-Leipzig: Zu diesen Ausführungen muß ich darauf hinweisen, daß wir über die Reichskonferenz alles mögliche nicht aus der Parteipresse erfahren haben, sondern aus dem „Berliner Tageblatt“. (Zurufe: „Rostische“, „Kost“!) Wenn beschlossen wird, keinen Bericht vor Ende der Konferenz zu veröffentlichen, so lesen wir vielleicht in der bürgerlichen Presse eher über die Konferenz etwas, als in der Parteipresse. Deshalb bitte ich dringend, den Antrag des Vorstandes abzulehnen.

Limbers-Essen: Ich schlage vor, wenn Vertraulichkeit bis zum Ende der Konferenz beschlossen wird, daß man dann die täglichen Resümees nicht allein dem Bureau Waacke überläßt, sondern je ein Redakteur der Minderheit und der Mehrheit hinzugezogen wird. Die Genossen, die in Organen der Minderheit arbeiten, wissen, daß die Waackeschen Berichte nicht objektiv gewesen sind, nicht einmal die Parlamentsberichte. Man muß also eine solche Kontrolle schon zugehen.

Ebert: Ich habe vorher vergessen hinzuzufügen, daß der Parteivorstand bereit ist, die Verantwortung für die Objektivität der Resümees der Konferenz gegenüber zu übernehmen. (Blod: Das ist keine Garantie!) Natürlich, die „Leipziger Volkszeitung“ ist der Gipfel der Objektivität. Wir sind auch einverstanden, daß gemeinsam mit dem Parteivorstand je ein Redakteur der Minderheit und der Mehrheit die Resümees nachprüft.

Dr. Gradnauer-Dresden: Es liegt doch in unser aller Interesse, den Vorschlag des Parteivorstandes anzunehmen. Ich habe sehr viel Gefühl für journalistische Schnelligkeit und freue mich, daß auch Blod eine möglichst schnelle Berichterstattung für die Parteipresse will. Aber die Verhältnisse liegen gegenwärtig so, daß es auf Schnelligkeit nicht so sehr ankommt als auf die Berücksichtigung der Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten würden sich aber sehr leicht einstellen, wenn wir nach dem Vorschlag Blods und seiner Freunde verfahren würden; es würde dann jeder seine subjektive Anschauung über die Verhandlungen hinausgeschicken, die glossierten Redner würden dann berichtigen usw. Auf den Parteitagen hatten wir einen offiziellen Bericht, der sofort vorlag, und den die Presse ohne jede Rücksicht veröffentlichen konnte, so daß volle Kontrolle möglich war. Jetzt ist das nicht der Fall und das müssen wir bedenken. Die Berichterstattung des „Berliner Tageblattes“ ist in der Fraktion vollständig aufgeklärt worden, und es wurde festgestellt, daß das „Berliner Tageblatt“ nicht etwa aus Kreisen der Mehrheit unterrichtet wird. (Widerpruch der Opposition.) Doch, das ist aufgeklärt worden. Uebrigens

gibt ja die Hinzuziehung eines Minderheitsredakteurs alle Garantie für Objektivität, nehmen wir also den Vorschlag des Parteivorstandes an.

Gonrath-Nachen: Die Parteigenossen erwarten, daß diese Konferenz die Einigung der Partei herbeiführt oder wenigstens die Möglichkeit schafft, daß alle Vertreter der Partei in den gesetzgebenden Körperschaften gemeinsam arbeiten. Wir dürfen nicht damit beginnen, der von der Konferenz eingesetzten Zeitung Mißtrauen entgegenzubringen, daß sie nicht imstande sein würde, einen kurzen Bericht objektiv jeden Abend fertigzustellen. Nehmen wir doch den Vorschlag Limbertz an, dann tragen Mehrheit und Minderheit zu gleichen Teilen die Verantwortung für die kurzen Berichte. Ich kann nicht zugeben, daß die Parteigenossen draußen nicht noch einen Tag warten und sich nicht mit den kurzen Berichten begnügen könnten, die Parteigenossen haben doch alle die Zeit die Hemmnisse getragen und sie werden, in der Hoffnung, daß diese Konferenz dazu beitragen wird, die Verhältnisse innerhalb der Partei zu bessern, auch diese kurze Frist noch ertragen; sie werden es freudig begnügen, wenn der erste Bericht über unsere Konferenz einen solchen Charakter trägt, daß man allenthalben im Lande fühlt: Es ist wirklich die Absicht vorhanden, wieder auf gemeinsamem Boden zusammenzuarbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Gisner-München: So sehr es mir notwendig erscheint, nach Schluß der Konferenz jede Vertraulichkeit aufzugeben, d. h. Mitteilungen über die Debatten durchaus freizustellen — darin sehe ich überhaupt den wichtigsten Zweck der Konferenz (Sehr richtig!) — so sehr möchte ich Sie aus praktischen Erwägungen bitten, während der drei Tage, um die Konferenz selbst nicht zu gefährden, ja um nicht einmal einen Vorwand zu geben, daß die Konferenz gefährdet werden könnte, sich jene Zurückhaltung aufzuerlegen, die angeregt ist, und dann dem Antrag Limbertz in der Form zuzustimmen, daß eine Redaktionskommission eingesetzt wird, die ein objektives Resümee fertigstellt.

Lebebour: Diesem Vorschlag könnte man zustimmen, aber unter allen Umständen muß nach Schluß der Konferenz die vollkommene Aussprache über sie jedem Teilnehmer freigestellt sein. Das ist nach den Ausführungen Eberts noch nicht zweifelhaft festgestellt; ich habe ihn so verstanden, daß am Schluß der Konferenz erst beschlossen werden soll, ob und was darüber später veröffentlicht wird. Dagegen wenden wir uns entschieden, unter keinen Umständen werden wir uns eine solche Einschränkung auferlegen lassen. (Zustimmung bei der Opposition.) Während der drei Tage der Konferenz braucht dagegen nichts über die Konferenz hinausgeschickt werden. Der Antrag Limbertz genügt nicht, die Fassung Gisners verdient den Vorzug. Aber die Verantwortung für einen Bericht trägt immer nur der Verfasser, auch wenn Vertreter der Mehrheit und der Minderheit den Bericht noch kontrollieren. Jedemfalls werden wir uns unter keinen Umständen einem gegenwärtigen oder nachträglichen Beschluß auf Geheimhaltung der Konferenz über ihr Ende hinaus fügen.

Ebert: Das ist auch durchaus nicht unsere Absicht, wir sind dafür, daß nach Schluß der Konferenz die gesamte Berichterstattung und Diskussion über die Verhandlungen freigegeben wird. Wir wollten nur den Vorbehalt machen, daß die Konferenz selbst Gelegenheit hat, in Rücksicht auf den Belagerungszustand am Ende zu beschließen, ob Einschränkungen zu machen sind.

Die Konferenz beschließt, daß zur Feststellung des täglichen Resümees je ein Mehrheit- und Minderheitsredakteur zugezogen werden. Für dieses Amt werden mit Mehrheit gewählt Dr. Gradnauer-Dresden und Limbertz-Essen.

Lebebour, Stadthagen und Goitschall erklären das oben eingeschlagene Verfahren für unrichtig, da nicht die Mehrheit der Konferenz bestimmen könne, wer als Vertreter der Minderheit an der Feststellung des Resümees teilnehmen soll. Sie schlagen Wlad-Leipzig als Vertreter der Minderheit vor.

Ebert: Ich bitte Sie, doch zu beachten, daß die Angelegenheit durch die Beschlußfassung der Konferenz erledigt ist. Wenn Genossen diesen Beschluß angreifen wollen, so steht es ihnen frei, später entsprechende Anträge ein-

zubringen. Jetzt aber ist die Angelegenheit erledigt, und zwar gegen wenige Stimmen.

Limbertz: Ich halte es doch für notwendig, daß der Beschluß geändert wird und bitte, von meiner Person Abstand zu nehmen und dafür den Genossen Wlad zu wählen.

Ebert: Dagegen ist nichts einzuwenden, nur weiß ich nicht, ob der Genosse Wlad der rechte Vertrauensmann ist. (Geheiterkeit.) Wenn kein Widerspruch erfolgt, so nehme ich an, daß statt des Genossen Limbertz der Genosse Wlad gewählt ist. Widerspruch erfolgt nicht, die Angelegenheit ist damit erledigt.

Als Tagungszeit schlägt Ihnen der Parteivorstand die Zeit von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr vor. Die Konferenz stimmt dem Vorschlag bei.

Ebert: Die Wahrung der Vertraulichkeit unserer Verhandlungen, die gegen zwei Stimmen beschlossen worden ist, bedingt, daß die Kontrolle am Eingang streng durchgeführt wird. Wir müssen jeden Teilnehmer bitten, die Kontrolle dadurch zu erleichtern, daß beim Eintritt in das Haus und in den Saal die Karte vorgezeigt wird. Ich stelle fest, daß alle Delegierte damit einverstanden sind.

Wir kämen dann zum Bericht über die Zusammenfassung der Konferenz. Wir beabsichtigen, nach der Korrektur der Präsenzliste einen Bericht über die Zusammenfassung der Konferenz und über Einwendungen bei den Wahlen der Delegierten zu geben. Ich schlage vor, zunächst das Referat Scheidemanns zu hören und den Bericht am Schluß des Referates oder bei Beginn der Nachmittagsitzung entgegenzunehmen. Das ist schon dadurch bedingt, weil es jetzt unmöglich ist, einen vollständigen Bericht zu geben, denn im Laufe des Vormittags sind noch mehrere Schriftstücke eingelaufen, die sich darauf beziehen und erst geprüft werden müssen.

Lipinski: Ich schließe mich dem Antrag Eberts an, spreche aber den Wunsch aus, da wir bisher einen schriftlichen Bericht über den Stand der Mitgliederbewegung seit März dieses Jahres nicht haben, daß die Präsenzliste diese Mitgliederzahlen angefügt werden.

Ebert: Ich kann Ihnen nicht zusagen, daß diese an sich sehr richtige und verantwortungsvolle Arbeit so nebenher von uns gemacht werden kann. Wenn es möglich ist, wenden wir dem Wunsche Rechnung tragen.

Lipinski: Ich habe die Anregung gegeben, weil Ebert in der letzten Sitzung des Parteiaussschusses erklärte: der Konferenz würde das Material vorliegen. Ich habe allerdings erwartet, daß es verarbeitet sein würde.

Ebert: Ich nehme an, daß Lipinski mit meinem Vorschlag einverstanden ist. (Lipinski stimmt zu.) Da Widerspruch nicht erfolgt, nehme ich auch das Einverständnis der Konferenz mit meinem Vorschlage bezüglich der Berichterstattung über die Zusammenfassung der Konferenz an. (Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort zu einer Erklärung

Lebebour: Im Auftrage von mehr als hundert Delegierten und Abgeordneten habe ich über die Gründe für unsere Beteiligung an der Konferenz folgende Erklärung abzugeben: Die Reichskonferenz der Sozialdemokratie ist keine im Organisationsstatut der Partei versehene Einrichtung. Ihr fehlt die Befugnis Beschlüsse zu fassen. Der Möglichkeit, die Konferenz für eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Widerspiegelung der Parteianschauungen auszugeben, ist obendrein durch die Art ihrer Zusammenfassung der Boden völlig entzogen worden. Es wird nämlich einmal der Parteibürokratie ein sogar über das bisher schon gewünschte Maß hinausgehender Einfluß gesichert, während die Delegiertenwahl nach Vorschriften erfolgte, die im krassen Widerspruch zu dem demokratischen Grundgedanken der Gleichberechtigung der Parteimitglieder stehen. Die Rechtsüberföhrung der Genossen in den großen Wahlkreisen zugunsten der kleineren Parteigenossen hat die Wirkung, den Einfluß des Parteivorstandes und seines Anhangs zugunsten der Opposition künstlich zu steigern.

Um so unverantwortlicher ist diese erkünstelte Beschränkung der Oppositionsvertretung, als durch die Machthaber der Regierung der Opposition in der Partei die Vertretung ihrer Anschauungen sowieso in weit höherem Maße

erschwert wird als den Anhängern des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit.

Trotz der auf solche Weise bewirkten Verzerrung der Vertreterschaft beteiligen wir uns an den Verhandlungen der Konferenz, weil wir selbst diese kümmerliche Gelegenheit zu einer Aussprache über die Parteidifferenzen nicht vorübergehen lassen wollen.

Zu einer weiteren Erklärung erhält das Wort

Frasselt: Ich habe Ihnen ebenfalls eine Erklärung für die Gruppe „Internationale“ abzugeben:

1. Die Reichskonferenz ist unter den einengenden Bedingungen des Belagerungszustandes zustande gekommen und kann daher den in der Partei herrschenden Ansichten nur den falschesten und emstteltesten Ausdruck verleihen.

Der Belagerungszustand und die Zensur machen jede freie Erörterung der Politik der Parteinstanzen in Versammlungen und in der Presse von vornherein unmöglich; der Belagerungszustand lastet, indem er die Anhänger der sogenannten Mehrheit innerhalb der Partei begünstigt und fördert, zugleich mit seiner ganzen Schwere auf den zur entschiedensten Opposition gehörenden Elementen, die durch Prozesse, Verhaftungen und Einderufungen ununterbrochen dezimiert werden.

Weiter ist die Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz — entgegen den elementarsten demokratischen Begriffen und entgegen den ausdrücklichen Forderungen des Parteistatuts bei allen sonstigen Wahlen — vielfach nicht von Mitgliedern — oder Delegierten — Versammlungen der einzelnen Wahlkreise vollzogen worden, sondern von den Vorständen oder von lokalen Parteiausgüssen.

Unter diesen Umständen ist es klar, daß die von der Konferenz zu fassenden Beschlüsse auch nicht die mindeste politische noch moralische Bedeutung haben können.

Die genannten Genossen erklären ferner:

2. daß auf Grund des Parteistatuts die Reichskonferenz keine rechtliche Zuständigkeit besitzt und folglich auch ihren Beschlüssen keine parteirechtlich bindende Kraft beigemessen werden kann;

3. daß die Parteinstanzen durch die oben gekennzeichnete Verfälschung der Partei ein Vertretersvolum für ihre den Parteinteressen zuwiderlaufende Politik sich verschaffen wollen und somit als die Nutznießer des Belagerungszustandes und der Unterdrückung der öffentlichen Meinungsfreiheit auftreten. (Große Unruhe. Zuruf: Unberschämtheit!)

Gbert: Ich muß diese letzte Äußerung mit Entschiedenheit zurückweisen. **Frasselt** (fortfahrend): 4. daß die Veranstaltung unzweifelhaft den Zweck verfolgt, die Partei noch fester an die Regierungspolitik zu fesseln und sie auch in Zukunft zur Stütze und Helfershelferin des Imperialismus der herrschenden Klassen zu machen;

5. daß die Reichskonferenz durch eine etwaige Rechtfertigung der Politik des 4. August und ihrer Begleitersehimung die Grundlagen der bis dahin auf den proletarischen Klassenkampf aufgebauten sozialdemokratischen Politik untergraben und zur Lösung der Bande beitragen würde, die den Bestand und den Zusammenhalt der Partei bedingen.

Die oben bezeichneten Delegierten stellen fest, daß sie auf der Reichskonferenz erschienen sind, um deren wahren Charakter vor den Genossen im Lande auf der Konferenz selbst zu entlarven, was notwendig wurde, nachdem die Arbeitsgemeinschaft nicht die Entschlossenheit und Konsequenz gefunden hat, die elementare Pflicht einer wirklichen Opposition unter den gegebenen Umständen zu erfüllen und der Veranstaltung gänzlich fernzubleiben, um ihr dadurch vor aller Welt den Stempel einer unverbindlichen privaten Zusammenkunft ausschließlich von Anhängern der „Mehrheit“, genauer der Regierungspolitik innerhalb der Partei aufzudrücken und dadurch der Konferenz auch äußerlich jede Bedeutung zu nehmen.

In Konsequenz der obigen Feststellungen halten es die genannten Delegierten für geboten, jede Beteiligung an den Abstimmungen — ausgenommen

bei Fragen der Geschäftsordnung — abzulehnen, wobei sie sich das Recht vorbehalten, mündlich und durch schriftliche für die breite Masse der Parteigenossen im Reich bestimmte Erklärungen zu Protokoll ihre Stellung in den die Partei bewegenden Fragen zu präzisieren.

Es wird in die Tagesordnung eingetragen. Das Wort erhält als Referent über „Die Politik der Partei“:

Scheibemann: Parteigenossen! Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die deutsche Sozialdemokratie doch etwas ganz anderes ist, als alle übrigen Parteien, dann wäre dieser Beweis im Laufe des Krieges erbracht worden. Während alle anderen Parteien — wenigstens äußerlich — in stumpfer und dumpfer Ruhe dahingleben, wird unsere Partei von einer Krise geschüttelt, wie sie die Parteigeschichte nicht kennt! So sehr ich auch den wirren Parteistreit beklage, so muß ich doch sagen, daß ich die anderen Parteien um ihre Ruhe nicht beneide. Es steht uns auch gar nicht an, in ruhiger Gemächlichkeit dahingzuleben, während die ganze Welt sich in den entsetzlichen Kämpfen wälzt. Wir leiden mit ihr und kämpfen mit ihr und beweisen gerade dadurch, daß wir ein Stück wirklichen Lebens sind, eine wirkliche Volkspartei. Alles, was das Volk in diesen Zeiten durchlebt, was es fürchtet und hofft, was es hasst und liebt, das alles kommt im Leben unserer Partei zum Ausdruck. Die Trauer der Mütter und Frauen um ihre Söhne und Gatten; die Sorge um Brot und Nahrung — aber auch der Wunsch nach Erhaltung unseres Volkes und der Wille, ihm im Kampfe draußen und dabei eine bessere Zukunft zu gewinnen: alles das macht sich geltend im Leben der Partei. In den Tiefen des Volksempfindens entspringen die Quellen unserer Meinungsverschiedenheiten. Nicht das ist zu beklagen, daß es solche Meinungsverschiedenheiten gibt, sondern, daß sie sich nicht im geschlossenen Rahmen der Organisation abspielen, so daß die Gefahr der Sprengung droht, und daß wir immer noch nicht gelernt haben, das Sachliche vom Persönlichen zu trennen. Es ist bedauerlich, daß noch immer Genossen, wenn andere ihren Ansichten nicht zustimmen, sich in moralischer Entrüstung überschlagen und „den anderen“ für einen schlechten Kerl halten.

Ich bin froh, daß ich in die zum Teil sehr widrigen Einzelheiten des Streites nicht hineinsteigen muß, daß ich mich vielmehr darauf beschränken kann, in großen Umrissen die Gründe aufzuzeigen, die unser politisches Verhalten bestimmen haben.

Dabei wird es freilich Ihnen und mir nicht erspart bleiben, viele Dinge, die uns allen geläufig sind, die wir alle schon hundertmal durchdacht und durchgesprochen haben, zu wiederholen. Aber es hilft nichts; wir müssen mit unseren Meinungsverschiedenheiten immer wieder gegeneinander anrennen, bis wir mit uns selbst und miteinander fertig geworden sind, bis wir einen Ausweg oder eine Lösung gefunden haben, bis wir müde geworden sind, aber bis eine neue Erschütterung im Weltgeschehen uns gewaltfam auf neue gemeinsame Aufgaben hinaruft.

Was war es denn, was in den ersten Augusttagen 1914 das ganze deutsche Volk erfüllte? War es die Lust am Schlagen, war es kriegspatriotische Begeisterung? Manche mögen es vielleicht auch so empfunden haben. In der Erklärung, die unsere Fraktion am 4. August 1914 im Reichstag abgegeben hat, mang nichts davon nach. Aber das ganze Volk — ich betone ausdrücklich — das ganze deutsche Volk, war erfüllt von dem Bewußtsein der ungeheuren, riesenhafte Gefahr, in der es schwebte (Sehr richtig!) und aus der sich nur noch der einzige Ausweg zeigte: die aus dem Aufgebote aller Kräfte geborene Tat. (Sehr richtig!) Das kam damals ganz allgemein zum Ausdruck auch in unseren Erörterungen. Nicht die Lust anderer zu schaden, sondern das Bestreben, zu helfen, wo man helfen konnte, wo man die quälende Sorge sah und kommende Not fühlte. Wir hätten von Stein sein müssen, wenn wir damals anders empfunden hätten. (Sehr richtig!) Wir kannten die unheimlichen Dimensionen des russischen Reichs, das sich von unseren Grenzen bis zum indischen Ozean erstreckt. Und so sehr wir Frankreich liebten — das sage ich, ohne etwa eine Spur von Reue dabei zu bekunden — so war es doch in jenem Augenblicke für uns nur noch der

Helfer Rußlands (Sehr richtig!), zu dem das Land der Revolution durch eine Verletzung von tragischen Umständen geworden war. Von diesem Rußland fürchteten wir alles. Dies Rußland lebte in unserem Gedächtnis als das Land, von dem wir die grauenhaftesten Dinge kamen. Jetzt, nach zweijähriger Kriegsdauer, ist unser Gedächtnis erfüllt von den Schreden des Krieges. Damals stand in unserem Gedächtnis in erster Linie die Erinnerung an all die Dinge, die das friedliche Rußland an seinen eigenen Volksgenossen vollzogen hatte. (Sehr richtig!) Was hätte ein bestes Deutschland von diesem Rußland, das mit seinen eigenen Kindern derart verfahren war, zu erwarten gehabt! (Sehr gut!) Und dann: wer war es denn, der uns diesen Haß — nicht gegen das arme russische Volk, aber gegen das zaristische Rußland am tiefsten eingeprägt hatte? Wahrhaftig, die deutsche Regierung tut sehr unrecht, wenn sie jetzt diejenigen einsperret, die die Stimmung vorbereitet haben, die uns in den Augusttagen bewegte. (Sehr richtig!) Die Stimmung im August 1914 war nicht in erster Linie das Werk der Regierung, die jetzt angeblich so stolz darauf sein soll, sie war noch weniger unser Werk, die wir hier — nach der Meinung mancher, aber beileibe nicht der unseren —, ihrentwegen gleichsam als Angeklagte stehen sollen — sie war vielmehr zum großen Teil das Werk der Genossen und Genossinnen, die seit Jahrzehnten in Deutschland den heftigsten Kampf gegen den Pazifismus geführt und den tiefsten Abscheu gegen ihn in das Herz eines jeden deutschen Arbeiters hineingebracht haben. (Sehr richtig!) Ich brauche keine Namen zu nennen, das tut gar nichts zur Sache; diejenigen, die uns jetzt am meisten wegen unseres Verhaltens in den Augusttagen 1914 bekämpfen, das waren gerade die geistigen Vorfahren des 4. August. Sie hatten diese Stimmung in Deutschland am besten vorbereitet, aus der heraus das ganze Volk entschlossen war, sich mit Händen und Füßen gegen Rußland zu wehren. Es gab damals gar keinen Streit darüber, daß man sich gegen Rußland verteidigen müsse, und auch in der Fraktion, in der jeder Gedankengang manchmal bis zur Bestimmtheit verfolgt wird, gab es gar keinen Streit darüber.

Mit allen gegen vierzehn Stimmen, also mit sieben Axtel Mehrheit, wurde am 3. August 1914 beschlossen, für die Kriegskredite zu stimmen. Da waren die alten Parteigenossen, die doch wahrhaftig nichts vom Kriege wissen wollten, und stimmten für die Kredite. Da waren die jüngeren, die am entschiedensten gegen die auswärtige Politik Deutschlands aufgetreten waren und Reformen verlangt hatten; die am eifrigsten für eine Verständigung mit Frankreich gearbeitet hatten — sie sahen ihr Verteidigungswerk in Trümmer gehen und stimmten für die Kriegskredite. Waren das alles Lören, die nicht wußten, was sie taten? Oder waren es Verräter, die ihre Ueberzeugung für einen Judaslohn verkauft hatten? Nein, es waren aufrechte Sozialisten, die an ihrem eigenen in Not und Sorgen befindlichen Volke ein Werk der Solidarität, der Hilfsbereitschaft übten. Sie fragten nicht mehr, wie das alles gekommen war, sie sahen die große Gefahr und traten in die Bresche, sie handelten, wie sie ihrer Ueberzeugung nach handeln mußten, und sie handelten so, wie das ganze deutsche Volk damals wollte, daß gehandelt werde. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn damals, am 4. August 1914, statt der Volksvertretung das Volk selber hätte abstimmen können, was glauben Sie, wie dann die Abstimmung ausgefallen wäre! (Zusatz: Glaube ist kein Beweis!) Wenn es sich darum gehandelt hätte, abzustimmen über Krieg und Frieden, dann wäre natürlich das ganze deutsche Volk für den Frieden eingetreten. Das ist ganz selbstverständlich, dann hätten erst diejenigen, die anderer Meinung waren, gesehen, was für ein klägliches Häuflein sie im Reiche sind. Ja, auch wenn der Reichstag damals abgestimmt gehabt hätte über Krieg oder Frieden, glauben Sie dann, daß in der sozialdemokratischen Fraktion auch nur eine Spur von Meinungsverschiedenheit gewesen wäre? Selbstverständlich wäre die ganze Fraktion für den Frieden eingetreten. So lagen die Dinge aber nicht. Der Krieg war da — der Krieg war da, als unbestreitbare, nicht mehr aus der Welt zu schaffende furchtbare Tatsache, und nun handelte es sich nur noch darum, ob Rußland mit seinen Verbündeten siegen oder zurückgeworfen werden sollte.

Was glauben Sie wohl, wenn damals die Frage der Kreditbewilligung einer Volksabstimmung unterzogen wäre, wie das Volk da gestimmt hätte? Unsere Vertrauensleute in der Partei und in den Gewerkschaften, unsere Versammlungsbesucher, in deren Ohren noch all die schmerzlichen Klagen gegen Rußland klangen, sie wären die ersten gewesen an den Bahnhöfen. In einem Meer von Ja- und Ja-Stimmen wären die paar Nein-Stimmen vollständig ertrunken. (Sehr richtig!) Und waren die vierzehn, die in der Fraktion am 3. August gegen die Bewilligung der Kredite stimmten, etwa Parteigenossen, die den Lebensfragen des Volkes kalt und gleichgültig gegenübergestanden hätten? Das war keineswegs der Fall. Bei jeder Gelegenheit, die sich mir bot, habe ich — obwohl die meisten der betreffenden Genossen mich auf das bestmögliche bekämpften —, immer in der energischsten Weise blöde Vorwürfe gegen sie ganz entschieden zurückgewiesen. Ich will feststellen, daß meiner Erinnerung nach in der Fraktion die grundsätzliche Frage der Landesverteidigung überhaupt niemals einen Streitgegenstand gebildet hat. (Sehr gut!) Ich glaube hinzufügen zu dürfen, daß diese Frage in der Partei sowohl wie in der Fraktion auch niemals eine Rolle spielen können. (Sehr richtig!) Der unsinnige Grundsatz, daß man gegenüber dem Schicksal des eigenen Volkes gleichgültig sein könnte, kann nur vertreten werden von politischen Eingängern (Sehr richtig!), von weltfremden Propheten. Aber ein solcher Grundsatz kann nicht vertreten werden von einer Partei, die ein großes Stück des deutschen Volkes selber bereits ist und die das ganze deutsche Volk werden will. (Lebhafte Zustimmung.) Eine solche Partei kann die grundsätzliche Pflicht der Landesverteidigung nicht verneinen oder sie wird nicht bleiben können, was sie ist, sie wird niemals werden können, was sie werden will. (Sehr richtig!)

Zu unseren internationalen Grundfragen gehört in erster Linie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, und unser Volk sollte, falls dieses Selbstbestimmungsrecht von außen bedroht wird, sich nicht selber verteidigen dürfen? Es kam also für uns darauf an, ob wir uns verteidigen wollten oder nicht. (Zusatz: Ob wir Krieg führen wollten oder nicht!) Das ist wirklich ein solch naiver Zwischenruf, daß ich darauf nicht einzugehen brauche. (Sehr wahr!) Ich habe schon gesagt: wenn es sich darum gehandelt hätte, ob über Krieg oder Frieden zu entscheiden gewesen wäre, dann hätte gar keine Differenz entstehen können.

Die oppositionellen Parteigenossen haben selbstverständlich, wie wir alle, die tiefste Sympathie für Belgien. Aber, was den Belgiern Deutschland gegenüber recht ist, ist das Deutschland Rußland gegenüber nicht billig? (Sehr gut!) Ich bin auf den Einwand gefaßt: Ja, aber wenn alle das Recht und die Pflicht haben zu kämpfen, der Belgier wie der Deutsche und der Franzose, ist das nicht der helle Wahnsinn? Ja, das ist der helle Wahnsinn, das ist eben der Krieg, der uns alle mit Verzweiflung erfüllt. Es würde aber heißen, diesem Wahnsinn die letzte Spur von Vernunft rauben, wenn ein Volk stillschweigend seinen Buckel hinhielte, um die Krügel zu empfangen, die die anderen ihm zugebracht haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ein Volk, das sich nicht wehrt, könnte das fleischigste, tüchtigste und edelste Volk der ganzen Welt sein, es würde aus den Büchern der Geschichte einfach weggetrichen werden. (Sehr richtig!) Solcher Widersinn wird niemals eine Stätte in der sozialdemokratischen Partei finden können.

Wenn die Fraktion gegen die Kriegskredite stimmen sollte, dann hätte das aus anderen Gründen geschehen müssen, die von jenem Verteidigungs nihilismus weit entfernt sind. Dann aber — und das bitte ich zu beachten — handelt es sich nicht mehr um einen Streit um Grundsätze, sondern nur um einen Streit über das taktische Verhalten, dessen Ziel nach übereinstimmender Meinung sein muß, die deutsche Verteidigung nicht zu schädigen und die Wiederkehr des Friedens möglichst zu fördern. Hierfür den richtigen Ausgleich zu finden, ist keine grundsätzliche Frage, die im luftleeren Raum zu entscheiden ist, sondern ein taktisches Problem, das in lebhaften Wechselbeziehungen steht zu den tatsächlichen Verhältnissen, also vom Wechsel der Zeit und der besonderen Verhältnisse abhängt. Die lange Dauer des Krieges ist der wertvollste Bundesgenosse jener Kritiker geworden, die da meinen, die Ablehnung

Reichstagskonferenz.

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands
Partei Vorstand

der Kriegskredite hätte der Landesverteidigung nicht geschadet, würde aber das Ende des Krieges beschleunigt haben. Eine solche Meinung ist leicht ausgesprochen und wird leicht aufgegriffen von Leuten, die selber keine eigene Meinung haben, die aber von dem Gefühl durchdrungen sind, daß zur Beendigung des Krieges „endlich“ irgend etwas besonderes geschehen müsse. Die Not, die großen Ernährungschwierigkeiten, die vielfach in sehr demagogischer Weise ausgenutzt werden (Sehr richtig!), der Schmerz und die Trauer um verlorene Angehörige erklären den Zulauf zur Opposition, nicht etwa rein veritablesmäßige Ermüdungen. (Sehr richtig!) Bei den Massen besteht der Appell an die Leidenschaften sehr selten seinen Zweck. Mir scheint aber, daß es in einer so ersten Zeit wie jetzt noch mehr denn je Ehrenpflicht aller Parteigenossen sein muß, nicht an die Leidenschaften, sondern an den Verstand zu appellieren. (Sehr wahr!) Würde die Fraktion der Meinung gewesen sein, daß die Ablehnung der Kriegskredite, ohne Deutschland einer Niederlage auszusetzen, die Wiederkehr des Friedens beschleunigen könnte, dann würde selbstverständlich die Fraktion gegen die Kredite stimmen. Aber die Fraktion war und ist dieser Meinung nicht. Sein vollendetes Handeln zu rechtfertigen ist sehr schwer gegenüber denjenigen, die nur unausgeföhnte Rezepte empfehlen. Das Tun des einen liegt klar vor aller Augen und ist jeder Kritik ausgesetzt, das Tun des andern, nämlich das nur empfohlene, nicht ausgeführte, existiert nur in der Phantasie und ein jeder kann sich die wunderbaren Vorstellungen davon machen. (Sehr gut!) Gerade darum haben es die Anhänger der Kreditverweigerung so gut, weil so viele noch an Wunder glauben. (Heitere Zustimmung.) Aber ganz so gut haben sie es eigentlich doch nicht mehr, denn im Kleinen ist der Versuch der Kreditverweigerung ja gemacht worden. Am 21. Dezember 1915 haben die Mitglieder der jetzigen Arbeitsgemeinschaft gegen die Kredite gestimmt. Heute schreiben wir den 21. September 1916 und noch ist Krieg. (Lachen bei der Opposition.) Glauben Sie denn wirklich, daß, wenn die ganze Fraktion die Kredite abgelehnt hätte, wir dem Frieden auch nur um einen Schritt nähergekommen wären? Wo ein solcher Glaube besteht, da möchte ich ihn am liebsten nicht zerstören, denn beneidenswert sind die, die des Glaubens sind, ein sicheres Mittel zur Heilung der fieberkranken Welt in Händen zu haben. (Sehr richtig!) Leider läßt sich in der Welt der Wirklichkeit mit dem Glauben an Wunderrezepte nichts anfangen. Wir waren und sind noch der Meinung, daß die Gegner der Kreditbewilligung die günstigen Wirkungen einer Ablehnung der Kredite für den Friedensschluß kolossal überschätzen und daß sie die Gefahr, in der das deutsche Volk seit zwei Jahren schwebt, ungeheuer unterschätzen. (Sehr richtig!) Die französischen und englischen Sozialisten haben, wie wir, für die Kriegskredite gestimmt. Sie haben das getan, bevor sie wußten, wie wir stimmen würden. Sie sahen eben in Deutschland den Schuldigen an diesem Kriege und vertraten von diesem Standpunkte aus ihre gesamte Kriegstheorie. Unter diesem Gesichtspunkt rechtfertigen sie ihre Bewilligung der Kriegskredite, verwerfen aber die unsrige. Ich finde nicht den Schatten eines Beweises dafür, daß sie die Kredite abgelehnt hätten, wenn wir das gleiche getan hätten. Am 4. und 5. August 1914 hätten sie es sicher nicht getan, denn sie haben damals dafür gestimmt, ohne zu wissen, wie wir stimmen. Hätten wir damals die Kredite abgelehnt, so würde man uns gesagt haben: Gute englischen und französischen Genossen bewilligen die Mittel zur Kriegführung und Ihr lehnt sie ab! Wie hätten wir dann in Deutschland dagestanden? (Sehr gut!) Auch für die spätere Zeit glaube ich nicht, daß das deutsche Beispiel drüben Nachahmung gefunden hätte. Ich bin vielmehr überzeugt, daß das Gegenteil eingetreten wäre. (Zustimmung.) Die französischen und englischen Sozialisten hätten in unserer Ablehnung vielmehr einen Beweis für die Richtigkeit ihrer Theorie gesehen, d. h. der Theorie, daß sie sich in einem Verteidigungskriege, wir uns aber in einem von uns abgelehnten Eroberungskriege befänden. Sie hätten aus der Ablehnung der Kriegskredite durch die deutschen Sozialisten den Schluß gezogen, daß wir die deutsche Sache als ungerecht preisgeben, daß wir die englische und französische Sache für die richtige hielten und sie würden dann desto entschiedener für ihre „gute

und gerechte“ Sache eingetreten sein. (Sehr richtig!) Aber nehmen wir selbst den günstigsten Fall an, daß ein Teil der ausländischen Genossen unserem Beispiel gefolgt wäre. Glauben Sie, daß dieser Teil auch nur einen bescheidenen Einfluß auf die Regierung der betreffenden Länder hätte ausüben können? Die sozialistische Presse jenseits unserer Landesgrenzen hat eine geradezu kümmerliche Bedeutung. Was bedeutet die sozialistische Presse in Frankreich und England gegenüber der kapitalistischen Bourgeoisie, die — das kann man ruhig sagen — in ganz anderer Weise in Kriegsbege macht und gemacht hat als die deutsche Presse. (Lebhafte Zustimmung.) Die ablehnende Haltung eines Teils der ausländischen Sozialisten würde auf die Entschlüsse der Regierungen ohne jeden Einfluß geblieben sein. Denken Sie nur daran, daß neun Monate nach Ausbruch des Krieges Italien, obwohl ihm von Oesterreich Land in reichem Maße angeboten war, seinen Eroberungskrieg begonnen hat, trotzdem die italienischen Sozialisten so scharf wie möglich gegen den Krieg gekämpft hatten. Und denken Sie ferner daran, daß jetzt Rumänien, nachdem unsere Genossen dort zwei Jahre lang warnend ihre Stimme erhoben haben, nach 24 Kriegsmonaten auch noch in den Krieg eingetreten ist! Sie werden mir also zugeben, daß ich recht habe, wenn ich sage, daß die Ablehnung der Kriegskredite durch uns nur Einflüsse hätte ausüben können, die zu unseren Ungunsten hätten ausschlagen müssen.

Nun wird gesagt, wir hätten wenigstens die deutsche Regierung zur Räson bringen können. Ja, aber was nützt es, wenn eine Regierung den Frieden will und die anderen Regierungen wollen ihn nicht? (Sehr gut!) Die deutsche Regierung ist in ihren Erklärungen zur Friedensbereitschaft viel weiter gegangen als irgendeine andere Regierung, oder besser gesagt, die deutsche Regierung ist überhaupt die einzige gewesen, die ihre Friedensbereitschaft zum Ausdruck gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung.) Man wird einwenden, wir wären dem Frieden vielleicht näher, wenn unsere Regierung sich eindeutiger für den Frieden ausgesprochen hätte. Daß die Regierung sich eindeutiger über ihre Friedensabsichten ausdrückt, wünschen wir alle. Aber selbst, wenn sie es getan hätte, würden wir dem Frieden wahrscheinlich keinen Schritt nähergekommen sein. Nach den Erfahrungen, die wir noch heute mit Briand's Rede gemacht haben, habe ich diese selte Ueberzeugung. Der Beweis, daß die Ablehnung der Kredite uns dem Frieden nähergebracht hätte, ist bisher nicht geführt worden.

Genau so wie die Kritiker die Wirkungen einer Ablehnung der Kredite überschätzen, unterschätzen sie die Gefahr, in der wir uns befinden. Da sind sie wohl Opfer der hyperoptimistischen Stimmungsmache, wie sie von den Leuten um Herrn Baffermann herum betrieben wurde. Diese Stimmungsmache hat in weiten Kreisen das Gefühl aufkommen lassen, als ob wir die ganze Welt bereits in der Tasche hätten. Wenn unsere Feinde den Krieg noch weiterführen, so tun sie es unserer Ueberzeugung nach nicht, weil sie befürchten, daß Deutschland ihnen gegenüber unmürdige Forderungen durchsetzen könnte, sondern sie führen ihn weiter in der festen Ueberzeugung, daß sie den Krieg gewinnen und daß sie Deutschland gegenüber ihre Kriegsziele durchsetzen können. (Sehr richtig!) Diese Gefahr wird von weiten Kreisen innerhalb der Opposition zu niedrig eingeschätzt; sie glauben, wir wären über den Berg schon hinweg. Das aber ist nicht der Fall. Wir befinden uns jetzt im dritten Jahre des Krieges, wir leben in einer furchtbaren Gefahr. Als der Krieg kaum drei Wochen gedauert hatte, hat selbst einer der anerkanntesten Wortführer der Opposition, ein Mitglied der heutigen Arbeitsgemeinschaft, gesagt:

„Ganz gewiß ist es für Deutschland eine Lebensfrage, daß es diesen Krieg siegreich besteht. Belgien, Frankreich und England haben von einem Siege Deutschlands für ihre innere Entwicklung wenig zu befürchten. Für Deutschland aber wäre, wenn es der Koalition dieser Länder mit dem zarischen Rußland unterliege, seine ökonomisch-soziale wie kulturelle Entwicklung auf Jahrzehnte hinaus, wenn nicht auf ein Menschenalter unterbrochen. Was das für die deutsche Arbeiterklasse und der deutschen Arbeiterbewegung zu bedeuten hätte, braucht nicht erst gesagt zu werden. Rückwirkend aber würde der Schlag, den die deutsche

Arbeiterklasse erlitt bei dem Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Beziehungen auch die Arbeiterklasse der anderen Länder in ihrer Entwicklung auf das schwerste schädigen. Dieser Erkenntnis hat sich die deutsche Sozialdemokratie von Anfang an nicht verschlossen. Unbeschadet uneres eigenen Urteils über die Einleitung des Krieges sind wir mit Parteien, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen, darin einig, den siegreichen Ausgang des Krieges für Deutschland als eine Notwendigkeit zu empfinden und danach zu handeln."

(Lebhaftes Hört! hört!) Das schrieb am 25. August 1914 Genosse Eduard Bernstein. (Lebhaftes Hört! hört!) Diese Gefahr sah er, als der Krieg kaum drei Wochen gedauert hatte. Und jetzt, wo wir die Gefahr vor Augen sehen, von einer furchtbaren Koalition erdrückt zu werden, wird die Sache so dargestellt, als handle es sich gar nicht darum, daß wir uns unserer Haut wehren, sondern nur darum, mit dem sogenannten Eroberungskrieg endlich aufzuhören. Wenn die Gefahr damals schon so groß war, wie Bernstein es geschildert hat, so sage ich, die Gefahr war damals eine Bagatelle im Vergleich zu der Gefahr von heute. (Lebhaftes Sehr wahr!)

Sollen, ja dürfen wir angesichts dieser Tatsache die Gleichgültigen oder, wie man es politisch nennt, die Desinteressierten spielen, so tun, als ob uns das alles nichts angehe? Ach, wir sind wahrhaftig nicht desinteressiert. Wenn Deutschland die Niederlage erlitt, die unsere Feinde uns zugebracht haben, dann, Parteigenossen, würden wir sehr schnell merken, wie sehr uns das interessiert. Unser Land würde furchtbar leiden, die wirtschaftliche Entwicklung wäre unterbunden, unerwünschte Kontributionen würden uns auferlegt. — Was soll dann aus dem Sozialismus werden? Was nützt uns eine gerechte Güterverteilung in einem Lande, dessen Volk einen gewaltigen Teil seiner Arbeitsprodukte nicht abzuliefern hätte an einheimische Kapitalisten, sondern an fremde Eroberer? (Stürmische Zustimmung.) Seit zwei Jahren stehen wir am Rande eines Abgrundes und keiner von uns ist in der Lage, die Tiefe dieses Abgrundes zu ermessen. (Sehr wahr!)

Gestatte das, was kein Mensch in Deutschland anzunehmen magt, was aber im Ausland tagtäglich gepredigt wird, würden wir die Niederlage erleiden, die man uns angebroht hat, dann, Parteigenossen, wollen wir sagen können: Wir haben ein reines Gewissen, wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand, um das namenlose Elend fernzuhalten (Beifall), uns trifft nicht der Schatten einer Schuld. Einen solchen Schein von Schuld auf uns zu nehmen, gebietet uns weder das Parteiprogramm noch irgendein sozialistischer Kongressbeschluss. Das wären ein sehr schlechtes Programm und sehr schlechte internationale Beschlüsse. (Lebhaftes Zustimmung. Zuruf: Das wäre eine erledigte Partei!) Ich stehe nicht an zu erklären: angesichts der furchtbaren Situation mühten wir, wenn solche Beschlüsse vorlägen, in der Tat fragen, ob wir uns überhaupt an sie halten können. (Erneute Zustimmung.) Über solche Beschlüsse existieren gar nicht, das ist ja alles Lug und reines Hirngespinnst, daß Beschlüsse existieren, die uns verpflichteten, Kriegskredite unter allen Umständen abzulehnen. Dagegen steht in unserem Programm, daß wir das Volksherr und die Volksherrschafft verlangen. Es klingt vielleicht banal: aber wollen wir Volksherr und Volksherrschafft haben, um Schützenfeste zu feiern? (Sehr gut!) Nein, sondern damit wir im Augenblick der Not das ganze Volk in Waffen haben, um unsere Freiheit und die Selbstständigkeit unseres Landes zu erhalten. (Lebhaftes Zustimmung.)

Ein Teil unserer Kritiker ist ehrlich genug zu sagen, es sei gerade unsere Stärke, daß wir uns auf das Parteiprogramm berufen können; sie fordern ja gerade deshalb die Beseitigung jenes Punktes, der die Erziehung zur Wehrhaftigkeit verlangt. Wie unsinnig aber ist es da, zu sagen, wir hätten Parteibeschlüsse mit Füßen getreten und das Programm verlernt; nein, im Gegenteil, wir haben alles sorgsam beachtet.

Fortgesetzt wird uns als eine sehr schwere Sünde die Statbewilligung von 1915 angekreidet. Ich bestritte die Berechtigung der Anklage gegen uns und ihre Begründung in jeder Beziehung. Wenn es jemals einen Grund, einen „Ausnahmefall“ — so heißt es ja wohl in dem Parteitagsbeschluss — gegeben

hat, der uns gestattet, für einen Etat zu stimmen, dann im Kriege. So paradox es klingen mag: jener Etat wurde doch gerade deshalb von uns wegen der Forderungen angenommen, derentwegen wir ihn in Friedenszeiten in erster Linie ablehnen mußten: wegen der Militärforderungen. Ja, aber, jagt man, die Statbewilligung ist doch eine Vertrauensfundgebung für die Regierung! Das war sie eben nicht; von dem Gesichtspunkt aus können wir sie in dieser Situation wahrhaftig nicht auffassen. Wenn es sich darum handelte, der Regierung durch die Annahme des Stats ein Vertrauensvotum auszustellen, dann könnten Sie sich darauf verlassen, daß wir ihn ablehnen, wie wir ihn ein Jahr später ja auch abgelehnt haben. Einer Regierung, die den Belagerungszustand aufrechterhält, die in so törichter Weise Leute einperert, wie wir das erleben, die in der Ernährungsfrage versagt und in so vielen, vielen anderen Fragen wahrhaftig uns keine Gelegenheit gegeben hat, ihr mit besonderem Vertrauen entgegenzukommen — einer solchen Regierung das Vertrauen auszusprechen durch Annahme des Stats: das ist keinem von uns in den Sinn gekommen. Wir haben den Etat damals angenommen, nicht weil wir der Regierung unser Vertrauen bezeugen wollten, sondern weil wir damit unserem Lande die notwendigen Mittel bewilligen, damit es sich seiner Haut wehren konnte. (Sehr richtig!) Wir bewilligten die Mittel, damit unsere Söhne und Brüder imstande waren, im Felde ihre Schuldigkeit zu tun und uns den Feind vom Halse zu halten.

Hören Sie doch, was der leider inzwischen verstorbene Genosse Götze, dessen Schlussfolgerungen ich im übrigen glatt ablehne, über die Notwendigkeit der Landesverteidigung geschrieben hat. Er schrieb:

„Gesetzt, die Arbeiterchaft eines Landes käme zu der Ueberzeugung, die Regierung habe das Land aus Willkür, Dummheit oder aus kleinlicher Eigenjucht in einen Krieg gekehrt, sollte sie dann etwa deshalb auf die Landesverteidigung verzichten? Sollte sie alle Grauel des feindlichen Einmarsches, alle Folgen der Niederlage deshalb auf sich nehmen, weil die Diplomaten ihrer Regierung dumm oder verdröberlich gehandelt haben?“

Das ist deutlich genug gewesen! Also selbst dann müssen wir im Volksinteresse zur Landesverteidigung stehen, und zwar durch Taten, nicht nur mit dem Munde, wenn eine Regierung aus Dummheit das Land in einen Krieg hineingekehrt hat. Wenn nun eine Regierung im Kriege selbst auf vielen Gebieten versagt, dann sollten wir sagen: Es ist uns alles Wurst, was aus unserem Lande wird, die Landesverteidigung ist uns vollständig gleichgültig, denn unsere Regierung ist dumm und unfähig! Das hieße die Verantwortung übernehmen dafür, daß aus der vorübergehenden Kriegsnot für unser ganzes deutsches Volk und ganz besonders für die deutsche Arbeiterchaft auf Jahrzehnte hinaus dauerndes Elend geschaffen wird. (Zustimmung. — Zuruf: Kommt sowieso! — Anruhe.) Ich für meine Person übernehme für eine beratende Politik keine Verantwortung und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mann, der, vom Vertrauen des Volkes getragen, in einer gesetzgebenden Körperschaft sitzt, diese furchtbare Verantwortung leichter nehmen könnte als ich.

Die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse fordern von uns, alles zu tun, um einen ausgebrochenen Krieg so schnell als möglich zu beendigen; sie fordern das natürlich nicht nur von uns, sondern von den Sozialisten aller Länder. Und nun: welche Sektion der Internationale hat sich denn am meisten bemüht, diesen Beschlüssen gerecht zu werden? Wer hat unausgesetzt seit Ausbruch des Krieges Zusammenkünfte und Besprechungen mit den Genossen in England und Frankreich angeregt? Wer ist all die Zeit bereit gewesen zu gemeinsamen Schritten im Interesse der Beendigung des Krieges? Waren das nicht die deutschen Parteigenossen? Und wer hat erklärt, sich nicht mit uns an einen Tisch setzen zu wollen? (Seine: Und erklärt es noch!) An wem liegt also die Schuld, wenn diese Beschlüsse nicht zur Ausführung kommen können? (Lebhaftes Zustimmung.) Wenn wir darauf angewiesen sind, für uns allein alles zu tun, wovon wir glauben, daß es zur Beendigung des Blutvergießens beitragen könnte, wer trägt die Schuld, wir oder die anderen? (Zuruf: Durchhalten! — Lachen.) Wir sind doch hier

nicht auf einem Zahlabend! (Stürmischer Beifall und anhaltendes Händeklatschen. Unruhe. — Ein Ruf: Aber auch nicht in einer Volksversammlung!) Gesähter Sie mir, und hiermit will ich dann alle weiteren Zitate beiseite lassen, so zittern, was Kautsky im Oktober gesagt hat:

„Solange nicht die Zeit zum Friedensschluß reif scheint, lautet die praktische Frage nicht mehr: Krieg oder Frieden. Sie heißt: Sieg oder Niederlage des eigenen Landes.“

Es wäre wohl denkbar, daß auch nach Ausbruch des Krieges eine Partei dem Krieg entgegensteht, ohne daß sie das eigene Land läßt. Dazu gehört, daß diese Gegenwirkung gleichzeitig und mit gleichem Erfolg auf beiden Seiten unternommen wird. In dieser Form könnte sie statt der Niederlage den Frieden herbeiführen.“

Darin sollten wir vollständig einig sein; ich hoffe, auch nicht einer ist hier, der in dieser Frage irgendwelche Differenz mit Kautsky hätte.

Ich glaube in diesem Kreise nicht erit polemischer zu müssen gegen die Anschauung, als hätten wir durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten die Verantwortung für den Krieg übernommen. Nein, diese Verantwortung überlassen wir ruhig anderen. Wir sind nicht blind gegen die Tatsachen, die zum Kriege geführt haben. Jedes Wort der Kritik, das wir vor seinem Ausbruch gesprochen haben, halten wir aufrecht. Daß weder der Reichskanzler noch der Kaiser den Krieg gewollt haben, das werden auch Sie wissen. (Stürmische Unterbrechungen und Zurufe: Nein!) Ich war auf diesen Einwand gefaßt und empfehle Ihnen deshalb, den Nachweis im „Vorwärts“, dem Zentralorgan der Partei, nachzulesen. (Lebebour: Dadurch wird es nicht richtiger!) Ich stimme Ihnen zu, daß der „Vorwärts“ nicht immer recht hat. (Lebebour: Unrecht hat er, wenn er mit Ihnen übereinstimmt!) Das ist ein billiger Witz. Parteigenossen! Wenn von deutscher Seite Fehler gemacht worden sind,

schwere Fehler, so trägt — das will ich offen aussprechen — zu einem gewissen Teile die Schuld daran das ganze deutsche Volk selbst, das sich jahrzehntelang diese Politik hat gefallen lassen. Wir haben bei unseren Kämpfen alles getan, was in unseren Kräften stand, um das Volk aufzuklären und aufzurichten. Wir wollen auch keine Pharisäer sein gegenüber den ausländischen Genossen, wir wollen nicht jagen: Herr Gott, ich danke Dir, daß wir nicht sind wie jene. Aber das muß ich doch sagen, wenn unsere Gegner dem deutschen Volke unangenehm, obwohl es doch wahrhaftig den Krieg nicht gewollt hat, die Schuld an seinem Ausbruch zuschieben und das Verdammungsurteil ausgesprochen wird, und wenn unsere Gegner entschlossen sind, das Urteil am deutschen Volke gleich zu vollziehen, dann sollen sie uns nicht zumuten, stillschweigend den Nacken zu beugen zur Empfangnahme der Prügel, die sie uns zudrücken. Sollen wir, wir deutschen Sozialdemokraten gar den Gegnern helfen, am deutschen Volke das zu vollstrecken, was sie für Recht halten! Ich möchte mich an die Sozialdemokraten des Auslandes wenden und um einen Funken von Gerechtigkeit bitten. Im Felde stehen hier gegen Eimen von uns. Alle Welt wird gegen uns aufgeboten. In der ganzen Welt wird Munition und Kriegsmaterial gegen uns verfertigt. Wenn die Sozialdemokraten des Auslandes die Kriegskredite bewilligen und sieberhaft tätig sind für den Krieg, so mögen sie sagen: sie tun nichts anderes als wir auch, obwohl es nach meiner Meinung doch etwas anderes ist, als Sozialist auf der Seite des Eimen, als auf der Seite der Vier zu stehen. (Sehr richtig!) Das Verhalten der französischen Genossen wird erklärt durch die Tatsache, daß sie den Feind im Lande haben, daß sie also unter Verhältnissen leben, unter denen auch die Wortführer der Minderheit, wie sie erklärt haben, die Kriegskredite bewilligen würden. Daß sie aber von uns verlangen, wir sollten ihnen den Schlüssel der Festung ausliefern, die sie belagern; daß sie uns bewehren wollen, das gleiche zu tun, was sie tun, und von unserem Volke das Schicksal abzuwehren, das sie von dem ihren abwehren wollen; daß sie so gar kein Verständnis bekunden, wenn wir, wie sie, dies Schicksal von unserem Lande fernhalten wollen, das empfinden ich als ein himmelschreiendes Unrecht. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich rufe ihnen zu: wenn Ihr schon die ungeheure Mehrzahl an Menschen und Material habt; wenn Ihr schon Spahis und Turkos, Kojaten, Eskerhasen, Gurkas und Sikhs habt und

wenn es trotz alledem nicht geht, dann verlangt nicht auch noch die Hilfe der deutschen Sozialdemokraten. (Lebhafter stürmischer Beifall. — Lebebour: Wir sind doch nicht auf einem Zahlabend!)

Ich unterstelle, daß kein Sozialdemokrat, der die Ablehnung der Kriegskredite verlangt hat, das in der Absicht getan hat, die deutsche Kriegsmacht zu schwächen und das Uebergewicht der Feinde zu steigern. Aber es scheint mir doch ein Kühnes Unterfangen, schlangweg zu behaupten, daß diese nicht gewollte Wirkung tatsächlich nicht eingetreten wäre. Das gilt besonders für die erste Abstimmung vom 4. August 1914. Ich habe die Ueberzeugung, daß diese Abstimmung einen ungeheuren Eindruck gemacht hat, und daß wir diesem die Erfolge zu Beginn des Krieges zu danken haben; diese Erfolge waren die unerläßliche Voraussetzung einer erfolgreichen Verteidigung, ohne die Deutschland geschlagen worden wäre. Daß es nicht geschlagen worden ist, das verdankt es dem so befehdteten und geachteten Teil seines Volkes, der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse. Daran wollen wir festhalten, daraus müssen sich für die Zukunft wichtige Folgerungen ergeben. (Sehr richtig!) Um nur eines zu erwähnen: denken Sie daran, wie wir uns bei den Reichstagswahlen unausgeseht bemüht haben, an Schichten des Volkes heranzukommen, die nach ihrer Klassenlage zu uns gehören, an Arbeiter, die dem Zentrum und den Nationalliberalen nachlaufen, an die ungeheure Schicht des sogenannten neuen Mittelstandes. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß wir da Dreieche geschlagen haben in ein großes, ungeheures, geradezu jungfräuliches Rekrutierungsgebiet. (Zuruf: Handele es sich meinetwegen zunächst um Willkäufer, sicher nicht um schlechtere als viele andere Willkäufer auch. (Sehr richtig!) Das Haupturteil bei diesen Werten ist zerstört worden, sie haben in der Sozialdemokratie eine Partei, die allen Fragen des Landes nicht nur gleichgültig gegenüberstand, sondern viele glaubten der gegnerischen Nachrede, wir seien eine vaterlandsfeindliche Partei. Deshalb liefen sie den anderen zu. Durch die Tat, bei einem furchtbaren gemeinsamen Erlebnis, haben sie gesehen, daß man sie belogen und betrogen hat; sie sind miträuich und neugierig geworden, sie werden sich ganz anders mit unserer Partei beschäftigen, wie sie es bisher getan haben. (Zuruf: Aber die Arbeiter werden gehen!) Ach Arbeiter! Wenn ich Rechtsanwälte und sonstige studierte Leute mir gegenüber von Arbeitern reden höre! (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Lebebour: Solche Demagogie! Zuruf: Sie wollen von Demagogie reden?) Ich bitte, zu beachten, daß meine Ueuerung sich bezog auf einen Zwischenruf, der aus dem Bereiche derselben Bühne herauskam, aus dem heraus mir schon viele Zurufe gemacht worden sind. (Zuruf: Das ist nicht wahr, das hat ein Arbeiter gerufen, kein Studierter!) Dann habe ich Sie beide eben verwechselt.

Aus dem, was ich vorgetragen habe, ergibt sich, daß unser Verhalten im Reichstag nicht die Folge eines besonderen Vertrauensverhältnisses zur Regierung war. Das ist Unsinn. Was über dieses Vertrauensverhältnis zusammengefaßelt worden ist, ist kaum zu schildern. Der einzige wahre Kern daran ist, daß die Sozialdemokratische Fraktion jetzt ebenso und, wie ich annehme, in demselben Maße von der Regierung informiert wird, wie das bei den anderen Parteien selbstverständlich ist, das heißt, daß dem Ausnahmezustand, in dem wir uns befinden haben, ein Ende gemacht ist, daß sozusagen der letzte parlamentarische Rest des Sozialistengesetzes in Wegfall gekommen ist. Dadurch erleiden wir keinen Schaden, wir gewinnen vielmehr Kenntnis von Personen und Verhältnissen, die unserer Arbeit nur förderlich sein kann. Die Nichtachtung ist für uns das Wohl des Volkes, so wie wir es verstehen. Den Herren von der Regierung zu Gefallen zu sein, haben wir keine Veranlassung, und die Regierung weiß ganz genau, wie wir über ihre Politik denken. Sie wird auch nicht erwarten, daß wir uns als Regierungspartei einer Regierung gegenüber betrachten, die so wenig unseren Wünschen entgegenkommt, die vielleicht schurktraks das Gegenteil von dem tut, was wir für richtig halten. Ich erinnere an die Lebensmittelfrage. Es ist schändlich, wie das Volk ausgemudert wird, es ist schändlich, daß es so ausgewuchert werden kann, auf Grund des zaghaften Vorgehens der Regierung. Alle Einwände zugunsten der Regierung, daß die Verhältnisse schwieriger seien als viele denken,

daß man mit einschneidenden Maßnahmen manchmal geögert habe, weil die Regierung, ebensowenig wie irgendein anderer Mensch mit der Möglichkeit gerechnet habe, daß der Krieg sich soweit hinauszuziehen könne — alles das lassen wir nicht gelten. Darin gibt es auch in der Partei keine Differenz. In rücksichtloser Weise sind auf diesem Gebiet unsere Forderungen erhoben und vertreten worden im Weirat, in den Konferenzen und im Reichstag. Darüber gibt es keine Differenz in der Partei. Es war auch Einigkeit in der Partei und in der Fraktion vorhanden über das Steuerbündel, das die Regierung uns präsentiert hat. Wir waren alle einig darin, daß wir selbstverständlich Verbrauchs- und Verkehrssteuern ablehnen, daß wie die Kriegsteuer so scharf als möglich gestalten, aber zum Schluß annehmen müßten. Zur Ueberraschung aller Welt hat die Arbeitsgemeinschaft die Kriegsteuer schließlich abgelehnt. Hätten wir das auch getan und hätten die Feinde dieser direkten Steuer das rechtzeitig gewußt, so wäre die Folge gewesen, daß die einhalb bis zwei Milliarden, die den Reichern auferlegt worden sind, auch noch die deutschen Arbeiter hätten bezahlen müssen. (Zuruf: Kein Gedanke!) Daß wir die Steuer einschneidender gestalten wollten gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, ist ja hinreichend bekannt.

Das Wichtigste ist natürlich die Kriegspolitik der Regierung. Auch ihr gegenüber bleiben wir äußerst kritisch. Wir können natürlich nicht alles, was von der Regierung kommt, unbesehen herunterreißen. Das haben wir ja auch früher nie getan. Wir haben es gebilligt, daß der Reichskanzler wiederholt, was kein Staatsmann des Auslandes getan hat, seinen Friedenswillen bekundet hat, und daß er einer rabiaten Opposition gegenüber seinen Willen in der U-Bootfrage durchgesetzt und den Krieg mit Amerika vermieden hat. Wir betrachten es nicht als Schande, daß wir ihm dabei geholfen haben. Ich gebe zu, daß die Resolution der Arbeitsgemeinschaft viel schöner und prinzipieller ausfiel. Aber wenn es sich darum handelt, einen neuen Krieg zu vermeiden, dann untersuche ich nicht den Wortlaut einer Resolution darauf hin, ob mir aus ihm später kein Strich gedreht werden kann, sondern ich stimme für die Resolution, von der ich annehme, daß sie dazu helfen wird, ein großes Unheil zu verhüten. Wir brauchen uns also nicht zu schämen, daß wir damals mitgearbeitet haben, sondern ganz im Gegenteil. Hätten wir nicht mitgearbeitet an der U-Bootresolution, so bestand die große Gefahr, daß die U-Boottanatiker ihren Willen durchsetzten, daß wir den Krieg mit Amerika hätten, und daß der Reichskanzler, der damals dem stärksten Druck ausgesetzt war, sich hätte fügen oder gehen müssen. Was hätten wir denn dabei gewonnen? Die Situation war sehr schwierig; die Konservativen und Nationalliberalen sind übrigens erst nachträglich, nachdem der stärkste Druck auf sie ausgeübt war, der Resolution beigetreten. Wenn damals die Sozialdemokratie beiseite gestanden hätte, wenn wir nicht so gearbeitet hätten, wie wir es getan haben, so zweifle ich nicht, daß wir jetzt eine furchtbare Verantwortung zu tragen hätten. Ueber dies und manches andere wird erst nach dem Kriege gesprochen werden können. Am meisten leidet ja unter dem Zustand, daß nicht alles gesagt werden kann, nicht die Minderheit, sondern die Mehrheit. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Das mag paradox klingen für Leute, die die Verhältnisse nicht kennen. Wie gut haben es diejenigen in dieser Zeit, wo das ganze Volk so aufgeregert ist — (Zurufe: Die im Gefängnis sitzen zufolge von Mehrheitsflugblättern und von Patrioten!) wie gut haben es diejenigen, die sich den Anschein geben können, als läge es nur daran, daß wir nicht tun, was sie wollen, sonst hätten wir den Frieden. Das Geheimnis, womit sie sich umgeben — sie können nur nicht sagen, was sie wissen und wollen —, das hat ihnen mancherlei Zulauf gebracht. Wir können allerdings, ohne Gefahr zu laufen, sagen, wir sind dafür, daß wir uns unserer Haut wehren; das verbietet uns niemand. Aber wir dürfen und können manches nicht sagen, was vielen die Augen öffnen würde. Wie vieles müssen wir schon deshalb heruntergeschlucken, weil am nächsten Tag sonst unsehbar gesagt würde: Das war eine Denunziation. (Zuruf: Sagen Sie es doch jetzt, jetzt sind wir zusammen!) Lieber Genosse, es handelt sich da um Dinge, deren Tragweite Sie nicht übersehen können. (Zuruf:

Ich bin älter in der Partei wie Sie!) Darauf kommt es nicht an, sondern daß jedes Wort hinausgetragen und ausgenutzt wird, nicht gegen mich, das wäre mir gleichgültig, sondern gegen unser Land und auf Kosten unserer Brüder im Felde.

Wir billigen es also, daß der Reichskanzler wiederholt seine Bereitschaft erklärt hat, in Friedensverhandlungen einzutreten. Wir billigen es nicht, daß er in diesen Reden sehr unklar gewesen ist und Unklarheiten gebraucht hat, die den verschiedensten Auslegungen Tür und Tor öffnen. Er hält diese Unklarheiten offenbar für diplomatisch klug. Wir meinen, wenn er offen jagen würde, wie er und alle nüchtern gebliebenen Leute über die Kriegsziele denken, daß das ein großer Vorteil für das Land wäre; es könnten dadurch vielleicht auch mehr, als es bisher möglich gewesen ist, die Friedensaussichten vergrößert werden. Gerade jetzt, wo der englische Ministerpräsident wieder gesagt hat, man müsse um deswillen den Krieg weiter führen, weil Deutschland ohne Demütigung und Erniedrigung seiner Gegner keinen Frieden machen wolle. Das ist eine ganz unsinnige Behauptung und es würde daher nach meiner Meinung gar nicht schaden, sondern nur nützen, wenn die deutsche Regierung aussprechen würde, daß zwar auf der einen Seite die deutsche Widerstandskraft unbegrenzt ist, daß aber andererseits Deutschland gar nicht daran denkt, demütigende oder erniedrigende Bedingungen für den Frieden aufzustellen. (Haase: Das kann er nicht jagen!), wozu übrigens, soweit ich unterrichtet bin, weder irgendwo die Absicht besteht, noch auch meiner Ueberzeugung nach die Kraft ausreicht. (Sehr richtig!) Das Ausland weiß das übrigens auch, ebenso gut wie wir das selber wissen. (Zuruf: Besser!) Warum soll man es dann nicht aussprechen? Nach meiner Ueberzeugung würde die Friedensbewegung in den feindlichen Ländern größere Kraft gewinnen, wenn vom deutschen Reichskanzler öffentlich einwandfrei festgestellt würde, daß der Frieden ohne Annexionen zu haben ist. (Lebhafte Zurufe von der Minderheit: Das ist ja das, was wir gesagt haben!) Parteigenossen! Ich weiß gar nicht, wie Sie das überraschen kann. (Haase: Das ist aus Ihrem Munde neu!) Das ist der Standpunkt, den ich von Anfang an eingenommen habe. Sie werden ganz genau wissen, daß die Regierung uns in den Verhandlungen, an denen Sie selber teilgenommen haben, Genosse Haase, oft gesagt hat: die Situation sei nicht dazu angetan, daß die Regierung sagen könne, was wir von ihr verlangten. Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt und habe das schon vor Jahr und Tag gesagt, die Stimmung im Volke könnte dadurch wesentlich gebessert werden, wenn einwandfrei vom Reichskanzler öffentlich gesagt werde, daß Deutschland zu einem Frieden ohne Demütigung nach irgendeiner Seite bereit sei; wenn dann vom Auslande der Krieg trotzdem fortgesetzt würde, dann würde das deutsche Volk einmütig zusammenstehen. (Zuruf von der Minderheit.) So? Sieht wirklich das ganze deutsche Volk einmütig zusammen, wenn der Reichskanzler eine solche Erklärung abgibt? Werden dann alle diejenigen, die uns jetzt als Sündenböcke hinstellen, auch die Kriegskredite bewilligen? (Sehr gut!) Ich verzichte darauf, obwohl die Versuchung nahe liegt, auf diese Frage näher einzugehen. Ich will weiter daran erinnern, daß Baron Burian, der Minister des Auswärtigen in Oesterreich-Ungarn, dieser Tage sich sehr deutlich geäußert hat: „Was die Friedensfrage betrifft, so kann ich erklären, daß, wenn sich der Augenblick der Möglichkeit eines ehrlichen Friedens ergeben hätte, so hätten sowohl wir als auch Deutschland diesen mit Freuden ergriffen. Wir führen einen Verteidigungskrieg und kämpfen bloß um die Erreichung eines ehrlichen Friedens. Sobald hoffnungsvolle Aussichten hierzu vorhanden sein werden, werden wir keinen Augenblick dieses furchtbare Blutvergießen weiter fortsetzen.“ Das ist doch so deutlich wie möglich. Und wenn bei der engen Fühlungnahme zwischen Wien und Berlin Baron Burian eine derartige Erklärung abgibt, glauben Sie, daß er sie hätte abgeben können ohne das Einverständnis der deutschen Regierung? Es ist ganz selbstverständlich, daß man in Berlin damit einverstanden gewesen ist. Was Baron Burian gesagt hat, kann aber der deutsche Reichskanzler auch jagen, und die Wirkung einer solchen Erklärung des Reichskanzlers müßte die Friedensbewegung im Aus-

lande stärken. (Heine: Nein!) Sollte diese Ueberzeugung mich irreführen, dann würde doch, wie bereits betont, die ganze Welt, sicher aber das ganze deutsche Volk erkennen müssen, daß die Verantwortung für die Fortführung des Krieges dem Ausland zufällt und nicht Deutschland. Einen ausgezeichneten Anlaß zu einer solchen Erklärung des Reichskanzlers gibt meines Erachtens jetzt wieder die Kammerrede, die der französische Ministerpräsident Briand gehalten hat. Stellen Sie doch das, was er gesagt hat, in Parallele mit den Reden des Reichskanzlers und des Barons Durlan! Die Rede Briands wirkt in der jetzigen Situation geradezu unverantwortlich genannt werden. „Jetzt von Frieden zu sprechen,“ sagt Briand, „welche Herausforderung, welche Schmach für das Gedächtnis unserer Toten!“ Kein Frieden — Sieg, Sieg über Deutschland! Wenn der Reichskanzler seine Friedensbereitschaft ausgesprochen hat und die Schuld an der Fortsetzung des Krieges den Gegnern zuschiebt, so kann das doch nur den Sinn haben, daß er ihnen keine demütigenden Bedingungen stellen will, die kein Staat annimmt, solange er nicht vollständig zu Boden gemorfen ist. Aber wenn der Reichskanzler das will, dann kann er es auch in einer Weise sagen, die jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Worte ausschließt. Unsere Friedensaktion — um darüber einiges zu sagen — haben wir unternommen, nicht, wie uns eine Zeitung nachgesagt worden ist, etwa im Einverständnis mit der Regierung, sondern ganz im Gegenteil sehr gegen die Regierung. (Sehr richtig!) Und zwar in Verfolgung der Grundzüge unserer eigenen Politik. Die Ziele unserer Aktion sind ganz klar: Wir wünschen, daß die Kriegszieldiskussion aus jenem Zustand der Dämmerung, den die Regierung aus Gründen, die mir begreiflich scheinen, liebt, herausgerissen werde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dieser Krieg, so wie er als Verteidigungskrieg angefangen hat, auch als Verteidigungskrieg beendet werden muß, daß er nur als Verteidigungskrieg erfolgreich beendet werden kann. Und daß es ein ungeheures Verbrechen, aber auch ein maßloses Unglück für das deutsche Volk wäre, wenn man ihn etwa in einen Eroberungskrieg ausarten lassen wollte. (Zuruf: Das ist er doch schon! Große Heiterkeit.) Daher stehen wir in geschlossener Abwehr gegen die Annexionspolitiker aller Richtungen, gegen die vieldeutigen und unbestimmten vom Nationalausschuß wie gegen die eindeutigen und bestimmten vom Ausschuß des Prof. Dr. Dietrich Schäfer. Wir haben es — ich spreche das hier im Namen des Parteivorstandes aus — sehr bedauert, daß sich einige Parteigenossen an den Kundgebungen des Nationalausschusses beteiligt haben. (Gottschalk: Aber nicht öffentlich!) Wir springen nicht auf Kommando, wie die Rekruten, über den Stof, das mögen Sie sich merken. (Gottschalk: Aus eigener Verantwortung!) Das ist geschehen. (Gottschalk: Deffentlich aber nicht!) Wir wünschen nicht, daß auch nur ein Wort gegeben würde für den Verdacht, als hätten wir mit den Annexionspolitikern, gleichviel welcher Richtung, irgendwelche Gemeinschaft. Eine Annexionspolitik können wir nicht wollen, weil wir fremde Völker weder als Sklaven behandeln lassen könnten, noch ihnen das Recht geben möchten, die Entscheidung in Deutschland vielleicht in den wichtigsten Fragen zu treffen. (Sehr richtig!) Sie wissen doch alle genau, daß die wichtigsten Entscheidungen im Reichstag oft so gefallen sind, daß sie von ganz wenigen Stimmen abhängen. Da wäre es doch ein geradezu wahnsinniger Zustand, wenn unter Umständen die bedeutungsvollsten politischen Angelegenheiten im Reichstag durch die Stimmen von Männern entschieden würden, die sich naturgemäß als „Reichsfeinde“ fühlen müßten, weil man sie gewalttätig in das Reich hineingebracht hat, abgesehen davon, daß es sich dabei um Leute handelt, die unsere inneren Verhältnisse gar nicht kennen. Ebensonenig würden wir zugestehen können, daß diese Leute in Deutschland rechtlos sein würden, daß sie unter deutscher Herrschaft leben müßten, ohne etwas mitzubestimmen. Dem könnten wir noch weniger zustimmen. Weiter kommt in Betracht, daß das Deutsche Reich, das wirklich gar kein Deutsches Reich mehr wäre in dem Augenblick, wo man ihm Millionen fremdsprachiger Menschen angliederte, dann gar nicht anders als erreaktionär regiert werden könnte. Gerade deshalb ist ja den Eroberungspolitikern die Geschichte so an-

genehm. (Zuruf: Haenisch!) Solche Zwischencuze tun mir furchtbar leid. Die Eroberungspolitikern hätten damit gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Es würde die Herrschaft einer nationalistic-reaktionären Machtpolitik kommen müssen, wenn das geschähe, was viele Leute erträumen. Das Verhältnis unserer Partei zur Annexionspolitik ist damit wohl genügend deutlich klargelegt. Daß einzelne Parteigenossen gelegentlich im Ueberdruhwang der Gefühle das nötige klare Unterscheidungsvermögen nicht bekundet haben, ist gewiß bebauerlich. Aber lesen Sie nur unsere Reichstagsreden, unsere Parteipresse, dann werden Sie finden, wenn Sie einigermaßen objektiv urteilen, daß niemand über die grundsätzliche Stellung unserer Partei im unklaren sein kann. Es gibt freilich Parteigenossen, die uns als Annexionspolitiker hinstellen, weil, wenn wir es wären, ihre Arbeit wesentlich erleichtert würde. Daß man in Bergen von Druckpapier, die das Gegenteil beweisen, auch schließlich ein Blättchen findet, das gewissen Zwecken dienen kann, ist doch kein Wunder. Wenn die ganze Partei die Verantwortung dafür übernehmen sollte, was in dieser Zeit hüben und drüben von manchen gesagt worden ist, dann arme Sozialdemokratische Partei! (Sehr richtig!) Ich soll mich ja auch unter den Sündern befinden, weil ich im Reichstag einmal von verrückten Grenzpfählen gesprochen hatte. Ich will mich beileibe nicht beden hinter dem Gendfien Ledebour, der einige Wochen später genau dasselbe gesagt hat. (Widerpruch Ledebours.) Ich muß mich aber doch dagegen verwahren, daß man dieselben Worte je nachdem deutelt, ob sie dieser oder jener gesprochen hat. Was Ledebour und ich ausgeführt haben, war vollkommen das gleiche. (Erneuter Widerpruch Ledebours.) Ach, darüber kann es doch wirklich keinen Streit geben. Ich muß mich gegen die Methode, daß es nicht dasselbe sei, wenn zwei das gleiche sagen, ganz entschieden wenden. Wenn es zu Friedensverhandlungen kommt, in denen Macht gegen Macht miteinander verhandelt, dann kommt es nicht in erster Linie darauf an, daß um Gotteswillen keine neue Landkarte gedruckt wird, sondern darauf, daß die Veränderungen, die beschlossen werden, eine Form bekommen, die die Zustimmung aller Beteiligten finden kann. Das ist der springende Punkt. Denken Sie an Polen. Daß ich nicht will, daß Polen deutsch wird, habe ich deutlich genug gesagt. Daß es die Selbständigkeit erlangt, die es anstrebt, entspricht ganz unseren Grundfäden, wenn wir auch nicht wollen können, daß der polnische Selbständigkeit wegen schließlich das deutsche Volk verbluten soll. (Sehr richtig!)

Aber darauf zu bestehen, daß Polen um alles in der Welt russisch bleiben muß, selbst wenn die Möglichkeit bestehen sollte, daß es frei und selbständig gemacht werden kann, das würde einem Sozialisten schlecht anstehen. (Sehr richtig!) Oder denken Sie an den Beginn des italienischen Krieges. Da war Oesterreich bereit, seine Grenzpfähle zu verrücken, aber nicht nach außen, sondern sehr wesentlich nach innen, um einen neuen Krieg zu verhüten, sich einen neuen Feind vom Halse zu halten. Bei den Friedensverhandlungen wird aber auch über den Balkan, über Vorderasien, über Afrika, wahrscheinlich über die Machtverteilung in der ganzen Welt verhandelt werden. Können wir da verlangen, daß alles unter allen Umständen so bleiben muß, wie es vor dem Kriege gewesen ist? Durch diese starre Festlegung auf alle vor dem Kriege gezeichneten Verhältnisse würde die Herbeiführung des Friedens gewiß nicht erleichtert. (Zuruf von der Minderheit: Das verlangt von uns niemand!) Ich bleibe also dabei, daß ein Frieden ohne Verrückung irgendeines Grenzpfahls sehr unwahrscheinlich ist, daß wir also nicht die Forderung aufstellen können, daß nach dem Friedensschluß unter allen Umständen alles wieder so sein muß, wie es vor dem Kriege gewesen ist. Eine friedliche Abänderung der Verhältnisse, wenn sie nur nicht die Gefahr neuer Kriege in sich schließt und nicht die Vergeßaltung eines fremden Volkes bedeutet, kann uns mindestens ebenso recht sein. In diesem Sinne halte ich meine Ausführungen völlig aufrecht und verbathe mich dagegen, zu den Annexionisten geworfen zu werden, ein Versuch, der, wenn man alles berücksichtigt, was ich geschrieben und geredet habe, auch nur lächerlich erscheinen kann.

Ich erinnere daran, daß ich im Reichstage gegenüber dem Reichskanzler gesagt habe, als Spahn und Westarp ihre Erklärungen abgegeben hatten:

Wenn Sie sich auf den Standpunkt dieser Leute stellen wollten, würden Sie den Krieg mit den Herren Spahn und Westarp allein fortsetzen müssen. Das war deutlich genug. (Sehr wahr!) Wir sind keine Annexionisten und treiben auch keine Regierungspolitik, die zwischen dem Wort „uns treibt nicht Eroberungslust“ und unklaren Andeutungen des Gegenteils hin- und herpendelt. Wohl wünschen wir eine Übereinstimmung zwischen der Politik der Regierung und der Sozialdemokratie insofern, daß die Regierung das tut, was wir für richtig halten. Ich glaube, daß die Verhältnisse die Regierung dazu zwingen werden, und ich kann nur hoffen, daß sie den rechten Augenblick dazu nicht verpaßt. Gelingt es den Alldeutschen — und sie arbeiten fieberhaft —, einen Mann ihres Herzens an die Stelle des Reichskanzlers zu bringen, einen Mann, der in doktrinär-imperialistischer Berranntheit den Sinn für die Möglichkeiten in der Politik verloren hat — so würde das schwerlich eine Wendung zum Besseren bedeuten. Darüber sind wir doch alle einig, Parteigenossen. (Sehr richtig!)

Darum haben wir so gehandelt, wie wir es getan haben. Wir haben getan, was wir nach bestem Wissen und Gewissen als Sozialdemokraten für unsere Pflicht gehalten haben, und was wir noch für unsere Pflicht halten: die Verteidigung des Landes gegen erdrückende Uebermacht. Es ist aber auch unsere Pflicht, eine Neuorientierung der deutschen Politik nach alldeutschen Grundfäden zu versuchen und schließlich halten wir es für eine Aufgabe unserer Politik, der gegenwärtigen Regierung immer klarer zu machen, wie sehr es notwendig ist, die Friedensbereitschaft zu betonen — eine Friedensbereitschaft, die keine leere Redensart sein soll, sondern jeden Augenblick auch entsprechend in die Tat würde umgesetzt werden können.

Daß alles, was einzelne in bestimmten Augenblicken gesagt oder geschrieben haben, den Maßstab strengster grundsätzlicher Kritik verträgt oder daß wir immer mit hellster Sicherheit absoluter Sicherheit zu unserem Zweck das allein richtige Mittel gewählt hätten — das wage ich gar nicht zu behaupten. Aber daß wir das Rechte gewollt und im großen und ganzen auch getroffen haben, dafür setze ich mit meiner vollen Ueberzeugung. Mit Redensarten, wie der, daß wir Regierungsknechte, Sozialpatrioten, Sozialimperialisten usw. seien und auf der unermesslichen schiefen Ebene immer weiter herab rutschten, gebe ich mich natürlich nicht ab. Wie glänzend stehen wir in dieser Beziehung immer noch da trotz aller Liebenswürdigkeiten, die uns an den Kopf geworfen werden, gegenüber unseren Freunden in der Arbeitsgemeinschaft (Seiterkeit), die doch Tag für Tag von den Spartakusleuten als Heuchler gepeitscht und gebrandmarkt werden. Wahrhaftig, wir stehen immer noch glänzend da, und es tut mir manchmal leid, daß Männer, mit denen man jahrzehntelang zusammengearbeitet hat, jetzt die furchterlichsten Prügel bekommen. (Seiterkeit.) Wir haben unter Verhältnissen, deren Schwierigkeiten alle Begriffe überstiegen, gehandelt, wie wir geglaubt haben, als Sozialdemokraten handeln zu müssen. Wie bisher, so wird auch unsere zukünftige Politik nicht in luftleeren Raum vor sich gehen, sondern unter dem Druck der Verhältnisse stehen, die zu meistern die Aufgabe unserer Politik ist. Weniger denn je können wir jetzt für die Zukunft mit bestimmten Größen rechnen. Zeit und Art des Friedensschlusses, wirtschaftliche und politische Zustände, die sich aus ihm ergeben, sind in Dunkel gehüllt und nicht einmal in den größten Unwissen erkennbar. Die Verluste an persönlichem Lebensglück kann keine Zukunft ersetzen, die Güter, die sinnlos und in riesenhaftem Umfang verwüstet werden, wird schwere und mühselige Arbeit wieder beschaffen müssen. Große und tiefe Gedanken aber, deren Träger die Sozialdemokratie ist, werden — dessen sind wir gewiß — durch das Grauen und durch die Verwüstung des Krieges den Gang zu ihrer Vervollendung gehen. Die Völker werden, um wieder aufleben zu können, die Regierung nicht mehr einer kleinen Herrschaft überlassen können, sie werden ihre Kraft nicht aufs neue dem Raubbau des Kapitalismus preisgeben. Die Gebote des Lebens treiben sie zur Demokratie und zum Sozialismus. Vielleicht wird sich dieser Prozeß unter den schwersten Erschütterungen vollziehen — aber wie es auch sein mag —, nach einer solchen

Weltkatastrophe gibt es keine Rückkehr zum Status quo ante in der inneren und in der Wirtschaftspolitik. Wer vermag die großen Aufgaben zu übersehen, die Schwere der Kämpfe zu ermessen, die uns bevorstehen, wenn der Krieg endlich vorüber sein wird. Im Rahmen der großen grundsätzlichen Kämpfe für Demokratie und Sozialismus stehen zunächst hergehob vor uns die Aufgaben sozialpolitischer Art: die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, für die Witwen und Waisen der gefallenen Soldaten, besserer Schutz der Männer- und Frauenarbeit, Schutz der Mutterkraft und der Kinder und die Reform des Wohnungswezens; dazu kommt die feste Verankerung des Koalitionsrechts, das Wahlrecht, die Deckung der Kriegsschulden, der ganze Komplex der Steuerfragen — ungeheure Aufgaben, die vor uns stehen, Aufgaben von geradezu unübersehbarer Größe. Die Frage liegt nahe, ob wir stark genug sind, diese Kämpfe durchzuführen zu können? Werden wir den Arbeitern gegenüber unsere Pflicht erfüllen können oder werden wir vor lauter Selbsterfleischung uns für lange Zeit vollständig lahmlegen in der Vertretung der Arbeiterinteressen? Ich glaube sagen zu können: ein Klar, wer sich das einbildet. Ich glaube, daß die Arbeiter eine Zeitlang zusehen werden, dann aber werden sie tabula rasa machen mit denen, die Gehässigkeiten und Rechthaberei allem anderen überordnen. (Sehr richtig! — Zuruf: Tragt sich bloß mit wem?) Freilich, bis dahin kann sehr viel Schaden angerichtet, sehr viel nutzbringende Arbeit veräußt werden. Schon jetzt gleicht ja manche unserer Organisationen einem Trümmerfeld, das erst mühselig wieder hergerichtet werden muß. Die Arbeiter werden, so hoffe ich zuversichtlich, bald erkennen, wie sehr Silberhebereien in der Presse und unnütze Fäntereien in den Organisationen lähmend wirken. Die Arbeiter werden bald zu ihrem Schreden gemahnt werden, wie unheilvoll Disziplinlosigkeit wirkt, wenn sie gar von Männern geübt wird, die sonst Disziplin lehren und mit dem besten Beispiel vorangehen sollten. (Sehr gut!) Wie unheilvoll die Spaltung der Fraktion bereits in der Partei gewirkt hat, will ich nicht etwa hier zu schildern versuchen. Wichtig ist, daß vielen zurzeit noch nicht vollkommen klar geworden ist, was für die Partei nicht etwa, sondern für das ganze Volk seit zwei Jahren auf dem Spiele steht. Sie werden, wenn die furchtbaren Aufregungen des Krieges, wenn die Ernährungschwierigkeiten, ja die Sorge um den Hunger einmal überwunden sein werden, wieder viel klarer blicken, und dann werden die meisten erkennen, wie furchtbar groß die Gefahr gewesen ist, in der wir steckten, und wie dringend notwendig das feste Zusammenhalten des ganzen deutschen Volkes war. Nach der Wiedkehr auch nur halbwegs normaler Zeiten wird das allgemeine Urteil dahin gehen, daß die Spaltung der Reichstagsfraktion unverantwortlich gewesen ist. (Lebh. Zustimmung.) Ich glaube mich auch nicht in der Annahme zu irren, daß die Parteigenossen später nicht gerade milde urteilen werden, wenn erst einmal allgemein bekannt wird, unter welchen Umständen sich mancherlei abgespielt hat. Die Minderheit soll nicht zum Wort gekommen sein. Das ist unwar. Das Menschenmögliche ist in dieser Beziehung geschehen. Wenn man die Stärke der Mehrheit und Minderheit miteinander vergleicht, dann kann man feststellen, daß die Minderheit viel besser weggekommen ist als die Mehrheit. Das kann jeden Tag aus den Reichstagsstenogrammen nachgesehen werden. Wichtig ist, daß in entscheidenden Fragen kein Gegner eines Fraktionsbeschlusses oder eines bestimmten Fraktionswillens zum Fraktionsredner bestimmt worden ist. Das ist aber niemals in der Fraktion der Fall gewesen, das ist ein unmögliches Verlangen. Das ist nicht dagesewen, solange es eine deutsche Sozialdemokratie gibt, und das wird auch niemals klagen können, solange wir nicht die Gebrauche der Antisemiten auf unsere Partei übertragen wollen. (Sehr richtig!) Wie haben wir allezeit gepöht und gespottet, wir, die wir auf Disziplin und politische Reinlichkeit saßen, über die Nationalliberalen und Antisemiten, wenn deren Abgeordneten gegeneinander redeten und gegeneinanderstimmten. Und wir sollten das Beispiel der Fraktion Kraut und Rüben nachahmen? Das kann kein verständiger Mensch verlangen. (Sehr richtig!) In einer demokratischen Partei hat sich die Minderheit der Mehrheit zu fügen, sonst hört die Partei auf, eine

demokratische Partei zu sein. (Zustimmung.) Freilich hören wir ja seit geraumer Zeit, daß wir uns noch verständigen könnten, wenn sich nur die Mehrheit der Minderheit fügen würde. (Geisterkeit.) Mit Demokratie hat das aber nichts mehr zu tun. Man wendet ein, daß über formalen Dingen die Achtung vor Grundsätzen stehen müsse. Wer entscheidet aber im Einzelfall, ob ein Grundsatz überhaupt in Frage kommt oder wie ein Grundsatz auszulegen ist? Ich erinnere an die oft erörterten interessanten Ausführungen des alten Liebknecht über Taktik und Prinzip. In jeder Körperschaft muß die Mehrheit darüber entscheiden können, wie in einem bestimmten Fall gehandelt werden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Wäre das nicht der Fall, die ganze deutsche Arbeiterbewegung wäre lahmgelegt. Was würde bei gewerkschaftlichen Kämpfen herauskommen, wenn eine Minderheit immer auf eigene Faust operieren wollte? Die Annahme, daß die Minderheit einer Körperschaft auf eigene Faust operieren kann, wenn sie einen Grundsatz für gefährdet hält, muß konsequenterweise zur Anarchie führen. (Sehr wahr!) Außerdem stelle ich ausdrücklich fest, daß die Fraktion niemals, solange sie besteht, auch nur den Versuch gemacht hat, das Gewissen irgendeines ihrer Mitglieder zu vergewaltigen. Die Fraktion hat wiederholt erneut beschlossen, was Bebel einmal beantragt hat: daß die Abstimmungen geschlossen zu erfolgen haben, daß aber niemand gezwungen sein soll, gegen seine Ueberzeugung zu stimmen er soll daher das Recht haben, den Saal zu verlassen und sich von der Abstimmung fernzuhalten. (Rugnert: Stimmt nicht!) Gleichfalls auf Antrag Bebel ist auch beschlossen worden, daß dieses Entfernen aus dem Sitzungssaal keinen demonstrativen Charakter tragen darf. Bis kurz vor dem Auseinandergehen haben diese Beschlüsse in der Fraktion gegolten. (Widerspruch Lipinski.) Wie kannst Du widersprechen, Du bist doch nicht Mitglied der Fraktion! (Lipinski: Ich bin Parteigenosse wie Du! Freigabe der Abstimmung ist beschlossen worden!) Gewiß, wenn es sich z. B. um die Impfstfrage handelt. Wer es hat keinen Zweck, darüber weiter zu streiten. Das Schlimmste und Schmerzlichste war die Spaltung selbst. Ich verzichte darauf, dieses schwarze Kapitel aus der Parteigeschichte in allen Einzelheiten vorzutragen. Ich erinnere nur daran, daß es sich tatsächlich um einen wohl vorbereiteten Ueberfall der Fraktion im Sitzungssaal des Reichstags selbst gehandelt hat. (Hört! hört!) Stolle hat nachher ausdrücklich erklärt: „Namens meiner engeren Freunde und mit ihrer Zustimmung hat Haase seine Rede gehalten. Mit unserer Zustimmung ist auch die Ankündigung, die Rede halten zu wollen, unterblieben.“ (Hört! hört!) Das sind Zustände, wie sie sich aus den unleidlichen Verhältnissen, unter denen wir lebten, ergeben haben. (Webebour: Es war die logische Konsequenz!) Sie kennen die Stellungnahme der Partei zu den Sonderkonferenzen und die Reden, die Bebel darüber gehalten hat. Es war auf beiden Seiten gefährdet worden und Sonderkonferenzen wurden dann verboten. (Zuruf: Sie haben es aber selbst noch getan!) Das ist eine absolute Unwahrheit; ich habe nach dem Verbot an Sonderkonferenzen nicht teilgenommen. Die Fraktion, die unter den denkbar schlimmsten Verhältnissen arbeitete, mußte damit rechnen, daß die Minderheit im Reichstag selber seit Jahr und Tag geschlossene Minderheitsfraktions-sitzungen abgehalten hat. Die Minderheit kam mit fertigen Dingen in die Fraktions-sitzung hinein. (Zuruf: Die Mehrheit auch!) Das war dann wohl nur die Folge der unleidlichen Dinge, die vorausgegangen waren. Wenn Stolle in seiner Erklärung sagte, „namens meiner engeren Freunde“, so bedeutet das, daß die Minderheit sich vorher verständigt hatte. Die ganze schwere Verantwortung für die jetzigen Parteiwirren ruht auf den Parteigenossen, die damals in der Fraktion nicht Disziplin gehalten haben. (Zustimmung und Widerspruch.) Sie sind schlecht dafür belohnt worden, jeden Tag werden sie beschimpft von ihren eigenen Freunden weiter links, die ganz andere Konsequenzen gezogen haben. (Sehr richtig!) Der Beschluß der Fraktion, der den Mitgliedern, die die gemeinsam gefaßten Beschlüsse geoblich mißachten und öffentlich durchkreuzten, die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte absperrt, war das mindeste, was die Fraktion aussprechen mußte. (Sehr richtig!) Eine Fraktion würde sich zur völligen Ohnmacht verdammen, sich dem Gespött der ganzen Welt aussetzen, wenn sie dulden würde, daß jeder auf

eigene Faust machen kann, was er will. Wer Rechte in Anspruch nehmen will, sich aber weigert, die damit verbundenen Pflichten zu erfüllen, der darf sich nicht wundern, wenn man ihm sagt: ohne Pflichten keine Rechte.

Wer an dem Aufbau der deutschen Arbeiterorganisationen mitgearbeitet hat, wer weiß, wie eine jahrzehntelange Arbeit erforderlich war, um das zu schaffen, was der berechtigste Stolz der deutschen Arbeiterschaft geworden ist, der kann nur mit großem Kummer auf das Trümmerfeld sehen, das nun auch innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung entstanden ist. Wir verlieren trotz alledem nicht den Mut, wenn auch vielfach ganz von vorn wieder angefangen werden muß. Wir werden mit verdoppelter Kraft an die Arbeit gehen müssen, wenn das Elend, das mit dem Kriege unlöslich verbunden ist, nicht noch verschlimmert werden soll. Seien wir stark, damit wir den Ausweg aus diesen Wirren finden. Seien wir entschlossen, uns mit aller Kraft auf die großen Aufgaben der Zukunft zu werfen. All das Unglück und seine Folgen sind doch über die Welt gekommen, weil wir zu ohnmächtig waren, als daß wir es hätten berühren können. Wir wollen aber die Erhaltung unseres Volkes, wir wollen den Aufstieg der Menschheit aus jammervoller Erniedrigung. Dazu brauchen wir Macht. Voraussetzung zur Macht aber ist Geschlossenheit und Disziplin. Darüber muß sich jeder klar sein. Die deutsche Sozialdemokratie wird nicht enden als eine gefällige Dienerin herrschender Klassen. Das war sie nicht, das ist sie nicht, das wird sie auch nicht sein. Sie muß aber darauf bedacht sein, stark und stärker zu werden als Ausdruck und Werkzeug der über alle Autoritäten emporsteigenden Volksmacht. So muß es uns schließlich gelingen trotz alledem, komme, was da will. (Stürmischer Beifall und Handklatschen.)

Partels (Parteivorstand) gibt einen Bericht über die Zusammenkunft der Reichskonferenz: auf der Konferenz sind neben den gewählten Delegierten vertreten: die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, der Parteiausschuß, der Parteivorstand, die Kontrollkommission und mit beratender Stimme je ein Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“, sowie Vertreter der zentralen Institutionen. Von der Zulassung irgendwelcher Gäste ist abgesehen worden. Das Parteistatut kennt nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Es hat aber beim Parteivorstand niemals die Absicht bestanden, zu widersprechen, wenn im Parteiausschuß auch die Zulassung der Arbeitsgemeinschaft beantragt werden würde. Das ist dann auch geschehen. — Der Delegationsmodus zur Konferenz ist vielfach angefochten worden, aber es war nicht möglich, die Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Delegiertenwahlen zum Parteitag glattweg für die Konferenz zu übernehmen, es mußte eine Einschränkung erfolgen. Von den Einschränkungen werden die kleinen Kreise genau so betroffen wie die großen Kreise. Unter Zugrundelegung der Abrechnung des letzten Geschäftsjahres wählten die Kreise eines Bezirks mit weniger als 50 Mitgliedern zusammen einen Delegierten. Die Kreise von 50 bis 3000 Mitgliedern je einen Delegierten, über 3000 bis 10 000 Mitglieder zwei und über 10 000 Mitgliedern drei Delegierte. Unter 50 Mitglieder hatten 84 Kreise; Kreise, die in Friedenszeiten etwa 200 bis 400 Mitglieder hatten. Nach dem Organisationsstatut hätte jeder dieser Kreise das Recht gehabt, einen Vertreter zu schicken. So aber entfallen auf diese 84 Kreise nur 19 Delegierte. Von 50 bis 3000 Mitglieder hatten 231 Kreise, die demnach auch 231 Delegierte schicken konnten. 27 Kreise hatten 3000 bis 10 000 Mitglieder und konnten je zwei, zusammen also 54 Delegierte entsenden, und 5 Kreise endlich mit über 10 000 Mitglieder konnten je 3, zusammen also 15 Delegierte schicken. Im ganzen kamen 319 Delegierte heraus. Verschiedene Kreise aber haben auf die Entsendung eines Delegierten verzichtet, und zwar Albing, Bitterfeld, Delmenhorst, Siedingen, Lahr, Koburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Germerstheim und Homburg. Im Bezirk Südbayern haben die zusammengelegten Kreise vom Delegationsrecht keinen Gebrauch gemacht. Ein mecklenburgischer Kreis hat sein Mandat einem anderen Delegierten übertragen und der Kreis Offenbach, der zwei Delegierte entsenden konnte, hat nur einen Delegierten geschickt. Zusammen sind also 12 Delegierte nicht entsandt, so daß 307 Delegierte anwesend sein werden. Elßa-Lothrin-

gen ist nur durch die vier Abgeordneten vertreten, weil die Organisationen dort unter dem verscharften Belagerungszustand nicht funktionieren. — Ein Kreis mit drei Delegierten ist doppelt vertreten, und zwar Teltow-Beeskow. Die Organisationsverhältnisse dieses Kreises sind ziemlich verworren. Sie werden in den Zeitungen darüber ja einiges gelesen haben. Es besteht in diesem Kreise eine offene Spaltung und der Parteivorstand, der sich mehrfach mit den Zuständen hat beschäftigen müssen, steht auf dem Standpunkt, daß der alte Kreisvorstand zu Recht besteht und daß die abgepöbelte Organisation nicht anerkannt werden kann. (Zuruf: Unerbört!) Ein großer Teil der Berliner Parteigenossenschaft ist allerdings anderer Auffassung. Die Meinungen stehen sich schroff gegenüber. Der Parteivorstand empfiehlt der Konferenz, ohne von seinem Standpunkt abzugehen, beide Richtungen an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Der Streit, wer recht hat, würde uns viel Zeit rauben und fruchtlos sein, denn die Entscheidung steht erst dem Parteitag zu, falls bis dahin nicht eine Lösung gefunden ist.

Es sind eine Reihe von Protesten eingegangen. Zunächst ein Protest gegen die Wahl in Randow-Greifenhagen. Die Delegierten sind dort in einer Sitzung der Arbeitsführer gewählt worden. Der Bezirksvorstand hat zwar die Berechtigung des Protestes nicht anerkannt, aber Urwahlen ausgeschrieben, womit sich der Protest erledigt. — Dann liegt ein Protest vor gegen die Wahl in Zwickau-Crimmitschau. Dort hat der Kreisvorstand gewählt, obgleich nach Ansicht der Protestführer eine Kreisgeneralversammlung hätte wählen können. Es wird daher Ungültigkeitserklärung beantragt. — Gegen die Wahl in Chemnitz wird protestiert, weil der Kreisvorstand unter Zugiehung des Kreispartei-ausschusses die Wahl vollzogen hat. Die Protestführer behaupten, daß diese Körperschaften sich ohne zwingenden Grund die Rechte der Mitgliederversammlung angemaßt hätten. Auch hier wird Ungültigkeit der Erklärung beantragt. — Weiter liegt ein Protest vor gegen die Wahl in Niederbarnim. Die Wahl ist dort von einer Kreis-konferenz vorgenommen worden, die von den Funktionären des Kreises gebildet wird. Die Kreisgeneralversammlung soll zwar dieser Kreis-konferenz das Recht zuerkannt haben, Wahlen vorzunehmen, aber nach Ansicht der Protestführer nur Ersatzwahlen, nicht Delegiertenwahlen. — Weiter liegt, wenn auch nicht in aller Form, ein Protest vor gegen die Wahl in Solingen. Auch dort hat der Kreisvorstand gewählt, obwohl Urwahlen möglich gewesen wären. Das Verhalten des Vorstandes soll nach Mitteilung des Beschwerdeführers in weiten Kreisen der Parteigenossen Empörung hervorgerufen haben. — Proteste gegen einige Wahlen im Bezirk Frankfurt a. M. sind inzwischen zurückgezogen worden. — Die Wahlen in Dresden-Land sollen nach einem weiteren Protest für ungültig erklärt werden, weil eine unkaufere Wahlagitator und gräßliche Wahlbeeinflussung stattgefunden habe. Die Protestführer berufen sich auf das Wahlreglement des Kreises, das eine Agitation während der Wahl verbietet. — Weiter wird protestiert gegen die Wahl im dritten schleswig-holsteinischen Wahlkreis, wo nach Ansicht der Beschwerdeführer ein Antrag auf Einberufung einer Kreisgeneralversammlung zu Unrecht abgelehnt worden ist. Inzwischen hat ein Ortsverein dieses Kreises einen eigenen Delegierten gewählt und beantragt, diesen zuzulassen. — Drei gleichlautende Proteste liegen gegen die Wahl in Karlsruhe vor, wo gleichfalls zu Unrecht, obwohl die Möglichkeit dazu vorhanden war, von der Einberufung einer Kreisgeneralversammlung Abstand genommen worden sein soll. — Endlich hat der Ortsverein Spandau Protest eingelegt gegen die Wahl in Spandau-Osthavelland, und zwar weil sein Vorschlag zur Kandidatenliste vom Kreisvorstand nicht akzeptiert worden ist.

In Anbetracht der Besonderheit dieser Konferenz schlägt der Parteivorstand vor, alle Mandate, auch die beanstandeten, ohne weitere Mandatsprüfung durch eine besondere Kommission für gültig zu erklären. Was zunächst die in sechs Fällen gerügte Wahl durch Kreisvorstände, Funktionsärsitzungen oder Kreis-konferenzen anbetrifft, so war es dem Parteivorstand von vornherein klar, daß in Anbetracht der durch den Belagerungszustand geschaffenen Umstände den Kreisen weiter Spielraum bei der Wahl gelassen werden müsse. Der Parteivorstand hat zwar empfohlen, die Wahlen möglichst in Kreis-konferenzen, Mit-

glieder-versammlungen oder durch Urwahl vornehmen zu lassen, wir wußten aber von vornherein, daß das nicht überall möglich sein würde. Ob in den gerügten Fällen keine andere Wahlmethode möglich war, wollen wir dahingestellt sein lassen. War das der Fall, dann hätten wir es allerdings für wünschenswert gehalten, die Wahlen in anderer Form zu vollziehen. Das aber hier festzustellen, wird kaum möglich sein, da die Behauptungen natürlich einander gegenüberstehen werden. Bei den Vorgängen in Dresden-Land, wo gegen das Wahlreglement des Kreises verstoßen sein soll, erscheint uns nach den mitgeteilten Vorgängen das erwiesen. Das ist aber in erster Linie Sache der Organisation; inwiefern das Resultat der Wahl dadurch beeinflusst ist, wird kaum festzustellen sein. Wir schlagen also vor, sämtliche Mandate, einschließlich der beanstandeten, für gültig zu erklären.

Lipinski-Leipzig: Bartels hat zurückgegriffen auf eine Vorhin von Ebert gemachte Aeußerung über die Stellung des Parteiausschusses und Parteivorstandes zur Zulassung der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Im Parteiaus-schuss hat Ebert das Referat erstatet und dabei nur von der Teilnahme der Fraktion gesprochen. Darauf hat Dismann Ebert gefragt, ob die Arbeits-gemeinschaft mit eingeladen werde. Das hat Ebert verneint. Er erklärte, daß es sich nur um die Fraktion handle. (Hört! hört!) Ich habe die Frage nicht zur öffentlichen Diskussion gestellt, erst als das von anderer Seite ge-schah, stellte ich die Tatsache fest, daß gegen die Zulassung der Arbeitsgemein-schaft Widerspruch erhoben wurde, während eine Publikation des Genossen Stampfer das Gegenteil behauptete und auch heute wieder das Gegenteil be-hauptet worden ist. Als Dismann seinen Antrag auf Einladung der Arbeits-gemeinschaft begründen wollte, wurde er ans Telefon gerufen und ich habe das Wort bekommen und habe dann ebenfalls den Antrag gestellt. Es ist also keine Rede davon, daß der Parteivorstand von vornherein Entgegenkommen gezeigt hätte. (Widerpruch, Gegenrufe und Unruhe.) Daß der Parteivorstand sich für die Einladung der Arbeitsgemeinschaft entschieden hatte, konnten wir nicht wissen, da Ebert nur von der Fraktion sprach und von der Zulassung der Arbeitsgemeinschaft erst Mitteilung machte, als die Debatte darüber sich bereits erschöpft hatte.

Zur Mandatsprüfung möchte ich sagen: wenn diese Konferenz keine verbindlichen Beschlüsse fassen soll, dann haben wir keine Veranlassung, auf Mandatsprüfung zu bestehen, und stimmen dem Vorschlag des Parteivorstandes zu. Aber wenn Sie der außerhalb des Rahmens der Organisation stehenden sogenannten alten Kreisorganisation von Teltow-Beeskow eine Vertretung hier gewähren, dann müßten Sie eigentlich auch der alten Stuttgarter Organi-sation dasselbe Recht zugeteilen.

Ebert: Es ist immer bedauerlich, wenn Einzelheiten aus Verhandlungen einer Körperschaft hinausgetragen und dann nicht vollständig wiedergegeben werden. Der Parteivorstand hat damals dem Parteiaus-schuss einen Antrag vorgelegt, der die Grundsätze enthielt, nach denen die Reichs-konferenz zu-sammengestellt werden sollte. Da war auch „die Reichstagsfraktion“ auf-geführt. Der Parteivorstand sagte sich, wir müssen uns im Rahmen des Organi-sationsstatuts halten, wir dürfen kein Präjudiz für später schaffen. Deshalb können wir nur von der einen Reichstagsfraktion reden, die im Organisations-statut vorgelesen ist. Wenn aber die Minderheit, wie es ganz selbstverständlich der Fall sein wird, verlangt, daß man die Arbeitsgemeinschaft hinzuziehe, gut, dann befürworten wir auch ihre Zulassung. So ist verfahren und dann ein-stimmig im Parteiaus-schuss beschlossen worden. Ich habe über den Antrag referiert und auf die Frage, was versteht ihr unter Fraktion, habe ich gesagt: natürlich nur die Reichstagsfraktion. Braun hat dann in der Diskussion be-fürwortet, die Arbeitsgemeinschaft zu laden. Im Schlusswort habe ich dann die Stellung des Parteivorstandes so dargelegt wie jetzt.

Braun (Parteivorstand): Zu den Ausführungen Lipinski's in bezug auf die sogenannte alte Stuttgarter Organisation stelle ich nur fest: Aus der Zulassung der drei weiteren Delegierten für Teltow-Beeskow dürfen keine weiteren Konsequenzen gezogen werden in bezug auf die Anerkennung irgend-welcher sonstigen Sonderorganisation. Wir haben lediglich für die Konferenz Reichs-konferenz.

keinen Streitfall aus der Teltow-Beeskower Angelegenheit machen wollen, damit unsere kostbare Zeit nicht darauf verschwendet wird. Damit erkennen wir aber nicht im geringsten an, daß die Organisation, die die drei weiteren Delegierten entsendet hat, berechtigt ist, an der Reichskonferenz teilzunehmen. Deshalb kann daraus auch nicht im geringsten gefolgert werden, daß die sogenannte alte Stuttgarter Organisation auch zur Vertretung hätte aufgefordert werden müssen. Im übrigen handelt es sich in Stuttgart überhaupt nicht um eine alte, sondern um eine ganz neue Landesorganisation, eine Sonderorganisation, die sich in Württemberg gebildet hat.

Fleißner - Dresden: Es ist richtig, daß die Tatsachen, die zu dem Wahlprotokoll Dresden-Land Anlaß gegeben haben, zunächst von der Organisation, wie Bartels sagt, selbst zu prüfen waren. Das ist auch geschehen, es hat eigens zu diesem Zweck eine Vorstandssitzung stattgefunden, an der auch ich teilgenommen habe. Der Vorstand besteht aus etwa 28 Personen. Er hat nach stundenlanger Beratung und Beweiserhebung gegen 6 bis 7 Stimmen beschlossen, diesen Protest abzulehnen. Damit ist die Sache wohl erledigt.

Nicht richtig ist es, daß Braun im Parteiausschuß den Vorschlag gemacht hat, die Arbeitsgemeinschaft zu laden. Er hat nur ebenso wie hinterher auch Ebert erklärt, wenn es gewünscht wird, wird der Parteivorstand nichts gegen die Zulassung der Arbeitsgemeinschaft einwenden. (Lebhafte Zurufe: Na also!) Das ist ein sehr großer Unterschied. Nicht von sich aus hat der Parteivorstand die Arbeitsgemeinschaft geladen und diese Frage spielt eine große Rolle. Daß er die Arbeitsgemeinschaft nicht von sich selbst aus geladen hat, werfe ich ihm allerdings vor.

Dihmann - Frankfurt a. M.: Es kommt darauf an, wie der Vorschlag des Parteivorstandes in der letzten Sitzung des Parteiausschusses lautete. Er ging dahin, daß die Reichstagsfraktion zur Teilnahme an der Reichskonferenz berechtigt sein solle. Darauf fragte ich: „Was versteht Ihr unter der Reichstagsfraktion, die 110 auf das sozialdemokratische Programm gewählten Abgeordneten, wie wir es für selbstverständlich halten?“ Darauf sagte der Parteivorstand: „Nein, die Fraktion!“ Darauf fragte ich: „Seid Ihr der Auffassung, daß nach Eurer Vorlage also die aus dem alten Fraktionsverband ausgeschiedenen Abgeordneten nicht berechtigt seien, an der Reichskonferenz teilzunehmen?“ Und darauf erwiderte Ebert: „Natürlich!“ Darauf erklärte ich: „Nachdem die Auffassung des Parteivorstandes dahin geht, daß nur die alle Fraktion berechtigt ist, nicht aber die aus ihr ausgeschiedenen Abgeordneten, müssen wir den Antrag stellen, auch diese Genossen mit gleichem Rechte zuzulassen. Oder wollt Ihr den hinter diesen Abgeordneten stehenden Kreisen zuzumuten, Delegierte zu entsenden, deren Abgeordnete Ihr nicht zulassen wollt.“ Und nachdem dann Lipinski dasselbe verlangt hatte, hat der Parteivorstand sich später schließlich bereit erklärt.

Entschiedensten Widerspruch müssen wir gegen die Behauptung erheben, daß die großen Kreise durch den Wahlmodus zur Reichskonferenz nicht benachteiligt werden, die kleinen Kreise dagegen wesentliche Nachteile hätten. Der fundamentale Unterschied besteht darin, daß beim Parteitag zwar alle Kreise das Grundrecht haben, Delegierte zu entsenden. Jedes Parteitagprotokoll weist aber nach, daß ein großer Teil der berechtigten Kreise keine Delegierten schickt, weil ihm die Mittel fehlen, die Kosten selbst zu tragen haben, während jetzt die Kosten für die Delegierten gerade solcher schwachen Kreise von der Parteikasse übernommen werden. Wenn es hier zu Abstimmungen kommen sollte und wenn Sie mit Mehrheit etwas durchdrücken wollen, dann wird sich die Berechnung ergeben, daß die Wahlkreise, deren Delegierte auf dem Boden der aus der alten Fraktion ausgeschiedenen Abgeordneten stehen, am 1. April 1914 eine Mitgliederzahl von über 420 000 hatten (Gör! hört! bei der Opposition), und daß eine weitere Anzahl von Kreisen auf dem Boden der Opposition, die Opposition in Württemberg ist auch ausgeschlossen. Faßt man dies alles zusammen, so können Sie ermessen, ob es richtig ist, daß die schwachen

und die starken Kreise im gleichen Maße betroffen sind. Auf Grund des dokumentarischen Materials dürfen wir aussprechen, daß die Reichskonferenz, wenn es sich darum handelt, nachher Stellung zu nehmen, nicht die Ansichten der Parteigenossen im Lande widergibt. (Zustimmung und Widerspruch.) Daran ändern Sie mit Ihrem Widerspruch nichts.

Braun (Parteivorstand): Auf die Dihmannsche Milchmädchenrechnung will ich nicht eingehen. (Zuscher: So, eine Milchmädchenrechnung ist das. Das werden wir uns merken! So schämen Sie das ein!) Die Vertretung auf der Reichskonferenz ist mit Zustimmung des Parteiausschusses festgelegt worden und es kann keine Rede davon sein, daß der Modus undemokratischer wäre als der Wahlmodus für den Parteitag. Ehe ist er in mehr demokratischer Richtung hin geändert. (Zustimmung und Widerspruch.) 84 kleine Wahlkreise, die bis 50 Mitglieder haben, hätten nach dem Parteitag für einen Parteitag Anspruch auf 84 Delegierte. Nach unserem Modus sind sie auf 19 Delegierte beschränkt, haben also 65 weniger. Dagegen haben die 60 großen Kreise, die nach dem Organisationsstatut der Partei Anspruch auf mehr als einen Delegierten haben, und denen zum Parteitag 163 Delegierte zuzurechnen, nach dem Wahlmodus zur Konferenz Anspruch auf 93 Vertreter; sie sind sonach um 70 Vertreter beeinträchtigt. Da kann man doch nachher nicht davon reden, daß die großen Kreise gegenüber den kleinen so überaus stark benachteiligt seien. Es ist allerdings richtig, daß die kleinen Kreise aus Mangel an Mitteln ihr Delegiertenrecht zum Parteitag nicht immer voll ausnutzen konnten. Daraus ergab sich in der Praxis ein Vorrecht der finanziell stärkeren Kreise. Indes ist dieses auf die gefülltere Kasse gestützte Vorrecht der großen Kreise bei jeder Revision des Parteistatuts angefochten worden.

Die Genossen, die draußen im Lande in rückständigen Kreisen die Arbeit machen und weniger Geld unter viel schwierigeren Umständen aufbringen, als es in Berlin, Leipzig und anderen großen Orten mit viel weniger Mühe geschieht, haben auch ein gewisses Recht, mitzureden, wenn über die Geschicke der Partei entschieden wird. Alles, was gegen das angeblich undemokratische Wahlrecht ausgeführt worden ist, geht also gegen das Organisationsstatut, dem sich unser Wahlmodus anpaßt.

Ein Antrag auf Schluß dieser Erörterung wird angenommen. Die Konferenz stimmt dem Vorschlag des Parteivorstandes zu, alle Mandate, auch die beantragten, und für Teltow-Beeskow die Mandate beider Richtungen mit der von Bartels abgegebenen Verwahrung für gültig zu erklären.

In persönlicher Bemerkung erklärt

Dihmann - Frankfurt: Wenn Braun über meine Zahlen von einer Milchmädchenrechnung gesprochen hat, so erklärt er damit die ganze dokumentarische Parteistatistik über die Mitgliederbewegung für eine Milchmädchenrechnung.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein. (1 bis 3 Uhr.)

Müller eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten. Das Wort erhält zum Referat über

„die Tätigkeit des Parteivorstandes“

Ebert: Genossinnen und Genossen! Der Weltkrieg traf uns bei den Vorbereitungen zum Parteitag. Wir hatten ein Jahr lebhafter politischer Arbeit hinter uns, bei der alle Faktoren der Partei einheitlich und kraftig zusammengewirkt haben. Trotz schlechter wirtschaftlicher Konjunktur war es gelungen, die Parteipresse und die Organisation weiter auszubauen und zu festigen; unsere Mitgliederzahl hatte sich um 10 Proz. gesteigert und damit zu unserer großen Freude das lang ersehnte Ziel von einer Million überschritten. Die Steigerung der Abonnentenzahl der Parteipresse war geringer, aber es war doch möglich gewesen, den im Vorjahre erlittenen Verlust an Abonnenten wieder weit zu machen. Die Wirkungen des Krieges haben auf die Organisationen und die Presse gleich mit voller Wucht eingeleitet. Im September 1914, nach vollzogener Mobilmachung, konnten wir durch eine Umfrage feststellen, daß in 331 Wahlkreisen etwa 30 Proz. unserer Mitglieder zum Seereservient eingezogen waren; in sechs Bezirken betrug die Zahl der Eingezogenen sogar über 50 Proz. Die Parteipresse hatte etwa sechs Wochen nach Kriegsausbruch ein Fünftel ihrer Abonnenten verloren. Der Verlust in den einzelnen Pro-

vingen ist nach den militärischen und wirtschaftlichen Verhältnissen verschieden gewesen. Aber auch schon damals hatte bereits Straßburg im Elsaß einen Verlust von 50 Proz. der Abonnenten. Wir haben deshalb bereits bei Kriegsausbruch, Anfang August, die Parteipresse bitten müssen, sich die allergrößte Einschränkung und größtmögliche Sparsamkeit aufzuerlegen. Es mußten erhebliche Kürzungen der Gehälter der Parteiangestellten vorgenommen werden, nur so war es möglich, den Parteigeschäften über die ersten großen Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Ueber die weiteren Wirkungen des Krieges auf Organisation und Presse will ich das Ergebnis unserer Umfragen sprechen lassen:

Nach den Angaben der Wahlkreisorganisationen betrug am Schlusse des Geschäftsjahres, also am 31. März, der Mitgliederbestand 1914: 1 085 905, davon 174 754 weibliche, 1915 insgesamt: 558 722, davon 132 475 weibliche, 1916 insgesamt: 395 216, davon 107 136 weibliche. Der Gesamtrückgang der Mitglieder seit 1914 beträgt danach 64 Proz., und zwar der Rückgang der männlichen Mitglieder 68, der der weiblichen 39 Proz. Die Zahl der Ortsvereine betrug 1914: 5133, 1915: 4475, 1916: 4036. Das ist ein Rückgang von 21 Proz. Der Abonnentenstand der Parteipresse war 1914: 1 288 092, 1915: 842 320, 1916: 691 484. Das ist ein Gesamtrückgang von 46 Proz. Die Einnahmen an Beiträgen in der Parteikasse haben sich wie folgt gestaltet: 1914: 786 467 Mk., 1915: 496 857 Mk., 1916: 269 254 Mk., ein Rückgang von 60 Proz. Für die Presse haben wir ausgenutzt, und zwar an Zuschüssen und Darlehen 1914: 1 259 412 Mk., 1915: 474 809 Mk., 1916: 262 385 Mk. Im letzten Jahre also fast ebenso viel wie wir an Parteibeiträgen eingenommen haben. (Hört! hört!) Noch ein Blick auf die Jugendbewegung. Die Zahl der örtlichen Jugendbünde betrug 1914: 837, 1915: 739, 1916: 517. Das ist ein Rückgang von 39 Proz. Die „Arbeiter-Jugend“ hatte Abonnenten 1914: 102 726, 1915: 66 464, 1916: 52 934. Ein Rückgang von 48 Proz.

Mit dem starken Einziehen zum Meer in den letzten Monaten hat sich natürlich das Bild noch wesentlich ungünstiger gestaltet. Ueber die Zahl der zum Heere eingezogenen Mitglieder können zuverlässige Angaben nicht gemacht werden, teils haben die Organisationen darüber überhaupt nicht berichtet, teils sind die Angaben offenbar unvollständig; es fehlt ja auch jede Möglichkeit der Kontrolle und genauen Feststellung. Jedenfalls müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß unser Mitgliederstand und der Abonnentenstand der Parteipresse weit über die Zahl der zum Heeresdienst Eingezogenen hinaus zurückgegangen ist. (Hört! hört!) Das zeigt insbesondere der starke Rückgang der weiblichen Mitglieder, trotz der gesteigerten Erwerbsmöglichkeit für Frauen im Kriege. Der Rückgang in den einzelnen Bezirken ist verschieden. Ich kann mich darauf nicht näher einlassen, aber nach dem vorliegenden Material darf gesagt werden: je fester eine Organisation gefügt ist, je besser insbesondere die Beitragsfälligkeit durchgeführt ist und je mehr die Mitglieder mit den positiven Arbeiten der Partei während des Krieges beschäftigt worden sind, desto geringer ist der Rückgang der Mitglieder. Dort, wo jahrelang das ganze Parteileben ausschließlich vom Parteireiher erfüllt war, ist es durchaus nicht verwunderlich, wenn diejenigen Mitglieder, die nicht gefestigt sind, schließendlich der Partei den Rücken kehren.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Parteipresse sind augenblicklich sehr groß. Sie sind verschärft worden durch die ungeheure Verteuerung des Papiers und der sonstigen Betriebsmaterialien. Wir haben, das zeigen die vorhin genannten Ziffern, bisher alles getan, was in unserer Kraft stand, um alle Parteiblätter über Wasser zu halten. Das soll nach Kräften auch in Zukunft geschehen, aber mehr als unsere Kraft zuläßt, können wir nicht leisten; deshalb muß ich auch an dieser Stelle die Geschäftsführer unserer Parteiunternehmungen auf das allerdringendste ersuchen, ihre geschäftlichen Dispositionen so zu treffen, daß sie ohne Zuschüsse der Zentralkasse künftig durchkommen.

Unter dem Kriegszustand und bei seiner langen Dauer ist eine möglichst enge Fühlungnahme zwischen der Zentralleitung der Partei und den einzelnen Organisationen im Lande not-

wendiger denn je. Wir haben deshalb, sobald sich die Möglichkeit geboten hat, nicht nur den Parteiaussschuß, sondern auch die Redakteure unserer Parteipresse, die Geschäftsführer der Parteiunternehmungen und die Bezirksleitung der Jugendbewegung wiederholt zu Konferenzen zusammenberufen, um die Situation mit ihnen zu besprechen. Diese Verhandlungen waren für uns außerordentlich wichtig und haben uns unsere Tätigkeit wesentlich erleichtert. Ich kann freilich auf Einzelheiten dieser Verhandlungen jetzt nicht eingehen, sondern muß mich darauf beschränken, in großen Zügen ein Bild der Tätigkeit der Parteileitung auf den wichtigsten Gebieten zu geben.

Auf unsere Stellung zum Belagerungszustand hat schon Genosse Scheidemann hingewiesen. Gleich in der ersten Zeit nach dem Kriege haben wir der Regierung gegenüber energisch den Standpunkt vertreten, daß die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in allen Teilen des Reichs und während der ganzen Dauer des Krieges mit der Verfassung unvereinbar ist. Unter keinen Umständen dürfe aber die Vertretung der eigenen politischen Anschauung unterbunden werden. Das Recht der Kritik, insbesondere der Kritik in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, müsse gewahrt bleiben. Diesen Standpunkt haben wir fortgesetzt der Regierung gegenüber vertreten, insbesondere auch bei der Erörterung der vielen Beschwerden über Mißgriffe und Uebergriffe der Militärbehörden. Wir haben in einer besonderen Denkschrift gegen das System der militärischen Sicherheitshaft und gegen die sinnlosen und vielfach durchaus ungerechtfertigten Verhaftungen den allerstärksten Protest bei der Reichsregierung erhoben. Noch kürzlich bei Einleitung unserer letzten Aktion haben wir der Regierung gegenüber mit großem Nachdruck die Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt. — Auch über das Verhalten der einzelnen Parteioffizien zum Belagerungszustand hat sich der Parteivorstand gleich bei Beginn des Krieges schlüssig gemacht. Am 31. Juli 1914 bereits ist an die Redaktion unserer Parteipresse ein Rundschreiben ergangen, in dem von uns ausgeführt wird: „Es verzieht sich von selbst, daß unsere Presse unseren Standpunkt gegenüber den politischen Ereignissen auch in Zukunft klar zum Ausdruck bringen wird. Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß es im Interesse der Partei unter allen Umständen vermieden werden muß, durch unvorzügliche, zweideutige, herausfordernde, durch die Sache nicht selbst begründete Wendungen Gefahren für die Partei heraufzubeschwören und einzelnen harte Opfer unnützlich aufzuerlegen. Besondere Vorsicht ist für die im Ratton von Festungen erscheinenden Zeitungen geboten.“ In einem Aufruf an die Partei am 1. August haben wir nach der Richtung hin folgendes gesagt: „Die strengen Vorschriften des Kriegsrechts treffen mit furchtbarer Schärfe die Arbeiterbewegung. Unbesonnenheiten, nutzlose und falsch verstandene Opfer schaden in diesem Augenblick nicht nur dem einzelnen, sondern unserer Sache.“ In dieser Auffassung war damals der Parteivorstand vollständig einig. Diese Stellungnahme ist bereits in einer früheren Konferenz der Redakteure, und zwar nach dem Marokkokonflikt auf Veranlassung und mit Zustimmung des Genossen Bebel festgelegt worden. Diese Auffassung ist damals und auch in der ersten Zeit des Krieges von keiner Seite angefochten worden. Es ist eben die in der Partei gegebene Stellungnahme. Sie ist schon unter dem Sozialisten-gesetz sowohl unklugem Uebereifer als auch sinnlosen purifizistischen Neigungen gegenüber mit aller Entschiedenheit zur Durchführung gebracht worden.

Ueber die Kriegswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben konnte die Partei von vornherein nicht im Zweifel sein. Das hat uns auch Bebel oft genug, zuletzt auf dem Parteitag in Jena 1911, in allen seinen Konsequenzen geschildert. Wir haben deshalb sofort nach Kriegsausbruch gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften es als eine unserer wichtigsten Aufgaben betrachtet, den wirtschaftlichen Kriegswirkungen nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Dabei handelte es sich für uns zunächst um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um Vergabe von Reichsmitteln zur Unterstützung Arbeitsloser, um Erweiterung und Erhöhung der Unterstützung von Kriegsfamilien, um die Schaffung einer Wöchnerinnenhilfe durch das Reich und um Neuregelung der Fürsorge für Kriegsverletzte und Hinterbliebene gefallener Soldaten. Um diese Fragen vorzubereiten, waren umfang-

reiche Vorbereitungen mit sachkundigen Genossen erforderlich. Später sind diese Forderungen in vielen Verhandlungen mit der Regierung hartnäckig von uns vertreten worden, ebenso von der Fraktion im Reichstag. Das Erreichte ist allerdings ungenügend und unvollständig. Was aber an Verbesserungen geschaffen ist — das dürfen wir, ohne rühmredig zu sein, sagen —, das ist fast ausschließlich auf die Initiative und die intensive Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften zurückzuführen. (Sehr richtig!) Besonders muß ich hier hervorheben die riesige Arbeit, die auf diesen Gebieten unsere Genossen in den Landtagen und in den Gemeinden, unsere Partei- und Arbeitersekretäre und andere Tausende von Genossinnen und Genossen geleistet haben. Die Partei leistet hier wertvolle soziale Arbeit, die auch von nachhaltigem politischem Werte sein wird.

Die zweite große Aufgabe auf diesem Gebiete ist die Sicherung der Volksernährung. Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Ernährungsfrage hier aufzurollen. Nicht um eine Kritik der Ernährungspolitik und des Lebensmittelwuchers kann es sich hier handeln, sondern nur um die Tätigkeit der Parteileitung. Wir haben in einer Broschüre das hier in Betracht kommende Material zusammengestellt und ich empfehle sie Ihrer besonderen Beachtung. Daraus ergibt sich, daß Partei und Gewerkschaften gleich nach Kriegsausbruch mit einem wohlvorbereiteten Programm, das durchgreifende Maßnahmen forderte, hervorgetreten sind. Deutschland hatte vor dem Kriege eine Einfuhr an Brotgetreide von 10 Proz. seines Gesamtbedarfs und eine Einfuhr von etwa 44 Proz. seiner gesamten Futtermittel. Der Wegfall dieser Zufuhren mußte selbstverständlich unsere Volksernährung aufs Höchste gefährden. Deshalb haben wir sofort eine rationelle Neuregelung und Organisation unserer gesamten Lebensmittelversorgung beantragt, soweit das in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt durchführbar ist. Selbstverständlich war dabei mit dem bestmöglichen Widerstand der Interessenten zu rechnen, sowohl der Produzenten wie der Händler. Deren Widerstand mußte überall als möglich das Konsumenteninteresse entgegengestellt werden. Dazu gehörte, daß wir unsere Forderungen nicht nur in der Presse und in den Parlamenten vertreten, sondern auch in direkten Verhandlungen der Regierung gegenüber. Dabei haben wir stets eine sehr deutliche Sprache geführt. Es ist von uns immer mit großem Nachdruck auf die Notlage der Arbeiterklasse hingewiesen und scharfe und rücksichtslose Kritik geübt worden. Wie hartnäckig und unablässig wir hier tätig waren, wie immer erneut auf die Mißstände und Fehler der Lebensmittelversorgung hingewiesen und neue Forderungen gestellt wurden, das ergibt sich aus dem vorliegenden Material. Die Ernährungsfrage ist auch fast in jeder Sitzung mit dem Parteiausschuß verhandelt worden, mehrmals sehr eingehend. Einmal ist diese Frage allein eine zweitägige Verhandlung eingeräumt worden. Wiederholt hat die Partei auch Aktionen gegen den Lebensmittelwucher über das ganze Reich eingeleitet, und zwar ohne Rücksicht auf den Belagerungszustand. Wir haben Parlamentsreden, Aufrufe und Flugblätter zur Waffenverbreitung herausgegeben, wir haben die Organisationen aufgefordert, in Mitgliederversammlungen, öffentlichen Versammlungen und wo immer sich die Möglichkeit bietet, die Ernährungsfragen in unserem Sinne zu behandeln. Partei- und gewerkschaftliche Organisationen sind aufgefordert, örtliche Einrichtungen zur Überwachung und Bekämpfung des Wuchers zu schaffen. Die Vertreter unserer Partei in den Landtagen und Gemeindevertretungen haben wir ersucht, fortlaufend die Lebensmittelfrage zu erörtern und zu veranlassen, daß auch von den Bundesstaaten und den Gemeinden ernstere und durchgreifendere Maßnahmen getroffen werden. Soweit wir Berichte der Organisationen erhalten haben, darf gesagt werden, daß überall unsere Parteiorganisationen nach der Richtung hin ihr Bestes und Möglichstes getan haben. Wir haben also alle erfolgversprechenden Kampfmittel und alle tatsächlichen Möglichkeiten, die wir auch in Friedenszeiten im politischen Kampfe anwenden, für den Kampf gegen den Kriegswucher eingesetzt. Dabei kann ich feststellen, daß bei allen Beratungen im Parteiausschuß und ebenso in der Reichstagsfraktion in der

Beurteilung der Lebensmittelfrage, in ihrer Kritik und in den Forderungen, die die Partei zu stellen hat, volle Uebereinstimmung bestanden hat.

Auch bei der letzten großen Ernährungsdebatte im Reichstag, im Plenum sowohl wie in der Kommission, haben sich Gegensätze zwischen Fraktion und Arbeitsgemeinschaft nicht ergeben. Die Arbeitsgemeinschaft hat zu unseren Vorschlägen noch nicht einmal Änderungsanträge eingebracht, sie hat ihnen ohne weiteres zugestimmt. Es kann also festgestellt werden, daß in der Stellung der Partei zu den Ernährungsfragen Gegensätze so gut wie nicht bestehen. Trotzdem hat wohl nichts mehr zur Verschärfung der Parteigegensätze beigetragen wie die Lebensmittelschwierigkeiten. (Sehr richtig!) Das klingt zwar paradox, aber es ist so. Es ist manchmal im Parteifreitag die Lebensmittelfrage zu demagogischen Spekulationszwecken benutzt worden. (Sehr wahr!) Manchmal hat man die mit Recht in der Bevölkerung vorhandene leidenschaftliche Erregung die eigene Partei entgelten lassen. (Sehr wahr!) Nichts leichter als das. Nutzen von einer solchen Taktik haben allerdings nur die Lebensmittelwucherer, den Schaden hat die Partei; die Partei, die während ihrer ganzen Geschichte auf keinem anderen Gebiete mit so großem Fleiß, mit so großer Hartnäckigkeit die proletarischen Interessen vertreten hat, wie in der Ernährungsfrage. (Sehr richtig!) Wenn gleichwohl heute große Mängel in der Organisation der Lebensmittelversorgung vorhanden sind, wenn mit der Politik des Schwartens und der Halbheiten immer noch nicht gebrochen ist, wenn Wucher und Profitgier sich immer noch breit machen können, so darf doch nicht die Bedeutung der Parteiarbeit verkannt werden. Wie stände es heute, wenn die Genossen in Partei und Gewerkschaften, wenn die Tausende unserer Genossen in den Landtagen und Gemeinden nicht so intensiv auf diesem Gebiete gearbeitet hätten! Daß dann die Interessen der Arbeiterklasse bei der Regelung der Lebensmittelfrage noch weniger berücksichtigt worden wären, liegt auf der Hand. Gerade wir Sozialdemokraten dürfen nicht verkennen, daß die sozialkapitalistische Wirtschaftsordnung aufgebaut ist auf Profit und Gewinn, daß es unmöglich ist, in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Wucher und Ausbeutung auf dem Wege von Besordnungen und Paragrafen aus der Welt zu schaffen. In diesem Zusammenhang ist eben der Kampf um die Sicherung der Volksernährung ein Teil unseres großen Kampfes um Erringung der politischen Macht. (Sehr richtig!) Deshalb gilt es, diesen Kampf mit verstärkter Macht fortzuführen. Je einmütiger und entschlossener die Arbeiterklasse ihn führt und hinter Partei und Gewerkschaften steht, desto sicherer der Erfolg!

Ein anderes wichtiges Tätigkeitsgebiet sind die Bestrebungen des Parteivorstandes, die Aktionsfähigkeit der Internationalen wieder herbeizuführen. Es braucht hier nicht erst gesagt zu werden, wie aufrichtig und ernst es die deutsche Sozialdemokratie allezeit mit ihren internationalen Pflichten gehalten hat. Die internationale Solidarität haben wir stets durch die Tat bezeugt, und zwar reichlich und freudig! Dieser Pflicht sind wir bis in die letzten Stunden vor dem Krieg gerecht geworden. Die Kriegsgefahr haben wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft bekämpft. Wir haben aber auch bei der Internationalen niemals Illusionen erweckt über unsere Macht zur Verhinderung des Krieges. Ueber die Stellung der Partei im Falle eines Krieges ist auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß eingehend verhandelt worden. Bebel hat sich damals mit aller Schärfe gegen den von französischer und englischer Seite geforderten Kriegsstreit ausgesprochen, und auf dem Jenaer Parteitag von 1911 hat Bebel noch einmal auf diese Verhandlungen zurückgegriffen und seinen Standpunkt unter Zustimmung des ganzen Parteitages von neuem dargelegt und vertreten. Als kurz vor Kriegsausbruch das Internationale Bureau am 28. Juli zusammentrat, hat auch niemand vom Kriegsstreit gesprochen. Das Internationale Bureau hat damals das Proletariat in den kriegführenden Ländern aufgefordert, „in den Kundgebungen gegen den Krieg fortzuführen und sie zu verstärken“. Das haben wir getan, soweit unsere Kraft reichte. Wir haben aber ein weiteres getan. Als das Verhängnis schon unabwendbar schien, haben Parteivorstand und Fraktion den Genossen Müller beauftragt, nach Brüssel und Paris zu

Sozialdemokratische Partei.

Deutschland.

fahren, Führung zu halten mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau und der Partei Frankreichs und möglichst eine einheitliche gemeinsame Stellungnahme in die Wege zu leiten. Die Ereignisse haben sich damals überhäuft, die Verhandlungen konnten zu keinem Ergebnis führen; Müller lehnte zurück mit der festen Ueberzeugung, daß unsere französischen Parteigenossen für die Kriegskredite stimmen würden. — Nach Kriegsausbruch hat dann die Parteileitung ihre Bestrebungen, eine Verständigung und Führungsnahme mit der Internationale herbeizuführen, von neuem aufgenommen und unausgesetzt fortgeführt. Im September 1914 bereits haben Mitglieder des Parteivorstandes in der Schweiz versucht, mit der französischen Partei in Führung zu kommen. Der Versuch ist mißglückt, nicht durch unsere Schuld. — Einige Wochen später erklärte sich die holländische Partei bereit, die Funktionen des Internationalen Bureaus zu übernehmen und eine Verständigungsaktion unter den Parteien der kriegsführenden Länder einzuleiten. Der Vorschlag wurde uns erst unterbreitet, als er bereits die Zustimmung der drei skandinavischen Parteien gefunden hatte. Wir haben diesen Vorschlag freudig begrüßt, ebenso unsere österreichischen Freunde. Die französische Partei dagegen hat gegen ihn heftigen Protest erhoben. Später ist das Internationale Bureau doch nach dem Haag verlegt worden. Die Leitung blieb aber in den Händen der belgischen Parteigenossen, sie wurde verstärkt durch die drei holländischen Mitglieder im Bureau. Nun hat das Bureau selbst einen Verständigungsversuch unternommen. Es hat vorgeschlagen, daß zunächst jede Partei in den kriegsführenden Ländern mit dem Bureau im Haag einzeln verhandeln solle. Das Ziel dieser Verhandlungen solle sein, eine gemeinsame Sitzung des Internationalen Bureaus herbeizuführen. Zu diesem Vorschlag haben wir unsere Zustimmung abhängig gemacht von der Haltung der französischen Partei. Aber erst als wir im März 1915 im Haag zu Verhandlungen erschienen sind, erfuhr wir, daß die französische Partei auch diesen Vorschlag von vornherein rundweg abgelehnt hatte. (Hört! hört!) Die britische Sektion der Internationale hat sich erst zustimmend erklärt, später sich aber an die Seite der französischen Partei gestellt. — Unsere deutsch-österreich-ungarische Konferenz in Wien, die im April 1915 tagte, ist auf Veranlassung des Internationalen Bureaus berufen worden. Auch sie diente dem Versuch der Verständigung. Sie hat sich rückhaltlos auf den Standpunkt der Kopenhagener Beschlüsse gestellt und hat sich entschieden und lebhaft für einen Frieden ausgesprochen, der kein Volk demütigt. Aber auch diese Konferenz hat bei der französischen Partei sowohl wie bei der britischen Sektion der Internationale kein Echo gefunden. — Schließlich hat die deutsche Partei aus eigenem Antrieb einen Versuch unternommen. Wir haben am 30. Juni 1915 eine Kundgebung für den Frieden veröffentlicht, in der wir die Erwartung aussprachen, daß die Parteien in den anderen kriegsführenden Ländern im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirken würden. Leider hätten wir uns auch darin getäuscht. Der Nationalrat der französischen Partei hat bald darauf beschlossen, daß er eintrete für entschiedene und ungechwächte Fortsetzung des Krieges. (Hört! hört!) — Der letzte Versuch ist unternommen worden im Dezember vorigen Jahres. Das Internationale Bureau ließ uns durch einen deutschen Genossen, der in Holland gewesen war, mitteilen, daß Ende Dezember oder Anfang Januar Vanderbelde, die Franzosen und Engländer nach dem Haag kommen würden, es wäre gut, wenn vorher mit einer Vertretung der deutschen Parteileitung eine Aussprache stattfinden könne. Diese hat dann am 22. Dezember vorigen Jahres stattgefunden. Wir haben uns auch hier wieder bereit erklärt, mit den Parteien der anderen kriegsführenden Länder in eine gemeinsame Aktion für den Frieden einzutreten, für einen Frieden ohne Eroberungen. Die Holländer waren sehr optimistisch. Wir hörten später, daß Vanderbelde zwar im Januar im Haag gewesen sei, die Franzosen und Engländer sind aber nicht gekommen.

Ueber den Verlauf der Besprechung sind wir offiziell bis heute nicht unterrichtet worden. Wir haben aber kurz danach am 22. Januar 1916 in der „Gummitte“ einen Bericht gefunden über eine Versammlung, die Vanderbelde in Lausanne abgehalten hat. In dieser Versammlung, also unmittelbar nach dem

Verhandlungen im Haag, hat Vanderbelde folgendes gesagt: „In diesem Moment den Frieden wollen, würde heißen, die Verkleinerung Frankreichs und den Verlust Belgiens wollen. Solange es deutsche Soldaten in Frankreich gibt und man mir von Frieden spricht, werde ich mir die Ohren verstopfen.“ (Hört! hört!) Wenn sich ein belgischer Minister auf diesen Standpunkt stellt, dann muß man das hinnehmen, aber unvereinbar ist dieser Standpunkt mit dem Präsidium der proletarischen Internationale. (Lebhafte Zustimmung.) Das Internationale Sozialistische Bureau ist kein Instrument der Entente, es hat die Aufgabe und die Pflicht, einer Verständigung der Sozialisten aller Länder die Wege zu ebnen. (Sehr richtig!) Gewiß Vanderbelde dennoch, eine einseitige und unversöhnliche Haltung einnehmen zu müssen, dann mag er die Konsequenzen ziehen. (Sehr richtig!) Bereits auf unserer Wiener Konferenz haben wir mit Zustimmung der Österreicher, Ungarn und Tschechen in unserer damaligen Kundgebung folgendes zum Ausdruck gebracht: „Die Tatsache, daß die sozialistischen Parteien der kriegsführenden Länder ihr Land und Volk verteidigen, darf kein Hindernis sein, die internationalen Beziehungen aller sozialistischen Parteien zueinander aufrechtzuerhalten, sowie die Tätigkeit ihrer internationalen Einrichtungen fortzuführen.“ An diesem Standpunkt müssen wir mit aller Entschiedenheit festhalten!

Die Stellung der französischen Partei ist von neuem festgelegt worden in der letzten Sitzung des Nationalrats Anfang August. In der dort beschlossenen Kundgebung fordert die französische Partei Fortsetzung des Krieges bis zur Jurisdiktion des Elz-Lothringens. Zur Durchführung des Friedens wird in jener Resolution verlangt: „kräftige und vollständige Organisation der militärischen Aktion“ und eine „entschiedene Führung des Krieges“. (Hört! hört!) Eine Verständigung mit der Internationale lehnt die französische Partei nach wie vor ab. Allerdings hat sich eine erhebliche Minderheit in Frankreich gegen diesen Standpunkt erklärt; ihr hauptsächlichster Vertreter, Longuet, hat im „Populaire du Centre“ am 29. August die Stellung der französischen Minderheit präzisiert. Er sagt: „Die Minderheit steht jetzt Beginn des Krieges auf dem Standpunkt der Politik vom 4. August. Sie arbeitet für die nationale Verteidigung. Die Mehrheit wünscht die vollständige Niederlage des deutschen Imperialismus, denn ohne diese Niederlage sei kein dauernder Friede möglich. Die Minderheit jedoch ist der Ansicht, daß zur Herstellung eines dauernden Friedens das militärische Ergebnis nicht genügt, sondern daß auch ein internationales Einbernehmen nötig ist. Deshalb verlangt die Minderheit die sofortige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, d. h. den Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus.“ Vergleiche man diese Stellung mit der Stellung der deutschen Mehrheit, so sind trennende Gegensätze wohl kaum festzustellen.

Eine ähnliche Stellung wie die Mehrheit der französischen Partei nimmt die britische Arbeiterpartei ein. Recht charakteristisch für die Stellung der englischen Arbeiter ist der Verlauf des letzten Gewerkschaftskongresses. Dort ist die Anregung des Amerikanischen Arbeiterbundes, am Ort der Friedensverhandlungen einen internationalen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, mit zwei Drittel Mehrheit abgelehnt worden. (Hört! hört!) Ueberaus interessant ist, was dort von dem Unterhausmitglied Thorne, der meines Wissens ein hervorragendes Mitglied der British Socialist Party ist, ausgeführt wurde. Thorne sagte:

„Es ist nicht möglich, daß die Abgeordneten von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei mit uns tagen, wenn wir über die Friedensziele verhandeln. Eine Beratung über den Frieden darf nicht stattfinden, ehe nicht Deutschland aus Frankreich und Belgien vertrieben ist. 99 Proz. der englischen Arbeiter würden sich gegen die jegliche oder eine andere Regierung erheben, die Frieden schließen würde, bevor das geschehen ist.“ (Hört! hört!)

Auch in England gibt es eine Minderheit, und zwar ist es die Unabhängige Arbeiterpartei, die aber der Zahl ihrer Mitglieder und ihrem Einfluß nach von geringer Bedeutung ist. Die Unabhängige Arbeiterpartei steht auf dem Standpunkt der Landesverteidigung, bewilligt die Kriegskredite, tritt ein für eine internationale Verständigung und für einen baldigen Frieden. —

Das Bild unserer Verhandlungen mit der Internationale ist nicht erhellend. Wandervogel, die Mehrheit der französischen Partei und die britische Arbeiterpartei machen ihre Stellung zum Kriege abhängig von der Entscheidung durch das Schwerk. Das ist der Krieg bis zum Ende! (Sehr richtig!) Das ist aber auch die grundsätzliche Ablehnung des Verhandlungssprinzips. (Sehr richtig!) Dabei können die Sozialisten Frankreichs doch nicht im Zweifel sein, daß die Zurückeroberung Elsas-Lothringens nur gelingt, wenn die deutschen Truppen vollständig geschlagen werden. Und welche ungeheure Wutopfer die gewalttätige Vertreibung der deutschen Soldaten aus Frankreich und Belgien kosten würde, das kann man sich ungefähr nach dem bisherigen Verlauf der Sommeroffensive berechnen. Und selbst wenn es den französischen und englischen Soldaten gelingen würde, unsere Soldaten zurückzudrängen und über die Grenzen hinaus bis in die Rheinprovinz vorzudringen, welche Stellung sollte dann die deutsche Partei zum Frieden einnehmen? (Sehr richtig!) Und sind, abgesehen von den Kolonien, nicht auch große Gebiete der Mittelmächte von feindlichen Heeren besetzt? Ich meine, diese Hinweise allein zeigen schon, wie völlig unhaltbar der Standpunkt der Franzosen und Engländer ist. (Sehr richtig!) Wird an diesem Standpunkt festgehalten, so heißt das, die Internationale bei der Friedensarbeit überhaupt auszuschalten! Hatte die Internationale schon nicht die Macht, den Krieg zu verhindern, so wäre es doppelt verhängnisvoll, wenn sie ihren Einfluß auf die Friedensmöglichkeiten und auf die Gestaltung des Friedens selbst preisgeben wollte. (Lebhafte Zustimmung.) Mit Recht hat Troelstra schon im vorigen Frühjahr auf diese Gefahr hingewiesen. Es gelte den Blick in die Zukunft zu richten, alle Kräfte müßten auf den einen Punkt: den Frieden, konzentriert werden. Troelstra bezeichnete es als dringendstes Gebot der Sozialisten aller Länder, in diesem Sinne zu wirken. Ich darf für die deutsche Partei und die deutsche Parteileitung in Anspruch nehmen, daß sie seit Kriegsausbruch unausgesetzt in diesem Sinne gewirkt haben. (Sehr richtig!) Wo immer sich die Gelegenheit geboten hat, hat sich die deutsche Partei zum Frieden bereit erklärt, und zwar zu einem Frieden ohne Eroberungen.

Für diese Stellungnahme spricht auch unsere letzte Friedensaktion, die wir gegen die Kreibereien der Annexionisten eingeleitet und trotz Verschärfung der militärischen Situation durchgeführt haben. Diese Aktion hatte leider nicht nur mit behördlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, sie ist auch offenen Widerständen in der Partei begegnet. (Hört! hört!) So haben die Wahlkreise Braunschweig-Stadt und Hanau die Beteiligung an dieser Aktion abgelehnt. (Hört! hört!) Sie ist ihnen nicht — radikal genug. In Berlin hat der Wortlaut unserer Petition Bedenken erregt. Daß gegen alle Eroberungspläne Einspruch erhoben wird, genügt nicht. Nach Tage, nachdem das Material bereits im ganzen Reich verbreitet war, schlug uns der Vorstand der Berliner Parteio rganisation einen anderen Wortlaut vor. Als wir uns darauf nicht einließen, hat man eine eigene Petition gemacht. So fördert man in Berlin die Parteieinheit. (Sehr gut!) Im 6. Berliner Reichstagswahlkreis hatte es ein Funktionär dennoch gewagt, die Petition des Parteivorstandes in Umlauf zu setzen. Die Folge davon war, daß man ihm ein verbes Misstrauensvotum erteilte. Und da man in Berlin bekanntlich sehr tolerant ist (Seiterkeit), hat man diesen Vötwicht auch seines Postens enthoben. (Lebhaftes Hört! hört!) — Zuruf: Freiheit, die ich meine!) Dabei ist dieser Parteigenosse ein Mann, der seit fast drei Jahrzehnten Funktionär der Partei in Berlin ist. (Hört! hört!) Man hat gegen unsere Aktion auch ein Flugblatt verbreitet. Es trägt die Ueberschrift: „Eine Petition gegen den Frieden?“ Am Schluß dieses Flugblattes heißt es:

„Die Petition für den Frieden ist im Grunde genommen eine Aktion gegen den Frieden und für eine Verlängerung des Krieges. Arbeiter! Parteigenossen! Lassen wir uns nicht überrumpeln, lassen wir uns nicht von dem einzigen Weg zum Frieden, vom Weg des rücksichtslosen Massen- und Klassenkampfes abdringen! Schieben wir den elenden Wicht der Durchhalte-Scheidemänner und der anderen Regierungstücken vom Parteivorstand mit Verachtung von uns und vergessen wir keinen Augenblick, daß unsere Aufgabe

nicht darin besteht, die Urheber des Völkermordens erfolglos zu bitten, sondern ihnen durch Massenaktionen den Friedenswillen der Arbeiterklasse mit Gewalt aufzuzwingen.“ (Lachen.)

Das sinnlose Zeug bedarf natürlich keines Kommentars. (Sehr richtig!) Ueber das Ergebnis der Unterzeichnung unserer Petition kann ich Endgültiges noch nicht mitteilen. Aber das kann ich wohl sagen, daß trotz der Schwierigkeiten und der eingetretenen Verschiebung der militärischen und politischen Situation das Ergebnis erfreulich ist. Vor allem waren die Versammlungen, die fast überall im Reiche abgehalten wurden, prächtige Kundgebungen für die Friedensarbeit der Partei.

So viel über die positive Seite unserer Arbeit. Leider hat sie auch eine große negative Seite, das sind die Kämpfe innerhalb der Partei. In der ersten Zeit nach dem Kriege ist in der Partei fast übereinstimmend die Auffassung vertreten worden, daß während des Krieges der Burgfriede innerhalb der Partei gewahrt werden müsse. Am nachdrücklichsten ist das von Kautsky geäußert, der am 21. August 1914 in der „Neuen Zeit“ schrieb:

„Wir müssen die Organisationen und die Organe der Partei und der Gewerkschaften intakt halten, ihre Mitglieder bewahren ebenso vor Unvorsichtigkeiten wie vor feiger Fahnenflucht. Das ist ja selbstverständlich, und es gibt keinen Genossen, der nicht in diesem Sinne handelte. Nicht minder notwendig wird aber die innere Geschlossenheit der Partei, der Verzicht auf jede Eigenbröckerei. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind eine Partei der Selbstkritik, aber unter dem Kriegszustand muß diese verstummen. Wie war es schwieriger, nie weniger möglich, eine Saltung einzunehmen und zu äußern, die jeden Genossen ohne Ausnahme befriedigt. . . Wir begreifen es sehr wohl, wenn manchem dieser oder jener Schritt unserer Partei falsch erscheint, aber noch weit falscher, geradezu verhängnisvoll wäre es, aus irgendeiner Meinungsverschiedenheit jetzt einen inneren Zwiespalt zu entfesseln. Auch in dieser Beziehung hat die Waffe der Kritik jetzt zu schweigen. Disziplin ist im Kriege nicht bloß für die Armee, sondern auch für die Partei das erste Erfordernis. (Lebhafte Zustimmung.) Hinter ihrer Praxis müssen wir alle einmütiger, geschlossener stehen als je. Nicht Kritik, sondern Vertrauen ist jetzt die wichtigste Bedingung unseres Erfolges.“ (Lebhafte Beifall.)

Kautsky hatte damals mit dieser Auffassung, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die ganze Partei auf seiner Seite gehabt. Wir im Parteivorstand haben einmütig diese Auffassung vertreten, ebenso der Parteiaus-schuss, auch eine Meda teurkonferenz im September 1914 hat sich auf diesen Standpunkt gestellt. (Zuruf: Auch Dittmann?) Leider sind die guten Vorläge recht bald in die Brüche gegangen. Die Gruppe in der Partei, die schon lange vor dem Kriege, schon seit Jahr und Tag zur Politik der Partei und zur Parteileitung im heftigsten Gegensatz steht, hat sich um den Burgfrieden in der Partei nicht gekümmert. Sie hat im Gegenteil den Krieg ausgenützt, um in schärfster Weise für ihre Latit Propaganda zu machen. Wie diese Gruppe schon vor dem Kriege zur Partei gestanden hat, dafür nur ein Beispiel. Die „Bremer Bürgerzeitung“ vom 5. April 1913 brachte unter dem Titel: „Patriotismus und Sozialdemokratie“ einen Artikel von Pannekoek. Da wird ausgeführt: „Wichtiger noch ist die Frage, was das Vaterland für die Arbeiterklasse bedeutet. Von revisionistischen Vorkühnern wird wiederholt hervorgehoben, daß auch die Arbeiter ein Interesse an der Unabhängigkeit des Vaterlandes haben, daß ihnen das Vaterland viel wert ist und daß die Arbeiter bereit sind, den nationalen Boden mit den Waffen in der Hand zu verteidigen.“ Und an anderer Stelle: „Es ist aber klar, wie sehr dieser Standpunkt, der nur einen Ueberrest kleinbürgerlicher Anschauungen darstellt, den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus erschwert.“ Ferner: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“, sagte schon das kommunistische Manifest. Aus seinem Geburtsort schon früh durch die Not verjagt, wandert der Arbeiter in der Welt herum; bald ist diese, bald jene Stadt sein Wohnort, und überall ist die Mißkafarne sein Heim. Kein eindringender Feind kann seine Wohlfahrt vernichten, denn er hat eigentlich keine Wohlfahrt; sie ist nicht an irgend-einen Besitz gebunden, sondern an Arbeitskraft und Arbeitsgelegenheit.“

Das ist die glatte Ablehnung der Landesverteidigung. Pannekoek war einer der ersten, der nach dem Kriege die ehrenrührigsten Vorwürfe gegen die Partei erhoben hat. Zu ihm gestellten sich bald die ehlen „Lichtstrahlen“, die damals in der gesamten Partei mit Hochdruck verbreitet wurden. Dazu kam dann die in Düsseldorf herausgegebene „Internationale“, in der alles heruntergerissen und beschimpft wurde, was nicht auf die Meinung dieser kleinen Gruppe eingeschworen war. Insbesondere wird Kautsky dort arg mitgenommen. Seine Theorie sei eine „willfähige Wagg der offiziellen Parteimitangen“, sei die Theorie des „freiwillig übernommenen Einuugentums“. Die „Neue Zeit“ sei „ein gefälliges Mädchen für alle“. Gleichzeitig ist in der Auslandspreffe eine wütende Geze gegen die deutsche Partei und Parteipolitik organisiert worden. Das Zentralorgan unserer Schweizer Bruderpartei, zu der wir allezeit in treuer Kameradschaft gestanden haben, ist zum Sammelpunkt der schamlosesten Verleumdungen der Sozialdemokratie Deutschlands geworden, und sein Redakteur Grimm hat im Ausland Geld zusammengeknorrt, um die Opposition zu unterstützen. Damals erschien auch von einem „führenden“ deutschen Sozialdemokraten im „Daily Citizen“, dem Organ der britischen Arbeiterpartei, ein Bericht über das „Vorwärts“-Verbot. Eingeleitet wird der Bericht damit: „Die sozialdemokratische Partei stimmte für die Kriegskredite am 4. August allein wegen einer Uebereinkunft mit der Regierung, daß die sozialdemokratische Presse während des Krieges alle Freiheiten der übrigen Blätter genießen würde.“ Diese giftigen Vorwürfe und Verdächtigungen sind auch in unsere Parteiorganisationen hineingetragen worden. Bereits im August 1914 ist in einer großen Vertrauensmännerbergsammlung in Stuttgart gegen die Reichstagsfraktion in schlimmer Weise zu Felde gezogen worden. Alle Abgeordneten ohne jede Ausnahme sind Schurken, Schurke, Betrüger genannt worden. In einer späteren Sitzung im September wurde gesagt: „Um welchen Preis der Parteivorstand die Auflösung der Partei verhindert hat, darüber werden wir wohl noch näheres erfahren.“ Dieser Vorwurf des Verrats und Verkaufs der Partei kehrt in allen Versammlungen und Flugchriften der Opposition immer und immer wieder, er zieht sich wie ein roter Faden durch alle Auseinandersetzungen. (Widerpruch und Zurufe: Das ist nicht wahr! In allen Versammlungen nicht!) Jedenfalls in sehr vielen Versammlungen. Sie von der Arbeitsgemeinschaft haben übrigens keinen Anlaß zur Entrüstung. Die „Lösen Blätter“, „Unsere Flugblätter“ und wie sie alle heißen, werden ja von einer Seite herausgegeben, die zur Arbeitsgemeinschaft in enger Beziehung steht. Das Flugblatt „Unsere Blätter“ vom 15. Juli 1916 bringt einen Artikel: Parteierstörer, in dem unter anderem die Rede ist von: „der Leibgarde von Parteiredakteuren und Parteisekretären, die sich der Parteivorstand im Parteiaussschuß geschaffen hat“ und von dem „hygienischen Chorus der Gewerkschaftsführer“. In diesem Artikel heißt es: „Von August Belbel ist uns so oft Mißtrauen gegen die Führer gepredigt worden; wie notwendig es war, zeigt der schmähliche Versuch der Sozialpatrioten, die Partei an die Regierung und Kapitalklasse zu verkaufen.“ (Hört! hört!) Also auch hier der Vorwurf des Verrats und Verkaufs der Partei. Selbstverständlich handelt es sich bei allen diesen Behauptungen um freche Scherabschneiderei! Dennoch ist es notwendig, kurz näher darauf einzugehen. Richtig ist, daß die Partei vor dem Krieg und während des Krieges vielfach Verhandlungen mit der Regierung geführt hat. Aber bei diesen Verhandlungen handelte es sich stets nur um die Vertretung von Arbeiterinteressen. Nie ist der Versuch einer Schwacherpolitik gemacht worden, nie ist uns von irgendeiner Seite so etwas wie Konzessionspolitik angeboten worden. Und nie ist dabei etwas gesprochen und verabredet worden, was nicht vereinbar wäre mit der Ehre der Partei. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit oder verleumdet! Wenn übrigens die Zustimmung der Partei zu den Kriegskrediten durch die Sidsung der Parteiorganisationen und der Parteipresse erkauft wäre, so hätte das doch vor dem 4. August geschehen müssen. Diese Verhandlungen aber hat die Regierung ausschließlich und allein mit Haase geführt. Den Schwacher hätte also die Opposition auf dem Gewissen. Aber alle diese Verdächtigungen, in denen allerdings System liegt, sind ebenso ehlos wie sinnlos.

Der erste größere Vorstoß der Opposition erfolgte mit dem Flugblatt vom 9. Juni 1915, das heuchlerisch in die Form einer Petition gekleidet war. Es trost förmlich von Verdächtigungen gegen Reichstagsfraktion und Parteileitung. Es hieß da, die Partei habe den „Widerstand gegen die imperialistische Eroberungspolitik aufgegeben“, ein Teil der Reichstagsfraktion „sei für eine Politik hemmungsloser Völkerverflechtung“ und anderes mehr. Das Gegen teil hat die Fraktion immer im Reichstag erklärt. Und nicht allein das. Fast zur selben Zeit, als diese Behauptungen in die Welt gesetzt wurden, hat die Parteileitung bei der Regierung gegen jede Eroberungspolitik schärfsten Einspruch erhoben. Im Zusammenhang mit diesem Vorstoß steht „das Gebot der Stunde“. Sein Inhalt ist heute völlig überholt. Wenn ich darauf zurückkomme, so nur deshalb, weil die Sache damals in der Partei große Aufregung verursacht hat. In dem Aufruf hieß es, „die Stunde der Entscheidung sei gekommen, die gegenwärtige Gestaltung der Dinge rufe die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu tun, die leitenden Parteinstanzen ständen am Scheidewege“. Die Partei ist also in aller Form aufge rufen worden zu einem entscheidenden Schritt, zu einer entscheidenden Aktion. Und diesen Aufruf richtete damals der Vorsitzende der Partei gemeinsam mit zwei anderen Parteigenossen an die gesamte Partei, ohne auch nur die geringste Fühlung mit der Parteileitung zu nehmen oder auch nur einen Kollegen zu informieren. (Hört! hört!) Das war das Entscheidende. Hinzu kam, daß Haase wußte, daß der Parteivorstand damals vor der Ausföhrung einer Friedensaktion stand, die durch sein Vorgehen getöbt werden mußte. (Hört! hört!) Das ganze Vorgehen forderte zum schärfsten Einspruch heraus. Fast die ganze Partei hat sich damals auf diesen Standpunkt gestellt.

Dazu kam eine Reihe anderer Vorgänge, auf die ich im einzelnen nicht eingehen kann, die keinen Zweifel lassen, daß es sich um ein wohlorganisiertes systematisches Vorgehen handelt, um ein Vorgehen, das alle Parteidisziplin gefährdet und zur Zerrüttung des gesamten Parteilebens führen muß. Auf die verworrene Gruppierung der Opposition will ich mich nicht einlassen. Sie haben heute früh ja ein kleines Bild davon bekommen. Dieser Tage ist mir von einem Sachkenner eine kleine Aufzeichnung vorgelegt, die neun verschiedene Spielarten aufweist. (Zuruf: Bei der Mehrheit noch mehr! — Ledebour: Bei der Mehrheit gibt es über hundert!) Mir ist nicht bekannt, daß die Mehrheit in Sondergruppen organisiert ist. Nur davon spreche ich. Diese Gruppierung erinnert sehr unangenehm an russische Parteiverhältnisse. Gemeinsam ist allen diesen Gruppen das Bestreben, Sonderorganisationen zu schaffen, Organisationen in der Organisation zu bilden. Als wir heute Morgen zusammenkamen, ehe wir noch in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten waren, konnte Ledebour bereits im Auftrage von hundert Teilnehmern eine Erklärung abgeben. (Haase: Das ist auf allen Parteitagen gemein!) Das bestreite ich entschieden, auf keinem Parteitag ist so verfahren. Ich führe das an, um zu zeigen, daß die Organisation in der Organisation bereits da ist. Ueberall gründet man Ortsgruppen der Opposition. Man hält Kreis- und Bezirkskonferenzen ab, trifft sich auf internationalen Konferenzen und sitzt dort mit anderen Unverantwortlichen über die eigene Partei und ihre Politik zu Gericht. Bei dem Streit in der Opposition sind Einzelheiten über die Sonderorganisationen bekannt geworden, die recht bezeichnend sind. Am 9. März werden in einem Spartacusbriefe darüber nähere Mitteilungen gemacht. Da heißt es: „Die erwähnten Genossen, mit denen wir uns im Sommer 1915 zur Erlebigung gewisser Angelegenheiten zusammengefunden hatten, beanspruchten, daß sie als die ausschließliche Vertretung der Groß-Berliner „Opposition“ anerkannt würden, daß sie und sie ausschließlich durch Majoritätsbeschluß über alle Aktionen zu bestimmen hätten, daß seine selbständige Betätigung der verschiedenen unter ihnen vertretenen Anschauungen zulässig sei, auch dort nicht, wo es sich um wichtige und grund legende Meinungsverschiedenheiten handelt; sie erachteten sogar die Zusammentünfte unserer engeren Bestimmungsfreunde und ihre Verständigung über die großen politischen Probleme für unzulässig.“ Darauf haben dann im Namen der anderen Fakultät Hoffmann und Ledebour geantwortet in

einem Flugblatt, worin es heißt: „Es ist nicht wahr, daß die Genossen, in deren Namen wir sprechen, verlangt hätten, ausschließlich durch Majoritätsbeschlüsse über alle Aktionen zu bestimmen. Im Rahmen unserer Beratungen und Besprechungen, an denen die Spartacisleute vollberechtigte Teilnehmer waren, haben sie genau dieselben Rechte ausgeübt wie jeder andere Teilnehmer. Niemals ist der Versuch gemacht worden, ohne Zuziehung der Spartacisleute einen Beschluß zu fassen und ihnen aufzuzwingen. Es ist ferner nicht wahr, daß die selbständige Betätigung der verschiedenen unter den Teilnehmern an unseren Beratungen vertretenen Anschauungen für unzulässig erklärt worden sei. Es wurde vielmehr gegenüber derartigen Behauptungen auf das nachdrücklichste betont, daß keinem Teilnehmer verwehrt sein sollte, zu reden oder unter seinem Namen zu schreiben und zu veröffentlichen, was er will. . . . Verlangt worden ist nur, daß anonyme Schriften, für die die gesamte Opposition verantwortlich gemacht werden könnte, von einigen Genossen, unter denen die Spartacisleute obendrein fast regelmäßig die Mehrheit bildeten, vor der Veröffentlichung nachgeprüft werden sollten.“

Sie sehen also, eine Organisation in aller Form, die Beschlüsse faßt über Aktionen in der Partei, die anonyme Flugchriften nachprüft, die in der Partei verbreitet werden. An der Hand von Material konnte ich leicht den Nachweis bringen, daß auch Bezirkskonferenzen der Sonderorganisationen getagt haben, in denen man in ähnlichem Sinne verhandelt hat. Ich will nur noch auf die Reichskonferenzen hinweisen. Das Züricher „Volksrecht“ hat darüber ziemlich genauen Aufschluß gegeben: „Die Mitte Februar zunächst für Berlin vollzogene Abstufung derjenigen Personen, die auf dem Boden der „Leitfäden“ (Spartacisleute) stehen, hat zu einer Scheidung der Opposition in ganz Deutschland geführt. Zur Besprechung der sich daraus ergebenden Fragen fand Mitte März in einem Orte Mitteldeutschlands eine Zusammenkunft statt, die aus allen Teilen des Reiches besetzt war. Die hinter den „Leitfäden“ stehende Opposition Groß-Berlin (8 Wahlkreise) war durch 17 Genossen vertreten. Aus 20 Wahlkreisen des Reiches waren ebenso viele Genossen erschienen, von denen einzelne die Opposition mehrerer Kreise bzw. Bezirke vertraten.“

Allo ganz offen wird hier über eine Reichskonferenz der Sonderorganisation berichtet. Und welche Bedeutung in Oppositionskreisen diesen Konferenzen beigemessen wird, dafür hat der Braunschweiger „Volksfreund“ ein treffendes Beispiel gegeben. Er hatte im März eine Auseinandersetzung mit dem „Hamburger Echo“ über unsere Stellung zur Steuerfrage. Der „Volksfreund“ vertrat die Auffassung, daß alle Steuern abzulehnen seien, direkte und indirekte. Dabei wird folgendes gesagt: „Der hier vertretene Standpunkt zur Steuerfrage ist der der Opposition, die sich um die Zeitschrift „Die Internationale“ gruppiert und die sich in den Leitfäden der „Spartacuskreise“ ihr tatsächliches und prinzipielles Programm gegeben hat. Eine aus allen Teilen des Reiches besetzte Konferenz dieses entschiedensten Flügels der Opposition, die in den letzten Tagen stattfand, hat sich einmütig zu diesem Standpunkt in der Steuerfrage bekannt.“ Dann heißt es weiter: „Schließlich sei betont, daß die Opposition der bezeichneten Auffassung sich durch nichts gebunden erachtet, als durch ihr eigenes politisches Programm, das die Anwendung der sozialistischen Prinzipien auf die Fragen der Zeit darstellt.“ (Hört! hört! — Lebebour: „Sensationell!“)

In der Jugendbewegung ist die Spaltung der Organisation bereits offen durchgeführt. Man hat eine Sonderorganisation gegründet, die ein eigenes Organ herausgibt, dessen Aufgabe es ist, die von Partei und Gewerkschaften geschaffene Jugendbewegung und deren Organ zu bekämpfen. (Hört! hört!) Die Propaganda treibt man unter der Parole: „Kultifizierung der Jugend“. Diese Art der Kultifizierung — Sie haben das Material ja erhalten — ist für die Reaktion ein gesundes Fressen. (Lebhaftes Sehr richtig!) An der Partei und der Jugendbewegung ist sie ein großes Verbrechen. (Sehr richtig!)

Aus diesen wenigen Beispielen sehen Sie, daß man dabei ist, eine Partei in der Partei zu bilden. Man schafft sich eigene Organisationen, in denen

man in aller Form Parteiaktionen beschließt, gibt sich ein eigenes Programm, an das man sich allein gebunden erachtet, und schreibt dann im ganzen Lande umher über angebliche Gewaltpolitik des Parteivorstandes, der Parteiprogramm und Parteitagbeschlüsse nicht halte. Das ist elende Geuchelei. (Sehr richtig!) Es ist die alte Spitzbubenaffäre. (Lebhaftes Sehr richtig!) Der Parteivorstand hat es allerdings als seine Pflicht betrachtet, allen Bestrebungen, die auf Parteiverstärkung und Parteispaltung hinauslaufen, mit aller Entschiedenheit zu begegnen. Und was nach der Richtung hin geschehen ist, jeder Schritt wird von uns voll verantwortet. Es ist nichts geschehen, was nicht im Einklang stünde mit unseren Befugnissen und mit dem Organisationsstatut. Soweit Beschwerden gegen dieses Vorgehen des Parteivorstandes erhoben worden sind, sind sie von der Kontrollkommission abgewiesen worden. Dem ganzen Geschrei über Gewaltpolitik des Parteivorstandes fehlt jede tatsächliche Unterlage. Es ist lediglich demagogische Augenverblendung.

Nach ein Wort zur Schlammflut anonymer Flugchriften: Ist es an sich schon bemerklich, Parteiauseinandersetzungen in anonymen Flugchriften auszutragen, so übersteigt die dabei angewandte Methode an niedriger Gesinnung und Verleumdungslust alles Angewesene. (Lebhaftes Sehr richtig!) Die Tendenz all dieser Subeleien läuft darauf hinaus, die im Vordergrund der Arbeiterbewegung stehenden Körperschaften und Personen zu verdächtigen, um sie unmöglich zu machen. (Sehr richtig!) Das ist ganz offen ausgesprochen worden in Zusammenkünften und Versammlungen. Das ist die Methode der persönlichen Verunglimpfung, die Methode des berüchtigten Reichsverbandes (Lebhaftes Sehr richtig!), von der selbst bürgerliche Kreise sich mit Ekel abgewandt haben. (Sehr richtig!) Die politische Brunnenvergiftung ist das System dieser Subeleien! (Bravo!) Dabei hat keiner der Drahtzieher bisher den Mut gefunden, zu seinem Machwerk zu stehen. (Sehr richtig!) All diese grundtatsachen Männer waschen ihre Hände in Unschuld. Diese Art der Parteibelämpfung — so muß ich es nennen — wird der Partei noch recht lange zu schaffen machen. (Sehr richtig!) Die Gegner sind bereits dabei, dieses Material zu sammeln. (Zurufe: „J. R.“!) Ich spreche von den Gegnern. (Erneute Zurufe: „J. R.“!) Was soll der Einwand? Ich spreche von den Gegnern, die jene Subeleien bereits mit Eifer sammeln. Die München-Gladbacher haben dieser Tage eine Broschüre herausgegeben: „Fraktionspaltung und Parteikrise“. Auf etwa 100 Seiten sind da alle diese Dinge bereits für die zukünftigen Kämpfe gegen unsere Partei zurechtgemacht. In den kommenden Wahlkämpfen werden die anonymen Flugchriften eine Fundgrube für unsere Gegner sein.

Auf eine dieser Flugchriften muß ich kurz eingehen. Es handelt sich um das Flugblatt „Mitteilung der Opposition Nr. 4“. Wir haben uns zwar schon dieser Tage in der Presse erklärt. Es könnte aber mißdeutet werden, wenn ich hier stillschweigend daran vorbeigehen würde. Warum sind Parteivorstand und Generalkommission zu ihrer Warnung vor wilden politischen Streiks gekommen? Seit Wochen werden anonyme Aufforderungen zum politischen Streik verbreitet. Diese gewissenlosen Aufforderungen können nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern auch für unsere Organisation zur allergrößten Gefahr werden. Wie man dabei verfährt, dafür nur ein Beispiel: Ich war vor einigen Wochen im niederrheinischen Industriegebiet. Da hat mir einer unserer Wahlkreissekretäre folgendes mitgeteilt: Vor einer Fabrik, in der 7000 bis 8000 Personen beschäftigt sind, von denen 120 gewerkschaftlich und 30 politisch organisiert sind (Hört! hört!), wurden Flugblätter verbreitet mit der Aufforderung zum Streik. Selbstverständlich sind die harmlosen Leute, die die Verbreitung vorgenommen haben, verhaftet worden. Die eigentlich Schuldigen sitzen natürlich im Schilf und jähnen die Weisen.

Unglückliche Arbeiterfrauen sind mehrfach an uns mündlich und schriftlich herangekommen und haben sich bitter und jammervoll beklagt, daß man ihre Männer so leichtfertig ins Verderben treibe. (Hört! hört!) Mir ist dieser Tage noch ein solcher Brief zugegangen. Ich will ihn Ihnen vorlesen.

natürlich kann ich den Namen des Ortes und des Betreffenden nicht nennen: Meine Vermutung — der Brief geht an eine bekannte Genossin — war richtig, es waren wirklich seine guten Freunde, die ihn ins Unglück gestürzt haben, doch noch anders als Du denkst. Des Mittwochnachmittags kam ... hier an und am nächsten Tage des Abends schon holten ihn die verfluchten Freunde ab, um eine Versammlung zu besuchen. Was sie aber wirklich vor hatten, sagten sie aber nicht hiebei, und so haben die drei denn Flugblätter angeklebt worin die Munitionsarbeiter zum Streik aufgefordert werden. . . . ist überrumpelt worden, aber er mußte doch wissen, was er zu tun hatte. — Von mir und den fürchtbaren Qualen der ersten Tage will ich gar nicht reden. Wer viel leidet, wird zuletzt noch stumpfsinnig.“

Der Genosse, um den es sich hier handelt, ist tags zuvor von der Front auf Urlaub gekommen. (Hört! hört! — Bewegung. — Heine: Psui! — Rufe von anderer Seite: Verbrecchen!) Und nun, Parteigenossen, soll ich auf das Unsinnige dieser Flugblätter eingehen? In einer Zeit, in der die englischen Munitionsarbeiter auf Feiertage und Sonntage verzichten (Hört! hört!), in der die ganze Welt mit äußerster Kraftanstrengung für die Entente Munition und Kriegsmaterial herstellt, in der die deutsche Entente ein Land nach dem andern in den Krieg hineinzwingt, in der alle feindlichen Staatsmänner grundsätzlich jede Friedensbereitschaft ablehnen und unsere Söhne und Brüder auf allen Fronten im furchtbarsten und mörderischsten Trommelfeuer liegen, in dieser Zeit sollen die deutschen Munitionsarbeiter streiken? (Rufe: Psui!) Wäre das nicht Wahnsinn? (Stürmische Zustimmung und Bravo! Rufe. — Heine: Genke lacht dazu! — Rufe von anderer Seite: Genke und Stadthagen lachen dazu! — Große Unruhe. — Genke: Ich lache über Heine und seine Heuchelei!)

Vorsitzender Müller: Ich bitte, solche Wortwürfe zu unterlassen. Ich rufe den Genossen Genke zur Ordnung. (Genke: Rufen Sie auch die anderen zur Ordnung!) Ich habe nur Sie gehört. (Genke: Ja, Sie haben auch seine Ohren!) Ich verbitte mir derartige Beleidigungen. (Große Unruhe. — Timm geht auf Stadthagen zu und faßt ihn an; er wird von anderen Parteigenossen von ihm zurückgerissen. — Großer andauernder Tumult, in dem das Bureau vergebens Ruhe zu schaffen sucht. — Stadthagen ruft: Das war eine Verabredung, organisierte Bande; ich bitte das Wort zur Geschäftsordnung. — Sobald Ebert weitersprechen will, ertönen Rufe von den um Stadthagen versammelten Delegierten nach Timm hinüber: Maus, raus!)

Müller: Damit die Ruhe wiederhergestellt werden kann, vertage ich die Verhandlungen auf eine halbe Stunde.

(Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen.)

Vorsitzender Müller: Parteigenossen! Sie haben aus den Referaten gehört, daß wir hier Dinge verhandeln, die eine ganz außerordentliche Erregung in der Partei hervorgerufen haben. Es ist deshalb durchaus verständlich, wenn auch hier die Teilnehmer der Konferenz erregter sind, als das sonst auf unseren Konferenzen der Fall gewesen ist. Trotzdem kann auch diese verständliche Erregung die Vorgänge nicht rechtfertigen, die wir hier erlebt haben. (Sehr richtig!) Genosse Timm ist wegen dieser Vorgänge bei mir gewesen und wird nachher erklären, wie er dazu kam, sich so hinreißend zu lassen. Aber mögen sich die Dinge vorher abgespielt haben wie sie wollen, die Tat, zu der Timm sich hinreißend ließ, läßt sich unter keinen Umständen rechtfertigen. (Sehr richtig!) Ich muß deshalb als Vorsitzender diese Tat auf das schärfste rügen (Sehr richtig!), und ich hoffe, daß, wenn wir wieder einmal zu ähnlichen Konferenzen zusammenkommen, sich ähnliche Vorgänge nicht mehr wiederholen.

Genke-Bremen: Unsere Verhandlungen erfordern eine gemeinsame Basis. Diese Basis besteht darin, daß wir uns anhören wollen, insofern achten, und daß wir zum mindesten der eine in dem anderen den Menschen achten. Der eine mag über die politischen Gründe des anderen denken wie er will, er mag seine Gegengründe vorbringen, aber soweit dürfen wir uns nicht hinreißend

lassen, daß wir nicht mehr an den Menschen im Parteigenossen glauben. Das sage ich, weil ich die Auffassung habe, daß eine Anzahl Genossen des Glaubens ist, daß die Genossen von der Opposition dieses Menschliche nicht mehr in sich haben. Genosse Reinert und Genosse Timm sind, glaube ich, auf Grund eines Mißverständnisses zu diesem Mangel an Vertrauen zu uns gekommen. Reinert hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich gelacht hätte. Timm hat gemeint, auch Stadthagen habe gelacht, und es ist dann zu dem Austritt gekommen, der eben gerügt ist. Ich stelle daher fest für alle Genossen, soweit ich weiß, daß sie zur Opposition gehören, daß das Erschütternde des Briefes, den der Genosse Ebert vorgelesen hat, auf uns alle den gleichen erschütternden Eindruck gemacht hat. (Sehr richtig!) Wenn aber dennoch bei Verlesung des Briefes von dem einen oder anderen gelächelt worden ist, dann selbstverständlich nicht über den Inhalt und über das Erschütternde des Briefes, sondern darüber, daß ein solcher Brief in solcher Situation zu solchen Zwecken, wie sie Ebert zu vertreten hat, benutzt wird. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Dann aber, Genossen, ist gelacht worden, und zwar laut gelacht worden und worüber? Als Genosse Ebert seine Verlesung beendet hatte, hat seine Charakterisierung des von ihm beurteilten Verhaltens einiger Genossen von der Opposition starken Beifall hervorgerufen, und da hat Heine, der während des ganzen Nachmittags in seine Akten vertieft dort gesessen hat, seine Akten zwischen die Beine genommen, wie beissen Weisfall geklärt und „Lumpen!“ gerufen. (Hört! hört! — Unruhe. — Stadthagen: Zu uns herüber!) Das habe ich nicht gehört, aber es ist mir glaubwürdig gesagt worden. Wenn Heine diesen Zwischenruf gemacht hat, so wird er sicher gleichfalls gerügt werden. Wenn wir gelacht haben über dies affektierte Verhalten des Genossen Heine, so war damit gar nichts gesagt gegen den Inhalt des Briefes, soweit er zu erschüttern vermochte. Es liegt mir daran, daß wir uns hier als Menschen gegenübersehen. Wenn jemand imstande wäre, über den erschütternden Inhalt des Briefes zu lachen, so würde ich das ebenso bewerten, wie das freche Junkerwort: „Der Vater hat wohl alles verjessen!“ Das wäre eine Höheit ohnegleichen. Davon kann also keine Rede sein. Timm, der meine Worte und mein Verhalten kontrollieren kann, wird mir selbst zugeben, daß sich die Dinge so abgespielt haben, und daß er gereizt worden ist, wie er sagt, durch ein Wort des Genossen Stadthagen. Doch das kann er selbst ausführen. Ich wollte nur feststellen, worüber wir gelacht haben und wollte die gemeinsame Basis wieder herstellen. Hoffentlich ist das gelungen. Ich unterstütze damit das, was der Vorsitzende Müller gesagt hat. Allerdings muß ich noch darauf hinweisen, daß er die Sache noch verschlimmert hat, indem er nicht das tat, was er hätte tun sollen. Wenn es allerdings wiederum vorkäme, daß Timm so aus der Rolle fiel, dann wäre es nicht mehr möglich, mit ihm zu verhandeln.

Vorsitzender Müller: Genke hat gesagt, daß von Heine der Zwischenruf „Lump!“ gemacht worden wäre. (Stadthagen: „Lumpen!“ zu uns herüber!) Ich stelle fest, daß ich von diesem Zwischenruf nichts gehört habe. (Fleißner: Das ist möglich!) Fleißner gibt mir das zu. Hätte ich ihn gehört und ist er tatsächlich gefallen, so würde er ebenso einen Ordnungsruf verdienen wie andere ähnliche Zwischenrufe.

Timm-München: Als der Genosse Ebert zu dem erschütternden Schluß kam, da waren sicherlich alle ergriffen über das, was er uns mitgeteilt hat und über die schreckliche Wirkung, die in diesem Falle erreicht worden ist. Ich selbst war durch diese Mitteilung in eine kolossale seelische Erschütterung verjeht. Ich bemerkte dann, daß in meiner Nachbarschaft fortgesetzt gelacht wurde, und ich hatte den Eindruck, daß, während über die ganze Versammlung eine Ergriffenheit ging, in meiner Nachbarschaft nur ein Lachen über diesen Vorgang übrig war. Ich bin dann schließlich aufgestanden, vor den Genossen Stadthagen hin, und habe ihm gesagt: er solle mit seinem verlebenden Lachen aufhören. Die Antwort darauf war: „Galt Dein Maul!“ und dann habe ich mich allerdings fortziehen lassen und habe ihn angegriffen.

Parteigenossen! Ich erkläre hiermit in aller Offenheit, daß ich diesen Vorgang auf das tiefste bedauere. Ich bedauere, daß ich mich in dem Augen-

blid nicht mehr in der Gewalt hatte, und daß ich mich dazu habe hinreißert lassen. Ich bitte die Anwesenden um Entschuldigung wegen der Störung, die durch mein Verhalten eingetreten ist, und ich glaube, daß ich durch diese Erklärung die Grundlage gegeben habe, daß weiter verhandelt werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Vipinski: Damit wäre der Fall Timm-Stadthagen erledigt. Ich möchte aber den Vorsitzenden eruchen, die Rüge, die ja indirekt ausgesprochen worden ist, auch auf Heine auszubehnen. (Unruhe.) Ich mache dem Vorsitzenden keinen Vorwurf, daß er etwas überhört hat. Er hat es sicher nicht gehört. Aber ich will feststellen, was einwandfrei in einer kurzen Beisprechung festgestellt worden ist. Der Genosse Heine hat nicht nur jetzt, sondern den ganzen Nachmittag verlesende Zurufe nach der Seite der Opposition getan, wie „Lumpen!“ „Wui!“ Ein Mann von der Bildung wie Genosse Heine müßte so etwas unterlassen. Dadurch hat sich Heine als intellektueller Urheber der Affäre Timm-Stadthagen betätigt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Ich möchte deshalb bitten, Vorzeige zu treffen, daß derartige erniedrigende Vorgänge in unseren Verhandlungen nicht wieder vorkommen.

Heine: Um zunächst auf das letzte zu kommen, so ist es nicht wahr, daß ich, indem ich von diesen Herren . . . (Zuruf: Genossen!)

Vorsitzender Müller: Ich bitte Sie, unseren Gepflogenheiten zu folgen und die hier Anwesenden Genossen zu titulieren. Das ist bei uns Tradition bei allen derartigen Tagungen, und ich bitte, sich daran zu halten.

Heine (fortfahrend): Ich fange noch mal von vorn an. Es ist nicht wahr, daß ich jemandem, der hier in diesem Saale ist, das Wort „Wui!“ zugerufen hätte oder eine verlesende Bemerkung zunächst über ihn gemacht hätte. „Wui!“ habe ich gerufen, aber gegenüber der schändlichen Tat, die uns Ebert hier geschildert hat (Sehr richtig!), daß man einen unschuldigen, unglücklichen, auf Urlaub befindlichen Soldaten der Militärjustiz ans Messer liefert. Das ist eine niederträchtige Handlung. (Sehr richtig!) Dazu habe ich „Wui!“ gerufen, und dazu hat Stadthagen — und in diesem Falle kann ich nicht genau sagen, ob auch Henke —, aber dazu hat Stadthagen nicht gelächelt, wie Henke meinte, sondern höhnisch gelacht. Wenn es nun heißt, es wäre das geschehen wegen der Benutzung dieses Briefes durch Ebert — so halte ich das für eine faule Ausrede. Wenn man einen solchen Brief nicht in solcher Weise benutzen soll, und wenn einer darüber lachen kann, na, ich will das nicht charakterisieren. Das Lachen bezog sich ja darauf, daß Ebert überhaupt Anlaß nahm, diesen Akt zu charakterisieren. Henke oder war es Fleißner — ich kann sie nicht so auseinanderhalten —, sagte: mein Auftreten, mein Applaus wäre affektiert gewesen. Wer mich kennt, weiß, daß mir nichts ferner liegt, als Temperament zu heucheln. Das habe ich wirklich, und wenn ich so rufe, wie ich getan, brauche ich das nicht zu affektieren, dann ist es mir um die Seele so. Aber weiter: als dann Ebert forstühr und zum Schluß kam, indem er sagte: „Unsere Brüder, unsere Söhne liegen draußen im Trommelfeuer, und da wagt man einen Munitionstreit zu inszenieren, das ist ein Verbrechen!“ da haben Stadthagen und Henke höhnisch und laut gelacht, und da — das ist richtig, ich gestehe es zu — habe ich gesagt: „Henke und Stadthagen lachen dazu, die Lumpen.“ (Hört! hört! — Unruhe.) Es fällt mir nicht ein, das zu verschleiern. Rufen Sie mich zur Ordnung, ich weiß, daß ich die parlamentarische Ordnung damit verlegt habe. (Lebebour: Nehmen Sie das zurück?)

Vorsitzender Müller: Ich habe vorhin bereits bedingungsweise, weil nicht feststand, ob dieser Vorwurf gefallen war, diesen Vorwurf gerügt. Genosse Heine hat sich jetzt zu diesem Vorwurf bekannt. Ich muß es als unerhörtes Vorgehen bezeichnen, daß jemand in dem Kreise der Parteigenossen, die zu diesem Zweck hier zusammenberufen worden sind, einen derartigen Vorwurf zu erheben wagt. Ich habe vorhin Timm auf das allerhöchste gerügt wegen der Tat, zu der er sich hinreißert ließ. Das, was Heine hier gesagt hat, ist ebenso schlimm wie die Tat des Genossen Timm. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Lebebour: Er muß es zurücknehmen!)

Heine: Dies, Parteigenossen, und dies, geehrter Herr Vorsitzender, ist Ihre Pflicht. Ich erkenne das vollständig an. Ich bitte die Versammlung um Entschuldigung, daß ich mich in dieser Weise habe hinreißert lassen, dies Wort zu brauchen. (Lebebour: Nehmen Sie es zurück! — Unruhe. — Zuruf: Er hat es ja zurückgenommen!) Was ich zu sagen hatte, habe ich gesagt. (Lebebour: Hört! hört! Er hält es aufrecht! — Unruhe.)

Stadthagen: Ich hatte mir Notizen gemacht. Während dessen und danach hat sich der Vorgang in folgender Weise abgepielt. Zunächst war es nicht, als der Brief verlesen wurde, sondern er zu lesen war. Ebert legte dar, daß es Wahnsinn wäre, während draußen im Trommelfeuer unsere Soldaten liegen und während die Entente von Tag zu Tag mehr Munition heranschleppt, von einem Munitionsarbeiterstreit zu sprechen. Darüber habe ich zunächst gelacht. (Hört! hört! — Heine: Höhnisch gelacht!) Lachen können Sie genau so wie ich, dazu hat ein jeder das Recht. Ich kann ja jetzt auf die Sache selbst nicht eingehen. Es genügt, wenn ich sage, ich habe über die Ungehörlichkeit gelacht, anzunehmen, daß der Verbreiter der Munitionstreit in dem Sinne gemeint haben kann. Da war es Genosse Heine, der, wie schon vorher während der Rede Scheidemanns und auch später fortwährend, verlesende Zurufe machte. Ich habe sie nicht alle deutlich verstanden. Ich nahm an, daß er allgemein „Lumpen“ gerufen hätte. Darüber entstand eine Unruhe und nun habe ich wiederum gelacht und gesagt: „Laßt ihn doch“, oder „Laßt den doch“. Meines Zuruf war das Signal; Timm, mit dem ich gar nichts zu tun hatte, kam von seinem Platze aus herum und rief mehreres. Da habe ich ihm in burschikosem Ton gesagt: „Doch geht die Sache ja gar nichts an, halt doch Dein Maul.“ (Hört! hört!) Wie man das eben so sagt. Timm kam nun auf mich zu, sagte mit der einen Hand das Tintenfaß und sagte mich mit der anderen an die Kehle. Ich wehrte ihn ab. Der Streit war da. Er kommt allein oder wesentlich auf das Konto Heines, der durch seine fortwährenden Zurufe Timm offenbar gereizt hat. Wenn Heine übrigens annimmt, daß wir von ihm glauben, seine Zwischenrufe entsprächen seinen wirklichen Gefühlen, so will ich ihm diesen Glauben nicht nehmen; zutreffend ist er nicht.

Frau Bick: Einige Worte zu der Angelegenheit des Briefes, der hier eine so große Aufregung hervorgerufen hat. Ich stimme denen zu, die ihre lebhafte Teilnahme für das Schicksal des verhafteten Mannes und der Familie zum Ausdruck gebracht haben. Durch die Fassung des Briefes aber mußte hier der Eindruck erweckt werden, als wenn es sich bei diesem Genossen um einen Mann handelt, der eben von der Front kam, keinen Ueberblick über die Dinge hatte, sich der Konsequenz seiner Handlungen nicht bewußt war und nur von lieben Freunden veranlaßt worden ist, die Zettel anzukleben. So verhält sich die Sache aber nicht. (Hört! hört! bei der Opposition.) Ich kenne den Mann genau und weiß, daß er aus innerer Ueberzeugung gehandelt hat. (Erneutes Hört! hört! bei der Opposition.) Wenn dies bekannt gewesen wäre, wäre vielleicht die fürchtbare Entrüstung gar nicht entstanden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Zur Steuer der Wahrheit erkläre ich ferner, daß ich den Mann schon vor einem Jahr darauf aufmerksam gemacht habe, welche schlimmen Folgen es für einen Soldaten haben kann, wenn er solche Literatur verbreitet. (Erneutes Hört! hört! bei der Opposition.)

Vorsitzender Müller: Damit ist dieser Zwischenfall wohl erledigt, ich möchte die Delegierten wirklich bitten, selbst Disziplin zu üben und verlesende Zwischenrufe soviel wie möglich zu unterlassen.

Ebert (in seinem Refertat fortfahrend): Auch ich bedauere lebhaft, daß sich an meine Ausführungen eine solche Erregung angeschlossen hat. Ich habe es mir reichlich überlegt, ob ich auf diese Angelegenheit überhaupt eingehen sollte. Unangenehm ist es ja nicht, diese Dinge zu erörtern. Aber es war meine Pflicht, das Vorgehen des Parteivorstandes zu rechtfertigen, nachdem dieserhalb in aller Öffentlichkeit gegen ihn die heftigsten und ehrenrührigsten Vorwürfe erhoben worden sind. Der Entschluß, den Brief vorzutragen, war ein augenblicklicher. Ich bin auf den Briefschreiber mit keinem Wort eingegangen, die Genossin Bick hatte deshalb gar keine Veranlassung, sich gegen mich zu wenden. (Sehr richtig!) Ich habe lediglich gesagt, daß der Mann am Tage zuvor auf

Urlaub von der Front zurückgekehrt war. Das ist richtig. Im übrigen spricht der Inhalt des Briefes für sich selbst.

Ich habe dargelegt, daß eine derartige Aktion politisch sinnlos ist. Aber selbst wenn man sie für richtig hält, so war es bei uns in Deutschland bisher doch nicht üblich, daß Aktionen von größter Tragweite von Leuten eingeleitet werden, die niemand kennt, die im Dunkeln der Anonymität sitzen. Sowohl für die Gewerkschaften wie für die Partei bestehen dafür Beschlüsse, die für alle bindend sind. Für die Partei der Beschluß des Mannheimer Parteitagcs. Es war deshalb nicht nur das Recht des Parteivorstandes, hier zu warnen, sondern seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit. (Zustimmung.)

Noch eins: Es wird behauptet, Parteivorstand und Generalkommission seien zu ihrem Vorgehen von der Militärbehörde veranlaßt worden. Ich erkläre auch an dieser Stelle, daß Generalkommission und Parteivorstand aus eigener und selbständiger Entschlieung zu ihrem Vorgehen gekommen sind, daß weder von einer Militär- noch von einer Zivilbehörde weder direkt noch indirekt versucht worden ist, auf uns in irgendeiner Weise einzuwirken. (Hört! hört!)

Zur Charakterisierung der anonymen Flugblätter gegen die Partei und Parteipolitik muß ich noch einen anderen Fall besprechen, das ist das Wallfisch-Flugblatt. In Dresden ist unser Geschäftsführer Wallfisch, der dort lange Jahre tätig war, kürzlich wegen Untreue zu einer schweren Gefängnisstrafe verurteilt worden. Dieser traurige Vorfall ist in einem Flugblatt unter der Ueberschrift „Eine geborstene Mehrheits-Säule“ für die Zwecke der Opposition ausgehängt.

Es heißt da: „Aber ist nur der ein Fälscher und Betrüger, der Bücher fälscht, um Geld betrügt und sich an fremdem Gut bereichert? Kann man nicht auch politischen Betrug verüben, uneheliche Politik treiben, das Vertrauen der Wähler täuschen und die Interessen des Volkes verraten? Schaut Euch die Freunde und Gefinnungsgenossen Wallfischs an! Fragt sie, mit welchem Einkommen sie durchhalten, warum sie nicht im Schützengraben ihr geliebtes Vaterland verteidigen, wer ihnen das Recht gibt, ihre vollverderbliche Politik eine sozialistische zu nennen! Sie predigen Sozialismus und treiben Imperialismus. Sie behaupten, Eure Vertreter zu sein, und sind die Verbündeten des Kapitalismus. Sie lassen sich von Euch bezahlen und liefern Euch Euren Feinden aus! Der eine Wallfisch ist erledigt, aber es gibt noch viele Wallfischel. Sagt ihnen, daß sie eben solche Fälscher und Betrüger und Verräter sind (Hört! hört!), daß sie genau so auf die Anklagebank gehören und das Schuldig! Schuldig! verdienen.“

Es genügt, dies Nachwort niedriger zu hängen.

Parteigenossen, ich bin der letzte, der die jetzigen Schwierigkeiten der Partei auf persönliche Zänkereit und verwerfliche Kampfesweise zurückführen will. Gegenätze und Meinungsverschiedenheiten hat es in der Partei immer gegeben, das ist naturgemäß und wird wohl immer so bleiben. Der Krieg hat sie ja nicht allein für die deutsche Partei zur Folge gehabt, sie zeigen sich mehr oder weniger in allen sozialistischen Parteien. Dieser Meinungsstreit, der einen tiefen sachlichen Hintergrund hat, muß ausgefochten werden. Niemand will das hindern. Darum handelt es sich also nicht. Aber verberblich für die Partei und verhängnisvoll für das Proletariat ist es, wenn dieser Meinungsstreit in Methoden ausgefochten wird, die jeden parteigenössischen Geist vermissen lassen und jede Kameradschaft erlöten müssen. Zur Lähmung, zum Zusammenbruch der Partei muß es führen, wenn Disziplin und Vertrauen vernichtet und alle Grundlagen der Organisation zermürbt werden. Hier liegt die große Gefahr für die Partei! Diesem Treiben muß Einhalt geboten werden. Das ist für die Partei eine Lebensfrage. Scheidemann hat heute morgen auf die großen Aufgaben der Partei hingewiesen. Niemand weiß, was die Zukunft bringen wird. Aber das steht fest: In den Kämpfen der Zukunft wird es ums Ganze gehen! Das Schicksal der Arbeiterklasse wird bei diesen Kämpfen auf Jahrzehnte hinaus entschieden werden. Alles hängt dabei von der Macht und Entschlossenheit der Arbeiterklasse ab. Und da soll der Bruderkampf die stolze deutsche Sozialdemokratie von ihrem festen Weg zur Macht in

Dynmacht zurückzuschleudern? Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, das wäre der Triumph der Reaktion. Das darf nicht geschehen! Deshalb ist das Gebot der Parteipflicht: Festigung unserer Organisation, Sicherung der einheitlichen Kampffront! (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Müller: Nach den Vereinbarungen von vorgestern ist damit unsere heutige Tagesordnung erledigt. Morgen früh wird zuerst Saase und danach ein Vertreter der Gruppe Internationale ein Referat halten.

Kautsky: Ebert hat sich auf einen Artikel von mir berufen, der den großen Beifall der Mehrheit gefunden hat. Leider sind wir nicht in der Lage, absolute Wahrheiten auszusprechen. Jede unserer Wahrheiten ist von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Ich siehe zu dem, was ich damals unter bestimmten Voraussetzungen gesagt habe. Die Voraussetzung war, daß wir einen Parteivorstand haben, der vollstes Vertrauen verdient. Seitdem sind mehr als zwei Jahre vergangen, in denen ich mich zu meinem Leidwesen überzeugt habe, daß ich bei dieser Voraussetzung in einem groben Irrtum befangen war. Wenn Ebert wünscht, daß ich diesen Irrtum eingestehc, so kann ich ihm diesen Gefallen tun.

Schluß der Sitzung 6 Uhr 10 Minuten.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und gibt das Wort zum Referat

Saase: Parteigenossen! Der Genosse Scheidemann hat gestern einen glühenden Appell an uns gerichtet, daß wir uns bei der Beurteilung der politischen Vorgänge nicht von den Leidenschaften fortreißen lassen sollen. Wie diese Mahnung beachtet worden ist, das haben wir bald darauf erlebt. (Sehr gut! bei der Opposition.) Ich möchte an den Genossen Ebert die Frage richten: Glaubt er wirklich durch eine Häufung beschimpfender Kraftworte, wie „Demagogie, Schlammflut, System politischer Brunnenvergiftung“, von anderen ganz abgesehen, eine einigende Wirkung auf die Parteigenossen ausüben zu können? (Sehr gut! bei der Opposition.) Scheidemann hat gestern, fortgerissen von einem leidenschaftlichen Gefühl, die Aeußerung getan: „Wenn ich Rechtsanwältc über Arbeiter sprechen höre, dann wird mir schlecht!“ Parteigenossen, mich berührt persönlich der Anwurf nicht. Er war gegen mich nicht gerichtet, aber wäre es auch der Fall gewesen, so wäre ich für meine Person mit einer leichten Handbewegung über ihn hinweggegangen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Ich führe die Bemerkung Scheidemanns nur an, weil mit aller Entschiedenheit die Auffassung, die darin zum Ausdruck kommt und die zu meinem großen Befremden den Beifall einer großen Anzahl von Parteigenossen gefunden hat (Zuruf: Mit Recht!), zurückgewiesen werden muß, (Lebhaftc Zustimmung bei der Opposition.) Was ist das anders als jener Appell an die schwierige Faust? (Erneute lebhaftc Zustimmung.) Wie kann eine Partei wie die Sozialdemokratie, die doch Männern wie Marx, Lassalle, Engels das Größte verdankt, einen solchen Unterschied konstruieren wollen zwischen Akademikern und Arbeitern? Parteigenossen, ich kenne Arbeiter, die viel klüger sind als mancher Akademiker. (Lebhaftc Zustimmung.) Sie, die Sie mir so zustimmen, werden aber nicht so viel Dunkel haben, um zu behaupten, daß nicht auch mancher Akademiker viel mehr weiß und einen weiteren Blick hat als manche Arbeiter und namentlich solche, die aus Arbeiterkreisen stammen und heute glauben, allein die volle Weisheit zu haben. (Sehr gut! bei der Opposition. — Fleißner: Das sind die schlimmsten!) Scheidemann kann sich wegen seiner Aeußerung ja auseinandersetzen mit seinen Freunden aus seiner Fraktion, mit Landsberg, Seine und den anderen Akademikern. Für mich ist diese Sache erledigt.

Ebert hat sich mit den Flugchriften beschäftigt, und ich glaube nicht, daß es in diesem Saale einen einzigen geben wird, der zum Beispiel die von Ebert vorgetragene Wallfisch-Schrift verteidigen wird. (Zuruf: Rühle hat sie

ja geschrieben!) Ich weiß es nicht, er ist nicht hier, hier wird diese Flugchrift niemand verteidigen. (Zuruf: Also hat Ebert doch recht!) Nein, er hat doch nicht recht, weil er diese Flugchrift herausreißt und damit das Verdammungsurteil fällt über die Flugchriften im allgemeinen, weil er vor allem nicht den Nährboden berücksichtigt, aus dem diese Flugchriften herauswachsen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wir wissen doch alle, gerade wenn die Zensur herrscht und wenn das freie Wort sich ins Dunkel flüchten muß, dann entsteht die Pamphletliteratur, deren charakteristisches Merkmal es immer gewesen ist, daß sie leicht übertreibt und Zerrbilder gibt. Es ist aber auch so dargestellt worden, als ob diejenigen, welche anonyme Flugchriften, ganz gleich welchen Inhalts, verbreiten, damit einen Mangel an Mut befänden. Unter dem Sozialistengesetz haben wir diese Auffassung nicht gehabt. (Sehr gut! bei der Opposition. — Unruhe. — Rufe bei der Opposition: Ruhe da drüben! — Glocke des Vorsitzenden.) Sie werden wirklich nicht behaupten wollen, daß diejenigen, welche damals anonyme Parteiliteratur verbreiteten, Feiglinge waren. So steht aber die Sache auch heute. Ich kenne eine große Anzahl von Parteigenossen, denen ich meinen Rechtsbeistand in letzter Zeit geleistet habe, die lediglich deswegen, weil sie gegen die Mehrheit der Partei Stellung nahmen, entweder ins Militär gesteckt worden sind, obwohl sie bis dahin für untauglich erklärt worden waren, oder die noch jetzt in Sicherheitshaft schmachten. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Es ist zum Beispiel dem Genossen Hegge aus Neukölln, dem Redakteur des „Märkner“ so ergangen, der jetzt noch in militärischer Sicherheitshaft sitzt und der als einer der wenigen es durchgesetzt hat, daß ihm wenigstens die Gründe dieser Maßregel mitgeteilt wurden. Dabei wurde gesagt, daß unter anderem auch dazu geführt habe die Tatsache, daß er im Juli vorigen Jahres seine Unterschrift gegeben hat zu der Petition, die eine Menge Parteigenossen an den Parteivorstand gerichtet hat. (Zurufe: „Unter anderem!“) Die Verlesung des Briefes jener unglücklichen Frau aus dem Rheinland gebürtig zu denjenigen Methoden, die nach meiner Auffassung unter keinen Umständen bei uns Platz greifen dürfen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Unsere Gegner haben oft, wenn in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen unsere Genossen mit der Justiz in Konflikt gerieten, weil sie sich in ihrem Eifer zu Ausschreitungen hinreißen ließen, solche Fälle ausgenutzt, um die sozialdemokratische Partei für das Unglück dieser Familien verantwortlich zu machen. Wir haben dieses Vorgehen unserer Gegner stets hart verurteilt und gegetzelt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben den verhafteten Genossen stets unsere Sympathie zugewendet, auch wenn sie die Grenzen des Strafgesetzes überschritten hatten. (Zuruf: „Wenn sie im Dienste der Partei tätig waren!“) Wollen Sie denn bestreiten, daß diese Genossen auch glaubten, im Dienste der Partei zu handeln? (Lebhafte Beifall und Geklatschen bei der Opposition.) So wie wir früher gehandelt haben, so soll und muß es bleiben.

Der Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission über die Streiks hat die Arbeiter auf das tiefste erbittert. Man muß sich doch zunächst fragen, was können solche Aufrufe nützen? Glaubt jemand, daß Proklamationen mit dem Motto: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ in erregten Zeiten wie diesen irgendwie besänftigend wirken können? Die Folge kann nur sein, daß sie in jedem Strafverfahren von den Anklagebehörden gegen die Angeklagten ausgenutzt werden, indem darauf hingewiesen wird, daß die obersten Körperschaften der Arbeiterbewegung selbst das Verhalten als ein verbrecherisches charakterisiert haben. Das wirkt zerrütend im allergrößten Maße, und der Parteivorstand mußte wissen, wie gefährlich solche Aufrufe sind. Als im März 1915 in Bern eine Frauenkonferenz stattfand und dort ein Manifest und eine Resolution beschlossen wurden, hat der Parteivorstand es für seine Pflicht gehalten, in einem Rundschreiben — nicht in einem öffentlichen Aufruf —, das an die Bezirks- und Landesvorstände ging, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß gegen die Verbreitung dieses Manifestes und der Berner Resolution unter dem Kriegszustand sehr ernste Bedenken beständen. Damals wurde sehr eingehend im Parteivorstand erwogen, ob man selbst soweit gehen dürfe. Man hat die vorsichtige Form gewählt, um keinen Zweifel darüber zu lassen,

daß der Parteivorstand nicht etwa aussprechen wolle, in jenem Manifest seien strafbare Handlungen enthalten, sondern nur, daß an sich schon die Verbreitung von Schriften, die nicht die Zensur passiert haben, zu Verfolgungen führen kann, weil ja nach dem Gesetz über den Belagerungszustand die Verbreitung auch völlig einwandfreier Schriften unter diesen Umständen mit einer Strafe bis zu einem Jahre bedroht ist. Selbst dieses Rundschreiben ist aber in die Hände der Anklagebehörde gekommen, und dem Parteivorstand war es bekannt, daß in den Prozessen gegen die Genossen Luxemburg und gegen neun andere Angeklagte die Anklagebehörde sich auf dieses Rundschreiben stütze, und zwar auf den Passus, daß sehr ernste Bedenken gegen die Verbreitung des Manifestes unter dem Kriegszustand beständen.

Ich glaube, daß nach dieser Erfahrung es um so mehr geboten war, den Anklagebehörden nicht eine ähnliche Handhabe zu bieten. Der gemeinsame Aufruf von Parteivorstand und Gewerkschaften ist in Berlin zum Beispiel in Massen verbreitet worden an Bahnhöfen, vor den Fabriken, in Fabriken. Wie die Behörde vorgeht, dafür ein Beispiel! Ein Arbeiter aus der A. E. G. in Gennigsdorf bei Berlin, Genosse Blumenthal, ist am 29. Juli d. J. mit einer Anzahl seiner Kollegen aus derselben Flugzeugfabrik verhaftet worden und in militärische Sicherheitshaft genommen, ohne daß man gegen ihn den Verdacht irgendeiner strafbaren Handlung hatte, und ist dort bis Sonntag vor vierzehn Tagen festgehalten worden, — aus welchen Gründen? Am 27. Juli, zwei Tage vorher, hatte der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Cohen, nur bestimmte ausgewählte Obmänner zusammengerufen, um sie aufzufordern, in den Fabriken jenen Aufruf zu verbreiten. Cohen hielt es für selbstverständlich, daß die Verbreitung erfolge, und wollte mit diesen Obmännern lediglich besprechen, in welcher Weise am zweckmäßigsten die Verbreitung vor sich gehen könne. Obwohl es sich hier um einen engen, kleinen Kreis von auserwählten Gewerkschaftsmitgliedern handelte, wurde bereits am nächsten Tage der Befehl, Blumenthal zu verhaften, ausgeschrieben, am 29. Juli konnte er erst vollfreit werden. Was hatte Blumenthal in dieser Konferenz für eine Rolle gespielt? Er hatte erklärt: „Es ist für mich durchaus keine Selbstverständlichkeit, diesen Aufruf in der Fabrik zu verbreiten. Ich warne davor und lehne es für meine Person ab. Ich würde damit gegen meine Pflicht als Obmann einer Gewerkschaft verstoßen. Ich habe bisher politische Flugblätter weder der einen noch der anderen Richtung jemals in Fabriken verbreitet und werde das auch in diesem Falle nicht tun.“ Es liegt nicht nur der Verdacht nahe, sondern es ist, wie andere Tatsachen beweisen, der zwingende Schluß geboten, daß aus diesem Grunde die Verhaftung erfolgte. (Hört! hört! bei der Opposition, große Unruhe bei der Mehrheit.) Die gesamten Arbeiter haben sich mit ihm solidarisch erklärt, haben aus Sympathie für ihn, nachdem er verhaftet war, eineinhalb Tag gestreikt. Der Direktor der Fabrik hat sich in Uebereinstimmung mit dem Arbeiterausschuß sofort um die Aufhebung der Haft bemüht und auf der Kommandantur erklärt, daß Blumenthal sich im Betriebe jederzeit korrekt benommen, daß er ihm nur das beste Zeugnis ausstellen könne. Da wurde ihm erwidert: Blumenthal sei der Behörde als Heher bezeichnet worden (Hört! hört! bei der Opposition), er solle sich jedoch an die Abteilung 7 des Berliner Polizeipräsidiums, das ist die politische Abteilung, wenden, um über Blumenthal Auskunft zu erhalten. Dort wurde ihm erklärt, nach seiner Darstellung glaube man die Haft aufheben zu können, er solle sich die Antwort holen. Und als er sich die Antwort holte, fiel sie verneinend aus, trotz seiner persönlichen Fürsprache wurde die Haft wochenlang aufrechterhalten. Die Polizei wollte doch aus einer Quelle die Ansicht geschöpft haben, daß es sich hier um einen Heher handelt. (Lebhafte Zurufe von der Mehrheit: Was soll damit nun bewiesen sein!) Das soll beweisen, wie die Behörden den Belagerungszustand ausnützen, und wie gefährlich es ist, wenn dann noch Parteivorstand und Generalkommission Parteigenossen, die anders handeln, als diese Körperschaften es wünschen, als solche hinstellen, welche Strafe zu erwarten haben. (Große Unruhe.) Ich verziehe es ja, daß einem großen Teil von Ihnen das nicht angenehm in den Ohren klingt. (Lebhaftes

Oh! Aus Zwischenrufen entnehme ich das, Genosse Auer, Sie hören sie vielleicht nicht.

Wie liegt es denn mit den Streiks, die in Berlin waren, an denen sich über 50 000 Personen beteiligt haben? Es waren Sympathiestreiks für den Genossen Liebknecht. Diese Streiks waren herbeigebrochen aus der Arbeiterschaft selbst. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sie waren überraschend für solche Parteigenossen, die mitten im politischen Leben in Berlin stehen und hier Beziehungen zu den Arbeitern haben. Ich habe in Stuttgart, als ich vor einiger Zeit die Genossen Crispian, Hörnle und andere verteidigte, es erlebt, daß der Staatsanwalt in seinen Ausführungen Bezug nahm auf einen Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“, der auch im „Damburger Echo“ und anderen Parteizeitungen erschienen war, in welchem über diese Streiks und deren Gefährlichkeit Ausführungen gemacht waren. Der Staatsanwalt verlas den wesentlichen Teil dieses Artikels, der sich auf Streiks bezog, mit dem Zusatz: „Mit besseren Worten könnte ich meine Auffassung auch nicht ausdrücken.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Ich habe dann vor den bürgerlichen Richtern das ausgeführt: Sie werden, ganz gleich, auf welchem Standpunkt Sie stehen, als Männer, die gerecht urteilen wollen, es begreifen, wenn Kampfgenossen für einen verurteilten Kameraden eintreten und ihm nachdrücklich ihre Sympathie ausdrücken. Sie werden es begreifen, daß die Arbeiter einem Manne wie Liebknecht, der sich aus den ehrenhaftesten Motiven heraus für ihre Sache gepörrt hat, auch dann, wenn sie selbst nicht in allen Stücken mit seiner Kampfmethode übereinstimmen, ihre volle Achtung entgegenbringen und zu dem Mittel greifen, das sie für das wirksamste halten, nämlich zu einem Streik. (Bravo! bei der Opposition.) Ob diese Ausführungen bei den bürgerlichen Richtern Eindruck gemacht haben, kann ich nicht beurteilen, jedenfalls sind sie mit Ruhe aufgenommen worden. Sollten diese Anschauungen bei uns nicht mehr als allgemein gültig angesehen werden? Freilich, es ist ja schon so weit gekommen, daß Parteigenossen nicht nur abgesehen, sondern auch den Behörden überliefert werden. Haben wir es doch erlebt, daß am 18. Januar 1916 Parteigenosse Heine im Reichstag Ausführungen über den Burgfrieden machte, die das stärkste darstellten, was jemals in der politischen Welt erlebt worden ist. (Hört! hört! bei der Opposition.) Niemals haben auch bürgerliche Parteien, solange es eine parlamentarische Geschichte gibt, das getan. Seine Ausführungen lauten: „Die Erhaltung eines einheitlichen Geistes der Tatkraft und der Abwehr, der Wille zur Vaterlandsverteidigung, das ist freilich die Voraussetzung unseres Sieges. Wer seine persönlichen Liebhabereien, seine persönlichen Wünsche, politische oder sonstige, vor seine Parteian Interessen, seine theoretischen Rechthabereien über die Sicherheit des Vaterlandes, über die Zukunft Deutschlands stellt, wer nicht bei allem, was er tut und schreibt, daran denkt, was für Wirkung es nach außen und nach innen ausübt, ob es nicht die Vaterlandsverteidigung, die Kraft des Volkes, gefährdet oder schwächt, von dem sage ich ohne weiteres: hier niger est, von dem rüde ich nicht nur ab, sondern gegen den sind mir auch allerhand scharfe Maßregeln recht.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition. — Dr. David: Das ist ja aufgefällt! Heine hat eine Erklärung dazu gegeben! Das macht Ihnen aber nichts aus!) Ich weiß von dieser Erklärung nichts. Es genügt, daß solche Äußerungen fallen. Sie sind es doch, Genosse David, und Heine ist es ja, die immerfort erklären, man müsse in dieser Zeit jedes Wort auf die Waagschale legen, man müsse sehr vorsichtig abwägen und dürfe nicht sprechen, was dem Gegner draußen eine Handhabe gegen uns bieten könnte. Und da wollen Sie nicht die Anforderungen an Heine, einen Reichstagsabgeordneten, stellen, daß er seine Worte so sorgfältig gebraucht, daß er nicht Parteigenossen an das Messer der Behörden liefert! (Sehr gut! bei der Opposition.) Aber betrachten Sie einen anderen Fall, denken Sie doch an die „Fackel“ vom August 1916. (Sehr richtig! bei der Opposition.) An sich würde ich mich mit der „Fackel“ nicht beschäftigen, weil sie auf einem Niveau steht, über das die große Masse der Parteigenossen glücklicherweise erhaben ist. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Aber da ein Mitglied des alten Kreisvorstandes von Teltow-Beeskow, jenes Kreisvorstandes, über den der Parteivorstand schützend die Hand hält, empfohlen hat, die „Fackel“ an Stelle des „Vorwärts“ zu halten (Hört! hört! bei der Opposition), den er nicht mehr empfehlen könne (ich weiß nicht, ob die „Fackel“ damit Zentralorgan der Partei werden soll (Heiterkeit bei der Opposition)), ist es doch notwendig, darauf einzugehen. Ich werde Ihnen den Artikel nicht ganz verlesen (Sehr gut! bei der Opposition), nur ein paar Stellen, auf die es ankommt: „Diese Propaganda der Flugblätter ist einfach Landesverrat, Verrat an unseren Klassenossen im Heere. Wir möchten wohl wissen, was unsere Genossen draußen zu einem solchen Überwitz sagen. Wir sind ganz fest davon überzeugt, daß auch die deutsche Arbeiterklasse Leuten, die mit derartigen Zumutungen an sie herantreten, die gebührende Antwort geben werden. Die Flugblätter sind anonym, ob sie von Verrückten oder von englisch-russischen Lockspiegeln herrühren, wissen wir nicht. Von Sozialdemokraten können sie unmöglich stammen. Wer sich dazu hergebe, eine solche Propaganda auch nur durch Lässigkeit zu unterstützen, würde damit ohne weiteres für alle Zeiten für die deutsche Sozialdemokratie erledigt sein. Denn diese Propaganda ist ehelos und vaterlandslos. (Hört! hört! bei der Opposition.) Und mit einem Menschen, der so tief sinkt, können wir natürlich nichts, gar nichts gemein haben.“ (Hört! hört! und Unruhe bei der Opposition; Zuruf: Schlimmer als der Reichsverband!) Wenn also Arbeiter, nehmen Sie an aus völligem Mißverständnis der Situation, aber doch Genossen — wollen Sie etwa behaupten, daß die 50 000 Arbeiter eine herrlose Masse sind, die nicht denken, die nicht selbständig urteilen können. (Große andauernde Unruhe bei der Mehrheit. Zurufe: Arbeiter? — Zuruf: Spielen Sie nicht Theater! — Zuruf von der Gegenseite: Jamojer Zwischenruf! Unerhört! Andauernde Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich bitte um Ruhe! Das Wort hat Haase!
Haase (fortfahrend): Wenn Parteigenossen der ehrlichen Auffassung sind, daß sie dem Glend, das auf der ganzen Welt ruht, mit diesem Mittel glauben abzuhelfen zu können, so darf man diese Propaganda nicht als ehelos bezeichnen, darf sie nicht als Menschen hinstellen, die so tief gesunken sind, daß wir nichts mit ihnen gemein haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Es ist überaus charakteristisch, daß keineswegs alle Staatsanwälte so weit gehen, in diesen Handlungen einen Landesverrat zu sehen. Sollten diejenigen sich nicht an die Brust schlagen, die weitergehen als selbst ein Teil der Staatsanwälte? Wie gegen diese verwerfliche Polemik, so muß ich mich auch gegen ein anderes Verfahren wenden. Der Parteivorstand glaubt, daß die Hydra der Rebellion, die in der Partei ihr Haupt erhebt, durch Aufrufe, durch öffentliche Warnungen niedergeschlagen werden kann. Nein, Parteigenossen, es ist unmöglich, diese Bewegung irgendwie sauberlich reglementieren zu können, das ist unmöglich in einer Zeit, in der die Welt in Flammen steht und graufiges Entsetzen besonders die Arbeitermassen paßt. Wer von uns wird denn wilde Streiks empfehlen wollen! Aber man soll doch dafür Verständnis haben, wenn bei so unerhörten Leiden, bei so unerhörtem Druck es zu Ausbrüchen der Leidenschaft kommt. (Zuruf: Aber davor warnen darf man!) Genosse Fischer, die Arbeiter sind es doch, die unter solchen Warnungen leiden, glauben Sie doch nicht, daß sie nützen.

Parteigenossen, es scheint mir wichtig zu sein, Ihnen mitzuteilen, mit wie phantastischen Vorstellungen die höchsten Behörden, das Kriegsministerium und der Generalstab, über die Opposition und einige Mitglieder urteilen, und wie gefährlich es ist, solchen Phantasten Vorschub zu leisten. So hat der Generalstab am 30. Juli dieses Jahres an das Kriegsministerium einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt: „Ein gut informierter Vertrauensmann meldet über die Verteilung von Flugblättern: Die heimliche Verteilung der „Sozialdemokratischen Weststimmen für das arbeitende Volk“ hat begonnen. Bedankhalterin ist die revolutionäre internationale Berner Richtung, welche mit der englischen Gewerkschaft zu Bern Fühlung hält (was anlässlich des Prozesses gegen die

Obersten Egli und v. Wattenmühl ans Licht kam) sind zweifellos auch mit Geld unterstützt wird.

Für die Industriebevölkerung des Rheinlands, d. h. die Tuchmacher in Aachen, die Samtweber in Krefeld, die Schwerarbeiter und Bergarbeiter rechts des Rheins, werden die Flugblätter aus Buxemburg und aus Holland durch Vertrauensmänner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eingeschmuggelt und durch die Häupter der revolutionären Organisation verteilt. Die Führer und Macher dieser Bewegung sind Arthur Stadthagen, Breitscheid, Mühlle, Julian Vorchardt, Gente, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Luise Zieg, Karabellum (Kadef), Roland-Holtz, Selim, Zinowiew, Frik Platten, Robert Grimm, Graber und Naine.

Jetzt wird einem angeblichen Forschtiller, dem früheren Chefredakteur in der „Berliner Morgenpost“, einem gewissen Hermann Rosemeyer, die Abfassung des Flugblattes „Deutsches Volk, wach auf!“ öffentlich in die Schuhe geschoben. Mag dem sein, wie ihm wolle, dahinter steht die revolutionäre Internationale. Aus dem Text des alarmierenden Pamphlets wird der Satz verbreitet: „Es ist gut, daß das Volk endlich die Wahrheit erfahre. Die Zahl unserer im Kriege Gefallenen beträgt an Toten zum mindesten 1 250 000, an Gefangenen, Deserteuren und Vermiszten haben wir ungefähr 750 000 verloren; die Zahl der Verwundeten erreicht 3 Millionen, wovon ein Drittel Krüppel und dauernd Invalide. Das ist die blutige Bilanz dieses Krieges für Deutschland. Reden wir nicht von den Kranken, ihre Zahl spottet jeder Berechnung, denn sie ist enorm.“

Diese Flugblätter verfolgen einen doppelten Zweck: Sie haben die Zurechtweisung des deutschen Volkes auf einen guten Ausgang des Krieges zu erschüttern, und sie haben gleichzeitig die Führer der offiziellen Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag als offizielle Werkzeuge der Reichsregierung der allzeit misstrauischen Arbeitermasse zu denunzieren.

Grimm und Graber, Platten und Naine einigten sich auf die Parole: „Nieder mit der Armee!“ Von Bern aus reiste die Mahnung zu den deutschen Arbeitern: „Die Arbeiter haben kein Vaterland zu verteidigen. Am allerwenigsten in Deutschland, wo die Kriegerkaste des preussischen Adels alle politische Macht an sich gerissen hat.“

Parteienossen, das alles faßelt ein Vertrauensmann der Regierung zusammen. Das bildet dann die Grundlage für die unerhörten Verfolgungen der Opposition. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und die genannten Genossen haben mit der angeblichen Verbreitung von Flugblättern aus dem Auslande nichts zu tun. Es ist bekannt, daß der frühere Chefredakteur der „Berliner Morgenpost“ Rosemeyer mit der Sozialdemokratie keine Verbindung gehabt hat. Der Genosse Ebert hat gestern dem Genossen Grimm einen Vorwurf gemacht. Ich würde darauf nicht eingegangen sein, aber nachdem sich unsere Behörden mit der Tätigkeit des Genossen Grimm befaßt haben, halte ich mich für verpflichtet, ein Wort darüber zu sagen. Wenn man mit dem Genossen Grimm auch ganz verschiedener Meinung ist, so wird doch niemand, auch Ebert nicht, in Abrede stellen, daß Genosse Grimm in ehrlichster Absicht und nach bestem Wissen seine politische Tätigkeit ausübt. Daß Genosse Grimm irgendwie Gelder, die nicht aus sozialdemokratischen Händen gekommen sind, zu einem unerlaubten Zweck verwendet hat, kann nicht behauptet werden. Soweit mir bekannt ist — und Genosse Ebert weiß wohl nichts anderes — hat er nur einmal in einem Artikel gesagt, wenn die amerikanischen Friedensfreunde, die vieles Geld für eine phantastische Art von Friedensbewegung ausgeben, wirklich dem Frieden dienen wollen, sollten sie ihr Geld lieber den Sozialdemokraten oppositioneller Richtung geben, die damit wirksam dem Frieden dienen können. Das ist doch nichts, was Grimm zum Vorwurf gereicht, was seine Ehre als Parteienosse und Mensch berührt. (Zurufe: Das ist auch nicht behauptet worden. — Er hat die Gelder zusammengeknorrt, er hat kapitalistisches Geld genommen!) Mit welcher Leichtgläubigkeit die Behörden faustdicke Unwahrheiten ihrer Agenten aufnehmen, dafür will ich noch ein Beispiel anführen:

Am 10. August 1916 hat das Kriegsministerium unter Berufung auf einen Vertrauensmann den Generalkommandos folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Dem Hgl. St. G. R. überfendet das Kriegsministerium ergebenst Abschrift einer Mitteilung, aus der hervorgeht, daß die radikale sozialdemokratische Partei durch Vermittlung des Auslandes und Organisationen in verschiedenen Großstädten systematisch die Verbreitung ihrer heberischen Flugblätter und Schriften betreibt. Das Kriegsministerium ersucht, mit allen Mitteln, besonders auch durch Ueberwachung der Postsendungen, zu versuchen, den Herstellern und Verbreitern dieser landesverräterischen Druckschriften auf die Spur zu kommen, um ein gerichtliches Einschreiten gegen sie zu ermöglichen und sie unwirksam zu machen.“

Zuverlässiger Vertrauensmann meldet: Die internationale revolutionäre Sozialdemokratie Berner Richtung ist zur Massenverteilung von Flugblättern geschritten, welche die Titel „Der Hunger“, „Der deutsche Imperialismus am Ende“, „Der Kronprinz“ u. a. tragen, in einem tobenenden Kampfstil geschrieben und in großen Massen hergestellt sind. Die internationale Berner Richtung verfügt in Deutschland über fünf Injektionsherde mit starken und erfolgreich im geheimen arbeitenden Organisationen: Groß-Berlin, Bremen, Leipzig, Köln, Frankfurt a. M. mit Filiale in Stuttgart. Die Organisationen in diesen deutschen Städten erhalten die Flugblätter aus der Schweiz, auf dem Wege über Feldkirch-Bayern. Es steht außer Zweifel, daß die Druckfachsendung unter falschem Kreuzbändern („Berliner Tageblatt“, „Kleines Journal“ usw.) nach Osten von Leipzig und Groß-Berlin aus besorgt werden, und daß Bremen, Köln und Frankfurt a. M. die Westfront in Angriff genommen haben. Längst hat jodann die belgische Sozialdemokratie unter Leitung Emil Vanderveldes ihre Genossen im Lande mit der Berner Zentrale und mit dem holländischen „Het Volk“ in nahe Verbindung gebracht, so daß die Versorgung der deutschen Soldaten in Belgien und Nordfrankreich auch von Holland aus erfolgen kann. Selbstverständlich verfügen die Berner auch über die Organisation der französischen Genossen von der patriotischen Mehrheit der Sozialdemokratie Frankreichs.“

Es genügt, dies Produkt einer kühnen Phantasie mitzuteilen, damit die Genossen wissen, welche Anschauungen in diesen Kreisen herrschen. (Zurufe: Gegen wen soll das was beweisen? Was wollen Sie damit?) Wenn Sie nicht selbst wissen, was mit der Beklännerung dieser Erlasse bezweckt ist, dann wird es Ihnen auch meine Erläuterung nicht sagen. (Sehr gut!) Vor dem Kriege hat jeder einzige Sozialdemokrat gewußt, was es bedeutet. (Gändekathchen und Zwischenrufe.)

Parteienossen, es gibt allerdings in der Opposition verschiedene Richtungen, Ebert hat neun Spielarten entdeckt. Er ist mir im Zählen zweifellos über, ich bin nicht so weit gekommen. Aber wie ist es denn in der alten Fraktion? (Sehr gut!) Da gibt es doch eine recht ansehnliche Zahl von Genossen, die in allen wichtigen politischen Fragen mit der abgeplitterten Opposition übereinstimmen. Und wollen denn die Genossen vom Fraktionsvorkand mit den Ausführungen von Heine, Südekum, Landsberg, Lenich, Reus, Cohen, Quessel, von vielen anderen zu schweigen, sich einberstenden erklären, zum Beispiel soweit es sich um die Frage der Amerikanen handelt oder um die Stellung zum Militarismus? Sie werden das ablehnen, aber wenn man von der alten Fraktion diese Genossen, die in Grundfragen die sozialistischen Anschauungen nicht mehr vertreten, preisgibt, dann hat der Fraktionsvorkand und der Parteivorstand in der alten Fraktion nicht mehr die Mehrheit hinter sich, dann stürzt er sich zur Mehrheitsschöpfung auf eine Anzahl Mitglieder, die nicht zu ihm gehören, die er abstoßen mußte. Es ist nun sehr auffallend, daß der Parteivorstand — und das wirkt stark erbitternd — gegenüber den von mir genannten Genossen aus der Fraktion, die ihre eigenen Wege wandeln, die Seitenhänge der allerbedenklichsten Art machen, überaus milde ist, während er von vornherein gegen alle, die der Opposition angehören, mit schwerstem Geschnitz vorgeht. Gegen Liebnecht wurden nicht nur öffentliche Erklärungen abgegeben, sondern es wurden auch — gegen meinen Willen, wie Sie wissen —

in diesen Erklärungen Mißbilligungen ausgesprochen. (Zuruf.) Ich war gegen die Mißbilligung. Der Opposition gegenüber öffentliche Zurückweisung und Brandmarkung und bei den anderen ein Brief, von dem die Parteigenossen nichts erfahren.

Ebert glaubte, daß uns die Angriffe der sogenannten Spartacusgruppe, die ja manchmal recht schweren Kalibers sind, unangenehm wären. Es ist richtig, daß die Spartacuseute eine sehr deutliche Sprache auch gerade gegen die Arbeitsgemeinschaft führen und die Arbeitsgemeinschaft heftiger angreifen als die Mehrheitsfraktion. Aber wie reagieren wir darauf? Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir als Sozialdemokraten jede Kritik, auch die allerherbste, ertragen müssen (Sehr richtig! bei der Opposition), und wir glauben, nicht so weich sein zu müssen, daß wir nun gegen jedes Schimpfwort mit einer gebarnigten Erklärung gleich zum Veder ziehen. (Zustimmung bei der Opposition.) Wir halten es aber auch nicht für sehr geschickt, daß der Vorstand die Opposition dadurch immer weiter von sich treibt und den Keil immer tiefer und tiefer in die Partei hineindrückt.

Ebert ist dann auf unser Verhältnis zur Regierung eingegangen und hat mit Recht die Behauptung zurückgewiesen, daß die Partei sich für ihre Abstimmung vom 4. August 1914 von der Regierung irgendwelche Versprechungen habe geben lassen, daß sie die Abstimmung also zum Handelsobjekt gemacht habe. Liebenswürdigerweise wie immer setzte Ebert hinzu, Gaale sei es ja gewesen, der vor dem 4. August die Verhandlungen mit der Regierung geführt habe. Das ist ein Irrtum, der auch in diesem Kreise einmal richtiggestellt werden soll. Ich bin am 26. Juli 1914, und zwar zum erstenmal in meinem Leben, in das preussische Ministerium des Innern bestellt worden. Es wurde mir mitgeteilt, daß mit mir zusammen auch Ebert eingeladen sei. Da ich wußte, daß Ebert auf Reisen war und da auch Scheidemann und Molkenbühr nicht in Berlin waren, habe ich sofort an Braun telegraphiert, damit er als zweiter an dieser Unterredung teilnehme. Bei dieser Unterredung handelte es sich gar nicht um die Kredite und nicht um die Frage, wie die Sozialdemokratie sich im Falle eines Krieges verhalten würde, sondern lediglich um die von der Sozialdemokratie angekündigten Protestversammlungen gegen den drohenden Krieg. Es wurde mir im Ministerium mitgeteilt, daß die Regierung nicht beabsichtige, diese Versammlungen zu unterdrücken, denn dazu habe sie gar nicht das Recht. Aber sie halte es doch für notwendig, uns über die politische Situation aufzuklären, damit nicht gerade aus diesen Versammlungen eine Gefahr für den Frieden entstehe. Dabei wurde von der Regierung mitgeteilt, sie hätte genaue Informationen darüber, daß die panslawistische Strömung in Rußland sehr stark sei; es komme alles darauf an, ob sie die Ueberhand gewinne oder nicht. Unsere Redner sollten es deshalb unter allen Umständen vermeiden, durch irgendeine unvorsichtige Bemerkung dieser panslawistischen Strömung in Rußland Nahrung zu geben. Die Regierung setzte dann hinzu, daß, wenn Rußland etwa gegen Oesterreich vorgehen sollte, wir uns gemäß unserer Bundespflicht in diesem Kampfe an die Seite Oesterreichs stellen würden. Ich habe sofort erklärt, daß weder ich, noch meine Fraktion dies als eine politische Konsequenz ansehen könnten, und ich erinnerte an die Rede, die David in unser aller Namen im Reichstage gehalten hat und in der er sagte, daß das Bündnis zwischen uns und Oesterreich-Ungarn ein reines Defensivbündnis sei, so daß, wenn Oesterreich zuerst zum Kriege gegen Serbien vorgehe, damit die Voraussetzungen des Bündnisvertrages nicht gegeben seien. Es wurde mir erwidert, diese Auffassung sei der Regierung bekannt, mir aber werde es auch nicht unbekannt sein, daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung den Vertrag nicht so auslegen. Eine weitere Unterredung habe ich mit keinem Manne aus der Regierung bis zum 3. August gehabt. (Hört! hört! bei der Opposition.) Am 3. August war ich anwesend bei der Besprechung, die der Reichskanzler mit den Vertretern sämtlicher Reichstagsfraktionen hatte und an der außer mir noch Scheidemann und Molkenbühr teilnahmen. Aber während ich am 29. Juli in Erfüllung meiner Pflicht als Mitglied des Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel war, hat allerdings der Reichskanzler bei mir antelephoniert, um eine Unter-

redung mit mir herbeizuführen, und als ihm gesagt wurde, daß ich nicht da sei, und da er wußte, daß auch Ebert, Scheidemann und Molkenbühr abwesend waren, so hat er sich an Südekum gewandt, mit ihm gesprochen und Südekum hat sofort dem Parteivorstand berichtet. Also, Genosse Ebert, von Verhandlungen mit der Regierung kann keine Rede sein. (Lachen. Zuruf: Was soll das?) Ich sage das, weil im Lande die wildesten Gerüchte über das umkaufen, was ich mit der Regierung verhandelt habe. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Ich habe die Verpflichtung, die uns aus unserer Haltung am 4. August erwachsen ist, gegen die Regierung auch besonders streng aufgefaßt, wie Vorstand und Parteiauschuß wissen. Wir hatten im Parteivorstand uns einmütig dahin verständigt, daß wir unter keinen Umständen von der Regierung irgendeine Gefälligkeit, irgendeinen sogenannten Liebedienst fordern dürften, um auch nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob wir irgendeine Erkennlichkeit dieser Art von der Regierung erwarteten. (Sehr gut! bei der Opposition.) Eine solche Do-ut-des-Politik würde von Ihnen allen mit Recht verworfen werden. Als daher später einmal Ebert an mich herantrat und mich fragte, ob ich nicht ihn, Müller und einige andere Genossen aus dem Parteivorstand reklamieren wolle, da sie bei der wirklich beschränkten Zahl von Kräften im Parteivorstand unentbehrlich seien, habe ich das ebenfalls unter Berufung auf unseren Beschluß zurückgewiesen. Ich war der Meinung, und diese Auffassung war im Parteivorstand allgemein, daß wir, soweit Reklamationen in Frage kamen, niemals als Parteivorstand auftreten durften, sondern daß lediglich die Inhaber von Geschäften aus rein geschäftlichen Gründen nach den allgemein geltenden Grundätzen Reklamationsgesuche einzureichen hätten. Wenn Mitglieder des Parteivorstandes irgendein Reklamationsgesuch zu unterschreiben hatten, so durfte das niemals geschehen in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglied, sondern nur als Inhaber eines Geschäfts. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben also alles getan, um jeden Verdacht von uns abzuwehren.

Etwas ganz anderes ist aber die Frage, ob wir nicht die nun einmal gegebene politische Situation mit allen Kräften auszunutzen suchten und ausnützen müssen, um politische Rechte zu erringen. (Zustimmung bei der Opposition.) Alle aufstrebenden Massen haben es zu allen Zeiten für ihre Pflicht angesehen, gerade dann, wenn die Herrschenden arg bedrängt waren, sich zu rüsten, um in dieser Situation nicht als Gegengabe, aber unter Ausnutzung der Lage neue Rechte zu erwerben. (Zustimmung bei der Opposition.) Und was ist uns nun geworden? Nichts, wenigstens nichts Wesentliches! In dieser Beziehung ist es nicht zu erwidern worden, und das sollte zum Nachdenken anregen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wie ist es denn auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung? Wer hat alles erreicht? Die Agrarier und der Handel, und das, trotzdem, wie jeder Mensch anerkennen muß, Parteivorstand und Generalkommission ihr Möglichstes getan haben. Kaum einen Brocken haben wir erhalten. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Bei Beginn des Krieges aber hatten die Anhänger der Mehrheit in der Fraktion die Karten vollgenommen und uns erzählt, was wir alles erreichen würden, nachdem wir so gute Patrioten waren. (Widerpruch. — Dr. David: Kein Mensch hat das gesagt!) Wir im Parteivorstand haben uns diesen Illusionen nicht hingeeben, wohl aber viele andere. (Dr. David: Kein Mensch hat Illusionen gehabt!) Ich könnte es dokumentarisch nachweisen. Und weshalb haben wir nichts erreicht? Die Agrarier haben ihre eigene Taktik und haben sie angemannt; wir Sozialdemokraten haben auch unsere Taktik, aber wir haben sie jetzt nicht angewendet. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Die Agrarier haben in den Ministerien Männer sitzen von ihrem Fleisch und Blut, sie brauchen sie nur zu besuchen, sie haben ihre sozialen und sonstigen Beziehungen und können insofgedessen durchsehen, was sie wollen. Wir Sozialdemokraten haben nur ein Mittel, nämlich das, daß wir die Massen unserer Parteigenossen unter allen Umständen mobil machen so gut es geht. (Stürmischer Beifall b. d. Opp. und Handklatschen.) Mit Eingaben, und seien sie noch so nachdrücklich, erreichen

wir nichts, das hat die Erfahrung gezeigt (Aufe: Papierforbearbeit!). Wie die Zensur wüthet, wie der Belagerungssturm seine harte Faust auf Tausende völlig Unschuldiger legt, das ist Ihnen allen bekannt, und es ist auch ein Zeichen unserer Schwäche und Einfühllosigkeit, daß die Regierung das wagen kann. (Sehr wahr! b. d. Opp.) Ich brauche ja nur Namen zu nennen wie Mehring, Rosa Luxemburg, Meyer, Karsti; die vielen Namen von Arbeitern und Arbeiterinnen, die mir noch bekannt sind und ebenso leiden, will ich gar nicht nennen. Wenn im Jahre 1870 wenige Männer unter dem Belagerungsstand gepakt wurden, dann ging ein Schrei durch das ganze Land, und jetzt, wo wir eine große sozialdemokratische Partei haben, da kann die Regierung es wagen, Massenverhaftungen vorzunehmen, weil wir eben gar keine Macht haben. (Lebebour: Weil sie keine Macht entwickeln wollen! — Unruhe — Aufe: Warum denn nicht? — Lebebour: Weil sie sich als Regierungs-handlanger gefallen!)

Wie sieht es denn auf den anderen Gebieten des politischen Lebens aus? Was haben wir denn erreicht? Soll ich noch ein Wort sprechen über die Komodie, die die Regierung mit der Reform des Reichsvereinsrechts aufgeführt hat? Es handelt sich, vom gütigsten Standpunkt aus betrachtet, um eine Lappalie: Ich habe freilich erklärt, es würde mir unter der Zustimmung der Gewerkschaften genügen, wenn die Regierung auch nur den § 3 des Vereinsgesetzes genau nach dem Beschluß des Reichstags von 1915 ändern würde. Aber dagegen hat sie sich gewehrt und sie hat statt einer Reform lediglich eine Deklaration des alten Paragraphen gebracht, die so viele Fingerringe enthält, daß die Genossen nach dem Kriege sehr bald ihr blaues Wunder erleben werden. (Sehr wahr! b. d. Opp.) Und wie ist es auf dem Gebiet der Steuern? Es gab Parteigenossen, die erklärt haben, nach der Haltung der Fraktion in der Kriegsstage werde die Regierung es nicht mehr wagen, Verbrauchssteuern dem Volke anzubieten. Nun, auch diese Illusion ist sehr bald geplatzt. Wir haben noch niemals eine so das Volk belastende Steuererhebung bekommen wie jetzt. Allein die Umsatzsteuer zeigt ja, wie weit die Regierung zu gehen gewagt hat, nachdem die bürgerlichen Parteien ihr vorangegangen sind. Scheidemann meinte gestern, wir mußten für die Kriegsteuervorlage stimmen, denn — man denke sich — wenn die bürgerlichen Parteien erfahren hätten, daß die Sozialdemokraten dagegen sind, dann würden auch sie dagegen gestimmt haben und dann würde selbst die eine direkte Abgabe in den Orkus verschwunden sein. Dafür wäre dann eine indirekte Steuer gekommen. Ach, so naiv ist doch Scheidemann auch nicht! (Sehr gut! b. d. Opp.) Die bürgerlichen Parteien hatten bereits ihr Programm fertig, und sie haben es immer verstanden, wenn sie eine schwere Last dem Volke aufbürdeten, um einen Ausdruck der Chemnitzer „Volksstimme“ zu gebrauchen — ein kleines Feigenblatt darauf zu legen. Die Chemnitzer „Volksstimme“ war es, als sie gegenüber der Ungeheuerlichkeit dieses Steuerkompromisses in alten sozialdemokratischen Gedankengängen einmal dachte; sie schrieb: „Das ganze Steuergesetz ist für uns unannehmbar, denn die Kriegsabgabe ist ja nur ein Vorpann für die indirekten Steuern.“ Wenn die Chemnitzer „Volksstimme“ das begriffen hat, dann gehört doch ein Mut dazu, die anderen, die einen von der Partei stets eingenommenen taktischen Grundsatz aufrechterhalten, mit Steinen zu bewerfen. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Wir haben den Standpunkt vertreten, daß die Steuern soweit ausgedehnt werden sollen, daß alle diejenigen, die in der Kriegszeit, wo Hunderttausende ihr Leben verloren haben, noch Gewinne gemacht haben, diese Gewinne in voller Höhe abgeben müssen. Es wäre wohl nicht zuviel von der Fraktion verlangt gewesen, wenn sie für diesen Antrag eingetreten wäre. Man macht sich darüber Gedanken, daß wir die Kriegsteuer abgelehnt haben, obwohl wir sie selbst erst forderten. Auch das sind neue Gedanken, die uns früher gar nicht gekommen sind. Wir haben auch die sozialen Gesetze gefordert, als aber die ersten kamen, haben wir sie abgelehnt, weil sie zu wenig boten. In den Handbüchern der Partei werden Sie immer wieder diesen Grundsatz finden. Man hat gewiß in der Partei darüber gestritten, ob diese Taktik gegenüber neuen Gesetzen allemal richtig ist; aber wenn es sich um ein Steuerbündel handelt, dann haben wir es in

seiner Gesamtheit zu beurteilen und es denen hinzuworfen, die es gemacht haben, falls es in seinem ganzen Grundzug volksfeindlich ist. Demen müssen wir die Verantwortung zuschieben und den Genossen können wir dann mit gutem Gewissen erklären: nicht wir sind daran schuld, sondern die anderen. Alle Parteien, nicht nur wir, haben diese taktischen Methoden oft angewendet. Wir machen Verbesserungsvorschläge, lehnen aber bei der Gesamtabstimmung das Ganze ab, weil es dem widerspricht, was wir mindestens fordern müssen. Diesmal war die Entscheidung um so leichter, als nach dem Jenerer Parteitagbeschuß die Ablehnung schon wegen des Verwendungszweckes geboten war.

Mir scheint die Frage dringend zu sein, woher denn unsere Einfühllosigkeit kommt. Sie kommt daher, daß die Regierung ja weiß, daß sie nach der Haltung, die die Sozialdemokratie im Kriege eingenommen hat, ihr das alles bieten darf (Lebhafte Beifall b. d. Opp.), daß sie keine Rücksicht auf sie zu nehmen braucht. (Erneute lebhafte Zustimmung b. d. Opp. — Zuruf: „Weil Sie sie enträcht haben durch die Abspaltung!“ — Lachen b. d. Opp.) Wo war denn Ihre Macht bis zur Abspaltung? O nein, das Wort von Clausewitz ist fast ein banales Wort geworden, daß der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Die Regierung treibt eben die alte Politik weiter, nur mit gewalttätigeren Mitteln. Während wir aber früher die entscheidenden Gegner dieser Politik waren, unterstützen wir sie jetzt in wertvollster Weise. Der Führer der Konservativen, Herr v. Helldrand, hat in seiner großen Frankfurter Rede gar keinen Hehl daraus gemacht, wie sehr diese sozialdemokratische Unterstützung für die Durchsetzung der Pläne der Regierung und der bürgerlichen Parteien zu schätzen ist. Die Sozialdemokratie ist die Gesangene der Regierung geworden. Sie sind es geworden, soweit Sie die Mehrheitspolitik repräsentieren, weil Sie in den entscheidenden Fragen die Regierung gar nicht mehr befürchten können. Man hat uns ja lange genug gesagt, wir dürften im Parlament nicht schroff auftreten. Wir sollten nicht für den Frieden sprechen, weil das die Einigkeit fördern würde. Wenn man anfangs diese Meinung haben konnte, so mußte man doch längst einsehen, daß sie völlig unrichtig ist. Wie ist es denn mit anderen Parlamenten, in England, Frankreich, in Ungarn? Bei uns etwa die Kriegführung zu kritisieren, das gilt als das aller schlimmste Verbrechen, schlimmer als Landesverrat. In allen anderen Ländern machen die bürgerlichen Parteien von ihrem Recht der Kritik ausgiebigsten Gebrauch, wie z. B. gegenwärtig in Ungarn. Hat man doch in der Majorität sogar den Standpunkt vertreten, wir sollten unsere Forderungen gegen Annetionen nicht aufstellen, weil wir dadurch die Gegner herausfordern würden, ihren annetionistischen Standpunkt der Welt zu verkünden und damit den Krieg zu verlängern. Von allem anderen abgesehen, eine wie harmlose Auffassung, als ob nicht die ganze Welt weiß, daß in diesen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen!

Sie haben in der Mehrheit im wesentlichen das vergessen, nämlich, daß die Interessen der verschiedenen Klassen auch im Kriege ebenso verschieden sind wie vorher, ja daß die arbeitende Klasse im Kriege mehr noch leidet als vorher. Dafür ist symptomatisch der Vortrag des Genossen Scheidemann. Da war immer nur die Rede vom Volk, vom Volksganzen, aber nicht von denjenigen Volksmassen, die hinter uns stehen, nicht von denjenigen Klassen, deren Interessen wir vertreten sollen. (Beifall und Widerspruch — Zurufe.) Genosse Auer, Sie wissen gar nicht, was für ein Schaden dadurch angerichtet worden ist, daß Sie und Genosse Müller in München auch in dieser Zeit immer und immer wieder sich in die Ideologie der bürgerlichen Parteien eingeschlossen haben. (Auer: Das ist mir neu!) Die Ausdrücke, die Sie brauchen, sind die Ausdrücke der anderen. Jene scharf umrissenen Ausdrücke, die wir übernommen haben von unseren großen Theoretikern, mit denen wir klare, bestimmte Begriffe verknüpfen, sind umgebogen und verschwommen gemacht. Man spricht jetzt von Lebensinteressen, der wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit, kurz man bedient sich jener vieldeutigen Ausdrücke, unter denen jeder etwas anderes versteht. Die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ haben daher im Anschluß an die Petition des Parteivorstandes

erklärt, mit den in ihr aufgestellten drei Forderungen könne man einverstanden sein, es komme nur darauf an, mit welchen Mitteln man die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit durchsetzen könne. Deswegen soll man unseren Genossen sagen, wie wir die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit verstehen und nicht Ausbrüche gebrauchen, die zur Verhüllung unserer Parteiziele dienen.

Scheidemann sagte, das deutsche Volk sei schließlich am Kriege schuld, er meint selbstverständlich die bürgerlichen Parteien, die in der Tat sämtlich mitverantwortlich sind. Die Arbeiterklasse darf dagegen von sich sagen, daß sie alles getan hat, um den Krieg fernzuhalten. Weil sie das aber getan hat, folgt daraus mit Notwendigkeit, daß sie die Verantwortung für die Kriegspolitik ablehnen durfte und ablehnen mußte. In der Erklärung vom 4. August steht ja, daß wir die Verantwortung für den Krieg nicht übernehmen, das sind aber Worte gegenüber der Tat, und die Tat war die Ablehnung. Es ist ein Widerspruch, die Verantwortung mit Worten ablehnen zu wollen und sie schließlich durch die Tat zu übernehmen, indem man für die zur Kriegführung erforderlichen Kredite stimmt. (Sehr wahr! b. d. Opp.) Es wird behauptet, wir mußten so handeln nach unserer ganzen Geschichte. Ist das richtig oder falsch? Wir waren über den großen Komplex der Fragen, die zu dem Krieg geführt haben, früher durchaus einig.

Als die Weltkriegtrophe über uns hereinbrach, waren wir bestürzt, Genossen, obwohl wir die unheilvollen Wetterzeichen rechtzeitig bemerken und richtig kündeten. Im Jahre 1912, am 3. Dezember, hat unser Redner im Reichstag über unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn folgendes ausgeführt, und es ist sehr lehrreich, sich das ins Gedächtnis zurückzurufen:

„Wenn Oesterreich Serbien angreift und Rußland Serbien beispringt, sind wir nach dem Vertrage (dem Dreihundvertrage) nicht verpflichtet, die Waffen zu ergreifen (Hört, hört!) Das ist sehr wichtig, denn das ist die einzige Friedensgarantie, die wir gegen die Wiener Militärpartei haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)“ Und er hat als einen besonders ausgeprägten Vertreter dieser Wiener Militärpartei den ermordeten Erzherzog bezeichnet. Er fährt dann fort: „Nun handelt es sich bei der ganzen Frage freilich um den Begriff des Angriffskrieges, um das, was man unter Angreifen zu verstehen hat. Ein Angreifen liegt auch dann vor, wann eine den Krieg beabsichtigende Partei (also hier die Wiener Militärpartei) dem Gegner so provokatorisch und rigoros gegenübersteht, ihn so an die Gurgel greift, daß diesem ja nichts anderes übrig bleibt, als sich zu wehren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Aufgabe der deutschen Politik ist es, dafür zu sorgen, daß ein derartiges illoyales Vorgehen nicht stattfindet. (Sehr wahr! bei den Soz.)“

Der Redner der Fraktion, der diese Ausführungen machte, war Gen. David. (David: Das unterschreibe ich auch heute!) Und als dann, das was David vorausgesagt hatte, Wirklichkeit wurde, als Oesterreich an Serbien jenes unerhörte Ultimatum stellte, wie es die Welt noch nicht erlebt hatte, als dann Rußland Serbien beisprang, da war alles nicht mehr wahr? Im Parteivorstande waren wir uns zunächst vollständig klar über die Situation. Am 24. Juli wurde das Ultimatum in die Welt gesetzt, am 25. Juli erfuhren wir es in Berlin, Braun und ich, ein Teil der Genossen war wegen der Ferien nicht zugegen, aber sie würden uns ebenso zugestimmt haben, wie die anderen. (Ebert: Nicht wegen der Ferien, wir waren geschäftlich verreist!) Gut, jedenfalls waren Sie nicht anwesend. (Ebert: Es ist doch gut, das festzustellen!) Also ein Teil war in den Ferien, ein Teil geschäftlich abwesend, aber zweifellos hätten Sie uns zugestimmt. Wir haben bei dieser Gelegenheit einen Aufruf erlassen, am 25. Juli, wohl verstanden 1914, der so lautet:

„Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaisste Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die böse österreicherische Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verur-

teilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreicherischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen der Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren. Das Massenbewußtsein des Proletariats Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshäher. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf den Machißel der österreichischen Gewaltthäter, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.“ (Lebhaftes Sehr gut!)

Hat die deutsche Regierung die Aufgabe, die ihr hier gestellt wurde, erfüllt?

Sie ist doch sehr merkwürdig, daß die deutsche Regierung ihren Notenwechsel mit Oesterreich-Ungarn bis zu dieser Stunde nicht veröffentlicht hat. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Daß sie diesen Notenwechsel auch noch nicht einmal im vertrauten Kreise den Reichstagsabgeordneten zur Kenntnis gebracht hat. (Hört! hört!) Das legt doch den Gedanken sehr nahe, daß ein Teil dieses Notenwechsels mindestens das Licht zu scheuen hat. Unser Weißbuch selbst läßt ja gar keinen Zweifel über die Stellung, die die Regierung damals eingenommen hat. Es heißt dort, daß die österreichische Regierung von ihrer Auffassung die deutsche benachrichtigt hat, und es wird hervorgehoben, daß die deutsche Regierung die Aktion, die die österreichische Regierung für notwendig halten würde, gebilligt hat. (Hört! hört!) Es wird weiter erklärt, daß sich dabei die deutsche Regierung bemüht gewesen sei, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Oesterreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan rufen und uns in einen Krieg verwickeln könnte (Hört! hört!), und schließlich wird ausdrücklich gesagt: „Wir ließen Oesterreich völlig freie Hand in seiner Aktion gegen Serbien.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Trotzdem soll nicht mehr gelten, was der Parteivorstand in seinem Aufruf ausgeführt hat? Der Plan Oesterreich-Ungarns war von langer Hand vorbereitet. Es ist vielleicht interessant, heute noch einmal zur Kenntnis zu bringen, was zum Beispiel am 18. Juli 1914 das „Berliner Tageblatt“ über große Effektenverkäufe der Dresdener Bank schrieb. Ein Direktor der Dresdener Bank gab darüber folgende Auskunft: „Wir sind von unseren Wiener Freunden dahin unterrichtet worden, daß die Note, die Oesterreich an Serbien richten wird — das war am 18. Juli — auf einen sehr scharfen Ton gestimmt sei. Daraus folgern wir, daß wenigstens anfangs Besürchungen auftauchen werden, der Konflikt würde nicht auf friedlichem Wege aufgelöst sein.“ In der Tat, diese Note war auf das sorgfältigste vorbereitet, und zwar so, daß sie, wie Genosse David das schon 1912 vermutet hat, für Serbien unannehmbar war. Die gesamte deutsche Parteipresse, und nicht nur diese, auch Blätter wie die „Frankfurter Zeitung“, sogar die „Post“, wie die „Athenisch-Weißrussische Zeitung“ erklärten damals: „Diese Note ist nur ein Kriegsvorwand.“ (Hört! hört!) Es wurde wiederholt ausgesprochen: auch wenn Serbien die Note bis auf das Tipfselchen über dem i annimmt, wird Oesterreich doch zum Kriege schreiten, weil es einmal seine Rechnung mit Serbien glatt machen muß. (Hört! hört!) Und in dieser Situation traten wir an die Beratungen heran. (David: Da vergessen Sie die russische Mobilisation!) Die haben Sie ja 1912 vorausgesehen und erklärt, was zu geschehen habe, wenn Rußland Serbien beispringt! Rußland hatte zunächst nur gegen Oesterreich mobilisiert, erst später gegen Deutschland, erst kam die Teilmobilisation, dann die gesamte Mobilisation. Genosse David, Ihre Gründe bleiben bestehen, der Quell ist da, wo Sie ihn ausgebeckt haben, in Oesterreich-Ungarn. Sie haben damals mit Recht gesagt: Wenn Oesterreich-Ungarn so vorgeht, dann wird die Welt in Flammen kommen und dann haben wir nicht die Verpflichtung, etwa diesem Reichskonferenz.

Oesterreich-Ungarn beizupringen. (David: Den entscheidenden Punkt vergessen Sie, wie ihn die Franzosen auch vergessen. Das werde ich nachher sagen!)

Parteigenossen, man könnte nun sagen: der Krieg war eben gekommen, was blieb uns anderes übrig, wir mußten die Kredite bewilligen. Parteivorstand und Fraktionsvorstand haben aber auch in den kritischen Tagen zunächst nicht diese Haltung eingenommen. (Hört! hört! bei der Opposition.) Wir haben damit gerechnet, nicht daß der Bürgerkrieg kommen werde, sondern daß die Regierung zur Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei übergehen wird. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Bei dieser Annahme gingen wir natürlich nicht davon aus, daß die Fraktion die Kredite bewilligen würde, denn das ist ganz klar, daß, wenn wir die Kredite bewilligten und den Bürgerkrieg herstellten, von Unterdrückung keine Rede sein konnte. Infolgedessen hat auch die Partei die Vorsicht geübt, daß sie einige ihrer Mitglieder beauftragt hat, im neutralen Ausland während des Krieges die Geschäfte der Partei zu führen. (Sehr richtig! und Hört! hört! bei der Opposition. — Ebert: Das war schon beim Marokko-Konflikt vorgesehen, das hat also mit dieser Sache gar nichts zu tun!) Das hat mit dieser Sache insofern zu tun, als diese Maßregel ja völlig unnütz gewesen wäre, wenn wir damals den Standpunkt eingenommen hätten, wir werden die Kredite bewilligen. (Ebert: Aber das ist schon vor fünf Jahren beschlossen!) Na ja, vor fünf Jahren wurde beschlossen, was für diesen konkreten Fall in Anwendung zu bringen sei. (Sehr gut! bei der Opposition.) Aber sehen Sie davon ganz ab. (Nein, nein! bei der Opposition.) Ein anderes können Sie in keiner Weisekraft gar nicht abstreiten. Genosse Müller reiste am 31. Juli nach Paris und hat über diese Reise selbst einen Bericht veröffentlicht. Weshwegen wurde er nach Paris geschickt? Gestern hat Ebert es schon erwähnt: Um eine Verständigung mit den französischen Genossen herbeizuführen. Glauben Sie etwa, daß er nach Paris geschickt wurde, um den Pariser Genossen vorzuschlagen, daß wir die Kredite auf beiden Seiten annehmen sollten! Er selbst sagt ja, daß er dort vorgeschlagen hat, Stimmenthaltung zu üben, nicht aber etwa Kreditbewilligung. (Hört! hört! bei der Opposition.) Nun ist doch eine logische Konsequenz. Wenn es richtig wäre, was immer behauptet wird, daß wir am 4. August nur wahr gemacht haben, was wir immer betont haben, wenn wir am 4. August so handeln mußten kraft unserer Tradition, kraft unserer Gesamtanschauungen, dann konnte doch Müller in Paris nicht Stimmenthaltung vorschlagen, sondern mußte den Genossen dort sagen: Wir können nicht anders als Sozialdemokraten, wir haben es immer betont, daß wir Kredite im Falle des Krieges bewilligen werden, und müssen das, was wir betont haben, jetzt auch wahr machen, wir müssen für die Kredite stimmen. (Lebhaftes Sehr gut! bei der Opposition.) Wie war es denn in jener Vorstandssitzung, die Müller den Auftrag zur Reise gab? Auf der einen Seite wurde erklärt, wir müßten gegen die Kredite stimmen. Der Genosse Richard Fischer sagte: Ich kann mir nach meiner sozialistischen Auffassung allerdings nicht denken, daß wir für die Kredite stimmen, aber wenn die Russen bei uns einbrechen, dann bin ich allerdings auch in der schwierigen Lage, daß ich nicht gut die Kredite verweigern kann, ich würde mich für Stimmenthaltung entscheiden.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Also er erkannte an, daß er nach seiner sozialistischen Ueberzeugung zunächst gegen die Kredite stimmen müßte, und daß lediglich in dieser besonderen Situation, wenn Rußland etwa bei uns einfallen könnte, nach der ganzen Stellung, die wir gegenüber Rußland einnehmen, die Stimmenthaltung als Auskunftsmitglied in Frage kommen könnte. Es gibt ja auch eine Anzahl Mitglieder aus der alten Fraktion, die ganz offen sagen, es war ein Bruch mit der Vergangenheit. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Reich hat ja das Wort geprägt von der Sozialdemokratie Ende und Glück. Am 4. August war das Ende der alten Sozialdemokratie. Von dort soll nach Ansicht der Umlerner eine neue Sozialdemokratie eine glücklichere Fahrt versuchen. Und ein Mann, den wir dafür kennen, daß er offen ausspricht, was er meint, Haenisch, hat in seinem Buche „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg“, das in einem bürgerlichen Verlag erschienen ist, ein Selbstbekenntnis abgelegt über das, was damals in seinem Innern vorging.

Er schreibt: „Um alles in der Welt möchte ich jene Tage inneren Kampfes nicht noch einmal durchleben, dieses drängende Sehnen, sich hineinzujürgen in den gewaltigen Strom der allgemeinen nationalen Hochflut, und von der anderen Seite her die furchtbare seelische Angst, diesem Sehnen rückhaltlos zu folgen, der Stimmung ganz sich hinzugeben, die rings um einen herum brauste und brandete. Diese Angst: wirst du auch nicht zum Salunken an dir selbst und deiner Sache . . . bis dann — ich vergesse den Tag und die Stunde nicht — plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein, was man doch war, bis man allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Vierteljahrhundert!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über Alles!“ (Große Feiertag bei der Opposition. — Vereinzelt Bravo! bei der Mehrheit.) Haenisch hat selbst geschildert, woher diese Angst kam. Sie kam aus der Erkenntnis, seiner Vergangenheit untreu zu werden, wie er selbst sagt, ein Verräter zu werden an dem, was er nun erstarrte Prinzipien nennt. Es war in ihm ein Kampf zwischen seiner Stimmung und seiner Ueberzeugung.

Als ein Jahr vergangen war, hat Haenisch freilich für den Parteivorstand eine Broschüre geschrieben: „Sozialdemokratie und nationale Verteidigung“, und in dieser Broschüre bemüht er sich doch um den Nachweis, daß die Sozialdemokratie am 4. August gar nicht anders habe handeln können. Das sagt derselbe Haenisch, der in seinem Buche geschrieben hat: „Wäre unsere Abstimmung vom 4. August eine glatte Selbsterständlichkeit gewesen, wie hätte sie dann intra muros et extra eine solche Ueberraschung hervorrufen können.“ (Sehr richtig! bei der Opposition.) Eine Ueberraschung war in der Tat die Abstimmung, weil man nach der ganzen Vergangenheit der Sozialdemokratie etwas anderes erwartet hätte und erwarten mußte. Und wie ist die Broschüre Haenischs zustande gekommen. Er reißt Zitate aus dem Zusammenhang und reißt sie wahllos aneinander. Er wendet sie auf die Gegenwart an, obwohl sie für eine ganz andere politische Situation geschrieben waren. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Das ist derselbe Haenisch, der in seinem in einem bürgerlichen Verlag erschienenen Buch die Verwendung von Zitaten tadelt und wörtlich schreibt: „Das Aneinanderreihen von nationalen Aussprüchen hervorragender Sozialisten kann gar nichts bedeuten. Mit Zitaten kann man bekanntlich alles erklären, was ebenbürtig heißt wie nichts.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Damit hat Haenisch über seine Broschüre selbst das Urteil gesprochen. (Dr. David: Und Sie über Ihre Rede!) Ich zitiere nichts. (Widerspruch. — Peus: Kleintam!) Für Sie mag das Kleintam sein, Sie sind ja der Mann der parlamentarischen Größe. (Feiertag.)

Ich zitiere weder Aussprüche von Marx noch von Engels, ich zitiere auch nicht Aussprüche von Bebel zum Beweis für meine Auffassung. Ich stelle parteigeschichtlich nur fest, daß Bebel einmal, und zwar auf dem Parteitag in Magdeburg, sich in Beziehung auf die gegenwärtige Situation über die Landesverteidigung ausgesprochen hat. Damals sagte er: „Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht mehr einlassen. Die Klassen-gegenstände werden immer schärfer. Wir marschieren ernstlichen Zeiten entgegen. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann soll Ihr sehen, was wir erleben und wo wir zu stehen haben; sicherlich ganz wo anders, als man jetzt im Boden steht.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Aber es ist nicht so gekommen, wie Bebel prophezeite.

Was Bebel gesagt hat, ist gewiß nicht entscheidend. Wichtig ist, was er getan hat. Und daß Bebel am 19. Juli 1870 zusammen mit Liebknecht die Kriegskredite nicht bewilligt hat, ist eine geschichtliche Tat, die nicht auszulassen ist. Dann können wir aber nicht, was die Mehrheit immer behauptet, sagen, daß die Kreditbewilligung nach unzeren Grundrissen erfolgen muß, denn niemand wird behaupten, daß Bebel und Liebknecht damals unsere Grundriss verlegt haben. (Sehr gut! bei der Opposition.) Am 26. Mai 1892 hat Liebknecht im Reichstag gesagt, daß, wenn sie gedruckt hätten, welche Rolle Bismarck bei der Redigierung der Emser Depeche 1870 gespielt hat, sie sich

nicht der Stimme enthalten, sondern gegen die Kredite gestimmt hätten. In seinen Memoiren hat Babel ähnliches geäußert. (Zuruf: Wehring!) Wehring hat nie gesagt, daß wir grundsätzlich für die Kredite stimmen müßten. (Cohen-Meuf: Jawohl, in seiner Geschichte der Sozialdemokratie hat er das gesagt! — Dr. David: Er hat gesagt, daß kein Prinzip uns verbindet, die Kredite zu bewilligen!) Sie schränken jetzt Ihre Meinungen sehr ein. Bisher behaupteten Sie, Sie hätten kraft unserer Vergangenheit so handeln müssen. Jetzt aber sagen Sie selbst, daß die Frage der Kreditbewilligung eine Frage der konkreten Umstände ist. (Dr. David: Sie haben behauptet, unsere Prinzipien verböten uns, dafür zu stimmen.) Ich stelle fest, daß jetzt nicht mehr behauptet werden kann, daß wir am 4. August so stimmen mußten, wie wir gestimmt haben.

Ich gehe aber weiter und behaupte, daß wir am 4. August nicht so stimmen durften, weil der Charakter dieses Krieges und die Haltung der Regierung zu diesem Krieg uns davon abhalten mußten. Aus dem Weißbuch geht hervor, daß unsere Regierung nicht alles getan hat, um den Krieg zu verhindern. Kann das Gegenteil überhaupt noch jemand behaupten, der auch nur ein klein wenig die Vorgeschichte dieses Krieges kennt? (Sehr richtig! bei der Opposition.) Die Regierung ist für uns nicht nur Wehrmann Solloweg und nicht der deutsche Kaiser. Wir dürfen nicht all die anderen politischen Persönlichkeiten von maßgebendem Einfluß ausschließen. Und wie es in den Tagen unmittelbar vor dem Kriege zugegangen ist, das mußte ein Teil von uns schon lange. Nunmehr ist es klargelegt in der Broschüre von Junius alter, die gerade in diesem Teil der Reichskanzler nicht als falsch zurückgewiesen hat. Er hat vielmehr das, was diese Broschüre in dieser Beziehung von ihm sagt, geradezu zu seiner Ehrenrettung benützt. In der Broschüre wird mitgeteilt, daß am 30. Juli der Generalstabschef v. Moltke, der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz und Kriegsminister v. Falkenhahn in das Schloß gegangen sind und verlangt haben, daß die Mobilmachung angeordnet werde. Sie hätten den Kaiser halb dafür gewonnen. Aber eben nur halb! Und dann geschah das, was ein fait accompli schaffen sollte. Schultze gingen durch die Straßen Berlins und verkündeten, daß die Mobilmachung angeordnet sei, und der „Lokal-Anzeiger“ gab jenes ominöse Extra-Blatt heraus, das die Mobilmachung bereits meldete. Am 1. August haben dann dieselben Personen nach jener Quelle den Kaiser dazu gebracht, daß er das kurzfristige Ultimatum an Rußland stellte, das den Krieg bedeutete, und zwar haben sie gedroht, daß sie andernfalls ihre Ämter niederlegen würden. (Hört! hört! bei der Opposition. — Dr. David: Sie vergessen die russische Mobilmachung ganz wie die Franzosen!) Die vergesse ich nicht. Die Regierung hatte die Verpflichtung, auf Oesterreich zu drücken. (Zuruf: Sie hat gedrückt!) Gewiß, aber erst, als sie erfahren hatte, daß England in diesem Kriege nicht neutral bleiben würde, aber da war es zu spät, da hatten die Dinge bereits ihren rapiden Lauf genommen. Sie werden doch nicht behaupten, daß die dem Kaiser gegenüber ausgesprochene Drohung eine friedensfeindliche Aktion der Herren Moltke, Falkenhahn und Tirpitz sein sollte. (Sehr gut! bei der Opposition. — Dr. David: Sie überleben die friedensfeindliche Aktion Rußlands! — Sachs: Rußland existiert für ihn nicht!) Ich werde auch auf Rußland noch zu sprechen kommen. Heber den Charakter dieses Krieges kann kein Zweifel sein. Noch am 25. Juli hat der Parteivorstand ihn vollständig dahin charakterisiert: österreichische Großmachtpolitik, imperialistisches Profitinteresse. Dazu kommt Deutschlands Versuch, eine Verbindung von Helgoland bis Bagdad über die Brücke Oesterreich-Ungarn und den Balkan hinweg zu bekommen. Und für einen solchen Krieg sollen wir die politische Verantwortung übernehmen? Das bedeutet unsere Abstimmung im Parlament.

Man sagt nun oft: „Unsere Brüder und Söhne sollten wir hingeben, aber das Geld sollten wir nicht bewilligen.“ Es gibt keine verkehrtere Debatte als diese. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Die Abstimmung im Parlament ist ein politischer Akt. Bei einer solchen Gelegenheit habe ich zu erklären, wie ich zur Regierungspolitik stehe, zu einer Politik, die uns in die Situation hineingeführt hat, der die Abstimmung gilt. Scheidemann hat gestern

gesagt, er möchte die Verantwortung für das Geld nicht übernehmen, das entstehen würde, wenn wir unsere Parteigenossen an der Front auf diese Weise im Stich lassen würden. Wir sollten aber vor allem die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß solches Geld in dieser Fülle sich anhäufen konnte. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Wir mußten von vornherein durch unsere Abstimmung klarmachen: Ihr seid die Schuldigen, Ihr habt die ganze Verantwortung zu tragen. (Beifall bei der Opposition.) Wir durften nicht immer wieder erklären, daß wir durchhalten müssen. Das Wort des Genossen Scheidemann in seinem Neujahrsgruß 1914/15: „Wir müssen durchhalten bis zum Siege“ war ein ominöses Wort. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Scheidemann: Es stammt aus dem „Vorwärts“! — Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir ist ganz gleich, woher es stammt. Die Anschauungen, daß wir bis zum Siege durchhalten müssen, sind ja bei den meisten von Ihnen vorhanden. (Dr. Südekum: Wollen Sie eine Niederlage?) Es gibt einen dritten Weg, den Weg der Verständigung unter den Völkern, bei dem kein Volk eine Niederlage erleidet. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Unsere Stellung zur Regierungspolitik darf nicht abhängig gemacht werden von irgendeiner Einzelfrage. Man handelt oberflächlich, wenn man die Kreditfrage allein betrachtet. Man kann die Kreditbewilligung nicht als einen einzelnen Akt ansehen, er ist nur ein Glied in der Gesamthaltung der Partei zur Regierung. Diese Haltung ist immer selbständiger geworden. Der Sinn, in dem die Erklärung vom 4. August abgegeben wurde, ist längst aufgegeben worden. Sie haben der Erklärung vom 4. August nachträglich einen ganz anderen Sinn untergelegt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wenn Sie jetzt Genossen, die am 4. August für die Kredite und später gegen die Kredite gestimmt haben, daraus den Vorwurf des Umfalls machen, so ist das gerade von Ihrem Standpunkt aus durchaus verfehlt. Wenn diese Genossen später zu dem Resultat kamen, daß sich die Gesamtpolitik der Regierung ihnen in einem völlig anderen Lichte zeigte, als sie anfangs annahmen, dann mußten sie konsequent ihre Stellung ändern und nein sagen. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Zuruf: Schöne Ausrede!) Und wie ist denn die Politik der Regierung? Man hat es eine Zeitlang so hingestellt, als ob der Reichskanzler tatsächlich ein Mann sei, der im Innern seines Herzens alle Annehmungen ablehnt. Dabei kann über die Politik des Kanzlers gar kein Zweifel bestehen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Und wer es noch nicht wußte, dem hat der Nationalauschuß, der unter der Regide des Kanzlers geschaffen ist und der Welt verkünden soll, was er denkt, die Augen geöffnet. Geheimrat Garnaad hat in Berlin in seiner bekannten Rede unter Berufung auf den Kanzler als dessen Programm bezeichnet: Vortragen der Grenzen im Osten und reale Garantien im Westen. Scheidemann hat es gestern behauptet, daß der Reichskanzler sich in so vieldeutigen Ausdrücken bewegt und hat gewürdigt, er möge klipp und klar einmal erklären, daß er die Selbständigkeit jedes einzelnen Volkes aufrechterhalten will. Weshalb sagt das aber der Kanzler nicht? Einmal, weil er dieser Auffassung nicht ist und es deshalb nicht sagen kann, und dann, weil er es nicht mit allen bürgerlichen Parteien verderben will, die über ihre Annektionen gar keinen Zweifel gelassen haben. Herr v. Bethmann Sollowegs Absicht ist es, sich auf die bürgerlichen Parteien zu stützen und nicht auf Scheidemann und dessen Anhänger.

Es ist ja überaus bezeichnend, daß der Unabhängige Ausschuß, der Auschuß des Herrn Schäfer, erklärt: Mit dem Reichskanzler wollen wir die Länder zwischen der baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen der Herrschaft Rußlands entziehen, und im Westen verlangt er reale Garantien wie der Reichskanzler. Was das bedeutet, erläutert er unter Berufung auf den Abgeordneten Spahn, nämlich, daß wir Belgien wirtschaftlich, politisch, militärisch in unsere Hand bekommen müssen. Ist das keine Annexion? Bei diesem Programm kann Belgien als Staat bestehen bleiben, aber nicht als selbständiger Staat, er würde dadurch herabgedrückt zu einem Vasallenstaat, zu einem Geloten. (Zuruf: Wie Griechenland!) Wollen wir das rechtfertigen oder wollen Sie das gegenüber Belgien? (Zuruf: Nein!) Was wollen Sie denn gegen-

über Belgien? Sagen Sie es! Das Programm des Reichskanzlers kennen wir, und wir wissen es, Genosse Scheidemann, daß Bethmann unter realen Garantien etwas ähnliches immer verstanden hat, wir wissen, daß Bethmann darauf ausging, falls es die Kriegslage gestattete — natürlich, was er nicht erreichen kann, wird er nicht nehmen —, daß Belgien nicht mehr eigenes Militär halten sollte, sondern nur eine Schutztruppe, daß die belgischen Eisenbahnen, ähnlich wie die luxemburgischen, in unsere Gewalt kommen, daß Belgien deutsche Gesetze übernehme. (Zuruf: Sozialpolitisch!) Würden Sie sich auch nur sozialpolitische Gesetze von anderen vorschreiben lassen? (Zuruf: Was haben Sie in der Fraktion erklärt über Jagow?) Bitte, was, bitte, sagen Sie es! Ist nun das Programm Bethmanns unser Programm oder das der anderen? Was Bethmann gesagt hat — und das ist ja gar kein Geheimnis gewesen, ein Geheimnis hätte Scheidemann gar nicht preisgeben brauchen —, das ist, daß er jene extravaganten Pläne der Alldeutschen als grotesk und phantastisch bezeichnete. Er ist klüger als jene Herren, er weiß, daß solche Ziele in einem Koalitionskrieg gar nicht zu erreichen sind. Das wissen übrigens auch die Alldeutschen, auch sie unterscheiden zwischen realen und idealen Zielen. Die letzteren halten sie dem Volke nur vor, um von diesen abzulassen, aber doch ein gutes Stück zu erreichen. Glauben Sie denn, und das sage ich zu Scheidemann, daß Bethmann später von den Alldeutschen abzurücken wird? Nein, schon jetzt gehen die Fäden herüber und hinüber. Einer seiner Vertrauten im Osten, Prof. Graf zu Dohna, hat bereits nach dem Schäferschen Aufrufe erklärt, er könnte seine Hand in die Schäfers legen, und der erste Vertrauensmann des Reichskanzlers, der Staatssekretär Helfferich, verhandelt zurzeit, um zwischen dem Reichskanzler und den sechs Wirtschaftsverbänden eine Versöhnung herbeizuführen. Das „Leipziger Tageblatt“ bringt in seiner Nummer von vorgestern einen Artikel „Auf dem Wege zur Einigung“, worin es heißt:

„Wie wir hören, werden gegenwärtig zwischen dem Staatssekretär Dr. Helfferich und den Vertretern der vielgenannten sechs Wirtschaftsverbände Verhandlungen geführt. Die Verhandlungen betreffen den ganzen Krieg, einschließlichs besonderer Forderungen oder Wünsche, in seinem vollsten Umfange. Die Verhandlungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen und ihr Ergebnis wird auch nicht sofort bekanntgegeben werden. Inbessenen scheint sich ein Weg zu öffnen, der die bekannten Mißlichkeiten zwischen der Regierung und einem Teile der Bevölkerung beseitigen kann.“

Nun will doch niemand von uns so vertrauensvoll, so weisfremd sein, anzunehmen, daß die Alldeutschen von ihren wesentlichen Forderungen etwas preisgeben werden. Nein, bei dieser Gelegenheit wird, wenn es zur Einigung kommt, der Reichskanzler erklären, daß er sich bis zu einem gewissen Grade zu befriedigen suchen wird, soweit er kann. (Stolten: Sie haben doch eben gesagt, die Alldeutschen würden etwas ablassen.) Ich habe gesagt, etwas Wesentliches, das Wort „wesentlich“ scheint Ihnen nicht wichtig, aber das ist die Art, wie mit meinen Worten Unfug getrieben wird. (Lebhafte Zurufe.)

Unsere ganze Haltung, das heißt die der Mehrheit, ist unbereikbaar mit unseren Grundsätzen gegenüber einem imperialistischen Krieg. Man sagt, wo steht denn in den Protokollen eines internationalen Kongresses, daß wir die Kredite ablehnen müssen? Freilich, das ist nicht wörtlich ausgesprochen, weil viel mehr drin steht, wie ich später nachweisen werde, es steht nicht drin, weil es bis dahin selbstverständlich war. (Sehr gut! Leinert: Es steht auch viel Selbstverständliches drin!) Was ist geworden aus unserer ganzen Stellung zur auswärtigen Politik? Früher hatten wir eine ganz bestimmte Stellung zu Frankreich, zu England. Wir waren in diesen Beziehungen völlig mit uns im klaren, und wie das war, wurde im Reichstag von unserem Vertreter in völliger Uebereinstimmung mit den Parteigenossen ausgesprochen. Ueber unser Verhältnis zu Frankreich führte unser Redner am 28. Juni 1913 folgendes aus:

„Sie machen uns zum Vorwurf, daß wir nicht auch umgelernt hätten. Ich gestehe gern zu, dazu bin ich zu schwerfällig. Wir können auch nicht glauben, daß Frankreich den Augenblick abwartet, der ihm geeignet scheint,

um uns an die Kehle zu springen. Nein, wir können es nicht nur nicht glauben, sondern wir wissen, daß es unwahr ist, daß Frankreich daran denkt. Wie töricht ist es, die Aeußerungen einzelner verrückter Franzosen als Meinung Frankreichs auszugeben.“

Der Redner fährt dann fort:

„Dann wird gesagt, ja, die Militärvorlage ist doch nur die Folge des Vorgehens Frankreichs, ist doch nur die Antwort auf das französische Vorgehen gewesen, die dreijährige Dienstzeit wieder einführen zu wollen. Eine verlogenerer Behauptung, eine schlimmere Unethikkeit kann wirklich überhaupt kein Mensch aussprechen. Wahr ist — das spreche ich auf die Gefahr hin aus, daß Sie mich, wie es schon oft geschehen ist, als Agenten des Auslandes und als einen Vaterlandsverräter denunzieren —, wahr ist, daß durch die beabsichtigten Rüstungen diesseits der Vogesen Frankreich erst zu Gegenmaßnahmen gezwungen und geradezu an den Rand der Erschöpfung und Verzweiflung getrieben worden ist.“ Und am Schluß sagt er:

„In all den Verhandlungen der französischen Deputiertenkammer ist kein Wort, das als kriegslüsternd bezeichnet werden könnte, gefallen, man hört nur immer den einen Ton der Sorge, daß Deutschland über Frankreich herfallen könnte. Man hört von keiner Seite ein Wort, das gleichzuachten wäre den Worten unseres preußischen Kriegsministers v. Heeringen, der von der Notwendigkeit der Offensibe gesprochen hat.“

Unser Redner war der Genosse Scheidemann, der damals nach seinem Geständnis noch zu schwerfällig war, um umzukehren. Nun hat Scheidemann allerdings gestern erklärt, daß er noch immer eine Liebe zu Frankreich hat. Diese Liebe äußert sich aber seit dem 4. August 1914 in einer Weise, daß sie auf Gegenliebe nicht hoffen kann. Denn wenn er den Standpunkt vertritt: Durchhalten bis zum Siege, so bedeutet das: bis zur Niederwerfung Frankreichs. (Zustimmung und Widerspruch.) Sieg bedeutet nichts anderes, als die Widerstandskraft des Gegners zu brechen, daß er, wie die Geschichte lehrt, mehr oder minder die Bedingungen des Siegers annehmen muß. Daß die Franzosen, von denen Scheidemann dies Bild entworfen hat, nun nicht etwa mit Enthusiasmus sich zu ihm hingezogen fühlen, ist begreiflich. Und wie ist es mit England? Auch dazu war unsere Stellung damals eine sehr klare. Wir machten uns eben damals nichts vor. In einer Rede, die im Jahre 1912 Genosse David im Reichstag hielt, hat er dargelegt: „Deutschland tanzt vor, und England tanzt nur nach auf dem Gebiet der Rüstungen.“ (Lebhaftes Gort! hört!) Ich weiß nicht, ob er auch heute noch diesen Standpunkt aufrechterhält, und wenn nicht, so frage ich, wo sind denn die neuen Data, die zu einem anderen Urteil führen?

Wir wollen uns neuen Erkenntnissen nicht verschließen, es muß uns nur etwas gesagt werden, was wir damals noch nicht wußten. Wie sieht es damit jedoch in weiten Kreisen der Parteimehrheit aus? Es fehlt jede selbständige Orientierung. Auf der einen Seite wird behauptet, England hat die Brandfackel an das Pulverfaß gelegt, und dadurch ist der Weltbrand entstanden. Seit einiger Zeit entdecken wieder bürgerliche Parteien, England sei es, das die Hand Englands geführt hat. Und nun wird sofort in unserer Parteimehrheit ohne eigene Prüfung nachgerufen, England ist schuld. Jedes Wort, das von der Einkreisungspolitik gesagt worden ist, war uns doch schon lange vorher bekannt. Jetzt wird das Geschrei gegen England angestimmt von jenen Leuten, die eine nationalhistorische Werbekreisungspolitik treiben und damit den Krieg verlängern. (Sehr wahr! bei der Opposition.)

Man sagt uns, am 4. August hätten ja die Parteigenossen draußen im Lande sich alle der Abstimmung der Fraktion angeschlossen, und sie würden es nicht verstanden haben, wenn wir anders abgestimmt hätten. Diese Behauptung ist auf ihre Richtigkeit schwer zu prüfen, aber es ist doch Aufgabe der Führer einer Partei, daß sie sich in kritischen Zeiten nicht vom Strome fortreiben lassen (Sehr richtig! bei der Opposition), daß sie nicht durch die geschickte Regie eines Mannes sich festlegen lassen auf eine Parole, deren innere Unwahrheit und Falschheit inzwischen jeder erfahren hat. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Was hat denn unsere Partei-

genossen damals dazu gebracht, daß auch sie schließlich dem Kriegsausbruch erlagen? Die Barze: „Gegen den Faschismus!“, die man als zugkräftig für die Sozialdemokraten in Regierungskreisen erkannt hatte. Es wird doch niemand mehr behaupten wollen, daß diese Parole Sinn und Wertstand hat. Gegen den Faschismus zu kämpfen, die Aufgabe des russischen Volkes und der russischen Arbeiter, die Freiheit bringt man Döhländ nicht mit deutschen Kanonen. Sie können auch nicht deutsche Arbeiter den Rücken bringen. (Zurufe: Sie wollen uns die Freiheit mit russischen Kanonen bringen!) Nein, wir wehren uns ja dagegen, wenn die Franzosen die Parole in die Welt schleudern. „Gegen den deutschen oder preussischen Militarismus!“ Ganz mit Recht sagen wir auch den Franzosen, das ist unsere Sache und nicht die ihrige. (Sehr wahr! bei der Opposition.)

Wer ist denn nun dieser Staatsmann, dem Sie alles Vertrauen schenken? Bethmann Hollweg! Eine merkwürdige Sache, daß eine große Partei wie die sozialdemokratische, ihr ganzes Vertrauen stützt auf einen einzelnen Mann, daß sie in dieser Kriegszeit und für die Zeit der sogenannten Neuorientierung ihre ganze Sache auf zwei Augen stellt. (Scheidemann: Fällt ihr ja gar nicht ein!) Wenn nun diese zwei Augen sich politisch oder physisch schließen, wenn an Stelle Bethmanns ein anderer tritt, werden Sie dann etwa während des Krieges die Kredite ablehnen? Werden Sie dann einen Mann, sagen wir Tzipik, um nur irgendeinen Namen zu nennen, werden Sie dem die Kredite bewilligen? (Zuruf: Wir bewilligen sie doch nicht dem Bethmann!) Also Sie bewilligen die Kredite nicht Bethmann, sondern dem Lande? (David: Der Verteidigung des Landes!) Wenn Sie dem Lande die Mittel bewilligen, dann müßten Sie sie auch allemal in Friedenszeiten bewilligen, als es darauf ankommt, die Verteidigung des Landes zu sichern. (Sehr gut! bei der Opposition.) Wie oft hat die Regierung uns auch damals gesagt, der Krieg steht vor der Tür, er kann jeden Augenblick eintreten, und da wollt Ihr uns die Mittel verweigern, die unsere Sachverständigen für unbedingt notwendig halten zur Verteidigung des Vaterlandes! Kommen Sie doch nicht damit, daß Sie diesem Militärhystem keine Mittel bewilligen wollten. Gegen das Militärhystem konnten Sie sich kritisch verhalten. Wer Sie mußten, wenn Sie konsequent sein wollten, sagen: das System beurteile ich in Grund und Boden, aber dem Lande kann ich nicht die notwendigen Mittel zu seiner Verteidigung verweigern. Das ist konsequent. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition. — Zurufe.) David gibt wenigstens, konsequent wie er ist, diese Schlussfolgerung zu. Scheidemann jetzt ja kein Vertrauen auf den Reichskanzler. (Scheidemann: Ebenjowenig wie auf Sie!) Wenn Sie also nicht das Vertrauen auf den Reichskanzler setzen, dann weiß ich nicht, warum Sie sich so oft auf den Reichskanzler stützen, warum Sie so oft erklären, er hat Pläne, die ganz verständlich sind. (Zuruf: Das haben Sie auch gesagt.) Nein, das habe ich nicht gesagt. (Zuruf: In der Fraktion haben Sie es gesagt.) Ich habe dort gesagt, der Reichskanzler hat insofern uns betriedigt, als er die verrätlichen Pläne der Wirtschaftverbände von sich abgewiesen hat, aber, habe ich gesagt, es wäre völlig verfehlt, bezweigen den Reichskanzler als Antiannektionisten anzusehen. (Unruhe und Zurufe.) Es wäre ja eine Unmöglichkeit, daß ich, der ich seit den Julitagen mich stets gegen die Politik des Reichskanzlers und gegen die Regierung gewandt habe, eine damit so völlig unvereinbare Neuerung hätte tun können. Scheidemann gibt also das Vertrauen zum Reichskanzler auf, aber andere Genossen sagen, es sei unsere wichtigste Aufgabe, den Reichskanzler zu stützen, denn nur mit ihm werde die Neuorientierung gemacht, mit anderen nicht. Da möchte ich Ihnen doch auch ein Wort Scheidemanns vom 17. Mai 1912 ins Gedächtnis rufen. Er sagte: „Wir haben kein Vertrauen zum Reichskanzler, wir haben kein Vertrauen zu dem System, das er verantwortlich zeichnet. Wir werden nicht aufhören mit dem schärfsten Kampf gegen dieses System. Wir rechnen für unsere Zwecke nicht mit der brutalen Zahl der bewaffneten Armee, die der Sache der Herren gedankenlos und freudlos folgt, sondern mit der Zahl der denkenden Köpfe, die von den Zielen unserer großen Führer erfüllt sind.“ Wenn man sich das ins Gedächtnis zurückruft, dann wird freilich die spätere Haltung völlig unverständlich. Was hat sich denn

inzwischen abgespielt? (Zuruf: Nichts weiter als der Krieg um die Existenz des deutschen Volkes. — Heiterkeit.) Wenn ein Krieg kommt, haben wir dann alles auszulöschen, was wir bisher gesagt haben, müssen wir niederreißen, was wir angedeutet haben und müssen wir verbrennen, was wir geschrieben und gedruckt haben? Ist Ihr Zuruf richtig, dann müßte die Sozialdemokratie allemal, sobald ein Krieg ausgebrochen ist, jede Regierung unterstützen, auch wenn sie in unklarer Weise den Krieg vom Jan gedrohen hat. Zitieren Sie mir den Texten nicht. Er kann sich nicht mehr vor Entstellung schützen. Wenn der Krieg vorbei ist, werden Sie manches von ihm lesen, was jetzt nicht gedruckt werden kann. Von einer Reihe von Wahrheitsgenossen wird jetzt so operiert: Auf allen Fronten sind wir in die Defensive gedrängt, und da wagt man noch zu behaupten, daß wir einen Eroberungskrieg führen. (Sehr richtig!) Das wird also bestätigt. Ist mir schon je eine ärgere Begriffsverwirrung vorgekommen? Wenn die Italiener also, die doch gewiß einen Eroberungskrieg führen, militärisch in die Defensive gedrängt werden, wie es ihnen schon geschehen ist, dann müßten also die italienischen Genossen ihre Regierung unterstützen. Es ist doch ein Fundamentunterschied zwischen dem Eroberungskrieg im militärischen und im politischen Sinne. Wenn Scheidemann diesen Unterschied nicht macht und sagt, daß in dem Augenblick, wo wir in der Defensive sind, von einem Eroberungskrieg nicht mehr gesprochen werden kann, dann müßte er ja den italienischen und rumänischen Genossen sagen: In dem Augenblick, wo ihr Land bedroht ist, sollen sie trotzdem die rucklose Politik ihrer Regierung unterstützen. Das verlangt die Konsequenz. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.)

Wie war es denn am 4. August? Damals wurde in der ersten Erklärung, die aus der Kommission kam, betont: wir werden dem Krieg, wenn er den Charakter eines Eroberungskrieges annimmt, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen. Dieser Satz wurde lediglich aus äußeren Gründen geändert, der Gedanke fand aber Ausdruck in der definitiven Erklärung: „Wir verwerfen jeden Eroberungskrieg!“ Parteigenossen, haben wir einen Eroberungskrieg geführt in dem Augenblick, wo wir in Belgien einbrangen? Diese Frage muß unbedingt von denen bejaht werden, die keinen Unterschied zwischen militärischer und politischer Offensive machen. Das ist die Konsequenz ihrer Anschauungen. (Zustimmung bei der Opposition; Zurufe: Wir sind doch keine politischen Kinder hier!) Es gibt nur eins: Entweder Sie unterstützen eine Regierung auch in einem Eroberungskrieg, weil sie auch da in die Defensive gedrängt werden kann und damit das Land in Gefahr kommt, oder aber Sie lehnen die Unterstützung in dem Augenblick ab, wo der Krieg zu einem Eroberungskrieg sich entwickelt. Durch die Haltung, die wir eingenommen haben, sind wir in die allerschlechte Lage hineingedrängt worden, zunächst gegenüber dem Einfall in Belgien. Am 4. August ist es leider verpaßt worden, dagegen Protest zu erheben. Das erklärt sich daraus, daß wir vorher dem Präsidenten des Reichstags unsere Erklärung mitgeteilt hatten. (Zurufe.) Ich will es nicht entschuldigen, aber es erklärt sich daraus. Wenn wir alle auf dem Posten gewesen wären, hätte diese Veräumnis vermieden werden können. Es wäre aber unsere Pflicht gewesen, und wir waren es uns, der Internationale und auch der Sache unseres Vaterlandes schuldig, klipp und klar bei der nächsten Gelegenheit gegen die Besetzung Belgiens Protest zu erheben. Sie wissen, das es am 2. Dezember Mühe gemacht hat, auch nur eine verlausulierte Erklärung gegen den Einfall in Belgien und Luxemburg zustande zu bringen. Wir haben darin wenigstens gesagt, daß wir von dem Standpunkt, den der Reichskanzler am 4. August gegenüber Belgien und Luxemburg eingenommen hat, nicht abgehen. Wir haben damit ausgedrückt, daß nach unserer Ansicht Belgien ein Unrecht geschehen ist und daß es nicht nur wiederhergestellt, sondern auch entschädigt werden muß. Es ist bezeichnend, daß diese wichtige Tatsache, die wenigstens nach außen hin, wenn auch verspätet, uns vorstellert, in dem Buch, das David in die Welt geschickt hat, einfach fehlt. (Hör! hör! bei der Opposition. — David: Weil darin ganz Belgien fehlt, worüber noch viel mehr zu sagen ist.) Das ist kein Grund, in dem Buch ist die ganze Erklärung vom 4. August und auch die vom 2. Dezember wörtlich wiedergegeben. Weg-

gelassen ist nur der Satz über Belgien und Luxemburg. (Hört! hört! bei der Opposition.) Und das ist das Buch, für das eine so außerordentlich große Respekt gemacht worden ist. Von diesem Buch sind mir freilich nicht, wie sonst üblich, von der Buchhandlung vorher Fahnenabzüge vorgelegt worden. Weshalb erwähne ich das?

Draußen im Auslande, wo man sich auf Davids Buch stützt, weiß man gar nicht, was wir zu der Neutralitätsverletzung gesagt haben. Man hat zwar unmittelbar nach Kriegsausbruch auch aus unserer Fraktion heraus versucht — das war ebenfalls ein Bruch mit alle dem, was wir sonst für richtig gehalten —, den Einsall in Belgien wenigstens einigermaßen zu rechtfertigen, damit, er sei strategisch notwendig gewesen. Aber der Garantievertrag gegenüber Belgien beruht ja gerade auf der Voraussetzung, daß unter keinen Umständen aus strategischen Rücksichten der eine oder andere in Belgien einfallen dürfte. (Stolten! Aber auch darauf, daß Belgien keine Verträge mit England und Frankreich einging!) Es ist sehr bezeichnend, daß diese Gedanken, die zur Irreführung in die Welt gesetzt werden, sich so fest einhämmern in den Köpfen von unseren Leuten. (David: „Neue Zeit“ vom 31. Juli 1914.) Die „Neue Zeit“ hat in einem Artikel von Brouquère, der sich jetzt dazu nicht äußern kann, die Behauptung aufgestellt, daß Belgien allerdings sich mit England eingelassen habe, aber Genosse David: Hat Brouquère uns Urkunden gebracht? Ja oder Nein? Wohl aber hat die Regierung uns Urkunden gebracht, und die geben uns Aufklärung, das ist authentisches Material. (David: Sie denken sich mit Brouquère!) Sie denken sich nicht mit Brouquère. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat zunächst, genau nach dem Muster aus dem Jahre 1870, die Urkunde in wesentlichen Teilen revidiert, sie hat aus Konvention = Unterhaltung, Konvention = Übereinkommen gemacht. (Hört! hört! bei der Opposition. — Zuruf: Urkundenfälschung!) Während es im Text heißt, daß ein Militärattache von England und der Generalstabschef der belgischen Armee sich unterhalten haben, eine Konversation geführt haben, die unerbittlich war, die nicht die Regierung band. (Zuruf von der Mehrheit: Gegenrufe von der Opposition: Unterbrechen Sie nicht fortwährend! — Vorj. Ebert: Ich bitte dringend, die Zwischenrufe zu unterlassen.) . . . Das eine müssen Sie doch jedenfalls sehen, daß ich auf alle Einwürfe eingehe, es fällt mir gar nicht ein, irgendetwas aus dem Wege zu gehen. Weshalb wurde aus Unterredungen ein Übereinkommen gemacht? (David: Die Regierung hat das ja richtiggestellt!) Natürlich, die Emser Depesche ist ja auch nachträglich richtiggestellt worden! (David: Schon jetzt!) Sie mußte es richtigstellen, weil das gesamte Ausland darüber herfiel. — Worum drehte es sich bei jenen Unterredungen? Um den Fall, daß Belgien angegriffen würde, um den Fall eines Durchmarsches durch Belgien. (Hört! hört! bei der Opposition.) Das war im Jahre 1906. Damals stand aber schon der Plan fertig, im Falle eines kriegsgerichtlichen Konflikts durch Belgien einzurücken, ohne Rücksicht darauf, ob Belgien unschuldig war oder nicht. (Hört! hört! bei der Opposition.) Wir dürfen doch nicht hineinfallen auf alles, was uns erzählt, selbst wenn es aus den Kreisen der Kriegsheber stammt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sollen wir denn nicht einmal unter uns die Tatsachen feststellen dürfen. (Zuruf: Gewiß, aber auch die des eigenen Landes!) Ich stelle auch die für mein Land sprechenden Tatsachen vollständig richtig dar. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Ich bin ja noch gar nicht am Schluß. Bisher habe ich es als unsere nächste Aufgabe angesehen, Kritik an den Maßnahmen unserer Regierung zu üben, wenn sie notwendig war, wenn sie geboten war durch unsere Grundzüge und durch unser Gerechtigkeitsgefühl. Wenn wir das tun, dann erweisen wir auch unserem Vaterlande den allergrößten Dienst. Nichts hat uns in neutralen Auslande so geschadet, hat die Stimmung gegen das Deutsche Reich so heruntergedrückt, wie dieser Einsall in Belgien. (Sehr wahr!) Und es ist Ihnen wohl nicht unbekannt, daß es auch innerhalb der Regierungskreise mancher gibt, die es auf das tiefste wegen der diplomatischen Folgen bedauern, daß dieser Schritt getan ist. Und da sollen wir unsere Augen schließen und sollen nicht darauf hinweisen! (Sehr gut! bei der Opposition.) Dazu kommt, daß wir das auch schuldig sind der Internationale. (Sehr richtig!) Die Inter-

nationale erwartet doch, daß, wenn solches Unrecht geschieht, wenigstens die Sozialdemokratie dies Unrecht bekämpft. Und wir handeln auch am klügsten deshalb, weil, wenn wir das nicht offen eingestehen, wenn wir heute nicht erklären, es müsse Belgien wiederhergestellt werden, mit allen Konsequenzen, die aus diesem Schritt sich ergeben, wie das der Reichskanzler am 4. August selbst angekündigt hat, dann verlängern wir den Krieg. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Denn Frankreich und namentlich England werden bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, wenn wir uns nicht von deutscher Seite dazu bereit finden, das Wort einzulösen, das der Reichskanzler am 4. August gegeben hat. (Zurufe.) Sollen Sie mich ausreden lassen oder nicht! (Erregte Zurufe. — Vorj. Ebert bittet um Ruhe.)

Es ist sehr merkwürdig, daß in der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über den Bericht des belgischen Generalstabschefs auch ein Satz, der einen Bestandteil dieses Berichts bildet, nicht als solcher wiedergegeben ist, sondern als bloßer Randvermerk. Dieser Satz lautet: „Der Einmarsch der Engländer in Belgien würde erst stattfinden, nachdem die belgische Neutralität von Deutschland verletzt worden wäre.“ Diese Tatsache macht uns ebenso stutzig, wie die Weglassung einer Depesche des Zaren an den Deutschen Kaiser im ersten Weißbuch. Der Zar schlug darin vor, die Streitpunkte zwischen Oesterreich und Serbien dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten. (Hört! hört! bei der Opposition.) Diese Depesche paßte allerdings ganz und gar nicht in die Stimmung bei Kriegsbeginn. Daß sie nachträglich veröffentlicht worden ist, nachdem sie dem ganzen Ausland bekanntgemeldet war, das werden Sie doch wohl nicht als Richtigerstellung der Regierung ansehen, oder haben Sie wirklich dies grenzenlose Vertrauen zu der Regierung, daß ihr nur ein Versehen passierte und daß sie bei solch wichtigen Schritten nicht mit Absicht handelt! (Sehr gut! bei der Opposition.)

Wie kommt es nun, daß wir keinen Einfluß auf die Internationale bekommen haben? Wir haben der Internationale, d. h. den Franzosen ein Stichwort gegeben, das sie jetzt gegen uns anwenden. In der Erklärung vom 4. August heißt es, daß wir den Frieden schließen wollen, wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind. Ja, Parteigenossen, wenn die Franzosen daselbe für sich annehmen, können Sie ja noch gar nicht den Frieden wollen, denn sie sagen: „Das Ziel der Sicherung Frankreichs ist doch wahrhaftig noch nicht erreicht. Seit 24 Monaten ist der Feind in den wichtigsten Provinzen unseres Landes. Wir haben fast unser ganzes Blut geopfert, um ihn herauszutreiben, das ist uns noch nicht gelungen! Also müssen wir weiter für das Ziel der Sicherung kämpfen.“ Mit einer solchen Parole läßt sich keine Grundlage für Verhandlungen innerhalb der Internationale finden, und Sie dürfen sich nicht wundern, daß all diese Versuche, an denen ich selbst teilgenommen habe, solange ich Parteivorstand war, erfolglos geblieben sind. Wenn es wirklich unsere Aufgabe ist, um mit Seine zu reden, unter allen Umständen den Krieg durchzuführen bis zum deutschen Siege, so setzt das die Niederlage der anderen voraus, und die französischen Parteigenossen werden natürlich sagen: „Wie sollen wir mit Euch Hand in Hand gehen, wenn das Euer Ziel ist!“

Aber auch sonst sind noch eine Menge Fehler gemacht worden. Es hat sich — das muß einmal offen ausgesprochen werden — bei uns eine Ueberhebung gegenüber den anderen Mitgliedern der Internationale manchmal breit gemacht (Zurufe von der Mehrheit: Umgekehrt!) . . . denken Sie doch zunächst an sich! Weshalb so selbstgerecht sein! Ich komme nachher in einem Gesamturteil auch zur Kritik der andern. Sie wissen ja, daß ich auch der Haltung der französischen Mehrheit kritisch gegenüberstehe. Ich muß aber zunächst die Vorgänge in unserer Partei prüfen. Man hat den Bruderparteien sogar vorgerechnet, was sie an barem Gelde von uns erhalten haben, man hat gesagt, wenn Deutschland siege, dann sei das ein Sieg für die ganze Welt. Der Satz: Am deutschen Wesen soll die ganze Welt genesen, hat also in unseren eigenen Reihen Eingang gefunden. Wir waren mit Freude erfüllt, wenn die Mitglieder der Internationale uns als Vorkämpfer bezeichnet haben. Wenn wir

aber als Vorkämpfer der Internationale gelten wollen, dann dürfen wir nicht immer fragen: „Was machen die andern?“, sondern dann muß man über die andern hinaus die Führung selbst in die Hand nehmen. (Beifall bei der Opposition. — Zuruf: Haben wir ja getan! — David: Machen Sie Revolution, dann werden sich die Franzosen freuen!) Ich komme noch darauf. Die Parteigenossen im Auslande fühlen sich auch darüber gekränkt, daß, wenn deutsche Genossen in hervorragender Stellung nach Belgien kamen, sie dort nicht die Frühling mit den belgischen Genossen genommen haben, die gerade in dieser Kriegszeit von ihnen als dringendes Bedürfnis empfunden wird. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Es wird peinlich empfunden, wenn bekannte Genossen nach Belgien fahren und sich von hohen preussischen Militärs in die Geheimnisse der Kriegskunst einweihen lassen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Gerisch hatte ganz recht, als er sagte, bei solchen Gelegenheiten würden doch nur Rotemkinsche Dörfer gezeigt. Gewiß, man zeigt nur, was man zeigen will. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Es ist nun behauptet worden, die Franzosen verlangten von uns ganz etwas anderes, sie verlangten in Wahrheit, daß wir ihren Gurkhas und ihren anderen Soldaten zu Hilfe kommen sollen. Das aber haben die Franzosen niemals von uns verlangt. Es ist nicht richtig, daß sie jemals irgendwelche landesverräterische Handlungen von uns gefordert hätten. Man weiß auf das Manifest des französischen Nationalrats hin. In dem Manifest steht davon kein Wort. Es ist ein Unglück für uns deutsche Sozialisten, daß in dieser Zeit in unserer Presse die „F. R.“ ihr Wesen treibt. (Zuruf: Schundliteratur!) Diese F. R. führt dahin, die Parteien in den kriegführenden Ländern gegenseitig zu verhasen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Selbst ein Mann, der so sehr auf der Seite der Mehrheit der Fraktion steht wie Adler in Wien, hat von der „F. R.“ gesagt, er halte sie für das schädlichste Blatt, soweit die internationalen Beziehungen in Betracht kommen. (Hört! hört! bei der Opposition.) Die „Leipziger Volkszeitung“ hat eine richtige Uebersetzung des Manifestes gebracht. (Lachen bei der Mehrheit.) In dem Manifest wird die Gefährlichkeit des Militarismus, insbesondere des preussischen Militarismus, geschildert, und es heißt dann, daß beim Friedensschluß die Deutschen dazu gezwungen werden müßten, an Stelle der gewalttätigen Methoden des Militarismus die Methoden des Rechtes durch Schiedsgerichte zu setzen. Die Franzosen verlangen, daß wir darauf hinwirken sollen, daß dies als eine wichtige Friedensbedingung angesehen wird. (Hört! hört! bei der Opposition.) Ist das Landesverräterisch? (Zuruf: Verlangen die Franzosen weiter nichts?) Gewiß, weiter wird die Forderung aufgestellt, Elsaß-Lothringen nach dem Willen der Bevölkerung an Frankreich abzutreten. (Weil: Nicht ganz so!) So ungefähr steht es drin. (Scheidemann: Nach Wiederherstellung des Rechtes!) Es sind Aeußerungen in verschiedener Form getan, die aber denselben Sinn haben. Jedenfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Elsaß-Lothringische Frage den Franzosen keinen Grund geben darf, dieses grauenvolle Gemetzel bis zum Weikbluten der Völker fortzusetzen. Mit Rücksicht darauf erwarten wir, daß die Franzosen im Interesse eines raschen Friedens wie früher so auch jetzt sich damit abfinden, daß Elsaß-Lothringen als autonomer Staat im Verbands des Deutschen Reichs bleibt. Wir unsererseits haben noch im vorigen Jahre in der Budgetkommission den Antrag, die Staatshalterschaft in Elsaß-Lothringen aufzugeben und Elsaß-Lothringen mit einer freien republikanischen Verfassung zum vollberechtigten Gliedstaat des Deutschen Reiches gemacht werden. Das würde, wenn es durchgebrungen wäre, die Regelung dieser Frage wesentlich erleichtern haben. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Scheidemann hat gestern angedeutet, die Mehrheit sei mehr geneigt als die Minderheit, sie könne nicht alles sagen, was zu sagen ist. Ich glaube nicht, daß er diese Auffassung aufrechterhalten kann, wenn er daran denkt, wie viele im Gefängnis oder in militärischer Schuchhaft sich befinden, nur weil sie etwas gesagt haben sollen, was keineswegs nachgewiesen ist, und wenn er daran denkt, daß es der Opposition nicht einmal möglich ist, das, was sie im Reichstag gesagt hat oder ihren Redenschaftsbericht in der Vorwärts-Druckerei drucken zu lassen, weil der Zensur selbst das nicht gestattet würde. (Hört! hört! bei der Opposition.) Die Aeußerung Scheidemanns über das, was er nicht aussprechen könne, ist sehr be-

denklich. Was weiß er denn? Ist es ein Staatsgeheimnis, das die anderen nicht wissen? Etwa von der Art, wie das Staatsgeheimnis, das er in Breslau ausgeplaudert hat? Dann könnten wir herabigt sein, denn wie Bethmann Hollweg denkt, das mußte ja jeder. (Geisterkeit bei der Opposition.) Ist es aber kein Staatsgeheimnis, dann heraus damit, damit wir uns ein Urteil bilden können.

Sie werden sagen, es nütze nichts, wenn wir den Frieden wollen, sei doch die Regierung Bethmann Hollwegs friedensbereit, wenn die anderen den Frieden nicht wollen. Auch dieses Wort, das aus bürgerlichen Kreisen stammt, wird bei uns nachgeredet. Ich bedauere, daß der Parteivorstand in seinem Auftruf es fett hat drucken lassen, unsere Regierung sei friedensbereit, die anderen aber nicht. (Zuruf: Das ist aber wahr!) Nein, das ist nicht wahr! Unsere Regierung ist zum Frieden bereit genau wie jede andere und sie verhindert den Frieden genau wie alle anderen. (Sehr richtig! bei der Opposition — Widerspruch bei der Mehrheit.) Sie ist nur zum Frieden bereit auf Grund der Kriegskarte, wenn Deutschland als Sieger anerkannt wird und wenn es seine Friedensbedingungen diktiert kann. Solchen Frieden wollen auch die Regierungen von Frankreich und England. Bethmann Hollweg hat noch niemals erklärt, daß er Belgien wiederherstellen und entschädigen will, daß er dem polnischen Volk die volle Selbständigkeit geben will. Und ist es denn wahr, daß die anderen Regierungen, die in Schutz zu nehmen ich wahrlich keinen Anlaß habe, die ich in ihren Ländern genau so angreifen würde, wie hier die Regierung — Sazanow vielleicht noch schärfer —, vom Frieden nichts wissen wollen? Sir Edward Grey hat im August 1916 sich dagegen gewendet, daß Deutschland eine Kontrolle über das Schicksal aller Länder ausüben wolle, diese Absicht hat er nach seiner Erklärung aus einer Rede des Reichskanzlers herausgesehen. Er hat sich im Anschluß daran gegen den eigenen Frieden unter preussischem Schild und deutscher Oberherrschaft ausgesprochen. Er hat sich dann bereit erklärt, die Frage der Freiheit der Meere zum Gegenstand von Beratungen zu machen, aber nicht als etwas Abgesondertes und nicht, solange kein Friede und keine Sicherheit gegen deutsche Kriegsmethoden zu Wasser und zu Lande bestehen. Er hat weiter aus den Reden des Reichskanzlers herausgehört, daß Deutschland an erster Stelle stehen will, daß es die anderen Nationen tributpflichtig machen will, hat den Reichskanzler zu Erklärungen aufgefordert, die solchen Auslegungen nicht Tür und Tor öffnen. Am 16. Mai d. J. hat Grey sich dagegen zu wehren gesucht, daß der Reichskanzler ihm „die Tollheit“ unterstelle, er wolle eine Verschmierung Deutschlands. Er sagt: „Wir wünschen nichts Derartiges, der Reichskanzler weiß, daß wir nichts Derartiges wünschen. Es gehört zu den Anfangsgründen der politischen Wissenschaft und wird von der Geschichte reichlich gelehrt, daß es niemals das Ziel einer Politik sein kann, ein großes Volk auszuroten oder zu zerschmettern.“ Sir Edward Grey lehnt es also ausdrücklich ab, jemals den Gedanken gehabt zu haben, daß er Deutschland zerschmettern wollte. (Hört! hört! bei der Opposition.) Daß es in England Leute gibt, die, wie bei uns die Alldeutschen, die sechs Wirtschaftsverbände usw. ein solches Ziel vor Augen haben, das soll nicht bestritten werden. (David: Lesen Sie Asquith vor!) Asquith hat am 10. April 1916 gesagt: „Großbritannien und auch Frankreich traten nicht in den Krieg ein, um Deutschland zu erdrotseln, um es von der Karte Europas wegzuwischen, um sein nationales Leben zu zerstören und auch nicht, um sich in die freie Ausübung seiner friedlichen Rechte einzumischen.“ Ich lege auf Worte von Ministern keinen großen Wert. (Zuruf: Na also!) Ich verlange nur, daß, wenn Sie auf der einen Seite auf Worte von Ministern etwas geben, daß Sie es dann auch auf der anderen Seite tun. Wenn ich Bethmann Hollweg traue, dann muß ich auch den anderen trauen. Wir aber trauen allen Ministerreden nicht. Sogar der russische Minister des Aeußeren Sazanow hat in einer Rede vom 21. Februar 1916 gesagt: „Die deutsche Regierung bemühe sich, um den kriegerischen Eifer der Massen aufzuwachen, ihren Feinden die vollständige Vernichtung des deutschen Volkes zu unterstellen. Diese Behauptung sei aber sinnlos, denn es könne ernstlich gar nicht darauf gerechnet werden, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen.“ Ich weiß

natürlich, daß die russische Regierung auf Eroberungen ausgeht, vor allem in Armenien und an den Karbanellen, es fällt mir auch nicht ein, Soanow als Friedensfreund hinzustellen. Ich gebe Ihnen sogar alle Minister preis, weise aber darauf hin, daß es nicht ohne Bedeutung ist, was zum Beispiel in England in einer so angesehenen Zeitschrift wie „The Nation“ wiederholt über die Beziehungen zu Deutschland ausgesprochen worden ist. In einem Artikel, der gerade jetzt durch die deutsche Presse geht, wird ein Friede ohne Eroberungen gefordert, ein Friede, der die Verständigung unter den Nationen ermöglicht und der durch schiedsgerichtliche Abmachungen an die Stelle gewalttätiger Methoden rechtliche Normen setzt. (Zuruf: Von Briand sagen Sie nichts!) Briand will den Frieden, bis Frankreich gesiegt hat. Was er gesagt hat, hat der Reichskanzler in jeder seiner Reden gesagt. (Sehr richtig! bei der Opposition; Widerspruch bei der Mehrheit.) Es ist ein Beweis für weitgehende Verblendung, wenn Sie das nicht einsehen. Wenn feindliche Truppen bei uns im Lande stehen würden, wie wir in Frankreich stehen, dann würde bei uns dieselbe Sprache gesprochen werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Briand hat auch nichts gesagt von Eroberungen im Osten und von realen Garantien im Westen. (Gelächter bei der Mehrheit.) So sehr wir uns aus den angeführten Gründen gegen die französischen Forderungen in bezug auf Elsaß-Lothringen wenden, so sehr erkenne ich wenigstens an, daß die Frage Elsaß-Lothringens für Frankreich in einem ganz anderen Lichte erscheint, wie für uns die Frage Belgiens. Denn Elsaß-Lothringen ist über 200 Jahre französisches Land gewesen, bildete einen Bestandteil Frankreichs, und wir haben es ihm mit Gewalt weggenommen. Damals haben unsere Parteigenossen gegen diesen Raub protestiert. (Unruhe bei der Mehrheit.) Ist es kein Raub, wenn ich einer Nation ein Stück Land wegnehme? Ja, Genossen, ist es nicht ein Unterschied in der Auffassung, ob ein Land, das nie zu uns gehört hat (Stürmische Unterbrechungen), ich spreche von Belgien, ich stelle in Vergleich Briand und den Reichskanzler und sage folgendes: Es ist zu verstehen, wenn von uns auch im Hinblick auf das Friedensziel nicht zu billigen, daß der Minister eines Staates, dem 1870 ein Stück Land, das 200 Jahre zu seinem eigenen gehört hat, fortgenommen ist, dieses wieder haben will, während es viel weniger zu billigen ist, wenn einflußreiche Persönlichkeiten bei uns ein Land wie Belgien, das nie zu uns gehört hat, das eine uns fremde Bevölkerung hat, erobern wollen. Nur wenn man das nicht verstehen will, erkennt man den Unterschied nicht.

Die Zentralfrage, die uns immer wieder beschäftigt, ist: „Wie kommen wir aus diesem Krieg heraus, wie können wir zu einem Frieden gelangen?“ Alle unsere Gegner hängen an England. Diese Erkenntnis, die lange bei uns verschleiert war, ist bei uns jetzt wohl die allgemeine. Dann muß also der Hebel auch an England angelegt werden. Daher kommen die einen zu folgender Deduktion: Da auf dem Lande eine Entscheidung nicht zu erreichen ist, muß man es auf der See versuchen, und wir haben auch ein Mittel, das den siegreichen Ausgang verbürgt, sagen die Alldeutschen, die U-Boote. Wenn wir die Waffe rücksichtslos anwenden, werden wir England auf die Knie zwingen oder doch so schwächen, daß es zum Frieden geneigt wird. Der erste Teil ist richtig, ohne England kommt man nicht zum Frieden; der zweite Teil ist falsch, nicht nur deswegen, weil wir uns auf den Boden des Völkerrechts stellen, nicht nur, weil der Krieg durch die Anwendung der U-Boote, wie sie dort verlangt wird, verlängert würde, sondern auch deswegen, weil wir nach allen Mitteilungen, die wir haben, die feste Ueberzeugung haben, daß dieses Mittel nicht das geeignete ist. Ein Staatsmann hat gesagt, ich kann das Mittel des U-Bootkrieges nur anwenden unter zwei Voraussetzungen, entweder ich sehe so gut, daß ich auch Amerika mir ungestraft auf den Hals heben darf, daß es auf einen Gegner mehr nicht ankommt, oder ich sehe so schlecht, daß ich va banque spiele. So gut sieht Deutschland nicht, und so schlecht auch nicht. Also auch von diesem Standpunkt müssen wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg ablehnen. Wir stehen aber überhaupt anders zum Kriege. Für uns handelt es sich nicht darum, den andern auf die Knie zu zwingen, wir wissen, welches Glied im Falle der Störung unseres Wirtschafts-

lebens durch Abtrennung eines Teiles unseres Staates oder durch die Auferlegung einer harten Kriegsschuldigung über uns hereinbrechen müßte. Wir wollen dieses Glied auch nicht den Arbeitern anderer Länder zufügen. Wir müssen als Sozialisten diesen Standpunkt einnehmen, wir müssen uns auch aus Klugheit zu ihm bekennen. Denn wer Annerkennung oder Kriegsschuldigungen erstrebt, der räumt auch den andern das Recht ein, dasselbe zu fordern. Damit wird alles auf die Entscheidung durch die Kanonen gestellt. Von den Kanonen soll aber die Zukunft nicht abhängen. Deshalb sagen wir: Nicht eine Niederlage Deutschlands, aber auch nicht die Zerstückelung eines anderen Landes, sondern Verständigung. Der Verständigung diene aber nicht die Haltung der Mehrheit der Fraktion zur Kriegspolitik der Regierung. Höhnend hat man die Arbeitsgemeinschaft gefragt, was sie denn durch die Ablehnung der Kredite erreicht habe. Nun, daß in Frankreich auf dem letzten Nationalrat unter 2400 Stimmen 1000 abgegeben wurden für eine gemeinschaftliche Aktion mit der deutschen Sozialdemokratie; das ist wesentlich zurückzuführen auf die Haltung, die wir eingenommen haben. Unser Ruf hat ein Echo erweckt. Jetzt weiß man, es gibt eine Gruppe in Deutschland, die entschlossen ist, unter allen Umständen der Kriegspolitik entgegenzutreten, die eine Verständigung will; nicht nur auf dem Papier von Briefbogen, nicht nur mit Worten auf den Lippen, sondern durch die Tat. (Zwischenruf von David.) Das ist nicht das Entscheidende, Genosse David, sondern daß so viel Genossen sich bereit erklärt haben, im Verein mit uns für den Frieden zu wirken. (Stolten: Das haben wir immer getan.) Diese Tatsache allein würde es rechtfertigen, daß die Arbeitsgemeinschaft selbständig im Reichstag vorging. Soll man in einer Zeit, wo die Welt aus den Fugen ist, wo wir bis ins tiefste erschüttert sind, wo wir nicht wissen, wie wird unsere Zukunft aussehen, soll man da solche Fragen, von denen auch Gheert gestern anerkannt ist, daß sie einen starken sachlichen Hintergrund haben, mit den Worten „Disziplin“ oder „Nichtdisziplin“ erledigen? Es fällt mir nicht ein, auf den sogenannten Treubruch einzugehen, vielleicht tue ich es noch im Schlußwort. Wir sind uns bewußt geblieben, nach den Gesetzen und Beschlüssen der Partei zu handeln, die obersten Beschlüsse aber sind die der Parteitag, darüber darf sich kein Kollegium und keine parlamentarische Fraktion hinwegsetzen. Oft schon haben Abgeordnete nicht gestimmt wie die Mehrheit, und der Parteitag hat ihnen hinterher recht gegeben. Ich erinnere nur an die Abstimmung 1908 in Bayern, wo der Parteitag der „disziplinwidrigen“ Minderheit recht gegeben hat. Wir wären nicht herausgegangen aus der Fraktion, wenn wir nicht herausgedrängt worden wären. Wir sollten in einer Zeit, wo Reden Pflicht, wo Schweigen Verbrechen ist, dasjenige wie stumme Hunde. (Stürmische Zurufe, u. a. Redebourne aus stummer Hund!) Wenn es nach Ihnen gegangen wäre! Wir lassen uns aber nicht von Ihnen so behandeln, das haben wir Ihnen gezeigt.

Es wäre in höchstem Maße wünschenswert, wenn die Genossen endlich jetzt dahin kämen, der Regierung die Gefolgschaft aufzusagen. Die Mehrheit stimmte zwar zuletzt gegen das Budget, aber nicht aus Gründen, die auf den Parteitag festgelegt sind, denn da heißt es ausdrücklich, daß diese Abstimmung ein Ausdruck des Mißtrauens gegen die Regierung ist. Die Mehrheit aber stimmte aus allerlei opportunistischen Gründen gegen das Budget, und einen Augenblick später bewilligt diese selbe Mehrheit viele Milliarden zur Fortsetzung des Krieges.

Man legt uns unter, wir wollten Frieden um jeden Preis. Nein, das wollen wir nicht, aber draußen im Lande und nicht nur bei den Arbeitern höre ich oft genug das Wort: Wenn doch der Krieg zu Ende käme, ganz gleich, wie er zu Ende kommt. (Behafter Widerspruch.) Oft genug wird gesagt, lieber ein Ende mit Schreden, als diese Schreden ohne Ende. Wir wollen nicht den Frieden um jeden Preis, wir wollen nicht in die Gewalt Außerlands kommen, auch nicht unter die Gewalt irgendeines anderen Staates, wir wollen nicht den Despotismus stärken, wir wollen nicht den englischen Imperialismus unterstützen, aber wir wollen — und das bitte ich Sie zu beachten — um keinen Preis die Fortsetzung dieses Krieges. (Zuruf:

Aber wenn es die anderen wollen!) Die Herrschenden sehen den Krieg fort, um, wie sie sagen, etwas zu erwerben, was den gebrauchten Opfern entspricht. Dadurch, daß Sie diese Politik der bürgerlichen Klassen unterstützen, sind Sie mitverantwortlich dafür. (Stürmisches Gandelkatschen bei einem Teil der Versammlung. David: Wollen Sie den Frieden um jeden Preis?) Ich habe Ihnen schon kein gesagt, Sie verstehen das doch ganz gut, Genosse David. Der Friede, den wir erstreben, ist nur zu erreichen, wenn mit aller Rücksichtslosigkeit diejenigen bestraft werden, die der Verständigung sich in den Weg stellen. Einen Kompromißfrieden will die Regierung nicht, das kann kein Mensch bestreiten. Und wenn Sie sie unterstützen mit Geld, wirken auch Sie dem Frieden der Verständigung, dem sozialistischen Frieden, entgegen. Bethmann Hollweg ist wiederholt einem Separatfrieden nachgegangen, aber Phantome waren es, die er verfolgte. Da Rußland nicht zerschmettert am Boden lag, so konnte ein Separatfrieden nur in Frage kommen, wenn man ihm Angebote auf Kosten unserer Bundesgenossen machte. Man hatte den Plan eines Friedens mit Frankreich gestützt auf die Einnahme von Verbun, auch hier unter völlig falscher Beurteilung der französischen Zustände. Um der Hoffnung willen, einen Keil in die Koalition zu treiben, darf der Krieg nicht fortgesetzt werden. Diese Hoffnung war trügerisch und konnte sich nicht erfüllen. Sind mit England Verhandlungen versucht, um zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen? Der Minister Cecil hat vor kurzem ausdrücklich erklärt, niemals ist an uns etwas herangeboten von Friedensangeboten als das, was in den Reden des Reichskanzlers enthalten war. Also da, wo mit Aussicht auf Erfolg etwas zu machen gewesen wäre, da hat man keine Anstrengung gemacht, namentlich nicht zu der Zeit, wo in England größere Friedensneigung bestand. Es war die Zeit, wo es die Militärs nicht durchgeführte hatte, wo es nach seiner Tradition, nach der allgemeinen Volksschauung alles Interesse daran hatte, davon befreit zu bleiben. Es durfte auch nicht aus dem Auge gelassen werden, daß England es nach seiner ganzen Vergangenheit nicht sehr freudig ansehen würde, wenn Rußland von Konstantinopel Westwärts ergreifen würde. Statt dessen aber kam in der bürgerlichen Welt die Heße gegen England, die es unmöglich machte, Fäden anzuknüpfen, und an dieser Heße haben sich auch manche Parteiblätter beteiligt! Dadurch wurde es unmöglich, die Friedensausichten zu heffern. So rächt es sich an der Partei, wenn sie sich von den Bürgerlichen in das Schlepptau nehmen läßt. Selbständig denken, selbständig handeln ist ihre Aufgabe. Die Theorie des beschränkten Untertanenverständes überlassen wir anderen. Es ist nicht ein erfreuliches Zeichen unserer Zeit, daß die Partei so oft denkt aus den Köpfen der anderen. Das hemmt uns und wird uns weiter hemmen. Am 25. April 1915 hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ geschrieben:

„Von verschiedenen Seiten hören wir, daß in Stadt und Land Gerüchte über die Umbahnung von Friedensverhandlungen in Umlauf gesetzt werden. Des Näheren wird angedeutet, daß vorbereitende Schritte zur Herbeiführung eines Sonderfriedens mit England auf der Grundlage gewisser englischer Wünsche und Forderungen im Gange seien oder in Gang gebracht werden sollen. Kein Urteilsfähiger kann daran denken, die für Deutschland günstige Kriegslage zugunsten eines vorzeitigen Friedensschlusses irgendeinem seiner Feinde preiszugeben. Nach der vorläufig allein möglichen allgemeinen Umschreibung des Kriegszustandes, die der Reichskanzler in seinen Reden gegeben hat, müssen wir jeden Vorteil der militärischen Lage benutzen, um Sicherheit zu schaffen, daß keiner mehr wagen wird, unseren Frieden zu stören. Dabei muß es bleiben, die Gerüchte über deutsche Friedensneigungen sind gegenüber unserer unverminderten Entschlossenheit zur Niederkämpfung der Gegner törichte oder böswillige, auf jeden Fall aber müßige Erfindungen.“

Die Regierung erklärt also, wir werden aushalten bis zum Niederringen der Gegner, alles andere ist törichtes Geschwätz. Herr v. Wedel-Riesdorf erklärte am 15. April — (Stürmisches Unterbrechungen. Das haben Sie uns in

erzählt. — Glocke des Vorsitzenden. — Zurufe: Unerbittlich nicht alles berichten.) Sie können alles berichten.

Ebert: Ich bitte, diese Zwischenbemerkungen in der Versammlung zu unterlassen. Auch alle Zwischenrufe bitte ich zu unterlassen.

Daase: Die Waffen, mit denen einige von Ihnen kämpfen, wieder hinreichend kennen gelernt. Durch die Neugründung der deutschen Allgemeinen Zeitung — und darauf kommt es an — jedenfalls vor den Kopf gestoßen werden. Für den Gedanken, der bereit sei, Frieden mit England zu schließen, blieb kein Raum zur Klärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ entsprechende nicht nur der alldeutschen, sondern auch fast ausschließlich bürgerlichen Kreise, die ihre imperialistischen Pläne wollten. „Aus dem nahen Dreieck heraus“ — das ist die auch Herr Wallin verkündet: Wir müssen Belgien in der Hand mit der Pistole in der Hand England am Kanal gegenüber Pläne zu fördern, mag Sache der Imperialisten sein. Ihnen ist unsere vornehmste Aufgabe. Ich möchte von den Zuhörern hören, welche Stellung Bethmann gegenüber England eine er Friedensverhandlungen gesucht? Ja oder Nein? Hat er erklärt, sie da zu suchen, wo sie am ehesten Aussicht auf Erfolg Deutlich genug hat er das erklärt.) Für Sie sind die Reden nicht. (David: Er war bereit zu Verhandlungen auf Grund der Daß er auf Grund der Kriegslage Friedensverhandlungen (David: Die anderen wollen die militärische Lage erst im Land bestieg ist, das ist der Unterschied.) Wollte unsere als die Feinde bei uns im Lande waren, als die Russen waren? War die Regierung da bereit zu Friedensverhandlungen? Beziehung ist also kein Unterschied zwischen Regierung und Es ist ein Unterschied in der Situation.)

Ich will zum Schluß mich noch mit der Einigkeit der schäftigen. Wer will nicht die Einigkeit in der Partei Partei treten wir jetzt ein und sind wir stets eingetreten fischen und außerparlamentarischen Handlungen, die ich geführt, daß die Einigkeit auf das äußerste gefährdet Lande draußen, und es sind nicht wenige, und hören Front, und auch da sind es nicht wenige, die sagen dauernd die Mehrheit der Fraktion eingenommen hat mit ihr zusammenarbeiten. (Lebhafte Zwischenrufe Tatsachen, welche Sie nicht wegschaffen. (Lebhafte des Vorsitzenden.) Diejenigen, die das behaupten, werde ihnen eine Masse von Briefen dieses Inhalts auch!) Also können Sie nicht behaupten, daß die viele Parteigenossen diese Auffassung vertreten. Text können Sie auch lesen. — Zurufe: Die wollen brechen. Ledebour: Gehen Sie doch nicht darauf

Ebert: Ich habe den Eindruck, daß Daase sich an die Versammlung wendet, und da ist es mein Wunsch, wenn die Versammlung antwortet. Das kann ich nicht Willen nicht verhindern. Aber ich glaube, man darf den Vorwurf machen, daß sie absichtlich den Reden

Daase: Ich sagte, daß eine Anzahl von Parteigenossen wie auch von der Mehrheit beistimmt wird, sich tatsächlich abgetrennt von der Partei. Für diese Genossen ist es überaus wichtig gewesen, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sich gebildet hat und die in den Verhandlungen vertreten hat, die sie nach ihrer sozialistischen Erziehungsbedingungen demokratischen Grundsätzen als die wiedererkannt haben, die Parteigenossen selbst vertreten haben. Wir haben diese Genossen der Partei zugehört. Einen einheitlichen Organisationsrahmen der Partei zu schaffen, ist nur möglich, wenn die Toleranz geübt wird, wenn nicht diejenigen, die unterdrückt werden, die nicht übereinstimmen mit der des Parteivorstandes und der der Mehrheit

Diese Methode des Kampfes ist gefährlich gewesen, sie ist nicht errühtet. Gehen Sie nicht auf diesem Wege fort. Unser politisches Leben noch eine kritischere Periode, als viele es halten, es nach der Entwicklung der Dinge auf dem Kriegsweg unwahrscheinlich, daß doch noch zu der verschärften II-Bootkrieg wird. Dann wird sich die Frage erheben: Wie stellt sich dazu die sozialistische Partei, was tut dann die alte sozialdemokratische Fraktion? Gut gewesen, wenn die Fraktion schon beim Falle der „Lustig-harfe“ Stellung gegen die völkerrrechtsmäßige Benutzung der Kolonien hätte. Aber alle Versuche in der Fraktion, auch nur ein Bedauern auszusprechen, wurden abgelehnt. Es zeigte sich wie das Verlassen eines grundsätzlichen Standpunktes unklar wirkt. Daß Deutschland gezwungen wurde, im Verlaufe der Zeit sich an diesen Fall anzuschließen, schließlich in der Note an die Weltöffentlichkeit, ist als ein zweites Olmütz empfunden worden, ja, die Note sei schlimmer als Olmütz.

Die Sozialdemokraten, die nur noch aus dem enghorizontalen Betrachtungen, wären besser gefahren, wenn sie von vornherein des Völkerrrechts eingetreten wären. Dann hätten sie das Olmütz vermeiden können. Wenn nun für den verschärften II-Bootkrieg die Kräfte gebunden werden, sollen wir auch dafür stimmen? Wohin würde die Weltgeschichte führen? Zu einer allgemeinen Erschöpfung, zum Verfall auf beiden Seiten. Wenn aber die Völker sich ganz verbluten, wenn sie sich nicht für den Weltfrieden zu lassen wissen, dann wird die Sozialdemokratie dafür nicht gemacht werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Denken Sie, wenn diese Gefahr eintritt. Könnte die Sozialdemokratie das Verhalten halten, wenn sie eine andere Politik eingeschlagen hätte? Nach der Meinung der Fraktion: ja! Wir hätten die Internationale leichter auf unsere eigene Regierung zu wirkungsvollen Friedensbedingungen genötigt.

Genossen! Die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, in der dem Völkerrrecht offen oder verdeckt Konzessionen gemacht werden. Wir wollen die Einheit der Partei, aber nicht eine Partei, die die Kolonialpolitik unterstützt, die sich im kolonialpolitischen Ausschusse. Wir sind gegen eine Partei, die die Schutzoll-Verkehrs- und Zollpolitik eine Förderung erfährt. (Beifall der Fraktion.) Wir wollen nicht eine Partei, in der der Klassenkampf abgelehnt wird. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.) Partei-Einheit der Partei, aber auf dem festen granitnen Boden des internationalen Programms. Wir wollen sie als internationale Sozialisten! (Beifall und Handklopfen bei der Opposition.) Vorsitzender: Die Sitzung beginnt gegen 1 Uhr die Sitzung auf nachmittags 3 Uhr.

12. Verhandlungstag.

Nachmittags-sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und erteilt Adolf Cohen (Berlin), der sich schon vor der Sitzung in einer persönlichen Bemerkung gemeldet hatte, dazu nachträglich das Wort.

Cohen-Berlin: Mein stenogramm hat der Genosse Haase heute morgen unter anderem folgende Punkte enthält: „Dieser gemeinsame Aufruf von Parteivorstand und Genossen in Berlin z. B. in Massen verbreitet worden an Bahnhöfen, in den Fabriken. Ein Arbeiter aus der U.C.G. in Hermsdorf, Genosse Blumenthal, ist am 29. Juli d. J. mit einer Anzahl von Genossen aus derselben Flugzeugfabrik verhaftet worden und in militärischer Haft genommen, ohne daß man irgendwie gegen ihn auch nur eine strafbare Handlung hatte, und ist dort bis Sonntag vor 14 Tagen in Haft gehalten worden — aus welchen Gründen? Am 27. Juli, zwei Tage vor der Verhaftung, wurde der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes, Genosse Cohen, als ausgewählte Obmann zusammengerufen,

um sie aufzufordern, in den Fabriken jenen Aufruf zu verbreiten. Cohen hielt es für selbstverständlich, daß die Verbreitung erfolge, und wollte mit diesen Obmännern lediglich besprechen, in welcher Weise am zweckmäßigsten die Verbreitung vor sich gehen könne. Obwohl es sich hier um einen engen kleinen Kreis von ausgewählten Gewerkschaftsmitgliedern handelt, wurde bereits am nächsten Tage der Befehl, Blumenthal zu verhaften, ausgesprochen, am 29. Juli konnte er erst vollstreckt werden. Was hatte Blumenthal in dieser Konferenz für eine Rolle gespielt? Er hatte erklärt: es ist für mich durchaus keine Selbstverständlichkeit, diesen Aufruf in der Fabrik zu verbreiten. Ich warne davor und lehne es für meine Person ab. Ich würde damit gegen meine Pflicht als Obmann einer Gewerkschaft verstoßen. Ich habe bisher politische Flugblätter weder der einen noch der anderen Richtung niemals in Fabriken verbreitet und werde das auch in diesem Falle nicht tun. Es liegt nicht nur der Verdacht nahe, sondern es ist, wie andere Tatsachen beweisen, der zwingende Schluß geboten, daß aus diesem Grunde die Verhaftung erfolgte. (Hört! hört! bei der Opposition. — Große Unruhe bei der Mehrheit.) Die gesamten Arbeiter haben sich mit ihm solidarisch erklärt, haben aus Sympathie für ihn, nachdem er verhaftet war, anderthalb Tage gestreikt. Der Direktor der Fabrik hat sich in Uebereinstimmung mit dem Arbeiterausschuss sofort um die Aufhebung der Haft bemüht. Auf der Kommandantur hat er erklärt: Ich weiß nicht, weshalb Sie den Mann verhaftet haben, er hat sich im Betriebe jederzeit korrekt benommen, ich kann ihm nur das allerbeste Zeugnis ausstellen. Da wurde ihm erwidert: Ja, er ist uns als Geher bezeichnet worden. (Hört! hört! bei der Opposition.) Aber wenn Sie das sagen, wollen wir für die Aufhebung wirken, gehen Sie aber zur Abteilung 7 des Berliner Polizeipräsidiums. Das ist die politische Abteilung. Auch dort wurde ihm erklärt, nach seiner Klarstellung glaube man, die Haft aufheben zu können, er solle sich die Antwort holen. Und als er sich die Antwort holte, fiel sie verneinend aus, trotz seiner persönlichen Fürsprache wurde die Haft wochenlang aufrechterhalten mit dem Bemerkten: uns ist doch von einer Quelle mitgeteilt worden, daß es sich hier um einen Geher handelt. (Lebhafte Zurufe von der Mehrheit: Was soll damit bewiesen sein?) Das soll beweisen, wie gefährlich es ist, diejenigen, welche nicht so handeln, wie der Parteivorstand es für richtig hält, und die eine Maßregel ergreifen, die ich — ich komme gleich darauf — in dieser Zeit für falsch halte — als solche hinzustellen, welche sich strafbar machen, die Strafe zu erwarten haben. (Große Unruhe.) Ich verstehe es ja, daß einem großen Teil von Ihnen das nicht angenehm in den Ohren klingt. (Lebhaftes Oh!) Aus Zwischenrufen entnehme ich das, Genosse Auer, Sie hören sie vielleicht nicht. — Wie liegt es denn mit den Streiks, die in Berlin waren, an denen sich über 50 000 Personen beteiligt haben, es waren Sympathiestreiks für den Genossen Siebknecht. Diese Streiks waren herausgebrochen aus der Arbeiterklasse selbst.“

Hierzu möchte ich bemerken, daß die Verhaftung des Genossen Blumenthal sicherlich nicht in irgendwelchem Zusammenhang mit der Besprechung der Obleute unserer Großbetriebe steht. Es ist nicht richtig, wenn der Genosse Haase von bestimmten und ausgewählten Gewerkschaftsmitgliedern spricht. Es hat sich vielmehr um eine Besprechung der Obleute gehandelt, die in den Betrieben Obleute sind, wo im Juni Arbeitsniederlegungen vorgenommen waren. Die politische Stellung dieser Obleute zu den Parteistreikgeleiteten hat bei der Zusammenberufung keine Rolle gespielt und ist mir auch bis heute nicht bekannt. In der Konferenz haben nicht nur der Genosse Blumenthal, sondern auch andere Teilnehmer, aus taktischen Gründen Bedenken dagegen geäußert, daß die Flugblätter durch die Obleute und sonstigen Vertrauensleute verteilt werden. Etwa zwei Drittel der anwesenden Obleute erklärte, sie wollen die Verteilung durch die Vertrauensleute vornehmen, während etwa ein Drittel, und darunter befand sich Blumenthal, dies aus Gründen, wie schon oben gesagt, ablehnten. In den Betrieben, wo die Verteilung der Flugblätter nicht durch die Vertrauensleute erfolgte, sind die Flugblätter auf andere bei uns übliche Weise verteilt worden. Also eine besondere Stellung hat der Genosse Blumenthal in der Konferenz nicht eingenommen, sondern teilte diesen Standpunkt mit einer Anzahl weiterer Teilnehmer der Konferenz. Ein Zusammenhang zwischen

der Teilnahme an der Konferenz der Obleute seitens des Genossen Blumenthal und seiner Inhaftierung kann meiner festen Ueberzeugung nach unmöglich bestehen und werde ich jedweden Versuch, die Teilnehmer der Konferenz in irgendeiner Weise mit der Verhaftung des Genossen Blumenthal in Verbindung zu bringen, auf das entschiedenste zurück. Jeder Versuch, die Teilnahme Blumenthals mit seiner Verhaftung in Verbindung zu bringen, ist meiner Ueberzeugung nach eine durch nichts begründete Verdächtigung der Konferenzteilnehmer — Was in der Rede des Genossen Haase als besonders hervorgehoben wird, ist in Wirklichkeit nichts Besonderes, denn es sind um dieselbe Zeit, als der Genosse Blumenthal in Schubhaft genommen wurde, auch eine Anzahl anderer Mitglieder des Metallarbeiterverbandes verhaftet worden, die an der Konferenz nicht teilgenommen haben, und die Begleiterscheinungen lagen bei diesen Genossen ähnlich wie bei dem Genossen Blumenthal.

Vorsitzender Herr: Ich mache darauf aufmerksam, daß unser Beschluß von gestern dahin geht, daß einem Vertreter der „Internationale“ eine verlängerte Redezeit von einer halben Stunde gewährt wird. Als solchen gebe ich der Genossin Dunder das Wort.

Räte Dunder: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Wenn die Gruppe „Internationale“ mich beauftragt hat, hier das Wort zu ergreifen, so geschah das, weil wir uns nicht nur im schroffsten Gegensatz zu der Politik der Mehrheit befinden, sondern weil wir auch gegenüber der Arbeitsgemeinschaft in wesentlichen Punkten uns kritisch verhalten. Es gilt dies vor allem für unsere Stellungnahme zur Internationale und zur Vaterlandsverteidigung. Die Arbeitsgemeinschaft und ihre Anhänger, soweit wenigstens sich ihre Stellungnahme nicht in der Ablehnung der Kriegskredite erschöpft, trachtet danach, die Partei etwa wieder auf den Standpunkt zurückzubringen, den sie vor dem 4. August einnahm, den Stand der Internationale so wieder herzustellen, unsere sogenannte „altbewährte“ und „jetzgekrönte“ Taktik vor dem Kriege wieder aufzunehmen. Obwohl gerade der 4. August doch wohl am deutlichsten bewiesen hat, daß diese Taktik sich nicht bewährt hat, daß sie uns nicht zum Sieg, sondern geradezu zu einer vernichtenden Niederlage geführt hat, gerade da, wo sie hätte ihre Probe ablegen müssen. (Sehr richtig!) Nach unserer Anschauung ist die zweite Internationale am 4. August 1914 unheilbar zusammengebrochen. Sie mußte zusammenbrechen, denn sie war trotz aller schönen Reden und Beschlüsse auf internationalen Kongressen kein organisches Ganzes, sondern nur ein lockeres Gefüge, ohne inneren Halt. Die nationalen Parteien waren autonom; besonders die Deutsche Partei wollte sich durch feste internationale Abmachungen nie in ihrer Aktionsfreiheit beschränken lassen. Am Unannehmbar der deutschen Delegation scheiterten alle Versuche, der Internationale zu wirklicher Macht zu verhelfen. Die Internationale, die wir erstreben, soll über den nationalen Parteien stehen. Sie muß der Ziel- und Angelpunkt der proletarischen Massenorganisation sein. Sie soll entscheiden über alle Fragen, die eine Bedeutung über die Grenzen des Landes hinaus haben, zum Beispiel über die Fragen des Militarismus und Marinismus, über die Kolonialpolitik, vor allem aber über die im Falle eines Krieges einzuschlagende Taktik. Wir wollen die Internationale nach dem Kriege auf einer sichereren Grundlage aufbauen und sie zu einem positiven Machtfaktor machen. Dazu ist aber vor allem notwendig, daß der internationale Gedanke — neben dem Gedanken des Klassenkampfes — das A und O unserer Aufklärungs- und Erziehungsarbeit im Lande werde, damit der letzte Parteigenosse im letzten Dorfe fühlt und erkennt, daß die Proletarier jenseits unserer Grenzen unsere Brüder, unsere Klassenossen sind, daß sie uns näher stehen, und daß wir ihnen mehr verpflichtet sind als den herrschenden Klassen des eigenen Landes. Wir stellen die Ideologie des Internationalismus der Ideologie des Rationalismus gegenüber, vor der die Partei am 4. August kapituliert hat. Auch organisatorisch denken wir uns die neue Internationale nicht als ein loses Gefüge autonomer Parteien mit irgendeinem Bureau in Brüssel oder im Haag, wo die Genossen zusammenkommen, um internationale Fragen unverbindlich zu diskutieren. Wir denken sie uns nicht so, wie eine Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft

es uns vorwirft, als einen kommandierenden Generalstab, der über den Balken thront und die Scharen des internationalen Proletariats von oben herab kommandiert. Wir denken uns die organisatorische Verbindung vielmehr als eine viel engere, als eine dauernde Organisation, die mit entscheidenden Machtbefugnissen ausgerüstet ist und die das sein kann, weil sie auf dem internationalen Bewußtsein der Massen in allen kapitalistischen Ländern beruht und weil ihre Beschlüsse deshalb auch für die Sozialdemokratie in allen diesen Ländern bindend sind. (Zuruf: Wie wollen Sie das machen?) Wir verlangen gewissermaßen, daß der bisherige Staatenbund umgewandelt wird in einen Bundesstaat. Aus dieser Stellungnahme zur Internationale und aus unserer Einsicht in den imperialistischen Charakter des Krieges ergibt sich auch unsere Stellung zur Landesverteidigung. Bekanntlich wird jeder Krieg durch das Feldgeschrei eröffnet: Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist dies eben ein vortreffliches Mittel, die unaufgeklärten Massen zu täuschen. War dieses Wort von dem gefährdeten Vaterland schon bei früheren Kriegen meist ein bewußter Schwindel, wieviel mehr ist er das im Zeitalter des Imperialismus, wenn es sich um die Verhältnisse der großen führenden imperialistischen Staaten handelt. Zwischen den großen imperialistischen Staaten gibt es überhaupt keine Verteidigungskriege mehr, und die Behauptung, daß man in den Krieg zieht, um seine Landesgrenzen, seine nationale Unabhängigkeit zu wahren, ist heute glatter Volksbetrug. (Zuruf: Manu!) Wenn ein Seeräuberschiff über ein anderes herfällt, um ihm seinen Raub abzugeben, so werden wir auch nicht von gerechter Verteidigung des anderen reden. Die imperialistischen Staaten schauen immer nach Erweiterung, nach Raub aus. Ihre Kriege sind von vornherein Eroberungskriege. (Sehr richtig!) Da macht es durchaus keinen Unterschied, auf wessen Gebiet der Krieg ausgefochten wird. Wenn Krieg ist, so muß er doch irgendwo ausgefochten werden. (Heiterkeit.) Wo er ausgefochten wird, das ist eine Frage des Kriegsglücks, aber es ist nicht die Grundlage für die Beurteilung des Krieges durch uns. (Sehr richtig!) Für mein Gefühl als Mensch und Sozialist ist es ebenso schmerzlich und empörend, wenn französische, belgische und russische Proletarier hingerodet werden, als wenn es die deutschen Proletarier sind. Wolf ist in Lat — Brüder schlägt man hier tot! Dieses Wort gilt für den internationalen Sozialisten, wo immer der Krieg ist. Deshalb können wir unsere Stellung zum Krieg und die Bewilligung der Kriegskredite nicht abhängig machen von der jeweiligen Kriegslage, wie es die Arbeitsgemeinschaft in ihrer Erklärung am 21. Dezember und maßgebende Genossen in verschiedenen Referaten getan haben. Wenn wir heute so daständen wie Frankreich, wenn große Teile Deutschlands von feindlichen Truppen besetzt wären, wer weiß, ob wir dann überhaupt eine Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hätten. (Große Heiterkeit.) Ich wiederhole, wir machen unsere Stellung zum Kriege nicht abhängig von der jeweiligen Kriegslage.

Von diesem Standpunkt aus ließe sich ja niemals ein einheitliches Vorgehen des internationalen Proletariats gegen den Krieg erzielen. Es müßten bei jedem Kriege immer die Sozialdemokraten des einen Landes eine entgegen gesetzte Politik treiben wie des anderen Landes, je nachdem die Heere ihrer Länder mit verschiedenem Glüd fechten. Das bedeutet eine Wankrotterklärung für jede internationale Politik des Proletariats überhaupt. Ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft hat deshalb uns gegenüber den Ausdruck des Verteidigungsneutralismus gebraucht. Dieser Ausdruck ist durchaus unzutreffend. Wir leben auf dem Boden der Stuttgarter Resolution, die es uns zur Aufgabe macht, nachdem wir den Krieg nicht haben verhindern können — nicht etwa das Vaterland zu verteidigen —, sondern mit allen Mitteln auf die schnelle Beendigung des Krieges hinzuwirken, und die durch ihn herbeigeführte politische und wirtschaftliche Krisis auszunutzen, um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu beschleunigen. Soweit die Sozialisten innerhalb ihres Landes zur Macht gelangen, werden sie diese erzwungene Machtposition natürlich auch gegen von außen eindrängende Feinde zu verteidigen haben, genau so wie die Revolutionäre der französischen Revolution ihre bürgerliche Freiheit gegen das feudale Europa verteidigt haben,

genau so wie die Kommune kämpfer von 1870 ihre Kommune gegen die preußischen Truppen verteidigt haben. (Gente: Und das ist im Sinne unseres Programms!) Ich sehe davon ab, die weiteren Differenzpunkte zwischen uns und der Arbeitergemeinschaft hier zu erörtern. So unsere abweichende Stellung in der Steuerfrage, in der U-Bootfrage, zur Friedenspetition des Parteivorstandes. Zur Steuerfrage nur soviel, daß wir die Mittel zum Kriege verweigern, ganz gleich, ob sie indirekt aus dem schmalen Beutel der großen Masse oder direkt aus den Taschen der Reissenden entnommen werden, es sind immer die Mittel zum Kriege. Wenn wir hier ganz kurz die uns von der Arbeitergemeinschaft trennenden Linien ziehen, so nicht, um uns hier in eine Polemik mit ihr zu vertiefen, sondern um zu zeigen, wie notwendig unser besonderes Vorgehen ist, um die Legende zu beseitigen, als bestünde eine geschlossene Opposition. Wir werden getrennt marschieren, aber wir werden gemeinsame Gegner vereint schlagen, und heute kommt es uns mehr auf das gemeinsame Schlagen an. (Aha! und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wir haben auch unsererseits abzurechnen mit dem Parteivorstand, mit der sogenannten Mehrheit. Nicht mit den Sozialimperialisten. Mit den Kollb, Vensch, Cohen, Heine, Heilemann usw. setzen wir uns hier nicht auseinander, auch nicht mit Leuten, die die Arbeitermarxellaise nach der Melodie: Deutschland, Deutschland, über alles, singen, wie Konrad Naemisch (Sehr gut! und Heiterkeit bei der Minderheit), denn daß diese Leute nicht mehr auf dem Boden des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse stehen, das ist nachgerade allen Genossen im Lande draußen klar. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Darüber sind sie sich auch selber klar. Um sie in in der Partei zu halten, müßte das Parteiprogramm von Grund auf umgeändert werden. (Sehr richtig!) Wir könnten auch ein verkürztes Verfahren einführen und könnten einfach das nationalliberale Parteiprogramm, mit einer Reihe von sozialistischen Floskeln versehen, hier annehmen. Solange unser jetziges Parteiprogramm besteht, stehen diese Sozialimperialisten und ihr Anhang außerhalb des Rahmens der Partei. Zwischen ihnen und uns gibt es keinen gemeinsamen Boden. (Redebour: Mit uns auch nicht!) Sie gehören schon lange ins bürgerliche Lager, sie sind Eindringlinge im Hause des Sozialismus, und wenn der Tag der Abrechnung gekommen ist, die dann werden die, die auf dem Boden des Parteiprogramms, der Parteitradition und der Parteitagsbeschlüsse stehen, von ihrem Hausrecht jenen Eindringlingen gegenüber Gebrauch machen (Große Heiterkeit, Sehr gut! bei der Minderheit), diese Leute sind innerhalb des Tempels der sozialistischen Ideen, der sozialistischen Weltanschauung Tempelschänder.

Vorsitzender Ebert: Ich muß die Rednerin bitten, in ihren Ausführungen die Form zu wahren, die bei Auseinandersetzungen mit Parteigenossen üblich ist. (Redebour: Sie müssen sich die Heine und Linn zum Mufter nehmen, dann wird der Vorsitzende Sie nicht zur Ordnung rufen!) Ich bitte um Ruhe. Was ich eben ausgeführt habe, gilt für alle Parteigenossen und war auf unseren Parteitaggen immer selbstverständlich. (Sehr wahr!)

Räte Dunder (fortfahrend): Wir haben es heute vor allem zu tun mit jenen Genossen, die unter der Behauptung, daß sie völlig auf dem Boden von Programm und Statut stehen, Programm und Statut mit Füßen treten, mit denen, die die Worte „Internationalismus“, „Parteiinheit“ und „Partei Disziplin“ mißbrauchen, um auf diese Weise die Genossen im Lande bewußt irre zu führen. Die Genossen vom Parteivorstand und der offiziellen Fraktion, die angehtichts des ungewöhnlichen imperialistischen Charakters des Krieges noch das Durchhalten verfechten und die Kredite bewilligen, die trotz der offenen Annektionserklärungen der Regierung diese Regierung unterstützen und verteidigen, haben kein Recht, davon zu reden, daß sie die Wiederannäherung der internationalen Beziehungen anstreben und für den Frieden arbeiten. (Oh! und Sehr richtig!) Erste Vorbedingung für die Wiederannäherung der internationalen Beziehungen sind nicht Korwürfe gegenüber den Parteien der anderen Länder, sondern ist das Nehren vor der eigenen Tür. (Mit der Niederlage Deutschlands!), die Abkehr von der Politik des 4. August. Wenn man

auf der einen Seite zum Durchhalten auffordert und die Kriegskredite bewilligt, dann ist es nichts als Sand in die Augen der Massen, wenn man zugleich mit Friedenspetitionen hauert geht. (Redebour: Sehr richtig!) Es kommt das darauf hinaus, durch eine Scheinaktion die Massen von wirksamen Kampffaktionen abzuhaken. Wenn man das tut, hat man auch weiter kein Recht, darüber zu klagen, daß die Jugendblüthe und die Manneskraft des Proletariats draußen immer noch in die Massengräber sinkt oder zu Krümmeln geschlagen wird, denn man hat sich ja an der Verlängerung des Krieges durch diese ganze Stellungnahme mitschuldig gemacht. Der Parteivorstand und sein Anhang haben in ergeizenden Tönen von der Einheit der Partei und ihrer Wahrheit geredet. Gewiß ist die Einheit der Partei ein hohes Gut, aber sie kann nicht, wie die Einheit etwa im Seeze durch Unterordnung unter irgendeine diktatorische Gewalt und sei es die des Parteivorstandes oder der Reichstagsfraktion erzielt werden. Die Einheit der Partei beruht auf der Einheit der Grundsätze. (Sehr richtig!) Das Fundament unserer Grundsätze aber ist der internationale Gedanke und der Gedanke des Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Wenn Parteivorstand und Fraktion dies Fundament durch ihre Kriegspolitik und durch die Politik des Burgfriedens untergraben, dann muß die Organisation der Auflösung und der Zerrüttung anheimfallen. (Sehr richtig!) Man wirft uns vor, daß wir die Partei spalten und zerrütten. Ach, Parteigenossen, der Parteivorstand hat diese Arbeit bereits so gründlich besorgt, daß uns zu tun so gut wie gar nichts übrig bliebe. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wie der Parteivorstand die Einheit und die Parteisolidarität wahr, das muß man nach seinen Taten beurteilen und nicht nach seinen Worten, da muß man nach Württemberg schauen, muß man nach Duisburg, nach Frankfurt schauen (Sehr richtig!) und nicht zu allerletzt nach Letzow-Weeslow (Sehr richtig! bei der Opposition, Gelächter bei der Mehrheit), wo unter dem Schutz und Schirm des Parteivorstandes sich eine gelbe, eine zweite Organisation neben der eigentlichen entwickelt, wo der alte Vorstand gemiffermaßen wie der Kopf eines Wandbunnms sich eine neue Partei angliedert. (Heiterkeit.) Wir dürfen nicht vergessen das denunziatorische Flugblatt des Parteivorstandes und der Generalkommission. Der Parteivorstand hat sich dagegen bewahrt, daß dies Flugblatt irgendwie im Einvernehmen mit irgendwelchen anderen Mächten zustande gekommen sei. Aber in diesem Flugblatt kämpft der Parteivorstand Arm in Arm mit der Militärdiktatur gegen die Massen. Und deshalb kann er sich auch nicht beklagen, wenn derartige Gedanken aufkommen. Der Parteivorstand und die Generalkommission bebienen sich in diesem Flugblatt direkt des Belagerungszustandes zur Unterdrückung der ihnen unbequemeren Kreise in der Partei. (Sehr richtig! bei der Opposition, Sehr unwar! bei der Mehrheit.) Das nennen dann die Genossen die Einheit der Partei wahr! Die Genossen haben sich zum Teil heute früh darüber entrüstet, daß Grimm nicht prinzipiell abgelehnt hat, Gelder der amerikanischen Friedensfreunde für Zwecke der Opposition anzunehmen. Mir scheint es viel schlimmer, wenn die Gelder der Arbeiter zur Unterstützung der Regierung verwendet werden. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Parteivorstand und Fraktion treten auch auf als wahre Verfechter der Parteidisziplin. Man fragt sich, wie Leute, die am 4. August und seitdem jeden Tag, gemiffermaßen jede Stunde, dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen und internationalen Kongreßbeschlüssen ins Gesicht schlagen, noch von Disziplin sprechen, auf Disziplin pochen können. Gibt es denn nur eine Disziplin gegenüber der Form und nicht auch gegenüber dem Inhalt, nur gegenüber dem Wort und nicht auch gegenüber dem Geist? Leuten gegenüber, die den Geist des internationalen Sozialismus verraten, die die Parteivergangenheit verleugnen, Parteibeschlüsse brechen, solchen Instanzen gegenüber ist Aufrehr die erste Pflicht (Hu! hu!), ist Disziplin ein Verbrechen. Wir fordern alle die, die auf dem Boden des Klassenkampfes und auf dem Boden des internationalen Sozialismus stehen, auf, sich von dem Geshrei jener Zionmächtler über Verletzung der Partei-einheit und Disziplin nicht kopfscheu machen zu lassen, sondern die Einheit der Grundsätze zu wahren, gegenüber unserer Weltanschauung Disziplin zu üben. Das heißt aber zugleich, der Politik der Parteinstanzen offen die Gefolgschaft aufkündigen. Mit der Politik der Halbheit brechen und die Illusion aufzugeben,

als ob die rein parlamentarische Frage der Kreditbewilligung und Kreditablehnung das A und O wäre. Das heißt vielmehr, die Massen aufrufen zum machtvollen Kampf gegen den Imperialismus und gegen den Krieg. Seien wir uns doch über eines klar: wenn der Krieg so zu Ende geht, wie er angefangen hat, ohne Zutun des Proletariats, als ein Geschenk von oben, als ein Resultat diplomatischer Verhandlungen, dann bedeutet ein solcher Friede die Festsetzung der Niederlage, die der Sozialismus im Kriege davongetragen hat. Ganz anders ist es, wenn dieser Friede erkämpft wird unter Anwendung aller Machtmittel des Proletariats. Dann wird ein solcher Friede den Sieg des Sozialismus vorbereiten und die Internationale zu einer Macht gestalten, die eine Wiederholung solch entsetzlichen Völkermordens für alle Zeiten verhindert. (Zuruf: Und die Mittel dazu?)

Die Konferenz tritt in die Diskussion ein.

Saenger-München: In den 20 Monaten, die ich als Krankenpfleger draußen im Felde war, hat mich und die zahlreichen Parteigenossen, die ich gesprochen habe, nichts so sehr im Innern bewegt wie die Kunde, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich gespalten hat, und daß damit selbstverständlich auch die Gefahr der Spaltung der sozialdemokratischen Partei gegeben sei. Das Urteil, das über diesen Schritt draußen gefällt wurde, war durchaus einheitlich. Ich werde bei meinen Ausführungen die Rednerin der „Internationale“ zusammenwerfen mit den Zueingängen Haases, denn es scheint auf jener Seite ja schon eine Art von Entente vorhanden zu sein. (Geisterleit. — Lebedour: Hoffentlich!) Wenn aber die Genossin Dander jetzt schon einen hinauswurf androht, so wird sie gegenüber der Internationale zunächst eine Aufgabe zu erfüllen haben, denn nach ihrer Ansicht haben doch nicht nur wir die Grundsätze vertreten, sondern die anderen Mitglieder der Internationale haben sehr viel mehr getan als wir, und darum muß dort zunächst mit dem hinauswurf angefangen werden. (Sehr gut!) Wir werden dann ja ein interessantes Schauspiel erleben. Für uns draußen hat es nur eine einzige Frage gegeben: wie kamen Sie dazu, nicht einmal, sondern mehrere Male die Kredite zu bewilligen in einer Zeit, die für jeden draußen weit weniger gefährlich war als die augenblickliche Stunde, wo Sie die Kredite verweigern. Kautsky wird allerdings behaupten, daß sie eben ein „Jerrum“ gewesen. Nun ist doch Kautsky der Inbegriff aller Parteimeisheit. (Geisterleit.) Wenn Sie es aber bis jetzt erst soweit gebracht haben, daß Sie die Beschlüsse und Daten in einer Stunde, in der es sich nicht um gleichgültige, sondern immerhin um weltgeschichtliche Ereignisse handelt, als unrichtig bezeichnen, wenn Sie später zugestehen müssen, daß Sie sich geirrt haben, dann ist mit einer derartigen Politik für die Praxis außerordentlich wenig anzufangen. (Sehr richtig!) Wenn niemals die Kredite zu bewilligen waren, dann im jetzigen Augenblick. Haase hat etwas gesagt, was nur scheinbar stichhaltig ist, nämlich daß jeder Eroberungskrieg in einen Defensivkrieg ausarten könne, und daß man daher eigentlich niemals entscheiden könne, ob man angegriffen wird oder nicht. Das ist aber vollständig falsch. Haase hat nicht in den Vordergrund seiner Betrachtungen gerückt, was er hätte tun müssen, was nämlich die ausländischen Staatsmänner noch jetzt, und jetzt noch vielmehr als früher über die Kriegsziele der Entente und die Vernichtung Deutschlands gesagt haben. (Sehr richtig! — Lachen bei der Opposition.) Haase hat gesagt, Bethmann Hollweg sei genau so schlecht wie alle anderen Minister, denn in den Ländern der Entente müßte es zum Widerstand reizen, daß er Belgien in irgendeiner Form zu annektieren beabsichtige. Der Reichskanzler hat aber bezüglich Belgiens nur gesagt: „Kann jemand glauben, daß wir die im Westen bestehenden Gebiete, die mit dem Blut unseres Volkes getränkt sind, ohne völlige Sicherheit für unsere Zukunft preisgeben werden? Wir werden uns reale Garantien dafür schaffen, daß Belgien nicht englisch-französischer Vasallenstaat, nicht militärisch und wirtschaftlich als Bollwerk gegen Deutschland ausgebaut wird.“ Und in diesem Punkt stimme ich dem Reichskanzler vollkommen zu. (Beifalles Hört! Hört! bei der Opposition. — Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Ich bedanke mich dafür, daß ich ein englischer Sclot werde, oder daß ich gezwungen werde, mich zur französischen Douce-Republik bekennen zu müssen. (Sehr gut! — Lebedour: Unsinn! — Ebert rügt den Zuruf.) Haase hat erklärt, daß England zu einem

Frieden vor der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht bereit gewesen sei. Ich verstehe nicht, wie ein Politiker mit Verantwortung das sagen kann. Weiß denn Haase nicht, was die englischen Staatsmänner und das englische Volk in den letzten 20 und 30 Jahren gesagt und getan haben? Hat Haase davon keine Ahnung? (Lachen bei der Opposition.) Dann lesen Sie einmal nach, was die „Englische Ingenieurzeitung“ (Lachen bei der Opposition) in einer ihrer Nummern geschrieben hat. (Lachen bei der Opposition.) Das sind Tatsachen. (Breg: Die Lachen Tatsachen aus der Welt!) Diese Zeitung schreibt, daß es die Absicht jedes Engländers sein müßte, nicht nur Deutschland zu besiegen, sondern alles, was in Deutschland an Industrie vorhanden ist, systematisch zu zerstören und zu unterdrücken. (Lachen bei der Opposition.) Nun, wenn Sie das nicht gelten lassen wollen, dann lassen Sie vielleicht gelten die Worte und Taten der englischen Gewerkschaften, angefangen von dem Augenblick, wo sie sich zur Auslieferungspolitik ihrer bürgerlichen Regierung bekannten und wo sie genau so kapitalistisch gehandelt haben, wie ihre kapitalistischen Brotherren. (Zuruf bei der Opposition: Wie bei uns!) Ich frage Sie von der Minderheit, ob wir, wenn wir jetzt wieder hinausgehen, draußen noch weiter unsere Pflicht tun sollen. (Lebedour: Selbstverständlich!) Aber Sie lassen uns im Dreck sitzen. (Beifalles Zustimmung bei der Mehrheit. — Lachen bei der Opposition.) Machen Sie es einem Idioten klar, daß Sie die Soldaten hinauscheiden, von denen Sie wissen, daß sie in täglicher Gefahr für ihr Leben stehen, und daß Sie trotzdem nicht das bewilligen, was man draußen nötig hat für den persönlichen Schutz und für die Verteidigung des Vaterlandes. (Zuruf bei der Opposition: Blödsinn!) Wenn ein erheblicher Bruchteil draußen die Anschauungen hätte wie Haase, dann, ich gebe Ihnen die Versicherung, würde die deutsche Front nicht mehr bestehen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Warum tut jeder draußen seine Pflicht gegen eine kolossale Uebermacht, warum steht jeder seinen Mann trotz des persönlichen Unwillens und Geschimpfes, das nun einmal in der menschlichen Natur liegt? Weil jeder weiß, daß es sich, und daran ändert keine Rede und keine feingespinnnere Rabulistik etwas, um nichts anderes handelt, als um die Verteidigung des Vaterlandes. (Beifalles Beifall. — Widerspruch bei der Opposition.) Es handelt sich um die Verteidigung des Landes, das nach meiner persönlichen Ueberzeugung trotz alledem wert ist, daß es verteidigt wird. (Sehr richtig!) Wenn draußen nach Haase gehandelt würde, dann würden Sie erleben, daß die Franzosen in vier Wochen am Rhein stehen, und dann würden Sie von der Minderheit nicht mehr so frei reden können wie jetzt. (Lachen bei der Opposition.) Es hat sich für die militärisch-politische Lage nichts geändert und Sie haben deshalb heute genau so wie am 4. August die Kriegskredite zu bewilligen. Glauben Sie, daß einer draußen seine Pflicht tut, um der Regierung ein Vertrauensvotum zu geben? (Sehr gut!) Sie tun es, weil es gilt, die Pflicht einer schmieren Stunde zu erfüllen. (Zuruf bei der Opposition: Weil sie müssen!) Sie sprechen von der revolutionären Kraft des Proletariats. Wenn ich mit einem Kornister zurückkomme, der angefüllt ist mit Ihren Reden und iden, leeren Schreiberereien, dann habe ich kein Interesse an der Befestigung meines Landes. Wenn ich aber weiß, daß ich Opfer gebracht habe, und wenn jeder Sozialdemokrat mit diesem Bewußtsein zurückkommt, dann wird eine wahrhaft revolutionäre Kraft geboren, dann kann man hintreten vor die Regierung und verlangen und durchsetzen. Mehr als die Kunde von der Ablehnung der Kriegskredite hat mich in Uebereinstimmung mit Tausenden draußen empor, daß die Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sitzengeblieben ist bei der Ehrung der toten Helben von der Nordseefront am Stageral. (Zurufe bei der Opposition: Unwahrheit!) Das sind Proletarier, die für Sie mitgefallen sind. (Zurufe bei der Opposition: Unwahr!) Es ist nicht bestritten, daß Sie nicht aufgestanden sind. Wenn tausend Möglichkeiten für die Arbeiterklasse, durch die Gunst dieser Zeit emporzukommen, verlorengegangen sind: auf Ihren (zur Opposition) Schultern ausschließlich ruht die Verantwortung und Schuld für alle Zeiten. (Beifall bei der Mehrheit.)

Ebert: Ich bitte die folgenden Redner, sich genauer an die Redezeit zu halten. Ich werde Sie nach Ablauf der Redezeit darauf aufmerksam machen und bitte dann, zum Schluß zu kommen.

Lautant: Es wäre gut, wenn Ebert schon den ersten Redner erinnert hätte, so daß er nicht die doppelte Redezeit ausgenutzt hätte.

Ebert: Der Redner hat etwa vier Minuten seine Redezeit überschritten, ich habe ihn dreimal gemacht zum Schluß zu kommen.

Lautant: Dem letzten Redner möchte ich nur zwei Sachen entgegenen. Es ist wohl noch nicht genug damit, daß die Arbeiterschaft als Kanonensfutter für den Kapitalismus gebraucht wird, wo sie noch nicht die Macht hat, dagegen zu kämpfen, sie soll auch noch im Kapitalismus die Peitsche in die Hand geben, mit der sie Prügel bekommen soll, sie soll die Mittel bewilligen, mit deren Hilfe sie totesgeschossen werden. Schleppenträger des Kapitalismus sind Sie. Dann will ich noch einige Behauptungen des Parteivorstandes klarstellen. Ebert erklärte, in Berlin VI wäre ein alter Funktionär von seinem Posten abgesetzt worden, weil er die Petitionsliste des Parteivorstandes verbreitet hat. Wie war es denn? Wir haben den Kopf umgeändert, weil wir im dritten Passus mit den Sätzen über die Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands nicht einverstanden waren, denn das konnte jeder unterschreiben, auch die bürgerlichen Parteien. Deshalb konnten wir diese Listen nicht unterschreiben. Aber wir wollten eine Aktion für den Frieden unterstützen und haben deshalb den Kopf abgeändert. Genosse Krieb als Abteilungsleiter in meiner Abteilung — er vertritt den verhassten Abteilungsleiter — hat aber die ihm übergebene Liste von Groß-Berlin unterschlagen und den Bezirksführern die Liste des Parteivorstandes gegeben, und sie ihnen als geheim bezeichnet.

Da haben die Bezirksführer ihm klar gemacht, Du darfst uns nicht die Unwahrheit sagen, und haben ihn als Abteilungsleiter abgesetzt. Das hätte wohl jede Organisation getan. (Zwischenruf.) Daß Sie dagegen protestieren, ist bezweifelnd.

Die zweite Sache ist der Sympathiestreif in Berlin. Ich habe ihn mitgemacht und kann erklären, alles, was hier gesprochen ist von dem Munitionsarbeiterstreik usw. ist die Unwahrheit. Kein Mensch hat an einen Munitionsarbeiterstreik gedacht, es ist auch vor dem Streik kein Wort über Munitionsarbeit geschrieben worden. Alle Flugblätter darüber sind nachher gekommen. Genosse Cohen schüttelt den Kopf. Dann weist Du es nicht. (Cohen: Meiner Kopf darf ich doch wohl schütteln. Große Geisterheit.) Cohen glaubt, er macht einen Wit. Die Situation war in den Werkstätten so, daß die Erbitterung sehr groß war. Ohne Zweifel hat die Ernährungsfrage da mitgespielt, aber auch das, was in der Partei geschehen ist. Die große Masse der Berliner Genossen ist dagegen und die mutige Tat Liebnechts hat die Sympathien der Arbeiterschaft erzeugt, und als der Tag kam, wo seine Verurteilung stattfinden sollte, sind die Arbeiter ohne jeden Einfluß von irgendeiner Gruppe hinausgegangen. Wer das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Ich weiß das. (Zuruf: Woher weißt Du das?) Wenn es darauf ankommt, dann sage ich es auch, dann habe ich keine Angst vor den Folgen. (Lebedour: Das ist Provokation. — Erregte Zwischenrufe und Glocke des Vorsitzenden. Lebedour ruft: Das ist Spitzelei!)

Ebert: Der Zwischenruf von Lebedour war unparlamentarisch. Ich weise ihn zurück und bitte dringend, solche Zwischenrufe zu unterlassen.

Lautant: Die Vorwürfe sind mir ja gemohnt, auch Ebert hat sie uns an den Kopf geworfen, als er von den anonymen Flugblättern sprach. Jeder weiß doch, wenn jemand etwas gegen die Regierung schreibt und seinen Namen darunter setzt, so ist er den anderen Tag verhaftet. Wie kommen Sie also dazu, es als Verbrechen und Feigheit hinzustellen, daß der Name nicht darunter steht? Tatsache ist doch, daß in den Flugblättern die Regierungs-politik angegriffen wird, und deshalb fehlen die Namen. Alle anderen Flugblätter der Opposition sind von Lebedour und Hoffmann unterzeichnet. So mutig wie Sie sind wir auch. (Beifall.)

Cohen hat ebenjotut Behauptungen aufgestellt wie Haase auf der anderen Seite, und er weiß auch nicht, ob sie richtig sind. Die Tatsache besteht, daß nicht nur Blumenthal, sondern daß aus jeder Werkstatt ein Genosse herausgegriffen und von der Polizei verhaftet worden ist. Sie waren tatsächlich

Geiseln für die ganze Sache, weil wir einen Sympathiestreif gemacht haben. Ich muß aber sagen, Genossen, ich wünschte, die Arbeiterschaft käme bald wieder auf einen Standpunkt, wie er bei diesem Streik sich zeigte. Wie die Leute aus der Werkstatt hinausgingen ohne Beschluß, ohne Führung, ohne irgendwie aufgebeht zu sein, Frauen und Männer, alles, ob sie organisiert waren oder nicht, das war ein so erbebendes Gefühl, daß ich wünschte, ich könnte es einmal wieder erleben. (Lebhafter Beifall und Handklatschen bei der Opposition.)

Vorsitzender Ebert: Es ist eine Resolution eingelaufen von David und anderen Genossen. David will sie begründen und beansprucht dafür die verlängerte Redezeit von 20 Minuten. Die Resolution, die bald zur Verteilung kommen wird, lautet:

Zur Friedensfrage.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt die Pflicht der Landesverteidigung. In der Ueberzeugung, daß nur durch geschlossenes Zusammenstehen in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden das Deutsche Reich vor Zersplitterung, vor politischer und wirtschaftlicher Knebelung bewahrt werden kann, hat die Sozialdemokratie sich zu Beginn des Krieges in Reich und Glied mit der Gesamtheit des deutschen Volks gestellt. Noch immer ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg, noch immer gilt es, schwere Gefahren, die unserem Lande drohen und die die Arbeiterschaft nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren.

Wir danken unseren Brüdern im Felde, die auf allen Fronten dem Ansturm feindlicher Uebermacht todesmutig standhalten. Die Sozialdemokratie ist noch wie vor entschlossen, auszuhalten in der Verteidigung unseres Landes, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unverletzlichkeit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet. Sie weist alle gegen das Reich und seine Verbündeten gerichteten Vernichtungs- und Eroberungsziele der feindlichen Mächte zurück. (Bernstein: Ru! Teufel! Gegen die Türken auch?) Ebenso entschlossen aber wendet sich die Sozialdemokratie auch gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich diese Politik (Stadtgrafe: Und unterstützt sie praktisch!) und beurteilt sie auch deshalb aufs schärfste, weil sie den Widerstand der gegen uns kriegsführenden Mächte stärkt, die Bestrebungen der Kriegstreiber im Ausland fördert und so zur Verlängerung des Krieges beiträgt.

Die Sozialdemokratie stellt die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes beim Friedensschluß an die Spitze ihrer Kriegszieleforderungen. Sie fordert aber auch die Beachtung der Lebensinteressen der anderen Völker in der Ueberzeugung, daß nur ein solcher Friede die Gewähr der Dauer in sich trägt. Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-, Wirtschaft- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Ideal eines dauernd gesicherten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik.

Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges bekundet und betätigt. Die Reichskonferenz behauert, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Nicht nur, daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden bis jetzt schroff zurückgewiesen und mit Verschmäherungs- und Eroberungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen. Den für die Weigerung eines Zusammenkommens mit uns angeführten Grund, die deutsche Sozialdemokratie mache sich dadurch, daß sie zu ihrem Lande steht, zur Mitschuldigen an einem angeblichen Ueberfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht.

Durchbrungen von der Ueberzeugung, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der arbeitenden Volksmassen aller Länder auch in Zukunft den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in enger Fühlungnahme miteinander führen müssen, halten wir den Wiederaufbau einer arbeits- und kampfstarken sozialistischen Internationalen für notwendig. Die Reichskonferenz billigt darum das Bestreben der deutschen Parteileitung, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen.

Indem die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit seinen unermesslichen Opfern an Menschenleben und Naturgütern denen zuschiebt, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein wachsender Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des furchtbaren Blutvergießens sich durchsetzt.

Von der deutschen Regierung aber fordert sie, daß sie unausgesetzt bemüht ist, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den lang-ersehnten Frieden wiederzugeben.

E. Auer. Sebering. Dr. Stadnauer. Nimmerfall. Limm. Ed. Schmid. Ged-Mannheim. Graf. Mauerer. Simon-Augsburg. Wernthal. Raab-Binder. Weins. Sachse. Dr. David. Franz Schmitt. Wos. Karl Hahn. G. Strobel. Saenger. Huber-Rudwigsdorfen. Schöpflin. Otto Stolten. Koske. Dr. Südekum. Keil. Meerfeld.

(Aufe: Zur Geschäftsordnung!)

Gottschall-Königsberg (zur Geschäftsordnung): Ich wollte mir die Anfrage erlauben, ob auch alle sonstigen Begründer von Anträgen oder Resolutionen, die für diesen Verhandlungsgegenstand gestellt und damit gemeinsam verhandelt werden, ebenso eine verlängerte Redezeit bekommen. Auf den bisherigen Parteitage ist nämlich gemeinhin die Geschäftsordnung nicht so gehandhabt worden, sondern Anträge und Resolutionen, die gemeinhin mit einem Punkt der Tagesordnung verhandelt wurden, erhielten nicht diese Vorzugsstellung.

Vorsitzender Ebert: Die Geschäftsordnung besagt an der Stelle, die hier in Frage kommt: „Die Einbringer selbständiger Anträge haben zu deren Begründung eine Redezeit von 20 Minuten.“ (Redebour: Selbständiger Anträge!) Warten Sie nur ab. Ich halte den Antrag David für einen selbständigen Antrag, da es sich nicht um einen Zusatzantrag handelt. Diese Praxis ist auch auf den Parteitage immer geübt worden. (Widerspruch.) Parteigenossen, die zur Begründung solcher Anträge die verlängerte Redezeit beansprucht haben, haben sie bekommen.

Haase: Ich halte diese Praxis für bedenklich, ganz gleich, von wem sie ausgeht und gegen wen sie gerichtet ist. Es handelt sich hier um ein Manifest und nicht um einen selbständigen Antrag. Stellen Sie sich die Konsequenzen vor! Es braucht nur jeder der folgenden Redner ein Manifest auszuarbeiten, so wäre unsere ganze Geschäftsordnung über den Haufen geworfen. Wenn man aber zu unerträglichen Konsequenzen kommt, so ist das stets ein Anzeichen dafür, daß etwas nicht stimmen kann. Diesmal stimmt es deshalb nicht, weil ein selbständiger Antrag von David nicht gestellt ist. Bleiben wir also bei der alten Praxis und machen wir keine Ausnahme.

Keil: Es ist auf den Parteitage nicht immer so verfahren worden, wie es Haase darstellt, aber auch nicht immer so, wie es Ebert sagt. In der Regel ist so verfahren worden, wie es Ebert schilderte. Wenn aber eine Materie vorliegt, zu der eine Fülle von Anträgen teils vorher gestellt, teils auf dem Parteitage entstanden sind, dann hat man nicht jedem dieser Antragsteller die verlängerte Redezeit gewährt, sondern man hat einzelne Anträge als Hauptanträge bezeichnet und für ihre Begründung die Redezeit verlängert. (Widerspruch.) Aus dem Protokoll des letzten Parteitages sehen Sie, daß bei der Steuerfrage Geher zur Begründung des einen Hauptantrages eine verlängerte Redezeit bekommen hat, nicht aber die vielen anderen Genossen, die Anträge aus den einzelnen Wahlkreisen zu vertreten hatten. So müssen wir auch hier verfahren. Es liegt ein wichtiger Hauptantrag vor, der eine bestimmte Stellungnahme zu dieser wichtigen Frage herbeiführen soll. Wird etwa ein

Begleitungsantrag gestellt, dann wird es die selbstverständliche Konsequenz sein, dem Begründer dieses Antrages ebenfalls 20 Minuten zu gewähren. Wir dürfen uns aber nicht darauf einlassen, daß nunmehr jeder irgendeinen Antrag formuliert, nur zu dem Zweck, sich 20 Minuten Redezeit zu verschaffen. Stehen sich zwei Hauptanträge gegenüber, so gelten die übrigen als Unteranträge.

Stadthagen: Das, was Keil sagt, ist bis zu einem gewissen Grade richtig, nämlich, daß die jetzt vorgeschlagene Praxis nicht immer auf den Parteitage geübt worden ist, sondern als durchaus unzulässig zurückgewiesen worden ist. Ich gebe auch zu, daß auf dem letzten Parteitage unter Protest in ähnlicher Weise, wie jetzt vorgeschlagen, verfahren ist, entgegen der bis dahin geübten Praxis. Sonst ist folgende Praxis eingehalten worden. Wenn selbständige Anträge, also Anträge gestellt wurden, die außerhalb des Punktes der Tagesordnung standen, dann hat der Antragsteller 20 Minuten zur Begründung bekommen. Hier stehen zwei Punkte auf der Tagesordnung. Der Antrag David gehört aber entschieden zu diesem Punkt der Tagesordnung und ist deshalb nicht als selbständiger Antrag im Sinne der Geschäftsordnung zu betrachten. So hat es Singer immer mit absoluter Bestimmtheit gehalten. „Selbständiger“ Antrag kann immer nur ein solcher sein, der einen selbständigen Punkt der Tagesordnung bildet. Wir sind hierher gekommen, um uns auszusprechen. Wenn das in der Art geschieht, daß der Redner meint, seine Gedanken wären schriftlich besser ausgedrückt, ich will nicht sagen, verschleiert, so mag er sie zu Papier bringen. Im übrigen aber muß die Redezeit gleichmäßig sein. Ich habe nichts dagegen, daß wir sie allgemein auf 20 Minuten verlängern. Aber es geht nicht, daß wir David eine längere Redezeit gewähren, weil er meint, er habe einen selbständigen Antrag eingebracht. Ist denn Genosse David, und sind denn die Mitunterzeichner des Antrages die einzig Selbständigen unter Ihnen? Dieser Antrag gehört unzweifelhaft zu dem vorliegenden Punkt der Tagesordnung, und darum kann auch die Redezeit nicht verlängert werden, wenn wir diese Verlängerung nicht allgemein festsetzen.

Vorsitzender Ebert: Die Unterscheidung von selbständigen und unselfständigen Anträgen ist in der Weise, wie sie Stadthagen macht, niemals auf den Parteitage gemacht worden. Es wurde immer so gehalten, wie ich es schon darstellte. Abgewichen wurde davon nur dann, wenn bei Beginn der Verhandlung der Vorsitzende sagte: wir stellen bei dem Punkt die und die Anträge mit zur Verhandlung, ich setze aber voraus, daß die Antragsteller nicht beanspruchen, ihre Anträge einzeln zu begründen. Damit haben sich die Antragsteller in der Regel einverstanden erklärt. Wenn aber im Laufe der Debatte selbständige Anträge gestellt und verlängerte Redezeit beansprucht wurde, dann ist sie auch gewährt worden. Ich fürchte auch nicht, daß bei dieser Praxis eine illoyale Ausnutzung der Geschäftsordnung eintreten wird. Ich setze das bei keinem Teilnehmer voraus. Wenn man allerdings Obstruktion treiben will, so kann man mit jeder Bestimmung der Geschäftsordnung Mißbrauch treiben. Im übrigen hat es dann ja die Konferenz in der Hand, gegen solche Mißbräuche einzuschreiten. Die zehn Minuten verlängerte Redezeit haben wir schon mit der Geschäftsordnungsdebatte ausgefüllt und ich bitte nun, damit zum Schluß zu kommen.

Haas: Ich meine, wir sollten Ausdrücke, wie Mißbrauch, Obstruktion hierbei lieber nicht gebrauchen. Das würde ja auch nur auf David zurückfallen, der zuerst mit dem Verfahren gekommen ist, das uns fraglos alle überrascht hat. Stellen Sie doch das ganz außergewöhnliche Ereignis einer Reichskonferenz in dieser schweren Zeit nicht auf eine Stufe mit den Parteitage. Gehen Sie sich, hier einen Weg zu beschreiten, der dem Mißbrauch Ein und Tor öffnet, und der jeden Augenblick den Verdacht aufkommen lassen muß, daß böser Wille vorliegt, daß Mißbrauch getrieben wird. Die von Haase ange deutete Konsequenz kann sehr leicht eintreten. Jeder kann das Bedürfnis fühlen, wie David einen selbständigen Antrag einzubringen; und dann soll der Vorstand entscheiden, ob Mißbrauch vorliegt oder nicht. Jeder, dem dann die verlängerte Redezeit verweigert würde, könnte das als Vergewaltigung empfinden. Genossen, hüten Sie sich, das schon ohnedies in so weiten Kreisen bestehende Mißtrauen zu vergrößern. Wir können uns alle mit zehn Minuten begnügen.

Warum wollen wir mit David eine Ausnahme machen? (Sehr richtig! bei der Opposition.) Es ist bezeichnend, daß Weil, der zuerst für die zehn Minuten Redezeit eingetreten war, damit möglichst viel Genossen zu Worte kämen, jetzt das Gegenteil sagt. (Sehr gut! bei der Opposition.) Wir wollen doch nicht mit so ungleichem Maße messen. Die heutige Konferenz kann kein Präjudiz für künftige Parteitage schaffen, aber auch die Praxis auf früheren Parteitagen kann nicht maßgebend sein für heute, weil wir hier unter ganz außergewöhnlichen Umständen tagen. Wir sollten keine Ausnahme von der Redezeit zulassen.

Dr. David: Ich bin sehr überrascht, daß der Vorschlag, mir zur Begründung 20 Minuten Redezeit zu geben, angegriffen worden ist. Ich hatte natürlich erwartet, daß auch von Seiten der Minderheit ein prinzipieller Antrag kommen würde, der dann von seinem Vertreter mit derselben Redezeit begründet werden würde. Wir haben die Geschäftsordnung der Parteitage akzeptiert, und ich appelliere an Ihre Erinnerung, daß auf den Parteitagen auch im Rahmen großer Debatten stets eine Reihe solcher prinzipieller Anträge in der Art behandelt worden sind, daß ihre Befürworter, die doch in der Regel für eine ganze Reihe von Unterzeichnern sprechen, diese Begünstigung der Verlängerung der Redezeit bekommen haben, was ja die Verhandlung nicht verlängert, sondern abkürzt, weil eine solche Begründung im Zusammenhang besser gegeben werden kann. Also irgendein Abweichen von der Praxis liegt hier nicht vor und ich bin sehr überrascht, daß eine solche Debatte sich darüber entspinnt. Ich bin der Letzte, der diese Verhandlungen irgendwie aufhalten oder irgendwelche besonderen Rechte für sich in Anspruch nehmen möchte. Aber dagegen das Recht der Geschäftsordnung in Anspruch zu nehmen, kann man doch lokalweise nichts einwenden. Ein Mißbrauch, wie Haase meint, ist unmöglich, schon weil zu jedem Antrag 20 Unterfertigungen gehören. Gegen einen offensichtlichen Mißbrauch kann man sich auch jederzeit schützen. Daß hier kein Mißbrauch vorliegt, sollte von jedem von Ihnen lokalweise zugegeben werden. Die Reichskonferenz mag darüber entscheiden. Ich persönlich mache aus den 20 Minuten keine große Sache.

Bernstein: In die Frage der 20 Minuten will ich mich nicht einmischen, ich glaube, daß David auch in 20 Minuten das Manifest nicht erörtern und erklären kann. Es enthält Punkte so verschiedener Art, von so großer Bedeutung, die einander teilweise widersprechen, daß es eine ganz besondere Erörterung verlangt. Man kann unmöglich von uns erwarten, daß wir bei diesem Gegenstand der Tagesordnung ein solches Manifest verhandeln, das schon durch seine Ueberschrift zeigt, daß es einen ganz andern Punkt betrifft, nämlich die Friedensfrage. Ich halte es nicht für richtig, dies Manifest bei der Besprechung der Politik der Partei zu erörtern, das mag einer späteren Debatte vorbehalten bleiben.

Dittmann-Sollingen: Ich muß mich dagegen wenden, daß David eine verlängerte Redezeit gegeben wird. Die Gedankengänge, die David in dieser Resolution niedergelegt hat, sind bekannt als die Gedankengänge der Mehrheit der Reichstagsfraktion und die beiden Genossen Ebert und Scheidemann haben den Auftrag gehabt, diese Politik der Fraktionsmehrheit hier zu vertreten. (Sehr richtig!) Nachdem wir zwei Referate über dies Thema von diesem Gesichtspunkt aus gehört haben, ist es einfach ungehörig, wenn jetzt ein dritter Referent noch einmal, vielleicht mit anderen persönlichen Variationen, dasselbe vorzutragen will, besonders ungehörig, nachdem David und seine Freunde es abgelehnt haben, daß jeder Redner auf der Konferenz 20 Minuten Redezeit haben soll. Bisher waren wir es gewohnt auf Parteitagen und ähnlichen Zusammenkünften, daß, wenn die Parteileitung Redner zu einem Tagesordnungspunkt bestimmte, dann auch die Parteileitung selbst dafür sorgte, wenn sie es für notwendig hielt, daß eine entsprechende Resolution vorgelegt wurde. Wir erleben es aber seit einiger Zeit, daß eine Nebenregierung diese Arbeit besorgt. (Sehr wahr! bei der Minderheit!) — Ebert: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung! Und als Nebenregierung treten jetzt diese Antragsteller auf. (Glocke des Präsidenten.) Das gehört sehr wohl zur Geschäftsordnung.

Vorsitzender Ebert: Das ist nicht Sache des einzelnen Redners, zu entscheiden, ob er zur Geschäftsordnung redet. Sie reden jetzt sachlich über den Antrag.

Dittmann (fortfahrend): Nein, nein, nicht sachlich über den Inhalt des Antrages. Ich rede lediglich darüber, ob es angängig, nachdem zwei offizielle Referenten gesprochen haben, sich aus der Versammlung heraus noch jemand aufstut als dritter Referent, ob sich noch eine Art Nebenregierung neben der eigentlichen Parteiregierung auf der Parteikonferenz etablieren soll oder nicht. (Schlußrufe.) Ich werde mir das Recht, zu reden, von Ihnen nicht verümmeln lassen. (Erneute Schlußrufe.) Ob Sie Schluß rufen oder nicht, ist mir gleichgültig. Ich bin von selbst am Schluß dessen, was ich sagen wollte, angekommen, deshalb werde ich aufhören und nicht weil Sie Schluß rufen. Ich sage also noch einmal (Heiterkeit und Unruhe), es wäre ungehörig, wenn die Konferenz jetzt etwas anderes beschließt, das wäre ein Ausnahmerecht.

Dr. Braun-Kürnberg: Ich habe nichts dagegen, daß David 20 Minuten erhält. Das ist eine sehr nebensächliche Frage der juristischen Auslegung. Weit wichtiger aber erscheint mir der Zusammenhang dieser Resolution mit den Voraussetzungen der Reichskonferenz. Die Reichskonferenz ist im Gegensatz zum Parteitag einberufen worden, mit dem Bemerkten, daß keine Beschlüsse gefaßt werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Ebert hat bei seiner Eröffnungsrede im gleichen Sinne gesprochen und Bartels hat bei der Prüfung der Mandate gesagt, wir können ruhig auf die Prüfung verzichten, da wir ja doch hier keine Beschlüsse fassen. Deshalb haben wir in dieser Geschäftsordnungsdebatte bis jetzt um den Kern der Frage herumgeredet. Es ist die allgemeine Meinung in der Partei in Deutschland gewesen, daß hier keine Beschlüsse gefaßt werden. (Sehr richtig! bei der Opposition.)

Vorsitzender Ebert: Diese Auffassung ist unrichtig. Es ist nicht gesagt worden, daß keine Beschlüsse gefaßt werden sollten, sondern keine bindenden Beschlüsse, die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen. (Große Unruhe bei der Minderheit.) Das ist im Parteiauschuß beschlossen und so habe ich auch mündlich diesen Beschluß bei Eröffnung der Konferenz deklariert. Gehen wir doch sparsam um mit unserer wertvollen Zeit. Wir debattieren jetzt rund eine halbe Stunde darüber, ob bei diesem Antrag eine Verlängerung der Redezeit gewährt werden soll. Das Wort hat Lipinski. (Große Unruhe.) Ich bitte um Ruhe. David verzichtet auf die Verlängerung der Redezeit. (Bravo!)

Lipinski: Der Parteiauschuß hat die Konferenz beschlossen unter der Voraussetzung, daß keine Beschlüsse gefaßt werden (Mufe bei der Mehrheit: Nein, nein!), die in die Kompetenz der Parteitage eingreifen. Was hier vorgeschlagen ist und nachher zur Beschlußfassung gestellt werden soll, ist eine Richtlinie für die Partei und soll als solche Geltung für die Politik der Partei haben. Dazu ist die Konferenz nicht berufen. Deswegen lege ich Protest dagegen ein, daß überhaupt Anträge in diesem Sinne auf der Konferenz zur Debatte gestellt werden. (Bravo! bei der Opposition.)

Vorsitzender Ebert: Ich erblicke in solchen Anträgen lediglich das Bestreben, die Meinung der Konferenz zum Ausdruck zu bringen. (Zurufe von der Opposition.) Es ist doch wirklich unmöglich, hier auch nur einen Satz auszusprechen, ohne fortgesetzt unterbrochen zu werden. Wir können doch ruhig und ordentlich miteinander verhandeln, zumal es sich hier um rein formale Dinge handelt und niemand eine böse Absicht verfolgt. Also es war von vornherein die Absicht, die Konferenz nicht zu hindern, ihre Meinung auszusprechen, das ist im Parteiauschuß offen gesagt worden, das haben wir auch in unserem Rundschreiben gesagt. Das ist doch übrigens auch selbstverständlich! Warum kämen wir denn sonst überhaupt zusammen, wenn wir unsere Meinung nicht zusammenfassen können in irgendeinem Beschluß. — Im übrigen ist die Sache jetzt erledigt, wir fahren weiter fort in der Debatte.

Dr. David: Genosse Haase hat mit Zitaten zu beweisen gesucht, daß wir am 4. August prinzipiell nicht gezwungen waren, den Krediten zuzustimmen. Er hat gegen eine Broschüre des Parteivorstandes polemisiert, in den Aufseherungen unserer Wortkämpfer wiedergegeben sind, dahingehend, daß wir in einer solchen Gefahr für unser Land einzutreten verpflichtet seien. Dieser Haase'sche Standpunkt ist immerhin schon wertvoll, denn wir wissen nun für die Zukunft, daß das Prinzip uns die Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht verbietet. Also prinzipiell ist es nach seiner Auffassung weder geboten noch verboten, die

Kredite zu bewilligen. Stellen wir uns also einmal auf diesen Standpunkt und fragen: Aus welchen Gründen hatten wir dann am 4. August für die Kredite zu stimmen? Da wir also „prinzipiell“ frei in unseren Entschlüssen waren, so hatten wir lediglich aus sachlichen Gründen nach der Situation zu urteilen. Welches war damals die Situation? Vom Osten her begannen sich die Millionenheere des Zaren in Bewegung zu setzen, vom Westen her die Millionenheere der mit dem Zaren verbündeten Republik, die sich mit der russischen Dampfwalze auf deutschem Boden treffen wollten. „Uns drohen feindliche Invasionen,“ so hieß es in unserer Erklärung. Und in einer solchen Situation wollte Haase diesen ganzen Vorgang zu einer rein parlamentarischen Vertrauensfrage für die Regierung machen. In dieser Situation mußten wir alles tun, um unser Volk vor der schrecklichen, ihm drohenden Gefahr zu schützen. (Zustimmung.) Das war keine parlamentarische Frage, das war eine große allgemein politische Frage. (Erneute Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Kardinalfrage war: was mußten wir tun, um diese Gefahr von unserem Lande abzuwenden oder — wie Kautsky damals so gut gesagt hat: Nachdem der Krieg einmal da war, wie die Alternative für die Sozialdemokratie der einzelnen Länder nicht mehr, wie der Krieg zu verhindern ist, sondern wie eine Niederlage abzuwenden ist. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die Entscheidung, ob man mit Ja oder Nein stimmt, läßt sich allein aus der Frage ableiten, wie man sich einer Niederlage des eigenen Volkes gegenüber stellt. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Fühlt man in seinem Innersten, daß alles zu geschehen hat, was geschehen kann, um dieses Verhängnis vom eigenen Volk und nicht zuletzt von den deutschen Arbeitern abzuwenden, oder kann man sagen, das ist eine parlamentarische Frage. (Haase: Eine politische Frage!) Da kann man nicht sagen, die Soldaten mögen hinausgehen und das Land verteidigen, aber wir lehnen ab, was sie dazu brauchen. (Zuruf: Wie immer!) Haase sagt, die Frage war: wie stellst du dich zur Regierung als der Krieg da war? Nein, da war die Frage: wie stellst du dich zu deinem Volke? (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Und da gab es kein Dazwischen, da gab es nur ein Für mich und Gegen mich. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) In einer solchen Katastrophe konnten wir uns gar nicht anders entscheiden. (Zuruf: Oder wir waren erlebte!)

Es ist eine ganz halloose Stellung, wenn Genosse Haase sagt, er sei zwar auch für die Landesverteidigung, nehme aber das Recht für sich in Anspruch, im Parlament Schritte zu tun, die nach dem Urteil sehr vieler in ihren Konsequenzen die Niederlage des eigenen Landes fördern müssen. Wenn die Fraktion als Ganzes damals eine derartige Politik getrieben, den inneren Zusammenhalt unseres Landes zerrissen und es unmöglich gemacht hätte, daß das deutsche Volk mit dieser Geschlossenheit gegen die gemeinsame Gefahr auftrat. Für jeden denkenden Menschen liegt die Gefahr auf der Hand, die dann eingetreten wäre. (Sehr richtig! — Unruhe bei der Minderheit.)

Lehnt man die Kriegskredite ab, so kann man es nur aus einer klaren Voraussetzung heraus tun und von dieser Voraussetzung geht die Spartacusgruppe aus. Die ist konsequent, deren Haltung vertrete ich. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die leugnet die Pflicht der Landesverteidigung, denn das Proletariat hat kein Vaterland. Die Niederlage ist ihr gleichgültig, weil es ihr eben gleichgültig ist, wenn das „Raubschiff“, auf dem wir fahren, in den Grund geschossen wird. Natürlich gehen wir dann alle unter, aber das geht uns nichts an. (Geisterzeit.) Von diesem Standpunkt aus kann man die Verantwortung für eine Niederlage ablehnen, das ist klar. (Zuruf: Wenn auch Wahnsinn!) Ja wohl, Wahnsinn vom Standpunkt einer Partei, die die Interessen des Volkes vertritt, die ein großes Stück des Volkes selbst ist. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Dieser Standpunkt ist nur begreiflich von dem Standpunkt einer internationalen im luftleeren Raum. Solche Sektierer kann es geben, solche Wahnsinnigen Gedanken können aufkommen. Aber den Standpunkt Haases: wir müssen das Land verteidigen, aber wir verweigern die dafür nötigen Mittel, das kann kein gesunder denkender Mensch begreifen. (Widerpruch bei der Opposition.) Wie kann man sagen: Ihr Soldaten müßt hinausgehen, müßt Euer Leben wagen, das billige ich, aber ich lasse Euch ohne Munition und ohne

Waffen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Zurufe bei der Minderheit: Unfsinn!) Das können Sie mit solchen Zurufen nicht aus der Welt schaffen.

Haase hat soviel von Verantwortung gesprochen. Wenn die Partei am 4. August nach dem Rezept Haases verfahren und wenn die Niederlage über unser Land gekommen wäre, die Invasion mit all ihren furchtbaren Schrecken, und wenn man uns dann hätte sagen können, daß wir mit verantwortlich dafür seien, daß die Einheit des Reiches auseinandergerissen wurde in der Stunde der höchsten Not, daß das deutsche Volk wirtschaftlich in der Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen wurde, daß die wirtschaftliche Basis für die stolze deutsche Arbeiterbewegung zertrümmert und damit ihr weiterer kultureller Aufstieg auf Jahrhunderte hinaus unmöglich gemacht wurde — diese Verantwortung wollten wir nicht tragen. (Haase aber hat am 4. August den Mut gehabt, angesichts der drohenden feindlichen Invasion diesen Standpunkt zu vertreten. (Haase: Ich betenne mich dazu!))

Haase hat uns als „Gefangene der Regierung“ bezeichnet. Wir sollten ihr mehr „Macht“ zeigen, sie auf unsere Kriegsziele festlegen. Ja wenn der Kanzler unsere Kriegsziele akzeptierte — Haase steht ja nicht einmal auf dem festgelegten Boden. Er ist angeblich gegen alle Annektionen, aber nicht gegen Annektionen anderer Länder gegen das eigene Land. (Unruhe bei der Opposition. — Haase: Unerhört! Wo habe ich das gesagt?) Wir haben in der These vom 15. August 1915, wo von der Sicherung und der politischen Unabhängigkeit des Deutschen Reiches die Rede ist, einen Satz aufgenommen, der sich gegen die französische Forderung einer Wiederangliederung Elsaß-Lothringens an Frankreich wendet, „einerlei in welcher Form sie erstrebt wird“. Wir wiesen damit Eroberungsabsichten Frankreichs auf Elsaß-Lothringen zurück. Dieser Passus wurde von der Fraktion mit 80 gegen 14, vom Parteiausschuß mit 31 gegen 7 Stimmen angenommen. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) 14 Abgeordnete stimmten also gegen einen Satz, der festlegen sollte, daß für die deutsche Sozialdemokratie die Elsaß-Lothringische Frage nur eine innerdeutsche Frage ist, daß sie unter keinen Umständen als internationale Frage gelten darf. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Unter der Unversehrtheit des Reiches verstehen wir selbstverständlich auch, daß wir keinen Frieden akzeptieren, der die Grenzen nach Deutschland hinein einengt. (Redebour: Sehr richtig!) Ja, Sie Genosse Ledebour, sind darin unserer Meinung. Die anderen denken aber nicht so. Jene 14 sind prinzipiell nur gegen Annektionen von deutscher Seite; sie wollen nur ja dafür sorgen, daß den feindlichen Ländern unserer Gegner von Deutschland kein Leid geschieht. Jede positive Sicherung für Deutschland lehnen sie ab. Wer da glaubt, daß ein deutscher Reichskanzler sich auf solche Kriegsziele einlassen kann, ist nicht ernst zu nehmen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn wir die Haasesche Politik befolgt hätten, hätten wir einmal eine ungeheurere Verantwortung für den Ausgang des Krieges gegenüber dem deutschen Volke übernommen und hätten uns in Deutschland politisch unmöglich gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Mit Verachtung hätte man auf uns hingewiesen als den Mitschuldigen einer deutschen Niederlage. Deshalb sage ich: ein wahres Glück für das deutsche Volk und für die deutsche Sozialdemokratie, daß die Politik Haases und seiner Freunde nicht zum Siege gelangt ist. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Eduard Bernstein: Ich bin einer von den 14, die gegen den von David verlesenen Satz gestimmt haben. David hat ein Bild gegeben, wie die Situation für Deutschland bei Ausbruch des Krieges stand, als die Millionenherze Russlands und Frankreichs angeblich bereitstanden, über Deutschland herzufallen. So lag die Situation aber nicht. (Lachen bei der Mehrheit.) Vergessen Sie nicht, daß am 1. August der deutsche Kaiser im Namen des Reiches an Rußland den Krieg erklärt hatte. Der Krieg war von Deutschland und Oesterreich-Ungarn von vornherein vorausgesetzt. Das Ultimatum an Serbien war im vollen Bewußtsein so abgefaßt, daß es Rußland auf den Plan bringen mußte, daß es von Serbien nicht angenommen werden konnte. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Serbien hat so ziemlich alles bewilligt, mit Ausnahme von zwei Forderungen, die es nach seiner Verfassung gar nicht sofort durchführen konnte.

Aber ich kann es Ihnen heute sagen, ich weiß es von sehr gut unterrichteter Seite (Nachdem bei der Mehrheit), daß der österreichische Gesandte in Belgrad den Auftrag hatte, die serbische Antwort auch dann für ungenügend zu erklären, wenn Serbien alle Forderungen Oesterreichs angenommen hätte. (Gört! hört! bei der Minderheit.) Oesterreich wollte den Krieg. Auch das deutsche Ultimatum an Rußland lautete so, daß es gar nicht angenommen werden konnte, denn es verlangte nicht nur die sofortige Demobilisierung gegen Deutschland, sondern auch die Demobilisierung gegen Oesterreich, während Oesterreich gegen Rußland mobilisiert hatte. Wir wissen das heute aus allen möglichen Quellen, ich habe es freilich schon im Winter 1914/15 gewußt. (Zuruf: Und Sie haben trotzdem für die Kredite gestimmt!) Ich habe es erst später erfahren, daß wir getäuscht worden sind. Es ist heute auch ziemlich bekannt, daß, als Sir Edward Grey durch Sir Gotchen und den Fürsten Bichnowsky die deutsche Regierung wissen ließ, daß England nicht beiseite stehen könne, wenn der Krieg mit Frankreich eintreten würde, Reichsmann Hollweg zurückweichen wollte und der Kaiser schon schamotend geworden war, daß aber dann die deutsche Militärpartei einfach den Krieg erzwingt. Dieser Krieg ist der Krieg des deutschen Militarismus, das können Sie nicht aus der Welt schaffen. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Dr. David: Des englischen Marinismus!) Der englische Marinismus hat diesen Krieg nicht angefangen. (Widerspruch. — Zurufe: Kronstadt, Juli 1914!) Für Frankreich liegen die Dinge ganz anders als für Deutschland. Einmal ist Frankreich so gut wie Deutschland mit Oesterreich mit Rußland verbündet. Es mußte, wenn Rußland angegriffen wird, ihm beistehen. Am 1. August erklärte Deutschland an Rußland den Krieg. Was tut Frankreich? Die französische Republik wartet ab. Warum? Weil in Frankreich der Friedenswille so stark ist, daß man bis auf den letzten Moment hoffte, den Krieg vermeiden zu können. (Widerspruch.) Wenn Ihr mir nicht glaubt, glaubt dem verstorbenen Jaurès, der in Brüssel gesagt hat, er wisse, daß seine Regierung den Frieden will. (Dr. David: Verlesen Sie Jaurès letzte Worte!) Die sind ihm in den Mund gelegt worden. Ich weiß nur, was ich schwarz auf weiß besitze und was Jaurès nach dem Brüsseler „Peuple“ damals in der Volksversammlung gesagt hat. Ich weiß weiter, daß unsere französischen Genossen auch nach Jaurès Tode nicht nachgelassen haben, auf die französische Regierung einzuwirken, damit sie den Krieg nicht erkläre. (Zuruf: Trotzdem haben die Franzosen für die Kredite gestimmt!) Aber, Genossen, Deutschland erklärt am 1. August den Krieg an Rußland, am 2. August rufen deutsche Truppen in Luxemburg ein, am 4. August in Belgien. Am 3. August hatte Deutschland an Frankreich mit Verufung auf die phantastischen und von den Franzosen bestrittenen Fliegergeschichten den Krieg erklärt. Was sollten da unsere französischen Genossen tun, die bis zum letzten Moment für den Frieden gewirkt hatten? (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Ich habe hier eine Rundgebung der französischen und belgischen Sozialisten von Anfang September an die Internationale, wo sie ihre Haltung rechtfertigen. Diese Rundgebung ist verdächtigt worden, als ob diese Genossen sich etwas anmaßt hätten, was ihnen nicht zustand, und sie im Namen des Internationalen Bureaus geschrieben haben. Das war aber nicht der Fall, wie die Unterschriften deutlich zeigen. Aber während man sie verdächtigt hat, hat man bekanntzugeben. Wollen Sie mir erlauben, sie zu verlesen? (Der Vorsitzende rät ab, die Redezeit entsprechend zu verlängern, und der Redner verzichtet.)

Die Bewilligung der Kredite war ein politischer Akt, und wenn wir uns ihre Wirkung damals nicht voll entgegenwärtigt haben, so hat die Erfahrung späterhin gezeigt, wie sie allgemein aufgefaßt wurde. Nicht bloß als eine Verteidigung, sondern als eine Billigung des Krieges. So ist es von unserem Volk, so auch vom Ausland aufgefaßt worden. Das war das Verhängnisvolle. Mit der Bewilligung des Geldes, meinte man, bewilligen wir den Krieg und machen uns damit verantwortlich für einen Krieg, den wir nicht gewollt haben, auf dessen Führung — ich meine nicht die militärische, sondern die politische während des Krieges — wir nicht den mindesten Einfluß haben. Wir sehen ja, wie die deutsche Regierung die Kriegsziele feststellen wird. Und dafür geben wir unsere ganze Kritik auf, unsere ganze Unabhängigkeit, dazu zermalmen wir die Internationale. Es ist meines Erachtens eine

Dummheit, wenn die französische Partei nicht mit uns zur Konferenz kommen will. Ich kenne keine sozialistische Partei, die dieses Ding (zeigt auf Davids Resolution) unterschreiben würde. Mit diesem Manifest, mit dieser Auffassung kommen wir nicht dazu, irgendeine gemeinsame Arbeit der Sozialisten aller Länder für den Frieden herzustellen, und das ist doch die wichtigste Aufgabe, die uns jetzt obliegt. Wie kommen wir zu einer einheitlichen Aktion? Und das hier (die Resolution) ist das Gegenteil, das ist die Spaltung der Internationale. (Beifall und Geklätschen bei einem Teil der Versammlung.)

Zuerst-Mündeln: Ich muß ein Bekenntnis ablegen. Ich war der Ansicht, daß auf der jetzigen Konferenz es möglich sein könnte, daß die Mehrheit und die Arbeitgemeinschaft zusammengeführt werden. Ich war ein naiver Optimist. Das hat mir die 3/4stündige Rede Haases von heute morgen gezeigt. Nach den Erlebnissen hier muß ich sagen, ich bin herzlich froh, wenn es so weit kommen wird, daß erreicht wird, daß den treitenden Brüdern klar wird, welch ungeheurer Schaden durch die bisherige Art der Befämpfung den Arbeitern und Organisationen zugefügt wird. Wir brauchen keine Mandate und Vertretung in den Parlamenten, damit der eine oder andere seinen Ehrgeiz befriedigen kann. Wir kämpfen für Mandate, um die Reaktion zurückzudrängen, um die Interessen der Arbeiter, um die Interessen der Kultur zu fördern. Der kleinliche ekelhafte Streit, ob zu einer Frage Weber oder Müller gesprochen hat, interessiert die Genossen gar nicht, sie wollen, daß die gebaltene Rede wirksam ist im Interesse der Arbeiter. Es wurde von Haase vom Appell an die schädelige Faust gesprochen und verurteilt. Dieser Appell wurde bemerkt, um die russische Berküfung der Arbeiter auf die deutsche Arbeiterbewegung zu übertragen. Die Aufforderung an die Arbeiter, die sozialdemokratischen Führer mit der Bundespartei zu traktieren, ihnen ins Gesicht zu spucken, die Beschimpfungen in den Flugblättern ist ein solcher Appell — eine solche Art der Befämpfung hat der Reichsverband in seiner Blütezeit nicht gemacht (Lebhafte Zustimmung), und gegen diese schimpfliche Art wehren wir uns, wir haben für sie nur Verachtung und Abscheu. Diese Art des Kampfes halten wir für ein Unglück für die ganze Arbeiterbewegung. Haase meint, wir dürfen von der Regierung keine Gefälligkeit annehmen. Ich halte das für selbstverständlich. Er hat dabei von Reskamentierungen gesprochen, ich weiß nicht, was er meinte. Ich habe schon bemerkt, daß Redakteure zurückbleiben, weil wir sie brauchen. In solchem Falle habe ich verlangt, was bürgerliche Blätter auch tun. Ich stehe auf dem Standpunkt, wenn bürgerlichen Blättern das Weitererscheinen ermöglicht wird, so muß das auch bei den sozialdemokratischen der Fall sein. Ich weiß nicht, was Haase im Auge gehabt hat, es ist mir unklar geblieben. (Lebhafte Zurufe.) Soweit ich den Zusammenhang hörte, fand ich das Vorgehen Haases sehr eigentümlich. (Zustimmung.)

Eine andere Sache. Der Fall Blumenthal wurde angeführt und es wurde so hingestellt, als wenn irgendeine Denunziation gegen ihn wegen seiner politischen Ansicht erfolgt sei. Ich frage Ledebour, ob es richtig ist, daß in Berlin in einer Versammlung der Vorsitzende erklärt hatte, er verbiete, daß Notizen gemacht werden, weil jedesmal, wenn 40 bis 50 Genossen beisammen sind, ein Spizel dabei ist. Ist das richtig? (Ledebour: Das weiß ich nicht, der Vorsitzende ist ja da und kann es selbst sagen!) Wenn der Vorsitzende eines Wahlkreises sich zu einer derartigen Konstatierung veranlaßt findet und die Leute so wenig bekannt sind, dann ist es leicht möglich, daß auch in die Versammlung, in der der Fall Blumenthal gespielt hat, ein Spizel gekommen ist, und wenn das der Fall ist, so weiß ich nicht, warum der Fall hier vorgebracht wird, wenn nicht um den Anschein zu erwecken, daß er von seinen eigenen Parteigenossen denunziert worden ist. Das ist ja das Verhängnis. (Zurufe: Es gibt noch andere Fälle!) Haase sagte, er versteht nicht, warum Ebert den Brief vorgelesen hat. Ich verstehe nicht, warum der Fall Blumenthal in seinen Ausführungen die breite Rolle spielen konnte.

War die Politik vom 4. August richtig, so kann sie später nicht Grundlosigkeit gewesen sein, kann sie nicht Parteiverrat sein, der die Arbeiterinteressen schädigt. Wenn ich nicht irre, hat auch Bernheim am 4. August zugestimmt, und die internationalen Beschlüsse von Kopenhagen und Stuttgart haben doch auch am 4. August bestanden. Die militärische Lage heute ist nicht nur die

gleiche, sondern nach meinem Dafürhalten heute viel kritischer, und die Aus-
hungerungsbestrebungen Englands sind heute wesentlich weiter fortgeschritten.
Unsere Truppen stehen in Feindesland und wehren ab, daß die Greuel des
Krieges nicht in unser Land hineingetragen werden. Genosin Dunder frei-
lich meint, es ist ganz gleichgültig, in welchem Land sich diese Greuel abspielen.
Ich möchte ihr raten, doch nach Frankreich zu gehen oder auch nach Dänemark.
Unsere Grenzen sind nur gesichert, solange unsere Truppen dem Ansturm der
Gegner standhalten können, und darum haben wir die Verpflichtung, als
Partei dafür zu sorgen, daß die Truppen auch die Möglichkeit dazu haben.
Nach der Richtung ist die Situation kritischer geworden. Italien und Rumänien
sind mit Kriegserklärungen gekommen, die kolossalen Anstrengungen an der
Somme zeigen, daß die Situation heute kritischer ist, als am 21. Dezember
1915, als die 20 Genossen die Erklärung abgaben, in der es heißt: „Unsere
Landesgrenzen und unsere Unabhängigkeit sind gesichert!“ (Lebhafte Zurufe.)
So kann heute nicht erklärt werden. Die Kopenhagener und Stuttgarter Be-
schlüsse sollen internationale Geltung haben. Sie sind gefaßt worden unter
der Zustimmung von allen Nationen. Wenn sie Wirkung haben sollen, müssen
sie auch international durchgeführt werden. Das ist aber nicht geschehen, das
konnten die Sozialisten nicht durchsetzen. Darum wäre es falsch, wenn wir in
Deutschland es einseitig durchsetzen wollten. Es ist richtig, daß Müller in
Paris war und versucht hat, eine Verständigung herbeizuführen. Was aber
war die Antwort? Es wurde von den französischen Genossen den Kriegs-
krediten zugestimmt, bevor es in Deutschland geschehen ist. Eine internationale
Verpflichtung kann nicht einseitig sein.

Man sagte, Kriegskredite müssen grundsätzlich abgelehnt werden und hat
sich dafür auf Bebel berufen. Aber Bebel hat sie 1870 nicht abgelehnt, sondern
sich der Stimme enthalten, am 4. August haben Sie selbst zugestimmt. Also
mit der Grundfalschheit der Sache hat es einen gewaltigen Haken. Die
deutsche Sozialdemokratie hat dann fortwährend gesucht, eine Einigung mit
den anderen feindlichen Parteien herbeizuführen. Diese Versuche wurden
schroff zurückgewiesen. Den Sozialisten der anderen Regierungen fällt es
gar nicht ein, aus den Regierungen auszutreten. Die „Humanität“ hat noch
in den letzten Tagen aufgefordert, daß in Saloniki viel härter und rücksichts-
loser vorgegangen wird. Und da sollen wir immer wieder kommen und uns an-
bieten. Das ist eine Unmöglichkeit und auch eine Zweckwidrigkeit.

Was soll nun für die Zukunft werden, soll die Zerreißung weitergehen?
Sollen die Parteifaktionen weiter gestört werden wie bei der Friedenspetition?
Sollen in den Werbeversammlungen für die Partei zum Gaudium der Gegner,
sollen bei den Wahlen zwei Sozialdemokraten gegeneinander kandidieren,
sollen die Flugblätter gegen Parteigenossen, wie sie in seiner Blütezeit der
Reichsverband nicht gewagt hat, weiterhin verbreitet werden, sollen im Reichs-
tag die Sozialdemokraten weiterhin zum Gaudium der Gegner und zum Nutzen
der Schatzmacher sich auseinandersetzen, soll weiter, wenn der Parteivorstand
und die Generalkommission eine Warnung zum Schutze der Arbeiter erlassen,
soll es weiter geschehen, daß sie dann als Knechte der herrschenden Klasse und
als Schergen der Militärjuziz verleumdet werden, so kann das nicht weiter-
gehen. In irgendeinem Ende müssen wir kommen. Und wenn die Genosin
Dunder davon gesprochen hat, daß nach dem Kriege eine Masse Genossen
herausfliegen müssen, so haben wir die Aussicht auf noch weitere Auseinander-
setzungen. So kann es doch nicht weitergehen. Wir müssen die Arbeiter auf-
rufen, daß sie Ruhe schaffen, wenn es von oben her nicht möglich ist. (Beifall
bei der Mehrheit.)

Kaisth-Berlin: Trotz des großen Gegenjages sind wir alle einig in
dem einen Gefühl, daß wir alle den Frieden herbeiführen mit allen Kräften
des Herzens. Aber diese Friedenssehnsucht ist auch das Mittel, um uns aus-
einanderzureißen, weil es zwei verschiedene Wege gibt, den Frieden anzu-
streben, nämlich den militaristischen Weg und den international-sozialistischen.
Der militaristische Weg will die Streitkräfte des Gegners vernichten und seinen
Willen dem Gegner aufzwingen. Der international-sozialistische Weg will
die Friedenskräfte in allen Nationen stärken und zusammenfassen und durch
ihre Kraft den Frieden herbeiführen. Beim ersten Weg sucht man den

Gegner zu schädigen und seine Lebensbedingungen zu untergraben. Beim
zweiten Weg will keine Nation der andern etwas antun. Nun wird man
sagen, der zweite Weg führt nicht zum Ziel, wir sind noch zu schwach dazu.
Das konnte man wohl früher sagen, bei den Niederschlagungskriegen. Aber
nunmehr führt gerade der militaristische Weg nicht zum Frieden, sondern
immer weiter in die Sackgasse hinein; heute ist der international-sozialistische
Weg der einzige, wahrhaft praktische Weg, der einzige, der sich auch schließlich
durchsetzen wird. Heute ist die Kriegslage so und sie wird wahrscheinlich bis
zum Ende so bleiben, daß wir uns verständigen müssen, und die Wahl ist nur,
ob es zur Verständigung kommt, wenn wir alle am Boden liegen, wenn alle
Völker erschöpft sind, oder ob wir früher die Vernunft zum Siege bringen.
Das aber ist unsere Aufgabe. Ob wir dabei Erfolg haben, hängt davon ab,
ob uns die Genossen mit Kraft unterstützen. Nun haben wir wenig Aussicht,
daß die Mehrheit uns bei diesem Bestreben unterstützt. Die Resolution
Davids ist das schlimmste Hindernis auf diesem Wege und die Rede zu diesem
Manifest ist die offene Erklärung und Unterbrechung des militaristischen Weges.
Er hat nichts anderes gesagt, als, wenn wir im Kriege sind, müssen wir
unter allen Umständen hinter der Regierung stehen und alle Mittel bewilligen.
(Lebhafter Beifall) Er hat sich auch auf Bebel berufen.
Hat denn Bebel im Jahre 1870 die Kredite bewilligt? Nein, und doch wählten
sich damals die Heerführer des französischen Kaisers auf die deutsche Grenze,
und niemand wußte, wie schwach sie seien. Jeder hielt sie damals für be-
deutend stärker. Trotzdem stellte sich Bebel nicht so hin wie David. Bebels
Luffassung ist eine andere, er sagte, nur in einem einzigen Falle darf man
die Kredite bewilligen, nämlich wenn man festgestellt hat, ganz einwandfrei,
daß das eigene Land überfallen oder der Krieg ihm aufgezwungen ist. (Zuruf:
Wo sagt er das?) Er hat immer gesagt, das Vaterland muß angegriffen sein.
Bebel hat diese Sache keineswegs im militaristischen Sinne aufgefaßt. Um
was es sich handelt, ist doch die Politik, die den Krieg herbeiführt hat, die
Frage, ob diese Politik im Kriege weiter verfolgt werden soll und ob sie nicht,
wenn wir sie vor dem Kriege bekämpft haben, auch in dem Kriege bekämpft
werden muß. Sie haben am 4. August die Kredite nicht bewilligt, um die
Russen von Dänemark fernzuhalten, sondern für eine Politik, die Schuld
ist, daß wir den Krieg jetzt schon zwei Jahre haben und noch weiter haben
werden. (Stürmische Unterbrechungen. Glocke des Vorsitzenden und Zurufe:
Ihre Politik verlängert den Krieg!) David selbst hat die Notwendigkeit ein-
gesehen, die Sache nicht bloß als kriegerische, sondern auch als politische zu
bezeichnen, und hat in der Resolution betont, daß Deutschland angegriffen
ist, daß es durch die russische Mobilisation zum Kriege gezwungen worden ist.
Diesen Passus können wir auf keinen Fall annehmen. Selbst wenn wir
der Ansicht wären, daß diese Konferenz das Recht hat, Beschlüsse zu fassen
und dadurch die trügerische Ansicht in die Welt zu schleudern, daß diese Be-
schlüsse die Majorität des deutschen Proletariats hinter sich haben. Denn
wir können über diese Frage gar nicht diskutieren. In der Frage, ob Deutsch-
land an dem Krieg schuldig ist oder nicht, gibt es Leute, die zu der entgegen-
gesetzten Anschauung kommen wie David, sie können aber ihre Ansichten nicht
wegen der Zensur in die Öffentlichkeit bringen, wohl aber konnte David
seine Meinung verbreiten. Scheidemann hat gemeint, es sei sicher, daß der
deutsche Kaiser diesen Krieg nicht gewollt hat. Ich habe keine Beziehungen zum
preussischen Hof und kann darüber nicht mitprechen. (Zurufe: Stand im
„Vorwärts“!) Ich kann jedenfalls nicht darüber sprechen. Aber wenn die
deutsche Regierung sicherlich den Krieg nicht wollte und trotzdem in ihn hinein-
gezogen ist, und zwar in einer Weise, die selbst bei den Neutralen miß-
billigt wurde, dann spricht das nicht für sie, und dieser Regierung gegen-
über keine Selbständigkeit zu bewahren ist die größte Gefahr, die dem
deutschen Volke droht. Meine Redner haben schon gesagt, wie die deutsche
Regierung mißbilligt wurde, weil sie das Vorgehen des Reichs gutgeheißen
hat, wie man annahm, daß sie dadurch Anstoß zur Mobilisation gedrängt
hat, wie nicht Frankreich an Deutschland, sondern Deutschland an Frankreich
den Krieg erklärt hat auf Grund einer Behauptung; die sich als ganz falsch
herausstellte. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Noch ein Wort über England.

England hatte 1910 Abrüstungsanträge der deutschen Regierung vorgeschlagen, diese aber hat sie abgelehnt. Unsere Partei beantragte, sie anzunehmen, doch wurde das abgelehnt. Selbst das „Berliner Tageblatt“ schrieb damals, die beste Gelegenheit, sich mit England zu verständigen, ist verpaßt worden. 1911 ist daselbe geschehen. Das englische Parlament brachte wiederum einen Antrag zur Verständigung über die Rüstungen ein, Deutschland aber lehnte das ab. Das wirkte wie ein Peitschenhieb, wie eine Kriegserklärung; seitdem war man in England überzeugt, daß Deutschland England überfallen wolle. Damals schrieb unter Handbuch für sozialdemokratische Wähler: „Seit 1871 ist die Situation in Europa nicht so bedenklich gewesen. Die bürgerliche Welt geht einer Katastrophe entgegen, die alles übertrifft, was die Menschen bisher erlebt haben. Zeigt nicht das deutsche Volk bei den Wahlen, daß es mit dem Lauf der Dinge von Grund auf unzufrieden ist, dann nimmt das Verhältnis seinen Lauf.“ Wir haben recht behalten gegenüber Bethmann Hollweg, und an dem Tage, wo wir recht behalten haben, haben wir uns soweit vergessen, daß wir uns unter das Kommando Bethmann Hollwegs gestellt haben. Und noch heute ist der Friede möglich, England und das englische Proletariat sind sofort dazu bereit. (Stürmische Unterbrechungen.) Wenn wir erklären, daß wir keine Annexionen wollen, daß wir Belgien wiederherstellen und zwar nicht als einen Basillienstaat, drittens die Wiederherstellung Serbiens aussprechen, wenn viertens Deutschland anerkennt internationale Schiedsgerichte und wenn es fünftens bereit ist, sich mit England über die Rüstungen zu verständigen (Zuruf: Und sechstens, alle Kosten zu zahlen!) und sechstens Gleich-Drohbringen eine republikanische Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches zu gewähren. Wenn die deutsche Regierung erklärt, sie erkennt diese Forderungen an, dann haben wir den Frieden. (Zuruf: Woher wissen Sie das?) Dann wird die Friedensstimmung in Frankreich und in England so groß, daß die Regierungen Frieden schließen müssen. Wer aber diese Forderungen ablehnt, ist für die Verlängerung des Krieges. (Anhaltender Beifall bei der Minderheit.)

Cohen-Neuf: In den Ausführungen der Genossen Haase, Bernstein und Kautsky hat die Behauptung, die Schuld dieses Krieges liege bei Deutschland, eine große Rolle gespielt und der lebhafteste Beifall, den Haases Freunde ihm gezeigt haben, beweist, daß sie in dieser Schuld Deutschlands eine besonders geeignete Plattform für ihre Ansicht sehen. Ich glaube, es wird ganz leicht sein, die Behauptung von Deutschlands Schuld an der Hand von Tatsachen zu widerlegen. Wer freilich, wie Bernstein, Haase und Kautsky, die Gründe des Krieges aus den unmittelbar vorher herausgegebenen Weißbüchern ermitteln wolle, den beneide ich nicht um seine marxistische Auffassung. (Sehr gut!) Kautsky hat mich belehrt, daß es falsch sei, bei einem historischen Geschehnis die wirklichen Gründe in dem äußeren Anlaß zu diesem Vorgang zu suchen. Die wirklichen Gründe liegen auch bei dem Kriege viel tiefer, und diese Gründe waren vor allem der tiefe Gegensatz zwischen England und Deutschland. Dieser Gegensatz hatte sich so zugespitzt, daß er auf die eine oder andere Weise zum Konflikt führen mußte. Wenn Sie folgern, ohne das Ultimatum hätte es keinen Krieg gegeben, so könnte man mit demselben Recht sagen, ohne den Mord von Sarajewo hätte es auch kein Ultimatum gegeben. (Lachen bei der Opposition.) Ja, das sind die Konsequenzen Ihrer Beweisführung, die dahin führen, daß schließlich der wirklich Schuldige an dem Kriege der Student Princić ist. Wie kann man aber annehmen, daß die deutsche Regierung einen Krieg gegen die stärksten Weltmächte provoziert, von denen sie von vornherein wußte, daß sie viel stärker sind als Deutschland, während dieselbe Regierung vor wenigen Jahren viel bessere Gelegenheit gehabt hätte, England oder Rußland zu schlagen. Wir wissen aus bester Quelle, daß einige Jahre vorher die Russen nach dem Russisch-Japanischen Kriege noch nicht stark genug waren, und daß damals die Engländer nicht einberufen waren mit der nachgiebigen Haltung, die Deutschland Rußland gegenüber einnahm. Deutschland hätte damals leicht und unter günstigen Bedingungen Krieg gegen Rußland führen können. Die deutschen Staatsmänner sollen nun ausgerechnet so weisungswürdige Politiker sein, daß sie

sich den Krieg bis zu dem Augenblick aufheben, wo sie wissen, daß die anderen am stärksten sind. Deshalb ist Deutschland nicht der englischen Einladung gefolgt, über Rußland herzufallen, wenn es imperialistische Tendenzen hatte? Deshalb wartete es bis zu dem Augenblick, wo der Erfolg des Krieges sehr angewiß und unwahrscheinlich war? Deshalb, wenn man diesen furchtbaren Krieg provozieren wollte, bei dem man wußte, daß England gegen uns stand, bei dem man sich auch sagen konnte, daß Italien nicht für uns war — ich erinnere daran, daß man von der Regierung seinerzeit schon gesagt hat, man könne nicht auf Italien rechnen —, weshalb führt man dann in demselben Monat Juli noch 3 Millionen Zentner Getreide aus? Wenn der Schutz des Prinzipz zwei Fürsten getroffen hätte, so wäre er ein Schutz ins Meer geblieben, wenn nicht das Verhältnis der europäischen Großmächte zueinander auf einem Grunde gestanden hätte, der bis zum Rande mit Explosivstoff gefüllt war. (Sehr richtig!) Wenn man natürlich der naiven Meinung Bernstein's ist, die ich rein sachlich als blühenden Unfian bezeichnen muß (er betritt sie in der „Neuen Zeit“), daß die deutschfeindlichen Tendenzen Englands neuen Datums sind (Wachen), und daß kein Volk und keine Regierung so schwer in den Krieg gegangen sei wie England (erneute Geisterzeit), so weiß ich nicht, was man dazu sagen soll. Weiß Bernstein nicht, daß es sogar in der Chamberlain'schen Periode, wo es für England von größter Bedeutung war, eine Festmacht als Stütze zu gewinnen, daß damals sogar in der englischen Öffentlichkeit sich eine weitgehende und mächtige Opposition erhob, unter der Parole, mit einem so gefährlichen Konkurrenten wie Deutschland könne man kein Bündnis schließen. So lagen die Dinge bei dem Gegensatz zwischen England und Deutschland. Wenn sich Kautsky hier hinstellte und sagte: die englischen Arbeiter würden für den Frieden sein, so hat er wohl vergessen, was Thorne, der es doch wissen muß, noch vor kurzem auf dem englischen Gewerkschaftskongress gesagt hat. Er sagte: wir würden der jeglichen und keiner folgenden Regierung Gefolgschaft leisten, wenn sie jetzt für den Frieden wäre. Kautsky hat sich auf Bebel berufen. Ich will mich auf Kautsky selber berufen, auf seine Forderung in der „Neuen Zeit“ vom 27. November 1914. Er hat damals, das ist so wichtig, daß wir es jetzt endlich einmal möglichst weiten Kreisen zugänglich machen müssen, geschrieben: Ein Krieg ist kein Kampf von Klassen, sondern zunächst von Regierungen. . . . An der Art des Ausgangs des Krieges ist das Proletariat trotzdem interessiert. Direkt steht dabei wohl kein proletarisches Interesse auf dem Spiel, aber indirekt können die Bedingungen seiner Entwicklung und seines Kampfes durch den Sieg der einen Regierung gefördert, durch den der anderen gehemmt werden. Darum muß es im Kriege Partei ergreifen, auch wenn es den Krieg selbst noch so sehr verurteilt. . . . Im Frieden ist die natürliche Stellung der Sozialdemokratie als Vertreterin der untersten Schicht des Volkes die der Opposition. . . . im Krieg ist sie in die unangenehme Situation veretzt, auf jeden Fall . . . auf Seite einer Regierung zu treten. Ist diese Regierung die eigene, dann heißt es, ihr die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, der selben Regierung, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert. (Laute Hör!-hört!-Rufe und Bewegung.) — Kautsky ruft: Ich habe nie gesagt, daß das auf die deutsche Regierung angewendet ist! — Große Bewegung. — Lebhafteste Zurufe: So ist es richtig! Dahin muß es kommen! — Heine: Da haben wir endlich das Zugeständnis! — (Lode des Vorsitzenden.) Auf diesen Einwurf war ich allerdings nicht gefaßt. Dann wollen Sie also sagen, daß die ganze internationale Sozialdemokratie ihren Regierungen das Geld bewilligen darf, nur die deutsche Sozialdemokratie der deutschen Regierung nicht. (Stürmische Zustimmung.) Sie dürfen mir glauben, es fällt mir nicht leicht, gegen meinen Lehrer vorzugehen. Ich habe so viel von Ihnen gelernt (Kautsky: Auch viel vergessen!), daß es mir nicht leicht fällt. Kautsky hat ebenfalls in diesem Artikel prinzipiell im allgemeinen die Stellung der Internationale zum Kriege auseinandergesetzt. Er erörtert da auch die Stellung der japanischen sozialistischen Partei zum Kriege und sagt: Die japanischen Sozialisten hielten es für ihre Pflicht, gegen die Kriegführung ihrer Regierung zu opponieren. Das, glaubten sie, gebiete ihnen die prinzipielle

Verwerfung des Krieges; tatsächlich wirkte auch ihre Stellungnahme nur in dem Sinne einer solchen Verwerfung, weil sie praktisch auf das Ergebnis der Kriegsführung keinen Einfluß gewann. Wäre die Partei groß und stark gewesen, dann hätte ihre Opposition keineswegs der Absicht, wohl aber dem Erfolge nach eine Stellungnahme nicht für den Frieden, sondern für den Jaren bedeutet. (Laute Hör!-hör!-Aufe.) Also Kautsky sagt grundsätzlich, daß ein Gegensatz gegen die Regierung im Kriege zu einer Unterjüngung des Jaren führen würde. (Zurufe: Das gilt aber nur für Japan, nicht für Deutschland!) Kautsky hat sich auf Bebel berufen und andere haben auch gesagt, wir hätten unsere Bündnispflicht gegen Oesterreich nicht erfüllen dürfen. Ich glaube, daß wir in diesem Falle allerdings früher sehr viel Falsches gesagt haben, und daß wir uns korrigieren, und zu der Taktik unserer Alten zurückkehren müssen. Engels ist es gewesen, der in viel weniger angenehmer Situation dem ihm selbst antipathischen Oesterreich die historische Aufgabe zugewiesen hat, unter allen Umständen dem Vordringen Rußlands auf dem Balkan entgegenzutreten. Bei der Battenberger Affäre hat Bebel den Standpunkt eingenommen, Deutschland dürfe nicht dulden, daß Rußland den ganzen Balkan beherrscht. Bebel sagte dem Jare nach: Wenn Rußland Serbien als Sprungbrett benützt, müssen wir uns mit Oesterreich solidarisch erklären. In einer Resolution, die Bebel der Versammlung vorschlug, heißt es: „Die Versammlung erklärt, daß sie jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel als eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands ansieht und darin zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung erblickt; sie erachtet es daher als eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.“ (Hört! hört! und Sehr richtig!) Das war 1886 unter dem Sozialistengeheß. Ich könnte noch sehr vieles über den englischen Gegensatz und über die Unmöglichkeit, auf diese Weise zum Frieden zu kommen, sagen. Ich bin der Meinung, daß auch Scheidemann nicht recht hat, wenn er sagt, die deutsche Regierung könne den Frieden bekommen, wenn sie erklärt, daß sie keine Annektionen will. Darauf preist England. Es kennt sehr genau unsere schwierige Lage, schwierig, wenn man die wirtschaftlichen Abwehrmaßnahmen und die strategische Lage in Zusammenhang bringt. Oesterreich wird diesen Krieg nicht ein Jahr mehr aushalten, sagt sich England, und dann brauchen wir nicht darauf zu warten, daß Deutschland sich gegen Annektionen erklärt, dann haben wir es in der Tasche, und es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu unserem Lande zu ziehen. (Stürmischer Beifall.)

Frau Bies: Es wäre für mich sehr verführerisch, auf die Ausführungen Cohens einzugehen, wenn die kurze Redezeit es gestattet würde, sie im einzelnen zu widerlegen. Wir liegt aber daran, besonders auf zwei Punkte einzugehen, und so muß ich leider auf diese Entgegnung verzichten.

Als 1849 Gottfried Kinkel seine wenig mutvolle, aber um so denunziatorischere Verteidigungsrede vor dem Kriegsgericht in Majstat gehalten hatte, schrieb Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Revue“: „Die deutsche sogenannte revolutionäre Partei ist so schlaff, daß Dinge, die in England und Frankreich einen allgemeinen Sturm heraufbeschwören würden, in Deutschland vorübergehen, ohne daß man sich darüber wundert.“ An diesem Ausdruck von Karl Marx wurde ich im Laufe der zwei Kriegsjahre sehr oft erinnert, und zwar dann, wenn große gewaltige Dinge sich ereignet hatten, von denen das Schicksal von Völkern abhing, das Leben von Millionen, und wo von der Stellungnahme der Partei das Schicksal der Partei und der Internationale abhing. Zum Beispiel als der Neutralitätsbruch gegen Belgien begangen war, der Bruch einer garantierten Neutralität durch einen der Garantien dieser Neutralität, durch Deutschland, da hätte man meinen sollen, daß sich gerade in den Reihen unserer Partei ein Sturm der Entzündung dagegen erhoben hätte. Und was haben wir gesehen, Parteigenossen? Nicht nur das, was Gaase hier heute morgen berichtet hat, daß es ihm nur unter schweren Kämpfen in der Fraktion möglich war, die verflämulierte Bemerkung in der zweiten Rede, die zu den Kriegskrediten gehalten wurde, hineinzubringen, wir haben noch etwas anderes

erlebt, Parteigenossen, haben in Rede und Schrift diesen Neutralitätsbruch beschönigt und verteidigt. (Hört! hört bei der Opposition. — Zuruf von der Mehrheit: Und Sie haben geschwiegen?) Es ist ganz richtig, daß in der ganzen Welt der Haß gegen Deutschland dadurch um so größer geworden ist. Wie Parteigenossen von neutralen Ländern, die uns hier besucht haben — dafür rufe ich meine Kollegen im Parteivorstand zu Zeugen auf — haben erklärt: Ihr könnt glauben, wenn die Internationale in Frankreich, England, Belgien und Holland Euch nicht freundlich gegenübersteht, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Ihr den Neutralitätsbruch gegen Belgien nicht beurteilt habt. (Hört! hört bei der Opposition.) Nicht allein die Kreditbewilligung, sondern auch diese Unterlassung war ein Unglück. Nachdem die deutsche Partei den Neutralitätsbruch nicht beurteilt hatte, mußten die Belgier natürlich den Eindruck gewinnen, daß sie sie auch in ihrem Herzen nicht beurteile, und als dann noch die Verteidigungen durch den Mund bekannter Führer kamen, mußten die Belgier den Eindruck gewinnen, als ob wir den Neutralitätsbruch gutheißten. Ebenso wie bei diesem Neutralitätsbruch ging es dann leider auch, als die 6 Wirtschaftsverbände ihre anexionistischen Pläne veröffentlicht hatten (Mollenbuhr: Veröffentlichung?), als allgemein bekannt geworden war, was für ungläubige Forderungen sie nach dieser Richtung hin stellten. Die Opposition hat über ein Jahr lang den Kampf dafür geführt, daß wir in einem scharfen Kampf gegen die Annektionen eintreten. (Sehr richtig bei der Opposition.) Dafür legen die Protokolle unserer Ausschüsse Zeugnis ab. Man hat uns stets geantwortet: was wollt Ihr, die Professoren und auch die sechs Wirtschaftsverbände können auch nichts durchsetzen, denn die Regierung, ihr Vertreter Bethmann Hollweg, hat uns ja selbst erklärt, daß er deren Petition in den Papierkorb geworfen hat. Seit wann verlassen wir uns denn auf die Ausführungen eines Ministers und eines Ministerpräsidenten der gottgewollten Abhängigkeiten, seit wann haben wir uns darauf verlassen, daß das, was diese sagen, auch wirklich zutrifft? Seit wann sind wir überzeugt, daß, wenn Bethmann Hollweg sagt, er ist gegen die Wünsche der sechs Wirtschaftsverbände, dann auch Bethmann Hollweg überhaupt nicht für Annektionen ist. Auch als wir darauf verwiesen haben, ob die Genossen denn ganz vergessen hätten, daß in den Reihen dieser Wirtschaftsverbände gerade die Ministerstürzer sitzen, da hat das alles leider nichts geholfen. Die Aktion, die jetzt gegen die Annektionen und für einen Frieden unternommen worden ist, die hätte längst vor mehr denn einem Jahre einsetzen müssen. (Sehr richtig bei der Opposition, Zuruf: 1914!) Dafür haben wir gekämpft, das haben wir leider nicht durchsetzen können. (Leinert: Haben Sie die Anträge geistelt?) Das fragen Sie mich, Genosse Leinert, und wissen doch, daß ich für all diese Dinge im Ausschuss gesprochen habe. Aber warum ist man dagegen gewesen? Nicht deshalb, weil man den Einfluß der sechs Wirtschaftsverbände plötzlich so niedrig einschätzte, nein, weil es leider in unseren eigenen Reihen so viele Annektionenanhänger gibt. (Lebhafte Zustimmung.) Man ist dagegen gewesen, weil diese Laftache unserer ganzen Bewegung die Geschlossenheit und Entschlossenheit genommen hat. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Aber hat nicht gerade das Treiben der Annektionisten und Ueberannektionisten dazu beigetragen, daß die Entenemächte immer aufs neue zu den schweren Angriffen gegen uns aufgepeitscht worden sind, daß der Friede in immer größere Ferne gerückt wurde? Ich bin doch dieser Meinung.

Wenn die Fraktion, statt am 4. August die Kredite zu bewilligen, sie abgelehnt und dann die Reichstagstribüne benützt hätte, um von dort aus ihren Standpunkt klar zu machen zu diesen Fragen, das Volk aufgerufen hätte, dann stände unsere Partei ganz anders da als heute. (Sehr richtig! bei der Opposition, Zuruf von der Mehrheit: Wir ständen überhaupt nicht da!) Nach drei Richtungen hätte unsere Partei ganz gewaltig gewonnen: in ihrem Einfluß gegenüber der Regierung (Wachen bei der Mehrheit), in ihrem Einfluß innerhalb Deutschlands auf die Volksmassen (Erneutes Wachen bei der Mehrheit) und in ihrem Einfluß innerhalb der Internationale. Gegen die Regierung (Wache des Vorsitzenden) — nur zwei Worte, es ist bedauerlich, daß man das nicht ausführlicher darlegen kann. Unser Einfluß auf die Regierung wäre größer, weil selbstverständlich, wenn die Sozialdemokratie sich auf ihren

alten grundsätzlichen Standpunkt gestellt hätte, die Regierung nie ihrer sicher gewesen wäre. Die Regierung hätte nie gewußt, ob die Sozialdemokratie nicht ihre Macht benutzen würde, die Massen auch auf die Straße zu bekommen. Ob wir das hätten tun können, ob das praktisch durchführbar war, ist eine andere Sache. (Lachen bei der Mehrheit, Zuruf: Das ist die Hauptsache!) Aber die Furcht davor (Gelächter bei der Mehrheit), daß man ebenfalls die Massen nicht in der Hand hat, die hätte uns einen ganz anderen Einfluß gegeben. (Reinert: Für Deutschland die Revolution, für Frankreich den Sieg!) Ferner hätte auch die Internationale ganz anders zu uns gestanden, wir hätten die Führung behalten und gemeinsam für den Frieden wirken können. Hätten wir von der Reichstagstribüne die Propaganda für den Frieden entfalten und alle die um uns sammeln können — nicht nur die Genossen allein, sondern darüber hinaus auch alle die vernünftigen Leute des Bürgertums, die mit uns auf dem Standpunkt stehen, daß es notwendig sei, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen, dann ständen wir auch innerhalb unserer eigenen Partei ganz anders da. Die furchtbare Parteiverdroffenheit, die jetzt herrscht, wäre nicht gewesen, die große Indifferenz und der Chauvinismus wären nicht eingetreten, jetzt haben wir ja vollständig unsere Agitation lahmgelegt. (Zuruf: In Berlin!) Sie wissen doch genau, wie bitter wenig überall geschehen ist. Dann kommt noch eins in Betracht. Wenn David vorher auch gesagt hat, wir müssen alles in den Dienst der Vaterlandsverteidigung stellen, dann weiß die Regierung ja, daß wir uns alles mögliche gefallen lassen, daß man uns alles mögliche bieten kann und alle Ausbehnung dagegen von uns selbst verhindert wird mit dem Hinweis: wir müssen alles in den Dienst der Verteidigung stellen. Dieses Aufgaben der eigenen selbständigen Politik der Fraktion ist es gewesen, das so furchtbaren Wirrwarr in unserer Partei hervorgerufen hat. Das goldene Vertrauen der Massen werden wir nicht eher wiedergewinnen (Zuruf von der Mehrheit: Das haben wir!), als wenn unsere Fraktion sich wieder auf den alten grundsätzlichen Standpunkt stellt, wenn sie sich davon befreit, daß von ihr gilt, was in dem Worte zum Ausdruck kommt, das Goethe Mephisto in den Mund legt: „Das Erste steht uns frei, beim Zweiten sind wir knechte.“ Wenn man wieder die alte grundsätzliche Politik betreibt, dann wird die Partei das Vertrauen der Massen wieder gewinnen, dann wird die Einheitlichkeit der Partei wieder hergestellt werden und (Lachen bei der Mehrheit) damit werden wir auch das Beste für die Herbeiführung eines Friedens schaffen. (Bravo! bei der Opposition.)

Legien: Die Vordrönerin hat durchaus recht. Wäre von der Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die von ihr empfohlene Taktik befolgt, wir ständen heute ganz anders da. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Dann brauchten wir uns heute nicht darüber auseinanderzusetzen, ob es in der Partei Anexionisten gibt oder nicht. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Nach der Rede Haases fragte ich mich: was es deswegen wirklich nötig, die Partei auseinanderzureißen, war es nötig, daß er als Vorsitzender der Partei den obersten Grundsatz der Disziplin und Unterordnung unter die Mehrheitsbeschlüsse einfach über den Gaufen warf? Nach meiner Ansicht nicht. (Sehr richtig!) Von seinen vielen unrichtigen Darstellungen der Vorgänge in der Fraktion will ich nur zwei richtigstellen. Haase sagte, er habe erklärt, daß er sich bei Zustimmung der Gewerkschaften mit einer Aenderung des Reichvereinsgesetzes in der Fassung des § 3 vom August 1915 einverstanden erklären würde. Das ist nicht richtig. Haase hat vielmehr auf eine Provokation von mir kurz erklärt, wir könnten uns mit einer Aenderung des Reichvereinsgesetzes begnügen, die den Gewerkschaften genüge. Es besteht ein großer Unterschied, ob Haase seine Zustimmung zur Vereinsgesetznovelle nur geben wollte, wenn sie dem im August 1915 beschlossenen § 3 entspricht oder ob er allgemein erklärt, die Aenderung müsse den Gewerkschaften genügen. Die Vertreter der Gewerkschaften haben, nachdem die Novelle eingebracht war, erklärt, daß ihnen die Fassung unter den gegenwärtigen Umständen einen Schutz für die gewerkschaftlichen Organisationsbeute und damit hätte für die Arbeitsgemeinschaft die Verpflichtung bestanden, für das Vereinsgesetz zu stimmen. (Sehr richtig!) Weiter hat Haase gesagt, in der Fraktion wären niemals die Seitensprünge von Heine, Reus

u. a. verurteilt worden. Die Fraktion hatte keine Veranlassung, zu Reden oder Schriften von Heine oder Reus Stellung zu nehmen, ebensowenig wie sie sich darum bekümmert, was Ledebour oder Haase jenseitig gesprochen oder geschrieben haben. Die Fraktion war aber verpflichtet, in dem Augenblick Stellung zu nehmen, wo es sich um Laten handelte, wo die Disziplin über Bord geworfen wurde. Da sind die von Haase kritizierten Mißbilligungen gekommen. Wer Haase und seine Freunde nehmen dieses Ueberbordwerfen der Disziplin ja nicht nur für sich in Anspruch, sondern sie fordern die organisierte Arbeiterschaft auf, ebenso zu handeln. (Widerspruch bei der Opposition.) Das ist das schlimmste, was man der Arbeiterschaft antun kann. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Haase hat die anonymen Flugblätter verteidigt, in denen dazu aufgefordert wird, gegen den Willen und hinter dem Rücken der Organisationsleitungen Streiks zu inszenieren. Das ist das stärkste, was ich bisher erlebt habe. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Haase: Ich habe das ja gar nicht gesagt.) Wie solche Streiks zu bewerten sind, hat Ebert ja deutlich geschildert. Ich bin erstaunt darüber, daß man auch von dieser Stelle aus solche Aufforderungen zur Arbeitseinstellung erläßt. (Haase: Das ist ein Irrtum, lesen Sie doch mein Stenogramm.) Haase hat sich ausdrücklich gegen den Aufruf des Parteivorstandes und der Generalkommission gewendet, in dem vor solchen Streiks gewarnt wird. (Zuruf: Das ist ganz etwas anderes.) Wer sich gegen diesen Aufruf wendet, heißt solche Streiks gut. (Widerspruch bei der Opposition.) Der Aufruf, der vom Parteivorstand und der Generalkommission ausgegangen ist, ist keine Denunziation der streikenden Arbeiter. Die Arbeiterschaft hat diesen beiden Körperschaften nicht nur eine große Vertrauensstellung gegeben, sondern ihnen damit auch eine schwere Verantwortung zugeschoben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Die beiden Körperschaften waren daher verpflichtet, die Arbeiterschaft vor solchen anonymen Flugblattverbreitern zu warnen und bringend zu warnen vor den dunklen Eristenzen, von denen die Flugblätter ausgehen. (Unruhe bei der Opposition.) Wer von Ihnen bekennt sich denn zu diesen Flugblättern? (Ledebour: Hört! Hört!) Es müssen doch auch nach Ihrer Meinung dunkle Eristenzen sein. (Ledebour: Das sagt der Kerl in der Zeit des Belagerungszustandes. — Drey: Selbst Kerl!)

Vorsitzender Ebert: Ich muß den Zwischenruf entschieden zurückweisen und bitte Ledebour, der wiederholt solche Äußerungen gemacht hat, noch einmal, dies zu unterlassen.

Legien: Mich berühren solche Bemerkungen von jener Seite nicht, die Seite kann mich nicht beleidigen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Haase hat uns nicht gesagt, welche Taktik er denn nun eigentlich will. Er hat nur gesagt, daß mit Eingaben nichts erreicht werden kann. Sein einziges Rezept ist, daß man die Parteigenossen mobilisieren muß. Ich meine, mobilisiert sind die Parteigenossen in ausreichendem Maße. Sie sind noch in letzter Stunde zu Demonstrationen für den Frieden mobilisiert worden. Leider war alle Mühe vergeblich. Haase hätte uns nun sagen müssen, welche Taktik nach seiner Meinung hätte eingeschlagen werden müssen. Nach einem Vortrag, den ich am 27. Juli 1914 in Brüssel im Deutschen Verein gehalten hatte, fragten mich die Genossen, was wir tun würden, wenn es zum Kriege kommen sollte. Ich habe ganz einfach geantwortet, daß wir uns unserer Haut wehren würden. Die Genossen waren entsetzt darüber, sie hatten erwartet, daß ich den Massenstreik empfehlen würde. Von uns hatten sie den Massenstreik erwartet. (Zurufe bei der Mehrheit: Von den anderen nicht!) In einem Lande mit der allgemeinen Wehrpflicht, wo ein Drittel der für den Massenstreik in Frage kommenden Männer zum Seeresdienst eingezogen wird und ein weiteres Drittel arbeitslos ist, ist der Gedanke an einen Massenstreik ja einfach Unsinn. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) So ist es ja auch gekommen. In den ersten Monaten nach Kriegsausbruch hatten wir in einzelnen Bezirken eine Arbeitslosigkeit bis zu 90 Proz. Das war die Massenarbeits-einstellung, aber gegen den Willen der Arbeiter. Wir haben den Krieg nicht verhindern können. Wir mußten aber versuchen, die unheimlichen Wirkungen des Krieges für die Arbeiterschaft möglichst zu mildern. (Sehr richtig! bei

der Mehrheit.) Darauf hat sich die Tätigkeit von Parteivorstand und Generalkommission gerichtet. Die Arbeiterschaft steht uns viel zu hoch und zu nahe — u n s steht sie nahe (Sehr richtig! bei der Mehrheit) —, daß wir nicht unsere ganze Kraft aufbieten würden, um die Kriegswirkungen für sie möglichst herabzumindern. Eins steht fest. Eine Niederlage für Deutschland heißt auch eine Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Meißner: So sagt es Bassermann auch!) Bei einer Niederlage würden wir nicht mehr ein exportierendes Land sein, sondern ein Menschen exportierendes Land werden und exportiert werden dann nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter. (Labour: Wie Stresemann!) Verliert Deutschland den Krieg, so verliert die Arbeiterklasse am meisten. Eine Niederlage Deutschlands würde weiter den Verlußt der von uns selbst geschaffenen Arbeiterkultur bedeuten. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Wir haben uns in Deutschland eine Arbeiterkultur geschaffen, wie sie in keinem Lande der Welt besteht. Diese Kultur wollen wir der Arbeiterschaft erhalten. Auf der Grundlage dieser Kultur wollen wir den Sozialismus erobern. Der Sozialismus ist keine reife Frucht, die man aus dem einen Land ins andere tragen kann. Wir müssen ihn im eigenen Lande dadurch herbeiführen, daß wir die Arbeiterschaft auf ein höheres Kulturniveau heben. Das ist unsere Politik. Das war die Politik der Generalkommission und des Parteivorstandes im Frieden und ist sie während des Krieges. Wir werden diese Politik weiter betreiben trotz aller Quertreibereien der sogenannten Opposition. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Walzer-Berlin VI: Dem Vorredner werden zur gegebenen Zeit die Arbeiter mit aller Deutlichkeit sagen, welche Auffassung sie von den schmachtvollen Antifreikämpfern des Parteivorstandes und der Generalkommission haben, die mit polizeilicher Hilfe vor den Fabriken Berlins verbreitet worden sind. Ich kann Ihnen sagen, daß unter Hunderttausenden von Arbeitern nur ein Gefühl der Verzweiflung für diesen Aufruhr vorhanden ist. (Zustimmung bei der Opposition.) Auer sagte, der Genossin Dunder schein e es gleichgültig zu sein, wo der Krieg sich abspiele. Mit diesem Ausdruck sollte natürlich nur gesagt sein, daß für die grundsätzliche und prinzipielle Beurteilung des Krieges der Ort, auf dem er sich abspielt, nicht von Bedeutung ist. Die Genossin Dunder lehnt es jedenfalls ab, sich auf den billigen Gemeinplatz zu stellen: O heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Ich muß nun einen Spezialfall vortragen, den ich selbst mit erlebt und mit durchgekämpft habe. Ich will, wenn ich auf die württembergischen Parteidifferenzen eingehe, keine Willenskundgebung der Konferenz erzielen, mir kommt es nur darauf an, das falsche Bild, das unter dem Belagerungszustand von interessierter Seite in der Öffentlichkeit über diese Dinge verbreitet ist, richtigzustellen, wenngleich ich hierzu von den Stuttgarter Genossen kein Mandat habe. Die Kämpfe in Stuttgart und Württemberg datieren, wie Ihnen bekannt ist, schon aus der Zeit vor dem Kriege. In Württemberg hatte man seit Jahren den Kampf zu führen gegen Budgetbewilliger, gegen Sogänger und gegen alle möglichen Verwässerungsbestrebungen. Innerhalb der Partei mußten dort die Genossen den schwersten Kampf führen, um sich überhaupt Geltung zu verschaffen. Sie kämpften seit Jahren vergebens gegen das bestehende, die großen Organisationen benachteiligende Delegationsrecht zur Landesversammlung, sowie, mit nur teilweisem Erfolg, um die Sicherung des gebührenden Einflusses auf die „Schwäbische Tagwacht“. Der Krieg hat die Gegensätze gewaltig verschärft. Auf der einen Seite stehen die nationalliberalen Sozialisten, auf der anderen die Genossen, für die der internationale Sozialismus kein leerer Wahnsinn ist. Der württembergische Landesvorstand, der auf dem extremsten Standpunkt des Durchhaltens steht, begann sofort nach Kriegsausbruch die auf dem Boden der alten Grundsätze stehenden „Tagwacht“-Redakteure zu peinigen. Man muß es miterlebt haben, um zu verstehen, was wir dort erdulden mußten. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Keine Gelegenheit wurde vorbeigelassen, ohne daß die politische Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ geknebelt wurde. Die nachschwersten Kämpfe zum Aufbegehren der Kommission wurde einfach ausgeschaltet. Als dann der Hinauswurf der Redakteure kam, erklärte sich die Stutt-

garter Parteigenossenschaft in einer überfüllten Versammlung einstimmig mit den Redakteuren solidarisch, verlangte ihre Wiederanstellung und erklärte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Parochia- und Willkürherrschaft des Landesvorstandes. Es erfolgte nichts. Der Landesvorstand hat es nicht einmal für notwendig gehalten, die größte Organisation des Landes auch nur einer Antwort zu würdigen. Erst dann erachtete sich die Stuttgarter Parteileitung verpflichtet, dem einmütigen Willen der Mitgliederversammlung zu entsprechen und mit den Vorarbeiten für ein, vom Einfluß des Landesvorstandes unabhängiges Lokalblatt zu treffen. Kurze Zeit später hat sich die Kreisgeneralversammlung mit großer Mehrheit, nachdem Keil vergeblich versucht hatte, die Versammlung zu sprengen, das Verhalten der Stuttgarter Genossen gebilligt. Soweit waren die Dinge gediehen, als die beiden Kreisvorstandsmitglieder Oster und Schimmel, die bis dahin gemeinsam mit uns gekämpft hatten, öffentlich erklärten, die Stuttgarter Organisation weigere sich, ihre Beitragspflicht zu erfüllen und rechne nicht ab. Das ist aber nicht richtig. Der Krieg hatte die Fertigstellung der Abrechnung nur verzögert. Die Bereitwilligkeit zur Abrechnung wurde fortgesetzt betont. Diese völlig aus der Luft gegriffene Behauptung wurde von zwei Bezirken zum Vorwand genommen, nun mit dem alten Ortsverein ihrerseits nicht mehr abzurechnen. Dies war der erste Schritt für die nun beginnende Zerlegung und Spaltung der Stuttgarter Organisation. In diesem Stadium verlangte der Landesvorstand eine Revision sämtlicher Marken und Bücher. Die Parteileitung gab an die Funktionäre entsprechende Anweisungen. Die beiden Bezirke verweigerten aber die Abrechnung. Der Landesvorstand wollte sich nun mit einer Teilrevision begnügen, was natürlich auf eine Begünstigung des parteifremden Treibens der beiden Bezirke hinauslief. Der Parteivorstand, an den sich die Parteileitung beschwerdeführend wandte, wich einer Entscheidung aus und tat so, als ob die zwei Bezirke aus irgendwelchen äußeren Gründen nicht abrechneten; in Wahrheit galt es für den Parteivorstand, prinzipiell zu entscheiden, ob zwei Bezirke eine Sonderorganisation bilden dürfen. Während die Stuttgarter auf Entscheidung drängten, begünstigte der Parteivorstand durch seine ausweichende Antwort das Treiben dieser beiden Bezirke. (Hört! hört! bei der Opposition.) Damit war die Spaltung in Stuttgart so gut wie vollzogen und am 4. Februar 1915 wurde tatsächlich von Landesvorstandsanhängern ein neuer Sozialdemokratischer Verein gegründet. Bei der beschränkten Redezeit ist es mir leider nicht möglich zu zeigen, wie es bei dieser Sachlage fertiggebracht werden konnte, die Stuttgarter Genossen von der Partei abzuwandern; ich kann auch nicht zeigen, welche parteischädigende Rolle der Parteivorstand dabei spielte und wie dieser durch sein ganzes Verhalten das Treiben des Landesvorstandes ermöglichte. Wenn aber der Parteivorstand nun erklärt, der alte Verein gehöre nicht mehr zur Partei, so ist das natürlich in keiner Weise verbindlich. Darüber hat erst der nächste Parteitag zu entscheiden. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Und ich zweifle nicht, daß ein vom Geist des internationalen Sozialismus erfüllter Parteitag entschlossen ist, zusammen mit jenen auf schwierigem Posten für die Anwendung einer grundsätzlichen sozialistischen Klassenpolitik kämpfenden Genossen in Stuttgart eine kampfbereite Front gegen die bürgerliche Gesellschaft zu bilden. (Lebhafte Beifall bei der Opposition.)

Mollenhuth: Genossin Zieb hat gesagt, wir hätten nicht energisch genug Front gemacht gegen die Annexionsgelüste der Wirtschaftverbände, weil wir in unseren eigenen Reihen sehr viel Annexionisten hätten. Die Genossin Zieb hat nicht das Recht, über meine Motive hier Mitteilungen zu machen. In allen unseren Veröffentlichungen haben wir uns sehr scharf gegen jede Annexion erklärt. Aber man unterstellt uns ja alles Mögliche und Unmögliche an verwerflichen Motiven. Ja, man stellt uns so hin, als ob wir reine Trottel oder geradezu Schufte wären und als ob wir keine Vergangenheit in der Arbeiterbewegung aufs Spiel zu setzen hätten. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Unser Streben war stets darauf gerichtet, die Einigkeit in der Arbeiterklasse zu fördern, damit durch die Macht der Einigkeit für die Arbeiterklasse erkämpft werden konnten. Scharfe Auseinandersetzungen hat es schon früher bei uns gegeben. Aber immer wurde das oberste Gebot der Demokratie ge-

achtet, daß die Minderheit sich selbstverständlich der Mehrheit zu fügen hat. Jetzt ist es zur Spaltung gekommen, weil eine Minderheit sich nicht fügen wollte. Ja, sie macht nunmehr der Mehrheit die schmerzlichsten Vorwürfe, daß sie gegen die Grundzüge der Partei verstoßen habe. Diese Vorwürfe werden nur erhoben, weil die Minderheit eben die Mehrheit ist. Wäre sie die Mehrheit, was würde sie uns an Verletzungen proletarischer Grundzüge vorwerfen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es hat bei uns auch immer Meinungsverschiedenheiten über militärische Fragen gegeben. Aber die Pflicht der Landesverteidigung haben wir niemals abgelehnt, sondern haben immer gesagt, daß die Verteidigung des Vaterlandes eine Pflicht der Sozialdemokratie ist, weil bei einem unglücklichen Krieg die Arbeiterschaft sehr viel zu verlieren hat. Bei jeder Militärvorlage, die wir bekämpft haben, haben wir immer hervorgehoben, daß wir für die Landesverteidigung eintreten. Wir haben sogar die Volkswehr gefordert, weil wir in ihr eine stärkere Gewähr für die Verteidigung des Landes sahen. Aber es hat auch immer Leute gegeben, die das abgelehnt haben, die sich auf den antimilitaristischen Standpunkt gestellt haben und gerade in Berlin ist das nichts Neues. Ich könnte Beispiele anführen, daß auch den Älten dieser Vorwurf gemacht worden ist. Zum Beispiel heißt es in einem Flugblatt vom Jahre 1891:

„Feind des Militarismus in jeder Form, verstieg sich dennoch Weibel im vorigen Jahre soweit, daß er der Regierung seine Unterstützung versprach, wenn sie in Anbetracht des rauchlosen Pulvers statt der bisherigen blanken Uniform ganz schwarze Uniformen anschaffen wollte, was er später damit rechtfertigte, daß ja auch diese verminderte Treffsicherheit des Feindes den bei der Armee sich befindlichen Genossen zugute käme. Wer so argumentiert, kann schließlich alles rechtfertigen!“

Da wird auch Weibel als halber Nationalliberaler hingestellt. Ähnliche Vorwürfe mußte auch der alte Liebknecht sich gefallen lassen, weil er im Jahre 1890 bei einer Militärdebatte gesagt hat, daß er für die Vaterlandsverteidigung eintrete. Diese Vorwürfe sind also gerade nicht neuen Datums. Wenn ich gegen eine Militärvorlage gesprochen habe, so habe ich jedesmal gesagt, wir sind Anhänger der Verteidigung des Vaterlandes, weil keine Partei so viel zu verlieren hat, wie die sozialdemokratische. Sie will ja den Staat in ihre Gewalt bringen und ihre Forderungen darin durchsetzen. Sie muß also den Staat auch soweit erhalten, daß das möglich ist. Als ich am 4. August für die Kredite stimmte, habe ich mich nicht in Widerspruch mit meiner früheren Stellung gesetzt, sondern es ist eine konsequente Folge meiner früheren Stellung gewesen. (Lebhafte Sehr richtig!) Genossin Fick meint, wenn wir am 4. August gegen die Kredite gestimmt hätten, so hätten wir eine ganz andere Position. Ich behaupte, wir hätten dann neun Zehntel der Genossen gegen uns gehabt und damals auch noch die Berliner. Wir hätten schon an jenem Tage die Partei gesprengt. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Antimilitaristen in unserer Partei sind nichts Neues. Sie sind nichts anderes als die Fortsetzung der bürgerlichen Radikalen von 1848. Ihre Gedichte von Garro Herwing, Schriften von Heinzen usw. haben ja diesen neuen Geist getragen. Wie aber Karl Marx, Liebknecht und Weibel sich gegen Karl Heinzen gewendet haben, dürfte Ihnen ja bekannt sein. Diese Anhänger von Karl Heinzen stehen heute genau so im Gegensatz zu der Mehrheit der Partei wie früher. Auch da, wo sie auf internationalen Kongressen auftraten, war das der Fall. Ich erinnere an Domela Nieuwenhuis. Wer hat ihn denn am schärfsten bekämpft? Gerade die Deutschen, besonders Liebknecht. Und das haben ihm die Jungen vorgeworfen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Noch einige Bemerkungen zu Kautskys Friedensprogramm, unter denen England bereit ist, Frieden zu schließen. Es sind ungefähr die Forderungen, die Aquith in seiner Rede vom 29. Februar 1916 aufgestellt hat. Er sagt aber nichts davon, ob auch England das herausgeben soll, was es selbst besetzt hat. Er hat auch keine Garantie dafür übernommen, daß Frankreich zum Frieden bereit ist, bevor es Elsass-Lothringen hat. Welche Bedingungen der Pazismus stellt, hat er auch nicht gesagt. Ich weiß nicht, ob der Pazismus sehr zu bezweifeln. Wir würden gern internationale Bestrebungen in

die Wege leiten. Wir haben die größten Bemühungen dazu gemacht, aber überall sind wir abgewiesen worden. Noch jüngst hat Thorne gesagt, daß 99 Prozent der britischen Arbeiter gegen den Frieden sind. Eine internationale Friedensbewegung muß auch von der Internationale gemacht werden, wir dürfen uns nicht anmaßen, den anderen Ländern Vorschriften zu machen; solange die anderen sie ablehnen, können wir allein in Deutschland sie nicht machen. (Beifall.)

Hoch-Sanaa: Von mehreren Genossen sind Vorlagen eingegangen, die verlangen, daß wir ein Gutachten aussprechen, ob das, was während des Krieges geschehen ist, richtig sei oder nicht. Ob wir berechtigt sind zu einem solchen Gutachten, darauf will ich jetzt nicht eingehen. Aber derartige Beschlüsse haben auch gar keinen Wert.

Jene Genossen wünschen einen Beschluß, der eine gewisse Autorität hat, auf die Genossen einzuwirken, die geneigt sind, sich nicht zu fügen. Hat es denn bisher an derartigen sogenannten autoritativen Beschlüssen gefehlt? Haben nicht der Parteivorstand, die Mehrheit der Fraktion, der Parteiauschuß, die Generalkommission solche Beschlüsse gefaßt? Und was war ihre Wirkung? Einfach Null. Wenn jetzt wieder Beschlüsse herausgehen, wird auch das nichts an den Zuständen ändern. Auf diese Frage weiter einzugehen verzichte ich daher. Diese Frage wird dem nächsten Parteitag unterbreitet werden.

Wir haben etwas anderes zu tun. Wir, denen es am Herzen liegt, bessere Zustände herbeizuführen, müssen die Frage aufwerfen: was soll in Zukunft geschehen?

Einige Genossen sind sehr schnell mit dem Urteil fertig. Genosse David ist ein lebendiges Beispiel dafür. Diese Genossen meinen, wir haben am 4. August die Kredite bewilligt; und nun heiße es durchhalten bis zum Siege. Aber ich möchte doch feststellen: jeder, der unsere Erklärungen vom 4. August und vom Dezember 1914 liest, wird herauslesen — und das entspricht auch der Auffassung der damaligen Mehrheit, zu der ich auch gehört habe, und deren Haltung ich auch heute noch für richtig halte —, daß in den Erklärungen nicht die Rede davon war, uns festzuhalten bis ans Ende. Wir haben uns vielmehr die Freiheit gewahrt, in jedem Augenblick zu entscheiden, ob noch der Grund vorliege, der die Mehrheit damals veranlaßt hat, für die Kredite zu stimmen.

Ueber den Grund sind wir einig, wenigstens wir, die wir dafür gestimmt haben. Maßgebend gewesen ist die Sorge, daß, wenn wir die Kredite nicht bewilligten, dann bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruch, den wir erwarteten, unser eigenes Volk durch den Ansturm der feindlichen Heere vergewaltigt werde. Das war der Grund, warum ich dafür gestimmt habe, und dessen Schämung ich mich nicht.

Aber sind denn die zwei Jahre Krieg spurlos an uns vorübergegangen? Haben sich denn die Verhältnisse nicht geändert? (Zuruf: Sie haben sich verstimmt!)

Ich habe bereits kurz nach der Sitzung im Dezember 1914 in der „Neuen Zeit“ hingewiesen auf die Erfahrungen des Krieges und bin zu dem Schlusse gekommen: das von militärischen Sachverständigen vorausgesagte Ergebnis werde eintreten; ganz ausgeschlossen sei es, daß die eine der Völkerguppen die andere bergewaltigen könne; der Krieg könne nicht zu den ertrehten Eroberungen führen. Diese Auffassung ist durch den weiteren Verlauf des Krieges als richtig bestätigt worden. Ich habe die feste Überzeugung, daß das deutsche Volk nicht bergewaltigt werden kann, daß es die Kraft haben wird, sich zu verteidigen gegen alle Gefahren des Krieges. Aber ich habe auch die Überzeugung, daß die anderen Völker sich ebenfalls nicht bergewaltigen lassen. Und ich muß mich wundern über den Mut der Parteigenossen, die sich ins Zeug legen für Annerkennung und den Arbeitern Annerkennung und Eroberungen vor Augen halten. Können Sie glauben, daß wir das jemals bezweifeln können? Ist es nicht ein falsches Bild, werden die Arbeiter dadurch nicht betrogen?

Wenn dem so ist, dann haben wir jetzt die Gefahr, daß der Krieg bis zur Verhütung aller Völker geführt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich an die Bergewaltigung eines Volkes nicht mehr glaube, aber die Gefahr der

Verblutung aller Völker vorliegt, dann frage ich, was habe ich zu tun? Hierüber geben die Meinungen auseinander.

Allerdings wäre es wünschenswert, wenn wir weiter so verfahren, wie wir früher verfahren sind: daß wir nämlich unsere Meinungsverschiedenheiten zwar mit allem Nachdruck innerhalb unserer Kreise vertreten, aber daß wir stets gemeinsam handeln nach den Beschlüssen der Mehrheit. Ich hätte mich gefreut, wenn das auch während des ganzen Krieges durchgeführt worden wäre; ich hätte das für einen Segen für die Arbeiterschaft gehalten.

Aber die Einigkeit im Handeln hat zur unbedingten Voraussetzung, daß über die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen die Gesamtheit entscheidet.

In normalen Zeiten ist das möglich durch den Parteitag, er ist die oberste Instanz, die entscheidet. Während des Krieges können wir ihn nicht einberufen. Und auch diese Konferenz ist ja kein Ersatz dafür, sie wäre nur eine Karikatur eines Parteitages. (David: Mal mal!) Sie hat mit der Stimmung der Gesamtheit gar nichts zu tun. Die Gesamtheit kann ebenso denken, aber auch anders; wir haben darüber gar keine Kontrolle.

Trotzdem hätte ich gewünscht, daß es nicht zur Spaltung gekommen wäre, daß wir gemeinsam marschiert wären.

In der Politik geht aber nicht alles wünschgemäß. Die brutalen Tatsachen sprechen oft eine andere Sprache. Ebert hat sein Bedauern ausgesprochen über die schweren Vorwürfe, die gegen den Parteivorstand erhoben worden sind, nicht weil die Genossen falsch gehandelt haben; nein, diese Vorwürfe sind deshalb so bedauerlich, weil sie gegen die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Genossen gerichtet sind. Auch ich bedauere diese Vorwürfe durchaus. Aber Sie müssen sich doch fragen: am meisten zu denken gibt nicht die Tatsache, daß die Vorwürfe erhoben wurden, sondern daß diese Vorwürfe für wahr genommen werden in so weiten Kreisen der Arbeiterschaft, daß das Vertrauen verlorengegangen ist. (Sehr richtig!)

Ebert sagt, daran sind wir unschuldig; der Vorstand habe sich immer im Rahmen seiner Befugnisse gehalten. Tatsächlich ist aber die Erregung so groß geworden, daß wir gar nicht mehr gerecht gegeneinander sein können.

Viele Handlungen des Vorstandes habe auch ich empfunden als eine schwere Ungerechtigkeit. Ich bin überzeugt, nicht absichtlich, aber gegen ihren Willen haben die Genossen anders gehandelt, wenn es sich um einen von der Minderheit handelt, als dann, wenn einer von der Mehrheit in Betracht kommt. Ich spreche aus der Erfahrung meines eigenen Wahlkreises. Da habe ich nicht die Mehrheit hinter mir, die vielmehr auf Seite der Internationale steht. Trotzdem ich nicht alles billige, was die Genossen dort getan haben, muß ich doch sagen: wie der Parteivorstand gegen die Hanauer Genossen vorgegangen ist, das ist geradezu unerhört. (Hört! hört! und Sehr richtig! bei der Opposition.) Es geht so weit, daß die Genossen nicht mehr Recht vom Unrecht unterscheiden können.

Es wird immer schlimmer bei uns. Sie können nicht sagen, daß die Minderheit eine vorübergehende Erscheinung sei, die plötzlich erschien und schon wieder abblaute. Nein, Genossen, geben Sie sich keinem Irrtum hin, die Opposition nimmt gewaltig zu. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.)

Zum Schluß das eine Wort: Es wird so leicht über das Volksempfinden hinweggegangen. Genossen, so war es bisher nicht bei uns. Wir haben immer appelliert erst ans Klassengefühl und dann ans Klassenbewußtsein. (Zurufe bei der Opposition: Jetzt geschieht das Gegenteil!)

Von der Opposition ist gewiß viel Verzehtes und Verfehltes gemacht worden. Es ist auch falsch, wenn man uns vorwirft, daß wir keine Revolution gemacht haben. Aber ebenso falsch ist es: wenn eine Revolution unvermeidlich geworden ist, sie mit allen Gewaltmitteln verhindern zu wollen. (Unruhe.)

Nach meiner Überzeugung wird die Revolution unvermeidlich. Die Regierung und die herrschenden Klassen können nicht heraus aus dem Blutbad. Das ist allein möglich, wenn von unten herauf die Revolution kommt. (Unruhe. — Zurufe: Nur in Deutschland?) Nein, ich rede nicht nur von Deutschland. Diese Erweiterung und Erregung geht durch alle Länder. Gewöhnen Sie sich daran, mit den Tatsachen zu rechnen. Wir haben die Opposition. Sie wird

stärker werden. Verfolgen Sie keine unmöglichen Ziele, sondern lassen Sie jeden seine Ueberzeugung bekunden, bis die Verhältnisse uns wieder zusammenbringen. Ich sehe schon den Tag vor mir. Glaubst nur, Parteigenossen, die Verhältnisse spigen sich schnell zu. Bethmanns Stunde hat schon längst geschlagen und dann stehen wir wieder vor dem gemeinsamen Kampf. Wir sollen uns bewußt sein, daß wir Kampfesbrüder sind und sollen Achtung voreinander haben. Durch Beschlüsse werden Sie keine Einigkeit herbeiführen, sondern nur durch ein einziges Handeln, wenn die Zeit dafür da ist. Machen Sie uns dieses einigte Handeln nicht unmöglich. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.)

Die Debatte wird vertagt.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Reil: Ein Delegierter aus Berlin hat diese Debatten über die großen Fragen des Weltkrieges und der Stellung der Partei zu ihnen auf das Niveau des Stuttgarter Krakeels herabgezogen. (Oh! bei der Opposition, Zuruf: Das war Ihnen unangenehm!) Ich bin überzeugt, der Stimmung der großen Mehrheit der Konferenz Rechnung zu tragen, wenn ich es ablehne, etwa im Laufe der morgigen Fortsetzung dieser sachlichen Debatte den Stuttgarter Streit wieder breitzutreten. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Zuruf bei der Opposition: Das glauben wir!) Ich habe nichts zu fürchten. Ich ergreife deshalb jetzt die Gelegenheit, zumal der Redner mich auch persönlich angegriffen hat, in einer kurzen Erklärung die zahllosen Unrichtigkeiten, die er behauptet hat, zurückzuweisen. Es ist falsch, daß ich die Stuttgarter Kreiskonferenz zu sprengen gesucht hätte. Sie ist gesprengt worden von einer ganz anderen Seite. Die Stuttgarter Differenzen sind in zahllosen Besprechungen, an denen Vertreter des Parteivorstandes teilgenommen haben, im Parteiauschuß, in der Konfliktkommission, in wiederholten Vermittlungsverhandlungen eingehend debattiert und untersucht worden. Die Protokolle über diese Verhandlungen beweisen, daß aus den Ausführungen Wälders so gut wie kein Satz der Wahrheit entspricht. (Widerpruch bei der Opposition.) Wünschen Sie, Genosse Ledebour, daß ich jetzt hier in eine spezielle Untersuchung dieser Affäre und ihren Einzelheiten eintrete? Wenn wir das nicht können und auch Sie das von mir nicht verlangen, bin ich genötigt, mich auf eine kurze Feststellung zu beschränken. Es ist unwahr, daß der Württembergische Landesvorstand die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ zu knebeln und zu knechten versucht habe. Wahr dagegen ist, daß schon nach dreiwöchiger Dauer des Krieges, als in der Gesamtpartei es noch als selbstverständlich galt, die Austragung etwaiger abweichender Meinungen hinauszuschieben bis zum Schluß des Krieges, in Stuttgart bereits der Kampf in schärfter, gehässiger Weise mit persönlichen Beschimpfungen, Gerabwürdigungen, Verdächtigungen begann, in einer Weise, die gar keinen Zweifel mehr darüber ließen — es liegen auch tatsächliche Äußerungen vor, die darauf hindeuten —, daß die Stuttgarter Opposition es planmäßig und bewußt auf die Sprengung der Organisation abgesehen hatte. (Zurufe: Persönliche Bemerkungen!)

Vorsitzender Ebert: Wir haben ja in der Regel bei persönlichen Bemerkungen ziemlichen Spielraum gelassen, insbesondere wenn damit eine Wärfung der Verhandlungen erzielt wird, aber ich muß doch Reil bitten, sich mehr im Rahmen der persönlichen Bemerkungen zu halten.

Reil (fortfahrend): Es liegt im Interesse unserer Konferenz, diesen Punkt morgen nicht noch einmal zum Gegenstand breiter Auseinandersetzungen zu machen. Darum bitte ich, mir die Möglichkeit zu geben, mit wenigen Worten die Angelegenheit jetzt zu erledigen. (Lebhafte Widerspruch bei der Opposition.) Ich stelle also fest, daß schon nach dreiwöchiger Kriegsdauer kein Zweifel mehr darüber bestand, daß die Stuttgarter Opposition es auf die Sprengung der Organisation abgesehen hatte. (Erneute Unruhe bei der Opposition. — Stadtbragen: Das ist erdens Blödsinn, zweitens keine persönliche Bemerkung!) Hiergegen aufzutreten, war Pflicht des Landesvorstandes. Wenn Wälder in Aussicht gestellt hat, daß der nächste Parteitag die Stuttgarter Angelegenheit unterliegen werde, mit dem Ergebnis, das er sich davon verspricht, so kann ich die Versicherung geben: der Württembergische Landesvorstand und alle Parteigenossen, die an diesem Konflikt beteiligt gewesen sind und mit mir

auf dem gleichen Boden stehen, brauchen eine Unterjochung nicht zu fürchten. Eine andere Frage ist es allerdings, ob sich überhaupt der Parteitag noch mit Beschlüssen einer Gruppe befassen wird (Große Kränze bei der Opposition. — Glöde des Vorsitzenden), die seit Jahren (Andauernde Unruhe. — Zuruf von der Opposition: Da steht man die Kratze!) durch Verweigerung jeglicher Parteipflichten die Verbindung mit der Partei endgültig abgebrochen hat.

Kautsky: Genosse Cohen suchte Äußerungen aus einem Artikel von mir aus dem August 1914 in Gegensatz zu bringen zu meinen heutigen Äußerungen. Seine Auslegung meines Artikels war ganz falsch. Ich habe damals nicht unsere Stellung zum jetzigen Kriege untersucht, sondern rein theoretisch alle die Möglichkeiten untersucht, die das internationale Interesse des Proletariats in einem Kriege mit sich bringen kann, und ich bin dabei allerdings dazu gekommen, zu sagen: es kann auch eine Situation eintreten, in der das internationale Interesse des Proletariats es gebietet, daß das Proletariat hinter seiner Regierung steht, selbst wenn es eine bürgerliche ist, wie es 1870 die französischen Arbeiter mit Zustimmung von Karl Marx getan haben. Ich habe aber nie eine allgemeine Verpflichtung hieraus abgeleitet (Hört! Hört!), und für den jetzigen Krieg bin ich überzeugt, daß es die Pflicht der Sozialdemokraten aller kriegführenden Länder ist, die Kriegskredite zu verweigern, und die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, dem Beispiel zu folgen, das bereits die serbische, russische, italienische, rumänische Sozialdemokratie gegeben hat. (Bravo! bei der Opposition.)

Walcher-Berlin: Wenn ich damit rechnen könnte, durch längere Ausführungen die Suttgartler Differenzen zu klären und zu erledigen, würde ich dem Beispiel Keils folgen und seine falschen Darstellungen berichtigen. Das habe ich aber gar nicht notwendig, weil doch ein späterer Parteitag sich eingehend mit dieser Materie beschäftigen wird. Heute begnüge ich mich damit, festzustellen, daß Ebert als Vertreter des Parteivorstandes, der mit seinem Herzen sicher nicht auf Seite der Opposition stand, sondern Keil und seinem Anhang weit näher stand, sich gezwungen sah, eine Erklärung zu Protokoll zu geben, in der es heißt, „daß das Vorgehen des Landesvorstandes gegen die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ jeder sachlichen Verdingung entbehre und geeignet sei, neue bedauerliche Konflikte in die württembergischen Parteiverhältnisse hineinzubringen.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) — Zuruf von der Mehrheit: Der Parteivorstand ist also objektiv! — Heiterkeit.)

Ebert: Es ist richtig, daß diese Frage die Körperschaften der Partei, Vorstand, Ausschuß und Kontrollkommission, auf das eingehendste beschäftigt haben. Das Material über diese Frage ist ein ganzer Stapel. Die Kontrollkommission hat, wenn ich mich nicht sehr irre, in völliger Übereinstimmung festgestellt (nur mit vier Stimmen), mit Mehrheit festgestellt, daß die Haltung des Parteivorstandes einwandfrei und gerechtfertigt war.

Seine: Genosse Haase hat, wie mir erzählt worden ist, ich war nicht anwesend, einige Worte aus einer Rede von mir, die ich im Reichstag gehalten habe, verlesen und hat mir unterstellt, als ob ich zu schärferen Maßregeln auf Grund des Belagerungszustandes gegen Liebknecht und andere aufgefordert hätte. Der Zusammenhang meiner Rede widerlegt schon an sich diese Auffassung. Ich habe gerade in dem unmittelbar darauf folgenden Satz mich mit den allerschärfsten Worten gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch den Belagerungszustand und durch Gewaltmaßregeln irgendwelcher Art gewendet. Die Fraktion hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt in einer Sitzung vom 7. Juni 1916. Es ist damals ausführlich darüber verhandelt worden. Es würde zu weit führen, wenn ich Ihnen das alles vortragen würde. Die Verhandlung hat damit geendet, daß ein Antrag angenommen wurde, der die Angelegenheit durch die Erklärung Seines als geklärt und für erledigt erklärt. (Zuruf: Gegen eine Minderheit!) Dieser Antrag ist mit 39 gegen 14 Stimmen angenommen worden, also mit großer Mehrheit.

Cohen-Kreuz: Kautsky hat geglaubt, die Darstellung, die ich hier gegeben habe, dadurch entkräften zu können, daß er sagte, er habe diese Unterjochung freiwillig ange stellt, aber damit nur gemeint, daß eine Sozialdemokratie auch einmal so handeln könne, wie er es hier sagt. Aus dem Wortlaut geht aber

her vor, daß das damals gar nicht so gemeint gewesen sein kann, und daß Kautsky heute den Dingen Gewalt antut. (Zurufe.) Hören Sie doch zu. Ich weiß, daß Kautsky seine Meinung geändert hat. Ich wollte auch nur nachweisen, daß das ein schönes Theoritisieren ist, daß er vor zwei Jahren alle allgemeine Gesichtspunkte angibt und nach einem halben Jahre sagt, sie gelten nicht. (Gummel: Sie sind noch schneller umgefallen!) Ich habe, als ich in Leipzig kandidierte, zur Landesverteidigung eine derart einwandfreie Stellung eingenommen, daß mein Gegenkandidat, der nationalliberale Abg. Fund, in einer Verlammlung, nachdem er uns als waterlandslöje Gesellen angegriffen hatte, erklärte, nach diesem Bekenntnis zum deutschen Vaterland müsse er das zurücknehmen. (Hört! hört! bei der Opposition. — Seine: Das haben wir alle gesagt!) Der Genosse Kautsky hat damals eine allgemeine Untersuchung ange stellt, zu der ihm der Kriegsausbruch die Gelegenheit gab. Wäre der Krieg nicht ausgebrochen, so hätte er die Untersuchung wahrscheinlich damals gar nicht ange stellt. Aber der Krieg gab ihm die Gelegenheit, und von dieser Gelegenheit aus kam er zu dem allgemeinen Schluß, in dem es nicht hieß, die Sozialdemokratie kann oder könnte, sondern in dem es hieß: Im Frieden ist die natürliche Stellung der Sozialdemokratie als Vertretung der untersten Schichten des Volkes die der Opposition, im Kriege ist sie in eine unangenehme Lage versetzt, in jedem Falle auf die Seite einer Regierung zu treten! — Das war rein theoretisch! Ist diese Regierung die eigene, dann heißt das, ihr die Mittel zur Kriegsführung zu bewilligen. Derselben Regierung, der man bis dahin jeder Mann und jeden Groschen verweigert hat. Wenn Kautsky in dieser Erklärung sagt, die Sozialdemokratie müsse in jedem Falle auf Seiten einer Regierung treten, so geht daraus hervor, daß Kautsky damals die Auffassung hatte: Gätten wir uns nicht auf die Seite der eigenen Regierung gestellt, dann wären wir auf der Seite einer feindlichen gewesen.

Kautsky: Cohen hat wieder eine neue Auslegung gegeben, die absolut nicht stimmt. Ich habe nicht gesagt, daß wir die feindliche Regierung in diesem besonderen Fall unterstützen müssen, ich habe nur allgemein gesprochen und ich konnte damals nur allgemein sprechen, weil wir für die besonderen Fälle — das war Anfang August 1914 — gar kein konkretes Material hatten. Ich habe damals in der Fraktion für Stimmenthaltung gesprochen, weil ich eben die feindliche Regierung nicht unterstützen wollte und die eigene Regierung nicht unterstützen konnte und wollte. Außerdem ist aber Cohen der letzte, der mir Meinungsänderung vorwerfen kann. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Cohen: Ich habe nichts dagegen, wenn Kautsky mir Meinungsänderung vorwirft. Wenn er den sachlichen Nachweis bringt, muß ich das akzeptieren. Er wehrt sich dagegen, daß er eine andere Stellung inzwischen eingenommen hat. Ich habe nicht gesagt, daß in diesem Artikel Kautsky sich dahin ausgedrückt hätte, wir müßten die feindliche Regierung unterstützen, sondern ich habe gesagt: Aus der Fassung des Artikels geht hervor, daß, wenn wir uns nicht auf die Seite der eigenen Regierung gestellt hätten, das eine Unterstützung der feindlichen gewesen wäre.

Die Verhandlungen werden auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

Schluß: 7 1/2 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

Vorsitzender Ebert eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr vormittags. Vor Eintritt möchte ich noch versuchen, festzustellen, ob wir heute mit unserer Arbeit zum Schluß kommen. Ich glaube, im Sinne der Konferenz zu handeln, wenn ich sage, daß dies sehr wohl möglich sein wird. Wir können ruhig bis zur Mittagspause die Debatte fortsetzen. Nachmittags könnten wir die Schlußmorte entgegennehmen. Danach hätten wir noch Zeit zur Besprechung des Antrags Braun, der ihnen ja zugestellt ist; er verlangt, daß eine Kommission eingesetzt wird, die sich mit den Zukunftsaufgaben der Partei beschäftigen soll. Ich halte das für außerordentlich wichtig und notwendig und glaube, bei verkündigtem Zusammenwirken aller werden wir die nötige Zeit zur Besprechung dieses An-

trags nachmittags noch gewinnen. Wir können uns dann noch schlüssig machen über die Veröffentlichung des Berichts. Alles dies können wir aber wohl bis 8 oder 7 Uhr abends erledigen. Ich will jetzt darüber keine Debatte eröffnen. Wir können später darauf zurückkommen.

Sindermann: Ich glaube, das allerniederdrückendste Gefühl haben wir in den letzten Jahren erfahren angesichts der Tatsache, daß wir uns kleinlich um die Kredite herumzanken, während unser ganzer Einfluß, ja der Einfluß der ganzen Internationale nicht so stark war, um herbeizuführen zu können, daß auch nur ein Mann weniger in den Krieg zieht, daß auch nur ein Tropfen Blut weniger vergossen wird. Wir sehen, daß Hunderttausende unserer Parteigenossen dem Feind entgegenzutreten müssen, und im Lande streiten wir uns um die Pfennige herum, so daß man sich manchmal versucht fühlt, an ein Erdbelegeschäft, aber nicht an eine große weltgeschichtliche Partei zu denken. (Sehr gut!) Dieser Zustand, der uns alle so schmerzlich berührt, wird in unseren Debatten viel zu wenig gewürdigt. Wir hätten wirklich Veranlassung, uns mehr mit dem großen weltgeschichtlichen Ereignis zu beschäftigen, um das es sich hier handelt. Die Minderheit, die immer behauptet, draußen nicht zum Wort kommen zu können, sie hat ja hier Gelegenheit zum Reden. Ihre Vertreter haben auch geredet, aber positive Vorschläge, wie man schneller zur Erledigung dieses blutigen Ningens kommen kann, haben wir alle schmerzlich vermisst. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn auch Millionen von Arbeitern den festen Willen haben, dieses Blutergießen zu beenden, so können wir dennoch nichts dazu tun, und hinzu kommt, daß wir uneinig und mit zerbrochenen Flügeln in diesem Kampfe stehen, den Gegnern zum Gespött. Wie wollen wir den großen Weltfrieden herbeiführen, wenn wir nicht einmal den Frieden in der Partei herbeiführen können. (Lebhafte Zustimmung.) In ohnmächtigem Zustand befinden wir uns den Tatsachen gegenüber. Nun ist in der letzten Zeit verschiedenen Parteigenossen ziemlich spät die Einsicht gekommen, daß am 4. August alles hätte anders gemacht werden müssen. Es ist kein Zweifel, daß die gesamte Partei am 4. August einig war. Scheidemann hat darin recht, daß eine Volksabstimmung am 4. August mit 99 Proz. Stimmenmehrheit das Vorgehen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gebilligt hätte. Unsere Parteistrategen glaubten damals, der Krieg wäre in vier Monaten vorüber und dann könnte mit frischen Kräften wieder der Kampf gegen die alten Feinde der Partei aufgenommen werden. In diesen vier Monaten war alles ruhig, aber dann kam die Lebensmittelkalamität, und nun begann das Weitrennen um die Günst der Massen, wobei einer den anderen zu überbieten versuchte. (Sehr wahr!) Die Medien, die wir gestern hier gehört haben, boten dafür schon ein Beispiel. Genossen zieh, in welchem tröstlichem Zustand müssen Sie sich damals befunden haben, Sie haben doch alle Aktionen der Partei bei Kriegsbeginn gebilligt. (Lauter Zieh wieder spricht.) Doch, Sie haben in den ersten Monaten in den Parteinstanzen nichts dagegen getan. Angesichts dieser Zustände berührt es doppelt schmerzlich, wenn man sieht, wie um die Günst der Massen zu gewinnen, bestimmte Parolen in das Volk hineingeworfen wurden. Es ist ein gefährliches Spiel, wenn der Zustand herbeigeführt wird, daß die Führer sich von der Masse treiben lassen, statt die Masse zu führen. (Sehr gut!) Was haben wir denn im letzten Jahre alles erlebt. Da wurde dem Parteivorstand und der Generalkommission vorgeworfen, sie hätten nichts getan, um bessere Zustände herbeizuführen. (Widerspruch bei der Opposition.) Es wurde gesagt, die Parteinstanzen könnten gar nichts gegen die Lebensmittelnot unternehmen, denn sie hätten sich durch die Bewilligung der Kriegskredite zu Gefangenen der Regierung gemacht und könnten deshalb die agrarischen Mißbräuche nicht verbieten. Das ist eine grobe Unwahrheit. (Sehr richtig!) Vor allem ist es eine Unwahrheit zu sagen, daß es den Parteinstanzen gar nicht ernst sei mit der Herbeiführung des Friedens. Wenn man alle die in den letzten Monaten vertriebenen Pamphlete besprechen wollte, so würde man Tage dazu brauchen. Ich glaube aber, hier darüber unterrichtet zu werden, wer denn eigentlich hinter jenen schmächtlichen Flugschriften steht. Draußen jagt man immer, die Minderheit könne sich nicht gegen die Mehrheit verteidigen. Das trifft doch aber hier für die Reichskomferenz nicht zu. Hier sind alle Gruppen der Minderheit vertreten, da glaubte ich doch

bestimmte Anhaltspunkte darüber zu bekommen, wer hinter den Pamphleten steht. Nun wird gesagt, wir dürften, genau wie unter dem Sozialistengesetz, dem Staatsanwalt keine Handhabe geben. Eine solche Verkennung der Tatsachen kann einem wirklich dauern. (Lautes Lachen und Rufe bei der Minderheit: Du kannst uns dauern!) Unter dem Sozialistengesetz war es so, daß die gesamte Partei einig dem Gegner gegenüber ihre Werbekraft entfaltete. Das ist in geheimen Flugschriften geschehen. Ich hätte auch gar nichts dagegen, wenn alle Flugschriften der Opposition, die sich gegen Regierung und herrschende Klassen richten, ebenio passieren, wie alle Flugschriften passierten, die sich nur gegen Parteigenossen richten. Man hat einen Kampf nicht gegen die politischen und wirtschaftlichen Feinde des Proletariats in diesen Flugschriften geführt, sondern man hat darin die schmächtlichsten Angriffe gegen die Parteinstanzen und die hervorragenden Führer gerichtet, die manchmal länger für die Partei im Gefängnis gefesselt haben, als die Verfasser überhaupt Mitglieder sind. (Sehr gut! — Widerspruch bei der Opposition.) Selbstverständlich wollen wir uns gründlich aussprechen, aber die Vernunft muß wieder die Oberhand bekommen. Wenn die Organisation in allen Fugen kracht, dann geht alles aus dem Leim, was wir in vielen Jahren mühselig aufgebaut haben. Wie kann man es verantworten, daß all das Vertrauen in die Werbekraft des Sozialismus wieder untergraben wird, das wir in die urteilslosen Massen hineingetragen haben. Die nationalliberalen Scharfmacher werden ihre helle Freude daran haben, und der selig schlafende und nach dem Kriege wieder aufstehende Reichsverband wird dadurch völlig überflüssig. Darum wünsche ich, daß alle, denen das Wohl der Arbeiterbewegung am Herzen liegt, sich wieder mehr auf unsere Pflicht besinnen, daß sie die Bruderhand jedem Genossen entgegenstrecken und in der Aufrechterhaltung und Erweiterung unserer Organisation vorangehen.

Dittmann-Solingen: Den Wunsch des Genossen Sindermann, daß die Vernunft wieder Oberhand gewinnen möge, sollte vor allem die Mehrheit berücksichtigen. (Sehr richtig! bei der Opposition. — Lachen bei der Mehrheit.) Sonst will ich auf seine Ausführungen nicht eingehen, weil ich anderes zu sagen habe. Heute wissen wir über den Kriegsbeginn mehr, als wir am 4. August 1914 gewußt haben. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Auch heute wissen wir zwar noch nicht alles, aber doch so viel, daß wir von der deutschen Regierung aufs schmächtigste dupiert worden sind. Wir wissen heute bereits positiv, daß der Krieg von der deutschen Militärkamarilla vom Jaune gebrochen ist. (Zuruf von der Mehrheit: Und die russische Militärkamarilla!) Wenn alle Älten über den Kriegsbeginn der Masse der Parteigenossen zur Kenntnis kommen werden, wird darüber kein Zweifel sein, daß es sich um einen freventlich von der deutschen Militärkamarilla vom Jaune gebrochenen Krieg gehandelt hat und daß wir von Beihmann schmächtig dupiert worden sind. Am 3. und 4. August 1914 hat uns Beihmann das Ultimatum an Belgien verschwiegen, das er am 2. August bereits gestellt hatte. Er hat den Anschein erweckt, als wenn es sich nur um eine ganz geringfügige Grenzverletzung Belgiens gegenüber handele. (Widerspruch bei der Mehrheit.) „Zum Schutze unserer Eisenbahnen“, hat er gesagt, „haben unsere Truppen Luxemburg besetzt und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten.“ Die Stelle „Zum Schutze unserer Eisenbahnen“ werden Sie heute im Stenogramm ausgemerzt finden. (Hört! hört!) In den Blättern aller Parteistellungen aus jener Zeit finden Sie aber diese Worte. Die hat kein Redakteur erfunden, die hat Beihmann gesprochen. Gerade das hat auf mich damals den Eindruck gemacht, daß es sich lediglich um einen Schutz für unsere Eisenbahnen handele und man dabei vielleicht über das Zulässige hinausgegangen sei. Beihmann hat damals selbst erklärt, daß sei eine Verletzung des Völkerrechts, ein schweres Unrecht, das er wieder gut machen wolle. Gerade dadurch hat er bei uns in diesen Stunden damals wesentlich die Stimmung erzeugt, als wenn es sich um keine Sache vom großem Belang handele. Sonst wäre sicherlich in die Erklärung vom 4. August ein Passus über Belgien hineingekommen. Wie schamlos die Öffentlichkeit damals belogen worden ist, beneiden die bekannten Meldungen über französische und russische Grenzüberbrechungen, über einen Negerangriff auf Nürnberg, der angebliche

Abbruch des Sturzfliegers Pégoud bei Wesel, der Schwindel über die angebliche Sprengung des Tunnels von Cochem, die Erschießung des Gaitwirts Nikolai dort, die Vergiftung von Brunnen in Metz durch französische Ärzte, die Goldautos und was alles sonst geschwindelt wurde, um die Kriegsstimmung in Deutschland zu erzeugen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Die Parole gegen den Pazifismus war damals der Sped, mit dem die Sozialdemokratie eingefangen werden sollte. Hinterher ist ja von einem Geheimrat gesagt worden: „Das war doch eine feine Parole!“ Daß es sich dabei wirklich nur um geschickte Regie gehandelt hat, ist eigentlich vorher schon von einem Vertrauten Bethmann Hollwegs, dem Legationsrat Kiezler, der unter dem Pseudonym Kuedorffer kurz vor Kriegsausbruch ein Buch „Grundzüge der Weltpolitik in der Gegenwart“ veröffentlicht hat, klipp und klar ausgesprochen worden. Da schreibt er:

„Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß die Regierungen in allen Fragen, in denen sie an das nationale Gefühl der Nation appellieren können, auf den Internationalismus ihrer sozialistischen Parteien keinerlei Rücksicht zu nehmen brauchen, daß bisher kein nationaler Krieg mit Rücksicht auf die Kriegsfeindlichkeit des Sozialismus unterblieben ist, noch in Zukunft aus solchen Gründen unterbleiben wird. Die Regierungen mögen durch Rücksichten auf die Friedenstrheorien des Sozialismus vielleicht veranlaßt sein, bei ihren Unternehmungen auf die Deckung durch das nationale Gefühl Bedacht zu sein, womit sich nichts in der Sache, sondern nur manches in der politischen Form und Technik ändert, deren sich unsere moderne Politik zu bedienen hat.“

Da haben Sie das Rezept bereits, nach dem am 4. August 1914 verfahren worden ist. Diese Regie, die „Deckung durch das nationale Gefühl“, durch die Parole gegen den Pazifismus ist meisterhaft gelungen. Aber nachdem die Sozialdemokratie damit für die Regierung eingefangen war, hat die Regierung sehr bald diese Parole gegen den Pazifismus wieder zum alten Eisen geworfen (Zuruf: Strehle Hindenburg!), und es wurde dann die Parole ausgegeben, wegen deren der Krieg überhaupt von unseren Alldeutschen und der Militäraristokratie injiziert worden ist, die Parole gegen England. Das war von vornherein die Absicht bei diesem Krieg. Unsere Mehrheitspresse ist allerdings auch auf diesen Schwindel wieder hineingefallen und hat nun auch die Parole gegen England übernommen. (Zuruf.) Ich mit keinem Wort, ich habe weder die Parole gegen den Pazifismus, noch die gegen England aufgenommen. Weisen Sie mir das mit einer Silbe nach. Sie können es nicht! Die Alldeutschen und die Tirpischleute hatten eben Angst vor der drohenden Verständigung mit England. Es ist doch bekannt, daß die Verträge zwischen Deutschland und England über Kleinasien und Afrika unmittelbar vor dem Abschluß standen; damit wäre ein wesentliches Hindernis einer Verständigung zwischen Deutschland und England beseitigt gewesen. Das wollten aber die Tirpisch, die Falkenhagen, Lynder, Molke usw. nicht, da sind sie dazwischen gefahren und haben Bethmann die Fingel des Staatsruders aus der Hand gerissen. Mit dem Schwert sollte weit mehr erobert werden, als Bethmann durch die Verträge gesichert hatte; das genügte den Imperialisten nicht. Sie haben damals dem Kaiser die Mobilmachung einfach abgepreßt. Der Stein war im Rollen. Auch Bethmann konnte ihn nicht zurückhalten, es blieb ihm nur die Alternative: abzutreten oder mitzumachen. Wäre er damals abgetreten, so wäre eine klare Situation geschaffen worden, jeder Mann hätte gesehen, wie die Dinge lagen. Aber er blieb. Ich will ihm konzedieren, daß er in der Auffassung blieb, es werde ihm möglich sein, noch zu retten, was zu retten war. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik, Bethmann konnte nur bremsen, und bei dem Bremsen ist er immer mehr und mehr mitgeschleift worden von unseren Eroberungspolitikern, und mit Bethmann ist die deutsche Sozialdemokratie mitgeschleift worden (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition), weil sie nicht rechtzeitig erklärt hat: bis hierher und nicht weiter! Der Appetit kommt beim Essen, und so kommt auch im Kriege immer, wenn die Möglichkeit dazu vorliegt, die Lust zu Eroberungen, selbst bei Kreisen, die bei Kriegsbeginn nicht an Eroberungen gedacht haben mögen. Auch jeder Vervetungskrieg schlägt nur zu leicht in einen Eroberungskrieg um. Das ist geschichtliche Erfahrung. So war es bei uns Anfang 1915. Am 15. März 1915

hat Wedel-Biesdorf, der Präsident des Herrenhauses, gesagt: „Die Abwehr der Feinde ist uns gelungen. Wenn wir weiter nichts wollten, hätten wir bald den Frieden. Aber wir müssen jetzt mehr fordern.“ Der bayerische König forderte den „Zugang zum Meer“, „Ausdehnung der deutschen Grenzen“. Damals sagte Scheidemann, das sei ein alter Depp, der gar nicht wisse, was er sage, der nicht wisse, daß die Rheinmündung nicht belgisch, sondern holländisch sei usw. So wurden damals solche Dinge abgetan. Gleichzeitig kam die Eingabe des Wehrvereins; der Annerzonen in Ost und West forderte, von der man übrigens heute gar nicht mehr spricht. Dann die Eingabe der sechs Verbände. In der Budgetkommission haben sich damals die Wortführer aller bürgerlichen Parteien für Annerzonen ausgesprochen: Baffermann, Gröber, Westarp, Schulz-Brömberg, Schiffer, auch Bescher — die Namen genügen, um zu zeigen daß das ganze Bürgertum geschlossen für Annerzonen war. Das hätte genügen müssen für unsere Fraktion, eine andere Haltung einzunehmen (Sehr wahr! bei der Opposition), zu sagen: Wir haben unsere Zustimmung am 4. August nicht gegeben für einen deutschen Eroberungskrieg, wir ziehen unsere moralische Unterstützung, die wir bisher der Kriegführung geliehen haben, zurück. Das war die Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion, aber diese Pflicht hat sie verlegt. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sie hat auch dann noch die Kriegspolitik der Regierung unterstützt. Dann sind in der Fraktion die Dinge immer weiter geblieben. Die Opposition hat immer wieder versucht, die Fraktion in ein anderes Fahrwasser zu bringen, wie es vorgeschrieben war durch die Beschlüsse der Parteitage und internationalen Kongresse. Ich kann bei der kurzen Redezeit leider nicht die Details anführen, die zeigen würden, welche gewaltigen, inneren Kämpfe wir haben führen müssen, bis wir uns schließlich zu dem Schritt vom 24. März d. J. verstanden haben, bis wir sagen mußten: wir können das nicht mehr verantworten, wir müssen dagegen öffentlich auftreten, ganz gleich, welche Folgen entstehen. Ich wäre sonst in der Lage, Ihnen nachzuweisen, daß der Standpunkt, den Scheidemann gestern bezireten hat, noch im Dezember vorigen Jahres gerade von Scheidemann und seinen Freunden auf das Entschiedenste bekämpft worden ist. Damals haben wir verlangt, der Reichskanzler solle bekennen, daß er keine Annerzonen wolle. Wir hatten unsere Friedensinterpellationen so formuliert. Scheidemann aber hat auf das Entschiedenste diese Formulierung bekämpft und hat durchgesetzt, daß der Reichskanzler lediglich gefragt wurde: unter welchen Bedingungen er Frieden machen wolle. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Also wenn Scheidemann sich jetzt beklagt, daß Bethmann sich über seine Kriegsziele nicht klipp und klar geäußert hat, so möge er sich an die eigene Brut schlagen, er hat das wesentlich mitverschuldet, daß Bethmann diese Unklarheiten und Zweideutigkeiten in seinen Reden beliebt hat. Im übrigen sind die Wendungen Bethmanns trotzdem für jeden Sozialdemokraten klar genug. Wenn wir daran denken, was wir in Friedenszeiten bei solchen Erklärungen unserer Gegner schon für ausreichend erachtet haben, dann mußten diese Bekenntnisse des Reichskanzlers zur Annerzonenpolitik vollkommen ausreichen, um jedem Sozialdemokraten zu zeigen: jawohl, es ist der Wille und die Absicht der deutschen Regierung und Ozeeresleitung, daß der Krieg als Eroberungskrieg geführt wird und wir Sozialdemokraten können unter keinen Umständen unsere Zustimmung dazu geben, wir müssen unsere Zustimmung zur Kriegführung verweigern. (Lebhafte Zustimmung bei der Opposition.)

Dr. Quard-Frankfurt a. M.: Wir sind einig darin, daß dieser Krieg ein fürchterlicher Mißfall in Methoden internationaler Auseinandersetzung ist, die wir längst überholt glauben. Aber das habe ich doch nicht erwartet, daß hier im bekriegten Deutschland ein internationaler Standpunkt vertreten wird, wie gestern von Räte Dunder, in einem Augenblick, wo der französische Sozialist Rassin-Dupuis in der französischen Kammer das Wort „unsere deutschen Kameraden“ nicht aussprechen darf, ohne übersetzt zu werden. Wir haben in Deutschland bis tief in die bürgerliche Klasse hinein uns international mehr betätigt, aber auch mehr gesündigt, wie irgendeine Klasse eines anderen Landes. Und da hält uns Räte Dunder eine Vorlesung über Internationalismus, von der wir nur gewundert hat, mit welcher Engelsgebild und geistiger Disziplin sie angehört wurde. (Lebhaftes Göl! hört! bei der Minderheit.)

Sie verkündete die Herrschaft des Schimpfworts gegen die eigenen Genossen. Und daß sie verkünden konnte, der Grundsatz ihrer Gruppe werde der des Gauchschäfts, der des Hinauswerfens sein (Zuruf: Damit haben Sie ja angefangen!), das ist würdig der ausdrücklichen Erklärung der Frankfurter Opposition, die Obstruktion gegen die eigenen Genossen für erlaubt erklärt. (Unterbrechungen, in denen die nächsten Worte verloren gehen.) In einem Augenblick, in dem die holländischen Genossen, die sehr zweifelnd zu unserem deutschen Standpunkt getanden haben und mehr geneigt den englischen und französischen Genossen waren, einzusehen begannen, daß die Haltung der französischen Genossen eine Todsünde am Internationalismus ist, stellt sich Gaase her und plädiert auf mildere Umstände für die französischen Genossen. Sein Plädoyer war, wenn nicht von Deutscheindlichkeit, so doch von einer Gleichgültigkeit gegen die Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die geradezu beispiellos ist. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit. — Unterbrechungen bei der Minderheit.) Wenn von internationalen Pflichten gesprochen werden soll, so wundere ich mich, daß man nicht eingeht auf die Beschlüsse des letzten internationalen Baseler Kongresses, der dem Genossen aller Länder zur Pflicht machte, zu kämpfen gegen den russischen Zarismus und seine frevelhaften Kriegstreiberien, die schon damals deutlich erkennbar waren. Wie haben die französischen Genossen dieser Parole ins Gesicht geschlagen! (David: Und Vandervelde!) Damit komme ich auch zu Dittmann. Für jeden Sozialisten ist ganz ausgeschlossen, daß die Schuld einer einzelnen Regierung an den Krieg so konstruiert werden kann, wie es Dittmann aus Aktienstücken versucht hat, für die deutsche Regierung zu konstruieren. Das heißt völliges Gaffen an der Oberfläche, wie in der bekannten Schmähschrift „L'accuse“. Es fehlt bei den Genossen der Opposition jedes Zurückgehen auf die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge. Sehen Sie wirklich nicht, daß alle kapitalistischen Gruppen gegen aufstrebende kämpfen und daß die Schuld der Regierungen klein ist gegen die der kapitalistischen Gesellschaft, daß aber bei der deutschen Regierung am allerwenigsten von einer Schuld im Sinne Dittmanns die Rede sein kann. (Dittmann: Ich habe gerade der Militärkamarilla im Gegenjag zur Regierung die Schuld gegeben!) Dafür, wie die deutsche Regierung bis zuletzt um den Frieden gerungen hat, berufe ich mich auf eine Mitteilung Gaases von gestern. Er hat mitgeteilt, der Reichskanzler habe zu ihm Ende Juli 1914 gesagt: „Macht Eure Friedensumgebungen, sie sind uns willkommen, aber nehmt Euch in acht, den russischen Panislamismus herauszufordern.“ Ist das eine Regierung, die den Krieg mit dem Zarismus haben will? Ein Wort von Gaase hat mir gestern gefallen, freilich hat er es höhnend gemeint. Er rief uns zu: „Wo ist denn Eure Macht, bei der Stellung im Kriege, die Ihr erhofft habt? Ihr habt keinen Einfluß! Diese Vatanorgana ist in Nichts zerfallen!“ Das sagt ausgerechnet der Vertreter der Gruppe, die uns stets gehindert hat, politische Macht zu gewinnen, dadurch, daß sie es stets abgelehnt hat, mit einzutreten für eine Parlamentarismehrerheit, die konsequent Fortschritte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft anstrebt. Es war so bezeichnend, daß Gaase nichts wußte, als die Empfehlung zur Rückkehr in den alten Fehler des Stimmens gegen sozialpolitische Gesetze, die nicht alle unsere Wünsche erfüllen. Das war ja gerade unser Fehler, den wir schon so oft bereut haben, daß wir nicht den Mut hatten, mitzuzimmern und die Verantwortung mitzutragen, wenn wir Einfluß im Staate haben wollen. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit.) Das ist heute der Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse, den sie sich im langen Kampfe erworben hat, und die sich einig fühlt mit dem Dasein des deutschen Reichs, und an diesem Standpunkt scheitern alle Ihre Treiberien! (Beifall bei der Mehrheit.)

Ströbel-Berlin: Scheidemann erklärte gestern, daß das deutsche Volk am 4. August sich in der fürchterlichsten Lage befinden habe, es sei von allen Seiten überfallen worden. Gaase hat darauf schon das Notwendige geantwortet. Scheidemann erklärte ferner, selbstverständlich habe kein Mensch innerhalb der Partei das Wort vom Durchhalten und vom Kampf bis zum Siege so aufgefaßt, daß man sich für Annektionen und für einen Sieg im imperialistischen Sinne erklärt habe. Aber so liegen die Dinge nicht. Die ganze Mehrheitspolitik konnte ja nur auf der Erwartung basieren, daß Deutschland

den Sieg davontragen werde in dem Sinne, daß es zur imperialistischen Ausnutzung kommen werde. Glauben Sie denn, daß diese ganze Annektionsliteratur, diese ganze Literatur im imperialistischen Sinne, die bei uns so üppig aufgewuchert ist und die keine Zurückweisung vom Parteivorstand erfahren hat, der sonst so eilig mit seinen Bannstrahlen ist, glauben Sie, daß all dies aufgewandert wäre, wenn die Verfasser sich eingebildet hätten, das alles können wir doch nicht durchführen. Alle diese Ideen von deutscher Vorherrschaft in Europa, von der Erhebung der englischen Seeherrschaft, von der Vorrückung der Grenzen im Westen und im Osten, von der Befreiung der Völker vom Zarismus, zu der ja gerade Deutschland ganz besonders berufen erscheint, alles das beruhte doch auf der Auffassung: Deutschland, Deutschland über alles! Alles das beruhte auf der festen Hoffnung und Ueberzeugung, wir werden siegen. (Zustimmung bei der Opposition.) Welchen Sinn hätte denn auch die Harmoniebeweihe, die Meinung, wir werden nach dem Kriege von den bürgerlichen Parteien die Anerkennung bekommen, daß wir das Gebot der Vaterlandsverteidigung anerkannt haben, und sie werden deshalb unseren Forderungen viel williger gegenüberstehen? Worauf konnte das denn basieren, als auf der Vorstellung, wir werden siegen, wir werden groß dastehen, die deutsche Industrie wird sich gut entwickeln und dann werden die bürgerlichen Parteien geneigt sein, uns entgegenzukommen. Wenn man sich vorstellen wollte, die Sache würde mit einem großen wirtschaftlichen Kladderadatsch enden, wie hätte man denn dann auf den Gedanken kommen können, die Massengegenstände würden sich mildern und wir werden unsere Forderungen nicht mehr erkämpfen müssen, sondern von der Dankbarkeit der bürgerlichen Parteien bewilligt erhalten. Alle diese Gedanken konnten nur entstehen aus der Vorstellung, der Krieg wird gut enden, und zwar gut im Sinne des kapitalistischen Imperialismus. Aber es ist anders gekommen und wird vermutlich anders kommen. (Zuruf: Das wünschen Sie!) Ich wünsche es nicht, aber ich freue mich darüber, daß die imperialistischen Illusionen der (zur Mehrheit gehend) Seite nicht in Erfüllung gegangen sind, denn das wäre der größte Nachteil für die Arbeiter gewesen, und nicht nur in Deutschland, sondern überall der größte Nachteil für alle Völker, für ganz Europa. (Zuruf: Also wenn Deutschland siegt hätte!) Siegt im Sinne des Imperialismus. Sindermann wollte wissen, wie wir den Frieden rascher herbeiführen können, als durch die Politik der Mehrheit. Dadurch, daß wir sozialdemokratische Politik gerieben, daß wir die Kredite abgelehnt und damit durch die Tat die Verantwortung für den kapitalistischen Krieg abgelehnt hätten. Dadurch, daß die Arbeiterklasse in allen Ländern (lebhafter Zuruf: Allen!) — wir als Vortruppe der Internationale haben mit gutem Beispiel voranzugehen — (Sehr gut! bei der Opposition) — dadurch, daß wir die Humanität, die Grundzüge des Völkerrechts, der Menschlichkeit und Gerechtigkeit verteidigen hätten, dadurch, daß von jeder einzelnen Nation alle Gewalttaten dem Wüsten preisgegeben werden, daß jede Verletzung des Völkerrechts unarmherzig gebrandmarkt wird, nicht aber, daß wir Deutsche uns über Russengrauel und Franzosengrauel entziehen, sondern über die in eigenen Lande. (Zuruf: Und die andern verschweigen!) — Sätten wir das getan, wie groß hätten wir heute in aller Welt dagestanden! Wir wären die Kulturmacht, die große Friedensmacht, wir wären der Hort der Menschlichkeit gewesen. (Zuruf: Und geschlagen worden!) Sie haben das Umgekehrte gewählt, Sie haben erzählt, was die andern getan haben, und haben verhehlt, was im eigenen Lande geschehen ist. Aber gerade das Gegenteil hätten wir tun müssen. — Was können wir jetzt noch tun? Diejenigen, die auf dem Standpunkt stehen, die Völker und die sozialistischen Parteien werden in dem Sinne, wie ich es charakterisiert habe, nicht zusammenkommen, die können nur denken, daß die Waffen die letzte Entscheidung bringen. Daß die Waffen sie aber bringen im Sinne der deutschen Imperialisten, das ist ausgeschlossen, es ist nur die Möglichkeit vorhanden, daß alle Völker dem jählichen wirtschaftlichen Ruin entgegengehen. Wollen Sie hier solange warten? (Zuruf: Scheidemann:

Was wollen Sie tun?) Das habe ich Ihnen schon vor sechs Monaten gesagt. Schon damals jagte ich Ihnen, Sie müssen Bethmann zwingen zu der Erklärung, daß er auf alle Annektionen und auf jede Entschädigung verzichtet. Das müßte auch jetzt noch geschehen, und wenn Bethmann es nicht tut, dann müßten die Vertreter des arbeitenden Volkes es tun und Bethmann die Gefolgschaft aufsagen. Scheidemann hat gestern gesagt, wenn Bethmann erklärt, er verzichtet auf alle Annektionen — er rechnet darauf, daß Bethmann viel nüchtrener denkt als viele selbst in den Reihen der sozialistischen Mehrheit — und wenn dann die bürgerlichen Regierungen der anderen Länder nicht auf Friedensverhandlungen eingehen, dann müßte doch auch die sozialistische Minderheit die Kredite bewilligen und die Politik der Mehrheit mitmachen. Den Zahn soll sich Scheidemann ziehen lassen, das ist kein Weisheitszahn. Die Völker müssen in den anderen Ländern mobil gemacht werden und können mobil gemacht werden, wenn sie erkennen, daß das deutsche Volk mit der Politik der Regierung, die doch nur der Ausschluß der herrschenden Klassen ist, nichts gemein hat. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Durch Verbreitung der Friedensidee, durch Abgabe an den Geist des Chauvinismus und Nationalismus und durch Bekämpfung des Krieges können wir dazu beitragen, daß dieselbe Bewegung sich auch in anderen Ländern ausbreitet. Die Bewegung ist dort schon sehr stark geworden, das Beispiel von Zimmerwald und Kiental hat mächtig gewirkt. (Lachen bei der Mehrheit. — Zustimmung bei der Opposition.) Fast die Hälfte der französischen Genossen ist schon gewonnen. (Stürmischer Widerspruch bei der Mehrheit. — Vielfache Zurufe: Die französische Minderheit steht auf dem Boden der deutschen Mehrheit!) Und sie steht im wesentlichen auf dem Standpunkt der deutschen Minderheit. Dem Frieden wird aber nicht gedient dadurch, daß gewissermaßen als Antwort auf die völkerverbrüdernde Demonstration von Zimmerwald eine Anzahl führender Parteigenossen ins Hauptquartier nach der Westfront kutschte. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Dadurch wird das Vertrauen der ausländischen Sozialisten zum deutschen Sozialismus nicht gestärkt. (Dr. David: Vandervelde und Thomas sind ja dauernd in ihren Hauptquartieren!) Die Politik der Mehrheit dämpft nicht den Chauvinismus, sie wird getrieben im Geiste der „J. A.“, im Geiste der Völkerverhetzung und der Schürung des Krieges. Sie haben ein ungeheures Maß von Ingrimm und Empörung in den Massen erregt. Hüten Sie sich davor, daß das Maß nicht zum Ueberlaufen kommt. (Lebhafter Beifall bei der Opposition. — Lachen bei der Mehrheit.)

Notiz: Das Rezept des Genossen Ströbel, den Frieden dadurch herbeizuführen, daß man auf jede Art von Annektionen verzichtet, haben die Regierungen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn schon einmal befolgt. Sie haben damals nicht nur erklärt, keinerlei Gebietsveränderungen durchzuführen zu wollen, sondern sie wollten den Frieden erlangen durch Abtretung eines ziemlich großen Gebietes Oesterreich-Ungarns an Italien. Trotzdem ist es damals zum Kriege gekommen. (Zuruf bei der Opposition: Wie kann man das vergleichen!) Gerade Ströbel hat am wenigsten das Recht, gegen die zu wettern, die mit der Möglichkeit rechnen, daß dieses ungeheure Weltgeschehen nicht ohne jede Grenzverschiebung vorübergeht, denn er gehört zu denen, die sich jederzeit lebhaft dafür eingesetzt haben, daß auch fremdsprachige, nicht der italienischen Junge angehörende Menschen von Oesterreich-Ungarn abgetrennt und als Handelsobjekt für Erhaltung des Friedens an Italien abgetreten werden sollten. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Haase, Dittmann und Genossen Fick haben sich wiederholt dagegen gewendet, daß die deutsche Sozialdemokratie gegen die Verletzung der belgischen Neutralität nicht protestiert hat. Wo sind denn die Proteste der französischen und englischen Arbeiter gegen die Vergewaltigung von Schweden, Dänemark und Norwegen, von Griechenland gar nicht zu reden? (Sehr gut! bei der Mehrheit. — Lebehour: Das entschuldigst Euch nicht!) Es gibt Genossen, die es begeistert finden, daß jetzt der deutsche Einmarsch in Belgien erfolgte. Am Vorabend eines Krieges wie im Kriege selbst besetzt man jede benutzbare Stelle, von der aus man den Feind bedrohen und ihm Schaden kann, ohne moralische Reflexionen darüber anzustellen, ob es mit den Geboten der

Gerechtigkeit und des nationalen Prinzips vereinbar ist. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Man wehrt sich eben seiner Haut. Das hat Deutschland getan nach dem Rezept von Friedrich Engels, der ich jedoch aus seiner Schrift „So und Rhein“ zitiert habe. (Stürmisches Hört! hört! bei der Mehrheit.) Wenn die Arbeitsgemeinschaft fortgesetzt behauptet, der Disziplinbruch sei notwendig gewesen, ihre Fortsetzungsarbeit sei begründet, weil es die alten Grundsätze zu verteidigen gilt, so ist das, gelinde gesagt, ein bißchen toll. Horn hat die Grundsätze gewahrt, als er 5 Milliarden bewilligte, und er war der Meinung, daß er die Grundsätze wahrte, wenn er von 10 Milliarden 5 Milliarden bewilligte; Jubel hielt die Grundsätze hoch, als er begeistert für die Kredite stimmte, ebenso, als er später begeistert gegen die Kredite stimmte; Dittmann hielt die Grundsätze hoch, als er in der Presse mit derselben Begeisterung die Kreditbewilligung verteidigte, wie er heute gegen die Kreditbewilligung kämpft. (Sehr gut! bei der Mehrheit. — Dittmann: Bewußt unwahr!) Dafür sind so viel Zeugen da, daß alles Leugnen nichts hilft. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Und schließlich hielt Bernstein die Grundsätze hoch, als er für die Kredite war (Bernstein: Was soll das? — Große Beifall bei der Mehrheit), und er hält sie jetzt hoch, wo er als reuiger Sünder hinter der Internationale herläuft und um Verzeihung bettelt, weil er sich früher hat einseifen lassen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Es ist unerhört, wenn, wie es Dittmann und andere getan haben, jede Schuld an diesem Kriege reslos der deutschen Regierung aufgedrückt wird. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Kein Wort des Tadels haben wir gegen Russland gehört und vollständig vorübergegangen sind diese Redner an der Tatsache, daß England, Russland und Frankreich seit Jahrhunderten ununterbrochen eine Raub- und Eroberungspolitik in der ganzen Welt getrieben haben. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Das ist doch das Beste, was man sich denken kann. Die Opposition entdeckte den deutschen Eroberungskrieg in dem Augenblick, in dem Italien seinen Eroberungskrieg gegen Oesterreich begann. Und sie blieb beim deutschen Eroberungskrieg, obgleich immer mehr Staaten von der Entente gegen Deutschland in den Krieg geküßt werden. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Haase hat gestern eine Probe seiner politischen Brunnenvergiftung und Partei-zerstörung gegeben. (Große Unruhe bei der Opposition.) Er kritisierte die Steuerpolitik der Fraktion. Auch wir waren mit den Steuervorlagen nicht zufrieden. Als wir in der Kommission aber als Ersatz für die indirekten Steuern die Erbschaftsteuer forderten, stimmte das Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Bernstein mit den Parteien der Rechten gegen die Erbschaftsteuer. (Sturm. Hört! hört! bei der Mehrheit. — Lebehour: Aber aus anderen Gründen! — Lachen bei der Mehrheit.) Es ist richtig, daß die Besitzsteuer hätte weiter ausgebaut werden können. Haase verschweigt aber, daß er und seine Freunde bei dem Vorgehen für die Kriegsgewinnsteuer dafür gestimmt hatten, daß die Aktiengesellschaften nur bis 50 Proz. ihres Gewinnes als Kriegsteuer sollten abzugeben brauchen. Freilich kam man dann hinterher im letzten Augenblick mit Anträgen, über die alle Leute, die etwas von Steuerpolitik verstanden, den Kopf geschüttelt haben. (Widerspruch bei der Opposition.) Eure eigenen Leute haben zum Teil den Kopf geschüttelt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Haase wollte gestern beweisen, daß die deutsche Regierung den Frieden nicht wolle. Er berief sich auf eine Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die deutsche Regierung habe keine Friedensverhandlungen einleiten wollen. Wir haben Haase bei diesen Worten zugerufen, daß das der Gipfel der politischen Unehrlichkeit ist. (Sehr richtig! bei der Mehrheit. — Haase: Unverschämter Geselle!) Genoiß, Haase hat richtig zitiert. Aber zur ehelichen Politik gehört, daß man Tatsachen nicht verschweigt. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Zu derselben Zeit hat nämlich die englische Presse erklärt, das Dementi der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist unwahr. Tatsache sei, daß wiederholt die deutsche Regierung versucht habe, Friedensverhandlungen anzubahnen. (Hört! bei der Mehrheit. — Haase: Mit England etwa?) Haase selber der Besprechung mit dem Reichszangler teilgenommen, in der gesagt wurde, daß aus gewissen Gründen solche Dementis erlassen werden müßten, damals in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erlassen worden (Stürmisches Hört! hört! bei der Mehrheit.) Das ist uns damals in der

Fraktion berichtet worden. (Erneutes stürmisches Hörl! hört! bei der Mehrheit. — Vielfache Zurufe: Pfui Haase.) Haase hat gestern erneut den Eindruck zu erwecken gesucht, daß wir im Frühjahr 1915 den Frieden haben konnten. Mit diesem Argument ist man draußen krebzen gegangen und hat versucht, Stimmung gegen uns zu machen. Als aber Ledebour in der Budgetkommission die deutsche Regierung wegen der angeblichen Abweisung des holländischen Beamten Dreffelbush als englischen Unterhändler stellte, wurde vom Unterstaatssekretär Zimmermann Klipp und klar nachgewiesen, daß das falsch sei, und Ledebour mußte anerkennen, daß nach diesen Darlegungen die Sache erledigt sei. (Stürmisches Hörl! hört! bei der Mehrheit.) Trotzdem aber hat Haase einige Tage später in der „Königsberger Volkszeitung“ es so dargestellt, als wenn ihm neue Tatsachen bekannt geworden seien. Als er dann aber zwei oder drei Tage später im Reichstag das Wort nahm und nun Gelegenheit gehabt hätte, vom Leder zu ziehen, hat Haase auch nicht eine Silbe davon gesprochen. (Erneutes stürm. Hörl! hört! bei der Mehrheit.) Diese Art von Politik läßt erkennen, wie wenig Neigung dazu vorhanden ist, wieder kameradschaftlich und gemeinsam zu arbeiten. Wer eine solche Politik des Verschweigens betreibt, der macht ein Vertrauen auf die Dauer unmöglich, und deshalb muß gegen diese Art, die Partei auseinanderzureden und auseinanderzutreiben aufs schärfste Protest erhoben werden. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Lachen bei der Opposition.)

Leдебour: Parteigenossen! Es muß allerdings der schärfste Protest erhoben werden gegen diese Methode Noskes, gegen einen Parteigenossen verleumdende Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig!) Mein Freund Haase wird Gelegenheit haben, im Schlußwort auf diese Angelegenheit Dreffelbushs ausführlich einzugehen. Ich begnüge mich hier mit der Feststellung, daß die Auffassung, die ich gehabt habe, infolge der Auseinandersetzung in der Budgetkommission sich vollkommen deckt mit der Haases. Das wird Ihnen noch bewiesen werden. Der Versuch, so zu tun, als ob durch Zimmermanns Ausführungen die Sache vollkommen aufgeklärt und beigelegt sei, ist vollkommen verfehlt. Ich habe nun erklärt, daß der Regierung kein Vorwurf daraus gemacht werden könnte, daß sie den Unterhändler nicht empfangen wollte ohne zu wissen, im Auftrag welcher Leute er kam. (Wah!) Ja, bitte, damit ist aber nicht gesagt, daß nicht wirklich hinter diesem Unterhändler Leute gestanden haben, die berechtigt waren zu der Behauptung, derartige Anerbietungen machen zu können. (Lachen.) Ja, Parteigenossen, wenn Sie das nicht unterscheiden können, ist Ihr Denbvermögen sehr schwach. (Große Heiterkeit.) Aber Haase wird noch ausführlich auf die Sache eingehen. Ich habe eine andere Aufgabe.

Wie ein roter Faden hat sich durch die Verhandlungen die Bemühung der Vertreter der Mehrheitspolitik hindurchgezogen, die Verantwortung für die Kriegspolitik der Regierung von sich abzuwälzen. Diese Verantwortung begründen wir damit, daß sie die Kredite angenommen haben. Die Genossen haben nun einer nach dem anderen, in der naivsten Weise der erste Redner, Genosse Saenger, erklärt: Ja, damit haben wir gar keine Verantwortung übernommen, das haben wir dem Lande bewilligt und nicht der Regierung. (Sehr richtig!) Was ist denn aber der Sinn einer Geld- oder Kreditbewilligung überhaupt, speziell aber zur Führung eines Krieges? Sie haben damals der Regierung ungeheure Geldsummen in die Hand gegeben, bedingungslos, damit sie damit machen kann was sie will, damit sie den Krieg führen kann wie sie will und zu welchem Ende sie will, ohne daß in irgendeiner Weise, selbst bis heute nicht, von Euch die Bedingung gestellt wurde, Klipp und klar und präzise anzugeben, welche Kriegsziele sie im Auge hat. Das ist ein Vertrauensvotum ausgeprägtester Art, und wenn Ihr hundertmal sagt, es sei keines, die Tatsache beweist es doch. Man kann doch niemandem ein größeres Vertrauen beweisen, als wenn man ihm sagt: Ich verlange gar keine Auskunft von Dir, was Du mit dem Geld machst, hier hast Du die Gelder. (David: Im Interesse des Landes!) garantiert Ihnen denn dafür, daß die Regierung diese Gelder in m J n t e s des Landes verwendet? Wer garantiert dafür, daß sie nicht zu m S d e s L a n d e s ihre Kriegspolitik führt? Nach dem, was wir von der Regierung wissen, vertritt diese reaktionäre bürokratische Regierung nur die In-

der agrarischen und großindustriellen Ausbeuter, der Kapitalistenklasse, nicht aber der Arbeiterklasse. Von dieser Regierung, die jeder Sozialdemokrat von Beginn der Sozialdemokratie an bekämpfen mußte, kann man doch unmöglich sagen, man braucht nun plötzlich keine Bürgerhaft dafür, was diese Regierung in diesem Kriege mit dem Gelde machen will, welche auswärtige Politik und in indirektem Zusammenhang damit, welche innere Politik sie im Auge hat. Die Regierung hat also freie Hand, eine Regierung, zu der wir überhaupt kein Vertrauen haben. (Bauer: Zur russischen Regierung haben Sie mehr Vertrauen!) Kann man eine niedrigere Argumentation hören als die von Bauer? (David: Ihre Bewegt sich auf derselben Basis!) Nein, von der russischen Regierung würden wir die größten Niederträchtigkeiten erwarten, und die russischen Sozialisten haben dieser Regierung gegenüber von Beginn des Krieges an dieselbe Feindlichkeit bewiesen, die wir von Euch der deutschen Regierung gegenüber verlangen. (David: Denken Sie an Ihren Freund Plechanow!) Wir sind der Ueberzeugung, daß die Regierung Weismanns dieses Geld nicht im Interesse des Landes, nicht einmal im Interesse des ganzen Volkes, am allermeisten im Interesse der Arbeiterklasse, sondern gegen Land und Arbeiterklasse verwendet (Genosse: Für die Ausbeuter!), daß sie eine Kriegspolitik betreibt, die für das deutsche Volk und für die deutschen Arbeiter die schädlichsten Wirkungen haben muß. Ein bißchen Konsequenz in Betätigung der Anschauungen, die wir in unseren Reichstagskämpfen immer betätigt haben, hätte Euch zu derselben Stellung bringen müssen, die wir von Anfang an eingenommen haben und zu der sich jetzt auch schon erfreulicherweise eine große Anzahl Genossen bekennen, die anfangs sich betören ließen, mit Euch zu geben. Ihr hättet genau so handeln müssen von Anfang an, Ihr hättet die Kredite ablehnen müssen! (Südekum: Bis die Russen an der Ober stehen!) Nun wird die Frage aufgeworfen: Was wird aber nun, wenn der Reichstag in seiner Gesamtheit die Kredite ablehnt, oder wenn wir die Mehrheit hätten? Man kann sich ja auch den hypothetischen Fall denken, daß die Sozialdemokratie allein oder in Verbindung mit Mitläufern im Reichstag eine Mehrheit gegen die Kriegskredite erlangt. Was dann? Dann wäre die Regierung in Konsequenz der Rechte des Reichstags genötigt, abzutreten und einer Regierung Platz zu machen, die im Sinne dieser ablehnenden Mehrheit bereit ist, den Frieden herbeizuführen und diejenige Politik zu treiben in bezug auf die Beendigung des Krieges, die wir Sozialdemokraten verlangen. (Lachen und Zurufe: Mit Ledebour als Oberkommandierenden!) Gewiß, Sie meinen, das würde die Regierung nicht tun, sie würde lieber den Reichstag nach Hause schicken. Das wäre wohl möglich. Dann wäre das aber nur die Offenbarung der Tatsache, daß wir den verschleierten Absolutismus haben. Es wäre dann der nackte, unerfährte Absolutismus zutage getreten, und diejenige Partei, die die Ablehnung verlangt hätte, wäre vor die Notwendigkeit gestellt gewesen, die Entschlossenheit ihrer Abstimmung durch eine revolutionäre Aktion gegen diese Staatsverbrecher, die gegen den Reichstag regieren wollen, zu erweisen und dann die Regierung mit Gewalt zum Teufel zu jagen. (Lachen. — David: Ja, Sie hätten dabei den Oberbefehl übernehmen!) David grinst. Mit Ihrem Verhalten befähigen Sie ja, daß Sie in Wirklichkeit noch nicht einmal das parlamentarische Schlimm im Auge haben, wie es heute bürgerliche Politiker verlangen, daß Ihr also noch tief unter den bürgerlichen Politikern steht, die Rückgrat haben. Ihr seid ja wirklich weiter nichts als Froch-Molluskensbreitnaturen. (Heiterkeit, Zustimmung und Unruhe.) Alle diese höhnischen Zurufe zeigen doch nur, daß es Euch nicht einmal mit dem Parlamentarismus ernst ist. (Reinert: Nein, Sie sind nicht ernst zu nehmen!) Noske hat auf Zimmerwald hingewiesen, und ich bin berechtigt, einige Worte darüber zu sagen, weil es eine meiner erfreulichsten Tätigkeiten war, in Zimmerwald mitgewirkt zu haben. In Riental konnte ich nicht mitwirken, weil die von Euch unterstützte Regierung uns Hindernisse in den Weg gelegt hat. Gerade diese Aktionen haben gezeigt, daß es ganz falsch ist, wenn Ihr immer nur die Regierungen ins Auge faßt. Das Volk, die Arbeiterklasse müßt Ihr im Auge haben. Unsere Aktion in Zimmerwald hat eine gewaltige Aktion in Frankreich herbeigeführt. Bourdoux und Merxheim haben einmütig mit uns zusammengearbeitet. Wir haben mit ihnen gemeinsam Wort

für Wort ein Manifest ausgearbeitet. Drei Abgeordnete in Frankreich stehen schon auf diesem Standpunkt, nicht, wie irrtümlich hier gesagt wurde, heute schon eine große Masse. Die sogenannte Minderheit zweiten Ranges in Frankreich ist nicht weit her. (Hört! hört! und Geisterzeit.) Auf sie setze ich vorläufig noch wenig Hoffnung. Aber die anderen sind diejenigen Leute, die unseren Standpunkt vertreten, und diese gewinnen im Volke immer mehr Boden, genau so, wie die Opposition in Deutschland. Auch wir appellieren an die arbeitende Bevölkerung, an die Arbeiterklasse, die unsere Politik unterstützt in wachsendem Maße und die mit Euch abrechnen wird. (Lachen.) Die Abrechnung mit Euch wird kommen. Wenn wir uns auf dem nächsten Parteitage wiedersehen, wird noch ganz anders mit Euch geredet werden. (Lebhafte Beifall bei der Opposition. — Geisterzeit bei der Mehrheit.)

Meerfeld-Wöln: Lebebour schloß damit, daß, wie er sagt, die Volksmassen „unsere Politik“ gutheißen würden. Wenn ich nicht irre, hat er darüber, was seine Politik und die seiner Gesinnungsgenossen ist, durchaus verschiedene Auffassungen bekundet. Er hat nach Zeitungsmeldungen doch vor kurzem noch in Breslau gesagt: „Ja, wenn die Kräfte an der Oder ständen, würden auch wir die Kriegskredite bewilligen müssen.“ (Hört! hört!) Wir haben in diesen zwei Tagen hier schon verschiedene Ueberraschungen erlebt. Zunächst die Tatsache, daß die Minderheit absolut keine Geheimnisse hat. Sie hatte bisher behauptet, daß sie nicht offen heraus sagen könne, warum sie die Kredite nicht bewilligt; sie sei daran durch den Belagerungszustand gehindert. Aber heute und hier kann sie es doch sagen. Nun bitte ich Sie, haben Sie denn aus den Reden von Gaase und den anderen Minderheitsvertretern irgend etwas bernommen, was ein einigermaßen geschickter Redner nicht auch draußen hätte sagen können? (Lachen bei der Opposition. — Stadthagen: Ohne verhaftet zu werden?) Das ist zweifellos ein wertvolles Ergebnis der Konferenz. Wir können darauf das bereits berühmt gewordene Wort von einem Parteitag anwenden: „Nach all dem Gekader ein Windei!“ Das zweite Ergebnis ist die Erklärung der Kriegsurachen durch Gaase und Kautský, worüber ja schon einiges gesagt worden ist. Wir haben es erlebt, daß der theoretische Führer der Sozialdemokratie, ebenso Gaase, die ökonomisch-historische Auffassung von der Entstehung internationaler Konflikte preisgegeben haben. (Sehr richtig!) Sie haben gänzlich verzichtet auf die wissenschaftliche Begründung der Kriegsurachen. Früher haben wir die Pazifisten als heillos verirrte Ideologen verspottet; deren Methoden werden aber jetzt von Gaase und Kautský nachgeahmt. (Sehr wahr!) Es gibt auch gewiß heroischere Posen als die, in der uns vorgeföhrt der Genosse Kautský mit seiner Erklärung erschienen ist. Dieses Geständnis Vater peccavi!, ich habe geföhlt! — dieses reumütige Geständnis aus dem Munde unseres theoretischen Führers zu vernehmen, das muß uns alle schmerzen, die wir von ihm gelernt haben und die wir in ihm verkörpert haben ein großes Stück sozialistischer Geschichte. Und nun erleben wir einen fast völligen Zusammenbruch des Vannerträgers der Sozialdemokratie! Sollen wir diesen bitteren Kelch nun völlig leeren und uns zu der schmerzlichen Erkenntnis durchbringen müssen, daß Genosse Kautský sich heute bedenklieh dem bekannten Rudolf von Ueßit nähert, der bekanntlich alles beweisen konnte? (Sehr gut!) Es gehört jedenfalls zu den tragischsten Begleiterscheinungen des Weltkrieges, daß der Theoretiker Kautský gerade in dieser schicksalsschweren Zeit so völlig versagt hat und ziellos hin und her schwankt.

Gaase sagt, wir sollen uns nicht vom Strome treiben lassen. Das ist ein sehr richtiges Wort, und ich hätte gewünscht, daß es sich zahlreiche Minderheitsgenossen schon vorher zur Richtschnur gemacht hätten; man soll nicht die sekundären Ursachen der Oppositionsstimmung mitbestimmend sein lassen für ihre Stellungnahme zu den großen geschichtlichen Fragen. Ueber die Stimmung der Massen wissen wir ja sehr wenig. Die paar Genossen, die heute in Versammlungen für oder gegen die Kredite reden, sind doch nicht die Masse. Die wirkliche Masse kümmert sich um unsere Fankereien blutwenig. Die Genossen im Felde tun es womöglich noch weniger. Erst dieser Tage schrieb mir einer von ihnen: „Ich muß aus der Zeitung die Rubrik „Parteinachrichten“ stets

ausschneiden, wenn ich sie anderen Genossen weitergeben will, weil sie von dem Stand nichts wissen wollen.“ Die wirklichen Massen sprechen ja bei anderen Gelegenheiten, und dann werden sie sehr deutlich sprechen, nämlich bei den Wahlen. (Sehr richtig!) Dittmann, der heute versucht hat, seinen Niedrigzug zu beden und alles ungeschöhen zu machen, was er früher in Rede und Schrift vertreten hat, hat auf einer Redaktorkonferenz Ende September 1914 in sehr temperamentvoller Weise begründet, warum wir für die Kriegskredite eintreten mühten; er hat das bekanntgewordene Wort geprägt, wir würden bei den Konnez mit den Volksmassen verloren haben, wenn wir gegen die Kredite gestimmt hätten. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Mehrheit.) Dittmann wird nicht wagen können, das als unrichtig zu bezeichnen. Derselbe Genosse Dittmann will uns heute zeigen, was für große Kinder, was für naive Leute die sozialdemokratischen Abgeordneten bei Kriegsbeginn gewesen sind, wie sie sich von einer geschickten Regierung haben dupieren lassen! Mit solchen Kindlichkeiten sollte man doch nicht politisch operieren wollen! (Zustimmung bei der Mehrheit, Zuruf: Das war ein Selbstbekenntnis Dittmanns!) Also dieser Versuch, den Niedrigzug zu verdecken, ist gänzlich mißlungen.

Der ganze Hauf unserer Streitfragen wird sich in Zukunft für die Massen auf die ganz einfache Frage reduzieren: Wie hast du in der Schicksalsstunde deines Volkes gehandelt? Die Massen werden dann sehr wenig nach dem fragen, was heute als Zwischen- und Nebenfragen uns beschäftigt, was aufgeplustert wird als große grundsätzliche Fragen. Sie werden nur die eine Frage stellen: Bekenntst du dich zur Landesverteidigung oder lehnt du sie ab nach dem Grundsatz: wir haben kein Vaterland. Nur das und nichts anderes wird nach dem Kriege politisch die Gemüter heberschden. (Sehr wahr!) Wir sind keine Sekte, die nicht an die Erdenischwerte gebunden ist. Wir wollen und müssen eine Volkspartei sein, und dazu ist notwendig ein rückhaltloses Bekenntnis zur Landesverteidigung. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) — Ich komme aus dem Westen, Sie alle kennen die ungeheure Zusammenballung der Arbeitermassen in jener Gegend, wo Großindustrie und Militarismus herrschen, wo wir gegen diese beiden Mächte seit Jahrzehnten einen mühevollen Kampf geführt haben. Erst in letzter Zeit haben wir es einigermaßen vorwärts gebracht in dieser Gegend, wo so bitter um die Seele der Arbeiter gerungen wird. Dort handelt es sich ledighch darum, wer herrschen soll: wir oder die Kapitalisten und das Zentrum. Hier wird jahrzehntelange Arbeit geröhrt, wenn die Opposition siegt und die Zerstörungsarbeit so weiter geht wie leider bisher schon. (Sehr wahr!) Die schon erwähnte Schrift des Volksvereins kann ich nur jedem als Lektüre empfehlen, sie wird jedem das Gewissen schärfen. Die Schrift erscheint unter dem Burgfrieden und sie werden staunen, welches Material, und in welcher agitatorischen Auffassung, erst publiziert werden wird, wenn der Burgfriede nicht mehr besteht. Wir stehen von ungeheuren Zukunftsaufgaben. In dieser Zeit völlig verjagen, hieße der Menschheit unseren schmählichen Bankrott anmelde. Hoch steht freilieh die Revolution kommen. Ich bin darin sehr skeptisch, und erst recht nach den Erfahrungen des Krieges. So reizvoll es auch für mich sein würde, hoch als Führer einer Sturmtruppe die Bastille berennen zu sehen, so glaube ich doch nicht, daß uns dies Schauspiel jemals geboten werden wird. Aber ich unterschreibe durchaus seine Mahnung zur Einigkeit. An einer Willensfundgebung kommen wir ja nicht vorbei. Jedenfalls müssen wir uns besser zu vertragen suchen. Es darf nicht weiter mit den vergifteten Massen gekämpft werden wie bisher, wir müssen uns mit einem größeren Maße von Verantwortlichkeit zu wappnen suchen. Je mehr wir die ungeheure Verantwortung fühlen, die auf unseren Schultern lastet, die Verantwortung vor unserem Volke und vor der Menschheit, um so mehr werden wir dazu kommen, mit den jetzigen häßlichen Methoden zu brechen. Um so mehr werden wir die Wege bahnen, die uns wieder zusammenführen sollen im Interesse der Partei und der gesamten Arbeiterschaft. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Bogherr-Stettin: Meerfeld behauptete, die Vertreter der Minderheit hätten überall das Recht, ihre Meinung offen zu sagen. Ihm ist aber ebenso bekannt, wie uns allen, daß die Minderheit mehr beschränkt ist in ihrem Ver-

eins- und Versammlungsrecht als die Mehrheit und daß eine ganze Reihe von Versammlungen gerade deswegen verboten wurden, weil Minderheitsredner vorgesehien waren, daß von ihnen mehr als von anderen die Einreichung von Manifesten verlangt worden ist. (Sehr wahr! bei der Minderheit.) In ganzen Armeekorps-Bezirken, z. B. dem zweiten, sind öffentliche politische Versammlungen überhaupt verboten. Im Gegensatz zu Weersfeld bin ich überzeugt, daß die Massen nicht später fragen werden: Bekennt Ihr Euch zur Landesverteidigung, sondern: Habt Ihr Euch während des Krieges zu den alten Grundfragen, zu der alten Taktik der Partei bekannt? (Sehr wahr! bei der Minderheit.) Die Frage der Landesverteidigung spielt in unseren Erörterungen eine viel größere Rolle als sie verdient. Um denen, die immer von dem angeblich noch geltenden Verteidigungskrieg sprechen, ein einziges authentisches Wort entgegenzuhalten, erinnere ich an das, was der Reichsfanzler in der Reichstagsrede vom 5. April d. J. ausgesprochen hat, wo er sagte: „Zu unserer Verteidigung sind wir ausgezogen, aber das, was war, ist nicht mehr.“ (Lebhaftes Hör! hört! bei der Minderheit.) Also der Verteidigungskrieg hat auch nach der Ansicht des Reichsfanzlers aufgehört, mindestens am 5. April, nach unserer Meinung schon vorher. Wir sind überzeugt, daß es sich bei diesem angeblichen Verteidigungskrieg nur noch handelt um die Verteidigung des Kriegsertrages, den die Annexionisten sich wünschen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Scheidemann hat nach darüber geäußert, daß z. B. die Lebensmittelfrage demagogisch ausgenutzt werde. Daß wir uns als Sozialisten gegenseitig einen solchen Vorwurf machen, halte ich für vollkommen deplaciert. Wir haben zu allen Zeiten alles benutzt an politischen Ereignissen und Zuständen, um die Regierung und die herrschenden Parteien zu kritisieren. Wenn aber Scheidemann damit meinte, daß die Lebensmittelfrage demagogisch ausgenutzt würde seitens der Minderheit gegenüber der Mehrheit, dann ist das nur die logische Konsequenz von der Verantwortung, die die Mehrheit nicht bloß für die Kriegspolitik übernommen hat, sondern auch für alle deren Folgen in der inneren Politik. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Und wenn man von Demagogie spricht, so erinnere ich Scheidemann an seine eigenen Worte, die er gestern wieder wie schon so oft draußen in seiner stereotypen Rede gebraucht hat, worin er den Arbeitern vorredet, daß diejenigen, die die Kriegskredite ablehnten, die Arbeiter in die Gefahr bringen, nächster 1½ oder 2 Milliarden auf ihre Schultern zu übernehmen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Nein, das ist ein ganz gewöhnlicher demagogischer Trick. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) — Widerspruch bei der Mehrheit.) Wenn er die Dinge beim rechten Namen nennen wollte, müßte Scheidemann den Arbeitern sagen: Im Parlament macht man es so: wenn man ein schlechtes Kriegskriegsgesetz nicht annehmen will, dann lehnt man es ab und wartet so lange, bis ein besseres kommt. (Lebhaftes Ha! und großes Gelächter bei der Mehrheit.) Was wäre denn die weitere Folge? Sollen Ihnen denn die Arbeiter glauben, daß nur die eine Gelegenheit gegeben war, um mit den bürgerlichen Parteien ein Kriegskriegsgesetz zu machen, das nicht bloß den Mehrheitsgenossen, sondern das den gesamten bürgerlichen Parteien so sehr gut gefiel, daß sie sich bei diesem Gesetz zusammengefunden haben. (Hilfenbrand: Es hat ihnen gar nicht gefallen! — Zuruf Davids.) Auf Ihre Schulmeisterien, Genosse David, falle ich nicht rein. (Lebhaftes Zustimmung bei der Opposition.) Auch David hat einen nicht minder demagogischen Trick benutzt, als er bei Begründung der Bewilligung der Kriegskredite erklärte: „Sollten wir etwa unsere Genossen, die hinaus ins Feld ziehen, ohne Waffen und ohne Munition hinausziehen lassen?“ Will man damit etwa Eindruck machen bei den tendenden Arbeitern? Dazu gehören Heloten, um Ihnen das zu glauben. (Lebhaftes Zustimmung bei der Opposition.) Das sind dieselben Begründungen, die wir seit 30, 40 Jahren immer von unseren Gegnern gehört haben, wenn wir Militär- und Marineforderungen abgelehnt haben. (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Da hat man in jedem Kriegerverein das gesagt, was David uns zu bieten magt. (Stürmischer Beifall bei der Opposition.) In jeder Dorfversammlung haben uns die Dorfschulzen entgegengehalten: Wollt Ihr denn unsere Soldaten ohne Waffen in den Krieg ziehen lassen? (Zuruf: Aber dann haben wir gesagt: Nein, wir

wollen Deutschland noch besser verteidigen!) Nun meinte David, jetzt handelt es sich doch um den bitterbösen Krieg. Ja, haben wir denn vorher, als wir die Militärkredite ablehnten, nicht auch schon gesagt, daß früher oder später dieser Weltkrieg kommt und haben trotzdem die Militärkredite abgelehnt (Sehr gut! bei der Opposition), weil wir wußten, daß wir das vor unserem sozialistischen Gewissen, das wir damals noch alle hatten, nicht anders verantworten können. Derselbe Genosse David hat ja noch 1½ Jahre vor dem Kriege auch anders gesagt. Er hat anzunehmen zwar nicht nötig gehabt, aber ich erinnere nur an eine Aeußerung aus seiner Reichstagsrede vom 3. Dezember 1912. Da sagte er nach einer Schilderung der Internationalen Versammlung im Baseler Münster: Was sich hier vollzieht, sollte Ihnen doch klar werden, die Massen hören auf eine willenlose, gedankenlose Herde zu sein. (Hört! hört! bei der Minderheit.) Das ist neu in der Geschichte. Früher haben sich die Massen blindlings von denen, die Interesse an einem Kriege hatten, gegeneinandersehen und in das Massentreiben treiben lassen. Das hört auf, sagte David, die Massen hören auf, willenlose Instrumente und Trabanten irgendwelcher Kriegsinteressenten zu sein.“ (Hört! hört! bei der Minderheit.) Aber als Genosse David und die Mehrheit der Reichstagsfraktion, nicht die Mehrheit der Partei, durch ihre Politik diese Kriegspolitik mitmachten, da wollten sie gleichzeitig den Massen suggerieren, daß sie sich dennoch dazu hergeben sollen, nicht nur die Interessen der Kriegsinteressenten zu verteidigen, sondern unsere ganze Politik einzuführen nicht nur auf die augenblickliche Kriegspolitik, sondern auch auf die ganzen folgenden Konsequenzen. (David: Wollten Sie, daß die Massen nicht aufmarschieren?) Wer hat denn das gesagt? Wir haben das Gegenteil gesagt, wir haben gesagt, Opfer haben die Massen genug zu bringen, sie haben Leib und Leben einzusetzen, sie haben daheim und im Felde während des Krieges und vielleicht noch ebenso nach dem Kriege zu hungern und zu darben, da sollen sie nicht auch noch das preisgeben, was zu allen Zeiten ihr einziger Besitz gewesen ist, ihre sozialistische Ueberzeugung. (Sehr wahr! bei der Minderheit.)

Was hier die Konferenz bezwecken soll, das wird sie nicht erreichen. Sie sehen, daß hier Gegensätze vorhanden sind, die unvereinbar sind. Es ist geradezu grotesk, wenn ausgerechnet Nothe, dessen Schönheit wir ja kennen (Sehr gut! bei der Opposition), die Lüne der Kameradschaftlichkeit anschlägt. Das ist ein Saitenspiel, das paßt wohl in die Deutsche Gesellschaft von 1914, aber nicht auf einen sozialdemokratischen Parteitag. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit.)

Winnig-Dauenburg: Im Gegensatz zu Vogtherr bin ich mit der leisen Hoffnung hergekommen, daß sich aus den Verhandlungen doch wohl, wenn auch nicht die Möglichkeit einer Einigung, so doch die einer Annäherung ergeben würde. Nach der Rede Haases habe ich diese Hoffnung stark herabstimmen müssen, nicht nur wegen des Miesemages von Haß und Feindseligkeit, das herausklang, wegen der geschwollenen Bosheit in jedem Worte und in jeder Silbe, sondern besonders wegen der phänomenalen Unterschieden in der politischen Beurteilung, in der Methode des politischen Denkens. Dieser klaffende Gegensatz, den ich ebenso erkenne wie Vogtherr, zeigt sich zuerst in der Art, das, was man will, zu begründen. Wenn die Vertreter der Minderheit ihre Stellung rechtfertigen wollen, so stöbern sie in den alten Pandekten herum, sie nehmen die alten Wälder aus den 40er, 50er, 60er Jahren und suchen darin nach einem Satz, der das rechtfertigt, was sie tun; von der geschichtlichen Bedingtheit alles Handelns keine Spur! Das ist die Art, wie bei den Türken der Scheich ul Islam, wenn ein Trabe des Sultans ergeht, beweisen muß, daß es seit tausend Jahren so Brauch und Recht ist. Sie berufen sich auf ihren Sozialismus, aber aus ihrer ganzen Methode, und aus der Rede Haases ganz besonders, geht hervor, daß ihr Sozialismus nichts ist als ein starrer Buchstaben glaube; und ich er ein geschichtliches Prinzip von überquellendem Reichthum. Auf die Arbeiterchaft, über deren Haltung wir uns streiten, ist ein Gegenstand der Entwicklung. Wie kann man heute noch die Haltung der Partei nach dem bemessen, was vor 40, 50, 60 Jahren geheißen ist? Die Arbeiterchaft von heute ist eine andere als die von 1870. 1870 galt

vielleicht noch mit einem gewissen Recht das bittere Wort des kommunistischen Manifests: Die Arbeiterschaft hat nichts zu verlieren als ihre Ketten. (Zuruf: Das hat die Chemnitzer „Volksstimme“ noch vor Ausbruch des Krieges geschrieben!) Ich überlasse es Roste, das richtigzustellen. Aber auch wenn es so wäre, wenn wirklich die „Chemnitzer Volksstimme“ das geschrieben hätte, wäre es auch nicht richtig. Die Arbeiterschaft von 1914 hatte mehr zu verlieren, sie hatte sich in Jahrzehnten opfervollen Kampfes eine Summe materieller und geistiger Kultur errungen. Ich weiß, daß das oft bestritten wird, daß behauptet wird, es sei kein Unterschied in der geistigen und ökonomischen Lage eingetreten. Aber wer das behauptet, sagt damit, daß wir zwei Menschenalter hindurch um nichts gestritten hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiterschaft hat, seit sie den eigenen Ausdruck ihrer politischen Existenz gefunden hat, auch politische Eroberungen gemacht, sie steht nicht mehr so außerhalb des Staates wie ehemals, sie hat staatliche Funktionen erobert, sie besetzt Stellen in den Gemeinden, in den Einzelstaaten, in den sozialpolitischen Körperschaften. Ueberall haben wir unsere Pioniere vorgehoben und den Einrichtungen den Stempel unseres Wesens aufgedrückt. Wir haben uns in wirtschaftliche Positionen hineingekämpft. Der Arbeiterschaft von 1914 konnte es nicht mehr gleichgültig sein, wie es um unsere Volkswirtschaft steht. Sie hatte sich einen Anteil daran errungen; für sie ist es nicht mehr gleichgültig, wie es um die Warenausfuhr, wie es um die Produktion im Lande steht. Wer das bestreitet, den will ich auf die Tatsache hinweisen, daß der glanzvolle Aufstieg der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeitlich zusammenfällt mit dem Aufstieg der Arbeiterlöhne, und daß er zusammenhängt mit der Entwicklung der Industrie. Wenn uns das in den tragischen Tagen vor dem 4. August auch nicht so klar zum Bewußtsein kam, so fühlten wir es doch: es geht in diesem Kriege nicht nur um die Krone der Hohenzollern, sondern auch um die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft, die auch die Grundlage des Lebens der deutschen Arbeiterschaft ist. Wer die Abhängigkeit der Arbeiter von den wirtschaftlichen Bedingungen erkennen will, dem empfehle ich, heute einen Blick in den Hamburger Hafen zu werfen. (Sehr gut!)

Alle diese Umstände, daß die Arbeiterschaft ihre ökonomische Lage verbessert hat, daß sie politisch etwas anderes geworden ist, daß sie in einem anderen Verhältnis zum Staat und zu den übrigen Gruppen und Klassen steht, alles das konnte das geistige Wesen der Arbeiterklasse nicht unberührt lassen. Darum hat die deutsche Arbeiterklasse in ihrer Masse kein Verständnis für jenen Internationalismus, der uns von der Genossin Dunder in Reinkultur vorgeführt wurde. (Sehr gut!) Das ist ein Internationalismus in luftleerem Raum. Ich gebe zu, daß es möglich ist, in Berliner Zahlendaten damit Eindruck zu machen, dort, wo der geistige Drill seit Jahrzehnten funktioniert; aber damit macht man keinen Eindruck bei den Massen, die wollen nichts davon wissen. Für die Arbeiterschaft hat das Wort „Vaterland“ noch einen anderen als einen politischen und ökonomischen Begriff. Je mehr sich die Arbeiter geistig emporragen, je mehr sie Zutritt erlangten zu den Schätzen deutschen Geisteslebens, je mehr sie selbst an ihrer Kultur arbeiteten, desto mehr bekam der Begriff „Vaterland“ für sie Leben und Inhalt. Tausende von Fäden verbinden die Seele des einzelnen mit dem Vaterlande, und das löst man nicht ohne weiteres aus. (Zuruf: Ob es richtig ist, darauf kommt es an!) Die Genossen von der Winderbeit begehren bei ihrer Taktik den Fehler, daß sie den Begriff der Entwicklung für uns selbst nicht anerkennen wollen. Darum haben sie kein Organ dafür, daß die Taktik der Sozialdemokratie, das Wesen der Arbeiterbewegung, von einem Dualismus beherrscht wird. Wir als jüngste Klasse, die sich Raum verschaffen will gegenüber den anderen Klassen, müssen revolutionär auftreten, das revolutionäre Wesen ist unser geschichtliches Schicksal; aber Sie vergessen das andere, daß das Wesen der Arbeiterklasse nicht nur revolutionär sein muß, sondern auch haltend und aufbauend, und zwar um so mehr, je größer und älter wir und je zahlreicher unsere Erfolge geworden sind. Dieser Umstand war es, der uns am 4. August unsere Haltung vorschrieb. Wir hatten etwas errungen und hatten etwas zu erhalten. Deshalb fühlten wir uns gefeit gegen Ihre Kritik. Wenn das alles ist, was wir hier gehört haben, wenn Sie uns

nicht mehr entgegenhalten können, dann können wir den künftigen Auseinandersetzungen ruhig entgegensehen, wir werden vor der Gegenwart und vor der Geschichte bestehen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Stadthagen - Berlin: Ich will der Versuchung widerstehen, meinem Vordrucker darzulegen, daß das, was er gesagt hat, auf unseren Parteitag über- all, bei den Fragen der Budgetbewilligung, eingehend beraten und daß sein Standpunkt als antisozialdemokratisch verworfen worden ist. (Große Heiterkeit.) Lachen kann jeder! Worauf es ankommt, ist, daß dieser Standpunkt der Parteilage nicht verläßt, sondern beachtet werden muß. (Zurufe.) Machen Sie nur Zwischenrufe, aber ich bitte Ebert, für die Zwischenrufe meine Redezeit um 5 Minuten zu verlängern. (Heiterkeit.) Es kommt darauf an, daß die Beschlüsse, die gefaßt werden in der Organisation von der Masse, auch von den Abgeordneten gehalten werden müssen. Das ist Disziplin, das ist bindend. Wir sind in der Fraktion Beauftragte der Gesamtpartei, deren Willen haben wir zu respektieren. Die Gesamtheit hat erklärt, die als sozialdemokratische Abgeordnete Gewählten haben in Arbeitsgemeinschaft miteinander zu treten und diese nennt man Fraktion. Es ist auch auf Parteitag der Versuch gemacht worden, den Willen des Abgeordneten, des Führers, an Stelle des Willens der Masse zu setzen. Es kamen Anträge, die Abgeordneten zu zwingen, mit der Mehrheit der Fraktion zu stimmen. Es ist das aber abgelehnt worden. Auch Bebel und Wilhelm Liebknecht suchte man einen Strich daraus zu drehen, daß sie gegen die Mehrheit der Fraktion stimmten. Das lehnte der Parteitag ab. Ganz abgesehen von der Erhaltung der Gewissensfreiheit verlangt eben die Masse durch die Parteitage das Recht, die Gewählten zu kontrollieren. Diese Kontrolle der Abstimmung des einzelnen wird ausgeübt auf den Parteitag. Daß Sie das jetzt ablehnen, daß Sie jetzt das Stimmen mit der Mehrheit verlangen, ist Disziplinbruch, und es ist ein Bruch größter Art, wenn eine Fraktion die ihr von den Parteitag zur Pflicht gemachte Arbeitsgemeinschaft auflöst. Das hat die Fraktion in ihrer Mehrheit getan, zunächst Karl Liebknecht gegenüber. Es war eine Unfehlbarkeit, daß sie nicht den Antrag Begien angenommen hat, der den klaren Hinweis verlangte, sondern einen anderen Wortlaut annahm, der aber doch im Grunde dasselbe erreichen wollte. Erst jetzt im Rechenschaftsbericht geben Sie ja zu, daß die Arbeitsgemeinschaft mit Liebknecht von Ihnen aufgehoben worden ist. Voraussetzung für die Arbeitsgemeinschaft ist die freie Diskussion. Ich gehöre seit mehr als 25 Jahren zur Fraktion. Aber es krampft sich das Herz zusammen, wenn man die Leitung in der Fraktion jetzt vergleicht mit der Leitung unter Bebel und Singer, die beide stets einem Schluß der Diskussion in der Fraktion im Gegensatz zur jetzigen Praxis entgegenkamen. (Gildenbrand: Beim Singer? O Artur! — Heiterkeit.) Also 5 Minuten frage ich wieder zu.

Genossen, jetzt wird Schluß der Diskussion gemacht; selbst die, die ausgeschlossen werden sollen, erhalten nicht mehr das Wort. Von Meinungsfreiheit keine Rede. Die Lusitania-Angelegenheit in unserem Sinne zu behandeln, wurde nicht nur abgelehnt, sondern einem Antragsteller — ich war es — wurde nicht einmal das Wort zur Begründung verstatet, es wurde einfach Schluß gemacht. Als wir die politische Lage besprechen wollten, vor dem Zutritt Italiens zum Krieg, kam ein Antrag Schulz auf Vertagung, bis sich die Lage geklärt habe. Das war eine unerhörte Art, die Aussprache auch in der Fraktion unmöglich zu machen. Ich rede gar nicht von den Flegelreien und Schimpfworten. (Breh: Von Deinen Flegelreien und Deinen Schimpfworten!) Das ist ja die pure Heuchelei. Der schwersten Verfehlung gegen die Einheit der Partei und der schlimmsten Disziplinbrüche haben sich durch das Vorgehen gegen Parteitagbeschlüsse auch in formeller Beziehung Fraktionsmehrheit und Parteivorstand schuldig gemacht. (Ebert: Tatsachen!) Wie weit ist die Geze gegen einzelne Genossen gegangen, insbesondere gegen Liebknecht. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß nicht nur Liebknecht, sondern auch viele andere nur infolge des Verhaltens der Mehrheitsanhänger jetzt hinter Schloß und Riegel sitzen. (Sehr richtig bei der Opp. — Große

Mehrheit.) Die Minderheit rechtfertigt man ihr Verhalten mit der Behauptung, die Feldgrauen ständen auf ihrer Seite und ebenso die Mehrheit der Genossen, wenn man nur frei reden könne. Auch diese Behauptungen werden schon schwächer. Sehen Sie sich doch nur die Statistik des Parteivorstandes an über das, was die Feldgrauen lesen. Einmal ist es außerordentlich traurig, wie ungeheuer wenig von den Feldgrauen draußen das Parteiblatt verlangt wird. Die meisten begnügen sich mit der Belehrung über unsere Partei durch die bürgerliche Presse. Aber von denen, die ihre Parteiblätter halten, lesen allein der vierte Teil die Mehrheitsblätter von Chemnitz, Hamburg, Magdeburg und Breslau. (Hört! hört! bei der Mehrheit.) Das ist doch kein reiner Zufall. Ich kann mir den Abonnentenschwund im Kriege sehr wohl erklären. Ich kann mir denken, daß an einem Orte alle Zeitungen in der Abonnentenzahl heruntergehen. Wenn aber ein Organ wie der „Vorwärts“ Zehntausende verliert und sein Nachbarorgan, die „Berliner Volkszeitung“, auf 225 000 Abonnenten emporschneilt, so ist auch das kein Zufall. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Sie können dann nicht sagen, daß Sie die Masse haben, Sie betreiben die Massen. Soll es wirklich der Arbeiterbewegung zum Vorteil gereichen, wenn Ledebour hinter einem Parteirebner nach Schlesien herreißt und in öffentlichen Versammlungen gegen den Parteirebner auftritt. Wir in Schlesien haben einen schweren Kampf zu führen gegen Zentrum und Konservative. Dieser Kampf wird uns erschwert, wenn in dieser Weise der Parteizwist in unseren Bezirk hineingetragen wird. Wenn das nicht abzustellen ist, dann ist es besser, daß wir friedlich voneinander scheiden, daß wir uns als Menschen achten, uns aber als politische Gegner bekämpfen. Ehe wir der Welt das Schauspiel der gegenseitigen Beschimpfung bieten, wollen wir uns lieber in der Sache trennen. Dann mag jeder auf seine Weise versuchen, der Arbeiterbewegung zu dienen. Mir ist nicht bange, was nach dieser Scheidung eintreten wird. Ihr (zur Minderheit) werdet die Seite haben, vielleicht einen Teil vertiegener Idealklassen, die Massen aber werden ihren Weg finden zu denen, die im Kriege ihre Interessen wahrgenommen haben. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit.)

Limberg-Essen: Auch ich muß sagen, daß meine Hoffnung auf Verständigung arg gesunken ist. Leider bestehen nicht nur sachliche Unterschiede, sondern auch eine ganz überflüssige persönliche Gereiztheit und Gefäßigkeit, die in der Sache nicht begründet ist. Wir reden zum größten Teil aneinander vorbei. Ich gehöre zu denen, die am 4. August die Kreditbewilligung für richtig gehalten haben, die jetzt aber gegen die Verwilligung sind. Wir wußten eben am 4. August noch nicht alles. Inzwischen sind uns neue Tatsachen bekannt geworden und diese neuen Tatsachen rechtfertigen eine andere Haltung. Daß wir bei Kriegsausbruch nach allen Regeln der Kunst belogen worden sind, kann doch nicht bezweifelt werden. Die Lüge von den französischen Fliegern über Nürnberg und Ansbach ist ja offiziell zugegeben worden. Mit dieser Lüge aber ist die Kriegserklärung an Frankreich begründet worden. (Widerpruch bei der Mehrheit.) Sie ist mindestens mit dazu benutzt worden. Anonyme Flugblätter kann man in dieser Zeit nicht verhindern. Ihre Notwendigkeit wird damit begründet, daß man auf andere Weise nicht gegen die Annektionstreiber vorgehen kann. Niemand wird natürlich das „Gundelugblatt“ verteidigen wollen, aber auf Seiten der Mehrheit gibt es auch viele solcher Sünder. Dittmann ist ins Feld gekommen direkt auf eine schriftliche Denunziation eines Parteigenossen an das Generalkommando. (Lauter Hört-hört-Musik! — Ledebour: Das war ein Freund von Scheidemann! — Scheidemann: Schämen Sie sich, Ledebour! — Große Unruhe.) Winter, der jetzt nicht mehr bei uns ist und zur Spartacusgruppe gehört, hat ein Redeverbot. Als er in einer Versammlung einen Zwischenruf machte, drehte der referierende Gewerkschaftssekretär sich um und sagte: Sie haben doch das Redeverbot. Die Folge war, daß der überwachende Polizeibeamte sich Notizen machte und Münster am nächsten Tage zur Polizei kommen mußte. (Lebhafte Unruhe.) Man sollte doch mehr Duldung und Toleranz gegeneinander üben. Der Parteivorstand hat auf diesem Gebiet manches versäumt.

Ein hervorragender Gewerkschaftsbeamter, Mitglied einer der hervorragendsten Organisationsinstanzen, sagte mir dieser Tage in Berlin, auch er sei

der Auffassung, daß man die Disziplin überspannt hätte. Wenn in einer Gewerkschaft gegen einen Streik eine große Minorität bestehe, so überlege man sich doppelt, ob man ihn einleite. Er hätte gewünscht, daß man diesen Grundsatz auch in der Fraktion mehr angewandt hätte. Dann wäre es vielleicht nicht zur Spaltung gekommen.

Wir müssen berücksichtigen, daß die Minderheit draußen überhaupt nichts sagen kann. Ich komme aus dem Westen. Sie haben draußen in allen Bezirken ihre Versammlungen zur Friedensfrage abhalten können. Ich habe es nicht tun können, denn mir wurde gesagt, ich müßte mein Manuskript vorlegen. (Lebhafte Zurufe: Das wurde jedem gesagt!) Man jagte mir, ich dürfe die Frage nur genau so behandeln, wie es der Reichskanzler getan hat. (Hört! hört! bei der Opposition.) Das habe ich natürlich energig abgelehnt. Die Folge war, daß wir die Versammlung nicht abhalten konnten, daß aber unsere Genossen trotzdem zur Versammlung gekommen und 3000 Mann stark gegen den Willen der Polizei durch die Stadt gezogen sind und demonstriert haben. (Zuruf: Der Krieg ist aber doch weitergegangen!) Wir haben für die kleinsten Betriebsversammlungen dervartig strenge Vorschriften, daß gar nichts gesagt werden kann. Diejenigen reklamierten Arbeiter, die nur irgendwie mal den Mund aufmachen, dürfen sicher darauf rechnen, daß sie acht Tage später im Schützengaben sind. Auf diese Weise haben wir einen nach dem anderen aus unserem Vorstand in Eisen verloren. Die Polizei hat uns verboten, das Wort „Gelbe“ zu gebrauchen, wir dürfen nur von den Werbereinen reden, aber nicht von den Gelben. In den letzten sechs Wochen haben mindestens auf 30 Gruben im Ruhrgebiet Streiks stattgefunden, die immer nur einen oder eineinhalb Tage gedauert haben. Ihre Ursache war die Lebensmittelnot. Gegen einen solchen Verzweiflungsausbruch wird man nichts sagen können, während ich mich gegen die Organisierung von Munitionsarbeiterstreiks unter allen Umständen wende. Aber mit Aufrufen soll man vorsichtig sein. Auf der Danzsaugung, die das Kriegszernährungsamt veröffentlicht hat, sieht die Generalkommission neben den Scharfmacherverbänden und den Gelben. In demselben Tage war ein Streik auf einer Grube und der Direktor bremies auf diese Danzsaugung mit der Unterschrift der Generalkommission, um damit zu zeigen, daß es die Pflicht der Arbeiter sei, wieder zur Grube zurückzukehren. (Hört, hört! bei der Opposition.) Sie müssen weiter daran denken, daß die Scharfmacher im Westen alles tun, um die streitenden Arbeiter niederzuhalten. In Konferenzen haben die Unternehmer sogar Militäraufgebot gegen streikende Arbeiter verlangt. Regierungsbeamte haben sich dagegen gewendet. Aber es ist doch begreiflich, daß bei der Lebensmittelnot und der Unfähigkeit, ihr zu steuern, Verzweiflungsausbrüche vorkommen, und sie werden im Winter und Frühjahr mehr denn je wiederkehren. Die maßgebenden Kreise sind ja gar nicht fähig, die Lebensmittelfrage zu regeln und sie wollen es auch nicht, denn sie wollen ja, daß die Wucherer recht viel Kriegsanleihe zeichnen. Ich bin auch überzeugt, daß es mit den Kartoffeln im nächsten Winter eine Kamilität gibt, der man nicht gewachsen ist. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Da würde es sich doch fragen, ob es nicht Aufgabe der Konferenz ist, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft einig bleibt, das ist heute notwendiger denn je.

Ein Blatt wie die „Neue Züricher Zeitung“ schrieb vor 14 Tagen: Deutschland könne sehr wohl reale Garantien für den Frieden haben, wenn es auf jede Annektion verzichtet. Eine solche Garantie sei zum Beispiel die sinkende Volkskraft Frankreichs. Wenn Deutschland den Frieden will, kann es ihn also haben. Das ist auch meine Auffassung.

Landsberg: Parteigenossen, wenn wir in Friedenszeiten auf Wahlagit-tation gingen, dann nahm jeder von uns einen Satz mit, der stehend war. Wenn die Gegner uns vaterlandslose Gesellen nannten, so sagte jeder von uns, ob er auf der rechten oder linken Seite stand, mit dem Brustton der Ueberzeugung: Wenn Deutschland in Not und Gefahr gerät, dann werden wir es an uns nicht fehlen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Keiner von uns hat gesagt, Kredite aber werden wir nicht bewilligen, es sei denn, daß der Feind an der Ober steht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Wenn jemand etwas Derartiges gesagt hätte, dann hätte er sich lächerlich gemacht, denn zum

Kriegsführen gehört doch nun einmal Geld. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Es wird niemand bestreiten können, daß die Voraussetzung, unter der wir unsere Hilfsbereitschaft versprochen haben, nämlich die Not Deutschlands, vorliegt. Das klang ja auch durch verschiedene Reden der Oppositionsredner hindurch. Ich erinnere nur an Ströbel. Einen schlagenderen Beweis für die Ungunst unserer militärischen Lage kann man sich doch gar nicht denken als den Beitritt Rumäniens zur Entente, das jetzt infolge des Standes der Dinge die Gelegenheit zum Räubern für gekommen sieht. Trotzdem wir in Not sind und für den Fall der Not Deutschlands unsere Hilfe in Aussicht gestellt haben, solange es eine Sozialdemokratie gibt, soll nun doch unsere Abstimmung vom 4. August ein Bruch mit der Vergangenheit gewesen sein. So sagt Genosse Haase. Ein vernichtendes Urteil über die intellektuelle Höhe fast der ganzen Partei konnte gar nicht gefällt werden. Wenn Ihr Euch jetzt auf die Massen beruft, so werdet Ihr nicht bestreiten können, daß damals am 4. August 1914 die ganze Masse der Partei hinter der Mehrheit der Fraktion stand. Wenn deren Abstimmung also einen Bruch mit den Grundsätzen der Vergangenheit darstellte, dann hätte fast die ganze Masse der Partei diesen Bruch mitgemacht. Von den 19 Abgeordneten der späteren Arbeitsgemeinschaft haben nicht weniger als 11 am 4. August mit der Mehrheit gestimmt, also auch diesen Bruch vollzogen. Nun sagt Dittmann uns, wir sind dupiert worden. Ob dieses Eingeständnis eines prinzipiellsten Marxisten würdig ist, lasse ich dahingestellt. (Dittmann: Sie sind auch mit dupiert worden!). Sie haben jedenfalls die Schwindelnachrichten sehr bald als das erkannt, was Sie waren. Im Dezember haben Sie sehr genau gewußt, daß alle die Nachrichten, die auf Sie Einbruch gemacht hatten, frivole Erfindungen waren und trotzdem haben Sie damals noch für die Kredite gestimmt. (Dittmann: Die Annexionspolitiker kamen erst später!) Von den 19 Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft haben damals immer noch 9 für die Kredite gestimmt. Als dann im März die 10-Milliarden-Kredite gefordert wurden, trat eine Gegnerschaft gegen die Kredite überhaupt zunächst nicht in die Erscheinung. Sie verstellte sich damals hinter dem Antrage, nur 5 Milliarden zu bewilligen. Als die Fraktion sich zu dieser Halbierung nicht begeben wollte, da stellten sich einige weitere Genossen auf den Standpunkt: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, nachdem man vorher hatte 5 Milliarden geben wollen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Dann kam die Abstimmung über das Budget, und die hat für verschiedene weitere Genossen die Brücke zur Ablehnung der Kredite gebildet. Sie sagten, das Budget könne man nicht bewilligen, denn damit drücke man der Regierung sein Vertrauen aus. Heute sagte aber Ledebour, das denkbar größte Vertrauen habe man der Regierung schon mit der Bewilligung der Kredite ausgesprochen! Also haben diese Genossen dreimal der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen, aber mit einem Male konnten sie es nicht mehr. Ihr sagt uns: Obwohl wir uns früher zur Vaterlandsverteidigung bekannt haben, haben wir doch auch den Militäretat und alle Mittel für das Heer abgelehnt. Das ist richtig. Dabei überseht Ihr aber folgendes: wir haben uns auf diese Ablehnung nicht beschränkt, sondern haben der Regierung gesagt: wir bieten Euch ein Mittel der Verteidigung an, das uns viel wirksamer zu sein scheint als das stehende Heer, wir bieten Euch die Volkswehr an. (Sehr richtig!) Sollen wir nun aber mitten im Kriege vom stehenden Heer zur Miliz übergehen? Das wäre doch ein Ding der Unmöglichkeit. Ihr sagt: der Krieg sei von deutscher Seite provoziert worden und benutzt dabei Erkenntnisquellen, deren Benutzung ich entschieden ablehnen würde. Es ist bei uns bisher nicht üblich gewesen, sich auf Hintertreppen Informationen über weltgeschichtliche Vorgänge zu verschaffen. (Zurufe: Wo ist denn das geschehen?) Wenn Bernstein jagt, er wisse seit dem Winter 1914/15 genau, daß der deutsche Generalstab den Krieg provoziert habe, wie bewertet Ihr das? Ihr überseht völlig die russischen Expansionsbestrebungen. Wenn Ihr uns Äußerungen von Alldutschen vorhaltet, so können wir Euch auf die vor dem Krieg erfolgte Auslassung des russischen Professors Witrojanoff hinweisen, daß Rußland die Dardanellen haben müsse und sich bemüht sei, daß der Weg nach Konstantinopel über Berlin führe. Ihr

überseht auch, während die Kriegsparteien der anderen Länder hinter deren Ministern stehen, während die deutsche Kriegspartei mindestens mit derselben Entschiedenheit, wie sie den Feind bekämpft, den Reichskanzler Bethmann Hollweg zu Fall zu bringen sucht. Nur um ja gerecht zu sein, seid Ihr ungerecht gegen Euer Land. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Die französischen Genossen haben auch genügend Gelegenheit, sich gegen maßlose Expansionsbestrebungen in ihrem Lande zu wehren. Darum sind aber die Sembat, Guesde und Thomas aus dem französischen Ministerium noch nicht ausgetreten. Ich beziehe mich hierauf nicht, um uns zu entschuldigen, denn wir bedürfen keiner Entschuldigung; aber ich zeige Euch, wie inkonsequent Ihr seid, denn mit diesen Männern wollt Ihr Euch verständigen. (Ledebour: Fällt uns gar nicht ein, uns mit Sembat und Thomas verständigen zu wollen!) Ihr wollt die Mittel zur Landesverteidigung ablehnen, trotz der im Ausland vorhandenen Eroberungspläne, nur weil auch in Deutschland weitgehende Eroberungspläne bestehen. Ihr seht nicht darauf, ob diese Eroberungspläne Aussicht auf Erfolg haben — Ströbel hat selbst gesagt, daß sie keine Aussicht auf Erfolg haben —, ihr Vorhandensein genügt auch zur Ablehnung der zur Verteidigung nötigen Mittel. Ihr verlangt, daß der Reichskanzler, der, wie Ihr zugebt, gar nicht in die Lage kommen wird, zu annectieren, auf Annexionsabsichten verzichtet (Sehr gut! bei der Mehrheit), und wenn der Reichskanzler Euren Wunsch entspricht (Haase: Dem Wunsch Scheidemanns!), seid Ihr entschlossen, gleichwohl die Mittel zur Landesverteidigung abzulehnen. Ihr wollt, daß sich die Völker verständigen. Das wollen wir alle, und die Fraktion hat es für sich bei jeder Gelegenheit erklärt, aber seht Ihr denn auf der Gegenseite irgendwelche Gegenliebe. Können wir die Franzosen und Engländer zur Liebe zwingen? Bis die erhsehnte Verständigung herbeigeführt ist, halte ich mich für verpflichtet, die Kredite, die der Verteidigung des Landes dienen, zu bewilligen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Wenn wir einen Frieden bekommen können unter herbeieitigem Verzicht auf Annexionen und die deutsche Regierung lehnt einen solchen Frieden ab, so wird keiner von uns hinter ihr stehen und ihr Kredite bewilligen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ihr sagt, wir tragen die Verantwortung für das vergossene Blut. Davon kann keine Rede sein. Es wäre kein Tropfen Blut weniger geflossen, wenn wir uns auf Euren Standpunkt gestellt hätten. Aber wir würden, wenn wir uns von Partei wegen auf Euren Standpunkt gestellt hätten und Deutschland wäre dann unterlegen, die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands zu tragen haben. Und so schrecklich der Krieg ist, es gibt ein Glück, das noch größer ist, das ist die Niederlage. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Haase hat gestern das kritische Nichtsdiwert geschwungen. Das ist nicht allzu schwer für jemand, der wie er ein Meister der Kritik ist. Wolfenbüch hat schon an die Agitationsweise der Jungen erinnert. Damals hat man Nebel und Viehnecht zu Vertretern gestempelt, jetzt wird wohl Viktor Adler dazu kommen, der ja auf Seiten der Fraktionsmehrheit steht. Ich will Haase nur darauf hinweisen, daß in den beiden Punkten seiner Kritik, mit denen er den meisten Einbruch erzielt hat, seine Kritik sich gegen ihn selbst richtet. Er hat gesagt: Immer haben unterdrückte Klassen die Zeit, in der sich die Herrschenden in Verlegenheit befanden, ausgenutzt, um sich Volksrechte zu erkämpfen, und hat daran den Vorwurf für den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion geknüpft, daß sie die Ausnützung der Situation unterlassen haben. Genosse Haase, Sie sind Fraktionsvorsitzender und bis zum Frühjahr dieses Jahres Parteivorsitzender gewesen, können Sie uns sagen, daß Sie irgendeine Aktion nach dieser Richtung hin angeregt haben, und daß Ihre Kollegen im Parteivorstand oder die Mehrheit der Reichstagsfraktion eine Anregung von Ihnen zu Fall gebracht hätten! (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Weiter hat Haase kritisiert, daß in der Erklärung vom 4. August 1914 kein Wort über Belgien gesagt worden sei. Wir haben am 4. August zwei Reichstagsitzungen gehabt. In der ersten, die bis 3¼ Uhr dauerte, erklärte der Kanzler, daß die belgische Neutralität von Deutschland verletzten worden sei. Um 5 Uhr begann die zweite, in der Haase sprach, es konnte also eine Protesterklärung gegen den Einfall in Belgien sehr gut vorbereitet werden. Keiner von der Minderheit hat daran

gedacht, eine Anregung nach dieser Richtung zu geben. Was sagt uns der Genosse Haase zur Entschuldigung für diese Unterlassung? Die Erklärung, die die Partei abzugeben vor der ersten Sitzung beschlossen hatte, habe ich damals bereits in den Händen des Reichstagspräsidenten befunden. Er führt also gesellschaftliche Rücksicht als Entschuldigung für einen so schweren Verstoß an. (Haase: Ich entschuldige gar nicht, ich erkläre!) So sieht die Prinzipienfestigkeit des Genossen Haase aus. (Stürmischer Beifall der Mehrheit.)

Zur Begründung eines eingelassenen Schlusstrages erhält das Wort **Weyer-Müstringen**: Es haben etwa 30 Redner gesprochen die Debatte ist wohl erschöpft. Wir müssen noch die Schlussworte entgegennehmen und über die eingelassenen Anträge abstimmen. Die meisten Delegierten wollen auch heute abend abfahren.

Lipinski: Vor Eintritt in die heutige Sitzung hat mir Ebert gesagt, es genüge nach seinen Dispositionen, daß bei Eintritt der Mittagszeit die Diskussion geschlossen werde. Das können wir wohl einhalten.

Ebert: Diese meine Mitteilung war natürlich unverbindlich, nur meine persönliche Meinung. Inzwischen sind eine Reihe weiterer Anträge eingelassen, die erledigt werden müssen; einer, der sich mit der Lebensmittelversorgung beschäftigt und ein anderer mit allerlei sozialpolitischen Anregungen. Außerdem ist jetzt ganz vor kurzem ein Antrag eingereicht worden, der verlangt, daß keine Beschlüsse hier gefaßt werden sollen, und daß darüber namentlich abgestimmt werde. (Heiterkeit bei der Mehrheit.) Diese namentliche Abstimmung wird eine sehr geraume Zeit in Anspruch nehmen. Lipinski hat übrigens diesen Antrag auch unterschrieben. Mit dem Antrag habe ich natürlich heute morgen nicht rechnen können. Wenn wir nun so fertig werden wollen, daß die Genossen gegen Abend, wenn die Abendzüge fahren, die Konferenz verlassen können, dann müssen wir doch wohl früher Schluß machen.

Der Antrag auf Schluß der Debatte wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Ebert: Ich schlage vor, daß nun zunächst Haase das Schlußwort bekommt, dann Scheidemann und dann ich.

Hoch: Es ist doch üblich, daß die persönlichen Bemerkungen vor dem Schlußwort kommen und nachher nur persönliche Bemerkungen zum Schlußwort. Mir ist es ja gleich.

Ebert: Persönliche Bemerkungen kommen am Schluß der Debatte, aber abgeschlossen ist doch die Verhandlung erst, wenn die Schlussworte gesprochen sind. (Widerspruch.) Mir persönlich ist es ebenso gleich wie Hoch. Jedenfalls bin ich immer so verfahren. Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

Lebedour: Es ist nicht richtig, daß wie Ebert vorschlug, die Schlussworte in umgekehrter Reihenfolge vor sich gehen wie die Referate. (Unruhe.) — Es muß selbstverständlich Haase die Möglichkeit gegeben werden, auch auf Scheidemann und Ebert einzugehen. Die Schlussworte müssen also genau in derselben Reihenfolge wie die Referate gehalten werden. Das ist der übliche Brauch. (Lebhafter Widerspruch und große Unruhe), der innegehalten wird, wenn man nicht aus irgendwelchen mit dem Sinn einer aus Rede und Gegenrede bestehenden Debatte nicht in Zusammenhang stehenden Gründen etwas anderes will. Wenn Sie das nicht wollen, so wollen Sie Ihre Mehrheit ausnützen, um die Rechte der Minderheit zu verkürzen. (Andauernde große Unruhe.)

Ebert: Die Bemerkung Lebedours, als wenn mit meinem Vorschlag irgendwelche Absichten verknüpft wären, die nicht in der Sache liegen, muß ich zurückweisen. Nach meiner Meinung ist es parlamentarische Praxis, daß man so verfährt, wie ich vorschlug. (Sehr richtig!) Man kann darüber streiten, aber das ist meine Auffassung und meine Erfahrung. Uebrigens hat auf dem Mannheimer Parteitag Singer dieselbe Auffassung vertreten und der Parteitag hat sich, ich glaube fast einmütig, der Auffassung Singers angeschlossen. (Zuruf: In Lübeck auch!) Deshalb ist es gerechtfertigt, daß wir dabei bleiben! Da aber Lebedour meinen Vorschlag angefochten hat, muß ich abstimmen lassen. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß mein Vorschlag mit überzogener Mehrheit angenommen worden ist.

Koll-Karlruhe: Wenn wir mit unserer Tagung rechtzeitig zu Ende kommen wollen, so müssen wir für die Referenten eine bestimmte Zeit festsetzen. Ich schlage vor, je eine Stunde.

Senke: In diesem Fall wird sich niemand auf einen Usus berufen können. Das ist ein Novum, daß man das Schlußwort der Referenten in eine bestimmte Zeitspanne einspannen will. Koll muß schon die Befürchtung haben, daß von seiten der Opposition die Redezeit ausgenutzt wird, denn er wird nicht annehmen, daß Scheidemann und Ebert solange sprechen werden. Also die Absicht des Antrags ist klar.

Vorsitzender Ebert: Es ist kein Novum, wenn man die Redezeit für Referenten festlegt. In unserer Geschäftsordnung ist ja die Redezeit für Referenten genau so festgelegt wie Koll vorschlägt. Das gilt selbstverständlich auch für das Schlußwort. Wir sind nur aus besonderen Gründen bei den Referaten davon abgewichen. Wenn aber die Parteikonferenz wünscht mit Rücksicht auf die Erledigung ihrer Geschäfte, daß die Geschäftsordnung eingehalten werde, so ist das gerechtfertigt. Ich werde wahrscheinlich nicht solange Redezeit brauchen, soweit ich es im Augenblick übersehe, aber für die beiden Hauptredner wird das wohl doch notwendig sein.

Der Antrag Koll wird angenommen.

Käte Dunder (Schlußwort): Ich kann mich sehr kurz fassen. Auf internationalen Kongressen werden verschiedene Sprachen gesprochen, aber da gibt es Uebersetzer und Dolmetscher und man kann sich verstehen. Hier sprechen wir äußerlich dieselbe Sprache, aber wir gehen von so vollkommen verschiedenen Voraussetzungen aus, wir stehen so vollkommen auf dem Boden verschiedener Weltanschauungen, daß eine Verständigung nicht möglich ist. Die Resolution David atmet so völlig den Geist der nationalistischen Ideologie, daß man billig zweifeln kann, ob die Unterzeichner jemals den Gedanken des internationalen Sozialismus in sich aufgenommen haben. Kein Uebersetzer, kein Dolmetscher kann da das Verständnis vermitteln, und es erscheint mir daher völlig überflüssig, noch viel zu reden. Die Massen draußen verstehen unsere Sprache besser als die Ihre. Wir haben eine Erklärung hier im Saal verteilen lassen, ich verzichte darauf, sie zu verlesen, bitte aber, sie ins Protokoll aufzunehmen. Nur noch zu einer Sache will ich ein paar Worte sagen. Es ist hier eine Resolution verteilt worden, die sich mit dem Genossen Liebknecht befaßt. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit dagegen, daß Vertreter der Mehrheit, Verräter der Sache, für die Liebknecht hinter Herkermauern sitzt — (Große Unruhe und Unterbrechungen. — Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Ebert: Ich muß die Genossin Dunder dringend bitten, diese persönlich verletzende Form der Auseinandersetzung zu vermeiden.

Käte Dunder: Ich protestiere hier im Namen der Gruppe Internationale dagegen, daß die Vertreter der Mehrheit hier eine derartige Resolution einbringen. Sie sind durch ihre Politik mitschuldig daran, daß die Beurteilung Liebknechts möglich war. (Sehr richtig!) Und ich protestiere dagegen, daß diese Genossen die Beurteilung Liebknechts demagogisch für sich, für die Erhaltung ihrer Popularität ausnutzen indem sie ein heuchlerisches Gewimmer der Teilnahme von sich geben. (Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich kann nicht zulassen, daß einem großen Teil der Versammlung vorgeworfen wird, sein Antrag sei ein heuchlerisches Gewimmer und rufe die Genossin Dunder zur Ordnung. Ich bitte sie zugleich, sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten zu halten.

Käte Dunder: Wenn Leute wie Seine, die sogar im Parlament ausgeführt haben, ihnen sind die schärfsten Mittel gegen Leute wie Liebknecht recht (David: Unwahrheit! und Widerspruch). Ich habe es selbst im Bericht gelesen. Wenn solche Genossen eine derartige Entschließung unterzeichnen, so weiß ich wirklich nicht, welchen anderen Ausbruch ich gebrauchen soll (Sehr richtig!) als den, den ich vorhin gebraucht habe. (Zuruf: Das ist die Sprache, die wir verstehen sollen!) Eine Sympathieerklärung, eine Ausrufung der Anteilnahme aus solchem Munde ist für uns der schlimmste Schimpf für den Namen Karl Liebknecht. (Händeklatschen und lebhafter Widerspruch. — Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Ebert: Ich rufe die Genossin Dunder wegen ihrer letzten Aeußerung wiederholt zur Ordnung, und ich muß sagen, so leid es mir tut, wenn sie fortfährt, die Versammlung in solcher Weise zu provozieren und zu beschimpfen, muß ich fragen, ob sie noch weiter reden darf. (Große Unruhe und lebhafter Widerspruch bei der Opposition.) Lassen wir doch im letzten Augenblick unsere Versammlung durch Provokationen nicht stören. Ich bin der Vorsitzende dieser Konferenz, und wenn ein Redner meinen Ermahnungen, die ich mit Ruhe und Zurückhaltung gemacht habe, nicht folgt, so bleibt mir nichts anderes übrig, als mich an die Versammlung zu wenden. Das ist ein ganz demokratisches Verfahren. Ich hoffe aber, daß die Genossin Dunder sich an die parlamentarische Ordnung hält, damit ich nicht dazu gezwungen werde.

Käte Dunder: Keine Aeußerung des Bedauerns über das persönliche Geschick Liebknechts, selbst wenn sie aufrichtig gemeint sind, sondern Verpflichtung zum rücksichtslosen Kampf gegen Krieg und Regierung, das soll die Kundgebung für Liebknecht sein. Wer nicht Mann genug ist, diesen Kampf zu führen, der soll die Hände von irgendeiner Ehrung, von irgendeiner Sympathieerklärung lassen. Wir, die wir auf dem Boden des Klassenkampfes, der internationalen Solidarität stehen, wir rufen mit Liebknecht: Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! (Lebh. Händeklatschen bei der Opposition.)

Fleischer (zur Geschäftsordnung) beantragt, jetzt die Sitzung zu schließen, damit das Schlusswort Haases zu Beginn der Nachmittagsitzung stattfindet.

Haase schließt sich diesem Wunsche an, er werde sich auf eine Stunde beschränken, müsse diese aber voll ausnutzen, was jetzt nicht mehr möglich sei.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 20 Minuten.

Dritter Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung.

Beginn 2 Uhr 20 Minuten.

Ebert: Ehe wir in die Verhandlungen eintreten, kann ich mitteilen, daß Genosse Viktor Adler in Wien, unser allberechtester Freund, den Arbeiten der Konferenz den besten Erfolg wünscht. (Bravo!)

Haase (Schlusswort): Namens meiner Freunde habe ich vorweg folgende Erklärung abzugeben:

„Wir halten, wie wir schon bei Beginn unserer Verhandlungen dargelegt haben, die Konferenz, die in unserem Parteiratut keine Stütze hat, nicht für befugt, sachliche Beschlüsse zu fassen. Durch die Aussprache ist ihre Funktion erfüllt.“

Die sozialpolitischen Anträge, der Antrag wegen der Nahrungsmittelnot, der Antrag auf Vorbereitung der Maßnahmen zur Wahrung der Interessen der Arbeiter bei Ueberführung des Kriegszustandes in den Friedenszustand finden selbstverständlich unsere volle Beachtung. Wir sind der Ansicht, daß die maßgebenden Körperlichkeiten diese Fragen ohne Verzögerung gründlich zu prüfen haben und daß es die Aufgabe sämtlicher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten ist, sich mit voller Wucht im Parlament für die Durchführung der im Interesse der Arbeiter auf allen Gebieten erforderliche Forderungen, über die wesentliche Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen werden, einzusetzen.

Die vorgeschlagene Sympathieumgebung für Liebknecht kann uns in keiner Weise befriedigen. Der Ausdruck mitleidigen Bedauerns ist hier nicht am Platze, sondern ein entschiedener Protest, den wir hiermit erheben. Wir empfinden es aber als ganz besonders verlegend, daß nach dem Willen der Antragsteller auch diese Gelegenheit nicht versäumt werden soll, von Liebknecht abzurücken. Wir bringen Liebknecht und allen Parteigenossen, die als echte Klassenkämpfer ihre Person einsetzen, um den Abschluß dieses graufigen Krieges zu beschleunigen

und die deshalb in die Gerichts- oder Militärgefängnisse wandern mußten, aus vollem Herzen unsere Sympathie entgegen. (Lebhaftes Bravo!)

Gestatten Sie mir im Anschluß an den letzten Passus der von mir verlesenen Erklärung noch einige Bemerkungen allgemeiner Natur. Es ist bei uns jetzt üblich geworden, Genossen, die in einigen Fragen anderer Meinung sind wie die anderen oder die Mehrheit, die in kühner Initiative eigene Wege wandeln, weil sie glauben, so am besten dem Proletariat und der Menschheit zu dienen, preiszugeben.

Diese Preisgabe ist ein trauriger Mangel an echter Solidarität. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Auch vom Gegner soll man lernen, und ich kann wohl hinweisen auf die sehr beachtenswerten Worte, die der Führer der konservativen Partei des Reichstags, der Abgeordnete von Gehdebrand und der Dase, in seiner Frankfurter Rede in dieser Richtung gesprochen hat. Nach den stenographischen Aufzeichnungen hat er folgendes gesagt: „Eine Partei, die so groß ist wie die konservative Partei, hat selbstverständlich wie die großen anderen Parteien in ihren Reihen Mitglieder milderer und schärferer Tonart. Sie kann nicht für jedes Wort in einem Zeitungsartikel und für die Worte von Parteifreunden an irgendeiner Stelle verantwortlich gemacht werden. Sie ist nur für das verantwortlich, was sie maßgeblich erklärt. Damit ist nun aber — so fährt er fort — nicht gesagt, daß ich von diesen Elementen und von diesen Persönlichkeiten abzurücken gewillt wäre. (Hört! hört! bei der Opposition.) Davon kann keine Rede sein. (Erneutes Hört! hört!) So gut wie in einer großen Partei eine mildere Richtung unter Umständen die Notwendigkeit hat, zu zügeln und zu besänftigen, was in gewissen Stunden am Platze ist, so wesentlich ist es, daß sie Männer unter sich hat, die, von Begeisterung und Leidenschaft getragen, in gewaltigen Momenten ihre Stimme zu erheben wissen und nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen, wie es vielleicht diejenigen tun würden, die einen philosophischen Vortrag halten wollen. Solche Leute sind die Kraft unseres Landes. Eine Partei und das Land muß sie ertragen können.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Dieser Satz ist bei der Wiedergabe der Rede in der Zeitung gesperrt gedruckt. Der Schluß der Ausführungen lautet: „Solche kraftvollen Naturen leisten vielleicht an anderer Stelle und zu anderer Zeit, was ein anderer nicht leisten kann. Wär ich besonnen, wär ich nicht der Teufel,“ das wollen wir uns gesagt sein lassen. Solche Leute sind auch manchmal die, die da hintreten und nicht jedes Wort leisten, die ein anderer nicht kann und nicht will.“ (Quark: Denken Sie an Hilbrandts Maßregelung!) Wenn, wie ich aus dem Zwischenruf des Genossen Quark entnehme, er sich zurückgreife, so ist das nur ein Zeichen dafür, wohin wir gekommen sind, daß dieser Führer über die Kameradschaftlichkeit innerhalb einer Partei und über die vorwärtstürmenden Elemente Aeußerungen tut, die für uns selbstverständlich sein müßten, es aber leider nicht sind. (Quark: Ihr habt ja früher das Gegenteil gemacht!) Würde der Parteivorstand diese Worte beherzigen, so würde die Herrlichkeit aufhören. (Wiederholte Zurufe: Ihr habt ja als Herrrichter Euch aufgespielt!) Es ist ein Unglück für die Partei in dieser Zeit gewesen, daß einige Personen glaubten, den starken Mann spielen zu sollen. (Sehr gut! bei der Opposition.) Parteigenossen! Im vorigen Sommer sprach man es ja aus: die Opposition ist ein kleines Grüppchen, mit diesem Grüppchen wird man leicht fertig werden, wenn man es nur nicht durch nachsichtige Duldung aufkommen läßt. Wie verkehrt diese Auffassung gewesen ist, das hat das Wachstum der Opposition gezeigt. Diese Erfahrung brauchte wirklich nicht erst gemacht zu werden. Es ist doch ein bekanntes Gesetz der Geschichte, daß man Ideen nicht kleinhalten kann, indem man mit Gewaltmaßregeln gegen die Träger der Ideen vorgeht. Der Antrag der Fraktion, durch den die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft aus der allen Fraktion hinausgedrängt wurden (Zuruf: Hinausgedrängt ist gut!) war eine solche Gewaltmaßregel. Es war ursprünglich auch der Fraktion gar nicht

zweifelhaft, daß sie ein Recht dazu nicht habe. Am 2. Februar 1915 hatte der Genosse Frohme eine scharfe Verurteilung Liebknechts vorgebracht; die darauf hinausgelaufen wäre, ihm die Rechte eines Fraktionsmitgliedes zu nehmen. Damals beschloß die Fraktion mit 82 gegen 7 Stimmen folgendes: „Da der Fraktion nach dem Organisationsstatut nicht die Handhabe zu weitergehenden Maßnahmen zusteht, außer der Erklärung, daß sie das Verhalten mißbilligt, so muß sie die endgültige Entscheidung dem nächsten Parteitag überlassen.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Damals war es also die überwältigende Mehrheit der Fraktion, die davon ausging, daß allein kompetent für solche Maßnahmen der Parteitag wäre. Genosse Legien allerdings drohte damals, es müßte Liebknecht ausgeschlossen werden, selbst auf die Gefahr der Abspaltung hin, und es müßte die Fraktion dies sofort beschließen, tue sie es nicht, so würden er und andere Genossen, in deren Namen er spreche, sich überlegen, ob sie ihrerseits noch in der Fraktion bleiben können. (Hört! hört! bei der Opposition.) Er hat schließlich den Auschlussantrag zurückgenommen, aber seine Drohung ist sehr bezeichnend. Das Material über das Verhalten der Fraktionsmehrheit ist viel größer, als man es hier in tagelangen Debatten darstellen kann. Es ist den Rednern der Opposition in der kurzen Aussprache gar nicht möglich, auch nur einen kleinen Teil der Vorgänge, die in der Fraktion sich abgespielt haben, vorzutragen. Als in der Fraktion beantragt war, daß die Beschimpfung und Mißhandlung von Soldaten im Plenum des Reichstags zur Sprache kommen sollte — es waren Hunderte von Briefen nicht nur an uns, sondern an alle Parteien, bis zur konservativen, eingegangen von alten Landsturmläuten, die erklärten, daß sie die Behandlung kaum ertragen könnten —, da wurde zunächst von der Fraktion der Beschluß gefaßt, diese Frage in der Budgetkommission zu erörtern und das Ergebnis dieser Beratungen abzuwarten. Die Fraktion hat nachher mit 37 gegen 32 Stimmen es abgelehnt, im Plenum selbst diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen, obwohl der Redner der Fraktion sich dazu bereit erklärt hatte. Etwas anderes mußte geradezu die Minorität auf den Gedanken bringen, daß bei der Mehrheit die Abstich betrete, wichtige Dinge einfach nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, insbesondere auch nicht in die breitesten Kreise der Partei. Es hatte die Fraktion zusammen mit dem Parteiauschuß beraten über Leitätze zur Friedensfrage. Es wurden ohne wesentliche Änderungen die Vorschläge des Genossen David angenommen. Das Selbstverständliche wäre gewesen, daß die erste Gelegenheit benutzt wurde, um diesen wichtigen Beschluß der Partei, in dem sich zum Beispiel die Forderung nach Wiederherstellung Belgiens befindet, nach außen zu verkünden. Da die Zensur damals die Erörterung aller Kriegsziele unmöglich machte und die Forderung der Wiederherstellung Belgiens erst recht nicht von ihr zum Druck zugelassen wurde, so gab es nur einen einzigen Weg, dennoch die Veröffentlichung zu erreichen, daß nämlich der Redner der Fraktion in seiner Rede im Reichstage diese Leitätze vorlas. Mit diesem Moment fielen sie unter das Recht des Reichstages und konnten in jeder Zeitung veröffentlicht werden. Damals haben wir es erlebt, daß der Antrag, so zu verfahren, mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde und daß Genosse David als Verfasser der Leitätze selbst den Ausschlag gab für diesen Beschluß. (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Es ist aber auch dieses alles ertragen worden von der Opposition. Schließlich erzwang jedoch die gewaltige Frage, die die ganze Menschheit bis ins Innerste bewegt, ein aktives Vorgehen der Opposition.

Es handelt sich darum, ob diejenigen, welche erkannt hatten, daß der Kampf zweier großer Koalitionen, wenn man nicht durch die Massen selbst Einhalt geboten würde, treiben müsse zu einer völligen Erschöpfung aller Völker und zur Verarmung Europas — daß die Sozialdemokratie der Regierung nicht folgen dürfe in dieser unheilvollen Kriegspolitik, die vielmehr hemmen, ihr einen anderen entscheidenden Willen entgegenzusetzen müsse, — ob also diejenigen, die das erkannt hatten, schweigen und verstummten sollten oder ob es nicht ihre Gewissenspflicht war, daß sie redeten, weil sie es für notwendig hielten im Interesse der Arbeiterklasse, des Volks, der menschlichen Entwicklung. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Müßten

sie nicht sprechen, wenn sie nach ihrer Kenntnis, die durch den Verlauf der Ereignisse nur bestärkt wurde, immer klarer haben, daß die unglückselige Politik der Fraktionsmehrheit, wenn auch gegen deren Willen, wie ich immer anerkannt habe und auch in diesem Augenblick anerkenne — den Kriegstreibern, die auf Verlängerung des Krieges hinarbeiten, geradezu förderlich und eine Unterstützung war. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Wenn Sie von diesem Gesichtspunkt aus die Frage betrachten — und nur so ist sie zu betrachten —, dann werden allerdings die Kleinlichkeiten, alle persönlichen Beschränkungen vor Ihnen als unwürdig der großen Sache angesehen werden. Ich will keinen schärferen Ausdruck wählen. Diese Methode des Kampfes zu charakterisieren.

Was bedeutet in diesem Zusammenhange die Disziplin? Wir haben niemals die Disziplin gering geachtet. Man hat mich durch Zwischenrufe — als ob die Genossen nicht schon gestern gemerkt haben könnten, daß sie nicht nötig haben in Zwischenrufen zu machen, weil ich nicht gewöhnt bin, irgendeiner Frage auszuweichen — auf Magdeburg hingewiesen. Ich habe von dem, was ich in Magdeburg gesagt habe, kein Wort zurückzunehmen. (Bravo!) Es wäre mir nur erwünscht, daß meine Kritiker sich auch wirklich meine Rede in Magdeburg ansehen würden. Ich habe in Magdeburg gegen die Ueberstimmung der Disziplin gesprochen, in diesem Punkt in voller Ueber einstimmung mit Frank und unter Berufung auf ihn. Laut Protokoll Seite 280 sagte ich: „Es ist ein geistloses und durchaus unwahres Gerede, daß wir in anderer Partei Dogmen aufstellen, Inquisition treiben und einen Kadavergehorfam erzwingen. Wer auch nur oberflächlich die Geschichte der politischen Parteien in Deutschland kennt, weiß, daß keine einzige Partei Seitenprünge ihrer Mitglieder so nachsichtig beurteilt wie die unsrige.“ (Sehr richtig!) Also ich habe mich gegen den Kadavergehorfam gewandt und erklärt, daß man Seitenprünge in der Partei mit Recht nachsichtig behandelt hat. Ich bin nicht etwa, wie Sie es darzustellen belieben, gegen diejenigen, welche einen Disziplinbruch begehen, sofort mit den Waffen aufgetreten, die Sie jetzt anzuwenden belieben. Aber ich habe noch mehr gesagt, ich habe positiv folgendes hingugesagt: „Frank verlangt, man möge doch die Disziplin, die man fordert, vernünftig auslegen. Darin stimme ich mit ihm überein. (Hört! hört!) Darüber gibt es keinen Zweifel.“ Also für eine sinnlose Ueberstreichung des Disziplinbegriffs habe ich mich nicht ausgesprochen, sondern mich dagegen gewandt. Und ich habe weiter gesagt: „Es ist ganz gewiß, wenn ein Beschluß von der Mehrheit gefaßt wird, und wenn die Verhältnisse, unter denen er gefaßt wurde, sich vollständig ändern, so muß jeder von uns, wenn er nicht die Möglichkeit hat, mit der Gesamtheit vorher in Beziehung zu treten, auf seine Verantwortung das tun, was nach seiner Ueberzeugung im Interesse der Partei notwendig ist.“ (Sehr gut! bei der Opposition.) Das Protokoll verzeichnet an dieser Stelle: „Hört! hört!“ Es waren gerade der Genosse Silberbrand und seine Freunde, die durch den Zuruf unterstreichen wollten, daß ich keineswegs zu jenen Fanatikern einer den Disziplin gehöre, die vernünftigerweise den Spielraum nicht gewähren wollen, der notwendig ist, wenn man nicht tatsächlich zum chinesischen Mandarinentum, zur bürokratischen Einengung aller friedlichen Parteibestrebungen kommen will. Der springende Punkt meiner Ausführungen ist ja deutlich zu sehen: Kann man den Parteitag einberufen und so den Willen der Gesamtpartei vernehmen, dann ist allerdings ein Abweichen von dem Auftreten der Mehrheit nicht erlaubt, dann muß man sich fügen, weil man ja sofort feststellen kann: Wie denkt die Gesamtpartei, was will die Gesamtpartei? Aber wenn diese Möglichkeit nicht besteht, dann muß der einzelne die Freiheit haben, auf seine Verantwortung hin — zu handeln und später das Urteil, den Spruch des Gerichts selbst, d. h. des Parteitags, abzuwarten. (Sehr wahr!) Die Situation, an die ich damals dachte, war eine Meinungslosigkeit gegenüber der Situation, in der wir uns seit 25 Monaten und länger befinden. Es ist keine Möglichkeit, alles was wir auf dem Herzen haben, öffentlich auszusprechen. Eine Masse der tüchtigsten Parteigenossen bluten draußen an der Front, es ist nicht möglich, sie heranzuföhren, um auch ihre Meinung zu hören, um auch nur einen verkümmerten Mumpfs-

parteitag einzuberufen und öffentlich zu debattieren. Damit ist die Voraussetzung, von der ich damals sprach, erst recht gegeben. Man komme also nicht mit dem Gerede von Disziplinbruch, sondern überlasse es allen denen, die nach ihrer tiefsten Ueberzeugung glauben, anders handeln zu müssen, so zu handeln, wie es ihre Gewissenspflicht ihnen gebietet, und abzuwarten, was der Parteitag später dazu sagen wird. Also weg mit diesem Vorwurf!

Im übrigen macht es auch auf die Gesamtpartei wohl einen wenig erhebenden Eindruck, wenn nun die lautesten Kräfte gegen den Disziplinbruch, gegen die Arbeitsgemeinschaft und mich diejenigen sind, welche den Disziplinbruch stets als ihr Recht in der Partei in Anspruch genommen haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie David und seine Freunde, die auf dem Nürnberger Parteitag die Fahne der Rebellion gegen einen soeben gefassten Parteitagsbeschluss erhoben haben, nun uns als Disziplindreher und deshalb sogar als verächtliche Subjekte brandmarken. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Was soll man dazu sagen, wenn ein Mann wie Heine immer wieder von den Quertreibern, von Disziplindrechern und deshalb von Schablingen der Partei schreibt und redet, Heine, der im Jahre 1908 in den „Sozialistischen Monatsheften“ folgendes geschrieben hat: „Die Sozialdemokratie muß sich hüten, einen abergläubischen Respekt vor der Disziplin zu erzielen. Eine Handlung, die nötig ist, darf nicht deshalb unterbleiben, weil einmal beschlossen ist, sie zu verbieten. Auf einem Parteitag ist mit Recht betont, daß die Geschichte unserer Parteientwicklung mit Disziplinbrüchen gepflastert wäre (Hört! hört!), daß immer wieder einzelne Genossen sich genötigt gesehen haben, gegen frühere Beschlüsse zu verstoßen. Deshalb soll man, wenn der Vorwurf des Disziplinbruchs auftaucht, ruhig mit der Frage antworten: Hat er den Zwecken unserer Sache gedient? War das der Fall, dann war er gut.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei der Opposition.) Man braucht nicht etwa jedes dieser Worte zu unterschreiben. Es ist eine gründliche Untersuchung nötig, in welchen Grenzen sie richtig sind. Aber wahrlich, wer so schreibt, der hat kein Recht, mit Fingern auf uns zu weisen, daß wir angeblich die Disziplin gebrochen haben. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Um so weniger, weil wir in Wahrheit die Disziplin gehalten haben, indem wir das taten, was nach unserer Ueberzeugung die Partei und die internationalen Kongresse beschlossen haben.

Es ist eine merkwürdige Ironie, daß zu derselben Zeit, in der man uns die brave französische Minderheit vorhält, die als gute Sozialdemokraten die Disziplin wahren, die Mitteilung aus Frankreich kommt, daß Genosse Longuet und andere sich zusammengetan und eine Organisation innerhalb der Partei gegründet haben (Hört! hört!) mit der Begründung, daß die Mehrheit sie einschränke. (Hört! hört!) Es heißt in dem Beschluß noch: In jeder Föderation wird ein Genosse Unterschritten entgegennehmen und Mitgliedskarten verteilen, ein Mindestbeitrag von 2 Franc pro Jahr wird erhoben. (Hört! hört! bei der Opposition, Zuruf: Nach dem deutschen Beispiel!) Also die Franzosen gehen sehr viel weiter, als die deutsche Opposition zu gehen unternommen hat. (Lebhaftes Hört! hört!) In der Form, aber nicht der Sache nach!) Die französische Minderheit erklärt dabei ausdrücklich: Es soll die Parteieinheit aufrechterhalten werden. Die Minderheit will nur die Möglichkeit haben, für ihre Ideen Propaganda zu treiben. „Auf dem nächsten Kongress“, heißt es, „werden wir das Resultat erhalten, das wir verdient haben, und wir werden die offizielle Mehrheit sein, wie wir jetzt schon die effektive Mehrheit sind.“ (Lebhaftes Bravo! und Hört! hört! bei der Opposition. — Zuruf: Wie in Deutschland!) So haben also die Franzosen im wesentlichen so handeln müssen wir wir. Nicht etwa, weil wir ihnen das Beispiel gaben. Sie sind wahrlich nach ihrer ganzen Denkmäßigkeitsweise nicht die Mäher, um slavisch das deutsche Beispiel nachzuahmen. Sondern weil eine gleiche Situation gleiche Konsequenzen erzeugt. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Auch sie können, gerade um den Frieden reicher herbeizuführen, um zu einer Aktion mit der Internationale zu kommen, sich nicht länger bloß im Rahmen der alten Partei, trotzdem sie die Parteieinheit wollen, festhalten lassen, sondern sie brauchen die Möglichkeit, Propaganda im Parlament und außerhalb des Parlaments zu treiben.

Zu diesem Zweck erheben sie von ihren Anhängern Beiträge in der Ueberzeugung, die auch wir mit gutem Grunde haben: „Der nächste Parteitag wird feststellen, daß die Opposition von heute die offizielle Mehrheit ist, während sie heute schon die effektive Mehrheit hinter sich hat.“ (Widerspruch bei der Mehrheit. — Sehr richtig! bei der Opposition.)

Auf die vielen Angriffe gegen meine persönliche Ehre gehe ich nicht ein. Ich habe es auch ruhig geduldet, daß ich in ein Jahr lang geradezu durch die Gasse gezogen wurde, mit einer Kühnheit, die einer besseren Gede würdig gewesen wäre. Ich hatte geglaubt, nachdem ich länger als ein Vierteljahrhundert für die Partei gearbeitet habe, nicht nötig zu haben, mich gegen Verdächtigungen zur Wehr zu setzen. Aber es würde mißbeutet werden können, wenn ich über die Beschimpfungen größter Art hinweggehen würde, die Koste, mit dem ich jahrelang an demselben Ort zusammengearbeitet habe, gegen mich geschleudert hat. Wenn einer unter den Anwesenden keine Veranlassung hat, meine Neigung zur Kameradschaftlichkeit zu bestreiten, so ist es neben einigen anderen vor allem Koste. Er wird nicht bestreiten, daß ich ihn bei unseren gemeinsamen Kämpfen unter allen Umständen die Treue gehalten habe. (Koste: Sehr richtig!) Er wird mir auch zugeben, daß ich in der Betätigung der Kameradschaftlichkeit so weit gegangen bin, daß ich es mich weder Mühe noch Arbeit habe kosten lassen, für ihn einzusprechen, wenn es nötig war, und ich habe niemals ein Wort der Anerkennung dafür gefordert. (Koste: Sehr richtig!) Ich würde es an sich für unter meiner Würde halten, noch mehr zu sagen, aber ich muß es im Interesse der Sache tun: Bis in die letzte Zeit habe ich trotz Ueberlastung mit Arbeit jedem einzelnen Parteigenossen meinen Beistand geleistet unter Ueberlassung mancher persönlicher Pflichten, und ich habe nie danach gefragt, welcher Richtung der Parteigenosse angehört. (Lebhafter Beifall bei der Opposition.) Es war mir ganz gleich, ob es ein Mitglied der Mehrheit oder der Minderheit war oder ein Mitglied der Spartacusgruppe, das mich vielleicht kurz vorher aus nächster Nähe angegriffen hatte. (Sehr gut! bei der Opposition. — Koste: Ich habe nicht von Ihrer persönlichen Ehrenhaftigkeit, sondern nur von Ihrer politischen Tätigkeit gesprochen.)

Keerfeld und Löbe haben gemeint, wir hätten ja gar nichts Neues vorgetragen, deshalb hätte man die Reichskonferenz nicht einzuberufen brauchen, das hätte alles öffentlich besprochen werden können. Wenn das richtig ist, dann darf ich wohl erwarten, daß diese Genossen dafür sorgen werden, daß unsere Ausführungen in extenso in die Presse kommen. (Sehr gut! bei der Opposition.) Wir werden ja dann sehen, ob die Zensur das erlauben wird oder nicht. Ich glaube, behaupten zu können, daß viele unserer Ausführungen bei den Behörden nicht das Wohlwollen finden werden, wie die Ausführungen anderer Richtungen in unserer Partei. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Als Baumeister während des Krieges ein neues Blatt herausgeben wollte, um es an die Front zu schicken, die „Sozialdemokratische Feldpost“, da bekam er für die Neugründung dieses Zeitungsunternehmens die Genehmigung des Oberkommandos und nach den mir vorliegenden Dokumenten ist den zuständigen Militärbehörden mitgeteilt worden, daß dieses Organ die militärische Approbation bekommen hat. (Hört! hört! bei der Opposition. — Zuruf bei der Opposition: Eine Schande! — Dr. David: Der „Vorwärts“ hat die Approbation ja auch!) Das Besondere dieses Falles liegt darin, Genosse David, wie Sie wissen, daß man für Neugründungen von Zeitchriften eine besondere Erlaubnis braucht.

Keerfeld und Winnig haben versucht, die Debatte auf ein höheres Niveau zu heben. Ich nehme es Winnig gar nicht übel, daß er mir vorgeworfen hat, meine Rede sei ein Ausmaß von Gaf und geschwollener Bosheit gewesen. Nur Mingen mir diese Worte so überaus bekannt. Ich habe schon oft in meinem Leben gelesen, namentlich bei Wahlkämpfen, aber auch in den Flugblättern unserer Gegner. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Auch in den Parlamenten haben manchmal noch die Vertreter der Regierung und zwar allen Sozialdemokraten, mit denselben Worten Vorwürfe gemacht. Diese Worte waren offenbar im Gedächtnis des Genossen Winnig

haften geblieben, und ohne Bewußtsein ihres Ursprunges hat er sie nun gegen mich angewendet. (Geisterheit und Sehr gut! bei der Opposition.) Meerfeld hat uns nachgesagt, daß wir von der historisch-ökonomischen Gesichts-auffassung nichts verstünden, aber wir hätten wenigstens alles vergessen. In Wirklichkeit stellte sich heraus, daß Meerfeld und andere das A und O der materialistischen Geschichtsauffassung nicht begriffen haben. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Sie tun so, als ob nach unserer Ansicht irgendwelche bösen Persönlichkeiten in der deutschen Regierung diesen Krieg verursacht hätten und nicht ökonomische Triebkräfte. Die Zusammenhänge zwischen den tieferen Ursachen und den letzten Anlässen find uns doch allen geläufig; diese haben wir uns doch alle an den Schulbänken abgelaufen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Jeder weiß, daß dieser Krieg im Grunde entstanden ist aus dem Zusammenprall ökonomischer Gegensätze. Aber niemals hat die materialistische Geschichtsauffassung gelehrt, daß der Verlauf der Geschichte sich automatisch vollzieht. Niemand hat die großen Lehren für uns meisteln, daran gedacht, daß wir uns etwa den großen ökonomischen Vorgängen in Fatalismus ergeben müßten, daß die Menschen durch ihren Willen nicht Einfluß auf sie üben könnten. Jedes Geschichtswert von Marx beweist in geradezu genialer Weise, wie trotz der Erkenntnis, daß in letzter Linie ökonomische Faktoren entscheidend sind, auch persönliche Faktoren in Betracht zu ziehen sind, und daher gibt es auch für Personen eine Schuld, ein geringeres Maß von Schuld und eine Nichtschuld. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Das imperialistische Ausdehnungsbestreben, der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Oesterreich und Serbien insbesondere hat dazu geführt, daß in der Welt Pulverbäcker errichtet wurden. Aber damit es zum Westenbrand kam, war es nötig, daß in diese Pulverbäcker der Funke hineingeworfen wurde, und das ist die Tätigkeit von Persönlichkeiten. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Wir haben zu fragen, welche Persönlichkeiten diese verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Sonst müßten wir ja fatalistisch den Krieg hinnehmen, ganz gleich, was geschieht, und dann wäre es ja auch ganz unnötig, irgendwelche Friedensdemonstrationen zu machen. Wer von dem Wirken der Persönlichkeiten ganz absteht, der perwechselst elementare Naturereignisse und politisch-soziale Vorgänge. Elementare Naturereignisse vollziehen sich unabhängig von unserem Willen, die politisch-sozialen Vorgänge aber sind keineswegs von unserem Willen unbeeinflussbar. Wie war es in diesem Konflikt? Ich habe schon wiederholt öffentlich und nichtöffentlich, vor Polizeibeamten und im geschlossenen Kreis über diese Fragen gesprochen und habe stets betont, es wäre durchaus falsch, das volle Maß von Schuld etwa auf die deutsche Regierung zu schieben. Alle Regierungen der kapitalistischen Staaten haben seit langem ein vollgerüstet Maß von Schuld auf sich gehäuft. (Sehr wahr! bei der Opposition.) Das Betrüben, an dem alle Staaten sich beteiligt haben, hat mehr und mehr die Reibung erzeugt, die zu diesem Kriege geführt hat. Aber bis zum Kriegsausbruch haben wir alle in Kenntnis des geschichtlichen Materials hervorgehoben, daß bei dem völkerwerbenden Betrüben in erster Linie Deutschland stand. Sollen wir nicht so viel Wahrheits- und Besennermut haben, das, was wir früher gesagt haben, noch jetzt aufrechtzuhalten, sollen wir uns jetzt dazu hergeben, diese Tatsachen zu vertuschen? (Sehr gut! bei der Opposition.) David hat ja vor dem Kriege selbst im Reichstage gesagt, daß Deutschland vorantage und daß die anderen nachzanzten. Schon die Tatsache gibt uns einen Fingerzeig für das Maß der Schuld. Aber es kommt noch ein weiteres hinzu. Der Genosse Cohen hat gemeint, von unserem Standpunkt aus müßten wir eigentlich dazu kommen, daß der naifste Prinzip, der den Revolver gegen den österreichischen Thronfolger drückte, an diesem Kriege schuld sei. Das ist eine völlige Verkennung des Standpunktes. Dieses Ereignis ist ein ganz kleines, unbedeutendes Spiel. Es war lediglich eine Gelegenheit, die die österreichischen Monarchen für ihre Zwecke benutzt haben. Daß das der Fall ist, ist längst mitteilt erhärtet worden. Im Dezember 1914 hat der ehemalige italienische Ministerpräsident Giolitti, der ein Gegner der Beteiligung Italiens an dem Kriege war, dokumentarisch bewiesen, daß schon im August 1913, also

nate vor Ausbruch des Weltkrieges und vor der Ermordung des österreichischen Thronfolgers, die österreichische Regierung mit der Erklärung an Italien herangetreten sei, sie beabsichtige, gegen Serbien kriegerisch vorzugehen, und sie ermatte, daß Italien nichts dagegen habe. (Lebhaftes Hört! bei der Opposition.) Es war das also ein Plan, der in jeder Beziehung vorbereitet war, und dieser Plan trug in sich den Weltkrieg. Das mußte jeder wissen. Sie riefen vorher fortgesetzt dazwischen: ja, die russische Mobilmachung, die russische Mobilmachung sei ein Moment, das man nicht außer Betracht lassen dürfe. Das trifft nicht den Kern der Frage. Schon vor dieser Mobilmachung hatte die deutsche Regierung und in der Unterredung vom 26. Juli 1914 im preußischen Ministerium des Innern auch der preußische Ministerialdirektor darauf hingewiesen, daß, wenn Rußland auch nicht gegen Deutschland mobilisiere, sondern nur gegen Oesterreich vorgehe, um Serbien zu helfen, der casus foederis gegeben sei und daß Deutschland sich an diesem Kriege beteiligen würde. (Lebhaftes Hört! bei der Opposition.) Die russische Mobilmachung war für diese Entschliebung also nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Wie weit war denn übrigens beim Kriegsausbruch die russische Mobilmachung vorgeschritten? Als man den Ruf erhob: „Gegen den Parisismus!“ und als unsere Gewissen von diesem Ruf fortgerissen wurden, da glaubten sie, sie würden nun die Befreier des russischen Volkes vom russischen Despotismus sein können, da erwarteten sie, daß die deutsche Seeresmacht sich gegen Rußland wälzen würde, um Rußland niederzuringen. Und was geschah? Man setzte die ganze Macht gegen den Westen ein, gegen Belgien, gegen ein Land, für dessen Neutralität man sich verbürgt hatte. Man hatte gehofft, in wenigen Wochen bis Paris zu kommen, und erst dann sollte Rußland an die Reihe kommen. Das war der Grund, weshalb nicht genügend Truppen zur Verfügung waren, um den Einfall der Russen in Ostpreußen zu verhindern. Der Historiker der militärischen Strategie und Taktik, Professor Hans Delbrück, hat im „Tag“ vom 27. April 1916 ausgeführt, daß Rußland in Wahrheit, als es in Ostpreußen eintraug, militärisch noch gar nicht genügend vorbereitet war. Er schreibt: „Wenn wir die gewaltige Uebermacht unserer Feinde haben niederzuschlagen können, so verdanken wir das bis zu einem gewissen Grade ihren Fehlern. Aber es ist auch ganz klar, daß, als die Russen im August 1914 ihre Angriffe gegen Ostpreußen einsetzten, sie noch nicht vollständig militärisch gerüstet waren. Der Einfall erfolgte nur aus Rücksicht auf die geängstigten Volksmassen in Frankreich.“ Delbrück meint also, daß die Russen, bevor sie nach dem Maß ihrer Mobilmachung genügend vorbereitet waren, in Ostpreußen eingedrungen sind, nur um die Stimmung in Frankreich zu heben.

Nun haben eine Reihe von Genossen der Mehrheit, wenn wir gegen die deutsche Regierung Vorwürfe erhoben, uns immer wieder mit den Zwischenrufen unterbrochen: Und die anderen Regierungen? Wer nimmt denn die anderen Regierungen in Schutz? Wir deutsche Sozialdemokraten und die internationalen Sozialdemokraten haben es bisher immer für ihre Pflicht gehalten, daß jede Partei im eigenen Lande nach dem Rechten sieht und daß jede Partei zunächst die Handlungen ihrer eigenen Regierung kritisiert. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Quard hat uns auf das Baseler Manifest hingewiesen. Ich empfehle das Baseler Manifest in allen seinen Teilen der Mehrheit zur Beachtung. Da heißt es: „Indem das Proletariat aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhob, jede Sektion der Internationale der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegen stellte, ergab sich eine grandiose Vorbereitung der Arbeiter aller Länder, die schon bisher dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten.“ (Hört! hört! bei der Opposition.) Es wird also für die Pflicht jeder Sektion der Internationale erklärt, ihre eigene Regierung zu kritisieren, da nur so eine Kooperation der gesamten Internationale möglich ist. Wir von der Minderheit haben das Vorgehen der alten Fraktion deshalb für ganz besonders gefährlich gehalten, weil es darauf hinauslief, den Krieg zu verlängern. Es entstand gestern eine große Erregung, als ich den bekannten Artikel aus der

„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom April 1915 verlas. Die Genossen, die mir aus der Verlesung dieses offiziellen Artikels einen Strich drehen wollen, haben gar nicht gehört, in welchem Zusammenhang ich von dem Artikel gesprochen habe. Ich habe nicht behauptet, dieser Artikel beweise, daß Deutschland irgendein Angebot Englands zurückgewiesen habe, sondern ich habe erklärt, daß dieser Artikel England davon abhalten mußte, an eine Friedensneigung Deutschlands zu glauben. Das kann kein Mensch bestreiten. Die Dinge liegen anders, als Moske, auf den Unterstaatssekretär Zimmermann gestützt, behauptet hat. Man kann von mir nicht verlangen, daß ich alles als bewiesen ansehen muß, was Unterstaatssekretär Zimmermann sagt, der im Interesse der Staatsräson vielleicht genötigt ist, manches anders darzustellen. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Dieser Erklärung des Unterstaatssekretärs Zimmermann stelle ich meine Informationen gegenüber, die ich von Männern in angesehenen deutschen Stellungen habe. Ich habe es nicht für nötig gehalten, über diese Dinge noch einmal im Reichstag zu sprechen, denn ich habe sie in der Presse ausführlich behandelt. Aber was sagte Unterstaatssekretär Zimmermann? Er bestritt hauptsächlich, daß von der englischen Regierung irgendein Friedensversuch nach Deutschland gemacht ist. Er bestritt, was ich gar nicht behauptet habe. Ich hatte gesagt, daß private Persönlichkeiten, und zwar in englischen Ministerium des Neufern unternommen hätten, nachdem sie im englischen Ministerium des Neufern herumgehört hatten, zwischen England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen. Jeder, der weiß, wie solche Friedensverhandlungen eingeleitet werden, ist sich auch ganz klar darüber, daß, wenn es auf deutscher Seite zu Friedensanregungen kommt, der Reichskanzler nicht persönlich nach England und Frankreich lanciert, sondern daß er sich dazu Unterhändler aus neutralen Ländern bedient. Aber die Genossen sind schon so sehr von der Regierungspolitik gefangen genommen, so sehr eingeschloren auf Worte von Regierungsmitteliebrern, daß sie das Material ihrer Meister gar nicht mehr kritisch prüfen können. (Sehr gut! bei der Opposition.)

Was wir der Mehrheit zum Vorwurf machen, das möchte ich hier zum Ausdruck bringen mit Worten unseres leider verstorbenen Genossen Eckstein, um gegenüber dem geizigen Biat Marzsumachen, was er wirklich dachte. Er hat kurz vor seinem Tode im „Avanti“ einen Artikel veröffentlicht, dessen Uebersetzung mir vorliegt:

„In diesem Kriege verfolgen alle Regierungen, selbst wenn man annimmt, daß sie gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen worden sind, imperialistische Ziele. Sie kämpfen nicht um den Schutz der staatlichen Selbständigkeit, sondern um den Grad ihrer Herrschaft in der Welt, um koloniale Besitzungen, um den Einfluß auf die Regierungen jener schwächeren Staaten, die das europäische Kapital als Opfer seiner Ausbeutung auszuereihen hat. Das aber sind schon solche Kriegsziele, mit denen die Arbeiter in keinem Lande sich solidarisch erklären können, solange sie noch den Kampf um ihre eigene Befreiung von den Fesseln des Kapitalismus führen und sich die Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen bewahrt haben. Mehr und mehr dringt die Erkenntnis durch, daß gegenüber dem jetzigen Weltkrieg, der imperialistische Ziele verfolgt, der Maßstab jener kurzen und relativ kleinen Kriege nicht anwendbar ist, in denen die modernen Staaten Europas ihre nationale und staatliche Selbständigkeit erkämpft haben. Zugleich zeigt sich immer deutlicher, daß die Einnahme dieses Standpunktes schon an sich ausreichend ist, um eines jener größten Uebel zu überwinden, die der Krieg dem europäischen Proletariat ausgefügt hat — seine Zersplitterung in national-hauidnische Parteien, die sich mit den bürgerlichen Klassen ihres Landes solidarisch fühlen und dementsprechend zum Proletariat der feindlichen Länder eine feindliche Haltung einnehmen.“

Namentlich jetzt, wo so viele, zeitweise verschleierte Momente klar geworden sind, hätten Sie diese Kredite nicht mehr bewilligen dürfen, hätten Sie der Regierung die Gefolgschaft aufgeben müssen. Hätten Sie so gehandelt, so hätten Sie unserem Volke einen wahrhaft großen Dienst geleistet.

Was uns auf das tiefste bewegt, denn wir sind internationale Sozialisten und deutsche Sozialisten zugleich, das ist, daß die Kraft, die wir hatten, nicht ausgenutzt ist, um die Regierung zu zwingen, Friedensverhandlungen da zu suchen, wo allein sie zu suchen waren, als es noch Zeit und Gelegenheit war, in England. (Zuruf: Verpakte Gelegenheit!) Ja, die Gelegenheit ist verpakt worden.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen folgendes mitteile: Professor Cohnmann hat an das bayerische Ministerium eine Denkschrift gerichtet, die ich mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des Prof. Cohnmann sehr kritisch betrachte. Er ist derselbe, der die nicht sehr schöne Rolle in der Sache Valentin in der letzten Zeit gespielt hat. Aber er berichtet eine Aeußerung, die Valentin nicht bestritten hat und auch nicht bestreiten wird. Er gibt in dieser Denkschrift, in der er dem Reichskanzler den Vorwurf macht, daß er sich von der Sozialdemokratie habe einfangen lassen, folgende Aeußerung des Reichskanzlers wieder: „Wenn ich Belgien herausgebe, kann ich jeden Tag Frieden mit England machen.“ (Lebhaftes Hört! Hört!) Dieses Wort ist nicht nur nicht demontiert worden, es hat die innere Glaubwürdigkeit, dafür sprechen nicht nur jene Momente, die ich gestern bereits angeführt habe und noch häufen könnte, sondern dafür spricht auch die Rede des Herrn v. Welbel-Piesdorf am 15. März 1915, die heute mit anderen Augen von Ihnen betrachtet werden möchte. Herr v. Welbel-Piesdorf hat damals als Präsident des preussischen Herrenhauses — er stand in enger Beziehung zu allen hohen Stellen in der Regierung — gesagt, wir würden insofern als Sieger da, als wir das Vorhaben unserer Gegner, Deutschland zu vernichten, zu verhindern gemacht hätten, und er fährt dann fort: „Wenn wir nichts weiter wollten, als diesen Angriff ab schlagen, so glaube ich, würde es nicht allzu schwer sein, einen Frieden in kurzer Frist zu erlangen. Damit kann aber Deutschland sich nicht befriedigt erklären. (Hört! Hört!) Nach den ungeheuren Opfern, die wir gebracht haben an Menschen sowohl wie an Hab und Gut, müssen wir mehr fordern.“ Und um nicht den Glauben aufkommen zu lassen, als ob dies nur seine persönliche Meinung wäre, sagte er am Schluß: „Ich bemerke, daß zahlreiche Mitglieder dieses Hauses mich gebeten haben, dies auch in ihrem Namen auszusprechen.“ (Lebhaftes Hört! Hört!) Danach besteht für mich kein Zweifel: wenn man die Regierung energisch vorwärts getrieben hätte — und diese treibende Kraft mußte die Sozialdemokratie ausüben —, dann wäre die Regierung zu Verhandlungen mit England gebracht, und wenn auch kein mathematischer Beweis zu führen ist, daß diese Verhandlungen Erfolg gehabt hätten, so bestand doch die Möglichkeit und vielleicht die Wahrscheinlichkeit dafür. Was für ein Gefühl erfüllt uns, wenn wir uns sagen müssen, daß die Sozialdemokratie nicht jede Gelegenheit ausgenutzt hat, daß sie vielmehr die Regierung bei der Fortsetzung des Krieges gestützt hat. Die Regierung hat ja in der Verfolgung ihrer Pläne auf Gebietserweiterung keine Hemmung, wenn sie sich darauf stützen kann, daß sie alle Parteien des Parlaments hinter sich hat. Wenn dagegen eine große Partei der Regierung in der Kriegspolitik entgegentritt, so ist das ein Moment, das sie zur Besinnung bringt. Dann wird sie eher versuchen, wie sie aus der Kriegslage schnell herauskommen kann. Ich glaube nicht, daß die Regierung jetzt noch den Weg zum raschen Frieden finden wird, wenn die Massen sie nicht vorwärts treiben. Dann wird es aber zu einem Glend kommen, wie die Welt es noch nicht gesehen. Wir von der Opposition wollen es versuchen, die Massen aufzuklären und die Regierung aufzurütteln. Erreichen wir es nicht, so haben wir wenigstens das Bewußtsein, das getan zu haben, was notwendig ist im Interesse des deutschen und des internationalen Proletariats. Wir wollen, daß aus unserer großen Partei nicht, wie Kall es in seiner Denkschrift „Am Scheidewege“ gewünscht hat, eine national-soziale Partei werde, sondern wir wollen sie erhalten und stärken als die alte sozialistische Partei, als die Partei des internationalen Sozialismus. (Lebhafter anhaltender Beifall und Gändelklatschen bei der Opposition.)

Scheidemann: Ich bedauere, daß die Auseinandersetzungen doch nicht immer in der Form geführt wurden, wie wir es gewiß alle gewünscht haben. Ich glaube für mich in Anspruch nehmen zu können, daß ich von vornherein durch mein Referat versucht habe, eine Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht hätte,

sachlich und ohne persönliche Angriffe zu debattieren. Ich bin leider gezwungen, im Schlusswort auf mancherlei Dinge einzugehen, auf die ich lieber verzichtet hätte. Aber nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, würde man nachher sagen, wir hätten nichts entgegen können und alles eingestekt.

Der Genosse Vogtherr hat von Demagogie gesprochen; ich hätte in bezug auf die Arbeitsgemeinschaft und ihr Verhalten in der Steuerpolitik gesagt, wenn wir uns ebenso verhalten hätten, dann würden die Arbeiter auch noch die Milliarden, die jetzt durch die Kriegsteuer aufgebracht werden, bezahlen müssen. Darin sehe ich nichts Demagogisches, sondern lediglich die Feststellung einer Tatsache. Außerdem habe ich über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft notgedrungen nur in einigen geschlossenen Mitgliederversammlungen geredet, in denen Vogtherr mich als Annerzionist hinstellte, indem er auf die verrückten Grenzpfähle hinwies. Dadurch war ich gezwungen, auch mancherlei zu sagen, was dem Genossen Vogtherr, wie ich begreife, nicht gefallen hat. Sie haben ja gehört, wie Vogtherr unter der Heiterkeit, ich glaube nahezu der ganzen Konferenz sagte, selbstverständlich lehne man solche Steuern ab und warte, bis bessere gebracht werden. Mancherlei Vorwürfe, offene und verdeckte, wurden immer wieder gegen uns erhoben. Ich erinnere an die U-Boot-Resolution und an die Korpedierung der „Lusitania“. Wir ist kein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion bekannt, das sich der Korpedierung der „Lusitania“ gestreut hätte. Aber einen Genossen kenne ich, der die Korpedierung der „Lusitania“ gutgeheissen hat und auch für den verschärften U-Boot-Krieg eintritt, das ist aber ein Mitglied der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. (Lebhafte Zurufe: Wer?) Das ist Theodor Schwarz. (Lebhafte Widerspruch seitens der Opposition.) Jeder Widerspruch ist hier unangebracht. Wenn uns also unberechtigte Vorwürfe gemacht werden, dann muß ich Ihnen sagen, lassen Sie sich an die eigene Nase.

Wie hier so mancherlei scheinbar nebenbei hingeworfen wurde, wie aus der Dreckschleuder, war sehr charakteristisch. Ich erinnere an die Anspielung auf die Reklamationen. Ist denn ein Mensch in unserer Partei, der nicht genau weiß, daß wir eine Anzahl Redakteure, Geschäftsführer, Maschinensetzer, Drucker, Sekretäre und Leiter der Parteigeschäfte haben reklamieren müssen aus dem einfachen Grunde, weil wir den ganzen Parteibetrieb mit samt den Parteigeschäften nicht lahmlegen lassen wollten. (Sehr richtig!) Das war doch etwas Selbstverständliches. Nun kommt man her und erhebt, zwar nicht in bestimmter Weise, aber doch durch Andeutungen, Vorwürfe, von denen etwas hängen bleiben soll. Ich finde das geradezu unerhört. Meldet sich ein Sozialdemokrat freiwillig zum Heere: Hui Deumel! heißt's dann. Wird einer reklamiert: Hui Deumel! heißt es dann auch. (Sehr gut!) Man verwies auf den Fall Dittmann. Ganz richtig wurde die Angelegenheit wohl nicht dargestellt. Er wurde nicht „an die Front“ geschickt infolge des erwähnten Briefes, sondern ist daraufhin damals erst eingezogen worden. (Dittmann: An die Front geschickt!) Ja, das tut mir ja sehr leid; ich wünschte Sie weit vom Schuß viel lieber als an der Front. Wichtig ist doch wohl, daß sich Dittmann lange Zeit selber reklamiert hat und daß dann, als ein anderer Redakteur eingezogen werden sollte, der Geschäftsführer — was jeder beurteilen muß und keiner mehr als ich beurteilen habe — an das Kommando geschrieben hat: „Nehmen Sie nicht den, den Sie wollen, denn der wird hier notwendig gebraucht, nehmen Sie lieber den Dittmann!“ (Dittmann: So war es nicht!) Na, so ungerfähr ist es aber doch gewesen. (Dittmann: Nein, viel schlimmer ist es gewesen. Er war Ihr Vertrauensmann!) Was heißt, mein Vertrauensmann, er ist mir ein alter Genosse, wie viele andere auch. Genosse Limberg hat dann erwähnt, daß viele Leute, die mit Erfolg reklamiert waren, plötzlich eingezogen worden sind. Diese Tatsachen kennen wir. Aber immer, wenn wir den Beschwerden nachgegangen sind, hieß es, daß der betreffende Mann für ein bestimmtes Geschäft reklamiert worden sei und daß die Reklamation hinfällig wurde, sobald er das Geschäft verläßt. Ich gebe zu, daß zweifellos viele Ungerechtigkeiten vorkommen. Das beurteilen wir selbstverständlich ebenso scharf, wie wir das ganze System des Belagerungsstandes mit allen seinen Einzelheiten beurteilen, so scharf, wie es nur ein Mensch beurteilen kann. Dann muß ich noch

einen kleinen Dreckspritzer erwähnen. Nachdem Goase sie schon beiläufig gestreift hatte, erwähnte Ströbel noch die Fahrt nach der Weiffront. Genossen! Das war keine Vergnügungsfahrt, das war eine sehr strapazöse Tour, die wir gemacht haben im Interesse der Arbeiter und Soldaten draußen. (Lebhafte Zurufe bei der Opposition.) Erst vorgestern wieder ist uns aus dem Osten geschrieben worden: Kommt doch so schnell als möglich hierher nach Osten, damit mancherlei gebessert wird. (Ganganhaltende Urufe, Zurufe von der Opposition.) Ich habe es für meine ganz selbstverständliche Pflicht gehalten, unseren Soldaten und Genossen zuliebe jede Strapaze auf mich zu nehmen, und wenn es meine Zeit erlaube, würde ich selbstverständlich dem Wunsche der Genossen, nach dem Osten zu kommen, sofort entsprechen. (Lebhafte Beifall.) Was wir bisher an Ort und Stelle sahen und auf Grund unserer Erfahrungen für die Truppen durchsetzen konnten, dafür sind uns die Genossen draußen sehr dankbar. (Beifall.)

Dann wurde wieder viel mit den Massen operiert. Das ist auch so ein Trick. Bald sind die Massen alles, bald sind sie nichts. Ich habe neulich ein drastisches Beispiel für die Einrückung der Massen erlebt. Ich bin seit längerer Zeit wieder einmal in der Lage gewesen, in meinem Wahlkreis zwei Versammlungen abzuhalten. Die Versammlungen waren überfüllt, kein Apfel konnte zur Erde fallen. Ich fand großen Beifall. Daraus wurden Schlussfolgerungen in der Parteipresse gezogen, die ich nicht zu beantworten habe. Das Parteiorgan meines Kreises, dem der Versammlungsbuch offenbar keine Freude gemacht hatte, sagte aber, ach die Massen, das war Krethi und Plethi. (Hört! hört!) — Dittmann: Das ist aber richtig! Wenn also die Parteigenossen für eine Sache sind, die Ihnen nicht gefällt, dann ist's Krethi und Plethi. Wenn man eine Prämie aussetzen wollte für die beste Art, die Leute, die man für die Partei gewinnen will, von der Partei abzustehen, dann ist es diese Art. (Dittmann: Ist aber doch Krethi und Plethi gewesen! Es waren keine Parteigenossen!) Dann wurde hingewiesen auf das Thimmesche Buch, in dem angeblich alle Mitarbeiter in Harmonie schwimmen. Das ist eine direkte Unwahrscheinlichkeit. Das Buch ist geschrieben worden auf Veranlassung von Legien und dem mir persönlich unbekanntem Herrn Thimme. Die Mitarbeiter waren gebeten worden, auseinanderzusetzen, was jeder für das Notwendigste erhalte bei einer Neuorientierung. Heißt das Harmonie predigen, wenn ich Forderungen vertrete? Ich habe beispielsweise die innere Politik behandelt und bin dafür eingetreten, daß u. a. schleunigst das gleiche Wahlrecht in Preußen eingeführt werden müsse. Und dergleichen mehr. Wie kann man da mit albernen Harmoniemärchen überhaupt noch treiben gehen! Alle die Behauptungen von Harmoniebusel, Verrat usw. sind aber nicht einmal etwas Originelles seitens der Opposition. Das sind alles alte Klischees, die Sie übernommen haben. Sie wurden immer angewandt, wenn es irgendwo in der Partei Opposition gab. Von Bakunin gegen Marx und Engels, dann auch seitens der „Jungen“. Sie merken kaum einen Unterschied, wenn Sie Bakunins Geschiednisse lesen oder, die jetzigen Flugblätter der Opposition. Da heißt es z. B. bei Bakunin: Marx fehlt der Anstinkt der Freiheit. Marx ist von der Zehe bis zum Scheitel Autorität. Marx ist alldeutsch. Marx ist Staatskommunist. Im Krieg von 1870/71 hat die internationale Reaktion gestiftet. Ihre beiden Vertreter sind ebenfugot der Sozialismus von Marx als die Diplomatie von Bismarck. Marx ist Bismarcks rechte Hand. Die von ihm begründete Internationale ist eine bürgerliche, durch bürgerlichen Geist verformene Organisation. Die Londoner Konferenz von 1872 ist eine von Marx arrangierte Komödie, zu dem Zweck veranstaltet, die Minorität zu vergewaltigen, die allein die echten sozialrevolutionären Prinzipien vertritt. Von unten müsse die Organisation aufgebaut werden, nicht von oben. So geht es durch die ganze Opposition hindurch, und Sie würden uns einen Gefallen tun, wenn Sie wenigstens mal ein neues Schlusswort, eine neue Beschuldigung erfinden würden. (Große Heiterkeit. — Zuruf: Mit dem Wig löschen Sie das nicht aus!)

Ich habe diese Dinge angeführt, um Ihnen zu zeigen, wie schwer es leider noch ist, sachlich zu diskutieren. Ich bin der Meinung, wenn wir leider noch

nicht gemeinsam arbeiten können, daß dann jeder von uns wenigstens die Pflicht und Schuldigkeit hat, nichts zu tun und nichts zu sagen, was uns noch weiter auseinanderreiben muß zum Schaden der Arbeiterklasse. Wer leidet denn darunter? Wir halten den Krakeel schließlich aus, aber die Arbeiterklasse leidet darunter. (Beifall und Unruhe.) Was sind sonst noch für Vorwürfe erhoben worden: die angebliche Stellungnahme des Parteivorstandes gegenüber ihm „unbequemen Leuten“; Danksprüche seien ergangen; man wolle bürokratisch reglementieren. Das alles ist absolut unrichtig. Wenn man sagt: gegen die eine Seite fahre der Parteivorstand Kanonen auf und gegen die andere sei er milde, so ist das unwahr. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man gegen Meinungsäußerungen von links und rechts nichts machen kann und nichts machen soll. Deshalb fällt es natürlich vielen unangenehm auf, wenn Artikel geschrieben werden von Genossen der äußersten Rechten, die keine angenehm sind, ohne daß der Parteivorstand sich einmischte. Das tut er aber auch nicht bei Meinungsäußerungen der äußersten Linken. Wir haben gar kein Recht, jemand zu verbieten, seine Gedanken in die Öffentlichkeit zu werfen. Dagegen sind wir verpflichtet einzugreifen, wenn es sich beispielsweise um Mißbrauch unserer Organisation handelt oder dergleichen. (Zuruf: Endezum im Nationalauschuß!) Das ist gerügt worden. (Aber nicht öffentlich!) Ich sprach von den verschiedenen Spielarten der Minorität und Haase meinte, die hätten wir auch in der Mehrheit. Genö. Der Unterschied ist aber der, daß die Genossen in der Minderheit auseinanderstreben und sich besonders organisieren, während die in der Mehrheit sich tolerieren, zusammenbleiben und Disziplin halten. (Lebhafte Zustimmung.) Haase sagte dann, die Minderheit wäre aus der Fraktion herausgedrängt worden, sie hätten sich als „stumme Hunde“ behandeln lassen sollen. Das ist ein starkes Wort, aber kein starkes Argument. Es handelte sich darum, die Fraktion wieder arbeitsfähig zu machen. Haase hat vorgegetragen, daß man bei Niebnecht das erstmal davon Abstand nahm, ihn herauszudrängen. Bei Niebnecht sagte sich die Fraktion schließlich: es ist ein Mann, den kann man wohl ertragen. Später aber war die Fraktion geradezu lahmgelegt, und sie hätte kaum noch die Möglichkeit gehabt, weiter zu arbeiten. Der von Haase angeführte Beschluß machte die Genossen auch nicht zu „stummen Hunden“, sondern ließ ihnen volle Diskutierfreiheit in der Fraktion. (Widerspruch und Zurufe bei der Opposition.) Der Beschluß bedeutete, daß derjenige nicht in eine Kommission geschickt werden kann oder als Medner der Fraktion im Plenum auftreten kann, der Gegner dessen ist, was die Fraktion für richtig hält. (Erneute lebhaft Zurufe bei der Opposition. — Vorsitzender Ebert bittet dringend, die fortgesetzten Unterbrechungen zu unterlassen. — Ledebour: Unglaubliche Verdrehungen. — Vorsitzender Ebert: Diese Zwischenbemerkung weise ich entschieden zurück. Von unglaublichen Verdrehungen ist keine Rede.) Ledebour erwähnte, offenbar angenehm berührt, daß in Frankreich sich eine Gruppe abgespalten hat. Wenn diese Abspaltungen erfreulich wären, könnte man sich noch viel besser auf Rußland und Polen berufen. Das ist ja gerade das Bedauerliche, daß durch böse Beispiele gute Sitten verdorben werden. Bestreitet denn jemand, daß wir lange Zeit hindurch mit der Gefahr rechnen mußten, daß uns eine polnische und russische Taktik aufgedrängt würde, die gar nicht für uns paßte und die uns polnische und russische Zustände bringen würde, daß wir so und so viele Parteien hätten statt einer einheitlichen deutschen Partei. (Sehr richtig!) Das, was die größte Erbitterung hervorgerufen hat bei der Spaltung, war die Art, wie sie injiziert worden ist. Ich will nicht im einzelnen darauf eingehen, Sie aber kurz am folgenden erinnern: Wir sitzen in der Fraktion und beraten. Es wird beantragt, den Rotetat zu bewilligen, weil er nur die mehrmonatige Fortsetzung des vorher auch von uns bewilligten Etats bedeutet. Es wird dem widersprochen, aber die große Mehrheit beschließt dem Antrag gemäß. Wir gehen aus der Fraktion heraus in der Annahme, daß alles glatt vor sich geht. Einige gehen in den Seniorenkongress, Geiser, Ledebour, ich, Ebert und andere. Während der Seniorenkongress tagte, legte Haase die letzte Peile an die Rede, die er in der Sache schon fertig hatte, und dann, als der Präsident in den Saal trat, sagte Haase zu mir: ich werde

reden und wir lehnen den Rotetat ab. (Hört! hört!) Das war eine unerhörte Ueberrumpelung. Niemand ist über dieses Verfahren mehr empört gewesen als die intimsten Freunde von Haase selbst. (Ledebour: Wer denn?) Das ist doch allgemein bekannt in der Fraktion. (Ledebour: Sie müssen den Namen nennen! — Zurufe: Hoch!)

Die Fraktion soll dann einmal verfasst haben, indem sie die Soldatenmishandlungen nicht noch im Plenum besprach. Diese Beschwerden waren sehr eingehend besprochen in der Kommission, und das, was man überhaupt erreichen konnte, war erreicht worden, indem der Kriegsminister sich bereit erklärte, einen scharfen Erlass gegen jede unangemessene Behandlung der Mannschaften herauszugeben. So hätte also die öffentliche Verhandlung im Plenum nur noch den Zweck gehabt zu wiederholen, was erörtert war, ohne daß irgend weiteres dabei hätte herauskommen können. Die Mehrheit der Fraktion war der Meinung, daß es in der damaligen Situation unseren Soldaten draußen und daheim nichts nutzen könnte, wenn man so ohne Zweck die Geschichten hinauschiere. (Zuruf: Ins Ausland schiele!) Für das Ausland wären die Beschwerden natürlich ein gefundenes Fressen gewesen. Selbstverständlich hätten die französischen Flieger sie ebenso gut über unseren Truppen abgeworfen wie jetzt die Reproduktionen oppositioneller Flugblätter. Daß die Friedenskeiße im Plenum nicht vorgelesen wurden, hatte seinen sehr guten Grund. Die große Mehrheit der Reichstagsfraktion war der festen Ueberzeugung, daß das zur unrichtigen Zeit im Reichstag eine Debatte hervorgerufen hätte, von voraussichtlich sehr ungünstiger Wirkung für unser Land und unser Heer. Ich glaube, Haase hat gejagt, dadurch ermunterte man eben unsere Kriegsheber, den Krieg fortzusetzen. Nein, wir sind umgekehrt der Meinung gewesen. Wenn man das damals getan hätte, dann hätte man nicht unseren Kriegshebern einen Dienst erwiesen, sondern den ausländischen Kriegshebern. (Sehr richtig!) Es kamen also nur die denkbar besten Motive in Betracht. Später ist übrigens wiederholt sehr eingehend öffentlich im Plenum auch über Soldatenbeschwerden verhandelt worden.

Dann ist noch von der Friedensinterpellation gesprochen worden, die am 9. Dezember 1915 verhandelt wurde. Sie wurde uns in der Fraktion mit 50 Unterschriften vorgelegt. Sie war in einer besonderen Fraktionsitzung der Minderheit beschloffen worden; man hatte auch von anderen Unterschriften gesammelt und setzte sie uns auf die Brust. Eine Anzahl der Genossen, die unterzeichnet hatten, hatten das getan, um eine Erörterung in der Fraktion über die Interpellation zu sichern. Dabei sollte vom Fraktionsvorstand im Einverständnis mit dem Parteivorstand und nach einer Besprechung mit unseren österreichischen Freunden unter allen Umständen ein Vorstoß zugunsten des Friedens gemacht werden! Ich stelle fest, daß die ersten Änderungsanträge zu der Mehrheitsinterpellation von Parteigenossen gestellt wurden, die die Interpellation unterzeichnet hatten. Zum Beispiel wollte Haberland sie sofort abgeändert wissen. (Haase: In unserem Sinne!) Was er vorschlug, war ganz unmöglich. In ihrer schließlichen Fassung wurde die Interpellation mit 93 gegen 5 Stimmen angenommen in der Fraktion. Sie entsprach vollständig der damaligen Situation. Nach dem, was der Reichskanzler uns auf das Bestimmteste versichert hatte bei vorhergegangenen Verhandlungen, ehe er von der Interpellation überhaupt etwas wußte, konnte er damals angesichts des Verhaltens der gegnerischen Staatsmänner unmöglich öffentlich erklären, was die Minderheit von ihm verlangte. Was sollte er in Verhandlungen tun, wenn er sich selbst von vornherein an Händen und Füßen gebunden hatte? Die Formulierung unserer Interpellation gab ihm die Möglichkeit, eine verständliche Antwort zu geben. Natürlich haben wir alle gewünscht, daß er sich sehr viel deutlicher ausgesprochen hätte.

Wir sollen die Bedrängnis der Regierung nicht ausgenutzt haben zum Erwerb politischer Rechte. Ich erinnere daran, daß Haase selbst am 10. März 1915 im Reichstag eine Rede hielt, in der er sagte: „der Gedanke, von dem die sozialdemokratische Fraktion bei Kriegsausbruch geleitet wird, geht dahin, daß sie die Pflicht hat, alles zu tun, um das eigene Land zu verteidigen.“ Er wies dann hin auf die Zensurverhältnisse und fuhr fort: „Die Sozialdemokratie

hat nicht daran gedacht, für ihre Abstimmungen am 4. August und am 2. Dezember irgendeine Gegengabe zu fordern." Das war unser aller Meinung, und da ist es mir unverständlich, wie man jetzt sagen kann, man hätte die Notlage der Regierung zum Erwerb politischer Rechte ausnützen sollen. (Gaafe: Das ist etwas anderes!) Für mich steht es so: Entweder ist die Landesverteidigung eine Pflicht, der ich nachkommen muß, dann erfülle ich sie. Aber ich kann nicht sagen, ich erfülle sie nur dann, wenn ich dafür so und soviel bekomme. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Das ist ein politischer Kuhhandel, der unserer Partei meines Erachtens unwürdig ist. (Lebebour: Das ist auch unsere Auffassung!) Die Genossin Zieg schlug in dieselbe Herbe und sagte, wir hätten die Kredite ablehnen müssen, dann wäre die Regierung in steter Sorge gewesen: Was werden die Sozialdemokraten schließlich noch unternehmen; das wäre für uns vorteilhaft gewesen. Das hätte also bedeutet, daß die Regierung so zu sagen Tag für Tag in Sorgen gefragt hätte, wird die Sozialdemokratie heute mit dem Revolver knaden oder nicht. Die Genossin Zieg hat ihrer Rede einen sehr prunktenen Maßstab gegeben, sie fing mit Kinkel an und hörte mit Goethe auf. Auf die Politik, die sie uns der Regierung gegenüber zu empfehlen schien, passen vielleicht jene Zeilen von Grillparzer — damit auch ich einen Dichter bemühe: —

Ja, ich bin's, du Unglücksel'ge,
Bin der Räuber Jacomit!

(Große Heiterkeit. — Lebebour: Oxindur! — Zuruf: Lebebour kennt den Räuber besser. — Heiterkeit.) Ich weiß ja — zu Lebebour — daß Sie im übrigen alles besser wissen, aber wenn ich ein Bittat bringe, können Sie sich schon darauf verlassen, daß es stimmt. Der Mann heißt wirklich Jacomit. (Heiterkeit.) Wenn wir der Regierung diese Verse einmal beklamiert hätten, wäre sie vielleicht wirklich sehr erschrocken; es ist nicht unmöglich, daß sie auch noch beim zweiten Male ein Gefühl des Unbehagens gehabt hätte, aber nachher würde Herr v. Bethmann wahrscheinlich gesagt haben: Euer Revolver knackt ja gar nicht. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Eine Politik, wie sie Genossin Zieg empfiehlt, halte ich für unmöglich.

Nach Gaafe sollen wir viel zu weit gehen im Vertrauen dem Reichskanzler gegenüber. Er hat sich auf eine Anzahl von Vorgängen bezogen, aber sein Gedächtnis scheint ihn dabei doch im Stich gelassen zu haben. So hat er hingewiesen auf ein Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß wir auf dem Holzwege gewesen seien. Wie verhält sich die Sache mit dem Dementi? In dem Protokoll der Fraktion vom 9. März d. J. heißt es: „Dann gibt Gaafe einen Bericht über die Besprechung, die auf Einladung des Reichskanzlers zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und dem Reichskanzler stattgefunden hat, in der vertrauliche Mitteilungen erfolgt seien, die ihrem Charakter nach heute in der Fraktion nicht mitgeteilt werden können. Der Kanzler habe namentlich Bedenken geäußert gegen eine etwaige Absicht der Fraktion, gerade jetzt die Friedensfrage im Plenum zu erörtern. Die vom Kanzler mitgeteilten konkreten Tatsachen seien allerdings derart gewesen, daß er, Gaafe, es begreifen könne, wenn andere Teilnehmer dieser Besprechung die Erörterung der Friedensfrage jetzt für bedenklich hielten.“ Gaafe selbst teilte also diese Bedenken nicht. Das Protokoll ist von Gaafe selbst unterzeichnet. Später hat er sich dann mit dem Dementi in der Presse beschäftigt. In der Fraktion kam das zur Sprache, und es wurde von mir festgestellt, um was es sich eigentlich gehandelt hat. Gaafe hat seinerzeit der Fraktion berichtet, daß der Reichskanzler in der vertraulichen Besprechung gesagt habe: „Selbstverständlich suche ich mir alle Kanäle offen zu halten und immer zu sondieren, ob sich irgendwo eine Möglichkeit für den Frieden ergibt. (Hört! Hört!) Wenn aber von diesen Bestrebungen etwas in die Öffentlichkeit kommt, dann bin ich heute nach Lage der Dinge gezwungen, jedesmal zu dementieren.“ (Hört! Hört!) Das ist der objektive Tatbestand, den Gaafe wird zugeben müssen. Was ergibt sich aber daraus? Wenn richtig ist, daß Gaafe weiß, daß der Reichskanzler gesagt hat, er sehe sich genötigt, zu dementieren, falls öffentlich bekannt wird, was er im Interesse des Friedens tue, dann darf doch Gaafe selbst nicht das Dementi aus der „Nord-

deutschen Allgemeinen Zeitung“ dazu benutzen, um daraus herzuleiten: Seht, die Regierung will ja gar keinen Frieden. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.)

Dann hat Gaafe sich gegen meine Behauptung gewandt, daß die Mehrheit in der jetzigen Zeit viel mehr gebunden sei als die Minderheit. Natürlich nicht in allem. Wenn einer so redet, wie heute Stadthagen über die Gerichte, das geht auch in Friedenszeiten nicht durch. Was ich mit meiner Behauptung habe sagen wollen, wissen Sie schon, ich habe es neulich schon angedeutet. Einmal müssen wir sehr rücksichtsvoll Ihnen gegenüber sein, weil wir uns schon damit abfinden müssen, daß unter Umständen, wenn wir auf gewisse Dinge reagieren, dem einen oder anderen wirklich Unannehmlichkeiten erwachsen könnten. Dann aber auch, weil Sie uns immer den Vorwurf machen können, wir hätten geredet zu denunziatorischen Zwecken. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Darum suchen Sie sich auf der andern Seite immer mit einem geheimnisvollen Schleier zu umgeben und tun so, als wüßten Sie ein Geheimnis, das uns zum Frieden führen könnte, wenn nur die Mehrheit wollte. Dadurch lassen sich natürlich eine ganze Menge Leute betören. Dann warf mir Gaafe dazwischen, ob ich etwa Träger von Staatsgeheimnissen wäre. Nein, das bin ich nicht, aber allein das Beispiel, das ich Ihnen eben aus dem Fraktionsprotokoll vorgelesen habe, was auch bisher nicht aus der Fraktion herausgekommen ist — und es gibt ähnliche Dinge von viel größerer Tragweite — zeigt, daß man gewisse Dinge unmöglich sagen kann, wenn man wichtige Interessen nicht gefährden will. Wenn wir solche Dinge sagen würden, würden wir natürlich auch keine vertraulichen Mitteilungen mehr bekommen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Und weil wir mancherlei für uns behalten müssen, so müssen wir Ihnen gegenüber, selbst wenn Sie uns in eine unangenehme Situation den Genossen gegenüber bringen, doch den Mund halten. Insofern sind wir in vielen Dingen weit schlimmer daran, als die Minderheit. Ich erinnere auch an die Flugschrift, die gestern hier verbreitet worden ist, mit der vielersehrenden Ueberschrift: „Und Scheidemann sprach“. Da wird eine Mitteilung von zweifellos vertraulicher Art, die ich einmal im Vertrauen auf Distretion im Parteiausschuß gemacht habe, auch in Fettdruck zitiert. (Hört! Hört!) Daraus sehen Sie, wie vorsichtig man sein muß, wie wir in Wirklichkeit mehr gebunden sind als Sie.

Dann jagt Gaafe, seit wann haben wir uns jemals auf Staatsmänner berufen. Aber er hat heute sich berufen auf „Männer in angefeindeter Stellung“. Ja, wir haben ja keine Ahnung, wer diese Männer sind. Er sagte gestern, es sei ihm eine aus bester Quelle stammende Mitteilung gemacht worden, derzufolge Verhandlungen stattfänden zwischen Gelferich und den sechs Wirtschaftsvorständen, um den Reichskanzler den Verbänden wieder näher zu bringen. Heute lesen wir in der Zeitung: „Ein merkwürdiges Gerücht. Unter dieser Spitzmarke läßt die freisinnige „Weser-Zeitung“ sich aus Dresden von einem Gerücht schreiben, nach welchem zwischen dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern und den bekannten sechs Wirtschaftsvorständen gewisse Verhandlungen schwebten, die sich in bestimmter Verbindung auf die Kriegsanzleihe und den Unterseebootskrieg bezögen. Wir können mitteilen, daß das von der „Weser-Zeitung“ weiter gegebene Gerücht aus der Luft gegriffen ist.“ (Gaafe: Was will das Dementi besagen?) Es steht in der „Deutschen Tageszeitung“, dem Hauptblatt der sechs Wirtschaftsvorstände. Da sind mir unsere Genössenmänner, die wir alle genau kennen, immer noch lieber, als die des Genossen Gaafe, die ich nicht kenne.

Nun komme ich zu schwereren Vorwürfen gegen uns. Gaafe sagte, wenn wir nicht mit den Franzosen zusammenkommen, so seien wir schuld, weil es in unserer Erklärung heißt, daß wir den Frieden wollen, „wenn das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden bereit sind“. Also nicht einmal das hätten wir sagen dürfen. Ja, du lieber Gott, was hätten wir dann eigentlich erklären sollen! Sollen wir denn für die Interessen unseres Landes — ich bitte, mir das nicht wieder als Charibinismus auszuliegen — aber auch nicht die Spur von Empfindung haben (Sehr gut! bei der Mehrheit), sollen wir immer nur an den andern denken? Das widerstrebt in der Tat allen meinen Empfindungen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Die Erklärung ist

im übrigen in einer Kommission einstimmig angenommen worden, in der auch Kautsky geessen hat. Auch Kautsky hat wohl an dem Satz keinen Anstoß genommen? (Kautsky: O ja! — Große Heiterkeit bei der Mehrheit.) Wenn man nicht einmal das sagen dürfte, so hieße das, daß wir für den Frieden um jeden Preis eintreten müssen, was doch Gaase selbst ausdrücklich abgelehnt hat. — Dann sollen wir deshalb nicht zu Friedensverhandlungen mit den Franzosen kommen können, weil hier die Parole ausgegeben worden sei: „Durchhalten bis zum Siege.“ Das ist hochinteressant. Ich soll ja einer der Hauptfänger sein. Von mir ist das Wort Durchhalten vor Jahr und Tag einige Male gebraucht worden und nun wird es mir überal angehängt von den Parteigenossen, die — ich will einmal sagen — mir nicht gerade besonders wohlgesinnt sind. (Heiterkeit.) Ich hätte gesagt: Durchhalten bis zum Siege, also Durchhalten bis zur Niederschmetterung aller Feinde! Uhm. Alle, die in dieser Weise liebevoll gegen mich operieren, sind unehrliche Kerle; denn sie wissen, wie das Wort entkanden ist und was es bedeutet. Das Wort Durchhalten stammt vom „Vorwärts“, nicht von mir. Weil es mir einen bestimmten Komplex von Kathaken und Notwendigkeiten gut zu umschreiben schien, übernahm ich es aus dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. (Lebhaftes Hörl hört! bei der Mehrheit.) Der „Vorwärts“ hat am 18. August 1914 ausdrücklich geschrieben:

„Denn wie man in den Krieg auch hineingekommen ist, ob es ein Krieg ist, der gleichsam aus der Notwendigkeit der Entwicklung entspringt, oder ein Krieg, der aus Leichtsinn herbeigeführt worden ist, ein gerechter oder ein ungerechter Krieg also, um diese für ein Weltgeschehen freilich nicht ganz zutreffenden Bezeichnungen zu gebrauchen: ist der Krieg einmal da, so muß er auch von denen, die ihm aus der Gesamtheit und Geschlossenheit ihrer Weltanschauung widerstreben, durchgehalten werden. . .“

Der „Vorwärts“ wollte aber nicht nur durchhalten, sondern in seinen Spalten war auch zu lesen, daß man siegen müsse. (Sehr wahr! und Hörl hört! bei der Mehrheit.) Und nicht nur der „Vorwärts“ wollte siegen, auch die „Neue Zeit“, auch Eduard Bernstein, Pleigner und andere hielten es für selbstverständlich, daß wir siegen müßten. Damals wollte jeder siegen, aber als ich davon sprach, daß ich nicht bei denen sein wollte, die den Sieg nicht wünschten (Heiterkeit), da ging die Hezerei und Schimpferei los. Und wie wollte der „Vorwärts“ siegen:

„Es ist für alleverantwortlichen Stellen bei uns selbstverständlich; daß Deutschland nur einen ehrenvollen Frieden schließen kann. . . Das wäre der reichste Lohn jener Wraben, die schon so lange draußen kämpfen und — wenn es sein muß — auch entschlossen sind, weiter ihre Pflicht zu tun, so lange, bis der Sieg endgültig unser ist.“

(Lebhaftes Hörl hört! bei der Mehrheit.) Also einen endgültigen, einen entscheidenden Sieg wollte der „Vorwärts“. Und in der „Neuen Zeit“ schrieb Kautsky: „Solange nicht die Zeit zum Friedensschluß reif erscheint, lautet die praktische Frage nicht mehr: Krieg oder Frieden. Sie heißt: Sieg oder Niederlage des eigenen Landes!“ Und da ich mich wirklich nicht entschließen konnte, zu schreiben: „Durchhalten bis zur Niederlage“ (Sehr gut! bei der Mehrheit), glaube ich mich im Einverständnis mit den beiden Zentralorganen der Partei zu befinden, wenn ich schrieb: Durchhalten bis zum Siege! Aber was habe ich mir dabei gedacht? Wollte ich etwa Eroberungen? Ich glaube, ich war der erste, der öffentlich diesen ganzen Kirlekanzereien von Eroberungen auf das entschuldigende auf den Leib gerückt ist, solange ich überhaupt in der Deffentlichkeit, drei- oder viermal, sprechen durfte. Sie wissen, daß mir das in einem großen Teile des Reiches sehr bald unmöglich gemacht worden ist. Schon im Januar 1915 bin ich dafür eingetreten, daß man für einen Frieden eintreten müsse, der nach keiner Seite irgendeinem Wunde eine unehrenhafte Wundung stelle. Das war doch klar genug. Ich habe aber auch gar nicht allein vom Durchhalten gesprochen. Gaase hat in Königsberg geredet, und in der „Königsberger Volkszeitung“ stand darüber (Gaase: Falscher Bericht! Heiterkeit bei der Mehrheit) — ja, dafür kann ich nicht — jedenfalls steht da, daß er

in einer Rede über die Lebensmittellnot gesagt habe, wir müßten bis zum ehrenvollen Frieden durchhalten. (Gaase: Ehrenvoller Frieden und Niederschmetterung der Gegner ist etwas anderes!) Kennen Sie einen von uns, der vom Niederschmetterung der Gegner etwas geschrieben hat. Das ist ein Wort, das bei Ihnen immer wiederkehrt, wollen Sie es etwa auf mich beziehen? (Gaase: Nein!) Vielleicht haben Sie dann die Freundlichkeit, in Ihren Kreisen darauf hinzuwirken, daß die Genossen nicht mehr mit diesem albernem Gerede haustieren gehen.

Wie kam ich übrigens dazu, zu schreiben: Durchhalten bis zum Siege? Ich will es Ihnen ins Gedächtnis zurückrufen: Nachdem wir schon soundso oft die Hand über die Grenze zu den Franzosen und Engländern ausgestreckt und erstickt hatten, daß wir zum Frieden bereit seien, forderten Tag für Tag englische Sozialisten im „Daily Citizen“ die Arbeiter auf, sich als Rekruten zu stellen. (Bernstein: Das ist nicht wahr!) Aber, Bernstein, das ist nicht wahr? Kommen Sie her und sagen Sie uns das ins Gesicht! (Bernstein kommt vor und stellt sich der Versammlung zugewandt vor den Redner hin. Dieser wiederholt die Worte.) Tagtäglich ist im „Daily Citizen“ aufgeführt worden, daß sich die Arbeiter als Rekruten stellen sollen unter der Überschrift: God save the king! — Gott schütze den König! (Bernstein: Sie haben gesagt: die englischen Sozialisten. . .) Sie haben mich offenbar da hinten im Saale gar nicht verstanden. (Bernstein: Sie haben gesagt. . .) Erlauben Sie, jetzt habe ich das Wort. (Große andauernde Unruhe bei der Opposition. — Zurufe: Sie haben ihn ja gerufen!) Das war doch keine Unfreundlichkeit gegen Bernstein. (Andauernde Unruhe bei der Opposition.) Ich habe also aus der englischen Presse festgestellt, daß der „Daily Citizen“ jeden Tag das und das geschrieben hat und Bernstein rief mir zu, das ist nicht wahr! Ich nahm also an, daß Bernstein mich gar nicht verstanden haben könne, und rief ihm zu: Bitte sagen Sie mir hier ins Gesicht, daß nicht wahr ist, was ich gesagt habe. Damals forderte Ryndman, daß Italien in den Krieg treten solle. Italien solle „das kleine Risiko auf sich nehmen“ und in den Krieg treten. Unser alter Genosse Baillant, den niemand von uns in der Kriegszeit verstanden hat, der der Kriegssphäre mehr und mehr verfallen war, hat die Japaner aufgefordert, in den Krieg zu treten. Und Viviani, der französische Ministerpräsident, erklärte um jene Zeit in der Deputiertenkammer als Kriegsziel der französischen Regierung: Elsaß-Lothringen muß unter allen Umständen unser werden. Wir wollen einen ruhmvollen Sieg erkämpfen — eher keinen Frieden. Uhm. Unsere französische Fraktion schwieg damals. Aber wenige Tage darauf wurde in der „Humanite“ gesagt, warum sie schwieg: „Die Fraktion hat sich jeder Erklärung enthalten, sie hat die Lösung akzeptiert, wie sie die verantwortliche Regierung formuliert hat.“ (Hörl hört! bei der Mehrheit.) So unsere eigenen Parteigenossen! Das sind die Kathaken, an die ich damals dachte. Und da sagte ich mir: das ist doch eine ganz bezweifelte Situation, wir wollen den Frieden, wir strecken die Hand aus, wir sprechen im Reichstag für den Frieden, veröffentlichen Manifeste, schreiben Briefe, schicken Sendboten ins Ausland, und dann diese Haltung! Daraus zog ich die Schlussfolgerung, daß man den auswärtigen Parteigenossen zu verstehen geben müsse, daß wir uns nicht wie Hunde behandeln lassen wollen. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Wir wollen den Frieden, aber wenn Ihr ihn nicht wollt, zwingt Ihr uns zum Durchhalten.

Noch eins. Gaase hat in die Debatte gemorfen, was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat. Ich glaube, Volkensbuhr war auch bei der damaligen Unterredung mit dem Reichskanzler. Nach dem, was der Reichskanzler damals sagte, fühlte sich Gaase veranlaßt, dem Reichskanzler sofort zu erklären: Ich glaube im Einverständnis mit meiner beiden Kollegen zu handeln, wenn ich sage, daß uns diese Mitteilungen wesentlich beruhigen. (Lebhaftes Hörl hört! bei der Mehrheit.) Das ist doch zweifellos ein Vorgang, der nicht ganz ohne Interesse sein wird. (Keil: In der Fraktion hieß es: größte Genugtuung.)

Dann möchte ich noch eine Sache aufklären, die mißverstanden werden könnte. Gaase sprach davon, daß unsere Erklärung über Belgien dem Reichstagspräsidenten vorher bekanntgegeben sei. Wie verhält sich das? Das war

nicht etwa ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis der Fraktion vom Präsidenten oder anderen Parteien, wie man es mitunter dargestellt hat, sondern es handelte sich um eine ganz selbstverständliche parlamentarische Pflicht. Die Situation war so: der ganze Reichstag war damit einverstanden, daß niemand sprechen sollte außer uns. Da sagten aber die andern: Wir wissen ja gar nicht, was Ihr erklären wollt. Ihr könnt Dinge hineinbringen, die es uns direkt zur Pflicht machen, darauf zu antworten, also müßt Ihr uns die Erklärung vorher geben. Das haben wir als wohl berechtigt anerkannt und dann hat Kaempf nicht nur unsere Erklärung erhalten, sondern er hat auch uns flogiert, was er in jener Sitzung am 4. August sagen wollte. Er hat seine Ausführungen mir zuerst flogiert, aber Haase, den ich informierte, meinte, es wäre besser, wir hätten die Skizze schriftlich. Ich sagte ihm, dann müße er schon selbst zum Präsidenten gehen, ich hätte keine Ursache, an den Worten Kaempfs zu zweifeln. Haase hat dann tatsächlich auch noch mit dem Präsidenten gesprochen. Also damit ist auch diese Sache hoffentlich erledigt.

Eine Anzahl Genossen, so Bernstein, Haase und Dittmann, haben sich wiederum bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß an diesem Kriege Deutschland die Schuld trage. Als ich hier sagte, daß die Konferenz doch so gut wie ich wissen werde, daß Wilhelm II. ebensowenig wie der Reichskanzler den Krieg gewollt habe, wurde das mit vielfachem Wohl von der einen Seite aufgenommen. Und als dann Kautsky zu Wort kam, sagte er mir in nicht mißzuverstehender Weise, er habe keine Beziehungen zu Hoffreien. Ich auch nicht, aber ich fühle mich verpflichtet, die beiden Zentralorgane der deutschen Sozialdemokratie zu halten. (Heiterkeit.) Das eine ist das wissenschaftliche Organ, die „Neue Zeit“, das andere der „Vorwärts“. (Zuruf: Das Unwissenschaftliche!) Das brauchte ich nicht ausdrücklich zu sagen. (Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ hat nun geschrieben:

„Wie die Dinge liegen, fällt von Wilhelm II. die Entscheidung. So unerschrocken prinzipielle Gegner der Monarchie wir allezeit gewesen sind und sein werden, so bitteren Kampf wir häufig gegen den temperamentvollen Träger der Krone führen mußten, so unumwunden erkennen wir, heute ja nicht zum ersten Male, an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtiger Freund des Völkerfriedens bewährt hat. Sofern es menschlicher Fähigkeit und gutem Willen überhaupt gegeben wäre, sowenig die Geschichte von vielen Millionen im Sinne der Menschlichkeit und der Vernunft zu entscheiden, brauchen die Befürchtungen in der augenblicklichen Lage nicht zu groß zu sein.“

Könnte das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie dem Kaiser ein größeres Vertrauensvotum ausstellen, als das hier gesehen ist?

Zu dem, was ich in bezug auf den Reichskanzler gesagt habe, will ich Ihnen nur eine Stelle aus der Broschüre von Junius ardeur vorlesen, von der Haase in einer Weise sprach, daß wir alle den Eindruck gewannen, er kenne den oder die Verfasser. Er sagte nämlich: das sind Leute, die glänzend informiert sind. In dieser Broschüre steht, daß sich der Reichskanzler mit Händen und Füßen gegen den Krieg gestraubt habe. Ich zitiere nur einen Satz: „... Es ergibt sich als Gesamteindruck die Tatsache, daß sein Streben bis zur letzten Stunde — unbekümmert um die militärischen Folgen — darauf gerichtet gewesen ist, den Ausbruch des längst unvermeidlich gewordenen Krieges um jeden Preis zu verhindern.“ (Ledebour: Das hat der Kanzler ausdrücklich dementiert!) Ich habe mich ja vorhin über den Wert solcher Dementis geäußert.

Bernstein hat gesagt, durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten billige die Sozialdemokratie den Krieg. Das ist nicht wahr, davon kann keine Rede sein. (Bernstein: Ich habe gesagt, das ist so aufgefakt worden!) Gut, dann will ich darauf nicht weiter eingehen. Aber die ganze Stellung Bernsteins in dieser Frage ist mir — er kann überzeugt sein, daß ich ihn als alten Parteigenossen achte und daß es mir fern liegt, ihn kränken zu wollen — absolut unverständlich. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Bernstein war es, der die letzten Reden, die einige von uns bis zum 3. August noch hatten, zerstückte,

indem er quasi im letzten Augenblick den wissenschaftlichen Nachweis aus Marx und Engels aus der Tasche holte, um darzulegen, daß wir für die Kriegskredite stimmen müßten. Er war es, der den ersten Entwurf der Erklärung mit ausgearbeitet hat. (Hört! hört!) Bernstein hat uns direkt zu der Stellungnahme verpflichtet, die wir eingenommen haben. So hat er u. a. tödlich geschrieben: „Wo wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann der Internationalismus kein Grund sein für schwächliche Nachgiebigkeit gegen Präntationen ausländischer Staaten.“ Es gäbe in der Sozialdemokratie allerdings Leute, denen jede Vertretung nationaler Interessen als eine Verletzung des internationalen Gedankens und der Klassenpolitik des Proletariats erscheint. (Hört! hört!) Ähnliche Auslassungen könnte ich viele zitieren. Ich muß darauf verzichten, weil der Vorsitzende mich an die Redezeit erinnert.

Weiter haben sich Haase und Bernstein mit der belgischen Frage beschäftigt. Aber wieder war es kein anderer als Bernstein, der früher geschrieben hat, es sei die ganz selbstverständliche Pflicht der Strategie, wenn ein Krieg einmal unermesslich geworden ist, ihn so schnell als möglich in des Feindes Land zu tragen und dort zu führen, in dem sich der Krieg abspiele, sei schon halb verloren. (Hört! hört!) In bezug auf Belgien will ich nur hinweisen auf einen echten Engländer, Bernard Shaw, der in der „New-York Times“ an Sir Edward Grey eine Epistel gerichtet hat, die in der Tat lehrreich ist. Gewiß, auch Bernard Shaw ist für mich keine Autorität, wie ich überhaupt keine „Autoritäten“ anerkenne. Aber es ist doch interessant, was er schreibt:

„Was Deutschland mit Belgien tat, hätten die Alliierten auch tun müssen und getan, falls sie dazu Gelegenheit gehabt hätten. England wurde so wenig überfallen, daß die Admiralität und das Kriegsamt beide öffentlich erklären, daß England seit fünf Jahren mit Frankreich über die Operationen in Belgien einig war, daß der britische Oberbefehlshaber selbst die Kriegszone von vornherein studiert hatte, und daß die Flotte mit Munition für fünf Jahre versehen war. Grey scheint der einzige Mensch in England zu sein, dem dies nicht bekannt ist. Seit dem Abkommen mit Frankreich war es nicht mehr als Englands Pflicht, diese Vorbereitungen zu treffen, denn Belgien hat nur die Bedeutung eines vorgehebenen Verteidigungswerkes. Auch die Ablehnung der durch Grey vorgeschlagenen Konferenz — worüber er noch immer jammert — ist selbstverständlich, denn jede Minute, die damals mit Verhandlungen vergeudet wurde, würde die russische Dampfwalze gekräftigt haben.“

(Hört! hört!) Der Artikel Brouquères in der „Neuen Zeit“ unmittelbar vor Kriegsausbruch enthält interessante Fingerzeige. All das beweist doch mindestens, daß die Sache mit Belgien nicht so klar ist, wie sie hier geschildert wurde. Wenn Engländer und Belgier solche Zugeständnisse machen, dann hat die deutsche Sozialdemokratie wahrlich keine Ursache, enalischer als Shaw und belgischer als Vanderbelde und Brouquères zu sein. (Sehr richtig!)

Kautsky hat ja im Verlaufe des Krieges eine totale Frontveränderung vorgenommen. Er hat gesagt, früher hätte er noch Vertrauen zum Parteivorstand gehabt. Damals hatten aber angeblich schon die Massen kein Vertrauen mehr und so hat Kautsky den Massen zugerufen: „Habt Vertrauen!“ Jetzt hat Kautsky das Vertrauen verloren und nun sagt er den Massen: „Habt kein Vertrauen!“ Die Parteigenossen sollen sich also orientieren nach ihm, je nachdem er Vertrauen hat oder nicht. Nach dem gefrigen Debakel des Genossen Kautsky werden sich die Genossen wohl hüten, sich in Zukunft einzig und allein noch nach Kautsky zu richten. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Gewiß ist es uns im Parteivorstand schmerzlich, wenn Kautsky sagt, daß er kein Vertrauen mehr zu uns hat. Aber wir müssen uns dann doch wiederum mit Kautsky trösten: wieviel Leute sind ihm in 25 Jahren schon als Mitarbeiter dabongelaufen, weil sie zu ihm das Vertrauen verloren haben. (Sehr gut! bei der Mehrheit.)

Der Vorsitzende mahnt schon wieder. Ich muß also alles nunmehr sehr zusammenbrängen. Also der Eroberungskrieg! Und zweitens: wie kommen wir zum Frieden? Man hat hingewiesen auf Reden des Königs von Bayern, des

Herrnhauspräsidenten u. Wedel-Niesdorf, den der liebe Gott längst zu sich genommen hat, u. a. Man sagt, um ihren Neben mehr Gewicht zu geben, sie hätten Fühlung mit amtlichen Stellen. Was sind das für Beweise? Der ganze Verlauf des Krieges beweist doch, wie falsch es ist, diesen Krieg einen Eroberungskrieg zu nennen. Das ist so klar, daß jeder vernünftige Mensch es einsehen mußte. In der jetzigen Situation nun gar noch von Eroberungen zu sprechen, wirkt direkt lächerlich. (Sehr richtig!) Das haben auch viele Eroberungswähler selbst eingesehen. Noch ganz kürzlich hat ein nationalliberaler Politiker vor einem ganz offiziellen Personenkreis gesagt, daß man jetzt frei sei von allen Illusionen. Ich wiederhole: es ist einfach Unfug, wenn man davon redet, wir müßten uns dagegen wehren, daß dieser Krieg ein Eroberungskrieg geworden ist. Der Krieg ist, was er von Anfang an gewesen ist, ein Verteidigungskrieg, in dem Deutschland um seine nackte Existenz kämpft. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei der Opposition.) Es ist gesagt worden, unsere Regierung wäre auch „nur so, wie die anderen Regierungen zum Krieg bereit“. Ich verstehe nicht, wie Haase einen solchen Satz hat aussprechen können. Lassen Sie doch nach, was die Staatsmänner der anderen Länder gesagt und geschrieben haben, und dann vergleichen Sie es mit dem, was bei uns gesagt worden ist. Denken Sie daran, was unser Parteigenosse Thomas, der französische Munitionsminister, als Antwort auf die Friedensrede des Kanzlers gesagt hat: „Vom Frieden reden — heißt das nicht um Frieden bitten?“ (Lebhaftes Hör! hör! bei der Mehrheit.) Haase hat es dem Kanzler besonders schwer angetrieben, daß er das Wort von der Kriegskarte gesprochen hat. Er mag nachlesen, was die „Leipziger Volkszeitung“ am 7. Juli 1918 sehr verständlich darüber geschrieben hat, was dieses Wort bedeutet. Man kann das Wort von der Kriegskarte nicht allein nehmen, man muß es in Zusammenhang bringen mit dem Wort von den Faustpfändern. (Sehr richtig!) Vor ein paar Wochen hat ganz Deutschland jubelt, weil ein kleines U-Bootchen den Weg nach Amerika hat machen können, ohne von den Engländern gefangen zu werden. Sonst schwimmen Tausende deutscher Schiffe auf den Ozeanen, heute sind wir abgeschnitten vom offenen Meer. Ist das kein Faustpfand für die anderen? (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Was ist für uns mehr wert: das besetzte Gebiet Frankreichs und das verwüstete Belgien oder aber der Weg über die See? (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Wir wollen den Frieden durch Verständigung, lieber heute als morgen. Aber wenn wir den Frieden nicht um jeden Preis wollen, dann muß auf der anderen Seite doch wenigstens endlich einmal eine Spur von Entgegenkommen gezeigt werden.

Traurig aber wahr, wir selber können nicht einmal zusammenkommen mit unseren ausländischen Genossen, ja kaum hier in diesem Saale die deutschen Genossen — und nun sollen die Staatsmänner der europäischen Länder zusammengebracht werden. So leicht, wie manche sich das vorstellen, ist's wirklich nicht. Wir stehen vor großen Schwierigkeiten und wir können nur wiederholen, was wir schon einmal getan haben. Auch heute rufen wir über die Landesgrenzen: Hier ist unsere Bruderhand, schlägt ein! Wenn aber die Aufforderung abgelehnt wird, dann können Sie nicht verlangen, daß wir den Buckel hinhalten, damit er uns verprügelt wird. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wenn die anderen sich nicht mit uns verständigen, wenn sie uns erst völlig bestegen wollen, nun, dann sagen wir ihnen: Ihr irrt Euch! Wir wollen nicht, daß uns von Euch geschieht, was Euch mit unserem Willen nicht geschehen soll. (Sehr gut! bei der Mehrheit.) Das ist die Stellung, die wir einnehmen. Schlagen die anderen nicht ein, dann zwingen sie uns, auch weiterhin zu unserem Lande zu stehen. Unsere Friedensliebe kann nicht bezweifelt werden. Ich wünsche, daß unsere Freunde im Ausland unseren Ruf hören möchten: Schlagt ein in unsere Hand, erinnert auch Ihr Euch an das Wort: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit.)

Ebert: Wegen der vorgerückten Zeit, es liegen eine große Zahl Meldungen zur persönlichen Bemerkung vor und eine Anzahl Delegierte haben mir erklärt,

daß sie mit den Abendzügen unter allen Umständen abreisen müssen, verzichte ich auf das Schlusswort.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Dittmann-Solingen: Quarc und Roste haben behauptet, ich hätte gesagt, die deutsche Regierung hätte den Krieg vom Zaun gebrochen. Ich stelle fest, daß ich das Gegenteil gesagt habe. Ich habe die deutsche Regierung keineswegs identifiziert mit der Militärdiktatur, ja, ich habe einen sehr scharfen Trennungsschritt gezogen. Ich habe laut Stenogramm gesagt, daß die Tirpitz, Molke, Falkenhahn, Vunder ujm. Bethmann die Zügel des Staates aus der Hand gerissen haben. Ich habe das nicht einmal gesagt, sondern habe diesen Gedankengang in einer ganzen Kette von Sätzen ausgeführt. Es ist daher ganz unmöglich, daß Quarc und Roste mich falsch verstehen konnten, und ich muß daher annehmen, daß Sie meine Ausführungen absichtlich falsch wiedergegeben haben. (Voritzender Ebert rügt diesen Ausdruck.) Kein Mensch konnte das herausfinden, und ich überlasse das Urteil der Versammlung. Meerfeld und Roste haben behauptet, ich wäre aus der Redakteurkonferenz im September 1914 für die Politik der Fraktionsmehrheit eingetreten. Ich habe am 4. August allerdings für die Kredite gestimmt, habe aber schon auf jener Redakteurkonferenz Verwahrung dagegen eingelegt, daß man die Politik des Chauvinismus, die bald nach dem 4. August einsetzte und noch jetzt getrieben wird, als die Politik des 4. August bezeichne. Scheidemann hat, um einen unangenehmen Eindruck über mich zu erwecken, gesagt, ich hätte mich selbst reklamiert. Er weiß genau, daß lediglich aus formellen Gründen die Reklamation von mir unterschrieben worden ist, denn der Geschäftsführer hatte sich geweigert, überhaupt für Angestellte des Geschäfts zu reklamieren, und daß es ganz gleichgültig war, welchen Name unter der Reklamation stand. Preßkommission, Aufsichtsrat und Vorstand der Genossenschaftsdruckerei waren sich über meine Reklamation einig. Es ist ungehörig, diesen Fall in dieser Weise hier vorzutragen. Linberk hat durchaus richtig gesagt, daß der Geschäftsführer Schaal an das Generalkommando geschrieben hat, ich sei nicht unabhkömmlich, denn durch meine Parteiämter sei ich mehr als Dreiviertel des Jahres verhindert, für das Blatt tätig zu sein, eine grobe Unwahrheit obendrein. (Scheidemann: Ich habe ja das Vorgehen des Mannes scharf verurteilt.) Dieser Mann aber, der Veranlassung gegeben hat, daß ich sofort eingezogen wurde, ist Scheidemanns Vertrauensmann und noch heute im Kreise im Interesse der Scheidemannschen Politik tätig. (Hört! hört! bei der Opposition.)

Bernstein: Scheidemann hat gesagt, die englischen Sozialisten hätten Tag für Tag zur Rekrutierung aufgefordert. Ich habe bereits dazwischen gerufen, daß das nicht wahr sei. (Scheidemann: Ich habe es auch gar nicht gesagt!) Jawohl, Sie haben es mehrfach wiederholt. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Im Interesse der englischen Sozialisten weise ich das zurück. Keir Hardie, Snowden, MacDonald, mit denen ich vor dem Kriege in Verbindung gestanden habe, haben ein glänzendes Beispiel internationaler Solidarität gegeben, und nie ist ein böses Wort über die deutsche Partei über ihre Lippen gekommen.

Luise Zieg: Sindermann hat erklärt, Genossen und Genossinnen von Rautsch bis Luise Zieg hätten in den ersten vier Monaten des Krieges von dem, was sie jetzt fordern, nichts verlauten lassen. Soweit meine Person dabei in Frage kommt, ist diese Behauptung falsch. Wäre sie richtig und ich wäre auf Grund neuer Tatsachen und veränderter politischer Verhältnisse dazu gekommen, zunächst zu schweigen und erst später zu reden, so wäre es keine Schande für mich. Aber sie ist nicht richtig, ich habe vom ersten Tage an gesagt, daß es falsch war, die Kredite zu bewilligen und eine selbständige sozialdemokratische Politik abzulehnen. Ich habe das im Parteivorstand und Parteiausschuß stets zum Ausdruck gebracht. Scheidemann hat meine geistigen Ausführungen dadurch lächerlich zu machen versucht, daß er mir unterstellte, gesagt zu haben, daß wir fortgesetzt die Regierung mit Gott weis was für Maßnahmen bedrohen, gewissermaßen fortgesetzt mit dem knadenden Revolver dastehen müßten, um Einfluß auf die Regierungen auszuüben. So kindlich naiv bin ich nicht, solchen Unfug zu sagen. Ich habe vielmehr gesagt: wenn wir die Kredite abgelehnt

und eine selbständige Politik getrieben hätten, die Regierung gemußt hätte, daß sie die sozialdemokratische Partei nicht so in der Hand hatte wie jetzt, wo alles in den Dienst der Landesverteidigung gestellt wird. Dann hätte sie damit rechnen müssen, daß die Partei, wenn notwendig, die Massen auferufen und ihr damit Schwierigkeiten bereitet hätte, und darauf hätte sie Rücksicht nehmen müssen. Das habe ich gesagt und dabei bleibe ich, denn das ist meine Ueberzeugung.

Dr. David: Stadthagen hat zu beweisen versucht, daß die Fraktionsmehrheit gewissermaßen mitschuldig sei an der Verurteilung Liebknechts, und mir selbst hat er dabei eine hervorragende Rolle zugeschoben. Unter Hinweis auf mein Auftreten in der Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hat er es so dargestellt, als ob ich Liebknecht als einen Hund beschimpft hätte. Ich habe zu g u n s t e n Liebknechts in dieser Kommission gesprochen. Ich habe den Vertretern der bürgerlichen Parteien, die aus den starken Worten Liebknechts revolutionäre Taten machen wollten, gesagt, davon könne gar keine Rede sein, noch so starke Worte seien keine Taten. Ich habe sie erjucht, nicht so nervös gegenüber starken Worten zu sein, und habe einige Beispiele für starke Worte zitiert, die die Opposition gegen uns gebraucht hat. Anschließend daran sagte ich: Bei so starken Worten soll man doch an das bekannte Volkswort denken: „Hunde, die bellen, beißen nicht.“ (Zuruf bei der Opposition: Na also!) Das war der Zusammenhang. (Gottschalk: Zu seinen Gunsten haben Sie Liebknecht lächerlich gemacht!) Sie alle kennen das Flugblatt, überschrieben „Hunde“, das den Gedankengang Stadthagens vertritt und in derselben unerhörten Weise mein und Landsbergs Auftreten zugunsten Liebknechts in das Gegenteil verkehrt. Wenn ich unter Hinweis auf die Uebereinstimmung dieses Flugblattes mit den Ausführungen Stadthagens etwa sagte, daß der Verfasser jenes Machwerks mit einem fremden Kalb geplüßt hat, dann würde ich nach der Logik Stadthagens ihn selbst ein Kalb genannt haben. (Heiterkeit.)

Roske: Zu der Dittmannschen Unterstellung mich zu äußern, halte ich nicht für erforderlich. — Haase hat meinen Worten gegen ihn eine mit unverständliche Deutung gegeben. Ich habe von Haases persönlicher Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit mit keinem Wort gesprochen. Er weiß aus meiner Darlegung in der Fraktion, wie ich mich über unsere gemeinsame Arbeit in Königsberg ausgesprochen habe. Hier war die Rede lediglich von seiner politischen Betätigung, von der Art, wie er seine Kollegen mit dem Gebot der Stunde überfiel, hier war die Rede von seiner Haltung zu dem Notetat, wo er nach vollkommen ruhiger Auseinandersetzung in der Fraktion, ohne ihre auch nur Mitteilung vorher zu machen, dem Beschluß entgegen handelte. Scheidemann hat inzwischen durch die Verlesung des Protokolls festgestellt, daß meine Darlegung in Sachen des Dementis in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zutreffend war. Haase hat es gegen den Friedenswillen der Regierung angeführt, während er selbst uns in der Fraktion mitgeteilt hat, daß die Regierung dazu genötigt ist, öffentlich solche Weirübungen, wenn sie in die Öffentlichkeit dringen, zu dementieren. Wie solche politische Haltung zu werten ist, überlasse ich Ihrem Urteil. Es ist nicht abzutreten, daß durch Haase der Eindruck erweckt worden ist in der Sache Dresselhuis, als ob die Regierung eine Gelegenheit, in Friedensverhandlungen einzutreten, verpaßt hat. Dagegen hat der Vertreter der Regierung mehrfach erklärt, auch nachdem Ledebour informiert war, daß es nicht zutrefte. Haase erklärte, er habe neues Material. Tatsache ist aber, nachdem er aus der Fraktion ausgetreten war, um rückhallos sprechen zu können, daß er im Reichstag kein Wort davon gesagt hat, daß die Zimmermannsche Darlegung nicht richtig sei.

Weerfeld: Haase hat Winnig und mir unterstellt, wir verständen von der materialistischen Geschichtsauffassung nicht das A und das O. Hätte er die Geschichtsauffassung gestern so vorgetragen wie heute, so hätte ich ihm nicht entgegenzutreten brauchen. Was er in der Beziehung heute gesagt hat, unterschreibe ich Wort für Wort. Aber gestern haben Sie verschwiegen, welche Ursachen als Kriegursachen von uns als Sozialdemokraten angesehen werden müssen. — Dittmann hat bestritten, daß er in der Redaktionskonferenz vom 19. September 1914 die Politik der Fraktion vertreten habe. Sie haben die

Kreditbewilligung so glänzend gerechtfertigt, daß Heilmann sogar sagte, besser könnte er es auch nicht tun. Das ist Tatsache und das können Sie nicht bestritten.

Gildenbrand: Genosse Haase hat vorhin auf einen Zuruf von mir die Misspaltung von der Fraktion mit seinen Ausführungen auf dem Magdeburger Parteitag begründen wollen, als ob er dort für die Freiheit der Entscheidung eingetreten sei. Er hat aber nicht verlesen die Sätze, auf Grund deren ich ihn interpellierte. Zum Beispiel hat er nicht verlesen den Satz:

„Er (Frank) will, daß die Mehrheit ihre Erkenntnis preisgeben soll zugunsten der Minderheit. Das heißt geradezu, uns in eine verzeigte Welt einführen. Genosse Frank hat vollständig verkannt, daß jede auf freier Vereinbarung beruhende Gemeinschaft das Grundgesetz des eigenen Lebens zerstört, wenn sie den einzelnen Mitgliedern gestattet, in Abweichung von den Beschlüssen der Mehrheit zu handeln.“

Ich hatte mich an den Haase von Magdeburg nicht umsonst erinnert. Ich sehe noch sein verzerrtes Gesicht vor mir. Es wird mir nie aus der Erinnerung kommen, wie er uns dort behandelt und mißhandelt hat. Ich verlese noch einen Satz aus dem Magdeburger Protokoll. Haase bemerkt, daß Frank betont habe, die Vadenfer meinten im Interesse der Partei zu handeln. Das glaube er und er fährt fort:

„Aber wer entscheidet denn darüber, was das Interesse der Partei gebietet, entscheidet darüber, wenn Streit ist, die untere Instanz oder die obere Instanz? Entscheidet darüber der Parteitag oder irgendeine Fraktion oder Kraft des jetzt proklamierten Rechtes auf Selbstherrlichkeit des Individuums, auf Persönlichkeitsrecht jeder einzelne Parteigenosse. Dann hört allerdings die Geschlossenheit und Einigkeit der Partei auf, dann muß es zur Auflösung kommen.“

Und den Haase habe ich mit meinem Zwischenruf gemeint, der Haase hat auch die Verantwortung für die Sprengung der Fraktion!

Haase: Ueber die Bemerkung von Weerfeld nur folgendes: Ich habe allerdings geglaubt, daß ich nicht nötig hätte, in meinem großen Referat Selbstverständlichkeiten vorzutragen und ab ovo anzufangen, denn sonst hätte ich nicht dreieinhalb, sondern sieben Stunden reden müssen, und das wollte ich Ihnen und mir nicht zumuten.

Wenn ich Gildenbrand höre, so muß ich erklären, daß man manchmal nicht versteht, wie die Genossen oneinander vorbeireden können. In Magdeburg habe ich zunächst den Regelfall angeführt und im Anschluß daran klargestellt, unter welchen bestimmten Bedingungen Ausnahmen zulässig sind. Und diese Bedingungen liegen jetzt vor.

Die Ausführungen Roskes klingen jetzt ganz anders wie am Vormittag. Auch so weit mein politischer Charakter angegriffen wird, bestreite ich allen Genossen, daß sie irgendeine Spur von Recht dazu haben. Ich will zugunsten der Genossen annehmen, daß sie lange Zeit hindurch diese Dinge besprochen haben, daß sie sich in ihren Köpfen festgesetzt haben und daß sie daran glauben. Aber es bleibt unwahr, was sie behaupten. Das Protokollbuch ist vorhanden und das spricht nicht für sie. Ich habe am 9. März 1915 erklärt, daß die Erörterung der Friedensfrage im Reichstage notwendig sei. Ich habe lediglich zugegeben, daß Sie von Ihren Erwägungen aus zu einem anderen Schluß kommen können. Ich sagte aber, dieser Schluß sei falsch, und ich bin mit meiner Auffassung durchgeblieben. Ich habe vom Frieden gesprochen, ich habe im Reichstage damals gesagt, daß wir militärisch gut stünden, daß unsere Finanzlage eine gute sei und daß der Reichskanzler, ohne den Eindruck der Schwäche zu machen, die Friedenshand ausstrecken könne und müsse.

Dann meine Unterredung mit dem Reichskanzler. Scheidemann hat ein Protokoll vorgetragen vom 5. Mai 1916. Die Parteigenossen werden selbst sofort darauf kommen, daß ein solches Protokoll nicht irgendeine Demokratie gegen mich in Anspruch nehmen kann. Denn als es aufgenommen wurde, gehörte ich der Fraktion nicht mehr an. Was dort festgestellt ist, ist in meiner Abwesenheit festgestellt worden, und ich erfahre heute zum erstenmal davon. Was dort protokolliert ist, ist zwar im wesentlichen richtig, aber es bezieht sich

nicht auf das Dementi in der „Norddeutschen Allgemeinen“. Wir sprachen damals von den Führern, die ausgereckt werden nach Westen und Osten, von England war keine Rede. Es wurde mitgeteilt, offiziell werde jedesmal dementiert, wenn etwas von Friedensverhandlungen in die Öffentlichkeit komme. Es ist aber ein logisch falscher Schluß, daß, wenn später einmal ein Dementi erscheint, dieses unter allen Umständen eine Wahrheit abstreite. Wohl kann sich auch die Notwendigkeit ergeben, etwas Falsches zu dementieren, und darum dreht sich's. Will denn einer behaupten, daß die Regierung es einmal versucht hat, durch einen Vertrauensmann mit England in Verhandlungen zu kommen? Das behauptet sie selbst nicht. House, der Freund von Wilson, hat eine Reise durch die Länder gemacht und versucht, ob nicht Grundlagen für den Frieden gefunden werden können, er ist damit abgefallen, in Frankreich sowohl als in England. Aber House hat auch erklärt, nach der Haltung, die die deutsche Regierung eingenommen hat in bezug auf die Frage der realen Garantien, sei es nicht möglich, zum Frieden zu kommen. (Hört! hört!) Nun aber das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Die Aeußerung des Reichskanzlers konnte sich darauf nicht beziehen, es ist später gekommen. Ich habe keineswegs unbekannte Persönlichkeiten genannt, sondern ich habe die Namen genannt v. Tepper-Laski, Professor Quide, Professor Schüding, Goldscheid und andere. Daß man nicht alles, was sie gesagt haben, wiedergeben konnte, ist doch begreiflich. Mir ist das, was ich vorgetragen habe, von den Beteiligten als richtig bestätigt worden. Ich habe es ihnen vorher vorgelesen. Gewissenhafter, peinlicher kann kein Parteigenosse vorgehen. Koske bleibt noch immer dabei, daß in diesem Vorgehen eine Unaufrichtigkeit ist. Wo steckt sie? Er beruft sich auf Zimmermann, der alles in Abrede gestellt habe. O nein, Zimmermann ist es gewesen, der mich zu sich gebeten und mit den Worten empfangen hat: Herr Gaar, das Dementi in der „Norddeutschen Allgemeinen“ haben wir optima fide erlassen. Der Fraktion habe ich das auch sofort mitgeteilt. Zimmermann war optima fide, er war gar nicht in Berlin anwesend, als hier berichtet wurde, Dreßelhaus wolle nach Berlin kommen. In seiner Abwesenheit sind die Fäden, die sich angesponnen hatten, zerrissen. Man verhielt sich ablehnend, weil Fürst Bülow dem Auswärtigen Amt mitgeteilt hatte, die Sachen mit Italien ständen gut, und weil man deshalb glaubte, man brauche nicht Friedensverhandlungen anzuknüpfen, man habe es nicht nötig. (Zuruf: Wer kann denn das alles kontrollieren!) Man bitte ich doch, daß Sie meine Loyalität nicht in Zweifel ziehen. Scheidemann hat hier selbst mitgeteilt, daß der Reichskanzler erklärt hat, er sei manchmal genötigt, in der Öffentlichkeit etwas abzustreiten. Und da verlangen Sie von mir, daß ich alles glaube, was von der Regierung behauptet wird? Wollen Sie trotzdem nicht die Möglichkeit unterstellen, daß auch der Unterstaatssekretär Zimmermann genötigt zu sein glaubt, einen Tatbestand abzustreiten. Jedenfalls unterlassen Sie es, mich unter der Berufung auf solche Quellen anzugreifen. Ich komme nun noch auf zwei persönliche Erklärungen. Es wird behauptet, daß ich gesagt habe, die Mitteilungen des Reichskanzlers über Belgien hätten mich wesentlich beruhigt. Im Protokoll steht nichts davon. Aber ein Teil der Kollegen aus der Fraktion hat die Verhandlungen mitgeschrieben, einige sogar stenographiert, ohne daß ich etwas früher davon gewußt habe. Erst später als ich angegriffen wurde, sind sie mit ihren Niederschriften zu mir gekommen und diese lauten doch ganz anders, wie Ihre Behauptungen. Ich mache Ihnen nicht den Vorwurf, daß Sie lügen, aber Sie haben sich eingeschrieben in dieses Gemebe der objektiven Unwahrheit. Ich habe allerdings gesagt, und es war vielleicht nicht nötig, daß ich es sagte, das, was der Reichskanzler über Belgien erklärt hat, sei im Verhältnis zu den alldeutschen Forderungen wesentlich beruhigend für uns gewesen. Ich habe aber in demselben Satz hervorgehoben, es wäre sehr verhängnisvoll, wenn wir uns dadurch in den Gedanken hineinbringen ließen, als ob der Reichskanzler gegen Annexionen sei. Scheidemann wird sich erinnern, daß am dem Abend ich es war, der das Wort nahm und dem Reichskanzler sofort kritisch bemerkte: „Wenn Sie etwa das Bürgerliche Gesetzbuch oder ein anderes Gesetz zwangsweise den Belgiern aufdrängen wollen, so ist das eine Politik, die wir nicht unterstützen können.“

Nun komme ich auf den sogenannten Ueberfall. Was Scheidemann dargestellt hat, ist im wesentlichen richtig, aber es ist vom kollegialen Standpunkt aus anders zu bewerten. Wenn ich in Uebereinstimmung mit meinen Freunden in der Fraktionsführung ihm nicht sagte, daß ich den Auftrag übernommen hätte, eine Rede gegen den Notetat zu halten, so geschah es aus folgenden Gründen: Wenn ich es ihm gesagt hätte, so wäre er einfach lokalweise verpflichtet gewesen, im Seniorenkonvent in den nächsten fünf Minuten zu erklären: „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ein Teil meiner Freunde im Parlament zum Notetat reden wird.“ Die Folge wäre gewesen, daß die bürgerlichen Parteien dann unser Reden bereitelten hätten. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Aber ich habe auf ihn im Plenum gewartet bis zu dem Augenblick, wo der Seniorenkonvent zu Ende war. Als Scheidemann hineinkam, habe ich aus eigenem Gefühl heraus mich zu ihm gewendet und gesagt, daß ich zum Notetat sprechen und seine Ablehnung fordern werde. Sie können von Ihrem Standpunkt aus sagen, das war nicht korrekt, aber Sie können mir nicht Vorwürfe machen wie Treubruch und Ueberfall. (Zurufe: Hoch hat es gesagt!) Sie rufen mir den Namen Hoch zu. Was soll das? Daß Hoch bei seinem Eisenkopff leidenschaftlich aufbrausend etwas gesagt hat, was er nicht verantworten konnte und niemals verantworten kann, das begreife ich menschlich und mache ihm daraus keinen Vorwurf.

Nun ein letztes Wort. Scheidemann ging auf den Bericht der „Königsberger Volkszeitung“ ein. Dazu habe ich zu sagen: Der Bericht ist selbstverständlich nicht wortgetreu. Aber Ausschalten bis zum Sieg. Sieg schließt in sich die Niederlage eines andern; diese ist auch vom Standpunkte des deutschen Proletariats verhängnisvoll. Ein ehrenvoller Frieden dagegen bedeutet, daß kein Teil gedemütigt werde, und nur mit diesem Ziel sind Friedensverhandlungen erfolgversprechend.

Lebedour: Der Genosse Landsberg und außer ihm noch irgendein Redner und einige Zwischenrufer haben Bezug genommen auf eine Aeußerung, die ich vor etwa anderthalb Jahren in einer vertraulichen Sitzung gemacht habe und die in verzerrter Gestalt wiedergegeben worden ist. Sie haben herauskonstruieren wollen, daß ich mich heute im Widerspruch mit meinen früheren Anschauungen befinde. Es handelt sich um folgendes: In der Sitzung des Berliner Zentralvereins, in der im Dezember 1914 eine vertrauliche Aussprache zur Kriegslage erfolgte, wurde von dem Landtagsabgeordneten Genossen Paul Girsch bittere Beschwerde darüber erhoben, daß denjenigen Genossen, die am 4. August für die Kredite gestimmt hatten, der Vorwurf gemacht worden war, sie hätten Verrat an der Partei begangen. Dieser Angriff war begründet worden mit Gedankengängen, die denen des Verteidigungs nihilismus entsprechen. (Vorländer Ebert bittet den Redner, sich mehr auf die persönliche Bemerkung zu beschränken.) Es wurde jedenfalls gesagt, Parteitagebschlüsse und internationale Kongreßbeschlüsse verpflichteten die Genossen unter allen Umständen, gegen Kriegskredite zu stimmen. Die Genossen, die dafür gestimmt haben, hätten demnach Verrat begangen. Trotzdem ich selbst in der Fraktion gegen die Kredite gestimmt hatte, habe ich doch aus Gerechtigkeitsgefühl die Genossen, die anderer Meinung waren als ich, gegen solche Vorwürfe in Schutz genommen. Ich habe von Anfang an gegen die Kredite gestimmt, aber nicht aus den Gründen des Verteidigungsnihilismus. Den Vorwurf, daß die Kriegsbewilliger am 4. August 1914 Verrat begangen hätten, halte ich auch heute für ebenso falsch wie damals. Das habe ich begründet und gesagt, es könnten Situationen eintreten, wo wir auf Grund der Parteitagebschlüsse und internationalen Kongreßbeschlüsse Kredite bewilligen müßten. Als trasses Beispiel dafür habe ich angeführt, wenn zum Beispiel die Russen an der Ober und die Franzosen am Rheine ständen, so würden wir Kredite bewilligen müssen. (Hört! hört! — Heiterkeit.) Genieß, weil wir dann in einem wirklichen Verteidigungskrieg uns befinden würden. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie darüber lachen, so zeigen Sie nur, daß Sie das Wesen eines Beispiels nicht verstehen. (Vorländer Ebert: Lebedour bestätigt eigentlich, daß die Behauptung an sich richtig ist. Er versucht nur darzulegen, aus welchen Beweg-

gründen er dazu gekommen sei. Das geht eigentlich über den Rahmen einer persönlichen Bemerkung hinaus. Ich bitte ihn nochmals dringend, sich so kurz wie möglich zu fassen.)

Lebedour (fortfahrend): Gerade die Auslegung ist es ja, um die es sich handelt. Wenn man theoretische Deduktionen gemacht hat, so ist man doch berechtigt, an einem praktischen krassen Beispiel sie zu erläutern. Es war aber nicht damit gemeint, man hätte unter allen Umständen zu warten, bis wirklich die Russen da sind. (Rufe: Das ist ja noch besser!) Diese illoyale Auslegung zeigt, daß Sie wirklich die elementarsten Anstandsgriffe verloren haben. (Große Unruhe.) Man kann doch aus Beispielen keine Theorie konstruieren wollen, wie es Landsberg getan hat, der es so darstellte, als wollte ich mit diesem krassen Beispiel einen neuen Grundsatz aufstellen. Die Auffassung, daß wir unter Umständen Kriegskredite bewilligen können, teile ich heute noch, aber ich habe auch immer gesagt, in dem gegenwärtigen imperialistischen Kriege sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Wenn man also aus diesen Ausführungen einen Gegensatz zu meinem Standpunkt herleiten will, so ist das eine vollkommen verkehrte Deduktion, die mich an Ihrer Loyalität völlig bezweifeln läßt. Genosse Löbe hat darauf Bezug genommen, daß ich erwähnt habe, die deutsche Sozialdemokratie könne unter Umständen infolge des Krieges in eine revolutionäre Bewegung hineinkommen. Er meint, es stehe damit im Widerspruch, daß ich mich bei irgendeiner Gelegenheit gegen Straßendemonstrationen ausgesprochen hätte. Ich kann natürlich aus der Erinnerung nicht nachprüfen, bei welcher Gelegenheit und in welchem Sinne das gesagt sein soll, aber durch mein tatsächliches Verhalten habe ich doch bewiesen, daß ich mich an Bestimmungen, wonach keine Straßendemonstrationen gemacht werden sollen, gar nicht lehre. Ich habe sogar auf einem Erzerierplatz ohne Genehmigung der Polizei eine Demonstration und im Anschluß daran sogar eine öffentliche Versammlung veranstaltet. Die Ausführungen von Löbe treffen also die Sache nicht im geringsten. Wenn die Verhältnisse es bedingen, werden wir auch zur Revolution kommen.

Reil: Unter dem Wut von persönlichen Angriffen, aus denen sich die Rede Stadthagens zusammensetzte, findet sich auch die Behauptung, ich hätte im Reichstag mit Bezug auf Liebknecht den Zwischenruf gemacht: „Niederträchtiger Kerl, raus mit ihm!“ und mit Bezug auf Haase: „Liebknecht Nr. 2“. Ich habe diese Behauptung heute zum ersten Male gehört. Ich habe keinen Anlaß, irgendeinen Zwischenruf, den ich hier oder im Reichstag gemacht habe, abzuleugnen. Ich bekenne mich zu jeder meiner öffentlichen Äußerungen, stelle aber fest, daß an der Behauptung Stadthagens kein wahres Wort ist, sie ist lediglich seiner trübhen Phantasie entsprungen. (Hört! hört!)

Scheidemann: Ich möchte Haase gegenüber sagen, wenn er meint, ich hätte die Sachen im wesentlichen richtig dargestellt, daß ich mich damit nicht zufrieden geben kann, denn ich habe sie in g a n z e n richtig dargestellt. Haase sagt, das uns Mitgeteilte beziehe sich nicht auf das Dementi der „Norddeutschen Allgemeinen“, sondern ganz allgemein auf frühere Dementis. Ich weiß auf Grund bestimmter Mitteilungen, wie die Dinge lagen und darauf stützte ich mich bei meinen absolut richtigen Angaben. Haase macht dann eine bemerkenswerte Anmerkung; er sagt, man kann nicht das alles wiedergeben, was in jener Zeit gesagt worden ist. Damit unterstützt er, was ich sagte. Haase hat auch hingewiesen auf Mitteilungen, die ihm gemacht worden sind, von denen er aber nicht sprechen könne. Es ist gerade einer der Mittelsleute von Dresselhaus, der eine große Rolle spielte, bei Haase und mir gewesen und hat eine Verständigung herbeizuführen gesucht dahin, man möchte um Gottes willen nicht mehr von der Sache reden, wenn man den Frieden nicht sehr gefährden wolle. Nichts hätte dem Frieden in England mehr geschadet als dieses Gerübe. Von einem englischen Friedensangebot zu reden, sei Unfuss, hat er gesagt. Ich halte also völlig aufrecht, was ich gesagt habe. (Auf einen Zwischenruf Haases:) Daß in England keine Friedensversuche gemacht worden sind, ist nicht richtig! Es wurde damals ausdrücklich London genannt. Außerdem weiß ich positiv, daß es geschah. Mir ist bekannt geworden, daß man den Reichstagsler in der inständigsten Weise im Hauptquartier und beim Kaiser verdrängt hat, weil

er angeblich zusammengekniet und tiefunglücklich gewesen sei an dem Tage, wo die deutsche Flotte am Lagerort gesiegt hatte, weil dadurch seine Hoffnung auf eine Verständigung mit England zusammengebrochen wäre. Es ist natürlich furchtbar schade, diese Dinge, die zum Teil vertraulich mitgeteilt wurden, hier an die große Glocke zu bringen. Auf die Ausführungen Dittmanns einzugehen, halte ich für überflüssig.

Stadthagen: David sagt, ich hätte zu Unrecht behauptet, die Mehrheit der Fraktion und er besonders trage Schuld an der Beurteilung Liebknechts. Er meint, meine Logik sei verkehrt. Er hat da einige zoologische Vergleiche gezogen, auf die ich nicht eingehe. David ist im Irrtum. Meine Logik ist ganz richtig. Ich habe nicht sagen wollen, daß er oder die Mehrheit ihre Ausdrücke in der Absicht getan haben, Liebknecht zu beurteilen, sondern daß diese Wirkung vielleicht gegen ihren Willen damit erzielt wurde. David meinte, seine Ausführungen hätten Liebknecht nutzen sollen. Was sein; das Gegenteil mußte aber durch seine und andere Ausdrücke erreicht werden. Es sind ja Ausdrücke gefallen von der Mehrheit in der Form: „Der Kerl ist ja ver-rückt!“ (Ebert: Sie sind jetzt dabei, neue Vorwürfe zu erheben. Das geht nicht im Rahmen der persönlichen Bemerkungen. Ich muß Sie bitten, daß Sie sich darauf beschränken, die gegen Sie gerichteten Vorwürfe zurückzuweisen.) Ich habe den Vorwurf zurückweisen müssen, daß die Logik auf meiner Seite irrig gewesen sei und habe lediglich zum Exempel hingestellt, daß die von David angeführte Bemerkung solche Wirkungen haben könnte oder mußte. Ich habe nicht von einer Absicht auf seiner Seite gesprochen.

Hoch: Es ist mir durchaus unangenehm, hier vor der breiten Öffentlichkeit ausdrücklich auf einen rein persönlichen Zusammenstoß zwischen dem Genossen Haase und mir einzugehen. Ich habe mir die größte Zurückhaltung auferlegt. Auch Genosse Haase hat, soweit ich beobachten konnte, das getan. Obwohl jener Zwischenfall immer wieder berührt worden ist, habe ich in der Öffentlichkeit nicht geantwortet. Ich hatte auch die Absicht, heute unter keinen Umständen darauf einzugehen, und Sie haben aus Haases Verhalten gesehen, daß auch er es nicht beabsichtigt hat. Namhaftig aber ist Haase von Ihnen dazu gerieben worden, darauf einzugehen, und auch ich werde dadurch gezwungen, mich in aller Öffentlichkeit zu wenden gegen einen Mann, mit dem ich ein ganzes Menschenalter Freundschaft verbunden hat, und dem ich auch heute noch als einen Ehrenmann nicht nur in persönlicher, sondern auch in politischer Beziehung meine Achtung schenke. (Weifall bei der Opposition.) Ich kann nicht schweigen, nachdem Haase gesagt hat, Hoch hat in leidenschaftlicher Erregung etwas getan, was er nicht verantworten könnte. Parteigenossen! Ich habe in leidenschaftlicher Erregung gehandelt. Ich hätte dringend gewünscht, daß es nicht soweit gekommen wäre, aber was ich getan habe, das kann ich verantworten und muß ich verantworten. Ich muß allerdings unsere sehr kostbare Zeit länger in Anspruch nehmen (Unruhe), Sie sind dafür verantwortlich, Sie haben es provoziert. (Vorsetzender Ebert (unterbrechend): Ich bin sehr gern bereit, jedem Redner bei persönlichen Bemerkungen entgegenzukommen. Hier handelt es sich um einen sehr einfachen tatsächlichen Vorgang. Es handelt sich nicht darum, zu erörtern, wie das und das gekommen ist. An dem Vorgang selber müssen wir uns halten, sonst geht jede persönliche Bemerkung über ihren Zweck hinaus.) Jenen tatsächlichen Vorgang hat bereits der Parteivorstand in einer Schrift, die für den Parteiausschuß bestimmt war, mitgeteilt und gerade dadurch Mißverständnisse hervorgerufen. Da habe ich dem Vorstand den Tatbestand dargestellt und gezeigt, daß durch meine eingehendere Darstellung die Sache eine andere Wendung nimmt. Ich sagte: Sorgt dafür, daß die Sache richtiggestellt wird in engeren Kreisen. Aber Scheidemann hat den Zusammenstoß angedeutet in solcher Weise, daß jedermann erheben konnte, was er meine; er hat davon gesprochen, daß Haases Verhalten von seinen Freunden am schärfsten beurteilt worden sei. (Haase: Es ist ja erledigt mit dieser Bemerkung, nun weiß doch jeder, was er ist.) Gut, Parteigenossen, Haase ist damit einverstanden. Ich glaube es ihm schuldig zu sein, die Einzelheiten mitzuteilen. Ich kann nur sagen, was ich damals getan habe, hielt ich für meine Pflicht

nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als Freund Haase gegenüber. Ein Grund, deshalb einen Stein auf Haase zu werfen, liegt nicht vor. (Beifall bei der Opposition. — Große Unruhe. — Bogherr: Scheidemann ist in jeder Versammlung damit haasieren gegangen. — Lebhaftes Zurufe.)

Vorsitzender Ebert: Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen.

Vorher wird folgende Erklärung zur Kenntnis genommen:

Wir sind der Ueberzeugung, daß es dem Wesen der Parteikonferenz und der Auffassung weitester Parteifreie widerspricht, daß Beschlüsse, die der Partei politische Richtung geben sollen, gefaßt werden.

Wir sind überzeugt, daß Resolutionen, wie die von Auer und Genossen und von Dr. David und Genossen zur Bindung der Parteigenossen ausgenutzt werden können.

Wir sind endlich überzeugt, daß die Resolutionen David und Auer die Partei der Einheit und Geschlossenheit nicht entgegenführen werden.

Aus diesen formalen und sachlichen Gründen lehnen die Unterzeichneten trotz mannigfacher Verschiedenheit der Anschauungen die Teilnahme an der Abstimmung über diese Resolutionen ab.

Schneider-Gelle, Stein, Thielemann, Scherffig, Schmidt-Meißner, Antrich, Hoch, F. Simon, L. Emmel, Gültmann, Brandes, Fuchs, Albrecht, Edmund Fischer, Mich. Hierl, Kurt Eisner, Peirates, Limberg, Rudde, Krässig, G. Dill, Gg. Trummert, Gottl. Starck, Jos. Redelmeier, Emil Börschmann, E. Klement, Hoffmann-Kaiserslautern, Giermann, Hugel, Ranzer, Adolf Braun, Erdmann, Enalb.

Es folgen die Abstimmungen. Zunächst wird abgestimmt über folgenden Antrag Haase-Redebour:

„Da die Reichskonferenz nach dem Organisationsstatut der Partei keine Berechtigung hat über sachliche Anträge zu beschließen, beantragen wir: eine Beschlüßfassung über sachliche Anträge ist abzulehnen.“

Haase, Redebour, Senke, Lipinski, Fleißner, Stadthagen, Ditzmann, Gottschall, Schaub, Dittmann, Stadler, Herzfeld, Bod, Horn, Wikke, Bletterlein, Jünemann, Drechsler, Zubeil, Hennig, Reiwandt, Leopoldt, Volmershaus.“

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 276 gegen 169 Stimmen abgelehnt:

Mit Ja stimmen: Gottschall, Krauskopf, Hofer, Mertins, Petermann, Jakubowski, Braun-Berlin III, Adolf Hoffmann-Berlin IV, Paul Hoffmann-Berlin IV, Margarete Wengels-Berlin IV, Volmershaus, Leid, Laufant, Walcher, Frajsek, Dunder, Zirkel, Wikke, Jünemann, Staab, Ganiß, Leisch, Fieger, Wulff, Cohn-Görlik, Fritsch, Braun-Löwenberg, Sporn, Kroll, Menzel, Glühbrandt-Schweinitz, Reiwandt, Christhange, Franke, Koenen-Cuerfurt, Leopoldt, Wiehle, Krause, Rehold-Erfurt, Thielemann, Schneider-Gelle, Windau-Böckum, Stadler, Lehmann-Miesbaden, Köster-St. Goarshausen, Schnelbacher, Thomas, Fauth, Mich. Köster, Rufner, Bühler, Drejscher, Haas, Mertel, Westkamp, Limberg, Schmidt-M.-Glabbach, Thabor, Rinke, Nelken, Rudde, Starck, Blumtritt, Ranzer, Dill, Adolf Braun, Börschmann, Redelmeier, Büttner, Eckert-Ritzingen, Starz, Dr. Kurt Geber, Karsten, Trummert, Eisner, Klement, Rauch, Zwahr, Wehner, Scherffig, Weiß-Dresden-Band, Schulze-Dresden-Land, Otto Pirna, Wielig, Semmler, Melzer, Jungnickel, Muder, Schrörs, Wod-Leipzig, Scheib, Hentschel, Müller-Bwidau, Hilbig, Schmidt, Marsloff, Hesel, Bedmann, Schaub, Fischer-Offenbach, Bed-Weimar, Hunknagel, Edart-Meinigen, Gerhardt, Gradow, Drechsler-Kauf, Bletterlein, Sattler, Roland, Mergers, Scheerle, Siems, Baumann, Klawitter, Breimeyer, Sakh, Wünschmann, Barz;

Von Abgeordneten: Abrecht, Antrich, Baudert, Brandes, Emmel, Erdmann, Enalb, Edmund Fischer, Fuchs, Hierl, Hoch, F. Hoffmann, Gültmann, Hugel, Jäckel, Krässig, Leutert, Peirates, Naute, Reichhaus, Richard Schmidt, Simon, Eduard Bernstein, Bod, Büchner, Oskar Cohn, Geber, Haase, Horn, Senke, Dittmann, Herzfeld, Kunnert, Redebour, Rißel, Stadthagen, Stolle, Wurm, Zubeil, Bogherr;

Vom Parteiausschuß: Ditzmann, Fleißner, Hennig, August Horn, Leber, Linde, Lipinski, Mathilde Wurm;

Von der Kontrollkommission: Adolf Geß;

Vom Parteivorstand: R. Wengels, Luise Fieb.

Mit Nein stimmen: Bartel, Früngel, Mohland, Groger, Bagels, Ahmed, Kaufsch, Vellee, Schulz-Brenzlau, Bruns, Sidow, Zahn, Kaezel, Dautz, Felder, Cohen, Galle, Berke, Beriko, Knoche, Brüchner, Gluschte, Gerbert, Baumann-Kolberg, Strohky, Schulz-Bromberg, Naturzeleski, Dietrich-Dienitz, Säus, Kötter, Zimmer-Breslau, Piskner, Christ, Materne, Gierbig, Kühn-Bunzlau, Fianke, Schiller, Langer, Strikte, Schönwälder, Trappe, Köpfer, Pachyna, Nordt, Brandenburg, Stendel, Schumann, Wernicke, Schmidt-Neubaldensleben, Koch-Wangleben, Wigorowski, Weber-Halberstadt, Linke, Paulick, Günther-Bernburg, Michelsen, Willam, Klukmann, Alps, Krause-Ginshorn, Hadelberg, Brécour, Koller, Sievert, Bishoff, Weinheber, Winnig, Stelling, Wesper, Behle, Dörnte, Stein-Gameln, Senhold, Stephan, Wanedt, Beeten, Ribinger, Schläter, Hoffmann-Bielefeld, Jenfer, Pieper, Schred, Marimöller, Klupich, Krahn, Ellermann, Bredenbeck, Kartenberg, Stühmeier, Weingärtner, Wittich, Strube, Grzesinski, Schuchardt, Hauschildt, Erles, Sollmann, Honvath, Seidel, Bongarb, Schäfer, Everling, Schluchtmann, Müller-Mörs, Schwarz-Niederhein, Gennert, Steik, Giermann, Jörn-Erlangen, Ad. Müller, Ed. Schmid-München, Kirchmayer, Handhinder, Saenger, Nimmerfall, Haberlander, Graf, Simon-Augsburg, Wernthaler, Schmid-Kaufbeuren, Denkschütz, Huber, Hartmann-Landau, Feldmüller, Birth, Kamp, Müller-Chemnitz, Jungnickel, Weber-Chemnitz, Schleicher, Kubner, Ludwig-Reichenbach, Pflüger, Fischer-Gannstatt, Merkt, Schlegel, Frau Schradin, Steinmayer, Kowald, Matutat, Köbner, Krüger-Hall, Wasner, Göhring, Huber-Havensburg, Denfer, Korm, Fraißl, Dreitenfeld, Meller, Schäbelin, Kolb, Strobel, Schubach, Staiber, Raab, Rechin, Hükel, Geel, Seibert, Kräger, Gottnecht, Krüger-Maldin, Engelbrecht, Diefenbach, Schmidt-Strelitz, Hoff, Löwigt, Börschmann, Metzke, Seitmann, Gorms, Meister, Sagenbrof, Hug, Dubber, Lemble, Blume-Hamburg, Köpfe, Grope, Wiesner, Seib, Fielke;

Von Abgeordneten: Bauer, Bender, Breh, Blos, Brühnt, Cohen, David, Davidichin, Reichmann, Diez, Feldmann, G. Fischer, Richard Fischer, Göhre, Frohme, Feuerstein, Geß-Mannheim, Giebel, Grasnauer, Grenz, Haberland, Hafenzahl, Heine, Hilgenbrand, H. Hofmann, Käppler, Keil, König, Körsten, Landsberg, Legien, Lenich, Segis, Nozke, Quessel, Peus, Pintauf, Quard, Rauch, Sachse, Robert Schmidt, Jr. Schmitt, Schöpflin, Schumann, Heinrich Schulz, Silber Schmidt, Stubbe, Stolten, Spiegel, Südekum, Taubadel, Thiele, Thöne und Ulrich;

Vom Parteiausschuß: Auer, Berke, Boeske, Bromme, Eberle, Weims, Meyer, Gehl, Gruenwaldt, Gahn, Garber, Klose, Körner, Kürbis, Leinert, Löbe, Mauerer, Mehnert, Meyer, Meerfeld, Neumann, Richard Schmidt, Sebering, Sindermann, Waigand, Walther und Wende;

Von der Kontrollkommission: Eugen Ernst und Timm;

Vom Parteivorstand: Bartels, Braun, Ebert, Gerisch, Müller, Molkenduh, Pfannkuch, Scheidemann und Wels.

Redebour: Nach diesem Ergebnis der Abstimmungen, habe ich folgende Erklärung abzugeben: Auf Grund der Auffassung, die in unserer zu Beginn der Verhandlungen verlesenen Erklärung über die Kompetenzen der Konferenz niedergelegt ist, ist die Konferenz zu einer sachlichen Beschlüßfassung nicht berechtigt. Wir werden uns daher an Abstimmungen über sachliche Anträge überhaupt nicht beteiligen.

Schnelbacher-Gannau: Im Auftrage der Gruppe Internationale habe ich zu erklären, daß wir daselbe tun und uns an der Abstimmung nicht beteiligen werden.

Es folgt die Abstimmung über die Resolution David: Zur Friedensfrage. (Wortlaut der Resolution Seite 174.)

Es wird durch Stimmzettel abgestimmt. Die Resolution wird mit 251 gegen 5 Stimmen angenommen, bei 15 Stimmenthaltungen.

Zur Abstimmung gelangt der Antrag Auer-München:

Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondervorgehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtkonferenz geführt hat und die Gesamtpartei aufs schwerste gefährdet.

Auer, A. Ehrensberger, R. Wernthaler, Schmid, Timm, Reinert, Haberlander, Simon, Jos. Huber, J. Denkscherz, Alois Groffe, Herm. Hartmann, Mörner, Mauerer, Albert Schmidt, Rothe-Breslau, G. Materne, G. Ludwig, Mehnert, Müller-Zwidau, W. Schönwälder, Ernst Zappe-Deuthen, Zimmer-Breslau, Dietrich-Breslau, Laura Schradin, Eugen Brückner, Heinz Köffler, Sindermann, Sidow, Löße, Beriko, Richard Schmidt, Otto Daus, Jahn, Bruns, Berke, Galle, Groger, Elfriede Rymed, Alex Bagels, A. Bartel, Früngel, Kaulfuß, Nimmerfall, Saenger.

Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 2 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen*).

Mit Ja stimmen: Bartel, Früngel, Hofland, Groger, Bagels, Rymed, Kaulfuß, Bellee, Schulz-Brenzlau, Bruns, Sidow, Jahn, Koebel, Daus, Felber, Eöhen-Zillichau, Galle, Berke, Beriko, Knoche, Brückner, Gluschte, Herbert, Baumann-Kolberg, Schulz-Bromberg, Matuszewski, Dietrich, Köhn, Rothe, Zimmer, Pfizner, Christ, Materne, Eöhn-Göckli, Giebig, Kühn, Franke, Schiller, Kanzer, Strigke, Schönwälder, Trappe, Köffler, Pachna, Nordt, Brandenburg, Stendel, Schumann-Magdeburg, Bernide, Schmidt-Neuhaldensleben, Koch-Wanzleben, Wozorowski, Weber-Galbertstadt, Linke, Paulick, Günther-Bernburg, Weichsen, Willian, Kluzmann, Alps, Krause-Elmsborn, Hadelfberg, Bécour, Koller, Siebert, Wischhoff, Weinheber, Winnig, Stellung, Wesper, Wehle, Dörnke, Senhold, Stein-Gameln, Stephan, Warneke, Beelen, Lipinger, Schlüter, Hoffmann-Bielefeld, Renker, Pieper, Schred, Marimöller, Klupfch, Krahm, Ellerfmann, Brebenhof, Rartenberg, Stühmeyer, Weingärtner, Wittich, Strube, Orzejski, Schuchardt, Hauschildt, Erles, Sollmann, Honrath, Geidel, Bongars, Schäfer-Saarbrücken, Gierling, Schluchmann, Müller-Mörs, Rinke-Neug, Schwarz-Niederrhein, Gentner, Steig, Giermann, Jörn, Schmidt-München, Randsbinder, Kirchmayer, Saenger, Nimmerfall, Haberlander, Grahl, Simon-Augsburg, Wernthaler, Schmid-Kaufbeuren, Denkscherz, Huber-Speyer, Hartmann-Landau, Felsmüller, Wirth, Jungnickel, Müller-Ghemniz, Weber, Schleicher, Kubner, Müller-Zwidau, Hilbig, Ludwig-Reichenbach, Pflüger, Fischer-Gannskatt, Meerk, Schlegel, Schradin, Steinmayer, Rowald, Mattutat, Kohrer, Krüger-Hall, Wasner, Göhrling, Huber-Madensburg, Denker, Korn, Feigt, Breitenfeld, Mellert, Schübelin, Koll, Strobel, Schubach, Staiber, Raab, Rehtin, Büdel, Soel, Seibert, Kröger, Goltzrecht, Krüger-Malchin, Engelbrecht, Diefenbach, Schmidt-Strelitz, Hoff, Bönwig, Horschelmann, Wehshle, Gerhardt, Heitmann, Harms, Meister, Stadenbrof, Hug, Dübber, Lembske, Blume-Hamburg, Käpfe, Große, Wiesner, Seig, Zielke;

Vom Parteiausschuß: Auer, Berke, Boeske, Bromme, Eberke, Weims, Meyer, Gehl, Gruenwaldt, Jahn, Harber, Klose, Körner, Kürbis, Reinert, Löße, Mauerer, Mehnert, Richard Meier, Meerfeld, Neumann, Richard Schmidt, Sebering, Sindermann, Waigand, Max Walther und Wenke;

Von der Kontrollkommission: Eugen Ernst und Timm;

Vom Parteivorstand: Bartels, Braun und Gerlich.

Mit Nein stimmen: Braun-Berlin III, Kamp-Dresden.

Der Abstimmung enthalten sich: Thielemann, Adolf Braun, Schneider-Gelle und Proll. Genosse Thate-Gartha teilte nachträglich mit, daß er vor Stattfinden der Abstimmung gezwungen war, die Konferenz zu verlassen.

*) Der Genosse Proll erklärte zu Protokoll, daß er irrtümlich mit Nein gestimmt habe und daß er sich enthalten wollte. In der Konferenz war mitgeteilt worden, daß der Antrag gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen wurde. Genosse Braun-Berlin III teilte am 2. Oktober nachträglich mit, daß er aus Versehen mit „Nein“ gestimmt hätte, und sich enthalten wollte.

In einfacher Abstimmung werden angenommen, und zwar einstimmig, ein Antrag Meerfeld-Sindermann gegen anonyme Flugschriften der Opposition, eine Resolution Robert Schmidt-Koste zur Lebensmittelfrage, eine Resolution Waulid-Weims-Wozorowski auf erhöhte Unterstützung von Angehörigen von Kriegsteilnehmern usw., eine Entschließung Mellert-Seig gegen die Verteilung Liebfriedts und eine Resolution Auer-München auf Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in den Bundesstaaten usw.

Vorsitzender Ebert: Die Genossen aus München haben beantragt, die Reichstagsfraktionen, die Landtagsfraktionen und die Mitglieder in den Gemeindevereinigungen mögen zu einer gemeinsamen Aussprache über die Erfahrungen in der Lebensmittelversorgung zusammenberufen werden. Andererseits soll darauf gedrungen werden, daß die Zuschüsse an die Gemeinden erhöht werden. Im übrigen haben sie ihren Antrag zurückgezogen.

Ich empfehle, den Antrag dem Vorstand zur Ermägung zu überweisen. Die Konferenz erklärt sich damit einverstanden.

Vorsitzender Ebert: Es liegt dann noch vor ein Antrag Adolf Braun und Genossen auf Einsetzung einer Kommission zur Prüfung des Uberganges aus dem Kriegszustand in die Friedenswirtschaft.

Keil: Ich empfehle, auch diesen Antrag dem Vorstand zur weiteren Behandlung zu überweisen. Wir können jetzt unmöglich sachlich zu dieser Frage Stellung nehmen.

Adolf Braun-Nürnberg: Ich würde großen Wert darauf legen, daß über den Antrag sachlich verhandelt wird, nachdem wir uns drei Tage lang über unsere Differenzen unterhalten haben.

Die Konferenz beschließt nach dem Vorschlage Keils. Es folgt die Frage der Berichterstattung über die Verhandlungen der Konferenz an die Presse.

Grabnauer: Das Bureau hat einen Bericht fertiggestellt, es hat sich dabei in den Grenzen halten müssen, die von der Zensur gezogen sind. Der Bericht ist von Bloch und mir eingesehen worden. Bis auf eine kleine Differenz, die noch ausgeglichen werden soll, sind wir einig. Ich glaube, daß der Bericht in dieser Form veröffentlicht werden kann, so wenig er natürlich unseren Wünschen entspricht. Aber die Parteigenossen im Lande legen den größten Wert darauf, soviel als möglich über unsere Verhandlungen zu erfahren. Ich bitte, genehmigen zu wollen, daß der Bericht zur Veröffentlichung gelangt.

Bloch-Leipzig: Ich bitte, dem zuzustimmen, muß aber erklären, daß, so wenig ich die Objektivität der Berichterstattung anzweifeln will, infolge der Rücksicht auf die Zensur die Reden der Opposition zu einem erheblichen Teil nicht in den Bericht hineingekommen sind. So sehr die Berichterstattung nicht waren, objektiv zu sein, kann der Bericht den Genossen im Lande ein getreues Bild von den Verhandlungen nicht geben. Wir können unter den heutigen Zensurverhältnissen diesen Fehler nicht beseitigen. Aber er muß hier hervorgehoben werden.

Gottschall-Königsberg: Dagegen wird sich ja nichts machen lassen. Ich halte es aber für notwendig, daß in der Presse auch mitgeteilt wird, aus welchen Gründen der Bericht nicht vollständig sein kann.

Adolf Hoffmann: Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen und die Abstimmungslisten gehören unbedingt in den Bericht hinein.

Vorsitzender Ebert: Wir werden beiden Wünschen nachkommen.

Die Konferenz erklärt sich mit dem Antrage Grabnauer einverstanden. Vorsitzender Ebert: Das Protokoll wird so schnell wie möglich fertiggestellt werden. Wenn sich nicht erhebliche Bedenken ergeben, wird es den Teilnehmern zugestellt werden. Wie weit es im übrigen zugänglich gemacht werden kann, darüber kann ich heute noch keine bestimmten Erklärungen abgeben.

Gottschall-Königsberg: Ich stelle den Antrag, daß das Protokoll unter allen Umständen den Teilnehmern zugestellt wird. Dagegen können doch keine Bedenken bestehen.

Vorsitzender Ebert: Ich bitte, keine Beschlüsse zu fassen. Wir von der Parteileitung haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch die Herausgabe des Protokolls einzelne Parteigenossen nicht Gefahren ausgesetzt werden. Ich kann im Augenblick ein Urteil darüber noch nicht fällen, wie weit eine Aushändigung erfolgen kann. Sie können aber versichert sein, daß dies der einzige Beweggrund sein wird, wenn eine Aushändigung des vollständigen Protokolls an alle Teilnehmer unterbleibt. Nach Möglichkeit soll jeder Teilnehmer das Protokoll bekommen.

Hoch: Das verstehe ich. Aber man sollte mit der Rücksichtnahme auf einzelne Redner nicht zu weit gehen. Findet der Vorstand bedenkliche Stellen, so soll er sich mit dem Redner in Verbindung setzen. Ist der Redner gegen die Streichung, so kann die Bemerkung ruhig im Protokoll bleiben.

Höring-Ulm: Ich bitte, dem nicht zu folgen, denn dann bekommen wir ein unvollständiges Protokoll mit vielen gestrichenen Stellen, das keinen Wert hat. Dann sollen wir mit der Drucklegung lieber warten, bis wir normale Verhältnisse haben. Sonst kann es kommen, daß, wenn sich später irgend jemand auf das Protokoll bezieht, der eine oder der andere immer sagen wird, diese oder jene Stelle sei gestrichen worden.

Blod-Leipzig: Ich bin für den Vorschlag Hochs.

Limberg-Essen: Der Vorstand kann ja die Stellen, an denen Streichungen vorgenommen werden, durch Punkte andeuten.

Hoch: Das geht nicht, denn dadurch würde der Staatsanwalt auf diese Stellen geradezu aufmerksam gemacht werden.

Die Konferenz erklärt sich mit dem Vorschlag Eberts einverstanden.

Vorsitzender Ebert: Das Bureau Baake bittet mich um Verlesung der folgenden Erklärung:

Berlin-Reichstag, den 23. September 1916.

An den Parteivorstand als Bureau der Reichskonferenz.
Werte Genossen!

In der ersten Sitzung der Reichskonferenz bezweifelten Redner die Objektivität meines Bureaus und glaubten in seiner parlamentarischen Berichterstattung einen Beweis für ihre Behauptung finden zu können.

Der Gedanke, durch die Berichterstattung über eine Versammlung Gegenstände, die in ihr hervortreten, verschleiern zu wollen, liegt mir ebenso fern als der Versuch, so zu handeln.

Es genügt der Hinweis darauf, daß nach der Spaltung der Reichstagsfraktion wiederholt auch von Mitgliedern der Fraktion mir gegenüber die Meinung geäußert wurde, daß mein Reichstagsbericht mehr zugunsten der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft gehalten wäre.

Nicht wenige von den Teilnehmern der Reichskonferenz werden schon selbst Presseberichte über Reden geschrieben haben; sie werden wissen, daß — solange es eine Berichterstattung gibt — nach ihrer ganzen Natur von den Rednern Klagen über die Wiedergabe ihrer Ausführungen erhoben wurden, insbesondere dann, wenn die Wiedergabe nicht wörtlich sein konnte. Die gesamte Parteipresse würde sich jedoch für eine wörtliche Berichterstattung über die Parteidredner im Parlament wie auf dem Parteitag in den allermeisten Fällen sehr entschieden bedanken.

Ich bitte, die vorstehenden Zeilen zur Kenntnis der Reichskonferenz bringen zu wollen.

Mit Parteigrüß

Curt Baake.

Ebert: Damit sind die Arbeiten der Konferenz erledigt.

Noch ein kurzes Wort zum Schluß. Es ist heute morgen gesagt worden, der Zweck, der mit dieser Konferenz in Aussicht genommen war, sei nicht erreicht worden und konnte nicht erreicht werden. Ich bin anderer Meinung. Der Zweck unserer Konferenz war, eine offene und freie Aussprache über die Situation in der Partei. Das ist meines Erachtens in vollem Maße gelungen. Während der drei Tage hat jeder Redner die Möglichkeit gehabt, sich offen und völlig frei auszusprechen. Die Konferenz hat also ein vollständiges Bild von der Situation erhalten. Niemand wird wohl mit Illusionen zu dieser Kon-

ferenz gekommen sein. Jedenfalls haben wir von der Parteileitung uns nicht der Auffassung hingeeben, daß etwa diese Konferenz den Parteifreit beilegen oder gar beseitigen könnte. Das konnte die Konferenz nicht. Aber wenn Sie die Aussprache noch einmal kurz an sich vorüberziehen lassen — auf Einzelheiten kann ich in dieser Stunde nicht mehr eingehen —, so glaube ich, sagen zu dürfen, daß die Gegensätze, deren scharfe Schärfe niemand verkennet, doch nicht derart sind, daß ein weiteres Zusammenwirken innerhalb der Partei, die die Aufrechterhaltung der Einheit und der Geschlossenheit der Partei unmöglich ist. (Sehr richtig!) Gewiß haben unsere Auseinandersetzungen zum Teil heftigen Charakter angenommen, wir haben in der Partei und auf den Parteitag aber schon öfter heftigere Debatten gehabt. (Sehr richtig!) Es ist also sehr wohl möglich, die Einheit und Geschlossenheit unserer Partei zu wahren, wenn der gute Wille dazu auf allen Seiten vorhanden ist. Und da kann ich Ihnen versichern: wir von der Parteileitung sind fest entschlossen, alles zu tun, was hier das Interesse der Partei und des Proletariats gebietet. (Bravo!) Wenn jeder einzelne von Ihnen, wenn die Organisationen draußen im Lande uns in diesem Bestreben unterstützen, dann hat die Konferenz gute Arbeit geleistet!

Dann noch ein Appell an Sie alle! Der Meinungskampf muß ausgetragen werden. Aber lassen wir dabei nicht außer acht, daß wir bei allen Gegensätzen, die zwischen uns bestehen, doch Kameraden und Kampfgenossen sind. Der Geist der Zusammengehörigkeit muß wieder mehr zur Geltung kommen. Vergessen wir nicht, daß über diesem Streit, so groß er auch sein mag und so tief er gehen mag, doch das große gemeinsame Ziel steht, dem wir alle zustreben: die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlicher und politischer Bedrückung! Diese gewaltige, alles überragende historische Aufgabe können wir nur erfüllen, wenn wir all unsere Kräfte zusammenfassen zu gemeinsamem, geschlossenem Handeln! In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einstimmig in unseren alten, bewährten Schlußruf: Die deutsche, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch — hoch — hoch!

(Die Delegierten haben sich erhoben und stimmen in das Hoch ein.)

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv

Zusammenstellung der von der Konferenz angenommenen Anträge.

1. David und Genossen. (Abstimmung Seite 169.)

Das Manifest zur Friedensfrage lautet:

Zur Friedensfrage.

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anerkennt die Pflicht der Landesverteidigung. In der Ueberzeugung, daß nur durch geschlossenes Zusammenstehen in diesem Kampfe gegen eine Welt von Feinden das Deutsche Reich vor Zerstückelung, vor politischer und wirtschaftlicher Knebelung bewahrt werden kann, hat die Sozialdemokratie sich zu Beginn des Krieges in Reich und Glied mit der Gesamtheit des deutschen Volkes gestellt. Noch immer ist dieser Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg, noch immer gilt es, schwere Gefahren, die unserem Lande drohen und die die Arbeiterschaft nicht zuletzt treffen würden, abzuwehren.

Wir danken unseren Brüdern im Felde, die auf allen Fronten dem Ansturm feindlicher Uebermacht todesmutig standhalten. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor entschlossen, auszuharren in der Verteidigung unseres Landes, bis die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit Deutschlands gewährleistet. Sie weist alle gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten gerichteten Vernichtungss- und Eroberungsziele der feindlichen Mächte zurück. Ebenso entschlossen aber wendet sich die Sozialdemokratie auch gegen die Treibereien und Forderungen derer, die dem Krieg den Charakter eines deutschen Eroberungskrieges geben wollen. Sie verwirft grundsätzlich diese Politik und verurteilt sie auch deshalb aufs schärfste, weil sie den Widerstand der gegen uns kriegsführenden Mächte stärkt, die Bestrebungen der Kriegstreiber im Auslande fördert und so zur Verlängerung des Krieges beiträgt.

Die Sozialdemokratie stellt die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des eigenen Volkes beim Friedensschluß an die Spitze ihrer Kriegszielorderungen. Sie fordert aber auch die Beachtung der Lebensinteressen der anderen Völker in der Ueberzeugung, daß nur ein solcher Friede die Gewähr der Dauer in sich trägt. Die Sozialdemokratie tritt für alles ein, was geeignet ist, die europäischen Staaten auf den Weg zu einer engeren Rechts-Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft zu führen. Das Ideal eines dauernd gesicherten Weltfriedens bleibt der Leitstern ihrer Politik.

Getreu dieser grundsätzlichen Auffassung hat die deutsche Sozialdemokratie ihre Friedensbereitschaft während des Krieges bekräftigt und betätigt. Die Reichskonferenz bedauert, daß diese Bemühungen bei den Gegnern nicht den erhofften Widerhall gefunden haben. Nicht nur, daß die leitenden Staatsmänner der feindlichen Mächte jeden Gedanken an Frieden bis jetzt schroff zurückgewiesen und mit Verschmelterungs- und Eroberungsdrohungen beantwortet haben, auch die offiziellen Vertreter der französischen Sozialdemokratie und der englischen Arbeiterpartei haben sich in dem gleichen friedensfeindlichen Sinne immer wieder ausgesprochen. Den für die Begegnung eines Zusammenkommens mit uns angeführten Grund, die deutsche Sozialdemokratie mache sich dadurch, daß sie zu ihrem Lande steht, zur Mitschuldigen an einem angeblichen Ueberfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück, denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 aufs schwerste bedroht.

Durchführungen von der Ueberzeugung, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der arbeitenden Volksmassen aller Länder

auch in Zukunft den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung in enger Fühlungnahme miteinander führen müssen, halten wir den Wiederaufbau einer arbeits- und kampfstarken sozialistischen Internationale für notwendig. Die Reichskonferenz billigt darum das Bestreben der deutschen Parteileitung, die zerrissenen Fäden wieder zu knüpfen.

Indem die deutsche Sozialdemokratie die Verantwortung für die Verlängerung dieses Krieges mit seinen unermesslichen Opfern an Menschenleben und Kulturgütern denen zuschiebt, die sich einem baldigen Frieden widersetzen, spricht sie die Hoffnung aus, daß in allen beteiligten Ländern ein machsender Wille der breiten Volksmassen auf Beendigung des fürchtbaren Blutvergießens sich durchsetzt.

Von der deutschen Regierung aber fordert sie, daß sie unausgesetzt bemüht ist, dem Kriege ein Ende zu machen und dem Volke den langersehnten Frieden wiederzugeben.

E. Auer, Seewering, Dr. Gradnauer, Nimmerfall, Limm, Ed. Schmid, Ged-Mannheim, Graf, Mauerer, Simon-Augsburg, Bernthaler, Kandbinder, Weims, Sachse, Dr. David, Franz Schmitt, Mlos, Karl Sahn, G. Strobel, Saenger, Huber-Ludwigshafen, Schöpflin, Otto Stolten, Roske, Dr. Südekum, Keil, Meerfeld.

2. Auer und Genossen. (Abstimmung Seite 170.)

Die Reichskonferenz billigt die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Die Reichskonferenz mißbilligt das Sondervorgehen eines Teils der Fraktion, das zur Abspaltung von der Gesamtfraktion geführt hat und den Zusammenhalt der Partei aufs schwerste gefährdet.

Auer, A. Ehrensberger, R. Bernthaler, Schmidt, Limm, Leinert, Haberlander, G. Simon, Jos. Huber, J. Denkschütz, Alois Große, Herm. Hartmann, Röner, Mauerer, Albert Schmidt, Rother-Breslau, G. Materne, F. Ludwig, Mehnert, Müller-Zwidau, B. Schönwälder, Ernst Trappe-Beuthen O.-S., Herm. Zimmer-Breslau, Karl Friedrich-Breslau, Laura Schradin, Eugen Brüdner, Heinrich Köppler, Siederemann, Sidow, Löbe, Bertho, Rich. Schmidt, Otto Daus, G. Jahn, Bruns, G. Berke, Galle, Max Groger, E. Friede Rhynek, Alex. Bagels, A. Bartel, F. Früngel, B. Kauffuß, Nimmerfall, Alwin Saenger.

3. Meerfeld-Siederemann. (Abstimmung Seite 171.)

Resolution.

Die Reichskonferenz verurteilt aufs schärfste die Methoden und Formen, nach denen in zahlreichen, meist anonymen Flugchriften der Opposition der Kampf gegen die Mehrheitspolitik und ihre Vertreter geführt wird, und die die parteigenössische Kameradschaftlichkeit und das gegenseitige Vertrauen aufs schwerste erschüttern.

Nachdrücklich legt die Konferenz Verwahrung ein gegen den Beschluß der Braunschweiger Wahlkreis-konferenz vom 27. August 1916, der den Genossen Wilhelm Mlos nicht mehr als Vertreter der sozialdemokratischen Partei anerkennt. Die Braunschweiger Konferenz hat sich mit diesem Beschluß nicht nur formelle Rechte angemaßt, die ihr nicht zustehen, sie hat auch nicht den Schatten eines sachlichen Grundes für ihr gehässiges Vorgehen beibracht.

Die Reichskonferenz erinnert diesen Zuständen gegenüber an den von August Bebel auf dem Erfurter Parteitag von 1891 eingebrachten und von diesem einstimmig angenommenen Beschluß, der unter Bezugnahme auf die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation von 1864 Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlagen für das Betragen aller ihrer Mit-

glieder erklärt. Das sollte auch heute noch die Richtschnur für das Verhalten der Parteigenossen sein.

J. Meerfeld, Siederer, Moske, Fr. Schübelin, F. Breitenfeld, W. Staiber, Timm, Sriegel, Mauerer, Nimmerfall, Feuerstein, Ged-Mannheim, Robert Schmidt, David, Auer, Cohen-Neuf, Sebering, Heint. Löffler, Kuhnert, Erkes, Geibel.

4. Robert Schmidt-Moske. (Abstimmung Seite 171.)

Resolution.

Die Konferenz erklärt, daß die von der Regierung bisher unternommenen Maßnahmen in der Nahrungsmittelversorgung keine durchgreifende Abhilfe gebracht haben. Leider haben einflußreiche Interessengruppen der Produzenten und des Handels für einige unserer wichtigsten Lebensmittel unberechtigte Erhöhungen der Höchstpreise durchgesetzt und noch immer überläßt man Wucherhänden die freie Ausnutzung des Marktes.

Die vereinzelt vorgenommenen Herabsetzungen der Höchstpreise können nicht die Nachteile, die die Verbraucher durch die Erhöhung der Preise anderer Waren erleiden, auszugleichen werden. So sind unnötigerweise die Erhöhungen in der Nahrungsmittelversorgung vermehrt, die durch die Abperrung des Inlandmarktes eintreten mußten.

Die Konferenz fordert deshalb eine allgemeine Herabsetzung der Preise und eine Organisation in der Verteilung, die das kapitalistische Interesse ausschaltet und im Interesse des Gemeinwohls Staat und Gemeinden in den Dienst der Lebensmittelversorgung stellt.

Die Konferenz bekundet ihre Übereinstimmung mit den Forderungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion in der Nahrungsmittelversorgung und sie empfiehlt eine energische Fortsetzung dieser Politik.

R. Schmidt, Moske, Mattutat, Franz Schmitt.

5. Paulia-Beims. (Abstimmung Seite 171.)

Resolution.

Mit Rücksicht auf die seit Ausbruch des Krieges eingetretene Verteuerung alles zum Leben Notwendigen ist die Reichsunterstützung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer zum 1. November 1915 auf den heute noch geltenden Stand erhöht worden. Seit diesem Termin ist die Forderung von Monat zu Monat immer größer geworden, so daß die Unterstützungssätze den heutigen Anforderungen auch nicht im entferntesten mehr genügen und deshalb dringend eine angemessene Erhöhung erfahren müssen.

Die Reichsregierung hat aber dem Vorstande des Deutschen Städtetages wissen lassen, daß sie nicht die Absicht habe, eine Erhöhung der Unterstützungssätze vorzunehmen. Aus diesem Grunde beschließt die Reichskonferenz, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu beauftragen, in der demnächst beginnenden Tagung des Reichstages auf die Regierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einzuwirken, daß diese alsbald eine Erhöhung der Reichskriegsunterstützung in notwendiger Höhe vornimmt.

Paulia, Beims, Wjzoroski, Stendel, Jul. Koch, Günther, C. Brandenburg, Karl Nordt, Alb. Schmidt, Linke, F. Bernice, Schuchard, Alb. Grzesinski, J. Strube, R. Hauschild, F. Weber, G. Neumann, F. Seibert, Jul. Gehl, Rich. Wende.

6. Mellert-Seit. (Beurteilung Liebknechts.) (Abstimmung Seite 171.)

Entschlieung.

Die Konferenz verurteilt die Ausnutzung des Kriegszustandes zur Unterdrückung politischer Meinungsäußerungen, insbesondere die Handhabung der Zensur und die Verhaftungen aus politischen Gründen. Sie bedauert die Beurteilung Liebknechts und die gegen ihn ausgesprochene Aberkennung der

bürgerlichen Ehrenrechte. So entschieden sie die Gemeinschaft mit Liebknechts Anschauungen und Handlungen ablehnt, ist sie doch der Ueberzeugung, daß er keineswegs aus unehrenhaften Gründen gehandelt hat.

D. Mellert, Fr. Seif, Schwarz, Pinke, Müller-Mors, Erkes, Nimmerfall, Heine-Deffau, Schöpfkin, Gradnauer, Rob. Schmidt, Grenz, Pinkau, W. Rud, G. Wittich, L. Schrabin, S. Weingärtner, L. Weber, E. Hilbig, S. Ludwig, G. Strobel, Dr. Lenfch, Franz Schmitt, Rob. Veinert, Timm, Reerfeld, E. Auer, Reil, S. Sachse, Rob. Staibler, Karl Hahn, D. Schübelin, Breitenfeld, Schudach.

7. Duard-Auer. (Abstimmung Seite 171.)

Resolution.

Nach den außerordentlichen Leistungen der deutschen Volksmassen im gegenwärtigen Kriege fordert die Reichskonferenz nachdrücklicher als jemals die fortschreitende Demokratisierung der Verfassung, der inneren und äußeren Verwaltung, des Steuerwesens und der Schule.

Zu allererst ist anzustreben die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Bundesstaaten und Gemeinden sowie die Befreiung des Vereins- und Koalitionsrechts von allen politischen und landesgesetzlichen Fesseln.

Für die Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft sind frühzeitig Maßnahmen zu treffen, die eine entscheidende Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen bei dem Ausbau der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, bei einer vollständigen Umgestaltung des Vertrags- und Tarifrechts zugunsten der heimkehrenden Krieger bei Versorgung der Opfer des Krieges, bei der besseren Entlohnung der gewaltig vermehrten Frauenarbeit und der Wiederherstellung und Verbesserung des Arbeiterfortschrittes sicherstellen.

Die Reichskonferenz fordert die deutsche Arbeiterklasse auf, sich zur Durchführung dieser Aufgaben einheitlich und unter Zurückweisung aller Zerplitterungsbestrebungen tatkräftig hinter die sozialdemokratische Partei zu stellen.

Dr. Duard, Auer.

S. Sachse, Rob. Schmidt, Gradnauer, Veinert, Schoepflin, David, Timm, R. Schmidt, Reil, Bauer, Giermann, Ulrich, Adolf Braun, C. Legien.

Dem Parteivorstand überwießen.

1. Antrag der Münchener Genossen. (Abstimmung Seite 171.)

Anträge zur Reichskonferenz, beschließen in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München für die Reichstagswahlkreise I und II.

Es ist dahin zu wirken, daß eine Konferenz berufen wird, an der Vertreter des Parteivorstandes, der Reichstagsfraktion, der Landtagsfraktionen und der sozialdemokratischen Gemeindefraktionen teilnehmen sollen, zu dem Zwecke, durch eine gegenseitige Aussprache über die Erfahrungen, die man in den einzelnen Körperschaften gemacht hat, zu einem Resultat zu kommen, damit durch einheitliche Aktionen im Reiche die auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung notwendigen Besserungen herbeigeführt werden.

Die Reichskonferenz wolle darauf hinwirken, daß das Reich den Gemeinden erhöhte Zuschüsse überweisen soll, damit die Gemeinden in der Lage sind, den gewaltigen Aufwendungen, die gemacht werden müssen, besser als bisher nachkommen zu können.

Die Reichskonferenz wolle die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dringend ersuchen, mit allem Nachdruck im Reichstag dahin zu wirken, daß dem Reichskonferenz.

auch bei uns in Deutschland herrschenden Drückebergertum, das sich besonders aus den Kapitalisten und deren Sprößlingen rekrutiert, Abbruch getan wird. Nach Anschauung des Antragstellers ist der Weg zum Frieden kürzer in dem Moment, wo die Kriegsinteressenten auch persönliche Opfer bringen müssen.

2. Braun und Genossen. (Abstimmung Seite 171.)

Die Reichskonferenz wählt eine aus 9 Mitgliedern bestehende Kommission unter Berücksichtigung der wichtigsten Strömungen in der sozialdemokratischen Partei zum Studium der Maßregeln, die im Interesse der Arbeiter für den Uebergang aus Kriegszustand und Kriegswirtschaft in den Friedenszustand und in die Friedenswirtschaft in Betracht zu ziehen sind.

Die Kommission soll begutachten alle in das erwähnte Gebiet fallenden Regierungsanträge und sonstigen Vorschläge, und soll auch selbständige Gutachten und Gesetzentwürfe ausarbeiten.

Die Kommission wird ersucht, ihre Anträge und Vorschläge wie ihre Gutachten über Regierungsvorlagen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung zu stellen und sich für parallele Aktion der beiden Gruppen im Reichstage bemühen.

Adolf Braun, R. Giermann, Eckert, R. Fugel, Hans Dill, Gg. Trummer, D. Schütz, Gg. Horn, Karl Haberland, Joh. Steiz, Jos. Redelmeier, G. Meister, Sebering, Joh. Kanzer, E. Pöschmann, Breconr, Hajenzahl, August Erdmann, Petrotos, A. Williau, E. Auer, Limberg-Essen, Hoffmann-Kaiserlautern, Westkamp, Mich. Hierl, Rud. Hadelberg, J. Simon, Edmund Fischer, P. Leber, W. Schulz, Landsberg, Mohlandt, Segitz, Vaudert, Linchen Baumann, Christ, Hirschelmann, L. Gruenwald, Starke.

Präsenzliste

zur Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie am 21. bis 23. September 1916.

(Name und Wahlkreis der Delegierten, nach den Agitationsbezirken geordnet.)

Ostpreußen:

Alfred Gottschalk, Königsberg-Stadt.
Karl Krauskopf, Königsberg-Land.
Alfred Dofer, Litzki-Niederung.
Ferd. Mertins, zusammengelegte Kreise.

Westpreußen:

Ab. Bartel, Danzig-Land.
Paul Krügel, Danzig-Stadt.
Jul. Rohland, zusammengelegte Kreise.

Groß-Berlin:

R. Petermann, Berlin I.
L. Jakubowski, Berlin II.
Justin Braun, Berlin III.
Adolf Hoffmann, Berlin IV.
Raul Hoffmann, Berlin IV.
Marg. Wengels, Berlin IV.
R. Bollmershaus, Berlin V.
Karl Leid, Berlin VI.
Gust. Laukant, Berlin VI.
Jac. Walcher, Berlin VI.
W. Groger, Teltow-Beeskow.
Aler Papels, Teltow-Beeskow.
Elfr. Rhned, Teltow-Beeskow.
Raul Kraffel, Teltow-Beeskow.
Räthe Dunder, Teltow-Beeskow.
Max Zirel, Teltow-Beeskow.
Oskar Wipke, Niederbarnim.
Leop. Jünemann, Niederbarnim.

Brandenburg:

L. Kaulfuß, Westpreignitz.
Alb. Bellec, Ruppin-Templin.
Rich. Schulz, Prenzlau-Angermünde.
Bernh. Bruns, Oberbarnim.
W. Staab, Potsdam-Osthavelland.
D. Sidom, Westhavelland.
Herm. Jahn, Rauch-Bezirk.
Wilh. Paebel, Landsberg-Soldin.
Otto Daus, Königsberg-Neumark.
Rob. Felber, Frankfurt-Neubus.
Ab. Cohen, Büllichau-Krossen.
Otto Galle, Guben-Bübben.
Gust. Berke, Sorau-Farth.
Gust. Berke, Rathen-Spremberg.

Brandenburg:

Joh. Knoche, Kalau-Ludau.
Eug. Brückner, zusammengelegte Kreise.

Pommern:

Alb. Gluschte, Uckermünde-Ulfedom.
A. Gamsch, Randow-Weisenhagen.
Fritz Herbert, Stettin.
Em. Baumann, Rügen-Rolberg.
Bernh. Stroky, Rügen-Stralsund.
Joh. Leich, Grimmen-Greifswald.
H. Bieger, zusammengelegte Kreise.

Posen:

Wilh. Schulz, Bromberg.
Th. Matuzewski, zusammengelegte Kreise.

Breslau:

Karl Dietrich, Goldberg-Siegnitz.
Oskar Schüb, Breslau-Land.
Josef Rothe, Breslau-Ost- u. West.
Herm. Zimmer, Breslau-Ost und West.
Frida Bulff, Ohlau-Nimptsch.
W. Piskner, Brieg-Namslau.
Josef Christ, Neustadt-O.-S.
Gust. Materne, zusammengelegte Kreise.

Görlitz:

Dugo Cohn, Görlitz-Lauban.
Emil Girbig, Rothem.-Hoherswerda.
D. Fritsch, Sagan-Sprottau.
Josef Braun, Löwenberg.
Herm. Kühn, Bunzlau-Büben.
Rich. Sporn, Grünberg-Frethf.

Oberlangenbielau:

Franz Fianke, Reichenbach-Neurode.
Rich. Schiller, Waldenburg.
Paul Langer, Schweidnitz-Striegau.
Gustav Proll, Landeshut-Jauer.
Wilh. Strizke, Hirschberg-Schönau.
W. Schönwälder, zusammengelegte Kreise.

Rattowitz:

Ernst Trappe, Deutchen-Larnowitz.
Heinr. Köppler, Rattowitz-Jabrze.
E. Paryna, zusammengelegte Kreise.

Magdeburg:

Karl Nordt, Salzwedel-Gardelegen.
Ernst Brandenburg, Osterburg-Stendal.
Herm. Stendel, Jerichow I u. II.
A. Schumann, Magdeburg.
Fr. Bernick, Magdeburg.
Alb. Schmidt, Wolmirstedt-Neuhaldensleben.
Jul. Koch, Wanzleben.
G. Wigorowski, Aschersleben-Caihe.
Paul Weber, Aschersleben-Halberstadt.
Ad. Linke, Dessau-Jerbst.
Rich. Kaulick, Dessau-Jerbst.
Max Günther, Bernburg-Ballenstedt.

Halle:

Gust. Menzel, Lorgau-Viebnwerda.
Jul. Hilbrandt, Schweinitz-Wittenberg.
K. Reiwandt, Halle u. Saalkreis.
W. Ehrkange, Mansf. See- und Geb.-Kreis.
Karl Franke, Sangerhausen-Gartberg.
W. Roenen, Querfurt-Merseburg.
Ad. Leopoldt, Naumburg-Beitz.

Erfurt:

Ernst Wiehle, Nordhausen.
Karl Krauspe, Mühlhausen-Rangensalza.
P. Rebold, Erfurt-Schleusingen.

Schleswig-Holstein:

H. Michelsen, Gaderleben-Flensburg.
Alb. Billian, Schleswig-Gedernförde.
Fr. Rückmann, Londern-Husum.
Karl Alps, Dithmarschen-Steinburg.
Herm. Krause, Pinneberg-Elmsborn.
H. Hadelberg, Pinneberg-Elmsborn.
W. Brécourt, Kiel-Mendsburg.
Wilh. Voller, Kiel-Mendsburg.
W. Siebert, Altona-Stormarn.
C. Bischoff, Altona-Stormarn.
Paul Weinberger, Oldenburg-Plön.
H. Winnig, Lauenburg.
Job. Stelling, Fürstentum Lübeck.

Hannover:

O. Wesper, Osnabrück-Verdenbrück.
K. Thelemann, Relle-Diepholz.
Karl Wehle, Hainburg-Neustadt.
Ludw. Dörnte, Hannover-Linden.
Heinr. Ehrenold, Hannover-Linden.
Stein, Hameln-Springe.
Karl Stephan, Hildesheim.
Heinr. Schneider, Gifhorn-Celle.
Fr. Bornede, Helsen-Büchow.
W. Deelen, Lüneburg-Winsen.

Deftl. Westfalen:

Konr. Vöhringer, Minden-Lübbecke.
Wilh. Schüler, Herford-Galle.
Karl Hoffmann, Bielefeld-Wiedenbrück.
Ad. Zentler, Bielefeld-Wiedenbrück.
Heinr. Pieper, Fürstentum Lippe.
Carl Schred, zusammengelegte Kreise.

Deftl. Westfalen:

Alb. Martmüller, Dortmund-Görde.
Franz Klupisch, Dortmund-Görde.
Jos. Windau, Bochum-Gelsenkirchen.
Heinrich Krahn, Dörten-Medlinghausen.
Heinr. Ellerkmann, Hamm-Soest.
Ant. Bredendek, Münster-Coesfeld.
K. Kartenberg, Lüdinghausen-Bedum.
K. Stühmeier, zusammengelegte Kreise.

Hessen-Nassau:

C. Stadler, Höchst-Ufingen.
G. Lehmann, Wiesbaden-Rheingau.
Karl Köbler, St. Goarshausen.
Wilh. Thomas, Dillr.-Oberwesterwald.
Gottl. Weingärtner, Frankfurt a. M.
Heinr. Wittich, Frankfurt a. M.
Fr. Schnellbacher, Hanau-Gelnhausen.
Albr. Fauth, Weßlar-Altenkirchen.
Rich. Köbler, zusammengelegte Kreise.

Hessen-Kassel:

Johs. Strube, Kassel-Melsungen.
Alb. Grzesinski, Ninteln-Hofgeismar.
Carl Schuchardt, Eichwege-Schmalalben.
Rich. Hauschildt, zusammengelegte Kreise.

Oberrhein:

Heinr. Erbes, Köln-Stadt.
W. Söllmann, Köln-Land.
Jak. Honrath, Aachen-Stadt.
Emil Geidel, Aachen-Land.
L. Kuhnert, Rheinbach-Donn.
W. Hongarck, Mülheim-Wipperfürth.
Bal. Schäfer, Saarbrücken.
Rich. Oberling, zusammengelegte Kreise.

Niederrhein:

And. Bühler, Drennp-Neitmann.
Karl Dreßler, Eberfeld-Barmen.
Otto Haas, Eberfeld-Barmen.
Herm. Merkel, Solingen.
Emil Westkamp, Düsseldorf.
G. Lindberck, Essen.

Niederrhein:

W. Schuchtmann, Mülheim-Duisburg.
Karl Müller, Moers-Meers.
J. Schmidt, M.-Gladbach.
Job. Thabor, Krefeld.
Karl Rinke, Neuf-Grebenbroich.
Gust. Kellen, Hagen-Schmelm.
Ein. Budde, Almena-Herloh.
Karl Schwarz, zusammengelegte Kreise.

Nordbayern:

Gottl. Starck, Amberg.
M. Klumtritt, Hof.
Job. Panzer, Bayreuth.
Hans Gentner, Forthheim.
Hans Dill, Kronach.
Job. Steitz, Bamberg.
Karl Giermann, Nürnberg.
Dr. Adolf Braun, Nürnberg.
Gg. Jörn, Erlangen-Fürth.
C. Rörchmann, Ansbach-Schwabach.
J. Hebelmeier, Eichstätt.
G. Wüstner, Dinkelsbühl.
Job. Eder-Risingen.
Kaspar Starz, Schweinfurt.
Dr. Curt Geber, Würzburg.
Aug. Karsten, Aichschaffenburg.
Gg. Trummert, zusammengelegte Kreise.

Südbayern:

Ad. Müller, München I.
Ed. Schmid, München I.
Georg Randlbinder, München II.
Kurt Eisner, München II.
J. Kirchmayer, Aichach.
Alv. Saenger, Ingolstadt.
G. Rimmerfall, Weikheim.
M. Haberlander, Traunstein.
Alois Graßl, Landsbut.
Gg. Simon, Augsburg.
K. Bernthalter, Illertissen.
Alb. Schmid, Kaufbeuren.
J. Denßherg, Immenstadt.
L. Ehrensberger, Regensburg.

Wfal:

Josef Huber, Speyer-Ludwigshafen.
G. Carlmann, Landau.
J. Feldmüller, Zweibrücken.
Ed. Klement, Kaiserslautern.

Dresden:

Em. Rauch, Zittau.
Gust. Amahr, Böbau.
Otto Behner, Bautzen.
Hob. Wirth, Dresden rechts.
Heinr. Kamp, Dresden rechts.
Hernh. Jungnickel, Dresden links.
Oskar Scherffig, Meissen.
Karl Weiß, Dresden-Land.
Ernst Schulze, Dresden-Land.

Dresden:

Karl Otto, Birna.
Oswald Wieligt, Freiberg.
Chemnitz:
Frz. Thate, Döbeln.
Gust. Semmler, Mittweida.
M. Müller, Chemnitz.
B. Weber, Chemnitz.
Em. Schleicher, Meerane.
Paul Kuhnert, Stollberg.
Melzer, Zschopau.
M. Jungnickel, Annaberg.

Leipzig:

Max Mader, Oschatz.
Karl Schrörs, Leipzig-Stadt.
Hans Bloch, Leipzig-Land.
Job. Scheib, Leipzig-Land.
Alb. Heintzschel, Leipzig-Land.
Paul Barthel, Borna.

Zwickau:

Hob. Müller, Zwickau.
Em. Hilbig, Zwickau.
Heinr. Ludwig, Reichenbach.
Karl Schirich, Plauen.

Württemberg:

Alb. Pflüger, Stuttgart.
Gottl. Fischer, Cannstatt.
Gust. Merkt, Weßigheim-Brackenheim.
Carl Spexta, Böblingen.
Louis Schlegel, Ehlingen.
Frau L. Schradin, Keutlingen.
D. Steinmayer, Calw.
W. Kambald, Freudenstadt.
G. Mattutat, Dalingen.
Gg. Rohrer, Göppingen.
Karl Krüger, Wadnang-Hall.
D. Wasner, Alers-Elmwangen.
Fr. Göhring, Ulm.
Ign. Huber, Ravensburg.
Max Decker, zusammengelegte Kreise.

Baden:

Otto Korn, Konstanz.
Math. Faist, Donaueschingen.
F. Breitenfeld, Lörrach.
H. Markloff, Freiburg.
Jak. Fegzel, Kehl-Offenburg.
D. Mellert, Baden-Dühl.
Fr. Schübelin, Durlach-Pforzheim.
W. Kolb, Karlsruhe.
Georg Strobel, Mannheim.
Ad. Schübach, Heidelberg.
W. Staiber, zusammengelegte Kreise.

Essen:

G. Wedmann, Siegen.
Heinr. Schaub, Friedberg.
Carl Fischer, Offenbach.
G. Haab, Darmstadt.
Bernhard Rehtin, Worms.
Ludwig Lüdell, Bingen-Algen.

Heßen:
Wilh. Seel, Mainz.
Peter Seibert, zusammengelegte
Kreis.

Mecklenburg-Lübeck:
W. Krüger, Hagenow-Grevesmühlen.
W. Gottfried, Schwerin-Wismar.
Joh. Krüger, Malchin-Waren.
W. Engelbrecht, Rostock-Doberan.
W. Diefenbach, Güstrow-Rybnitz.
Gg. Schmidt, Mecklenburg-Strelitz.
Paul Hoff, Lübeck.
Paul Löwigt, Lübeck.

Groß-Hüttingen:
Aug. Beck, Weimar I.
Joh. Nunnagel, Weimar II.
Ad. Gürschelmann, Weimar III.
A. Meißner, Altenburg S.-A.
Heinr. Gdard, Meiningen I.
Ernst Gerhardt, Meiningen II.
Grabow, Gotha.
A. Drechsler, Neuß Ältere Linie.
Emil Wetterlein, Neuß jüngere Linie.
Sattler, Schwarzburg-Sonders-
hausen.

Oberburg:
C. Heimann, Oberburg-Stadt und
Amt.

Oberburg:
B. Garm, Barel-Jever.
S. Meißner, Barel-Jever.
B. Stadenbrof, Leer-Emden.
Paul Hug, Aurich-Wittmund.

Braunschweig:
Aug. Roland, Braunschweig-Stadt.
Aug. Mergers, Braunschweig-Stadt.
P. Scheerle, Helmstedt-Wolfenbüttel.
Heinr. Siems, Holzminden.

Hamburg:
Erdm. Dubber, Hamburg I.
F. Lembke, Hamburg I.
G. Blume, Hamburg II.
E. Köpfe, Hamburg II.
B. Große, Hamburg III.
Linchen Baumann, Hamburg III.
W. Wiesner, Hamburg III.

Nordwest:
Karl Alawitter, Bremen.
W. Breitmeier, Bremen.
Fr. Hapth, Verden-Goha.
Fr. Seib, Harburg.
A. Zieffe, Harburg.
B. Wünschmann, Stade-Bremer-
börde.
W. Vark, Geestemünde-Neuhaus und
Bremerhaven.

Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Ad. Albrecht.
Otto Antrid.
Gust. Bauer.
A. Baubert.
Ferd. Vender.
Aug. Dreh.
Wilh. Hlos.
Fr. Brühne
(zugleich Kontrollkommission)
A. Brandes.
W. Burk.
M. Cohen.
Ed. David.
G. Davidsohn.
A. Deichmann.
G. Dieß.
I. Emmel.
Aug. Erdmann.
F. Erwald.
Fr. Feldmann.
Edm. Fischer.
G. Fischer.
Rich. Fischer.
A. Frohne.
Fr. Feuerstein.
Rich. Fuchs.
Ost. Ged.
Karl Siebel.
F. Göhre.
Gg. Gradnauer.
Ernst Grenz.
Karl Haberland.
Ludw. Hafenzahl.
W. Heine.
Rich. Hierl.
R. Hilbenbrand.
G. Hoch.
F. Hoffmann.
A. Hofmann.
G. Hütlmann.
R. Hugel.
G. Jädel.
G. Kappeler.
W. Keil.
M. König.
Wlw. Köpfen.
G. Krähig.
O. Landsberg.
Karl Legien.
P. Lersch.
P. Lenterl.
G. Moske.
I. Quessel.
F. Peitotes.

Heinr. Neus.
Karl Pinfau.
Max Quard.
Fr. Rauch.
G. Raute.
P. Reißhaus.
G. Sachse.
Rich. Schmidt.
Rob. Schmidt.
Fr. Schmitt.
G. Schöpflin.
Osw. Schumann.
Heinr. Schulz.
M. Segis.
G. Silberichmidt.
J. Simon.
G. Stubbe
(zugleich Kontrollkommission)
Otto Stolten.
Karl Spiegel.
A. Südekum.
P. Taubadel.
Ad. Thiele.
G. Thöne.
E. Ulrich.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Ed. Bernstein.
W. Bod (zugl. Kontrollkomm.)
O. Büchner.
Oskar Cohn.
W. Dittmann.
Fr. Geher
(zugleich Kontrollkommission)
Hugo Haase.
G. Hort.
A. Henke.
Joh. Herzfeld.
Fr. Kumerl.
Georg Lebebour.
A. Rißel.

A. Stadthagen.
W. Stolle.
E. Vogtherr.
E. Wurm.
Fr. Zubeil.

Partei-Ausschuß.

E. Auer.
G. Weims.
Joh. Berke.
Emil Boeske.
W. Bromme.
Rob. Dikmann.
G. Eberle.
G. Fleißner.
Jul. Gehl.
L. Gruenwaldt.
Karl Gahn.
Joh. Garder.

P. Hennig.
Aug. Horn.
Adolf Klose.
Bruno Körner.
Heinr. Kürbis.
G. Leber.
Rob. Meinert.
G. Rinde.
Rich. Ripinski.
Paul Röbe.
Georg Maurer.
Er. Mehnert.

Rich. Meier.
Jul. Meyer.
F. Meerfeld.
Ferm. Neumann.
Rich. Schmidt.
Karl Severing.
Karl Sindermann.
L. Waigand.
Max Walthert.
Rich. Wende.
Mathilde Wurm.

Kontrollkommission.

Eug. Ernst.

Ad. Ged.
Joh. Timm.

Gl. Hengsbach.

Partei-Vorstand.

F. Bartels.
D. Braun.
F. Ebert.
A. Gerisch.

G. Müller.
G. Mollenbuhr.
W. Pfannkuch.
Hj. Scheidemann.

Otto Weis.
H. Wengels.
Luise Zieß.

Mit beratender Stimme zugezogen:

Redaktion des „Vorwärts“: G. Ströbel
Redaktion der „Neuen Zeiten“: Karl Rautsky
Redaktion der „Gleichheit“: Hoernle
Zentral-Bildungs-Ausschuß: Hugo Heimann
Redaktion der „Arbeiter-Jugend“: A. Korn.
Zentral-Flugblattstelle: Konr. Gaenisch.

Sprechregister.

- Auer 99.
Bartels 31.
Bernstein 94. 97. 161.
Blod 10. 11. 171. 172.
Braun (Parteivorstand) 33. 35.
Braun-Nürnberg, Dr. 6. 8. 95. 171.
Cohen-Berlin 82.
Cohen-Kenß 102. 114. 115.
David, Dr. 7. 94. 95. 162.
Dihmann 34. 35.
Dittmann 6. 94. 95. 117. 161.
Dunder, Käte 84. 86. 139. 140.
Ebert 3. 4. 5. 6. 9. 11. 12. 13. 14. 23.
85. 51. 53. 57. 81. 82. 84. 86. 89.
90. 91. 92. 93. 94. 95. 107. 113. 114.
115. 138. 139. 140. 160. 168. 171.
172.
Eisner 12.
Fleißner 6. 34. 140.
Frassef 6. 14.
Gottschalk 5. 92. 171.
Gradnauer, Dr. 11. 171.
Göhring 172.
Haase 53. 57. 81. 92. 140. 163.
Heine 50. 51. 114.
Hente 8. 10. 48. 139.
Hildenbrand 163.
Hoffmann, Adolf 171.
Hoch 93. 111. 138. 167. 172.
Honrath 12.
Kautsch 9. 53. 100. 114. 115.
Keil 5. 92. 113. 166. 172.
Kolb 139.
Landsberg 135.
Laufant 90.
Ledebour 9. 12. 13. 124. 138. 165. 166.
169.
Legien 106. 107.
Limberg 11. 13. 134. 172.
Lipinski 4. 5. 13. 33. 50. 95. 138.
Löbe 132.
Meier 138.
Meerfeld 126. 162.
Mollenbuhr 109.
Müller (Parteivorstand) 10. 85. 48. 49.
50. 51. 53.
Noste 122. 162.
Quard, Dr. 119.
Sindermann 116.
Saenger 88.
Scheidemann 15. 149. 166.
Schnellbacher 169.
Schöpflin 6.
Stadthagen 51. 93. 131. 167.
Strübel 120.
Thiele 5.
Timm 49.
Vogtherr 127.
Walcher 103. 114.
Winnig 129.
Wies, Luise 51. 104. 161.

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands
Der Parteivorstand
Archiv**